PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

LENIN

WERKE

10

HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS
DES IX. PARTEITAGES DER KPR(B) UND DES
II. SOWJETKONGRESSES DER UdSSR

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER KPdSU

W. I. LENIN

WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE
WIRD VOM INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED BESORGT

DIETZ VERLAG BERLIN

1970

W.I. LENIN

BAND 10

NOVEMBER 1905–JUNI 1906

DIETZ VERLAG BERLIN

1970

Russischer Originaltitel:

В. И. ЛЕНИН · СОЧИНЕНИЯ

5. Auflage · Dietz Verlag Berlin · 1. Auflage 1958
Printed in the German Democratic Republic · Alle Rechte vorbehalten
Lizenznummer 1
Satz, Druck und Einband: LVZ-Druckerei „Hermann Duncker", Leipzig, III 18 138
ES 1 C · 6,50

VORWORT

Die in Band 10 enthaltenen Arbeiten schrieb W. I. Lenin von November 1905 bis zum 6. (19.) Juni 1906 während seiner Tätigkeit in Petersburg nach der Rückkehr aus der Emigration.

In den Artikeln „Über die Reorganisation der Partei", „Heer und Revolution", „Proletariat und Bauernschaft", „Die sterbende Selbstherrschaft und die neuen Organe der Volksmacht" und anderen, die in der legalen bolschewistischen Zeitung „Nowaja Shisn" erschienen, sind die Aufgaben der Partei in der Periode der ersten russischen Revolution definiert.

In der Broschüre „Der Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei" und in den nach der Niederlage des bewaffneten Aufstands vom Dezember 1905 geschriebenen Artikeln zieht Lenin die Bilanz des ersten Revolutionsjahres und verallgemeinert die gemachten Erfahrungen.

In der Arbeit „Die Revision des Agrarprogramms der Arbeiterpartei" wird das bolschewistische Agrarprogramm, das die Konfiskation der Gutsbesitzerländereien und die Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens fordert, dargelegt und begründet.

Breiten Raum nehmen in dem Band Arbeiten ein, die sich mit dem IV. (Vereinigungs-) Parteitag befassen: „Taktische Plattform zum Vereinigungsparteitag der SDAPR", Referate und Reden auf dem Parteitag und „Bericht über den Vereinigungsparteitag der SDAPR".

Zum erstenmal in den Werken W. I. Lenins wird in dem vorliegenden Band der Artikel „Unsere Aufgaben und der Sowjet der Arbeiterdeputierten" veröffentlicht, in dem Lenin die Sowjets als Organe des Aufstands und als Keimform einer neuen, der revolutionären Staatsmacht charakterisiert.

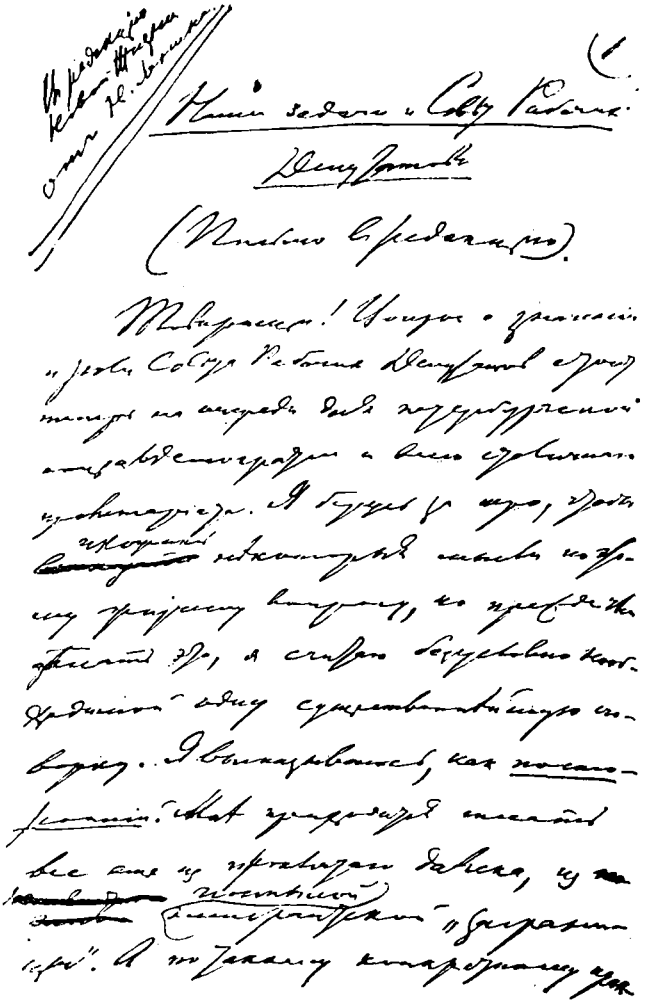
An neuen Dokumenten sind in die Werke erstmalig verschiedene Stellungnahmen Lenins auf dem IV. (Vereinigungs-) Parteitag der SDAPR aufgenommen worden: die Rede zur Unterstützung des Abänderungsantrags Muratows (Morosows) über eine sozialdemokratische Parlamentsfraktion, die Resolution über die Berichterstattung der Mandatsprüfungskommission an den Parteitag, die Erklärung über die Notwendigkeit einer Bestätigung der Protokolle durch den Parteitag, die schriftliche Erklärung in der 17. und die schriftliche Erklärung in der 21. Sitzung des Parteitags, außerdem die Reden und Anträge auf der Petersburger Stadtkonferenz der SDAPR (im Februar und März 1906). Zum erstenmal werden in den Werken auch Lenins Artikel „Resolution und Revolution" und „Nicht einmal schachern wollen sie!" veröffentlicht, die 1906 in der legalen bolschewistischen Zeitung „Wolna" erschienen. Beide Artikel sind gegen die Kadetten gerichtet.

UNSERE AUFGABEN UND DER SOWJET DER ARBEITERDEPUTIERTEN

(Brief an die Redaktion)[1]

Geschrieben 2.–4. (15.–17.) November 1905.
Zuerst veröffentlicht am 5. November 1940 in der „Pravda" Nr. 308.

Nach dem Manuskript.



Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript
„Unsere Aufgaben und der Sowjet der Arbeiterdeputierten"
November 1905
Verkleinert

Genossen! Die Bedeutung und Rolle des Sowjets der Arbeiterdeputierten ist eine Frage, die jetzt bei der Petersburger Sozialdemokratie und beim ganzen Proletariat der Hauptstadt auf der Tagesordnung steht. Ich greife zur Feder, um einige Gedanken zu dieser brennenden Frage darzulegen, aber bevor ich das tue, halte ich es für unbedingt notwendig, einen sehr wesentlichen Vorbehalt zu machen. Ich äußere mich als *Außenstehender*. Ich muß immer noch aus der verfluchten Ferne, aus dem verhaßten Emigranten-„Ausland" schreiben. Und es ist fast unmöglich, sich über eine solche konkrete, praktische Frage eine richtige Meinung zu bilden, ohne in Petersburg gewesen zu sein, ohne jemals einen Sowjet der Arbeiterdeputierten gesehen und mit den Arbeitskollegen einen Meinungsaustausch gepflogen zu haben. Ich überlasse es daher der Redaktion, zu entscheiden, ob sie diesen von einem nichtinformierten Menschen geschriebenen Brief veröffentlichen will. Ich behalte mir das Recht vor, meine Meinung zu ändern, sobald es mir endlich gelingen wird, mich mit der Frage nicht nur an Hand „papierener" Unterlagen bekannt zu machen.

Nun aber zur Sache. Mir scheint, Genosse Radin hat nicht recht, wenn er in Nr. 5 der „Nowaja Shisn" (ich habe nur fünf Nummern unseres faktischen Zentralorgans der SDAPR gesehen)[2] die Frage so stellt: Sowjet der Arbeiterdeputierten oder Partei? Mir scheint, man darf die Frage nicht so stellen, die Antwort muß *unbedingt* lauten: *Sowohl* Sowjet der Arbeiterdeputierten *als auch* Partei. Die Frage – eine äußerst wichtige Frage – besteht lediglich darin, wie die Aufgaben des Sowjets und die Aufgaben der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands voneinander abzugrenzen und miteinander zu verbinden sind.

Mir scheint, es wäre nicht zweckmäßig, wenn sich der Sowjet voll und ganz irgendeiner einzigen Partei anschließen würde. Diese Meinung wird den Leser wahrscheinlich wundern, und ich will (nicht ohne noch einmal auf das nachdrücklichste daran zu erinnern, daß das die Meinung eines Außenstehenden ist) unmittelbar dazu übergehen, meine Ansichten zu erläutern.

Der Sowjet der Arbeiterdeputierten ging aus dem Generalstreik hervor, er entstand auf Grund des Streiks und für die Ziele des Streiks. Wer führte den Streik und führte ihn siegreich zu Ende? Das *ganze* Proletariat, unter dem es, glücklicherweise in der Minderheit, auch Nichtsozialdemokraten gibt. Welche Ziele verfolgte der Streik? Zugleich ökonomische und politische. Die ökonomischen betrafen das *ganze* Proletariat, alle Arbeiter und zum Teil sogar alle Werktätigen, also nicht nur die Lohnarbeiter allein. Die politischen Ziele betrafen das ganze Volk, richtiger gesagt, alle Völker Rußlands. Die politischen Ziele bestanden in der Befreiung aller Völker Rußlands vom Joch der Selbstherrschaft, der Leibeigenschaft, der Rechtlosigkeit und Polizeiwillkür.

Gehen wir weiter. Muß das Proletariat den ökonomischen Kampf fortsetzen? Unbedingt ja, darüber gibt es unter den Sozialdemokraten keine zwei Meinungen und kann es keine zwei Meinungen geben. Soll dieser Kampf allein von den Sozialdemokraten oder allein unter dem sozialdemokratischen Banner geführt werden? Ich glaube nein; ich bin nach wie vor der Meinung, die ich (allerdings unter völlig anderen, jetzt schon überholten Bedingungen) in „Was tun?" ausgesprochen habe, nämlich daß es unzweckmäßig ist, die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften und folglich auch die Teilnehmerschaft am gewerkschaftlichen, ökonomischen Kampf lediglich auf die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei zu beschränken.* Mir scheint, als Organisation verschiedener Berufe muß der Sowjet der Arbeiterdeputierten danach *streben*, daß ihm Deputierte *aller* Arbeiter, Angestellten, Dienstboten, Tagelöhner usw. angehören, *aller*, die überhaupt gemeinsam für die Verbesserung des Lebens des ganzen werktätigen Volkes kämpfen können und wollen, *aller*, die wenigstens elementare politische Ehrlichkeit besitzen, aller außer den Schwarzhundertern. Wir Sozialdemokraten aber werden unserseits bemüht sein, erstens zu erreichen, daß (nach Möglichkeit) sämtliche Mitglieder aller unserer Partei-

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 467–484. *Die Red.*

organisationen den Gewerkschaftsverbänden angehören, und zweitens den gemeinsamen Kampf mit den Genossen Proletariern ohne Unterschied ihrer Anschauungen auszunutzen zur unermüdlichen und unbeirrten Propagierung der *einzig* konsequenten, der einzigen wirklich proletarischen Weltanschauung – des *Marxismus*. Für eine solche Propagierung, für eine solche Propaganda- und Agitationsarbeit werden wir unsere völlig selbständige, prinzipienfeste Klassenpartei des politisch bewußten Proletariats, d. h. die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, unbedingt erhalten, festigen und ausbauen. Jeder Schritt des proletarischen, mit unserer sozialdemokratischen, planmäßigen und organisierten Tätigkeit unlösbar verbundenen Kampfes wird die *Massen* der Arbeiterklasse in Rußland der Sozialdemokratie immer näher bringen.

Aber diese Hälfte der Frage, die den ökonomischen Kampf betrifft, ist verhältnismäßig einfach und dürfte nicht einmal besondere Meinungsverschiedenheiten hervorrufen. Anders steht es mit der zweiten Hälfte der Frage, die sich auf die politische Führung, den politischen Kampf bezieht. Selbst auf die Gefahr hin, den Leser noch mehr in Erstaunen zu setzen, muß ich sofort sagen, daß es mir auch in dieser Hinsicht unzweckmäßig erscheint, vom Sowjet der Arbeiterdeputierten die Annahme des sozialdemokratischen Programms und den Eintritt in die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands zu verlangen. Mir scheinen für die Führung des politischen Kampfes gegenwärtig *sowohl* der Sowjet (*umgebildet* in einer Richtung, über die gleich gesprochen werden soll) *als auch* die Partei gleichermaßen unbedingt notwendig zu sein.

Vielleicht irre ich mich, aber mir scheint (auf Grund der in meinem Besitz befindlichen unvollständigen und rein „papierenen" Unterlagen), daß der Sowjet der Arbeiterdeputierten in politischer Hinsicht als Keimform einer *provisorischen revolutionären Regierung* betrachtet werden muß. Mir scheint, der Sowjet muß sich so bald wie möglich zur provisorischen revolutionären Regierung ganz Rußlands ausrufen oder (was dasselbe ist, nur in anderer Form) eine provisorische revolutionäre Regierung *bilden*.

Der politische Kampf hat jetzt gerade eine Entwicklungsstufe erreicht, auf der sich die Kräfte der Revolution und der Konterrevolution annähernd das Gleichgewicht halten, da die zaristische Regierung nicht *mehr* die Kraft hat, die Revolution zu unterdrücken, die Revolution aber *noch*

nicht stark genug ist, die Schwarzhunderterregierung völlig hinwegzufegen. Die Zersetzung der zaristischen Regierung ist vollständig. Aber indem sie bei lebendigem Leibe verwest, verpestet sie Rußland mit ihrem Leichengift. Der Zersetzung der zaristischen, konterrevolutionären Kräfte muß unbedingt sofort, unverzüglich, ohne den geringsten Aufschub die *Organisierung* der revolutionären Kräfte entgegengestellt werden. Diese Organisierung macht gerade in letzter Zeit bewundernswert rasche Fortschritte. Davon zeugen sowohl die Bildung von Abteilungen der revolutionären Armee (Verteidigungsgruppen usw.) als auch die rasche Entwicklung von sozialdemokratischen Massenorganisationen des Proletariats, sowohl die Gründung von Bauernkomitees durch die revolutionäre Bauernschaft als auch die ersten freien Zusammenkünfte unserer proletarischen Brüder im Waffenrock, der Matrosen und Soldaten, die sich den schweren und mühseligen, aber sicheren und hoffnungsfrohen Weg zu Freiheit und Sozialismus bahnen.

Gerade jetzt fehlt es an einer Zusammenfassung aller wirklich revolutionären, aller schon revolutionär tätigen Kräfte. Es fehlt ein gesamtrussisches politisches Zentrum, das lebendig, frisch und stark ist durch seine tiefen Wurzeln im Volk, unbedingt das Vertrauen der Massen genießt, über eine rastlose revolutionäre Energie verfügt und mit den organisierten revolutionären und sozialistischen Parteien eng verbunden ist. Ein solches Zentrum kann nur vom revolutionären Proletariat geschaffen werden, das den politischen Streik glänzend durchgeführt hat, das jetzt den allgemeinen bewaffneten Volksaufstand organisiert, das Rußland die halbe Freiheit erkämpft hat und die ganze Freiheit erkämpfen wird.

Es fragt sich, warum soll der Sowjet der Arbeiterdeputierten nicht die Keimform eines solchen Zentrums sein? Weil im Sowjet nicht nur Sozialdemokraten sitzen? Das ist kein Minus, sondern ein Plus. Wir haben immer gesagt, daß ein kämpferischer Zusammenschluß der Sozialdemokraten mit den bürgerlichen revolutionären Demokraten notwendig ist. Wir haben es gesagt, die Arbeiter aber haben es getan. Und es ist ausgezeichnet, daß sie es getan haben. Als ich in der „Nowaja Shisn" einen Brief von *Genossen Arbeitern* las, die zur Partei der Sozialrevolutionäre gehören und gegen die Einbeziehung des Sowjets in eine der Parteien protestieren, drängte sich mir von selbst der Gedanke auf, daß diese Genossen Arbeiter in sehr vielem praktisch recht haben. Selbstverständ-

lich gehen unsere und ihre Ansichten auseinander, selbstverständlich kann keine Rede sein von einer Verschmelzung der Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre, aber davon ist ja auch keine Rede. Arbeiter, die die Anschauung der Sozialrevolutionäre teilen und in den Reihen des Proletariats kämpfen, sind unserer festen Überzeugung nach inkonsequent, denn während sie ein wahrhaft proletarisches Werk tun, bewahren sie nichtproletarische Anschauungen. Gegen diese Inkonsequenz müssen wir unbedingt den entschiedensten ideologischen Kampf führen, aber so, daß darunter die aktuelle, brennende, lebenswichtige, von allen anerkannte, alle ehrlichen Menschen vereinigende revolutionäre Sache nicht leidet. Wir halten nach wie vor die Anschauungen der Sozialrevolutionäre für nicht sozialistische, sondern revolutionär-demokratische Anschauungen. Aber die Kampfziele verpflichten uns, bei völliger Selbständigkeit der Parteien zusammenzugehen, und der Sowjet ist eben eine Kampforganisation und soll es auch sein. Ergebene und ehrliche revolutionäre Demokraten im gleichen Augenblick zu verjagen, in dem wir die demokratische Revolution machen, wäre Unsinn, ja Wahnwitz. Mit ihrer Inkonsequenz werden wir leicht fertig werden, denn unsere Ansichten bestätigt die Geschichte selbst, bestätigt auf Schritt und Tritt die Wirklichkeit. Hat unsere Literatur sie den Sozialdemokratismus nicht gelehrt, so wird unsere Revolution sie den Sozialdemokratismus lehren. Inkonsequent sind natürlich auch die Arbeiter, die Christen bleiben, die an Gott glauben, und die Intellektuellen, die Anhänger der (dreimal vermaledeiten!) Mystik sind – aber wir werden sie keineswegs aus dem Sowjet, ja nicht einmal aus der Partei verjagen, denn wir sind fest davon überzeugt, daß der wirkliche Kampf, die Arbeit in Reih und Glied alle lebensfähigen Elemente von der Wahrheit des Marxismus überzeugen und alles Lebensunfähige beiseite werfen wird. An unserer eigenen Kraft aber, an der überragenden Stärke der Marxisten innerhalb der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands zweifeln wir nicht einen Augenblick.

Meines Erachtens ist der Sowjet der Arbeiterdeputierten als politisch führendes revolutionäres Zentrum keine zu breite, sondern im Gegenteil eine zu enge Organisation. Der Sowjet muß sich zur provisorischen revolutionären Regierung ausrufen oder eine solche bilden und hierzu unbedingt neue Deputierte nicht nur der Arbeiter, sondern auch erstens der Matrosen und Soldaten, die allerorts schon ihre Hand nach der Frei-

heit ausstrecken, zweitens der revolutionären Bauernschaft und drittens der revolutionären bürgerlichen Intelligenz heranziehen. Der Sowjet muß einen starken Kern für die provisorische revolutionäre Regierung auswählen und diesen Kern durch Vertreter aller revolutionären Parteien und aller revolutionären (aber natürlich nur der revolutionären und nicht der liberalen) Demokraten ergänzen. Wir fürchten eine solche Breite und Buntscheckigkeit der Zusammensetzung nicht, sondern wünschen sie, denn ohne Vereinigung des Proletariats und der Bauernschaft, ohne Kampfgemeinschaft der Sozialdemokraten und der revolutionären Demokraten ist ein voller Erfolg der großen russischen Revolution unmöglich. Das wird ein zeitweiliges Bündnis zur Lösung der klar umrissenen nächsten praktischen Aufgaben sein; die noch wichtigeren, grundlegenden Interessen des sozialistischen Proletariats, seine Endziele, aber werden von der selbständigen und prinzipienfesten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands unbeirrt wahrgenommen werden.

Man wird einwenden: Wird man bei einer breiten und buntscheckigen Zusammensetzung ein für die praktische Führung genügend festgefügtes und einheitliches Zentrum schaffen können? Ich will mit einer Gegenfrage antworten: Was lehrt die Revolution vom Oktober?[3] Hat sich das Streikkomitee *in der Praxis* nicht etwa als allgemein anerkanntes Zentrum, als wirkliche Regierung erwiesen? Und hätte dieses Komitee nicht gern Vertreter jenes Teils der „Verbände" und des „Verbands der Verbände"[4] in seine Reihen einbezogen, die wirklich revolutionär sind und das Proletariat in seinem schonungslosen Kampf um die Freiheit wirklich unterstützen? Freilich muß der rein proletarische Hauptkern in der provisorischen revolutionären Regierung stark sein, es dürften beispielsweise auf Hunderte von Arbeitern, Matrosen, Soldaten und Bauern nur Dutzende von Deputierten der revolutionären Intellektuellenverbände kommen. Und ich glaube, das Proletariat wird es verstehen, in der Praxis bald die richtige Proportion herzustellen.

Man wird einwenden: Kann man ein Programm für eine solche Regierung aufstellen, das genügend vollständig wäre, um den Sieg der Revolution zu gewährleisten, und genügend weitgespannt, um eine Kampfgemeinschaft zu ermöglichen, der jede Halbheit und Unklarheit, jedes Verschweigen und Heucheln fremd ist? Ich antworte: Ein solches Programm ist vom Leben schon voll und ganz aufgestellt worden. Ein solches

Programm ist im Prinzip schon von allen bewußten Elementen ausnahmslos aller Klassen und Schichten der Bevölkerung einschließlich sogar rechtgläubiger Geistlicher anerkannt worden. In diesem Programm muß an erster Stelle die vollständige, tatsächliche Verwirklichung der vom Zaren so heuchlerisch versprochenen politischen Freiheit stehen. Die Außerkraftsetzung aller Gesetze, welche die Rede-, Gewissens-, Versammlungs-, Presse-, Koalitions- und Streikfreiheit beeinträchtigen, und die Aufhebung aller Einrichtungen, die diese Freiheit beschränken, müssen sofort und real erfolgen, müssen praktisch gesichert und durchgeführt werden. Dieses Programm muß die Einberufung einer wirklich vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung enthalten, die sich auf das freie und bewaffnete Volk stützt und die alle Macht und Gewalt besitzt, um neue Zustände in Rußland herbeizuführen. Dieses Programm muß die Bewaffnung des Volkes enthalten. Die Notwendigkeit einer solchen Bewaffnung wird von allen erkannt. Die schon begonnene und überall im Gang befindliche Arbeit braucht nur zusammengefaßt und zu Ende geführt zu werden. Im Programm der provisorischen revolutionären Regierung muß weiterhin den vom zaristischen Ungeheuer unterdrückten Völkerschaften unverzüglich wirkliche und volle Freiheit gewährt werden. Ein freies Rußland ist geboren worden. Das Proletariat steht auf seinem Posten. Es wird nicht zulassen, daß das heldenhafte Polen noch einmal zertreten wird. Es wird sich selbst in den Kampf stürzen, und zwar wird es sich nicht mehr nur mit dem Mittel des friedlichen Streiks, sondern mit der Waffe in der Hand sowohl für Rußlands als auch für Polens Freiheit erheben. In diesem Programm müssen der Achtstundentag, den die Arbeiter schon „eigenmächtig" einführen, und andere unaufschiebbare Maßnahmen zur Zügelung der kapitalistischen Ausbeutung verankert sein. Schließlich muß in diesem Programm unbedingt enthalten sein, daß der gesamte Grund und Boden an die Bauern übergeht, daß alle revolutionären Maßnahmen der Bauernschaft zur Wegnahme des gesamten Grund und Bodens zu unterstützen sind (natürlich ohne daß man die Illusionen hinsichtlich der „ausgleichenden" kleinen Bodennutzung fördert) und daß überall revolutionäre Bauernkomitees gegründet werden, wie sie sich schon jetzt von selbst herauszubilden begonnen haben.

Wer außer den Schwarzhundertern und der Schwarzhunderterregierung erkennt heute nicht die Unaufschiebbarkeit und praktische Dring-

lichkeit dieses Programms an? Sind doch sogar die bürgerlichen Liberalen bereit, es in Worten anzuerkennen! Wir aber müssen es mit den Kräften des revolutionären Volkes in die Tat umsetzen, wir müssen hierfür diese Kräfte möglichst schnell zusammenfassen, indem das Proletariat eine provisorische revolutionäre Regierung ausruft. Natürlich kann der reale Rückhalt einer solchen Regierung nur der bewaffnete Aufstand sein. Aber die geplante Regierung wird ja auch nichts anderes sein als das *Organ* dieses schon heranwachsenden und heranreifenden Aufstands. Man durfte die Bildung einer revolutionären Regierung praktisch nicht in Angriff nehmen, solange der Aufstand nicht Ausmaße erreicht hatte, die allen sichtbar, sozusagen allen greifbar waren. Gerade jetzt ist es aber notwendig, diesen Aufstand politisch zusammenzufassen, ihn zu organisieren, ihm ein klares Programm zu geben und alle die schon zahlreichen und zahlenmäßig rasch zunehmenden Abteilungen der revolutionären Armee zur Stütze und zu Hebeln dieser neuen, wirklich freien und wirklich vom Volk getragenen Regierung zu machen. Der Kampf ist unvermeidlich, der Aufstand ist unausbleiblich, die Entscheidungsschlacht ist schon ganz nahe. Es ist Zeit, den sich zersetzenden Zarismus offen herauszufordern, ihm die organisierte Macht des Proletariats entgegenzustellen, sich im Namen einer von den fortgeschrittenen Arbeitern errichteten provisorischen revolutionären Regierung mit einem Manifest an das ganze Volk zu wenden.

Jetzt sehen wir bereits klar, daß sich im Schoße des revolutionären Volkes Menschen finden werden, die dieses große Werk zu leisten vermögen, Menschen, die der Revolution rückhaltlos ergeben sind, und, die Hauptsache, Menschen mit brodelnder, überschäumender Energie. Jetzt sehen wir bereits klar, daß Elemente einer revolutionären Armee vorhanden sind, die dieses Werk unterstützen wird, daß sich alle ehrlichen, alle lebendigen, alle bewußten Kräfte in allen Klassen der Bevölkerung endgültig vom Zarismus abwenden werden, sobald die neue Regierung dem sterbenden Rußland der Fronherren und Polizeibüttel den entschiedenen Krieg erklärt.

Bürger! – müßte es in dieser Kriegserklärung, in diesem Manifest der revolutionären Regierung heißen – Bürger, wählt! Dort das ganze alte Rußland, alle finsteren Kräfte der Ausbeutung, der Unterdrückung, der Schändung des Menschen. Hier ein Bund freier, in allen Staatsangelegen-

heiten gleichberechtigter Bürger. Dort ein Bund der Ausbeuter, der Reichen, der Polizeischergen. Hier ein Bund aller Werktätigen, aller lebendigen Kräfte des Volkes, der ganzen ehrlichen Intelligenz. Dort die Schwarzhunderter, hier die organisierten Arbeiter, die für Freiheit, Aufklärung und Sozialismus kämpfen.

Bürger, wählt! Hier habt ihr unser längst vom ganzen Volk aufgestelltes Programm. Das sind unsere Ziele, derentwegen wir der Regierung der Schwarzhunderter den Krieg erklären. Wir drängen dem Volk keinerlei von uns ausgeheckte Neuerungen auf, wir ergreifen lediglich die Initiative zur praktischen Verwirklichung dessen, ohne das man nach allgemeinem und einhelligem Urteil in Rußland nicht länger leben kann. Wir kapseln uns vom revolutionären Volk nicht ab und unterbreiten jeden unserer Schritte, jeden unserer Beschlüsse seinem Richterspruch, wir stützen uns restlos und ausschließlich auf die freie Initiative, die von den werktätigen Massen selbst ausgeht. Wir fassen ausnahmslos alle revolutionären Parteien zusammen, wir rufen in unsere Reihen Deputierte jeder Bevölkerungsgruppe, die bereit ist, für die Freiheit, für unser Programm zu kämpfen, das die elementaren Rechte und Bedürfnisse des Volkes sichert. Wir reichen insbesondere den Genossen Arbeitern im Soldatenrock und unseren Brüdern, den Bauern, die Hand zum gemeinsamen konsequenten Kampf gegen das Joch der Gutsbesitzer und der Beamten, zum Kampf für Land und Freiheit.

Bürger! Rüstet zum entscheidenden Kampf. Wir werden es der Schwarzhunderterregierung nicht gestatten, Rußland zu schänden. Wir werden uns nicht hinters Licht führen lassen durch die Versetzung einiger Beamten und die Entlassung einiger Polizisten, solange die große Masse der Schwarzhunderterpolizei die Macht behält, zu morden, zu plündern und dem Volk Gewalt anzutun. Mögen die liberalen Bourgeois sich bis zu Bittgesuchen an diese Schwarzhunderterregierung erniedrigen. Die Schwarzhunderter lachen, wenn man ihnen damit droht, sie vor das alte zaristische Gericht der alten zaristischen Beamten zu zitieren. Wir werden den Abteilungen unserer Armee den Befehl geben, die Helden der Schwarzhundertschaften, die das unwissende Volk unter Alkohol setzen und korrumpieren, zu verhaften, wir werden alle diese Scheusale, wie den Polizeimeister von Kronstadt, vor ein öffentliches, revolutionäres Volksgericht stellen.

Bürger! Alle, außer den Schwarzhundertern, haben sich von der zaristischen Regierung abgewandt. Schließt euch um die revolutionäre Regierung zusammen, stellt die Zahlung aller Abgaben und Steuern ein, richtet alle Anstrengungen auf die Organisierung und Bewaffnung einer freien Volkswehr. Die wirkliche Freiheit wird Rußland nur in dem Maße gesichert sein, wie sich das revolutionäre Volk als Sieger über die Kräfte der Schwarzhunderterregierung erweist. Im Bürgerkrieg gibt es keine Neutralen und kann es keine geben. Eine Partei der Weißen ist nichts als feige Heuchelei. Wer dem Kampf ausweicht, der unterstützt das Treiben der Schwarzhunderter. Wer nicht für die Revolution ist, der ist gegen die Revolution. Wer kein Revolutionär ist, der ist ein Schwarzhunderter.

Wir übernehmen es, die Kräfte für den Volksaufstand zusammenzuschließen und vorzubereiten. Zum großen Jahrestag des 9. Januar darf in Rußland von den Einrichtungen der Zarenmacht keine Spur mehr übriggeblieben sein. Möge der Frühlingsfeiertag des internationalen Proletariats schon ein freies Rußland vorfinden, ein Rußland mit einer frei einberufenen, vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung!

So etwa denke ich mir die Entwicklung des Sowjets der Arbeiterdeputierten zu einer provisorischen revolutionären Regierung. Das sind die Aufgaben, die ich allen Organisationen unserer Partei, allen klassenbewußten Arbeitern, dem Sowjet selbst und sowohl dem bevorstehenden Arbeiterkongreß in Moskau als auch dem Kongreß des Bauernbundes[5] in erster Linie stellen würde.

ÜBER DIE REORGANISATION DER PARTEI[6]

I

Die Bedingungen für die Tätigkeit unserer Partei verändern sich von Grund aus. Die Versammlungs-, Koalitions- und Pressefreiheit ist erobert. Natürlich sind diese Rechte in keiner Weise gesichert, und es wäre töricht, wenn nicht gar verbrecherisch, sich auf die jetzigen Freiheiten zu verlassen. Der entscheidende Kampf liegt noch vor uns, und die Vorbereitung auf diesen Kampf muß an erster Stelle stehen. Der konspirative Parteiapparat muß erhalten bleiben. Zugleich aber ist es unbedingt notwendig, die jetzige, verhältnismäßig größere Bewegungsfreiheit weitestgehend auszunutzen. Es ist unbedingt notwendig, neben dem konspirativen Apparat immer mehr neue, legale und halblegale, Parteiorganisationen (und sich an die Partei anlehnende Organisationen) zu schaffen. Ohne diese letztere Arbeit ist es undenkbar, unsere Tätigkeit den neuen Verhältnissen anzupassen und die neuen Aufgaben zu lösen . . .

Um die Organisation auf eine neue Grundlage zu stellen, ist ein neuer Parteitag unerläßlich. Nach dem Statut soll er jährlich einmal stattfinden, diesmal im Mai 1906, aber jetzt ist es notwendig, ihn vorzuverlegen. Wenn wir den Augenblick nicht nützen, werden wir ihn verpassen, in dem Sinne nämlich, daß das von den Arbeitern äußerst stark empfundene Organisationsbedürfnis fehlerhafte, gefährliche Formen zeitigen, irgendwelche „Unabhängige"[7] stärken wird usw. Man muß sich schnellstens auf neue Art organisieren, die neuen Methoden zur allgemeinen Diskussion stellen und den „neuen Kurs" kühn und entschlossen festlegen.

Der in der vorliegenden Nummer veröffentlichte und vom Zentral-

komitee unserer Partei unterzeichnete Aufruf an die Partei[8] legt diesen neuen Kurs nach meiner tiefsten Überzeugung durchaus richtig fest. Wir, die Vertreter der revolutionären Sozialdemokratie, die Anhänger der „Mehrheit", haben wiederholt gesagt, daß die vollständige Demokratisierung der Partei unter den Bedingungen der konspirativen Arbeit unmöglich war, daß das „Prinzip der Wählbarkeit" unter diesen Bedingungen eine Phrase ist. Und das Leben hat unsere Worte bestätigt. In der Parteiliteratur wurde schon mehrfach (siehe die Broschüre „Eines Arbeiters" mit Axelrods Vorwort, den Brief „Eines Arbeiters unter vielen" in der „Iskra"[9] und die Broschüre „Arbeiter über die Spaltung der Partei") von ehemaligen Anhängern der Minderheit festgestellt, daß es faktisch nicht gelang, eine ernstliche Demokratisierung, eine wirkliche Wählbarkeit durchzuführen. Aber die Notwendigkeit des Übergangs zum Prinzip der Wählbarkeit unter neuen Verhältnissen, beim Übergang zur politischen Freiheit, haben wir Bolschewiki immer anerkannt. Die Protokolle des III. Parteitags der SDAPR beweisen das besonders überzeugend, wenn es überhaupt noch eines Beweises bedarf.

Die Aufgabe ist also klar: den konspirativen Apparat einstweilen beibehalten und einen neuen, legalen aufbauen. In Anwendung auf den Parteitag lautet diese Aufgabe (deren konkrete Erfüllung natürlich praktische Fähigkeit und Kenntnis aller Orts- und Zeitverhältnisse erfordert): den IV. Parteitag gemäß dem Statut einberufen und zugleich damit sofort, unverzüglich beginnen, das Prinzip der Wählbarkeit anzuwenden. Das ZK hat diese Aufgabe gelöst: die Delegierten der Komitees fahren, formell als Vertreter der vollberechtigten Organisationen und real als Vertreter der Parteikontinuität, rechtmäßig mit beschließender Stimme zum Parteitag. Mit beratender Stimme hat das ZK auf Grund des ihm zustehenden Rechts die von *allen* Parteimitgliedern, folglich auch von der Masse der zur Partei gehörenden Arbeiter, zu wählenden Delegierten *eingeladen*. Das ZK hat ferner erklärt, daß es dem Parteitag sofort vorschlagen wird, diese beratenden Stimmen in beschließende umzuwandeln. Werden die vollberechtigten Delegierten der Komitees damit einverstanden sein?

Das ZK erklärt, daß sie seiner Meinung nach unbedingt damit einverstanden sein werden. Ich für meine Person bin fest davon überzeugt. Einer solchen Regelung kann man nicht anders als zustimmen. Es ist

unvorstellbar, daß die Mehrheit der Führer des sozialdemokratischen Proletariats damit nicht einverstanden sein wird. Wir sind überzeugt, daß die von der Zeitung „Nowaja Shisn" äußerst gewissenhaft registrierten Stimmen der Parteiarbeiter die Richtigkeit unserer Ansicht sehr bald bestätigen werden. Selbst wenn dieser Schritt (die Umwandlung der beratenden Stimmen in beschließende) zu einem Kampf führen sollte, ist der Ausgang doch unzweifelhaft.

Man betrachte diese Frage von einer anderen Seite, nicht vom formalen Standpunkt aus, sondern der Sache nach. Droht der Sozialdemokratie Gefahr, wenn der von uns vorgelegte Plan durchgeführt wird?

Eine Gefahr könnte man darin sehen, daß mit einemmal Massen von Nichtsozialdemokraten in die Partei strömen. Dann würde die Partei in der Masse aufgehen, sie würde aufhören, der bewußte Vortrupp der Klasse zu sein, sie würde in den Nachtrab geraten. Das wäre unbedingt eine beklagenswerte Periode. Und diese Gefahr *könnte* zweifelsohne *höchst ernste* Bedeutung erlangen, *wenn* bei uns Neigung zur Demagogie vorhanden wäre, wenn die Grundlagen des Parteilebens (Programm, taktische Regeln, organisatorische Erfahrung) völlig fehlten oder schwach und brüchig wären. Aber der springende Punkt ist eben, daß dieses „Wenn" gar nicht vorhanden ist. Bei uns Bolschewiki hat es keinerlei Neigung zu Demagogie gegeben, im Gegenteil, wir haben die ganze Zeit entschieden, offen und direkt selbst die geringsten Ansätze zu Demagogie bekämpft, von den in die Partei Eintretenden Klassenbewußtsein verlangt, die gewaltige Bedeutung der Kontinuität in der Parteientwicklung stets unterstrichen, Disziplin und Erziehung *aller* Parteimitglieder in einer der Parteiorganisationen propagiert. Wir haben unser feststehendes Programm, das von allen Sozialdemokraten offiziell anerkannt ist und keinerlei Kritik seiner wesentlichen Grundsätze hervorgerufen hat (die Kritik einzelner Punkte und Formulierungen ist durchaus berechtigt und notwendig in jeder lebendigen Partei). Wir haben taktische Resolutionen, die auf dem II. und III. Parteitag sowie in langjähriger Arbeit der sozialdemokratischen Presse konsequent und systematisch erarbeitet worden sind. Wir haben auch gewisse organisatorische Erfahrungen und eine wirkliche Organisation, die eine erzieherische Rolle gespielt und zweifellos Früchte getragen hat, die zwar nicht auf den ersten Blick sichtbar sind, aber nur von Blinden oder Verblendeten geleugnet werden können.

Nein, Genossen, wir wollen diese Gefahr nicht übertreiben. Die Sozialdemokratie hat sich einen Namen gemacht, hat eine Richtung geschaffen, hat Kader proletarischer Sozialdemokraten geschaffen. Und im gegenwärtigen Zeitpunkt, da das heroische Proletariat seine Kampfbereitschaft und seine Fähigkeit, solidarisch und standhaft für klar erkannte Ziele zu kämpfen, in rein sozialdemokratischem Geist zu kämpfen, durch die Tat bewiesen hat – in einem solchen Zeitpunkt wäre es direkt lächerlich, daran zu zweifeln, daß die Arbeiter, die unserer Partei angehören oder die morgen, der Aufforderung des ZK folgend, in sie eintreten werden, in 99 von 100 Fällen Sozialdemokraten sind. Die Arbeiterklasse ist instinktiv und spontan sozialdemokratisch, und die mehr als zehnjährige Arbeit der Sozialdemokratie hat schon sehr, sehr viel dazu beigetragen, diese spontane in eine bewußte Einstellung zu verwandeln. Malt keine Schreckbilder an die Wand, Genossen! Vergeßt nicht, daß es in jeder lebendigen und sich entwickelnden Partei stets unbeständige, wankelmütige und schwankende Elemente geben wird. Aber diese Elemente lassen sich von dem erprobten und fest zusammengeschweißten sozialdemokratischen Kern beeinflussen und werden sich weiterhin von ihm beeinflussen lassen.

Unsere Partei ist zu lange in der Illegalität gewesen. Sie ist in den letzten Jahren darin fast erstickt, wie sich ein Delegierter auf dem III. Parteitag treffend ausdrückte. Die Illegalität geht zu Ende. Darum mutig vorwärts, ergreift neue Waffen, verteilt sie an neue Leute, baut eure Stützpunkte aus, ruft alle sozialdemokratischen Arbeiter zu euch, reiht sie zu Hunderten und Tausenden in die Parteiorganisationen ein. Mögen ihre Delegierten die Reihen unserer Zentralstellen neu beleben, möge durch sie der frische Geist des jungen revolutionären Rußlands einströmen. Bis jetzt hat die Revolution alle theoretischen Grundsätze des Marxismus, alle wesentlichen Losungen der Sozialdemokratie stets und ständig gerechtfertigt. Und die Revolution hat auch *unsere*, die sozialdemokratische, Arbeit gerechtfertigt, hat unsere Hoffnung auf den wahrhaft revolutionären Geist des Proletariats und unseren Glauben an ihn gerechtfertigt. Werfen wir also alle kleinlichen Bedenken gegen die notwendige Reform der Partei beiseite, beschreiten wir sofort den neuen Weg! Davon wird unser alter konspirativer Apparat nicht betroffen (seine Anerkennung und Bestätigung durch die sozialdemokratischen Arbeiter steht außer

Zweifel; das ist durch das Leben und den Gang der Revolution hundertmal eindringlicher bewiesen worden, als Beschlüsse und Resolutionen es beweisen könnten). Das wird uns auch neue, junge Kräfte aus dem Schoße der einzigen wirklich revolutionären und bis zu Ende revolutionären Klasse zuführen, die Rußland bereits die halbe Freiheit erkämpft hat, die ihm die ganze Freiheit erkämpfen wird, die es über die Freiheit zum Sozialismus führen wird.

II

Der Beschluß des ZK unserer Partei über die Einberufung des IV. Parteitags der SDAPR, der in Nr. 9 der „Nowaja Shisn" veröffentlicht ist, macht einen entscheidenden Schritt zur vollen Verwirklichung des demokratischen Prinzips in unserer Parteiorganisation. Die Wahl der Delegierten zum Parteitag (die zunächst nur beratende Stimme haben, aber dann zweifellos mit beschließender teilnehmen werden) soll binnen Monatsfrist erfolgen. Alle Parteiorganisationen müssen daher so bald wie möglich darangehen, die personellen Kandidaturen und die Aufgaben des Parteitags zu erörtern. Mit der Möglichkeit neuer Versuche der sterbenden Selbstherrschaft, die versprochenen Freiheiten zurückzunehmen und über die revolutionären Arbeiter, insbesondere über ihre Führer, herzufallen, muß man unbedingt rechnen. Darum ist es (vielleicht mit Ausnahme besonderer Fälle) wohl kaum angebracht, die richtigen Namen der Delegierten zu veröffentlichen. Auf die Decknamen, deren Gebrauch uns die Epoche der politischen Sklaverei gelehrt hat, darf man nicht verzichten, solange die Schwarzhunderter an der Macht sind. Es könnte auch nicht schaden – wieder nach alter Weise „für den Fall von Verhaftungen" –, Ersatzleute der Delegierten zu wählen. Wir werden uns jedoch nicht bei allen diesen konspirativen Vorsichtsmaßnahmen aufhalten, denn die Genossen, die mit den örtlichen Arbeitsverhältnissen vertraut sind, werden sich bei allen diesbezüglich auftauchenden Schwierigkeiten leicht zu helfen wissen. Die Genossen, die über reiche Erfahrungen in der revolutionären Arbeit unter den Verhältnissen der Selbstherrschaft verfügen, sollen allen denen mit ihren Ratschlägen beistehen, die die sozialdemokratische Arbeit unter den neuen, „freien" (freien einstweilen noch in

Anführungszeichen) Verhältnissen beginnen. Selbstverständlich erfordert das von den Mitgliedern unserer Komitees viel Takt: die früheren formellen Prärogativen verlieren jetzt unvermeidlich ihre Bedeutung, und es ist oft notwendig, wieder „von Anfang an" zu beginnen und den breiten Schichten der neuen Parteigenossen die große Wichtigkeit eines konsequenten sozialdemokratischen Programms, einer konsequenten Taktik und Organisation *zu beweisen.* Man darf nicht vergessen, daß wir es bisher allzuoft mit Revolutionären zu tun hatten, die nur aus einer bestimmten sozialen Schicht hervorgingen, während wir es jetzt mit typischen Vertretern der Massen zu tun haben werden. Diese Veränderung erfordert eine Änderung unserer Methoden nicht nur der Propaganda und Agitation (die Notwendigkeit größerer Popularität, die Fähigkeit, richtig an eine Frage heranzugehen, die Kunst, die Grundwahrheiten des Sozialismus auf sehr einfache, anschauliche und wirklich überzeugende Weise zu erklären), sondern auch der Organisation.

Ich möchte hier auf eine Seite der neuen organisatorischen Aufgaben näher eingehen. Das ZK lädt durch seinen Beschluß Delegierte *aller* Parteiorganisationen zum Parteitag ein und fordert *alle* sozialdemokratischen Arbeiter auf, solchen Organisationen beizutreten. Um diesen trefflichen Wunsch in die Tat umzusetzen, genügt es nicht, die Arbeiter einfach „einzuladen", genügt es nicht, die Zahl der Organisationen vom früheren Typus einfach zu erhöhen. Nein, dazu ist erforderlich, daß alle Genossen miteinander selbständig und schöpferisch *neue* Organisationsformen ausarbeiten. Hier kann man keine im voraus bestimmten Normen geben, denn die ganze Sache ist neu; hier muß die Kenntnis der örtlichen Verhältnisse, vor allem aber die Initiative *aller* Parteimitglieder zur Geltung kommen. Die neue Form der Organisation oder, richtiger gesagt, die neue Form der grundlegenden Organisationszelle der Arbeiterpartei muß im Vergleich mit den alten Zirkeln unbedingt breiter sein. Vermutlich wird die neue Zelle außerdem eine weniger straffe, eine mehr „freie", mehr „lose"* Organisation sein müssen. Bestünde volle Koalitionsfreiheit und wären die staatsbürgerlichen Rechte der Bevölkerung völlig gesichert, so müßten wir selbstverständlich überall sozialdemokratische Verbände gründen (nicht nur gewerkschaftliche, sondern auch politische, also Parteiorganisationen). Unter den gegenwärtigen Verhältnissen muß man auf

* „lose" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

allen Wegen und mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, diesem Ziel näher zu kommen suchen.

Es gilt, sofort die Initiative aller Parteifunktionäre und aller mit der Sozialdemokratie sympathisierenden Arbeiter zu wecken. Es ist notwendig, unverzüglich überall Referate, Besprechungen, Versammlungen und Meetings über den IV. Parteitag der SDAPR abzuhalten, die Aufgaben dieses Parteitags populär und leicht faßlich darzulegen, auf die neue Form der Organisation des Parteitags hinzuweisen und alle Sozialdemokraten aufzufordern, am Aufbau einer wirklich proletarischen sozialdemokratischen Partei auf neuer Grundlage teilzunehmen. Diese Arbeit wird eine Menge praktischer Erfahrungen vermitteln, in zwei bis drei Wochen (wenn die Sache energisch betrieben wird) aus der Mitte der Arbeiter neue sozialdemokratische Kräfte hervorbringen und das Interesse breitester Schichten für die sozialdemokratische Partei wecken, die wir jetzt in Gemeinschaft mit allen Genossen Arbeitern zu reorganisieren beschlossen haben. Unverzüglich wird in allen Versammlungen die Gründung von Vereinen, Organisationen und Gruppen der Partei erörtert werden. Jeder Verein, jede Organisation und Gruppe wird sofort ein Büro, einen Vorstand oder einen leitenden Ausschuß wählen, kurzum, eine ständige Zentralstelle, welche die Geschäfte der Organisation führt, mit den lokalen Parteiinstanzen verkehrt, Parteiliteratur entgegennimmt und verbreitet, Beiträge für die Parteiarbeit erhebt, Versammlungen, Lektionen und Referate veranstaltet und schließlich die Wahl der Delegierten zum Parteitag vorbereitet. Die Parteikomitees werden es sich natürlich angelegen sein lassen, allen diesen Organisationen zu helfen und sie mit Aufklärungsmaterial über die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, ihre Geschichte und ihre gegenwärtigen großen Aufgaben zu versorgen.

Ferner wäre es an der Zeit, auch für die Errichtung sozusagen lokaler wirtschaftlicher Stützpunkte der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen in Gestalt von Speisehäusern, Teestuben, Bierhallen, Bibliotheken, Lesezimmern, tirs* usw. usf. Sorge zu tragen, die durch Parteimitglieder

* Ich weiß kein zutreffendes russisches Wort und bezeichne mit französisch „tir" einen Raum zum Scheibenschießen, wo allerlei Waffen vorrätig sind und jeder, der dazu Lust hat, gegen ein geringes Entgelt mit Revolvern oder Flinten nach der Scheibe schießen kann. In Rußland ist die Versammlungs- und

betrieben werden. Man darf nicht vergessen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter außer von der „selbstherrlichen" Polizei auch von den „selbstherrlichen" Unternehmern verfolgt und die Agitatoren aus den Betrieben geworfen werden, und deshalb ist es sehr wichtig, eine von der Willkür der Fabrikanten möglichst unabhängige Basis zu schaffen.

Überhaupt müssen wir Sozialdemokraten die gegenwärtige Erweiterung der Handlungsfreiheit in jeder Weise ausnutzen, und je mehr diese Freiheit gesichert sein wird, um so entschiedener werden wir die Losung „Ins Volk!" ausgeben. Jetzt wird sich die Initiative der Arbeiter selbst in einem Ausmaß zeigen, von dem wir gestern, als wir noch Konspiratoren und „Zirkelveranstalter" waren, nicht einmal zu träumen wagten. Jetzt ist es so, daß die Wirkung der sozialistischen Ideen auf die Massen des Proletariats Wege einschlägt und einschlagen wird, die wir häufig gar nicht verfolgen können. Dementsprechend wird es notwendig sein, für eine richtigere Verteilung der sozialdemokratischen Intelligenz zu sorgen*, damit sie sich nicht dort drängelt, wo die Bewegung schon auf eigenen Füßen steht und, wenn man sich so ausdrücken darf, mit eigenen Kräften auskommt, sondern „nach unten" geht, wo die Arbeit schwieriger ist, die Bedingungen härter sind und erfahrene und kenntnisreiche Menschen dringend gebraucht werden, wo es bedeutend weniger Lichtquellen gibt und das politische Leben schwächer pulsiert. „Ins Volk" müssen wir jetzt sowohl im Falle von Wahlen gehen, an denen die ganze Bevölkerung,

Koalitionsfreiheit proklamiert. Die Bürger sind berechtigt, sich auch zur Abhaltung von Schießübungen zu versammeln, das kann niemanden in Gefahr bringen. In jeder größeren Stadt Europas gibt es solche jedermann zugängliche Schießstände in Kellerräumen, zuweilen außerhalb der Stadt usw. Und für die Arbeiter ist es ganz und gar nicht überflüssig, schießen und mit Waffen umgehen zu lernen. Selbstverständlich werden wir erst dann ernsthaft und umfassend an diese Sache gehen können, wenn die Koalitionsfreiheit gesichert ist und man jeden Polizeischuft, der sich unterstehen sollte, solche Einrichtungen zu verbieten, gerichtlich belangen kann.

* Ich habe auf dem III. Parteitag den Wunsch ausgesprochen, daß in den Parteikomitees auf etwa acht Arbeiter zwei Intellektuelle kommen sollen. (Siehe Werke, Bd. 8, S. 405. *Die Red.*) Wie veraltet ist dieser Wunsch!

Jetzt wäre zu wünschen, daß in den neuen Parteiorganisationen auf ein Parteimitglied der sozialdemokratischen Intelligenz einige hundert sozialdemokratische Arbeiter kommen.

sogar der entlegensten Winkel, teilnehmen wird, als auch (und das ist noch wichtiger) im Falle des offenen Kampfes, um die Reaktion der provinziellen Vendée[10] lahmzulegen und im ganzen Lande, bei allen Proletariermassen, die Verbreitung der von den großen Zentren ausgehenden Losungen zu sichern.

Gewiß, jedes Extrem ist von Übel; um etwas wirklich Dauerhaftes und möglichst „Mustergültiges" zuwege zu bringen, werden wir auch jetzt noch öfters die besten Kräfte in diesem oder jenem wichtigen Zentrum konzentrieren müssen. Die Erfahrung wird zeigen, welche Proportion in dieser Hinsicht eingehalten werden muß. Unsere Aufgabe besteht jetzt nicht so sehr darin, Normen für die Organisation auf den neuen Grundlagen aufzustellen, als vielmehr darin, die breiteste und kühnste Arbeit zu entfalten, um auf dem IV. Parteitag die bisherige Parteierfahrung zusammenzufassen und auszuwerten.

III

In den ersten beiden Abschnitten haben wir uns mit der allgemeinen Bedeutung des Prinzips der Wählbarkeit in der Partei und der Notwendigkeit neuer Organisationszellen und Organisationsformen beschäftigt. Jetzt wollen wir noch eine äußerst brennende Frage, nämlich die Frage der Vereinigung der Partei untersuchen.

Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß die übergroße Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter mit der Parteispaltung höchst unzufrieden ist und die Vereinigung fordert. Es ist auch für niemanden ein Geheimnis, daß die Spaltung bei den sozialdemokratischen Arbeitern (oder bei denen, die Sozialdemokraten werden wollen) eine gewisse Abkühlung gegenüber der Sozialdemokratischen Partei hervorgerufen hat.

Die Hoffnung, daß sich die „Spitzen" der Partei von selbst vereinigen werden, haben die Arbeiter fast aufgegeben. Die Notwendigkeit der Vereinigung wurde sowohl vom III. Parteitag der SDAPR als auch von der Konferenz der Menschewiki im Mai dieses Jahres offiziell anerkannt. Seitdem ist ein halbes Jahr verflossen, aber die Vereinigung ist kaum einen Schritt vorwärtsgekommen. Kein Wunder, daß die Arbeiter anfingen, ungeduldig zu werden. Kein Wunder, daß der „Eine Arbeiter

unter vielen", der in der „Iskra" und in einer von der „Mehrheit" herausgegebenen Broschüre („Arbeiter über die Spaltung der Partei", herausgegeben vom ZK, Genf 1905) über die Vereinigung schrieb, schließlich den sozialdemokratischen Intellektuellen mit der „Faust von unten" drohte. Den einen Sozialdemokraten (den Menschewiki) mißfiel damals diese Drohung, die anderen (die Bolschewiki) fanden sie gerechtfertigt und im Grunde durchaus richtig.

Mir scheint, daß jetzt die Zeit gekommen ist, da die *bewußten* sozialdemokratischen Arbeiter ihre Absicht (ich sage nicht „Drohung", denn dieses Wort klingt nach Anschuldigungen und Demagogie, wir aber müssen das eine wie das andere unter allen Umständen zu vermeiden suchen) verwirklichen können und müssen. In der Tat, jetzt ist die Zeit gekommen oder kommt jedenfalls, da man das Prinzip der Wählbarkeit in der Parteiorganisation nicht in Worten, sondern praktisch anwenden kann, nicht als eine schöne, aber hohle Phrase, sondern als ein wirklich neues Prinzip, das die parteilichen Bindungen wirklich erneuert, erweitert und festigt. Die „Mehrheit" hat durch den Mund des Zentralkomitees direkt dazu aufgefordert, das Prinzip der Wählbarkeit sofort anzuwenden und einzuführen. Die Minderheit geht denselben Weg. Die sozialdemokratischen Arbeiter aber bilden die gewaltige, die erdrückende Mehrheit in allen sozialdemokratischen Organisationen, Institutionen, Versammlungen, Kundgebungen usw.

Somit besteht jetzt schon die Möglichkeit, nicht nur zu *beweisen*, daß man sich vereinigen muß, nicht nur *Versprechungen* zu erlangen, daß man sich vereinigen wird, sondern sich wirklich zu *vereinigen*, und zwar durch einen einfachen Beschluß der Mehrheit der organisierten Arbeiter beider Fraktionen. Dabei wird niemandem etwas „aufgedrängt", denn die Notwendigkeit der Einheit wird im Prinzip von allen anerkannt, und die Arbeiter haben die prinzipiell bereits entschiedene Frage nur praktisch zu lösen.

Man kann ja das Verhältnis zwischen den Funktionen der Intellektuellen und der Proletarier (Arbeiter) in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung wohl ziemlich genau mit der allgemeinen Formel ausdrücken: Die Intellektuellen verstehen es gut, Fragen „prinzipiell" zu lösen, ein Schema zu zeichnen und zu beurteilen, was man tun muß ... die Arbeiter aber tun es, sie setzen die graue Theorie in die lebendige Praxis um.

Und ich werde mich nicht im geringsten der Demagogie schuldig machen, die große Rolle des Bewußtseins in der Arbeiterbewegung keineswegs herabsetzen und die gigantische Bedeutung der marxistischen Theorie, der marxistischen Prinzipien nicht im mindesten abschwächen, wenn ich jetzt sage: Wir haben sowohl auf dem Parteitag als auch auf der Konferenz die „graue Theorie" der Vereinigung der Partei aufgestellt. Genossen Arbeiter! Helft uns, diese graue Theorie in die lebendige Praxis umzusetzen! Tretet in Massen den Parteiorganisationen bei! Macht aus unserem IV. Parteitag und aus der menschewistischen zweiten Konferenz einen eindrucksvollen und großartigen Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiter! Befaßt euch gemeinsam mit uns praktisch mit der Frage der Vereinigung – soll es in dieser Frage ausnahmsweise (es wird das eine jener Ausnahmen sein, welche die entgegengesetzte Regel bestätigen!) ein Zehntel Theorie und neun Zehntel Praxis geben! Wahrhaftig, dieser Wunsch ist gerechtfertigt, er ist historisch notwendig und psychologisch begreiflich. Wir haben so lange in der Emigrantenatmosphäre „theoretisiert" (manchmal, gestehen wir's nur, ins Leere hinein), daß es wahrhaftig nichts schadet, wenn wir jetzt ein klein wenig, ein ganz klein bißchen „den Bogen nach der andern Seite überspannen" und die Praxis etwas mehr in den Vordergrund rücken. In der Frage der Vereinigung, derentwegen wir, im Zusammenhang mit den Ursachen der Spaltung, eine Unmenge Tinte und einen Haufen Papier verbraucht haben, ist ein solches Verfahren unbedingt am Platz. Besonders wir Emigranten sehnen uns nach der Praxis. Und überdies haben wir doch schon ein recht gutes und vollständiges Programm der ganzen demokratischen Revolution ausgearbeitet. Vereinigen wir uns also, um diese Revolution auch zu vollbringen!

„Nowaja Shisn" Nr. 9, 13 und 14, 10., 15. und 16. November 1905. Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der „Nowaja Shisn".

PROLETARIAT UND BAUERNSCHAFT[11]

Der gegenwärtig in Moskau tagende Kongreß des Bauernbundes setzt wieder die wichtige Frage des Verhältnisses der Sozialdemokratie zur Bauernbewegung auf die Tagesordnung. Diese Frage war für die russischen Marxisten bei der Festlegung ihres Programms und ihrer Taktik stets aktuell. Schon im ersten, von der Gruppe „Befreiung der Arbeit" 1884 im Ausland veröffentlichten Entwurf eines Programms der russischen Sozialdemokratie wurde der Bauernfrage sehr ernste Aufmerksamkeit gewidmet.

Seitdem gibt es kein einziges bedeutenderes, allgemeinen Fragen gewidmetes Werk von Marxisten, kein einziges sozialdemokratisches Presseorgan, das die marxistischen Ansichten und Losungen nicht wiederholt, nicht entwickelt und nicht auf einzelne Fälle angewandt hätte.

Jetzt ist die Frage der Bauernbewegung nicht nur in theoretischer Hinsicht, sondern im unmittelbarsten praktischen Sinn aktuell geworden. Jetzt muß man unsere allgemeinen Losungen in direkte, vom revolutionären Proletariat an die revolutionäre Bauernschaft gerichtete Aufrufe verwandeln. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, da die Bauernschaft als bewußter Schöpfer einer neuen russischen Lebensordnung auftritt. Und davon, wie sich das Bewußtsein der Bauernschaft entwickelt, hängen in hohem Maße Verlauf und Ausgang der großen russischen Revolution ab.

Was will die Bauernschaft von der Revolution? Was kann die Revolution der Bauernschaft geben? Das sind die beiden Fragen, die jeder Politiker und insbesondere jeder klassenbewußte Arbeiter, der ein Politiker im besten, nicht durch bürgerliches Politikastertum banalisierten Sinne dieses Wortes ist, lösen muß.

Die Bauernschaft will Land und Freiheit. Darüber kann es keine zwei Meinungen geben. Alle klassenbewußten Arbeiter unterstützen mit allen Kräften die revolutionäre Bauernschaft. Alle klassenbewußten Arbeiter wollen und streben danach, daß die Bauernschaft alles Land und volle Freiheit erhalte. Alles Land – das bedeutet, sich mit keinerlei Teilzugeständnissen und Almosen zufriedengeben, das bedeutet, nicht auf eine Verständigung der Bauern mit den Gutsbesitzern, sondern auf die Abschaffung des gutsherrlichen Grundeigentums ausgehen. Und die Partei des klassenbewußten Proletariats, die Sozialdemokratie, hat sich auf das entschiedenste in diesem Sinne geäußert: auf ihrem III. Parteitag, der im Mai dieses Jahres stattfand, hat die SDAPR eine Resolution angenommen, in der direkt von der Unterstützung der revolutionären Bauernforderungen *einschließlich der Konfiskation sämtlicher* Privatländereien gesprochen wird. Diese Resolution zeigt klar, daß die Partei der klassenbewußten Arbeiter die Forderung der Bauern nach dem gesamten Grund und Boden unterstützt. Und in *dieser* Hinsicht stimmt die von der anderen Hälfte unserer Partei auf ihrer Konferenz angenommene Resolution mit der Resolution des III. Parteitags der SDAPR inhaltlich völlig überein.

„Volle Freiheit" – das bedeutet Wählbarkeit der die öffentlichen und staatlichen Angelegenheiten verwaltenden Behörden und Beamten. „Volle Freiheit" – das bedeutet restlose Vernichtung einer Staatsgewalt, die nicht vollständig und ausschließlich vom Volk abhängt, die vom Volk nicht gewählt, dem Volk nicht rechenschaftspflichtig und durch das Volk nicht absetzbar ist. „Volle Freiheit" – das bedeutet, daß nicht das Volk sich den Beamten unterordnen muß, sondern die Beamten sich dem Volk unterordnen müssen.

Natürlich verhalten sich nicht alle Bauern, die für Land und Freiheit kämpfen, vollauf bewußt zu diesem Kampf, gehen nicht alle so weit, die Republik zu fordern. Aber die demokratische Richtung der Bauernforderungen steht außer Zweifel. Daher kann die Bauernschaft sicher sein, daß das Proletariat diese Forderungen unterstützt. Die Bauern sollen wissen, daß das in den Städten entfaltete rote Banner ein Banner des Kampfes für die dringendsten und brennendsten Forderungen nicht nur der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter, sondern auch der Millionen und aber Millionen kleiner Landwirte ist.

Die in den verschiedensten Formen und Arten erhalten gebliebenen Überreste der Leibeigenschaft lasten noch immer als ein schweres Joch auf der ganzen Bauernmasse, und die Proletarier haben unter dem roten Banner diesem Joch den Krieg erklärt.

Aber das rote Banner bedeutet nicht nur, daß das Proletariat die Bauernforderungen unterstützt. Es bedeutet auch eigene Forderungen des Proletariats. Es bedeutet nicht nur Kampf für Land und Freiheit, sondern auch Kampf gegen jede Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Kampf gegen die Armut der Volksmassen, Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals. Und hier erhebt sich vor uns die zweite Frage: Was kann die Revolution der Bauernschaft geben? Viele aufrichtige Freunde der Bauern (darunter zum Beispiel die Sozialrevolutionäre) beachten diese Frage nicht, bemerken nicht, wie wichtig sie ist. Sie glauben, es genüge, die Frage zu stellen und zu lösen: Was wollen die Bauern, und es genüge, die Antwort zu erhalten: Land und Freiheit. Das ist ein großer Irrtum. Die volle Freiheit und die volle Wählbarkeit aller Beamten bis zum Staatsoberhaupt einschließlich werden die Herrschaft des Kapitals nicht abschaffen, den Reichtum der wenigen und die Armut der Massen nicht beseitigen. Auch die restlose Aufhebung des privaten Grundeigentums wird weder die Herrschaft des Kapitals noch die Armut der Massen beseitigen. Auch auf dem Boden, der dem ganzen Volk gehört, wird nur derjenige eine selbständige Wirtschaft führen können, der über Kapital verfügt, nur derjenige, der Geräte, Vieh, Maschinen, Saatgutvorräte, überhaupt Geldmittel usw. besitzt. Wer aber außer seinen Arbeitshänden nichts hat, wird immer ein Sklave des Kapitals bleiben, sogar in einer demokratischen Republik, sogar dann, wenn der Grund und Boden dem ganzen Volk gehört. Der Gedanke an eine „Sozialisierung" des Grund und Bodens ohne Sozialisierung des Kapitals, der Gedanke an die Möglichkeit einer ausgleichenden Bodennutzung beim Fortbestehen des Kapitals und der Warenwirtschaft ist irrig. Der Sozialismus hat fast in allen Ländern Europas Zeiten durchgemacht, in denen diese oder ähnliche Irrtümer von der Mehrheit geteilt worden sind. Die Kampferfahrung der Arbeiterklasse hat in allen Ländern praktisch gezeigt, wie gefährlich dieser Fehler ist, und die proletarischen Sozialisten Europas und Amerikas haben sich jetzt von ihm völlig frei gemacht.

Somit bedeutet das rote Banner der klassenbewußten Arbeiter erstens,

daß wir den Kampf der Bauern für volle Freiheit und alles Land mit allen Kräften unterstützen; zweitens bedeutet es, daß wir dabei nicht stehenbleiben, sondern weitergehen. Wir führen außer dem Kampf für Freiheit und Land den Kampf für den Sozialismus. Der Kampf für den Sozialismus ist der Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals. Diesen Kampf führen vor allem die Lohnarbeiter, die direkt und völlig vom Kapital abhängen. Die Kleinbesitzer dagegen verfügen zum Teil selbst über Kapital, beuten nicht selten selbst Arbeiter aus. Deshalb reihen sich nicht alle Kleinbauern unter die Kämpfer für den Sozialismus ein, sondern nur diejenigen, die sich entschlossen und bewußt auf die Seite der Arbeiter gegen das Kapital, auf die Seite des Gemeineigentums gegen das Privateigentum stellen.

Aus diesem Grunde sagen die Sozialdemokraten, daß sie zusammen mit der ganzen Bauernschaft gegen die Gutsbesitzer und Beamten kämpfen; außerdem aber kämpfen sie, die städtischen Proletarier zusammen mit den ländlichen Proletariern, gegen das Kapital. Der Kampf für Land und für Freiheit ist ein demokratischer Kampf. Der Kampf für die Vernichtung der kapitalistischen Herrschaft ist ein sozialistischer Kampf.

Senden wir also dem Bauernbund, der beschlossen hat, einmütig und standhaft, rückhaltlos und ohne Schwanken für volle Freiheit und für alles Land zu kämpfen, unsere heißen Grüße. Diese Bauern sind echte Demokraten. Die Irrigkeit ihrer Ansichten über die Aufgaben des Demokratismus und des Sozialismus müssen wir ihnen geduldig und beharrlich erklären, denn sie sind Bundesgenossen, mit denen uns der gemeinsame große Kampf verbindet. Diese Bauern sind wirkliche revolutionäre Demokraten, mit denen zusammen wir in den Kampf für den vollen Sieg der gegenwärtigen Revolution gehen müssen und gehen werden. Dem Plan eines Generalstreiks, dem Beschluß, daß sich das nächste Mal die städtischen Arbeiter und die gesamte Dorfarmut einträchtig, gemeinschaftlich erheben sollen – diesem Plan und Beschluß bringen wir die größte und vollste Sympathie entgegen. Alle klassenbewußten Arbeiter werden alle Anstrengungen machen, um bei der Verwirklichung dieses Planes zu helfen. Aber kein Bündnis der Welt, selbst mit den ehrlichsten und entschlossensten revolutionären Demokraten, wird die Proletarier dazu bringen, ihr noch größeres und wichtigeres Ziel – den Kampf für den Sozialismus, für die restlose Vernichtung der Herrschaft des Kapitals, für

die Befreiung aller Werktätigen von jeder Ausbeutung – zu vergessen. Vorwärts, Arbeiter und Bauern, zum gemeinsamen Kampf für Land und Freiheit! Vorwärts, Proletarier, die ihr in der internationalen Sozialdemokratie vereinigt seid, zum Kampf für den Sozialismus!

„Nowaja Shisn" Nr. 11, 12. November 1905. Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem Text der „Nowaja Shisn".

PARTEIORGANISATION UND PARTEILITERATUR

Die nach der Oktoberrevolution in Rußland entstandenen neuen Bedingungen für die sozialdemokratische Tätigkeit haben die Frage der Parteiliteratur auf die Tagesordnung gestellt. Der Unterschied zwischen illegaler und legaler Presse – dieses traurige Erbe der Epoche des leibeigenschaftlichen, absolutistischen Rußlands – beginnt zu schwinden. Dieses Erbe ist noch nicht tot, bei weitem nicht tot. Die Willkür der heuchlerischen Regierung unseres Ministerpräsidenten geht noch so weit, daß die „Iswestija Sowjeta Rabotschich Deputatow"[12] „illegal" gedruckt werden, aber die dummen Versuche, das zu „verbieten", was sie nicht zu verhindern imstande ist, bringen der Regierung nichts ein als Schande und neue moralische Hiebe.

Solange ein Unterschied zwischen illegaler und legaler Presse bestand, wurde die Frage, was als Partei- und was nicht als Parteiliteratur zu betrachten ist, äußerst einfach und äußerst falsch und unnatürlich gelöst. Die gesamte illegale Presse war Parteiliteratur, wurde von Organisationen herausgegeben und von Gruppen geleitet, die so oder anders mit Gruppen praktischer Parteiarbeiter in Verbindung standen. Die gesamte legale Presse war keine Parteiliteratur, weil die Parteien verboten waren – aber sie „tendierte" zu der einen oder andern Partei. Unnatürliche Bündnisse, anormale „Ehen", falsche Aushängeschilder waren unvermeidlich. Man konnte nicht mehr unterscheiden zwischen den erzwungenen Unausgesprochenheiten jener, die gewillt waren, die Auffassungen der Partei zum Ausdruck zu bringen, und der Beschränktheit oder Feigheit des Denkens jener, die zu diesen Auffassungen noch nicht herangereift, im Grunde also keine Parteileute waren.

Verfluchte Zeit der äsopischen Redeweise, der literarischen Knechtschaft, der Sklavensprache, der geistigen Leibeigenschaft! Das Proletariat hat dieser Niedertracht, die alles Lebendige und Frische in Rußland zu ersticken drohte, ein Ende gemacht. Aber das Proletariat hat bisher nur die halbe Freiheit für Rußland erkämpft.

Die Revolution ist noch nicht vollendet. Hat der Zarismus *nicht mehr* die Kraft, die Revolution zu besiegen, so hat die Revolution *noch nicht* die Kraft, den Zarismus zu besiegen. Und wir leben in einer Zeit, da sich diese widernatürliche Verbindung der offenen, ehrlichen, direkten und konsequenten Parteilichkeit mit der unterirdischen, verdeckten, „diplomatischen" und aalglatten „Legalität" überall und in allem auswirkt. Diese widernatürliche Verbindung wirkt sich auch in unserer Zeitung aus: Herr Gutschkow mag noch so sehr witzeln über eine sozialdemokratische Tyrannei, die es verbietet, bürgerlich-liberale, gemäßigte Zeitungen zu drucken, die Tatsache bleibt dennoch bestehen, daß das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, der „Proletari"[13], bislang außerhalb der Grenzen des *absolutistischen* Polizeistaates Rußland erscheint.

Gleichviel, auch die halbe Revolution zwingt uns alle, sofort an eine Neuregelung der Dinge zu gehen. Die Literatur kann jetzt sogar „legal" zu neun Zehnteln Parteiliteratur sein. Und sie muß Parteiliteratur werden. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Sitten, im Gegensatz zur bürgerlichen Unternehmer- und Krämerpresse, im Gegensatz zum bürgerlichen Karrierismus und Individualismus in der Literatur, zum „Edelanarchismus" und zur Jagd nach Gewinn muß das sozialistische Proletariat das Prinzip der *Parteiliteratur* aufstellen, dieses Prinzip entwickeln und es möglichst vollständig und einheitlich verwirklichen.

Worin besteht nun dieses Prinzip der Parteiliteratur? Nicht nur darin, daß für das sozialistische Proletariat die literarische Tätigkeit keine Quelle des Gewinns von Einzelpersonen oder Gruppen sein darf, sie darf überhaupt keine individuelle Angelegenheit sein, die von der allgemeinen proletarischen Sache unabhängig ist. Nieder mit den parteilosen Literaten! Nieder mit den literarischen Übermenschen! Die literarische Tätigkeit muß zu einem *Teil* der allgemeinen proletarischen Sache, zu einem „Rädchen und Schräubchen" des einen einheitlichen, großen sozialdemokratischen Mechanismus werden, der von dem ganzen politisch bewußten

Vortrupp der ganzen Arbeiterklasse in Bewegung gesetzt wird. Die literarische Betätigung muß ein Bestandteil der organisierten, planmäßigen, vereinigten sozialdemokratischen Parteiarbeit werden.

„Jeder Vergleich hinkt", sagt ein deutsches Sprichwort. So hinkt auch mein Vergleich der Literatur mit einem Schräubchen und der lebendigen Bewegung mit einem Mechanismus. Es werden sich sogar sicher hysterische Intellektuelle finden, die ein Geschrei erheben ob eines solchen Vergleichs, der den freien Kampf der Ideen, die Freiheit der Kritik, die Freiheit des literarischen Schaffens usw. usf. herabwürdigt, abtötet, „bürokratisiert". Ein solches Geschrei wäre im Grunde nur der Ausdruck von bürgerlich-intellektuellem Individualismus. Kein Zweifel, das literarische Schaffen verträgt am allerwenigsten eine mechanische Gleichmacherei, eine Nivellierung, eine Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit. Kein Zweifel, auf diesem Gebiet ist es unbedingt notwendig, weiten Spielraum für persönliche Initiative und individuelle Neigungen, Spielraum für Gedanken und Phantasie, Form und Inhalt zu sichern. Das alles ist unbestritten, aber das alles beweist lediglich, daß der literarische Teil der Parteiarbeit des Proletariats den anderen Teilen der Parteiarbeit des Proletariats nicht schablonenhaft gleichgesetzt werden darf. Das alles widerlegt keineswegs die in den Augen der Bourgeoisie und der bürgerlichen Demokratie fremdartige und seltsame These, daß die literarische Tätigkeit unbedingt und jedenfalls ein mit den anderen Teilen untrennbar verbundener Teil der sozialdemokratischen Parteiarbeit werden muß. Die Zeitungen müssen Organe der verschiedenen Parteiorganisationen werden. Die Literaten müssen unbedingt Parteiorganisationen angehören. Verlage und Lager, Läden und Leseräume, Bibliotheken und Buchvertriebe – alles dies muß der Partei unterstehen und ihr rechenschaftspflichtig sein. Diese ganze Arbeit muß vom organisierten sozialistischen Proletariat verfolgt und kontrolliert werden, das dieser ganzen Arbeit, ohne jede Ausnahme, den lebendigen Atem der lebendigen proletarischen Sache einhauchen und so dem alten, halb Oblomowschen*, halb krämerhaften russischen Prinzip: der Schriftsteller schreibt, wie's kommt, der Leser liest, wie's kommt, den Boden unter den Füßen wegziehen muß.

Wir behaupten selbstverständlich nicht, daß diese Wandlung des von der asiatischen Zensur und der europäischen Bourgeoisie verhunzten lite-

* Oblomow – Titelheld eines Romans von I. A. Gontscharow. *Die Red.*

rarischen Schaffens mit einem Schlag erfolgen kann. Der Gedanke, irgendein einförmiges System oder die Lösung der Aufgabe durch ein paar Entschließungen zu verkünden, liegt uns fern. Nein, von Schematismus kann auf diesem Gebiet am allerwenigsten die Rede sein. Es handelt sich darum, daß unsere ganze Partei, daß das gesamte bewußte sozialdemokratische Proletariat ganz Rußlands diese neue Aufgabe erkennt, sie klar stellt und ihre Lösung allüberall in die Hand nimmt. Der Gefangenschaft der leibeigenschaftlichen Zensur entronnen, wollen und werden wir uns nicht in die Gefangenschaft der bürgerlich-krämerhaften Literaturverhältnisse begeben. Wir wollen und werden eine freie Presse schaffen, frei nicht nur von der Polizei, sondern auch vom Kapital und vom Karrierismus, ja noch mehr, frei auch vom bürgerlich-anarchistischen Individualismus.

Diese letzten Worte mögen als ein Paradox oder eine Verhöhnung der Leser anmuten. Wie denn! wird vielleicht ein Intellektueller, ein eifriger Freund der Freiheit, ausrufen. Wie denn! Ihr wollt eine so delikate, individuelle Sache wie das literarische Schaffen der Kollektivität unterordnen! Ihr wollt, daß die Arbeiter mit Stimmenmehrheit über Fragen der Wissenschaft, der Philosophie, der Ästhetik entscheiden! Ihr leugnet die absolute Freiheit des absolut individuellen geistigen Schaffens!

Beruhigt euch, Herrschaften! Erstens ist von der Parteiliteratur und ihrer Unterordnung unter die Parteikontrolle die Rede. Jeder hat die Freiheit, zu schreiben und zu reden, was ihm behagt, ohne die geringste Einschränkung. Aber jeder freie Verband (darunter die Partei) hat auch die Freiheit, solche Mitglieder davonzujagen, die das Schild der Partei benutzen, um parteiwidrige Auffassungen zu predigen. Die Freiheit des Wortes und der Presse soll vollständig sein. Aber auch die Freiheit der Verbände soll vollständig sein. Ich muß dir im Namen der Freiheit des Wortes das volle Recht einräumen, zu schreien, zu lügen und zu schreiben, was dir behagt. Du aber mußt mir im Namen der Freiheit der Verbände das Recht einräumen, mit Leuten, die das oder jenes sagen, ein Bündnis zu schließen oder zu lösen. Die Partei ist ein freiwilliger Verband, der unweigerlich zunächst ideologisch und dann auch materiell zerfallen würde, wenn er sich nicht derjenigen Mitglieder entledigte, die parteiwidrige Auffassungen predigen. Zur Festsetzung der Grenze aber zwischen dem, was parteimäßig und was parteiwidrig ist, dient das Partei-

programm, dienen die taktischen Resolutionen und das Statut der Partei, dient schließlich die ganze Erfahrung der internationalen Sozialdemokratie, der internationalen freiwilligen Verbände des Proletariats, das in seine Parteien ständig einzelne Elemente oder Strömungen einschließt, die nicht ganz konsequent, nicht ganz rein marxistisch, nicht ganz richtig sind, das aber auch ständig periodische „Reinigungen" seiner Partei vornimmt. So wird es, meine Herren Anhänger der bürgerlichen „Freiheit der Kritik", *innerhalb* der Partei auch bei uns sein: Unsere Partei wird jetzt mit einemmal zu einer Massenpartei, wir erleben jetzt einen jähen Übergang zur offenen Organisation, zu uns werden jetzt unweigerlich viele (vom marxistischen Standpunkt aus) inkonsequente Leute stoßen, vielleicht sogar manche Christen, vielleicht sogar manche Mystiker. Wir haben gesunde Mägen, wir sind felsenfeste Marxisten. Wir werden diese inkonsequenten Leute verdauen. Die Freiheit des Denkens und die Freiheit der Kritik innerhalb der Partei werden uns nie vergessen lassen, daß es eine Freiheit der Gruppierung von Menschen zu freien Verbänden gibt, die man Parteien nennt.

Zweitens, meine Herren bürgerlichen Individualisten, müssen wir euch sagen, daß eure Reden über absolute Freiheit eine einzige Heuchelei sind. In einer Gesellschaft, die sich auf die Macht des Geldes gründet, in einer Gesellschaft, in der die Massen der Werktätigen ein Bettlerdasein und das Häuflein Reicher ein Schmarotzerleben führen, kann es keine reale und wirkliche „Freiheit" geben. Herr Schriftsteller, sind Sie frei von Ihrem bürgerlichen Verleger? von Ihrem bürgerlichen Publikum, das von Ihnen Pornographie in Rahmen und Bildern und Prostitution als „Ergänzung" zur „heiligen" Bühnenkunst fordert? Diese absolute Freiheit ist doch eine bürgerliche oder anarchistische Phrase (denn als Weltanschauung ist der Anarchismus die umgestülpte Bürgerlichkeit). Man kann nicht zugleich in der Gesellschaft leben und frei von ihr sein. Die Freiheit des bürgerlichen Schriftstellers, des Künstlers und der Schauspielerin ist nur die maskierte (oder sich heuchlerisch maskierende) Abhängigkeit vom Geldsack, vom Bestochen- und vom Ausgehaltenwerden.

Und wir Sozialisten entlarven diese Heuchelei, reißen die falschen Aushängeschilder herunter – nicht um eine klassenfreie Literatur und Kunst zu erhalten (das wird erst in der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft möglich sein), sondern um der heuchlerisch freien, in Wirklich-

keit aber mit der Bourgeoisie verbundenen Literatur die wirklich freie, *offen* mit dem Proletariat verbundene Literatur gegenüberzustellen.

Das wird eine freie Literatur sein, weil nicht Gewinnsucht und nicht Karriere, sondern die Idee des Sozialismus und die Sympathie mit den Werktätigen neue und immer neue Kräfte für ihre Reihen werben werden. Das wird eine freie Literatur sein, weil sie nicht einer übersättigten Heldin, nicht den sich langweilenden und an Verfettung leidenden „oberen Zehntausend" dienen wird, sondern den Millionen und aber Millionen Werktätigen, die die Blüte des Landes, seine Kraft, seine Zukunft verkörpern. Das wird eine freie Literatur sein, die das letzte Wort des revolutionären Denkens der Menschheit durch die Erfahrung und die lebendige Arbeit des sozialistischen Proletariats befruchten und zwischen der Erfahrung der Vergangenheit (dem wissenschaftlichen Sozialismus, der die Entwicklung des Sozialismus, von seinen primitiven, utopischen Formen an, vollendet hat) und der Erfahrung der Gegenwart (dem heutigen Kampf der Genossen Arbeiter) eine ständige Wechselwirkung schaffen wird.

An die Arbeit denn, Genossen! Vor uns liegt eine schwierige und neue, aber große und dankbare Aufgabe – das umfassende, vielseitige, mannigfaltige literarische Schaffen in enger und unlösbarer Verbindung mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu organisieren. Die ganze sozialdemokratische Literatur soll Parteiliteratur werden. Alle Zeitungen, Zeitschriften, Verlage usw. müssen sich sofort an die Reorganisation machen und Vorbereitungen dafür treffen, daß sie auf dieser oder jener Grundlage völlig in die eine oder andere Parteiorganisation eingehen können. Nur dann wird die „sozialdemokratische" Literatur wirklich sozialdemokratisch werden, nur dann wird sie ihre Pflicht erfüllen können, nur dann wird sie auch im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft imstande sein, sich von der Sklaverei der Bourgeoisie frei zu machen und mit der Bewegung der wirklich fortgeschrittensten und bis zu Ende revolutionären Klasse zu verschmelzen.

„Nowaja Shisn" Nr. 12,
13. November 1905.
Unterschrift: N. Lenin

Nach dem Text der „Nowaja Shisn".

BESCHLUSS DES EXEKUTIVKOMITEES DES PETERSBURGER SOWJETS DER ARBEITERDEPUTIERTEN VOM 14. (27.) NOVEMBER 1905 ÜBER MASSNAHMEN ZUM KAMPF GEGEN DIE AUSSPERRUNG[14]

Bürger! Mehr als hunderttausend Arbeiter sind in Petersburg und anderen Städten aufs Pflaster geworfen worden.

Die absolutistische Regierung hat dem revolutionären Proletariat den Krieg erklärt. Die reaktionäre Bourgeoisie vereinigt sich mit der Selbstherrschaft in der Absicht, die Arbeiter durch Hunger zur Unterwerfung zu zwingen und den Freiheitskampf zu hintertreiben.

Der Sowjet der Arbeiterdeputierten erklärt, daß diese beispiellose Massenentlassung von Arbeitern eine Provokation seitens der Regierung ist. Die Regierung möchte das Petersburger Proletariat zu isolierten Aktionen herausfordern; die Regierung möchte den Umstand ausnutzen, daß die Arbeiter der anderen Städte sich mit den Petersburger Arbeitern noch nicht eng genug zusammengeschlossen haben, und die einen wie die andern einzeln niederschlagen.

Der Sowjet der Arbeiterdeputierten erklärt, daß die Sache der Freiheit in Gefahr ist. Doch die Arbeiter werden auf diese Provokation der Regierung nicht eingehen. Die Arbeiter werden eine Schlacht unter den ungünstigen Bedingungen, unter denen die Regierung sie ihnen liefern will, nicht annehmen. Wir müssen und werden alle Anstrengungen machen, um den gesamten Kampf sowohl des Proletariats ganz Rußlands und der revolutionären Bauernschaft als auch des Heeres und der Flotte, die sich bereits heldenhaft für die Freiheit erheben, zusammenzufassen.

In Anbetracht dessen beschließt der Sowjet der Arbeiterdeputierten:

1. Alle stillgelegten Betriebe sind sofort zu öffnen und alle entlassenen Kollegen wieder auf ihren Arbeitsplatz einzustellen. Alle Volksschichten,

die nicht in Worten, sondern in der Tat die Freiheit schätzen, werden aufgefordert, diese Forderung zu unterstützen.

2. Zur Unterstützung dieser Forderung hält es der Sowjet der Arbeiterdeputierten für notwendig, an die Solidarität des gesamten russischen Proletariats zu appellieren und es, falls die Erfüllung obiger Forderung abgelehnt wird, zum politischen Generalstreik und zu anderen Formen des entschlossenen Kampfes aufzurufen.

3. Zwecks Vorbereitung dieser Aktion hat der Sowjet der Arbeiterdeputierten das Exekutivkomitee beauftragt, mit den Arbeitern der anderen Städte, mit dem Eisenbahner-, dem Post- und Telegrafenarbeiter-, dem Bauernverband und mit sonstigen Verbänden sowie mit dem Heer und der Flotte durch Entsendung von Delegierten und auf andere Weise unverzüglich in Verbindung zu treten.

4. Nach Durchführung dieser Vorbereitungsarbeit wird das Exekutivkomitee eine außerordentliche Versammlung des Sowjets der Arbeiterdeputierten einberufen, um einen endgültigen Beschluß über den Streik zu fassen.

5. Das Petersburger Proletariat hat alle Arbeiter und alle Gesellschafts- und Bevölkerungsschichten aufgefordert, die entlassenen Arbeiter mit allen Mitteln – materiell, moralisch und politisch – zu unterstützen.

„Nowaja Shisn" Nr. 13, 14. November 1905.

Nach dem Text der „Nowaja Shisn".

EINE MISSGLÜCKTE PROVOKATION

Der Beschluß des Sowjets der Arbeiterdeputierten*, den wir in der heutigen Nummer veröffentlichen, kennzeichnet eine außerordentlich wichtige Etappe in der Entwicklung der Revolution.

Regierung und Bourgeoisie, die sich verbündet haben, versuchen das Proletariat, dessen Kräfte augenblicklich erschöpft sind, zu schlagen. Auf die Bekanntgabe der Einführung des Achtstundentags in den Fabriken und Werken Petersburgs auf revolutionärem Wege antwortet die Bourgeoisie mit der Aussperrung.

Die Verschwörung ist da. Man hat beschlossen, den Streik durch Massenentlassungen von Arbeitern zu bekämpfen. Die Staatsbetriebe werden stillgelegt, mit ihnen eine ganze Reihe von Privatbetrieben. Zehntausende von Arbeitern sind aufs Pflaster geworfen. Man will das durch den vorangegangenen Kampf erschöpfte Petersburger Proletariat zu einer neuen Schlacht unter den ungünstigsten Bedingungen provozieren.

Der Sowjet der Arbeiterdeputierten ist den Ratschlägen der sozialdemokratischen Vertreter gefolgt und hat beschlossen, die Verschwörung der Konterrevolution vor den Arbeitern aufzudecken und das Petersburger Proletariat davor zu warnen, sich in die Falle locken zu lassen. Auf die Herausforderung zum isolierten Kampf hat er mit dem Aufruf zur Vereinigung des Kampfes in ganz Rußland geantwortet und unverzüglich Maßnahmen getroffen, um das Bündnis der revolutionären Arbeiter mit der revolutionären Bauernschaft und mit jenen Teilen des Heeres und der Flotte, die allerorts in Rußland den Aufstand beginnen, zu festigen.

Zu einem solchen Zeitpunkt ist es wichtiger denn je, alle Bemühungen auf die Vereinigung der Armee der Revolution in ganz Rußland zu richten, ist es wichtig, die Kräfte zu schonen, die eroberten Freiheiten zu

* Siehe den vorliegenden Band, S. 35/36. *Die Red.*

verhundertfachter Agitation und Organisation auszunutzen und sich auf neue entscheidende Schlachten vorzubereiten. Mag sich die Selbstherrschaft mit der reaktionären Bourgeoisie vereinigen! Mag die liberale Bourgeoisie (repräsentiert durch die Tagung der Semstwo- und Städtevertreter in Moskau[15]) der Regierung, die heuchlerisch von Freiheit redet und Polen mit Militärgewalt unterdrückt, weil es elementare Garantien der Freiheit verlangt, ihr Vertrauen aussprechen!

Dem Bündnis der Selbstherrschaft und der Bourgeoisie müssen wir das Bündnis der Sozialdemokratie und der gesamten revolutionären bürgerlichen Demokratie entgegenstellen. Das sozialistische Proletariat reicht der für die Freiheit kämpfenden Bauernschaft die Hand und ruft sie zum gemeinsamen, vereinten Ansturm im ganzen Land auf.

Darin eben liegt die große Bedeutung des Beschlusses des Sowjets der Arbeiterdeputierten. Wir Sozialdemokraten müssen dafür Sorge tragen, daß die gesamte Partei dem Sowjet der Arbeiterdeputierten zu Hilfe kommt. Wir streben nicht allein die demokratische Umwälzung an. Wir kämpfen für den Sozialismus, d. h. für die volle Befreiung der Werktätigen von jeder nicht nur politischen, sondern auch ökonomischen Unterdrückung. Wir vereinigen in unserer Partei nur diejenigen, die sich zu diesem hohen Ziel bekennen und keinen Augenblick ungenutzt lassen, um die Kräfte vorzubereiten, damit es erreicht wird.

Aber gerade um der Erreichung unseres sozialistischen Zieles willen erstreben wir Sozialisten die entschiedenste Durchführung der demokratischen Revolution und die Eroberung der vollen Freiheit zum erfolgreichen Kampf für den Sozialismus. Und deshalb müssen wir mit den revolutionären Demokraten, die mit der Regierung nicht schachern, sondern gegen sie kämpfen wollen, die die Revolution nicht beschneiden, sondern zu Ende führen wollen – müssen wir mit diesen Menschen Hand in Hand gehen, allerdings ohne uns mit ihnen zu verschmelzen. Es lebe also das Bündnis des sozialistischen Proletariats und des gesamten revolutionären Volkes! An ihrem gemeinsamen Ansturm werden alle Mächte der Reaktion, alle Anschläge der Konterrevolution zerschellen.

„Nowaja Shisn" Nr. 13,
15. November 1905.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der „Nowaja Shisn".

HEER UND REVOLUTION

Der Aufstand in Sewastopol greift stetig um sich. Die Entscheidung naht. Die für die Freiheit kämpfenden Matrosen und Soldaten entledigen sich der Vorgesetzten. Es herrscht völlige Ordnung. Der Regierung gelingt es nicht, den niederträchtigen Streich von Kronstadt zu wiederholen, es gelingt ihr nicht, irgendwelche Pogrome hervorzurufen. Das Geschwader hat sich geweigert, in See zu stechen, und bedroht die Stadt, falls versucht wird, die Aufständischen niederzuwerfen. Das Kommando über die „Otschakow" hat der Leutnant a. D. Schmidt übernommen, der wegen einer „dreisten" Rede über die bewaffnete Verteidigung der im Manifest vom 17. Oktober versprochenen Freiheiten den Abschied erhalten hatte. Heute, am 15., ist nach einer Mitteilung der „Rus"[16] die den Matrosen gesetzte Frist zur Kapitulation abgelaufen.

Folglich stehen wir vor einem entscheidenden Wendepunkt. Die nächsten Tage – vielleicht Stunden – werden zeigen, ob die Aufständischen den vollen Sieg davontragen, ob sie geschlagen werden oder ob es zu einem Vergleich kommen wird. Jedenfalls bedeuten die Sewastopoler Ereignisse den vollständigen Zusammenbruch des alten Sklavensystems im Heer, das die Soldaten in bewaffnete Maschinen verwandelte und sie zu Werkzeugen der Unterdrückung auch der bescheidensten Freiheitsbestrebungen machte.

Unwiederbringlich dahin sind die Zeiten, da die russische Armee auszog – wie es 1849 der Fall war –, die Revolution außerhalb Rußlands niederzuwerfen.[17] Jetzt ist die Armee unwiderruflich von der Selbstherrschaft abgefallen. Sie ist noch nicht in ihrer Gesamtheit revolutionär geworden. Das politische Bewußtsein der Soldaten und Matrosen ist noch

sehr gering. Wichtig aber ist, daß das Bewußtsein schon erwacht ist, daß unter den Soldaten eine *eigene* Bewegung begonnen hat, daß der Geist der Freiheit allüberall in die Kasernen eingedrungen ist. Die Kaserne war in Rußland fast durchweg schlimmer als jedes Gefängnis; nirgends wurde die Persönlichkeit so getreten und unterdrückt wie in der Kaserne, nirgends wucherten so üppig Mißhandlung, Quälerei und Schmähung des Menschen. Und diese Kaserne wird jetzt zu einem Herd der Revolution.

Die Sewastopoler Ereignisse stehen nicht vereinzelt da und sind nicht zufällig. Wir wollen nicht über frühere Versuche eines direkten Aufstands in Flotte und Heer sprechen. Vergleichen wir mit dem Sewastopoler Brand die Petersburger Funken. Erinnern wir uns der Soldatenforderungen, die jetzt in verschiedenen Truppenteilen Petersburgs aufgestellt werden (sie sind in der gestrigen Nummer unserer Zeitung veröffentlicht). Welch bedeutsames Dokument ist diese Liste von Forderungen! Wie deutlich zeigt sie, daß sich die Sklavenarmee in eine revolutionäre Armee verwandelt. Und welche Macht wird jetzt die Verbreitung ähnlicher Forderungen in der gesamten Flotte und im gesamten Heer verhindern können?

Die Petersburger Soldaten wollen erreichen: Verbesserung des Essens, der Kleidung und der Unterkünfte, Erhöhung des Soldes, Verkürzung der Dienstzeit und der täglichen Ausbildungsdauer. Aber noch mehr Raum nehmen unter ihren Forderungen andere ein, die nur Soldaten aufstellen konnten, die sich als Staatsbürger fühlen. Das Recht, in Uniform alle Versammlungen „auf gleichem Fuß mit allen Staatsbürgern" zu besuchen; das Recht, in der Kaserne *alle* Zeitungen zu lesen und zu halten; Gewissensfreiheit; rechtliche Gleichstellung aller Nationalitäten; völlige Abschaffung aller Ehrenbezeigungen außerhalb der Kaserne; Abschaffung der Offiziersburschen; Abschaffung der Kriegsgerichte und Überweisung aller Kriegsgerichtsverfahren an die ordentlichen Gerichte; das Recht auf Kollektivbeschwerden; das Recht der Notwehr bei dem geringsten Versuch eines Vorgesetzten, tätlich zu werden. Das sind die Hauptforderungen der Petersburger Soldaten.

Diese Forderungen zeigen, daß die Armee zum größten Teil schon mit den Sewastopolern solidarisch ist, die sich für die Freiheit erhoben haben.

Diese Forderungen zeigen, daß die heuchlerischen Redensarten der Lakaien der Selbstherrschaft über die Neutralität der Armee, über die

Notwendigkeit, die Armee von der Politik fernzuhalten usw., bei den Soldaten nicht im geringsten auf Sympathie rechnen können.

Die Armee kann und darf nicht neutral sein. Die Armee nicht in die Politik hineinziehen – das ist die Losung der heuchlerischen Lakaien der Bourgeoisie und des Zarismus, die in Wirklichkeit stets die Armee in die reaktionäre Politik hineingezogen und die russischen Soldaten in Handlanger der Schwarzhundertschaften, in Helfershelfer der Polizei verwandelt haben. Im allgemeinen Freiheitskampf des Volkes kann und darf man nicht abseits stehen. Wer sich zu diesem Kampf gleichgültig verhält, der unterstützt die Ausschreitungen der Polizeiregierung, die die Freiheit versprochen hat, um die Freiheit zu verhöhnen.

Die Forderungen der Staatsbürger im Waffenrock sind die Forderungen der Sozialdemokratie, die Forderungen aller revolutionären Parteien, die Forderungen der klassenbewußten Arbeiter. Die Eingliederung der Soldaten in die Reihen der Freiheitsfreunde, ihr Übergang auf die Seite des Volkes wird den Sieg der Freiheitssache und die Verwirklichung der Soldatenforderungen gewährleisten.

Damit jedoch diese Forderungen tatsächlich im vollen Umfang und auf die Dauer verwirklicht werden, muß man noch einen kleinen Schritt vorwärts machen. Man muß alle die einzelnen Wünsche der durch die verfluchte Zuchthauskaserne gequälten Soldaten zu einem Ganzen zusammenfassen. Zusammengefaßt aber werden diese Forderungen die Abschaffung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch die allgemeine Volksbewaffnung bedeuten.

Überall, in allen Ländern dient das stehende Heer nicht so sehr gegen den äußeren als vielmehr gegen den inneren Feind. Überall ist das stehende Heer zum Werkzeug der Reaktion, zum Diener des Kapitals im Kampf gegen die Arbeit, zum Henker der Volksfreiheit geworden. Bleiben wir also in unserer großen Revolution für die Freiheit nicht bei bloßen Einzelforderungen stehen. Rotten wir das Übel mit der Wurzel aus. Schaffen wir das stehende Heer völlig ab. Soll sich die Armee mit dem bewaffneten Volk verschmelzen, sollen die Soldaten ihre militärischen Kenntnisse ins Volk tragen, soll die Kaserne verschwinden und durch die freie Militärschule ersetzt werden. Keine Macht der Welt wird einen Anschlag auf das freie Rußland wagen, wenn auf der Wacht dieser Freiheit das bewaffnete Volk stehen wird, das die Militärkaste abgeschafft,

alle Soldaten zu Staatsbürgern und alle waffenfähigen Staatsbürger zu Soldaten gemacht hat.

Die Erfahrung Westeuropas hat gezeigt, wie reaktionär das stehende Heer ist. Die Kriegswissenschaft hat bewiesen, daß es durchaus möglich ist, eine Volksmiliz zu schaffen, die sowohl im Verteidigungs- als auch im Angriffskrieg auf der Höhe der militärischen Aufgaben steht. Mag die scheinheilige oder sentimentale Bourgeoisie von der Abrüstung träumen. Solange es auf der Welt Unterdrückte und Ausgebeutete gibt, müssen wir nicht die Abrüstung, sondern die allgemeine Volksbewaffnung anstreben. Nur sie allein wird die Freiheit vollauf sichern. Nur sie allein wird die Reaktion gänzlich zu Boden werfen. Nur unter der Bedingung dieser Umgestaltung wird die Freiheit in der Tat den Millionen Werktätigen und nicht nur einem Häuflein Ausbeuter zugute kommen.

Geschrieben am 15. (28.) November 1905.

Veröffentlicht am 16. November 1905 in der „Nowaja Shisn" Nr. 14. Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem Text der „Nowaja Shisn".

DIE WAAGE SCHWANKT

Der Zustand, den Rußland durchmacht, wird oft mit dem Wort Anarchie bezeichnet. In Wirklichkeit drückt diese falsche und verlogene Bezeichnung nur aus, daß es im Lande keinerlei gefestigte Ordnung gibt. Der Krieg des neuen, freien Rußlands gegen das alte, leibeigenschaftlich-absolutistische Rußland ist auf der ganzen Linie im Gang. Die Selbstherrschaft hat nicht mehr die Kraft, die Revolution zu besiegen, die Revolution hat noch nicht die Kraft, den Zarismus zu besiegen. Die alte Ordnung ist zerschlagen, aber noch nicht vernichtet, während die neue, freie Ordnung besteht, ohne anerkannt zu sein, und sich, von den Schergen des absolutistischen Regimes auf Schritt und Tritt verfolgt, halb verborgen hält.

Eine solche Lage der Dinge kann noch eine ganze Weile fortdauern, und sie wird unvermeidlich von Erscheinungen der Unbeständigkeit und des Schwankens auf allen Gebieten des sozialen und politischen Lebens begleitet sein. In diesem trüben Wasser werden unvermeidlich Leute zu fischen versuchen, die der Freiheit feindlich gesinnt sind und sich jetzt aus Kriegslist als Freunde der Freiheit aufspielen. Doch dieses Übergangsstadium wird um so sicherer zum vollen und entscheidenden Sieg der revolutionären Arbeiter und Bauern führen, je länger es andauern wird. Denn nichts klärt selbst die unwissendsten Massen in Stadt und Land derart auf, nichts rüttelt selbst die Gleichgültigsten und Schläfrigsten derart auf wie diese lang hingezogene Zersetzung der Selbstherrschaft, die von allen verurteilt ist und ihre Verurteilung anerkannt hat.

Was besagen die jüngsten politischen Ereignisse – dieser neue große Streik der Post- und Telegrafenangestellten, diese Zunahme der Gärung und der revolutionären Organisation in der Armee und sogar in der Poli-

zei, dieser Sieg der unaufgeklärten und nur durch eiserne Disziplin zusammengehaltenen Truppen über die Freiheitsarmee in Sewastopol, dieser noch nie dagewesene Kurssturz der Staatspapiere? Sie besagen, daß die Selbstherrschaft ihre letzten Pfeile verschießt, ihre letzten Reserven verausgabt. Sogar die Börse, die untertänige, bürgerlich feige und das Ende der Revolution bürgerlich herbeisehnende Börse glaubt nicht den „Siegern" von Sewastopol. Diese Ereignisse besagen, daß das revolutionäre Volk seine Eroberungen unentwegt ausdehnt, indem es neue Kämpfer auf die Beine bringt, daß es seine Kräfte übt, die Organisation verbessert und zum Sieg vorwärtsschreitet, unaufhaltsam vorwärtsschreitet, einer Lawine vergleichbar.

Die Waffe des politischen Streiks vervollkommnet sich; diese Waffe lernen jetzt neue Reihen von Werktätigen handhaben, ohne die die moderne zivilisierte Gesellschaft nicht einen einzigen Tag existieren kann. Die Einsicht in die Notwendigkeit der Freiheit nimmt in Armee und Polizei weiter zu und bereitet neue Aufstandsherde vor, ein neues Kronstadt und ein neues Sewastopol.

Die Sieger von Sewastopol haben wohl kaum Grund zum Jubeln. Der Aufstand der Krim ist besiegt. Der Aufstand Rußlands ist unbesiegbar.

Mögen sich denn die sozialdemokratischen Arbeiter auf noch größere Ereignisse vorbereiten, die ihnen eine ungeheure Verantwortung auferlegen werden!

Mögen sie nicht vergessen, daß nur die festgefügte Sozialdemokratische Partei das Proletariat Rußlands Hand in Hand mit dem sozialdemokratischen Proletariat der ganzen Welt zum Siege führen kann!

„Nowaja Shisn" Nr. 16,
18. November 1905.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der
„Nowaja Shisn".

LERNT VON DEN FEINDEN!

Die bürgerlichen Demokraten von der „Nascha Shisn"[18] haben einen Feldzug gegen das „Gemisch von Marxismus und Barbarei" eröffnet. Wir empfehlen allen klassenbewußten Arbeitern dringend, die Gedankengänge der radikalen Demokraten unter die Lupe zu nehmen.

Nichts trägt so sehr dazu bei, das politische Wesen der Erscheinungen zu klären, wie ihre Beurteilung durch die Gegner (natürlich nur, wenn diese Gegner keine hoffnungslosen Dummköpfe sind).

Der „Nascha Shisn" mißfällt der „Kampf eines Teils der SDAPR gegen den Petersburger Sowjet der Arbeiterdeputierten" oder, genauer gesagt, der Kampf der Sozialdemokraten gegen „parteilose" Klassenorganisationen, wie sich die Zeitung selbst ausdrückt. Die Proletarier müssen sich vereinigen, sagen unsere Radikalen. Also ... also haben die Politiker des Sowjets recht, die „danach streben, das *gesamte* Proletariat ohne Unterschied des politischen Glaubensbekenntnisses zu vereinigen". Und triumphierend überführen uns die Radikalen des Widerspruchs zu unserem eigenen Prinzip des „*Klassenkampfes*".

Lernt von den Feinden, Genossen Arbeiter, die ihr mit der Bildung einer parteilosen Arbeiterorganisation sympathisiert oder diesem Wunsch auch nur gleichgültig gegenübersteht! Erinnert euch an das Kommunistische Manifest von Marx und Engels, das davon spricht, daß das Proletariat nicht nur durch seine zunehmende Vereinigung *zur Klasse wird*, sondern auch durch sein wachsendes *Bewußtsein*.[19] Erinnert euch an das Beispiel solcher Länder wie England, wo der Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie überall vor sich geht und stets vor sich ging, das Proletariat dabei aber uneinig geblieben ist, die von ihm Gewählten

von der Bourgeoisie bestochen worden sind, sein Bewußtsein durch die Ideologen des Kapitals korrumpiert und seine Kraft durch den Abfall der Arbeiteraristokratie von der Arbeitermasse zersplittert worden ist. Erinnert euch an all dies, Genossen Arbeiter, und ihr werdet zu der Überzeugung kommen, daß nur das sozialdemokratische Proletariat ein Proletariat ist, das seine *Klassen*aufgaben erkannt hat. Nieder mit der Parteilosigkeit! Immer und überall war die Parteilosigkeit das Werkzeug und die Losung der Bourgeoisie. Wir können und müssen unter gewissen Umständen mit den unaufgeklärten Proletariern, mit den Proletariern, die unproletarische Lehren annehmen (das Programm der „Sozialrevolutionäre"), zusammengehen, aber nie und nimmer dürfen wir unser strenges Parteiprinzip lockern, nie und nimmer dürfen wir vergessen oder anderen zu vergessen erlauben, daß Feindseligkeit im Proletariat gegenüber der Sozialdemokratie ein Überrest bürgerlicher Anschauungen im Proletariat ist.

„Nowaja Shisn" Nr. 16,
18. November 1905.
Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem Text der
„Nowaja Shisn".

REVOLUTIONÄRER FORMELKRAM UND REVOLUTIONÄRE TAT

Die Frage der konstituierenden Versammlung mußte in unserer revolutionären Bewegung naturgemäß und unvermeidlich auftauchen. Um mit den Überresten der alten, leibeigenschaftlichen Einrichtungen des absolutistischen Rußlands endgültig aufzuräumen und die Ordnung des neuen, freien Rußlands festzulegen, kann man sich keinen anderen vollkommenen und folgerichtigen Weg vorstellen als die Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung. Zwar werden vollkommene und folgerichtige Losungen vom Leben selten gänzlich verwirklicht, denn das Leben bringt immer viel Unvorhergesehenes, Komplizierendes, die Lösung Verwickelndes, das Alte mit dem Neuen Vermengendes hinein. Wer jedoch mit dem Alten aufrichtig Schluß machen will und dieses Ziel anzustreben weiß, der muß die Bedeutung der konstituierenden Versammlung klar erkennen und mit allen Kräften dafür kämpfen, daß sie in vollständiger und reiner Form verwirklicht wird.

Die Partei des klassenbewußten Proletariats, die Sozialdemokratie, hat bereits in ihrem auf dem II. Parteitag 1903 angenommenen Programm die Forderung der konstituierenden Versammlung aufgestellt. „Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands", heißt es im letzten Abschnitt unseres Programms, „ist fest davon überzeugt, daß die vollständige, konsequente und dauerhafte Verwirklichung der genannten politischen und ökonomischen Umgestaltungen" (Schaffung einer demokratischen Staatsordnung, Arbeitsschutz usw.) „nur erreicht werden kann durch den Sturz der Selbstherrschaft und die Einberufung einer vom gesamten Volk frei gewählten konstituierenden Versammlung."

Aus diesen Worten ist klar zu ersehen, daß unsere Partei ihre Aufmerksamkeit nicht allein auf die formellen, sondern auch auf die materiellen Bedingungen für die Einberufung der konstituierenden Versammlung richtet, d. h. auf solche Bedingungen, welche die Versammlung tatsächlich zu einer vom ganzen Volk getragenen und konstituierenden Versammlung machen würden. Es genügt ja nicht, die Versammlung eine „konstituierende" zu nennen, es genügt nicht, Volksvertreter einzuberufen, selbst wenn sie aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangen sind, selbst wenn die Wahlfreiheit wirklich gesichert war. Außer allen diesen Bedingungen ist noch erforderlich, daß die konstituierende Versammlung die Macht und die Kraft hat, neue Zustände herbeizuführen. Die Geschichte der Revolution kennt Beispiele, daß eine solche Versammlung als konstituierende galt, die reale Kraft und Macht aber tatsächlich nicht in ihren Händen, sondern in den Händen der alten absolutistischen Macht lag. So war es während der deutschen Revolution von 1848, und deshalb hat auch die „konstituierende" Versammlung jener Epoche, das unrühmlich bekannte Frankfurter Parlament, die schmachvolle Reputation einer verächtlichen „Schwatzbude" erworben: diese Versammlung redete über die Freiheit und dekretierte die Freiheit, ergriff aber keine realen Maßnahmen zur Beseitigung der Machtorgane, welche die Freiheit vernichteten. Es ist ganz natürlich, daß diese jämmerliche Versammlung jämmerlicher Schwätzer der liberalen Bourgeoisie ruhmlos von der Bühne abtrat.

Jetzt steht in Rußland die Frage der Einberufung einer konstituierenden Versammlung unter den politischen Tagesfragen an erster Stelle. Und gerade jetzt gewinnt die reale Seite dieser Frage höchst aktuelle Bedeutung. Es ist nicht so wichtig, ob eine konstituierende Versammlung einberufen wird (damit dürfte sogar der Makler auf dem Ministersessel, Graf Witte, schon morgen einverstanden sein), sondern ob sie wirklich eine vom ganzen Volk getragene und wirklich eine konstituierende Versammlung sein wird.

In der Tat, schon die Erfahrung unserer Revolution, obgleich diese eben erst begonnen hat, zeigte anschaulich, wie man mit Worten und mit Versprechungen im allgemeinen und mit der Losung der konstituierenden Versammlung im besonderen Schindluder treiben kann. Man erinnere sich der kürzlichen Tagung der Semstwo- und Städtevertreter, der „Ka-

detten", in Moskau. Man erinnere sich ihrer berühmten Formel: Eine Reichsduma mit konstituierenden Funktionen zur Ausarbeitung einer vom Herrscher gutzuheißenden Verfassung ... Sogar die bürgerlich-demokratische Presse vermerkte die innere Widersprüchlichkeit und Ungereimtheit dieser Formel. Eine neue Staatsordnung „konstituieren", die vom Oberhaupt der alten Regierung „gutgeheißen" wird – das heißt ja zwei Mächte, zwei (auf dem Papier) gleichberechtigte oberste Gewalten gesetzlich verankern: die Macht des aufständischen Volkes und die Macht der alten Selbstherrschaft. Selbstverständlich ist die Gleichheit zwischen ihnen rein fiktiv, wird eine „Vereinbarung" zwischen ihnen in Wirklichkeit durch das Übergewicht der *Kräfte* auf der einen oder der anderen Seite bestimmt. In ihrem „idealen" Plan des Übergangs vom alten zum neuen Rußland haben die liberalen Bourgeois folglich das Nebeneinanderbestehen zweier gleichberechtigter, feindlicher, gegeneinander kämpfender Kräfte gesetzlich verankert, d. h., sie haben den ewigen, ausweglosen Kampf gesetzlich verankert.

Dieser Widerspruch ist vom Standpunkt der einfachen formalen Logik unerklärlich. Aber die Logik der Klasseninteressen der Bourgeoisie erklärt ihn vollauf. Die Bourgeoisie fürchtete die volle Freiheit, den vollen Demokratismus, denn sie weiß, daß das klassenbewußte, d. h. das sozialistische Proletariat die Freiheit zum Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals ausnutzen wird. Daher möchte die Bourgeoisie im Grunde genommen nicht die volle Freiheit, nicht die volle Herrschaft des Volkes, sondern einen Pakt mit der Reaktion, einen Pakt mit der Selbstherrschaft. Die Bourgeoisie will den Parlamentarismus, um die Herrschaft des Kapitals und nicht der Bürokratie zu sichern, zugleich aber will sie die Monarchie, das stehende Heer, die Beibehaltung gewisser Privilegien der Bürokratie, um zu verhindern, daß die Revolution zu Ende geführt und das Proletariat bewaffnet wird, wobei unter Bewaffnung sowohl die direkte Bewaffnung mit Waffen als auch die Bewaffnung mit der vollen Freiheit zu verstehen ist. Die widerspruchsvolle Klassenlage der Bourgeoisie zwischen der Selbstherrschaft und dem Proletariat erzeugt unvermeidlich, sogar unabhängig vom Willen und vom Bewußtsein dieser oder jener Einzelpersonen, sinnlose und ungereimte „Vereinbarungs"formeln. Die Losung der konstituierenden Versammlung wandelt sich zur Phrase, die große Forderung des für die Freiheit aufgestandenen Prole-

tariats wird zur Posse herabgewürdigt; so besudelt die Bourgeoisie buchstäblich alles auf der Welt, weil sie an die Stelle des Kampfes den Schacher setzt.

Die radikalen Bourgeois von der „Nascha Shisn" begreifen nicht, daß die Fragestellung der Liberalen unvermeidlich verlogen und gleisnerisch ist, wenn sie mit ernster Miene ausmalen, wie die Herren Falbork und Tscharnoluski und dann auch das Zentralbüro des „Verbands der Verbände" das „Projekt" der Einberufung einer konstituierenden Versammlung ausgearbeitet haben. Es ist lächerlich, solche „Projekte" abzufassen, Herrschaften! Ihr geht den Weg der „Kadetten", die die Revolution verraten haben. Ihr vergeßt, daß papierene Projekte, wie jede Art konstitutioneller Illusionen, das revolutionäre Bewußtsein des Volkes korrumpieren und seine Kampfenergie schwächen, denn der Schwerpunkt der Frage wird vertuscht, die ganze Fragestellung wird verfälscht. Ihr propagiert ja nicht das politische Abc, ihr stellt die Frage *praktisch*, darauf weist schon der ganze Charakter der von euch ausgeheckten Beratung des Projekts durch „Vertreter der extremen und der gemäßigten Parteien" hin. Das ist Manilowerei*, meine verehrten Demokraten von der Bourgeoisie, wenn ihr es einerseits als wünschenswert bezeichnet, daß die konstituierende Versammlung die ganze „Fülle" der Macht besitze, euch aber anderseits bemüht, die extremen Parteien mit den „gemäßigten" zu vereinigen, d. h. diejenigen, die eine solche Machtfülle wünschen, mit denen zu vereinigen, die sie nicht wünschen.

Weg mit den gleisnerischen Hüllen! Wir haben genug von den verlogenen liberalen Phrasen! Es ist Zeit, den Trennungsstrich zu ziehen. Rechts stehen die Selbstherrschaft und die liberale Bourgeoisie, die faktisch dadurch zusammengeschlossen sind, daß sie die Übergabe der einheitlichen, vollen und ungeteilten Macht an die konstituierende Versammlung nicht wollen. Links stehen das sozialistische Proletariat und die revolutionäre Bauernschaft oder, weiter gefaßt, die gesamte revolutionäre bürgerliche Demokratie. Sie wollen die ganze Fülle der Macht für die konstituierende Versammlung. Zu diesem Zweck können und müssen sie ein Kampfbündnis schließen, natürlich ohne sich miteinander zu ver-

* Manilow – Gestalt aus N. W. Gogols Roman „Die toten Seelen". *Die Red.*

schmelzen. Sie brauchen keine papierenen Projekte, sondern Kampfmaßnahmen, keine Organisierung formelkrämerischer Arbeit, sondern die Organisierung des siegreichen Kampfes für die Freiheit.

„Nowaja Shisn" Nr. 18,
20. November 1905.
Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem Text der „Nowaja Shisn".

DIE STERBENDE SELBSTHERRSCHAFT UND DIE NEUEN ORGANE DER VOLKSMACHT[20]

Der Aufstand wächst. Es wachsen die Ohnmacht, die Ratlosigkeit, die Zersetzung der absolutistischen Regierung Witte. Es wächst, in die Breite und in die Tiefe, die Organisierung der verschiedensten Gruppen, Schichten und Klassen des Volkes, die Organisierung der revolutionären und der gegenrevolutionären Kräfte.

Das ist die gegenwärtige Situation. Sie läßt sich ausdrücken mit den Worten: Organisierung und Mobilisierung der Revolution. Dem Seegefecht von Sewastopol folgen auf dem Fuße die Landgefechte von Woronesh und Kiew. Der bewaffnete Aufstand in Kiew macht offenbar noch einen weiteren Schritt vorwärts, den Schritt zur Verschmelzung der revolutionären Armee mit den revolutionären Arbeitern und Studenten. Davon zeugt jedenfalls ein Bericht der „Rus" über ein sechzehntausendköpfiges Meeting im Kiewer Polytechnikum unter dem Schutz eines Pionierbataillons der aufständischen Soldaten.

Es ist durchaus natürlich, daß unter diesen Umständen sogar die aus tiefster Seele nach einem Pakt mit der Selbstherrschaft lechzende liberale Bourgeoisie anfängt, die Geduld zu verlieren, den Glauben an den „großen" Akrobaten Witte zu verlieren und auf der Suche nach einer Kraft, die den zu einer unabweisbaren Notwendigkeit gewordenen Umsturz durchführen könnte, nach links zu schielen.

Sehr lehrreich ist in dieser Hinsicht die Stellung der „Rus". Die Zeitung sieht klar, daß „die Ereignisse anfangen, sich zu einer ebensolchen Lawine zusammenzuballen wie vor dem 17. Oktober". Und nun wendet sie sich einerseits an dieselben Semstwomänner, die nicht weniger Ratlosigkeit, Ohnmacht und Hilflosigkeit gezeigt haben als die absolutistische

Regierung. Die „Rus" fordert die Semstwomänner auf, „nicht zu zaudern" und „Anteil an den kommenden Ereignissen" zu nehmen, um „dem Ausgang dieser Ereignisse milde, möglichst wenig verlustreiche, für das Land möglichst günstige Formen zu geben". Anderseits polemisiert dieselbe „Rus" mit dem „Slowo"[21] und erklärt: „Niemand glaubt daran, daß die gegenwärtige Regierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen imstande wäre, die Reichsduma einzuberufen." „Jetzt muß man an die Bildung einer Regierung denken, die imstande wäre, die Duma einzuberufen", sagt die „Rus".

Die liberale Bourgeoisie macht also unter dem Druck des revolutionären Proletariats noch einen Schritt nach links. Gestern äußerte sie die Absicht, mit Witte zu feilschen, und sprach ihm (auf der Semstwotagung) das bedingte Vertrauen aus. Heute versiegt das Vertrauen zu Witte, und das Kapital fordert eine neue Regierung. Die „Rus" schlägt allen Freiheitsparteien vor, einen besonderen Volksdeputiertenrat zu schaffen, der „zu einem mächtigen Druckmittel auf die Regierung würde, wenn diese sich noch (!!!) als arbeitsfähig erweisen sollte, und der schon ein fertiges Organ der Volksmacht wäre, das im Falle der vollen Unfähigkeit und des Zusammenbruchs der Regierung zeitweilig deren Obliegenheiten übernehmen könnte".

Das Organ der Volksmacht, das zeitweilig die Obliegenheiten der zusammengebrochenen Regierung übernimmt, nennt man in schlichtem und klarem Russisch provisorische revolutionäre Regierung. Eine solche Regierung muß provisorisch sein, denn ihre Vollmachten laufen ab, sobald eine vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung zusammentritt. Eine solche Regierung muß revolutionär sein, denn sie löst die zusammengebrochene Regierung ab, löst sie ab, gestützt auf die Revolution. Dieser Wechsel kann nicht anders als auf revolutionärem Wege erfolgen. Eine solche Regierung muß zum „Organ der Volksmacht" werden, die überall die vom Volk aufgestellten Forderungen verwirklicht und sofort, unverzüglich und allenthalben die alten „Machtorgane" der Selbstherrschaft und der Schwarzhunderter durch Organe der Volksmacht ersetzt – d. h. entweder durch Bevollmächtigte der provisorischen revolutionären Regierung oder durch gewählte Vertreter in allen Fällen, in denen Wahlen, selbstverständlich auf Grund allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Abstimmung, möglich sind.

Wir freuen uns sehr darüber, daß die liberale monarchistische Bourgeoisie bei der Idee der provisorischen revolutionären Regierung angelangt ist. Wir freuen uns nicht deshalb darüber, weil wir etwa annähmen, die Liberalen seien auf die Seite der Revolution übergegangen, weil wir plötzlich an ihre Aufrichtigkeit, Standhaftigkeit und Konsequenz glaubten. Nein, wir freuen uns deshalb darüber, weil das ein sichtbares und unzweifelhaftes Symptom der Kraft ist, die der Revolution innewohnt. Jawohl, die Revolution ist eine Macht geworden, wenn sogar die liberale monarchistische Bourgeoisie jetzt die Notwendigkeit einer provisorischen revolutionären Regierung erkannt hat.

Wir vergessen natürlich nicht, daß es den Liberalen nicht so sehr auf die Errichtung einer solchen Regierung ankommt als vielmehr darauf, der Selbstherrschaft damit zu drohen, wie ein Käufer dem Verkäufer droht, in einen anderen Laden zu gehen. Machen Sie es billiger, Herr Witte, oder wir gehen in eine provisorische revolutionäre Regierung, die den „milden" Namen „allgemeiner Deputiertenrat" oder „Volksdeputiertenrat" erhält! Nur mit diesem Wunsch, immer wieder zu feilschen, erklärt sich die scheinbare Unsinnigkeit und Absurdität, daß die „Rus" die Regierung Witte für unfähig erklärt, Volksvertreter einzuberufen, und gleichzeitig, in demselben Atemzug, die Möglichkeit einräumt, daß diese Regierung „sich *noch* als arbeitsfähig erweisen wird".

Nein, ihr Herren Liberalen, die Zeiten sind vorüber, da Kniffe Erfolg versprachen, da Doppelzüngigkeit unentdeckt bleiben konnte! Das Volk kämpft gegen die Selbstherrschaft, die (am 17. Oktober) die Freiheit versprochen hat, um die Freiheit zu verhöhnen, um die Freiheit zu schmähen. Die provisorische revolutionäre Regierung ist das Organ des für seine Freiheit kämpfenden Volkes. Der Kampf für die Freiheit, gegen die Regierung, welche die Freiheit mit Füßen tritt, ist (auf einer gewissen Entwicklungsstufe dieses Kampfes) der bewaffnete Aufstand, der jetzt denn auch in Rußland auf der ganzen Linie entbrannt ist. Die provisorische revolutionäre Regierung ist das Organ des Aufstands, das alle Aufständischen vereinigt und den Aufstand politisch leitet. Spricht man daher von der Möglichkeit und Notwendigkeit einer provisorischen revolutionären Regierung und faßt gleichzeitig einen Pakt mit der alten, abzulösenden Regierung ins Auge, so ist man entweder ein Wirrkopf oder ein Verräter. Glaubt ihr denn wirklich, ihr Herren Publizisten von der „Rus",

unter den Anhängern der Revolution fänden sich tatsächlich solche Narren, die in die provisorische revolutionäre Regierung freiwillig Leute oder Parteivertreter aufnähmen, die es für möglich halten, daß die alte Regierung noch „arbeitsfähig" ist, und fortfahren, sie über Hintertreppen aufzusuchen und mit ihr zu schachern? Was meint ihr wohl: hätte die russische Armee durch die Aufnahme der patriotischen Jugend der Mandschurei in ihre Reihen gewonnen oder verloren? Sie hätte vermutlich verloren, denn die mandschurischen Patrioten hätten die Russen an die Japaner verraten. Auch das revolutionäre Volk Rußlands wird verlieren, wenn die „Patrioten", die monarchistisch gesinnten Patrioten des Geldsacks (d. h. die liberalen Bourgeois), es an Wittes Selbstherrschaft verraten.

Für die liberale Bourgeoisie mag die provisorische revolutionäre Regierung eine einfache Drohung an die Selbstherrschaft sein. Für das sozialistische Proletariat, die revolutionäre Bauernschaft und alle diejenigen, die im Kampf für die Freiheit entschlossen und unwiderruflich an ihre Seite treten, ist das eine große und sehr ernste Aufgabe, die mit jedem Tage dringlicher wird. Die Revolution vom Oktober hat, in Verbindung mit den nachfolgenden militärischen Aufständen, die Selbstherrschaft dermaßen geschwächt, daß die Organe der neuen Volksmacht auf dem durch den politischen Streik gelockerten und mit dem Blut der Freiheitskämpfer gedüngten Boden ganz von selbst zu wachsen begannen. Diese Organe sind die revolutionären Parteien und die Kampforganisationen der Arbeiter, Bauern und anderer Volkselemente, die wirklich einen revolutionären Kampf führen. Diese Organe verwirklichen durch die Tat das Bündnis des sozialistischen Proletariats mit dem revolutionären Kleinbürgertum. Wir müssen dieses Kampfbündnis jetzt erweitern und festigen, formen und zusammenschweißen, damit die Organe der neuen Macht für die kommende Wiederholung des 17. Oktober gerüstet sind, damit dann alle Freiheitskämpfer in ganz Rußland mit einem gemeinsamen Programm sofortiger politischer Umgestaltungen auftreten, damit sie organisiert, diszipliniert, sich des Ziels klar bewußt sind und sich von allen Verrätern, allen Schwankenden, allen müßigen Schwätzern abgrenzen. Für uns, die Vertreter des sozialistischen Proletariats, ist die bevorstehende demokratische Umwälzung nur ein Schritt zu dem großen Ziel der sozialistischen Umwälzung. Dessen eingedenk, werden wir uns niemals mit kleinbürger-

lichen Parteien oder Gruppen verschmelzen, auch wenn sie noch so aufrichtig, revolutionär und stark sind. Wir wissen genau, daß auf dem Weg zum Sozialismus der Arbeiter und der Kleinbesitzer unvermeidlich des öftern auseinandergehen werden. Aber gerade im Interesse des Sozialismus werden wir jetzt alle Kräfte anspannen, damit die demokratische Umwälzung möglichst rasch, vollständig und entschlossen vollzogen wird. Zu diesem Zweck schließen wir ein vorübergehendes Kampfbündnis mit der ganzen revolutionären Demokratie, um unser gemeinsames nächstes politisches Ziel zu erreichen. Zu diesem Zweck gehen wir, unter strenger Wahrung der Sonderstellung und Selbständigkeit unserer Partei, in die Sowjets der Arbeiterdeputierten und in andere revolutionäre Vereinigungen. Es leben die neuen Organe der Volksmacht! Es lebe das einheitliche, oberste und siegreiche Organ der Volksmacht!

Den radikalen Bourgeois aber sagen wir zum Abschied: Herrschaften, ihr schwatzt von Organen der Volksmacht. Macht kann nur haben, wer eine Kraft ist. Diese Kraft kann in der heutigen Gesellschaft nur das bewaffnete Volk sein, an seiner Spitze das bewaffnete Proletariat. Könnte die Sympathie für die Freiheit durch Worte bewiesen werden, so müßte man wohl sogar die Verfasser des Manifests vom 17. Oktober als Anhänger der Freiheit betrachten. Wird sie aber durch Taten bewiesen, so besteht die einzige beweiskräftige Tat jetzt darin, die Bewaffnung der Arbeiter zu fördern, zur Bildung und Stärkung einer wahrhaft revolutionären Armee beizutragen. Also wählt, meine Herren: entweder ins Vorzimmer des Herrn Witte, um dort Brosamen der Freiheit zu erbetteln und um die Beschneidung der Freiheit zu feilschen – oder in die „Organe der Volksmacht", in die provisorische revolutionäre Regierung, um hingebungsvoll für die volle Freiheit zu kämpfen. Ihr habt die Wahl!

„Nowaja Shisn" Nr. 19.
23. November 1905.
Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem Text der „Nowaja Shisn".

SOZIALISMUS UND ANARCHISMUS

Das Exekutivkomitee des Sowjets der Arbeiterdeputierten hat gestern, am 23. November, das Ersuchen der Anarchisten, Vertreter von ihnen in das Exekutivkomitee und in den Sowjet der Arbeiterdeputierten aufzunehmen, abschlägig beschieden. Diesen Beschluß hat das Exekutivkomitee selbst folgendermaßen begründet: „1. In der ganzen internationalen Praxis nehmen an den sozialistischen Kongressen und Konferenzen keine Vertreter der Anarchisten teil, weil diese den politischen Kampf als Mittel zur Erreichung ihrer Ideale nicht anerkennen; 2. vertreten sein kann nur eine Partei, die Anarchisten aber sind keine Partei."

Wir halten den Beschluß des Exekutivkomitees für einen höchst richtigen Schritt, dem sehr große, sowohl prinzipielle als auch praktisch-politische Bedeutung zukommt. Natürlich, sähe man im Sowjet der Arbeiterdeputierten ein Arbeiterparlament oder ein Selbstverwaltungsorgan des Proletariats, so wäre die Weigerung, die Anarchisten zuzulassen, unrichtig. So geringfügig (glücklicherweise) der Einfluß der Anarchisten unter unserer Arbeiterschaft ist, so haben sie doch zweifellos eine gewisse Anzahl von Arbeitern auf ihrer Seite. Ob die Anarchisten eine Partei oder eine Organisation, eine Gruppe oder einen freien Bund Gleichgesinnter darstellen, ist eine formale Frage ohne ernste prinzipielle Bedeutung. Schließlich, wenn die Anarchisten, die den politischen Kampf negieren, selber in eine Institution hineinwollen, die diesen Kampf führt, so zeigt diese krasse Inkonsequenz natürlich nur noch einmal die ganze Unbeständigkeit der Weltanschauung und der Taktik der Anarchisten. Aber wegen Unbeständigkeit darf man selbstverständlich niemanden aus einem „Parlament" oder „Selbstverwaltungsorgan" ausschließen.

Der Beschluß des Exekutivkomitees scheint uns durchaus richtig zu sein und den Aufgaben dieser Institution, ihrem Charakter und ihrer Zusammensetzung keineswegs zu widersprechen. Der Sowjet der Arbeiterdeputierten ist kein Arbeiterparlament und kein Organ der proletarischen Selbstverwaltung, überhaupt kein Organ der Selbstverwaltung, sondern eine Kampforganisation zur Erreichung bestimmter Ziele.

Dieser Kampforganisation gehören auf Grund einer vorübergehenden, nicht formell getroffenen Kampfvereinbarung an: Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (der Partei des proletarischen Sozialismus), der Partei der „Sozialrevolutionäre" (Vertreter des kleinbürgerlichen Sozialismus oder die äußerste Linke der revolutionären bürgerlichen Demokratie) und schließlich viele „parteilose" Arbeiter. Diese letzteren sind jedoch nicht Parteilose schlechthin, sondern parteilose Revolutionäre, denn ihre Sympathien gehören voll und ganz der Revolution, für deren Sieg sie mit hingebungsvoller Begeisterung, Tatkraft und Selbstaufopferung kämpfen. Deshalb ist es durchaus angebracht, daß das Exekutivkomitee auch Vertreter der revolutionären Bauernschaft aufnimmt.

Dem Wesen der Sache nach ist der Sowjet der Arbeiterdeputierten ein nicht formell geschlossenes, breites Kampfbündnis der Sozialisten und revolutionären Demokraten, wobei natürlich der „parteilose Revolutionismus" eine ganze Reihe von Übergangsstufen zwischen den einen und den andern verdeckt. Daß ein solches Bündnis notwendig ist, um politische Streiks und andere, aktivere Formen des Kampfes für die dringlichen, von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung anerkannten und gebilligten demokratischen Forderungen durchzuführen, liegt auf der Hand. Die Anarchisten wären in diesem Bündnis nicht ein Plus, sondern ein Minus, sie trügen lediglich Desorganisation hinein und schwächten dadurch die Wucht des gemeinsamen Ansturms; sie könnten über die Dringlichkeit und Wichtigkeit politischer Umgestaltungen „noch streiten". Die Nichtzulassung der Anarchisten zu dem Kampfbund, der unsere demokratische Revolution sozusagen durchführt, ist vom Standpunkt und im Interesse dieser Revolution durchaus notwendig. In einen Kampfbund haben nur diejenigen Zutritt, die für das Ziel dieses Bundes kämpfen. Könnten beispielsweise die „Kadetten" oder die „Partei der Rechtsordnung"[22] sogar ein paar hundert Arbeiter in ihren Petersburger Organisationen zusammenbringen, so würde das Exekutivkomitee des Sowjets

der Arbeiterdeputierten den Vertretern derartiger Organisationen wohl kaum seine Türen öffnen.

Zur Erklärung seines Beschlusses beruft sich das Exekutivkomitee auf die Praxis der internationalen Sozialistenkongresse. Wir begrüßen wärmstens diese Erklärung, durch die das Organ des Petersburger Sowjets der Arbeiterdeputierten die geistige Leitung der internationalen Sozialdemokratie anerkennt. Die russische Revolution hat bereits internationale Bedeutung erlangt. Die Gegner der Revolution in Rußland verschwören sich bereits mit Wilhelm II., mit allen möglichen Dunkelmännern, Gewalttätern, Gamaschenknöpfen und Ausbeutern Europas gegen das freie Rußland. Auch wir wollen nicht vergessen, daß der volle Sieg unserer Revolution ein Bündnis des revolutionären Proletariats Rußlands mit den sozialistischen Arbeitern aller Länder erheischt.

Nicht umsonst haben die internationalen Sozialistenkongresse Beschlüsse über die Nichtzulassung von Anarchisten angenommen. Zwischen dem Sozialismus und dem Anarchismus liegt ein tiefer Abgrund, den die Lockspitzel der Geheimpolizei oder die Zeitungsknechte der reaktionären Regierungen vergeblich als nicht vorhanden hinstellen möchten. Die Weltanschauung der Anarchisten ist eine umgestülpte bürgerliche Weltanschauung. Ihre individualistischen Theorien und ihr individualistisches Ideal sind das gerade Gegenteil vom Sozialismus. Ihre Ansichten drücken nicht die Zukunft der bürgerlichen Gesellschaftsordnung aus, die unaufhaltsam zur Vergesellschaftung der Arbeit führt, sondern die Gegenwart, ja sogar die Vergangenheit dieser Ordnung, die Herrschaft des blinden Zufalls über den vereinzelten, alleinstehenden Kleinproduzenten. Ihre Taktik, die auf die Ablehnung des politischen Kampfes hinausläuft, trennt die Proletarier voneinander und verwandelt sie faktisch in passive Teilnehmer der einen oder anderen bürgerlichen Politik, denn ein wirkliches Fernbleiben von der Politik ist für die Arbeiter unmöglich und undurchführbar.

In der jetzigen russischen Revolution tritt die Aufgabe, die Kräfte des Proletariats zusammenzuschließen, es zu organisieren, die Arbeiterklasse politisch zu schulen und zu erziehen, besonders eindringlich hervor. Je mehr die Schwarzhunderterregierung wütet, je eifriger ihre Lockspitzel bemüht sind, die niedrigen Instinkte der unwissenden Masse aufzustacheln, je verzweifelter sich die Verteidiger der bei lebendigem Leibe verwesen-

den Selbstherrschaft an Versuche klammern, die Revolution durch von ihnen organisierte Plünderungen, Pogrome und Meuchelmorde, durch die Verteilung von Schnaps an Habenichtse zu diskreditieren – um so wichtiger wird diese organisatorische Aufgabe, die vor allem der Partei des sozialistischen Proletariats zufällt. Wir werden daher auch alle Mittel des geistigen Kampfes aufbieten, damit der Einfluß der Anarchisten auf die russischen Arbeiter ebenso nichtig bleibt, wie er es bisher war.

Geschrieben am 24. November (7. Dezember) 1905.

Veröffentlicht am 25. November 1905 in der „Nowaja Shisn" Nr. 21. Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem Text der „Nowaja Shisn".

SOZIALISTISCHE PARTEI UND PARTEILOSER REVOLUTIONISMUS

I

Die revolutionäre Bewegung in Rußland, die rasch immer neue Schichten der Bevölkerung erfaßt, bringt eine ganze Reihe parteiloser Organisationen hervor. Das Bedürfnis nach Zusammenschluß bricht um so stärker durch, je länger es niedergehalten und verfolgt wurde. Organisationen der einen oder anderen Art, oft noch formlos, entstehen unaufhörlich, wobei ihr Charakter außerordentlich originell ist. Es fehlt die scharfe Abgrenzung, wie sie den europäischen Organisationen eigen ist. Die Gewerkschaftsverbände nehmen politischen Charakter an. Der politische Kampf verschmilzt mit dem ökonomischen – z. B. in Form des Streiks – und schafft ineinanderfließende Formen zeitweiliger oder mehr oder minder ständiger Organisationen.

Was bedeutet diese Erscheinung? Wie soll sich die Sozialdemokratie dazu stellen?

Strenges Parteiprinzip ist Begleiterscheinung und Ergebnis eines hochentwickelten Klassenkampfes. Und umgekehrt, im Interesse eines offenen und breiten Klassenkampfes ist die Entwicklung des strengen Parteiprinzips vonnöten. Daher ist die Partei des klassenbewußten Proletariats, die Sozialdemokratie, durchaus im Recht, wenn sie die Parteilosigkeit unablässig bekämpft und an der Schaffung einer prinzipienfesten, fest zusammengeschlossenen sozialistischen Arbeiterpartei unentwegt arbeitet. Diese Arbeit hat unter den Massen in dem Maße Erfolg, wie die Entwicklung des Kapitalismus das ganze Volk immer tiefer in Klassen spaltet und die Gegensätze zwischen ihnen verschärft.

Es ist durchaus begreiflich, daß die gegenwärtige Revolution in Rußland so viele parteilose Organisationen hervorgebracht hat und noch hervorbringt. Diese Revolution ist eine demokratische, d. h. ihrem gesellschaftlich-ökonomischen Inhalt nach bürgerliche Revolution. Diese Revolution stürzt die absolutistisch-leibeigenschaftliche Ordnung, setzt die unter ihr entstandene bürgerliche Ordnung frei und verwirklicht auf diese Weise die Forderungen aller Klassen der bürgerlichen Gesellschaft, ist also in diesem Sinne eine allgemeine Volksrevolution. Das bedeutet natürlich nicht, daß unsere Revolution keine Klassenrevolution ist, gewiß nicht. Aber sie richtet sich gegen Klassen und Kasten, die sich vom Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaft überlebt haben, die dieser Gesellschaft fremd sind, die ihre Entwicklung hemmen. Da aber das gesamte wirtschaftliche Leben des Landes bereits in allen seinen Grundzügen bürgerlich geworden ist, da die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung in Wirklichkeit schon unter bürgerlichen Existenzbedingungen lebt, sind naturgemäß die gegenrevolutionären Elemente zahlenmäßig verschwindend klein, bilden sie in Wahrheit „eine Handvoll", verglichen mit dem „Volk". Der Klassencharakter der bürgerlichen Revolution äußert sich daher unvermeidlich in einem „das ganze Volk" umfassenden, auf den ersten Blick nicht klassenmäßigen Charakter des Kampfes aller Klassen der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Selbstherrschaft und die Leibeigenschaft.

Die Epoche der bürgerlichen Revolution ist in Rußland ebenso wie in anderen Ländern dadurch gekennzeichnet, daß die Klassenwidersprüche der kapitalistischen Gesellschaft verhältnismäßig unentwickelt sind. Allerdings steht der Kapitalismus in Rußland jetzt auf einer bedeutend höheren Entwicklungsstufe als in Deutschland 1848, geschweige denn in Frankreich 1789. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß die rein kapitalistischen Widersprüche bei uns noch in sehr, sehr hohem Grade von den Widersprüchen zwischen „Kultur" und Asiatentum, Europäertum und Tatarentum, Kapitalismus und Leibeigenschaft verdeckt werden, d. h., in den Vordergrund treten solche Forderungen, deren Erfüllung den Kapitalismus entwickeln, ihn von den Schlacken des Feudalismus reinigen, die Lebens- und Kampfbedingungen sowohl für das Proletariat als auch für die Bourgeoisie verbessern wird.

In der Tat, betrachten wir uns die zahllosen Forderungen, Volks-

mandate und doléances* näher, die jetzt in Rußland in jedem Betrieb, in jeder Kanzlei, in jedem Regiment, in jeder Polizeiwachstube, in jeder Kirchengemeinde, in jeder Lehranstalt usw. usf. abgefaßt werden, so werden wir unschwer sehen, daß die weitaus meisten reine „Kultur"forderungen darstellen, wenn man sich so ausdrücken darf. Ich will damit sagen, daß das eigentlich keine spezifischen Klassenforderungen sind, sondern Forderungen elementar rechtlicher Art, Forderungen, die den Kapitalismus nicht zerstören, sondern ihn im Gegenteil einfügen in den Rahmen des Europäertums, ihn frei machen von der Barbarei, Roheit, Korruption und anderen „russischen" Überresten der Leibeigenschaft. Im Grunde beschränken sich auch die proletarischen Forderungen in den meisten Fällen auf Umgestaltungen, die durchaus im Rahmen des Kapitalismus zu verwirklichen sind. Was das Proletariat Rußlands jetzt gleich und unverzüglich fordert, untergräbt den Kapitalismus nicht, sondern reinigt ihn und beschleunigt, verstärkt seine Entwicklung.

Gewiß, die besondere Lage des Proletariats in der kapitalistischen Gesellschaft führt dazu, daß das Streben der Arbeiter nach dem Sozialismus, ihr Bündnis mit der sozialistischen Partei schon in den frühesten Stadien der Bewegung mit Elementargewalt durchbricht. Aber die eigentlich sozialistischen Forderungen stehen noch bevor, auf der Tagesordnung stehen dagegen demokratische Forderungen der Arbeiter in der Politik, wirtschaftliche Forderungen im Rahmen des Kapitalismus in der Ökonomik. Selbst das Proletariat macht die Revolution sozusagen im Rahmen des Minimalprogramms und nicht des Maximalprogramms, ganz zu schweigen von der Bauernschaft, dieser gigantischen, zahlenmäßig überwältigenden Masse der Bevölkerung. Ihr „Maximalprogramm", ihre Endziele gehen nicht hinaus über den Rahmen des Kapitalismus, der sich beim Übergang des gesamten Grund und Bodens an die gesamte Bauernschaft und das gesamte Volk noch breiter und üppiger entfalten würde. Die Bauernrevolution ist heute eine bürgerliche Revolution – wie sehr diese Worte das sentimentale Ohr der sentimentalen Ritter unseres kleinbürgerlichen Sozialismus auch „verletzen" mögen.

Bei dem geschilderten Charakter der vor sich gehenden Revolution entstehen parteilose Organisationen ganz natürlich. Das Gepräge äußerlicher Parteilosigkeit, der Schein der Parteilosigkeit überträgt sich dabei auf die

* Beschwerden. *Die Red.*

ganze Bewegung in ihrer Gesamtheit – aber natürlich nur der Schein. Das Bedürfnis nach einem „menschlichen", kulturellen Leben, nach Zusammenschluß, nach Wahrung der eigenen Würde, der Menschen- und Bürgerrechte erfaßt alle und jeden, vereinigt sämtliche Klassen, greift weit hinaus über jedes Parteiprinzip, rüttelt Menschen auf, die sich noch lange nicht bis zum Parteiprinzip zu erheben vermögen. Die Dringlichkeit der nächsten, elementar notwendigen Rechte und Reformen drängt gewissermaßen weiterreichende Absichten und Erwägungen in den Hintergrund. Die Hingabe an den vor sich gehenden Kampf, eine notwendige und berechtigte Hingabe, ohne die ein Erfolg des Kampfes unmöglich wäre, verführt zwangsläufig dazu, diese nächsten, elementaren Ziele zu idealisieren, sie in rosigem Licht auszumalen, sie mitunter sogar in ein phantastisches Gewand zu hüllen; der einfache Demokratismus, der gewöhnliche bürgerliche Demokratismus, wird für Sozialismus gehalten und als solcher „gebucht". Alle Welt ist gleichsam „parteilos", alle Welt findet sich gleichsam in einer einzigen „befreienden" (in Wirklichkeit die ganze bürgerliche Gesellschaft befreienden) Bewegung zusammen, alle Welt bekommt einen leichten, ganz leichten Anhauch von „Sozialismus", besonders dank der führenden Rolle des sozialistischen Proletariats im demokratischen Kampf.

Die Idee der Parteilosigkeit muß unter solchen Umständen unvermeidlich gewisse vorübergehende Siege erringen. Parteilosigkeit wird zwangsläufig zur Modelosung, denn die Mode trottet hilflos hinter dem Leben einher, und die „landläufigste" Erscheinung an der politischen Oberfläche scheint eben die parteilose Organisation zu sein: parteiloser Demokratismus, parteiloser Streikismus, parteiloser Revolutionismus.

Es fragt sich nun, wie sich zu dieser Tatsache der Parteilosigkeit und zu dieser Idee der Parteilosigkeit die Anhänger und Vertreter der verschiedenen Klassen stellen *müssen* – müssen nicht im subjektiven, sondern im objektiven Sinn, d. h. nicht in dem Sinn, wie man sich dazu verhalten soll, sondern in dem Sinn, welche Einstellung zu dieser Tatsache sich je nach den Interessen und Standpunkten der verschiedenen Klassen unvermeidlich ergibt.

II

Die Parteilosigkeit ist, wie wir bereits gezeigt haben, das Produkt – oder, wenn man will, der Ausdruck – des bürgerlichen Charakters unserer Revolution. Die Bourgeoisie fühlt sich unwiderstehlich zur Parteilosigkeit hingezogen, denn wenn es bei den um die Freiheit der bürgerlichen Gesellschaft Kämpfenden keine Parteien gibt, dann gibt es auch keinen neuen Kampf gegen dieselbe bürgerliche Gesellschaft. Wer einen „parteilosen" Kampf um die Freiheit führt, der erfaßt entweder nicht den bürgerlichen Charakter der Freiheit, oder er heiligt diese bürgerliche Ordnung, oder er vertagt den Kampf gegen sie, vertagt ihre „Vervollkommnung" auf die griechischen Kalenden[23]. Und umgekehrt, wer bewußt oder unbewußt auf der Seite der bürgerlichen Ordnung steht, der kann nicht anders als sich zur Idee der Parteilosigkeit hingezogen fühlen.

In einer Gesellschaft, die auf der Klassenteilung beruht, wird der Kampf zwischen den feindlichen Klassen auf einer gewissen Stufe seiner Entwicklung unvermeidlich zum politischen Kampf. Der vollendetste, stärkste und klarste Ausdruck des politischen Kampfes der Klassen ist der Kampf der Parteien. Parteilosigkeit ist Gleichgültigkeit gegenüber dem Kampf der Parteien. Aber diese Gleichgültigkeit ist nicht gleichbedeutend mit Neutralität, mit Enthaltung vom Kampf, denn im Klassenkampf kann es keine Neutralen geben; in der kapitalistischen Gesellschaft kann man sich der Beteiligung am Austausch von Produkten oder von Arbeitskraft nicht „enthalten". Der Austausch erzeugt aber unvermeidlich den ökonomischen Kampf und in seinem Gefolge auch den politischen Kampf. Gleichgültigkeit gegenüber dem Kampf ist daher in Wirklichkeit keineswegs Fernbleiben vom Kampf, Enthaltung vom Kampf oder Neutralität. Gleichgültigkeit ist stillschweigende Unterstützung desjenigen, der stark ist, desjenigen, der die Herrschaft hat. Wer in Rußland gegenüber der Selbstherrschaft bis zu ihrem Sturz während der Oktoberrevolution gleichgültig war, der hat die Selbstherrschaft stillschweigend unterstützt. Wer im heutigen Europa gegenüber der Herrschaft der Bourgeoisie gleichgültig ist, der unterstützt stillschweigend die Bourgeoisie. Wer sich gegenüber der Idee des bürgerlichen Charakters des Kampfes um die Freiheit gleichgültig verhält, der unterstützt stillschweigend die Herrschaft der Bourgeoisie in diesem Kampf, die Herrschaft der Bourgeoisie im entstehenden

freien Rußland. Politisch indifferent sein heißt politisch gesättigt sein. „Gleichgültig", „indifferent" verhält sich gegenüber dem Stück Brot nur der Satte; der Hungrige dagegen wird in Fragen des Stückes Brot stets „Partei" ergreifen. „Gleichgültigkeit und Indifferenz" gegenüber dem Stück Brot bedeutet nicht, daß der Betreffende kein Brot braucht, sondern daß er stets mit Brot versorgt ist, daß er nie Mangel an Brot leidet, daß er ein warmes Plätzchen in der „Partei" der Satten gefunden hat. Die Parteilosigkeit ist in der bürgerlichen Gesellschaft nur ein heuchlerischer, verhüllter, passiver Ausdruck der Zugehörigkeit zur Partei der Satten, zur Partei der Herrschenden, zur Partei der Ausbeuter.

Parteilosigkeit ist eine bürgerliche Idee. Parteilichkeit ist eine sozialistische Idee. Dieser Grundsatz ist im großen und ganzen auf die gesamte bürgerliche Gesellschaft anwendbar. Natürlich muß man diese allgemeine Wahrheit auf einzelne Teilfragen und Teilfälle anzuwenden wissen. Aber diese Wahrheit vergessen zu einer Zeit, da sich die ganze bürgerliche Gesellschaft in ihrer Gesamtheit gegen die Leibeigenschaft und die Selbstherrschaft erhebt, bedeutet in Wirklichkeit den völligen Verzicht auf die sozialistische Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft.

Obgleich sich die russische Revolution noch am Anfang ihrer Entwicklung befindet, liefert sie doch schon recht viel Material, das die hier dargelegten allgemeinen Gedankengänge erhärtet. Das strenge Parteiprinzip wurde und wird stets nur von der Sozialdemokratie, der Partei des klassenbewußten Proletariats, verfochten. Unsere Liberalen, die Vertreter der Ansichten der Bourgeoisie, können das sozialistische Parteiprinzip nicht ausstehen und wollen vom Klassenkampf nichts wissen: Man braucht sich nur der jüngsten Reden des Herrn Roditschew zu erinnern, der zum hundertstenmal wiederholte, was sowohl das im Ausland erscheinende „Oswoboshdenije"[24] als auch die unzähligen Vasallenorgane des russischen Liberalismus unaufhörlich gesagt und widergekäut haben. Schließlich hat die Ideologie der Zwischenklasse, des Kleinbürgertums, in den Auffassungen der russischen „Radikalen" verschiedener Schattierungen, von der „Nascha Shisn" über die „Radikaldemokraten"[25] bis zu den „Sozialrevolutionären", klaren Ausdruck gefunden. Diese letzteren haben ihre Verwechslung von Sozialismus und Demokratismus am deutlichsten in der Agrarfrage bekundet, namentlich in der Losung der „Sozialisierung" (des Bodens ohne Sozialisierung des Kapitals). Bekannt ist auch, daß sie

zwar den bürgerlichen Radikalismus tolerieren, sich aber dem sozialdemokratischen Parteiprinzip gegenüber intolerant verhalten.

Es gehört nicht zu unserem Thema, zu untersuchen, wie sich die Interessen der verschiedenen Klassen im Programm und in der Taktik der russischen Liberalen und Radikalen aller Spielarten widerspiegeln. Wir haben diese interessante Frage hier nur nebenbei gestreift und müssen nun zu den praktischen politischen Schlußfolgerungen über das Verhältnis unserer Partei zu den parteilosen Organisationen übergehen.

Ist eine Beteiligung der Sozialisten an parteilosen Organisationen zulässig? Wenn ja, unter welchen Bedingungen ist sie zulässig? Und welche Taktik soll man in solchen Organisationen einschlagen?

Auf die erste Frage kann man nicht mit einem unbedingten, grundsätzlichen Nein antworten. Es wäre falsch zu sagen, daß die Beteiligung von Sozialisten an parteilosen (d. h. mehr oder weniger bewußt oder unbewußt bürgerlichen) Organisationen in keinem Fall und unter keinen Umständen zulässig wäre. In der Epoche der demokratischen Revolution wäre ein Verzicht auf die Beteiligung an parteilosen Organisationen in bestimmten Fällen gleichbedeutend mit dem Verzicht auf die Beteiligung an der demokratischen Revolution. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß die Sozialisten diese „bestimmten Fälle" in engen Grenzen halten müssen, daß sie eine solche Beteiligung nur unter genau festgelegten einschränkenden Bedingungen zulassen dürfen. Denn wenn die parteilosen Organisationen, wie schon gesagt, das Produkt des verhältnismäßig unentwickelten Klassenkampfes sind, dann ist anderseits das strenge Parteiprinzip eine der Bedingungen, die den Klassenkampf zu einem bewußten, klaren, bestimmten, grundsätzlichen Kampf machen.

Es ist die ständige, unveränderliche und unabdingbare Pflicht der Sozialisten, die ideologische und politische Selbständigkeit der Partei des Proletariats zu wahren. Wer diese Pflicht nicht erfüllt, der hört *in Wirklichkeit* auf, ein Sozialist zu sein, wie aufrichtig seine „sozialistischen" (in Worten sozialistischen) Überzeugungen auch sein mögen. Die Beteiligung an parteilosen Organisationen ist für den Sozialisten nur ausnahmsweise zulässig. Und die Ziele, die Art und Weise, die Bedingungen usw. dieser Beteiligung müssen voll und ganz der grundlegenden Aufgabe untergeordnet sein – der Vorbereitung und Organisierung des sozialistischen Proletariats für die bewußte Leitung der sozialistischen Revolution.

Die Umstände können uns zwingen, an parteilosen Organisationen teilzunehmen, namentlich in der Epoche der demokratischen Revolution und insbesondere einer solchen demokratischen Revolution, in der das Proletariat eine hervorragende Rolle spielt. Eine solche Teilnahme kann sich als notwendig erweisen z. B. im Interesse der Propaganda des Sozialismus vor einem unbestimmt-demokratischen Auditorium oder im Interesse des gemeinsamen Kampfes der Sozialisten und der revolutionären Demokraten gegen die Konterrevolution. Im ersten Fall wäre eine solche Beteiligung ein Mittel, unseren Ansichten zum Sieg zu verhelfen, im zweiten Fall ein Kampfabkommen, um bestimmte revolutionäre Ziele zu erreichen. In beiden Fällen kann die Beteiligung lediglich vorübergehend sein. In beiden Fällen ist sie nur zulässig, wenn die Selbständigkeit der Arbeiterpartei voll und ganz gewahrt bleibt und wenn die in die parteilosen Vereinigungen oder Sowjets „delegierten" Mitglieder und Gruppen der Partei der unbedingten Kontrolle und Leitung durch die Gesamtpartei unterstehen.

Solange sich unsere Partei im geheimen betätigte, bot die Verwirklichung einer solchen Kontrolle und Leitung ungeheure, mitunter fast unüberwindliche Schwierigkeiten. Jetzt, da sich die Partei immer offener betätigt, kann und muß diese Kontrolle und Leitung weitestgehend ausgeübt werden, und unbedingt nicht nur von „oben", sondern auch von „unten", von allen organisierten Arbeitern, die der Partei angehören. Berichte über das Auftreten von Sozialdemokraten in parteilosen Vereinigungen oder Sowjets, Referate über die Bedingungen und Aufgaben eines solchen Auftretens, Resolutionen von Parteiorganisationen jeden Typs anläßlich eines solchen Auftretens müssen unbedingt in die Praxis der Arbeiterpartei eingehen. Nur eine solche *reale* Beteiligung der Partei in ihrer Gesamtheit, eine Beteiligung, durch die jedes derartige Auftreten *gelenkt* wird, ermöglicht es, die wahrhaft sozialistische Arbeit der allgemein demokratischen Arbeit in der Praxis gegenüberzustellen.

Welche Taktik sollen wir in den parteilosen Vereinigungen einschlagen? Erstens, jede Möglichkeit ausnutzen, um selbständige Verbindungen anzuknüpfen und unser ganzes sozialistisches Programm zu propagieren. Zweitens, die nächsten politischen Aufgaben der Gegenwart festlegen, und zwar unter dem Gesichtspunkt, die demokratische Umwälzung möglichst vollständig und entschlossen zu vollziehen, politische Losungen in

der demokratischen Revolution ausgeben, ein „Programm" von Reformen aufstellen, welche die kämpfende revolutionäre Demokratie zum Unterschied von der schachernden liberalen Demokratie zu verwirklichen hat.

Nur wenn wir so an die Sache herangehen, kann die Beteiligung von Mitgliedern unserer Partei an parteilosen revolutionären Organisationen, die heute von Arbeitern, morgen von Bauern, übermorgen von Soldaten usw. gegründet werden, zulässig und fruchtbar sein. Nur wenn wir so an die Sache herangehen, werden wir imstande sein, die doppelte Aufgabe der Arbeiterpartei in der bürgerlichen Revolution zu erfüllen, nämlich die demokratische Umwälzung zu Ende zu führen und die Kader des sozialistischen Proletariats, das die Freiheit zu seinem schonungslosen Kampf für den Sturz der Herrschaft des Kapitals braucht, zu mehren und zu stärken.

„Nowaja Shisn" Nr. 22 und 27,
26. November und 2. Dezember 1905
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der
„Nowaja Shisn".

SOZIALISMUS UND RELIGION

Die moderne Gesellschaft ist ganz auf der Ausbeutung der ungeheuren Massen der Arbeiterklasse durch eine verschwindend kleine, zu den Klassen der Grundeigentümer und Kapitalisten gehörende Minderheit der Bevölkerung aufgebaut. Das ist eine Sklavenhaltergesellschaft, denn die „freien" Arbeiter, die ihr Leben lang für das Kapital arbeiten, „haben Anrecht" nur auf solche Existenzmittel, die zum Lebensunterhalt der Profit erzeugenden Sklaven und zur Sicherung und Verewigung der kapitalistischen Sklaverei notwendig sind.

Die ökonomische Unterdrückung der Arbeiter verursacht und erzeugt unvermeidlich alle möglichen Arten der politischen Unterdrückung und sozialen Erniedrigung, der Verrohung und Verkümmerung des geistigen und sittlichen Lebens der Massen. Die Arbeiter können sich mehr oder weniger politische Freiheit für den Kampf um ihre ökonomische Befreiung erringen, aber keinerlei Freiheit wird sie von Elend, Arbeitslosigkeit und Unterdrückung erlösen, solange die Macht des Kapitals nicht gestürzt ist. Die Religion ist eine von verschiedenen Arten geistigen Joches, das überall und allenthalben auf den durch ewige Arbeit für andere, durch Not und Vereinsamung niedergedrückten Volksmassen lastet. Die Ohnmacht der ausgebeuteten Klassen im Kampf gegen die Ausbeuter erzeugt ebenso unvermeidlich den Glauben an ein besseres Leben im Jenseits, wie die Ohnmacht des Wilden im Kampf mit der Natur den Glauben an Götter, Teufel, Wunder usw. erzeugt. Denjenigen, der sein Leben lang arbeitet und Not leidet, lehrt die Religion Demut und Langmut hienieden und vertröstet ihn mit der Hoffnung auf himmlischen Lohn. Diejenigen aber, die von fremder Arbeit leben, lehrt die Religion Wohltätigkeit hienieden,

womit sie ihnen eine recht billige Rechtfertigung ihres ganzen Ausbeuterdaseins anbietet und Eintrittskarten für die himmlische Seligkeit zu erschwinglichen Preisen verkauft. Die Religion ist das Opium des Volks. Die Religion ist eine Art geistigen Fusels, in dem die Sklaven des Kapitals ihr Menschenantlitz und ihre Ansprüche auf ein halbwegs menschenwürdiges Leben ersäufen.

Doch der Sklave, der sich seiner Sklaverei bewußt geworden ist und sich zum Kampf für seine Befreiung erhoben hat, hört bereits zur Hälfte auf, ein Sklave zu sein. Durch die Fabrik der Großindustrie erzogen und durch das städtische Leben aufgeklärt, wirft der moderne klassenbewußte Arbeiter die religiösen Vorurteile mit Verachtung von sich, überläßt den Himmel den Pfaffen und bürgerlichen Frömmlern und erkämpft sich ein besseres Leben hier auf Erden. Das moderne Proletariat bekennt sich zum Sozialismus, der die Wissenschaft in den Dienst des Kampfes gegen den religiösen Nebel stellt und die Arbeiter vom Glauben an ein jenseitiges Leben dadurch befreit, daß er sie zum diesseitigen Kampf für ein besseres irdisches Leben zusammenschließt.

Erklärung der Religion zur Privatsache – mit diesen Worten wird gewöhnlich die Stellung der Sozialisten zur Religion ausgedrückt. Doch die Bedeutung dieser Worte muß man genau definieren, damit sie keine Mißverständnisse hervorrufen können. Wir fordern, daß die Religion dem Staat gegenüber Privatsache sei, können sie aber keinesfalls unserer eigenen Partei gegenüber als Privatsache betrachten. Den Staat soll die Religion nichts angehen, die Religionsgemeinschaften dürfen mit der Staatsmacht nicht verbunden sein. Jedem muß es vollkommen freistehen, sich zu jeder beliebigen Religion zu bekennen oder gar keine Religion anzuerkennen, d. h. Atheist zu sein, was ja auch jeder Sozialist in der Regel ist. Alle rechtlichen Unterschiede zwischen den Staatsbürgern je nach ihrem religiösen Bekenntnis sind absolut unzulässig. Selbst die Erwähnung der Konfession der Staatsbürger in amtlichen Dokumenten muß unbedingt ausgemerzt werden. Es darf keine Zuwendungen an eine Staatskirche, keine Zuwendungen von Staatsmitteln an kirchliche und religiöse Gemeinschaften geben, die völlig freie, von der Staatsmacht unabhängige Vereinigungen gleichgesinnter Bürger werden müssen. Nur die restlose Erfüllung dieser Forderungen kann Schluß machen mit jener schmählichen und verfluchten Vergangenheit, da die Kirche in leibeigener Abhängigkeit

vom Staat war und die russischen Bürger in leibeigener Abhängigkeit von der Staatskirche waren, da (bis auf den heutigen Tag in unseren Strafgesetzbüchern und Prozessualordnungen erhalten gebliebene) mittelalterliche, inquisitorische Gesetze bestanden und angewandt wurden, die Glauben oder Unglauben verfolgten, das Gewissen der Menschen vergewaltigten, Staatspöstchen und Staatspfründen mit der Verteilung dieses oder jenes Staatskirchenfusels verknüpften. Vollständige Trennung der Kirche vom Staat – das ist die Forderung, die das sozialistische Proletariat an den heutigen Staat und die heutige Kirche stellt.

Die russische Revolution muß diese Forderung als unerläßlichen Bestandteil der politischen Freiheit verwirklichen. Die russische Revolution findet diesbezüglich besonders günstige Bedingungen vor, denn die widerwärtige Bürokratenwirtschaft des absolutistischen Polizei- und Leibeigenschaftsstaates hat selbst innerhalb der Geistlichkeit Unzufriedenheit, Gärung und Empörung hervorgerufen. So geduckt und unwissend die russische rechtgläubige Geistlichkeit auch war, sogar sie wurde jetzt von dem Getöse geweckt, mit dem die alte, mittelalterliche Ordnung in Rußland eingestürzt ist. Sogar sie schließt sich der Forderung nach Freiheit an, protestiert gegen die Bürokratenwirtschaft und Beamtenwillkür, gegen die polizeilichen Spitzeldienste, zu denen die „Diener Gottes" genötigt werden. Wir Sozialisten müssen diese Bewegung unterstützen, indem wir die Forderungen der ehrlichen und aufrichtigen Geistlichen bis zu Ende führen, diese Leute, wenn sie von Freiheit sprechen, beim Wort nehmen, von ihnen fordern, daß sie jedes Band zwischen Religion und Polizei entschlossen zerreißen. Entweder ihr seid aufrichtig – dann müßt ihr für die völlige Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche, für die uneingeschränkte und vorbehaltlose Erklärung der Religion zur Privatsache sein. Oder ihr akzeptiert diese konsequenten Forderungen nach Freiheit nicht – dann seid ihr also immer noch in den Überlieferungen der Inquisition befangen, dann klebt ihr also immer noch an den Staatspöstchen und Staatspfründen, dann glaubt ihr also nicht an die geistige Kraft eurer Waffe und laßt euch nach wie vor von der Staatsmacht bestechen – und dann erklären euch die klassenbewußten Arbeiter ganz Rußlands den schonungslosen Krieg.

Für die Partei des sozialistischen Proletariats ist die Religion keine Privatsache. Unsere Partei ist ein Bund klassenbewußter, fortgeschrittener

Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse. Ein solcher Bund kann und darf sich nicht gleichgültig verhalten zu Unaufgeklärtheit, zu Unwissenheit oder zu Dunkelmännertum in Form von religiösem Glauben. Wir fordern die völlige Trennung der Kirche vom Staat, um gegen den religiösen Nebel mit rein geistigen und nur geistigen Waffen, mit unserer Presse, unserem Wort zu kämpfen. Aber wir haben unseren Bund, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, unter anderem gerade für einen solchen Kampf gegen jede religiöse Verdummung der Arbeiter gegründet. Für uns ist der ideologische Kampf keine Privatsache, sondern eine Angelegenheit der ganzen Partei, des gesamten Proletariats.

Wenn dem so ist, warum erklären wir in unserem Programm nicht, daß wir Atheisten sind? warum verwehren wir es Christen und Gottesgläubigen nicht, in unsere Partei einzutreten?

Die Antwort auf diese Frage soll einen sehr wichtigen Unterschied zwischen der bürgerlich-demokratischen und der sozialdemokratischen Fragestellung hinsichtlich der Religion klarmachen.

Unserem ganzen Programm liegt eine wissenschaftliche, und zwar die materialistische Weltanschauung zugrunde. Die Erläuterung unseres Programms schließt daher notwendigerweise auch die Klarlegung der wahren historischen und ökonomischen Quellen des religiösen Nebels ein. Unsere Propaganda schließt notwendigerweise auch die Propaganda des Atheismus ein; die Herausgabe entsprechender wissenschaftlicher Literatur, die von der absolutistisch-fronherrschaftlichen Staatsmacht bisher streng verboten und verfolgt worden ist, muß jetzt einen Zweig unserer Parteiarbeit bilden. Wir werden jetzt wahrscheinlich den Rat befolgen müssen, den Engels einmal den deutschen Sozialisten erteilt hat: die Literatur der französischen Aufklärer und Atheisten des 18. Jahrhunderts zu übersetzen und massenhaft zu verbreiten.[26]

Doch wir dürfen uns dabei auf keinen Fall dazu verleiten lassen, die religiöse Frage abstrakt, idealistisch, „von Vernunft wegen", außerhalb des Klassenkampfes zu stellen, wie das radikale Demokraten aus der Bourgeoisie häufig tun. Es wäre unsinnig, zu glauben, man könne in einer Gesellschaft, die auf schrankenloser Unterdrückung und Verrohung der Arbeitermassen aufgebaut ist, die religiösen Vorurteile auf rein propagandistischem Wege zerstreuen. Es wäre bürgerliche Beschränktheit, zu vergessen, daß der auf der Menschheit lastende Druck der Religion nur

Produkt und Spiegelbild des ökonomischen Drucks innerhalb der Gesellschaft ist. Durch keine Broschüren, durch keine Propaganda kann man das Proletariat aufklären, wenn es nicht durch seinen eigenen Kampf gegen die finsteren Mächte des Kapitalismus aufgeklärt wird. Die Einheit dieses wirklich revolutionären Kampfes der unterdrückten Klasse für ein Paradies auf Erden ist uns wichtiger als die Einheit der Meinungen der Proletarier über das Paradies im Himmel.

Das ist der Grund, warum wir in unserem Programm von unserem Atheismus nicht sprechen und nicht sprechen dürfen; das ist der Grund, warum wir den Proletariern, die noch diese oder jene Überreste der alten Vorurteile bewahrt haben, die Annäherung an unsere Partei nicht verwehren und nicht verwehren dürfen. Die wissenschaftliche Weltanschauung werden wir immer propagieren, und die Inkonsequenz irgendwelcher „Christen" müssen wir bekämpfen; das bedeutet aber durchaus nicht, daß man die religiöse Frage an die erste Stelle rücken soll, die ihr keineswegs zukommt, daß man eine Zersplitterung der Kräfte des wirklich revolutionären, des ökonomischen und politischen Kampfes um drittrangiger Meinungen oder Hirngespinste willen zulassen soll, die rasch jede politische Bedeutung verlieren und durch den ganzen Gang der ökonomischen Entwicklung bald in die Rumpelkammer geworfen werden.

Die reaktionäre Bourgeoisie hat überall danach getrachtet und beginnt jetzt auch bei uns danach zu trachten, den religiösen Hader zu entfachen, um so die Aufmerksamkeit der Massen von den wirklich wichtigen und grundlegenden ökonomischen und politischen Fragen abzulenken, die das gesamtrussische Proletariat, das sich in seinem revolutionären Kampf zusammenschließt, jetzt praktisch löst. Diese reaktionäre Politik der Zersplitterung der proletarischen Kräfte, die sich heute hauptsächlich in Pogromen der Schwarzhunderter äußert, kann morgen sehr wohl auch irgendwelche raffinierteren Formen ersinnen. Wir werden ihr jedenfalls die ruhige, beharrliche und geduldige, von jeder Aufbauschung zweitrangiger Meinungsverschiedenheiten freie Propaganda der proletarischen Solidarität und der wissenschaftlichen Weltanschauung entgegenstellen.

Das revolutionäre Proletariat wird durchsetzen, daß die Religion für den Staat wirklich zur Privatsache wird. Und unter diesem, vom mittelalterlichen Moder gesäuberten politischen Regime wird das Proletariat

einen breiten und offenen Kampf führen, um die ökonomische Sklaverei, diese wahre Quelle der religiösen Verdummung der Menschheit, zu beseitigen.

„Nowaja Shisn" Nr. 28,
3. Dezember 1905.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der
„Nowaja Shisn".

RESOLUTION DER KONFERENZ DER „MEHRHEIT" IN TAMMERFORS ÜBER DIE AGRARFRAGE[27]

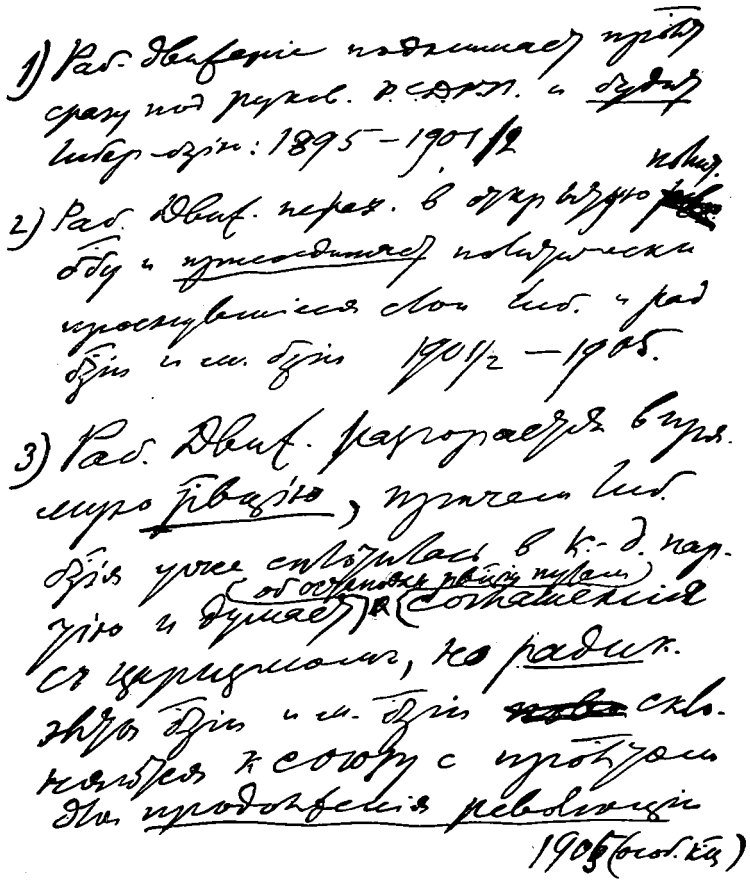
12.–17. (25.–30.) Dezember 1905

1. Die Konferenz erklärt, daß die Entwicklung der Bauernbewegung die grundlegenden prinzipiellen Anschauungen des revolutionären Marxismus sowohl über den revolutionären Charakter als auch über das wahre gesellschaftlich-ökonomische Wesen dieser Bewegung, welche die Überreste der Leibeigenschaft zerstört und freie bürgerliche Verhältnisse auf dem Lande schafft, vollauf bestätigt; die Konferenz erachtet es als wünschenswert, das Agrarprogramm unserer Partei wie folgt zu ändern: der Punkt über die Bodenabschnitte ist zu streichen und statt dessen einzufügen, daß die Partei die revolutionären Maßnahmen der Bauernschaft einschließlich der Konfiskation aller Staats-, Kirchen-, Kloster-, Apanage-, Kabinetts- und Privatländereien unterstützt und es sich zur steten Hauptaufgabe macht, das Landproletariat selbständig zu organisieren, es über den unversöhnlichen Gegensatz zwischen seinen Interessen und den Interessen der Dorfbourgeoisie aufzuklären und auf die Endziele des Sozialismus hinzuweisen, der allein fähig ist, die Teilung der Gesellschaft in Klassen und jede Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abzuschaffen.

2. Die Konferenz gibt dem Wunsch Ausdruck, im Agrarprogramm die Forderung nach Rückerstattung der Ablösezahlungen und nach Überweisung der dadurch erhaltenen Summen an einen besonderen Fonds zu streichen. Die Forderung nach Konfiskation der Staats-, Kloster- usw. Ländereien ist in einen anderen Punkt einzufügen.

Hektographiertes Flugblatt mit den Resolutionen der Konferenz, herausgegeben im Dezember 1905.

Nach dem Text des Flugblatts.



Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript
„Etappen, Richtung und Perspektiven der Revolution"
1905

Verkleinert

ETAPPEN, RICHTUNG UND PERSPEKTIVEN DER REVOLUTION

1. Die Arbeiterbewegung mobilisiert das Proletariat von Anfang an unter der Führung der SDAPR und *weckt* die liberale Bourgeoisie: 1895–1901/02.

2. Die Arbeiterbewegung geht zum offenen politischen Kampf über und *gewinnt dafür* die politisch erwachten Schichten der liberalen und radikalen Bourgeoisie und des Kleinbürgertums: 1901/02–1905.

3. Die Arbeiterbewegung entbrennt zur offenen *Revolution*, während sich die liberale Bourgeoisie bereits zur Konstitutionell-Demokratischen Partei zusammengeschlossen hat und daran denkt, die Revolution durch eine Vereinbarung mit dem Zarismus aufzuhalten; aber die *radikalen* Elemente der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums neigen zum Bündnis mit dem Proletariat, um *die Revolution fortzusetzen*: 1905 (besonders das Jahresende).

4. Die Arbeiterbewegung siegt in der *demokratischen* Revolution bei passivem Abwarten der Liberalen und mit aktiver Unterstützung der *Bauernschaft*. Plus die radikale, republikanische Intelligenz und die entsprechenden Schichten des Kleinbürgertums in den Städten. Der Bauernaufstand siegt, die Macht der Gutsbesitzer ist gebrochen.

(„Revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.")

5. Die in der dritten Periode abwartende und in der vierten Periode passive liberale Bourgeoisie wird offen konterrevolutionär und organisiert sich, um dem Proletariat die Errungenschaften der Revolution zu entreißen. Auch der ganze wohlhabende Teil der Bauernschaft und ein beträchtlicher Teil der Mittelbauern „wird klüger", beruhigt sich und

schwenkt zur Konterrevolution ab, um dem Proletariat und den mit dem Proletariat sympathisierenden armen Bauern die Macht aus der Hand zu schlagen.

6. Auf dem Boden der in der fünften Periode entstandenen Verhältnisse wächst und entbrennt eine neue Krise und ein neuer Kampf, wobei das Proletariat bereits für die Erhaltung der demokratischen Errungenschaften im Interesse der sozialistischen Umwälzung kämpft. Dieser Kampf wäre für das russische Proletariat allein nahezu hoffnungslos, und seine Niederlage wäre ebenso unvermeidlich wie die Niederlage der deutschen revolutionären Partei 1849/50 oder wie die Niederlage des französischen Proletariats 1871, *w e n n* dem russischen Proletariat nicht *das europäische sozialistische Proletariat* zu Hilfe käme.

In diesem Stadium organisieren also die liberale Bourgeoisie und die wohlhabende (+ ein Teil der mittleren) Bauernschaft die Konterrevolution. Das russische Proletariat *plus* das europäische Proletariat organisieren die Revolution.

Unter diesen Umständen kann das russische Proletariat einen zweiten Sieg erringen. Die Sache ist nicht mehr hoffnungslos. Der zweite Sieg wird die *sozialistische Umwälzung in Europa* sein.

Die europäischen Arbeiter werden uns zeigen, „wie es gemacht wird", und dann werden wir gemeinsam mit ihnen die sozialistische Umwälzung durchführen.

Geschrieben Ende 1905
oder Anfang 1906.
Zuerst veröffentlicht 1926
im Lenin-Sammelband V.

Nach dem Manuskript.

DIE ARBEITERPARTEI UND IHRE AUFGABEN IN DER GEGENWÄRTIGEN LAGE[28]

Die allgemeinen Aufgaben der Studentenschaft in der russischen Befreiungsbewegung sind in der sozialdemokratischen Presse schon des öfteren auseinandergesetzt worden, und wir werden uns in dem vorliegenden Artikel nicht dabei aufhalten. Den sozialdemokratischen Studenten braucht man weder die ausschlaggebende Rolle der Arbeiterbewegung noch die gewaltige Bedeutung der Bauernbewegung, noch auch die Wichtigkeit der Unterstützung beider durch jene Intellektuellen zu beweisen, die die marxistische Weltanschauung durchdacht haben, an die Seite des Proletariats getreten und bereit sind, zu wirklichen Mitgliedern der Arbeiterpartei zu werden.

Wir wollen, wenn auch kurz, auf eine andere Frage eingehen, die jetzt von größter praktischer Bedeutung ist.

Worin besteht die Besonderheit der jetzigen Lage der großen russischen Revolution?

Darin, daß die Ereignisse den ganzen Trug des Manifests vom 17. Oktober voll enthüllt haben. Die konstitutionellen Illusionen sind verflogen. Reaktion auf der ganzen Linie. Die Selbstherrschaft ist gänzlich wiederhergestellt und sogar „verstärkt" durch die diktatorischen Rechte der örtlichen Satrapen, von Dubassow bis zum letzten Polizisten.

Der Bürgerkrieg tobt. Der politische Streik als solcher beginnt sich zu erschöpfen und als eine überlebte Form der Bewegung der Vergangenheit anzugehören. In Petersburg z. B. erwiesen sich die erschöpften und entkräfteten Arbeiter als außerstande, den Dezemberstreik durchzuführen. Anderseits hat sich die Bewegung im ganzen, die gegenwärtig von der Reaktion niedergehalten wird, unzweifelhaft auf eine weit höhere Stufe erhoben.

Das heldenmütige Proletariat Moskaus hat die Möglichkeit des aktiven Kampfes gezeigt und in diesen Kampf eine Masse solcher Schichten der städtischen Bevölkerung hineingezogen, die bisher als politisch gleichgültig, wenn nicht gar als reaktionär galten. Und die Moskauer Ereignisse[29] waren nur eine der ausgeprägtesten Erscheinungsformen jener „Strömung", die an allen Ecken und Enden Rußlands zum Durchbruch kommt. Die neue Form der Erhebung stand vor Aufgaben, die so gigantisch waren, daß sie selbstverständlich nicht mit einem Schlag gelöst werden konnten. Aber diese Aufgaben stehen jetzt klar und deutlich vor dem ganzen Volk, die Bewegung hat eine höhere Stufe erreicht, sie ist geschlossen und gestählt. Diese Errungenschaft kann der Revolution durch nichts mehr geraubt werden.

Die Kanonen Dubassows haben neue Volksmassen in einem noch nie dagewesenen Ausmaß revolutioniert. Die Neuauflage der Dumakarikatur wird von vornherein in den Reihen der fortgeschrittenen Kämpfer mit weit größerer Feindseligkeit, in den Reihen der Bourgeoisie mit unvergleichlich größerem Skeptizismus aufgenommen, als das bei der alten Bulyginschen Duma der Fall war.

Was nun?

Wir wollen der Wirklichkeit ohne Scheu ins Auge schauen. Es steht jetzt die neue Arbeit bevor, sich die Erfahrungen der letzten Kampfformen anzueignen und sie zu verarbeiten, die Kräfte in den Hauptzentren der Bewegung vorzubereiten und zu organisieren.

Für die Regierung wäre es äußerst vorteilhaft, so wie früher vereinzelte Erhebungen des Proletariats niederzuwerfen. Die Regierung möchte die Arbeiter gern auch in Petersburg sofort zum Kampf herausfordern, und zwar unter Bedingungen, die für die Arbeiter am ungünstigsten sind. Aber die Arbeiter werden auf diese Provokation nicht hereinfallen und sich von ihrem Weg, von der selbständigen Vorbereitung der nächsten gesamtrussischen Erhebung, nicht abbringen lassen.

Die Kräfte für eine solche Erhebung sind vorhanden; sie wachsen schneller, als es je zuvor der Fall war. Nur ein kleiner Teil davon ist in den Strom der Dezemberereignisse hineingezogen worden. Die Bewegung hat sich noch lange nicht in ihrer ganzen Breite und Tiefe entfaltet.

Man betrachte doch nur die gemäßigte bürgerliche und die reaktionäre Presse. Niemand, nicht einmal das „Nowoje Wremja"[30], glaubt der prah-

lerischen Behauptung der Regierung, sie werde jedes neue aktive Auftreten sofort im Keime ersticken. Niemand zweifelt daran, daß der gewaltige Brennstoff, den die Bauernschaft darstellt, erst gegen das Frühjahr zu richtig aufflammen wird. Niemand glaubt, daß die Regierung die ehrliche Absicht hat, die Duma einzuberufen, und daß sie imstande wäre, die Duma unter dem alten System der Repressalien, der Amtsschimmelei, des Formelkrams, der Rechtlosigkeit und der Unaufgeklärtheit einzuberufen.

Nicht der Überschwang der Revolutionäre, der in einer solchen Frage wie der entscheidenden Erhebung unendlich gefährlich ist, sondern die offensichtlichen, sogar von den Gegnern der Revolution zugegebenen Tatsachen zeugen davon, daß die Regierung in Moskau einen „Sieg" errungen hat, durch den ihre Lage noch verzweifelter geworden ist, als sie bis zum Oktober war.

Der Bauernaufstand greift um sich. Der Finanzkrach rückt näher. Die Goldwährung steht in Gefahr. Der Fehlbetrag von einer halben Milliarde Rubel kann auch bei größter Bereitwilligkeit der reaktionären Bourgeoisie Europas, der Selbstherrschaft zu Hilfe zu kommen, nicht gedeckt werden. Die für den Kampf gegen die Revolution tauglichen Truppen sind alle aufgeboten, und doch zieht sich die „Befriedung" des Kaukasus und Sibiriens immer noch hin. Die nach dem 17. Oktober offen ausgebrochene Gärung in Heer und Flotte wird sich natürlich dadurch nicht legen, daß gegen die Freiheitskämpfer in ganz Rußland Gewalt angewandt wird. Die Rückkehr der Kriegsgefangenen und der mandschurischen Armee bedeutet eine Zunahme dieser Gärung. Die Mobilisierung neuer Truppen gegen den inneren Feind beschwört für die Selbstherrschaft neue Gefahren herauf. Die Krise ist durch den Moskauer „Sieg" keineswegs behoben, sondern im Gegenteil erweitert und verschärft worden.

Möge die Arbeiterklasse ihre Aufgaben klar vor sich sehen! Nieder mit den konstitutionellen Illusionen! Man muß die neuen Kräfte zusammenfassen, die sich dem Proletariat anschließen. Man muß die „Erfahrungen auswerten", die in den beiden großen Monaten der Revolution (November und Dezember) gesammelt worden sind. Man muß sich wieder einstellen auf die restaurierte Selbstherrschaft, muß es verstehen, überall dort, wo es notwendig ist, wieder in die Illegalität unterzutauchen. Man muß die kolossalen Aufgaben des neuen aktiven Auftretens be-

stimmter stellen, muß sie praktisch stellen, muß sich disziplinierter, systematischer, hartnäckiger darauf vorbereiten und mit den Kräften des Proletariats, das durch den Streikkampf erschöpft ist, soviel wie möglich haushalten.

Eine Welle folgt der anderen. Nach der Hauptstadt die Provinz. Nach den Randgebieten das Herz Rußlands. Nach dem Proletariat das städtische Kleinbürgertum. Nach der Stadt das Dorf. Die reaktionäre Regierung wird bei der Erfüllung ihrer umfangreichen Aufgaben unvermeidlich Schiffbruch erleiden. Davon, wie wir zum Frühjahr 1906 vorbereitet sein werden, hängt der Ausgang der ersten Phase der großen russischen Revolution in vielem ab.

Geschrieben Ende Dezember 1905.
Veröffentlicht am 4. Januar 1906 in der „Molodaja Rossija" Nr. 1.
Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem Text der „Molodaja Rossija".

SOLL MAN DIE REICHSDUMA BOYKOTTIEREN?

Die Plattform der „Mehrheit"

Die Partei der Arbeiterklasse, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, vereinigt sich. Ihre beiden Hälften verschmelzen miteinander und bereiten den bereits angekündigten Vereinigungsparteitag vor.

Aber zwischen den beiden Hälften der Partei besteht noch eine Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Reichsduma. Alle Mitglieder der Partei müssen in dieser Frage volle Klarheit gewinnen, um die Delegierten zum gemeinsamen Parteitag verantwortungsbewußt zu wählen und die Streitfrage so zu lösen, wie das alle Mitglieder der Partei und nicht nur ihre gegenwärtigen zentralen und lokalen Körperschaften wollen.

Bolschewiki und Menschewiki stimmen darin überein, daß die jetzige Duma eine erbärmliche Fälschung einer Volksvertretung ist, daß man diesen Betrug bekämpfen und sich auf den bewaffneten Aufstand vorbereiten muß, der die Einberufung einer vom ganzen Volk frei gewählten konstituierenden Versammlung zum Ziel hat.

Der Streit geht nur um die Taktik gegenüber der Duma. Die Menschewiki sagen: Die Partei soll sich an der Wahl der Bevollmächtigten und der Wahlmänner beteiligen. Die Bolschewiki sagen: Aktiver Boykott der Duma. Wir wollen in diesem Flugblatt die Auffassung der Bolschewiki darlegen, die auf einer unlängst abgehaltenen Konferenz der Vertreter von 26 Organisationen der SDAPR* eine Resolution gegen die Beteiligung an den Wahlen angenommen haben.

Was bedeutet aktiver Boykott der Duma? Boykott bedeutet Ablehnung der Beteiligung an den Wahlen. Wir wollen weder Dumadeputierte noch

* Siehe den vorliegenden Band, S. 91/92. *Die Red.*

Wahlmänner oder Bevollmächtigte wählen. Aktiver Boykott bedeutet nicht bloßes Fernbleiben von den Wahlen, sondern breite Ausnutzung der Wahlversammlungen für die sozialdemokratische Agitation und Organisation. Die Versammlungen ausnutzen – das heißt sowohl legal (durch Eintragung in die Wählerlisten) als auch illegal in sie eindringen, in ihnen das ganze Programm und alle Auffassungen der Sozialisten auseinandersetzen, den ganzen Lug und Trug der Duma zeigen und zum Kampf für die konstituierende Versammlung aufrufen.

Weshalb lehnen wir die Beteiligung an den Wahlen ab?

Deshalb, weil wir durch die Beteiligung an den Wahlen im Volk den Glauben an die Duma unwillkürlich unterstützen und damit die Kraft unseres Kampfes gegen diese Fälschung einer Volksvertretung schwächen würden. Die Duma ist kein Parlament, sondern eine Finte der Selbstherrschaft. Wir müssen dieses Betrugsmanöver durchkreuzen, indem wir jede Beteiligung an den Wahlen ablehnen.

Deshalb, weil wir, wenn wir die Beteiligung an den Wahlen für zulässig hielten, bis zu Ende gehen und Deputierte in die Duma wählen müßten. Die bürgerlichen Demokraten, zum Beispiel Chodski im „Narodnoje Chosjaistwo" [Die Volkswirtschaft], empfehlen uns denn auch zu diesem Zweck Wahlabkommen mit den Kadetten. Aber alle Sozialdemokraten, Bolschewiki wie Menschewiki, lehnen jetzt solche Übereinkommen ab, da sie verstehen, daß die Duma kein Parlament, sondern ein neuer Polizeischwindel ist.

Deshalb, weil wir jetzt aus den Wahlen keinen Nutzen für die Partei ziehen können. Es gibt keine Freiheit der Agitation. Die Partei der Arbeiterklasse ist geächtet. Ihre Vertreter werden ohne rechtliche Handhabe verhaftet, ihre Zeitungen und Versammlungen sind verboten. Die Partei kann ihr Banner bei den Wahlen nicht legal entfalten, sie kann ihre Kandidaten nicht vor dem ganzen Volk aufstellen, ohne sie der Polizei auszuliefern. Bei dieser Sachlage ist den Zielen unserer Agitation und Organisation durch die revolutionäre Ausnutzung der Versammlungen ohne Wahlen weit besser gedient als durch die Teilnahme an den Versammlungen zum Zweck legaler Wahlen.

Die Menschewiki lehnen die Wahl von Dumadeputierten ab, aber sie wollen Bevollmächtigte und Wahlmänner wählen. Wozu? Um aus ihnen eine Volksduma oder eine freie, illegale Volksvertretung von der Art eines

gesamtrussischen Sowjets der Arbeiter- (und dazu der Bauern-) Deputierten zu bilden?

Wir erwidern darauf: Wenn freie Vertreter notwendig sind, wozu dann ihre Wahl mit irgendeiner Duma verknüpfen? Wozu der Polizei die Listen unserer Bevollmächtigten ausliefern? Und wozu denn neue Sowjets von Arbeiterdeputierten auf neue Art bilden, wo es doch (z. B. in Petersburg) noch die alten Sowjets der Arbeiterdeputierten gibt? Das ist nutzlos und sogar schädlich, denn es erzeugt eine falsche und lebensfremde Stimmung, als ob es möglich wäre, die zerfallenden und sich zersetzenden Sowjets durch neue Wahlen statt durch neue Vorbereitung und Ausbreitung des Aufstands zu beleben. Für Zwecke des Aufstands aber gesetzliche Wahlen in gesetzlichen Fristen anzusetzen ist geradezu lächerlich.

Die Menschewiki berufen sich auf die Teilnahme der Sozialdemokraten aller Länder an den Parlamenten, sogar an schlechten Parlamenten. Sie tun das ganz zu Unrecht. An einem Parlament werden auch wir bis zuletzt teilnehmen. Aber die Menschewiki sehen doch selbst, daß die Duma kein Parlament ist, sie lehnen es selbst ab, in die Duma zu gehen. Sie sagen, die Masse der Arbeiter sei ermattet und wolle sich bei legalen Wahlen erholen. Aber die Partei kann und darf ihre Taktik nicht auf einer vorübergehenden Ermattung in einigen Zentren aufbauen. Das hieße, die Partei ins Verderben zu führen, denn ermattete Arbeiter würden parteifremde Wahlmänner wählen, die die Partei nur kompromittieren könnten. Man muß beharrlich und geduldig arbeiten und die Kräfte des Proletariats schonen, aber man darf auch nicht den Glauben verlieren, daß das Abflauen der Stimmung vorübergeht, daß sich die Arbeiter noch kraftvoller, noch kühner als in Moskau erheben und die zaristische Duma hinwegfegen werden. Mögen zurückgebliebene, unwissende Leute in die Duma gehen – die Partei wird ihr Schicksal nicht mit ihnen verknüpfen. Die Partei wird ihnen sagen: Eure eigenen Lebenserfahrungen werden unsere politischen Voraussagen bestätigen. Ihr werdet am eigenen Leib erfahren, was für ein Schwindel diese Duma ist, und ihr werdet dann zur Partei zurückkehren, nachdem ihr die Richtigkeit ihrer Ratschläge eingesehen habt.

Die Taktik der Menschewiki ist widerspruchsvoll und inkonsequent (an den Wahlen teilnehmen, aber nicht zur Duma wählen). Sie eignet sich nicht für eine Massenpartei, denn an Stelle einer einfachen und klaren

Entscheidung wird sie eine verworrene und zweideutige treffen. Sie ist unpraktisch, denn wenn die Listen der Bevollmächtigten der Polizei in die Hände fallen, dann wird die Partei einen schweren Verlust erleiden. Schließlich ist diese Taktik in der Praxis undurchführbar, denn das Auftreten der Menschewiki mit unserem Programm in den Versammlungen wird unweigerlich dazu führen, daß anstatt legaler Wahlen eine illegale Ausnutzung der Versammlungen ohne Wahlen herauskommt. Das Polizeiregime wird dafür sorgen, daß aus der Teilnahme der Menschewiki an den Versammlungen nicht eine menschewistische Teilnahme an den Wahlen wird, sondern eine bolschewistische revolutionäre Ausnutzung der Versammlungen.

Nieder mit der Duma! Nieder mit dem neuen Polizeischwindel! Bürger, ehrt das Andenken der gefallenen Helden von Moskau durch eine neue Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand! Es lebe die vom ganzen Volk frei gewählte konstituierende Versammlung!

Das ist unsere Kampflosung. Und mit dieser Losung verträgt sich nur die Taktik des aktiven Boykotts.

Geschrieben im Januar 1906.

Veröffentlicht im Januar 1906 in Flugblättern des ZK und des Vereinigten ZK der SDAPR.

Nach dem Flugblatt des ZK der SDAPR.

DIE REICHSDUMA UND DIE SOZIALDEMOKRATISCHE TAKTIK

Geschrieben im Januar 1906.

Veröffentlicht im Februar 1906 in der Broschüre „Die Reichsduma und die Sozialdemokratie". Verlag „Proletarskoje Delo" (Die proletarische Sache). Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem Text der Broschüre.

Das Gesetz vom 11. Dezember[31] hat wiederum die Frage unserer Taktik gegenüber der Duma auf die Tagesordnung gesetzt. Zur Duma wählen oder nicht wählen? – darüber diskutiert und orakelt lebhaft unsere bürgerlich-demokratische Presse. Darüber sprach sich unlängst eine Konferenz von Organisationen der „Mehrheit" der SDAPR aus. Diese Konferenz, an der Vertreter von 26 Organisationen teilnahmen, darunter 14 Arbeiter, die von über 4000 organisierten Parteimitgliedern gewählt worden waren, fand an Stelle des vom Zentralkomitee vorgesehenen und angekündigten IV. Parteitags statt. Der Parteitag konnte infolge des Eisenbahnerstreiks, des Moskauer Aufstands und verschiedener Ereignisse an den verschiedensten Ecken und Enden Rußlands nicht zusammentreten. Aber die eingetroffenen Delegierten organisierten eine Konferenz der „Mehrheit", die unter anderem auch die Frage der Wahlen zur Duma erörterte und sie negativ, im Sinne einer Nichtbeteiligung an den Wahlen, entschied. Hier der entsprechende Abschnitt der von der Konferenz angenommenen Resolution:

„Die absolutistische Regierung hat in der ganzen Zeit nach dem 17. Oktober alle vom Proletariat eroberten grundlegenden bürgerlichen Freiheiten mit Füßen getreten. Die Regierung hat das ganze Land mit Blut überschwemmt, sie hat die für die Freiheit kämpfenden Arbeiter, Bauern, Soldaten und Matrosen mit Kanonen und Maschinengewehren zusammenschießen lassen! Die Regierung verhöhnt die Forderung des ganzen Volkes nach Einberufung einer konstituierenden Versammlung und versucht durch das Gesetz vom 11. Dezember das Proletariat und die Bauernschaft aufs neue zu betrügen und ihren eigenen endgültigen Untergang hinauszuschieben.

Das Gesetz vom 11. Dezember schließt faktisch das Proletariat und die Masse der Bauernschaft von der Teilnahme an der Reichsduma aus und ist von vornherein bestrebt, durch alle möglichen Winkelzüge und polizeiliche Einschränkungen den Schwarzhunderterelementen der Ausbeuterklassen das Übergewicht in der Duma zu sichern.

Die Konferenz gibt ihrer Zuversicht Ausdruck, daß die Antwort des ganzen klassenbewußten Proletariats Rußlands auf das neue zaristische Gesetz der entschiedene Kampf gegen diese wie auch gegen jede andere Verfälschung einer Volksvertretung sein wird.

Die Konferenz ist der Meinung, daß die Sozialdemokratie bestrebt sein muß, diese Polizeiduma zu vereiteln, indem sie jede Teilnahme an ihr ablehnt."

Weiter empfiehlt die Resolution allen Parteiorganisationen, die Wahlversammlungen weitgehend auszunutzen, aber nicht um Wahlen, gleich welcher Art, vorzunehmen, indem man sich den polizeilichen Einschränkungen unterwirft, sondern um die revolutionäre Organisation des Proletariats auszubauen und in allen Volksschichten für den entschiedenen Kampf gegen die Selbstherrschaft zu agitieren, da nur nach dem vollen Sieg über die Selbstherrschaft die Einberufung von wirklich frei gewählten Vertretern des Volkes möglich ist.

Ist eine solche Lösung der Frage richtig? Um darauf zu antworten, wollen wir zunächst die möglichen Einwände betrachten. Für eine Teilnahme an der Duma könnte jetzt der Umstand sprechen, daß die Arbeiter einige Dumawahlrechte erhalten haben, ferner daß die Freiheit der Agitation etwas größer ist als in der Epoche der „ersten", der Bulyginschen Duma, die durch das Gesetz vom 6. August versprochen worden war. Diese Erwägungen in Verbindung mit der Niederschlagung des Moskauer Aufstands und anderer Aufstände, die eine gewisse Periode der Flaute, der Sammlung und Vorbereitung neuer Kräfte notwendig gemacht hat, veranlaßten und veranlassen wohl die „Minderheit" der SDAPR, sich für eine Beteiligung an den Wahlen zumindest der Bevollmächtigten und Wahlmänner auszusprechen. Solche Sozialdemokraten sind der Meinung, wir sollten nicht danach streben, in die Reichsduma hineinzukommen, man dürfe nicht weitergehen als bis zur Wahl von Wahlmännern, aber die gebotene Möglichkeit von Wahlen zur Arbeiterkurie müsse man zur Agitation, zur Organisierung des Proletariats und zu seiner politischen Erziehung ausnutzen.

Zu diesen Argumenten wollen wir vor allem bemerken, daß sie sich ganz natürlich aus den allgemeinen Grundlagen der sozialdemokratischen Weltanschauung und der sozialdemokratischen Taktik ergeben. Wir Vertreter der „Mehrheit" müssen das zugeben, um nicht in ein fraktionelles Extrem zu verfallen, das geeignet wäre, der unbedingt notwendigen Einheit der Partei zu schaden. Wir müssen die Frage der Taktik unbedingt von neuem und rein sachlich erörtern. Haben die Ereignisse die Richtigkeit unserer Taktik gegenüber der Duma vom 6. August, die wirklich vereitelt, durch den Boykott gesprengt, vom Proletariat hinweggefegt wurde, bestätigt, so folgt daraus noch keineswegs von selbst, daß es gelingen wird, auch die neue Duma auf dieselbe Weise zu vereiteln. Die Situation ist heute nicht dieselbe, und man muß die Argumente für und gegen eine Beteiligung sorgfältig abwägen.

Wir haben in Kürze die unseres Erachtens wichtigsten Argumente dafür dargelegt. Gehen wir nun zu den Argumenten dagegen über.

Die neue Duma ist zweifellos eine Karikatur auf eine Volksvertretung. Unsere Beteiligung an den Wahlen würde den Volksmassen eine verkehrte Vorstellung von unserer Einschätzung der Duma geben.

Es gibt keine Freiheit der Agitation. Versammlungen werden auseinandergejagt. Delegierte werden verhaftet.

Lassen wir uns durch den Köder des Dubassowschen „Konstitutionalismus" verlocken, so werden wir das Banner unserer Partei nicht vor den Massen entrollen können und unsere Parteikräfte ohne den geringsten Nutzen für die Sache schwächen, denn das „legale" Auftreten unserer Kandidaten wird der Polizei lediglich fertige Listen der zu Verhaftenden liefern.

In den meisten Orten Rußlands tobt der Bürgerkrieg. Die Flaute kann hier nur vorübergehend sein. Immer neue Vorbereitungen sind notwendig. Das zu vereinen mit den Wahlen auf Grund des Gesetzes vom 11. Dezember ist für unsere Partei sowohl unzweckmäßig als auch praktisch undurchführbar. Es wird bei uns nicht zu „gesetzmäßigen" Wahlen kommen, selbst wenn wir wollten, denn die Bedingungen des Kampfes lassen das nicht zu. Einzelne Ausnahmen sind natürlich möglich, aber es wäre unrationell, deswegen Verwirrung, Desorganisation und Uneinigkeit in die Taktik des Proletariats ganz Rußlands hineinzutragen.

Die Wahlen zur Duma auf Grund des Gesetzes vom 11. Dezember

unter der Herrschaft der Dubassow und Durnowo sind reine Parlamentsspielerei. Es ist des Proletariats unwürdig, dabei mitzuspielen.

Die Taktik der Massenpartei des Proletariats muß einfach, klar und geradlinig sein. Die Wahl von Bevollmächtigten und Wahlmännern ohne die Wahl von Dumadeputierten aber wäre eine verworrene und zweideutige Lösung der Frage. Einerseits erkennt man die Legalität der Wahlen auf Grund des Gesetzes an. Anderseits „bricht" man das Gesetz, denn die Wahlen werden nicht durchgeführt, um das Gesetz einzuhalten, um Deputierte in die Duma zu entsenden. Einerseits wird die Wahlkampagne eröffnet, anderseits wird sie an dem (für alle Wahlen) wichtigsten Punkt abgebrochen, nämlich bei der Entscheidung über die unmittelbare Zusammensetzung der Duma. Einerseits beschränken sich die Arbeiter bei ihren Wahlen (der Bevollmächtigten und der Wahlmänner) auf den absurden und reaktionären Rahmen des Gesetzes vom 11. Dezember. Anderseits weist man diesen Arbeiterwahlen, welche die fortschrittlichen Bestrebungen des Proletariats offenkundig unvollständig und unrichtig widerspiegeln, die Aufgabe zu, diese Bestrebungen außerhalb der Duma (in Form irgendeiner illegalen Vertretung oder einer illegalen Duma oder einer Volksduma usw.) zu verwirklichen. Was herauskommt, ist Unsinn: Wahlen auf Grund eines nicht existierenden Wahlrechts zu einem nicht existierenden Parlament. Die Sowjets der Arbeiterdeputierten in Petersburg und Moskau wurden von den Arbeitern selbst und nicht in polizeilichen „gesetzlichen Formen" gewählt. Und die Verhaftungen von Deputierten dieser Sowjets erteilten den Arbeitern eine sehr wichtige Lehre. Diese Verhaftungen zeigten, wie gefährlich das Vertrauen in einen Pseudokonstitutionalismus ist, wie labil die „revolutionäre Selbstverwaltung" ohne den Sieg der revolutionären Kräfte ist, wie unzureichend eine zeitweilige parteilose Organisation ist, die zwar eine stabile und dauerhafte kämpferische Parteiorganisation manchmal ergänzen kann, sie aber keinesfalls ersetzen wird. Die hauptstädtischen Sowjets der Arbeiterdeputierten zerfielen, weil sie keine genügend feste Stütze in der Kampforganisation des Proletariats hatten. Ersetzen wir diese Sowjets durch Versammlungen von Wahlmännern oder Bevollmächtigten, so unterschieben wir damit an Stelle einer Stütze im Kampf eine Stütze in Worten, an Stelle einer revolutionären Stütze eine quasi-parlamentarische Stütze. Das wäre dasselbe, als wollten wir ein fehlendes Geschütz durch ein auf Pappe gemaltes ersetzen.

Weiter, wenn wir uns an den Wahlen beteiligen, dann bringen wir das Proletariat in ein falsches Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie. Letztere spaltet sich wiederum. Die gemäßigten Liberalen (die Kadetten) sind Feuer und Flamme für die Wahlbeteiligung. Die Radikalen neigen zum Boykott. Die Klassengrundlage dieser Spaltung ist klar: Der rechte Flügel der Bourgeoisie neigt zu einem Pakt mit der Reaktion auf dem Weg über die Duma. Der linke Flügel der Bourgeoisie neigt zu einem Bündnis mit der Revolution oder mindestens zu ihrer Unterstützung (man erinnere sich, daß sich der Verband der Verbände dem Manifest des Exekutivkomitees des Petersburger Sowjets der Arbeiterdeputierten über den Finanzkrach der Regierung angeschlossen hat[32]). Die Taktik des Boykotts schafft ein klares und richtiges Verhältnis des Proletariats zur revolutionären und zur opportunistischen Bourgeoisie. Die Taktik der Beteiligung würde zu einem fürchterlichen Chaos führen und das Proletariat daran hindern, sich darüber klarzuwerden, wer seine nächsten Verbündeten und wer seine Feinde sind.

Schließlich sind die praktischen Ziele der Beteiligung nicht schlechter, wenn nicht sogar besser auch durch den Boykott zu erreichen. Musterung der proletarischen Kräfte, Agitation und Organisation, Sicherstellung des Übergewichts der Sozialdemokratie in der Arbeiterkurie – all dies ist durchaus möglich, auch wenn man die Wahlversammlungen revolutionär ausnutzt, statt sich an ihnen zu beteiligen, all dies erfordert durchaus nicht die Wahl gerade von „Bevollmächtigten" und „Wahlmännern". All dies ist schlechter zu erreichen, wenn man die Kräfte auf diese lächerlichen legalen Wahlen ablenkt, denn die Ziele dieser Wahlen erkennen wir ja selber nicht an, und die Polizei über unsere Ziele zu informieren ist für uns keineswegs vorteilhaft. In der Praxis wird es auch sicher fast immer eben zu einer revolutionären Ausnutzung der Wahlversammlungen, nicht aber zu einer Beteiligung an ihnen kommen, denn die Arbeiter werden sich den polizeilichen Einschränkungen nicht unterwerfen, sie werden „Unbefugte" (lies Sozialdemokraten) nicht hinausweisen und die Wahlvorschriften nicht einhalten. Die Logik der Dinge, die Logik der revolutionären Situation wird dazu führen, daß bei den „Wahl"versammlungen keine Wahlen herauskommen werden, sondern daß eine Parteiagitation neben den Wahlen und gegen die Wahlen, d. h. der sogenannte „aktive Boykott" herauskommen wird. Wie immer wir die Dinge auch betrachten,

wie immer wir unsere Ansichten auch erläutern, welche Vorbehalte wir auch machen mögen, jedenfalls hat eine Wahlbeteiligung unweigerlich die Tendenz, den Gedanken aufkommen zu lassen, die konstituierende Versammlung könne durch die Duma ersetzt, die konstituierende Versammlung könne durch die Duma einberufen werden usw. Das Verlogene und Fiktive einer Vertretung in der Duma zu zeigen, die Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf revolutionärem Weg zu fordern und sich gleichzeitig an der Duma zu beteiligen – das ist eine Taktik, die in einer revolutionären Situation nur geeignet ist, das Proletariat irrezuführen, die am wenigsten klassenbewußten Elemente der Arbeitermasse und die am wenigsten gewissenhaften, am wenigsten prinzipienfesten Elemente unter den Führern dieser Masse zu unterstützen. Wir können erklären, daß unsere sozialdemokratischen Kandidaturen voll und vollstens selbständig sind, daß unsere Beteiligung das Parteiprinzip rein und reinstens wahrt, dennoch wird die politische Lage stärker sein als alle Erklärungen. In Wirklichkeit kann und wird es nicht so kommen, wie es diesen Erklärungen entspräche. In Wirklichkeit wird es bei der jetzigen Beteiligung an der jetzigen Duma zwangsläufig, entgegen unserem Willen, zu einer nicht sozialdemokratischen und nicht parteimäßigen Arbeiterpolitik kommen.

Die von der Konferenz der „Mehrheit" empfohlene Taktik ist die einzig richtige Taktik.

Eine interessante (indirekte) Bestätigung dieser Schlußfolgerung ist die Position der „Kadetten". In ihrer letzten Nummer „vor dem Tode" (vom 20. Dezember) urteilt die „Narodnaja Swoboda" [Die Volksfreiheit] über die von neuem aufgetauchte Frage, ob man in die Duma gehen solle, wie folgt: Die nächste Aufgabe ist die Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung. Die Zeitung nimmt diese These als bewiesen an. Wer wird diese konstituierende Versammlung einberufen und wie soll das geschehen? Darauf sind nach Meinung der „Narodnaja Swoboda" dreierlei Antworten möglich: 1. die gesetzliche (oder de facto* die absolutistische) Regierung; 2. eine provisorische revolutionäre Regierung; 3. die Reichsduma als eine „Macht, die mit der Macht konkurriert". Selbstverständlich sind die „Kadetten" für den dritten „Ausgang" und bestehen gerade um eines solchen Ausgangs willen auf der

* faktisch, in Wirklichkeit. *Die Red.*

Notwendigkeit, sich an der Duma zu beteiligen. Die erste Möglichkeit lehnen sie ab, da sie alle Hoffnungen auf die Regierung aufgegeben haben. Was die zweite Möglichkeit anbelangt, so geben sie uns das folgende höchst charakteristische Musterbeispiel ihres Denkens:

„Kann man damit rechnen, daß jene provisorische Regierung, von der die revolutionären Parteien auch jetzt noch – im rauchenden Blut des niedergeschlagenen Aufstands – nach wie vor träumen, *praktisch* zu verwirklichen ist? Sagen wir es offen: Nein, das ist unmöglich, und nicht deshalb unmöglich, weil der bewaffnete Aufstand unmöglich wäre: Moskau hat das Gegenteil bewiesen; und nicht einmal deshalb, weil ein solcher Aufstand in verhängnisvoller Weise mit Waffengewalt niedergeschlagen würde: wer kann die Zukunft voraussagen?

Man kann mit einer provisorischen Regierung deshalb nicht rechnen, weil sie *unter keinen Umständen* – selbst nicht im Falle eines erfolgreichen Aufstands – genügend Festigkeit und Autorität besäße, um ‚den zerstörten Tempel' des russischen Landes ‚wieder aufzubauen'. Sie würde von der aus den Tiefen der Gesellschaft heraufsteigenden konterrevolutionären Welle hinweggespült werden.

Die russische Revolution dauert nicht Monate, sondern Jahre; in dieser Zeit hat sie ihren Weg bestimmt und scharf abzustecken vermocht, und man muß unumwunden sagen, daß dieser Weg weder zum bewaffneten Aufstand noch zu einer provisorischen Regierung führt. Wir wollen vor der Wirklichkeit die Augen nicht verschließen. Sowohl die liberale Intelligenz als auch die Bauernschaft und das Proletariat sind revolutionär, aber eine revolutionäre Kooperation der drei Elemente unter der Flagge des bewaffneten Aufstands ist *unmöglich*. Wir wollen nicht untersuchen, wer recht und wer schuld hat; die Tatsache bleibt bestehen. Aus welchen Elementen könnte aber in diesem Fall die vielgepriesene provisorische Regierung der revolutionären Parteien hervorgehen? Was könnte sie sein? Eine Diktatur des Proletariats? Doch von einer Diktatur des Proletariats kann im heutigen Rußland gar keine Rede sein . . ."

Wir haben diesen Gedankengang absichtlich vollständig zitiert, denn er gibt den Kern des liberal-bürgerlichen Standpunkts ausgezeichnet und mit einer für die „Kadetten" seltenen Präzision wieder. Die Fehler dieses Gedankengangs liegen so klar auf der Hand, daß es genügt, kurz auf sie hinzuweisen. Wenn jetzt die Möglichkeit des bewaffneten Aufstands bewiesen ist und nicht im voraus bewiesen werden kann, daß er keine Aussicht auf Erfolg haben wird, was ist das dann für ein Einwand: „würde

von der Konterrevolution hinweggespült werden"? Das ist eine in ihrer Haltlosigkeit lächerliche Ausrede. Eine Revolution ohne Konterrevolution gibt es nicht und kann es nicht geben. Jetzt ist ja auch der 17. Oktober von der konterrevolutionären Welle hinweggefegt worden, aber beweist das etwa die Lebensfremdheit der konstitutionellen Forderungen? Die Frage ist nicht, ob es eine Konterrevolution geben wird, sondern wer sich letzten Endes, nach unvermeidlich langen und von Wechselfällen des Schicksals vollen Kämpfen, als Sieger erweisen wird.

Die „Narodnaja Swoboda" begreift, daß diese Frage durch das Verhältnis der sozialen Kräfte entschieden wird. Und sie sichtet die Kräfte, sie erkennt an, daß sowohl das Proletariat als auch die Bauernschaft und die liberale Intelligenz revolutionär sind. Aber die Zeitung „dekretiert": ihre „Kooperation unter der Flagge des bewaffneten Aufstands ist unmöglich". Warum? Das ist der Kern der Frage, und mit leeren Erklärungen kommt man hier nicht weiter. Es ist eine Tatsache, die bestehenbleibt, daß sich das Proletariat erhebt, daß sich auch die Bauernschaft erhebt und daß sich mindestens ein gewisser Teil der bürgerlichen Intelligenz anschließt. Indem die Zeitung die Tatsache anerkennt (die heute niemandes Anerkennung bedarf), daß der bewaffnete Aufstand möglich ist, indem sie anerkennt, daß man den unbedingten Mißerfolg aller weiteren Ausbrüche nicht voraussagen kann, hat sie ihren Argumenten jede Grundlage entzogen. Die Zeitung rettet sich nur durch einen Trick, sie leugnet die Möglichkeit der Diktatur des Proletariats, d. h. der sozialistischen Diktatur, während doch von der demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft die Rede ist. Daß ein gewisser Teil des Kleinbürgertums im allgemeinen und der bürgerlichen Intelligenz im besonderen mit diesen Klassen sympathisiert und sie unterstützt, ist sicher; es bleibt die Frage nach dem Grad der Organisiertheit und der Kampffähigkeit. Das ist gewiß eine sehr große und ernste Frage, aber sie kurzerhand negativ entscheiden können nur Leute, die einer Entscheidung offensichtlich ausweichen wollen.

Die Position der liberalen Gutsbesitzer ist klar. Sie wollen gerade deshalb eine Beteiligung an der Duma, weil sie keine Beteiligung am revolutionären Kampf wollen. Sie wollen gerade deshalb die Einberufung der Duma, weil sie keine revolutionäre Einberufung einer konstituierenden Versammlung wollen. Sie wollen gerade deshalb die Duma, weil sie

paktieren wollen. Die verschiedene Stellung der Liberalen und der Sozialdemokraten zur Duma widerspiegelt also völlig klar den Unterschied in der Klassenposition der Bourgeoisie und des Proletariats. Wie aussichtslos aber in der Epoche des verschärften Bürgerkriegs die Stoßseufzer nach einem Pakt und nach der Duma sind, ersieht man unter anderem aus dem Verbot „kadettischer" Zeitungen und dem Jammerdasein der gesamten legalen liberalen Presse überhaupt. Diese ganze Presse bringt täglich Berge von Tatsachen, die zeigen, daß die Vertretung in der Duma eine einzige Fälschung ist, daß eine einigermaßen freie Agitation und einigermaßen korrekte Wahlen völlig unmöglich sind. Die Wirklichkeit der revolutionären und der konterrevolutionären Situation widerlegt besser als alle Beweisgründe die Hirngespinste von einer Beteiligung an der Duma zum Zwecke des Kampfes, bestätigt besser als alle Argumente die Richtigkeit der Taktik des aktiven Boykotts.

Zum Schluß noch ein paar Worte darüber, wie wir jetzt im Zusammenhang mit der im Gang befindlichen Verschmelzung der Fraktionen und völligen Vereinigung der SDAPR unsere innerparteiliche Agitation für den aktiven Boykott der Duma gestalten müssen.

Die Verschmelzung ist notwendig. Die Verschmelzung muß man unterstützen. Im Interesse der Verschmelzung muß der Kampf mit den Menschewiki um die Taktik kameradschaftlich geführt werden, indem man sich bemüht, alle Parteimitglieder zu überzeugen, und die Polemik darauf beschränkt, die Beweisgründe für und gegen sachlich darzulegen, die Stellung des Proletariats und seine Klassenaufgaben zu klären. Aber die Verschmelzung verpflichtet uns keineswegs, die taktischen Meinungsverschiedenheiten zu vertuschen oder unsere Taktik inkonsequent und verwässert darzulegen. Mitnichten! Den ideologischen Kampf um die von uns als richtig erkannte Taktik müssen wir offen, direkt und entschieden bis zu Ende, d. h. bis zum Vereinigungsparteitag führen. In einer einheitlichen Partei muß die Taktik, welche die unmittelbare Tätigkeit der Partei bestimmt, einheitlich sein. Zu einer solchen einheitlichen Taktik muß die Taktik der Mehrheit der Parteimitglieder werden: Steht die Mehrheit eindeutig fest, so ist die Minderheit verpflichtet, sich ihr politisch unterzuordnen, wobei sie das Recht auf Kritik und Agitation für eine Entscheidung der Frage auf einem neuen Parteitag behält.

Bei der gegenwärtigen Lage unserer Partei sind beide Fraktionen ein-

verstanden, einen Vereinigungsparteitag einzuberufen, sind beide einverstanden, sich dessen Beschlüssen zu fügen. Der Vereinigungsparteitag wird denn auch die einheitliche Taktik der Partei festlegen. Unsere Aufgabe ist es, die Einberufung dieses Parteitags mit allen Mitteln zu beschleunigen und aufs energischste danach zu streben, daß alle Parteimitglieder eine klare Erkenntnis und Vorstellung von den unterschiedlichen Taktiken hinsichtlich einer Beteiligung an der Duma gewinnen und daß alle Parteimitglieder mit voller Sachkenntnis, nachdem sie die Argumente beider Seiten gründlich erwogen haben, bewußt und nicht zufällig ihre Delegierten für den gemeinsamen Parteitag wählen, der die ganze Partei vereinigen und unsere Taktik vereinheitlichen wird.

DIE GEGENWÄRTIGE LAGE RUSSLANDS UND DIE TAKTIK DER ARBEITERPARTEI[33]

Die Sozialdemokratische Partei Rußlands macht eine sehr schwierige Zeit durch. Der Belagerungszustand, die Erschießungen und Exekutionen, die überfüllten Gefängnisse, das vom Hunger gequälte Proletariat, das organisatorische Chaos, verstärkt durch die Zerschlagung vieler illegaler und das Fehlen legaler Stützpunkte, und schließlich die Auseinandersetzungen über die Taktik, die mit dem schwierigen Werk der Wiederherstellung der Parteieinheit zusammenfallen – all dies ruft unvermeidlich eine gewisse Zerfahrenheit der Parteikräfte hervor.

Der formelle Ausweg aus dieser Zerfahrenheit ist die Einberufung des Vereinigungsparteitags, und mit dieser Einberufung sollen sich unserer festen Überzeugung nach alle Parteiarbeiter nach Kräften beeilen. Aber während die Arbeit zur Einberufung des Parteitags im Gang ist, muß man die höchst wichtige Frage nach den tieferen Ursachen der Zerfahrenheit vor jedermann aufwerfen und außerordentlich ernst diskutieren. Die Frage des Boykotts der Reichsduma ist im Grunde nur ein kleiner Teil der großen Frage, ob die gesamte Taktik der Partei zu revidieren ist. Und diese Frage wiederum ist nur ein kleiner Teil der großen Frage, wie man die jetzige Lage Rußlands und die Bedeutung des gegenwärtigen Zeitabschnitts in der Geschichte der russischen Revolution einzuschätzen hat.

Im Zusammenhang mit den zwei Einschätzungen dieses Zeitabschnitts zeichnen sich zwei taktische Linien ab. Die einen (siehe z. B. Lenins Artikel in der „Molodaja Rossija"*) betrachten die Niederschlagung des Moskauer Aufstands und anderer Aufstände lediglich als eine Vorbereitung

* Siehe den vorliegenden Band, S. 81–84. *Die Red.*

des Bodens und der Bedingungen für einen neuen, entscheidenderen bewaffneten Kampf. Die Bedeutung des jetzigen Zeitabschnitts sehen sie in der Zerstörung der konstitutionellen Illusionen. Die zwei großen Monate der Revolution (November und Dezember) betrachten sie als die Periode des Hinüberwachsens vom friedlichen Generalstreik zum bewaffneten Aufstand des ganzen Volkes. Seine Möglichkeit ist bewiesen, die Bewegung ist auf eine höhere Stufe gehoben worden, die breiten Massen haben die für einen Erfolg des künftigen Aufstands notwendigen praktischen Erfahrungen gesammelt, die friedlichen Streiks haben sich erschöpft. Man muß diese Erfahrungen sorgfältig zusammentragen, das Proletariat Kräfte sammeln lassen, alle konstitutionellen Illusionen und jeden Gedanken an eine Beteiligung an der Duma entschieden verwerfen, den neuen Aufstand beharrlicher und geduldiger vorbereiten und die Verbindungen mit den Organisationen der Bauernschaft festigen, die sich vermutlich gegen das Frühjahr zu noch machtvoller erheben wird.

Die anderen schätzen den jetzigen Zeitabschnitt anders ein. Genosse Plechanow hat in Nr. 3 und besonders in Nr. 4 seines „Dnewnik"[34] die andere Einschätzung am konsequentesten umrissen, obgleich er seine Gedanken leider nicht immer bis zu Ende ausgesprochen hat.

„Der zur Unzeit begonnene politische Streik", sagt Gen. Plechanow, „führte zum bewaffneten Aufstand in Moskau, Rostow usw. Die Kraft des Proletariats erwies sich als unzulänglich für den Sieg. Dieser Umstand war nicht schwer vorauszusehen gewesen. Und deshalb hätte man gar nicht zu den Waffen greifen sollen." Die praktische Aufgabe der bewußten Elemente in der Arbeiterbewegung „besteht darin, das Proletariat auf seinen Fehler hinzuweisen, ihm das ganze Risiko jenes Spiels, das man bewaffneten Aufstand nennt, klarzumachen". Plechanow bestreitet nicht, daß er die Bewegung bremsen will. Er erinnert daran, daß Marx ein halbes Jahr vor der Kommune das Pariser Proletariat vor unzeitgemäßen Ausbrüchen warnte. „Das Leben hat gezeigt", sagt Plechanow, „daß die in den letzten Monaten von unserer Partei verfolgte Taktik nicht stichhaltig war. Bei Strafe neuer Niederlagen sind wir verpflichtet, uns neue taktische Methoden zu eigen zu machen." ... „Die Hauptsache – wir müssen der gewerkschaftlichen Bewegung der Arbeiter unverzüglich verstärkte Aufmerksamkeit zuwenden." – „Ein sehr beträchtlicher Teil unserer Genossen hat sich zu sehr von dem Gedanken an den bewaffneten

Aufstand hinreißen lassen, um sich noch irgendwie ernsthaft mit der Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung befassen zu können." ... „Wir müssen auf die Unterstützung der nichtproletarischen Oppositionsparteien Wert legen und dürfen sie nicht durch taktlose Ausfälle von uns stoßen." Es ist ganz natürlich, daß Plechanow sich auch gegen den Boykott der Duma ausspricht (ohne klar zu sagen, ob er dafür ist, sich an der Duma zu beteiligen, oder dafür, von Wahlmännern die bei den „Menschewiki" so beliebten „Organe der revolutionären Selbstverwaltung" bilden zu lassen). „Die Wahlagitation im Dorf würde die Frage des Grund und Bodens in aller Schärfe stellen." Die Wegnahme des Bodens werde von beiden Teilen unserer Partei gebilligt, und es sei „jetzt an der Zeit", ihre Resolutionen „in die Tat umzusetzen".

Das sind die Ansichten Plechanows, von uns fast wörtlich so dargelegt, wie sie der Verfasser des „Dnewnik" selber formuliert hat.

Der Leser hat sich, hoffen wir, auf Grund dieser Darlegung davon überzeugt, daß die Frage der Dumataktik nur ein Teil der Frage der allgemeinen Taktik ist, die ihrerseits der Frage untergeordnet ist, wie man die ganze gegenwärtige revolutionäre Lage einzuschätzen hat. Die Wurzeln der Meinungsverschiedenheiten über die Taktik laufen auf folgendes hinaus: Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen, sagen die einen und fordern dazu auf, sich das Risiko eines Aufstands klarzumachen und das Schwergewicht auf die Gewerkschaftsbewegung zu verlegen. Sowohl der 2. und der 3. Streik als auch der Aufstand seien Fehler gewesen. Die anderen dagegen sind der Auffassung, daß es notwendig war, zu den Waffen zu greifen, denn sonst hätte sich die Bewegung nicht auf eine höhere Stufe erheben können, hätte sie nicht die notwendigen praktischen Erfahrungen in Fragen des Aufstands erwerben und nicht über den engen Rahmen des bloßen friedlichen Streiks, der sich als Kampfmittel erschöpft hatte, hinauswachsen können. Für die einen wird die Frage des Aufstands also praktisch von der Tagesordnung abgesetzt, zumindest bis zu einer neuen Situation, die uns zu einer abermaligen Revision unserer Taktik zwänge. Die Anpassung an die „Konstitution" (Beteiligung an der Duma und verstärkte Arbeit in der legalen Gewerkschaftsbewegung) geht hieraus unvermeidlich hervor. Für die anderen wird umgekehrt gerade jetzt die Frage des Aufstands auf die Tagesordnung gesetzt, und zwar auf Grund der praktisch erworbenen Erfahrungen, welche die Möglichkeit

des Kampfes gegen Truppen bewiesen und als unmittelbare Aufgaben die beharrlichere und geduldigere Vorbereitung der nächsten Erhebung vorgezeichnet haben. Daher die Losung: Nieder mit den konstitutionellen Illusionen! und die Zuweisung eines bescheidenen, jedenfalls nicht des „zentralen" Platzes an die legale Gewerkschaftsbewegung.

Selbstverständlich dürfen wir diese Streitfrage nicht unter dem Gesichtspunkt betrachten, ob dieser oder jener Weg des Handelns wünschenswert ist, sondern müssen von den objektiven Bedingungen der gegenwärtigen Lage und dem Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte ausgehen. Plechanows Auffassung halten wir für falsch. Die Einschätzung des Moskauer Aufstands, die auf den Satz „man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen" hinausläuft, ist äußerst einseitig. Die Frage des Aufstands von der Tagesordnung abzusetzen – das heißt im Grunde genommen zu erklären, daß die revolutionäre Periode beendet ist und die „konstitutionelle" Periode der demokratischen Umwälzung begonnen hat, d. h., um ein Beispiel zu nehmen, die Niederschlagung der Dezemberaufstände in Rußland der Niederschlagung der Aufstände 1849 in Deutschland gleichzusetzen. Ein solcher Ausgang unserer Revolution ist natürlich nicht unmöglich, und vom Standpunkt des gegenwärtigen Augenblicks, da sich die Reaktion mit aller Macht entfaltet, kann ein derartiger Fall leicht als schon eingetreten angenommen werden. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß es zweckmäßiger wäre, sich von der Idee des Aufstands entschlossen loszusagen, wenn ihn die objektiven Bedingungen unmöglich gemacht hätten, als die Kräfte für neue, fruchtlose Versuche zu vergeuden.

Aber das hieße, die Sachlage, die sich im gegenwärtigen Augenblick herausgebildet hat, voreilig zu verallgemeinern und zum Gesetz für eine ganze Periode zu erheben. Haben wir denn nicht nach fast jedem großen Schritt vorwärts, den die Revolution gemacht hat, die Reaktion in ihrer ganzen Raserei gesehen? Und hat sich, trotz dieser Reaktion, die Bewegung etwa nicht nach einer gewissen Zeitspanne stets von neuem und noch mächtiger erhoben? Die Selbstherrschaft hat den unabdingbaren Forderungen der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung nicht nachgegeben; im Gegenteil, die Selbstherrschaft schreitet rückwärts, wodurch sie schon Proteste unter der Bourgeoisie selbst hervorruft, die die Niederschlagung des Aufstands begrüßt hat. Die Kräfte der revolutionären Klassen, des Proletariats und der Bauernschaft, sind bei weitem nicht erschöpft. Die

ökonomische Krise und die finanzielle Zerrüttung verbreitern und vertiefen sich eher, als daß sie behoben werden. Die Wahrscheinlichkeit eines neuen Ausbruchs wird schon heute, da die Niederschlagung des ersten Aufstands noch nicht beendet ist, sogar von den Presseorganen der Bourgeoisie zugegeben, die für „Recht und Ordnung" eintritt und dem Aufstand unbedingt feindselig gegenübersteht.* Der possenhafte Charakter der Duma zeichnet sich immer klarer ab, und die Aussichtslosigkeit eines Versuchs der Partei, sich an den Wahlen zu beteiligen, wird immer unzweifelhafter.

Es wäre Kurzsichtigkeit, es wäre knechtische Anbetung des Augenblicks, wollten wir unter solchen Umständen den Aufstand von der Tagesordnung absetzen. Man sehe, in welchen Widerspruch sich Plechanow verstrickt, wenn er eindringlich rät, die Resolutionen über die Agitation unter der Bauernschaft für die Wegnahme des Grund und Bodens in die Tat umzusetzen, und sich gleichzeitig das Ziel steckt, die oppositionellen Parteien nicht durch taktlose Ausfälle von uns abzustoßen, wenn er davon träumt, bei der Wahlagitation im Dorf die Frage des Grund und Bodens „in aller Schärfe" zu stellen. Man kann mit Sicherheit sagen, daß uns die liberalen Gutsbesitzer Millionen „Taktlosigkeiten", aber keine Aufforderung zur Wegnahme des Grund und Bodens verzeihen werden. Nicht umsonst sagen sogar die Kadetten, auch sie seien für die Niederschlagung der Bauernaufstände mit Militärgewalt, nur müßten sie und nicht die Bürokratie über die Truppen verfügen (siehe den Artikel des Fürsten Dolgorukow im „Prawo" [Das Recht]). Man kann mit Sicherheit sagen, daß gerade bei der Wahlagitation die Frage des Grund und Bodens niemals „in aller Schärfe" stehen wird, niemals so, wie sie ohne die Duma und ohne die unter Polizeiaufsicht durchgeführten Wahlen stand, steht und stehen wird.

Wir sind voll und ganz für die Losung der Wegnahme des Grund und

* Hier z. B., was das bürgerlich-konservative „Slowo" (in Nr. 364 vom 25. Januar) schreibt: „Unter den überzeugtesten Anhängern der Mitte hört man immer häufiger Stimmen, freilich noch zaghafte und unsichere, daß ohne eine neue, von den revolutionären Parteien vorbereitete Erhebung eine Reform in der erforderlichen Vollständigkeit und Gänze nicht zustande kommen wird ... Es ist jetzt kaum noch Hoffnung auf die Durchführung der Reform von oben auf friedlichem Wege geblieben."

Bodens. Aber die Wegnahme des Grund und Bodens ist nur Schall und Rauch, wenn sie nicht den Sieg des bewaffneten Aufstands bedeutet, denn gegen die Bauern stehen jetzt nicht nur Truppen, sondern auch von den Gutsbesitzern gedungene Freiwilligenabteilungen. Agitieren wir für die Wegnahme des Grund und Bodens, so rufen wir die Bauern zum Aufstand auf. Aber hätten wir denn ein Recht, das zu tun, ohne in revolutionäre Phrasen zu verfallen, wenn wir nicht auf den Aufstand der Arbeiter in den Städten, auf die Unterstützung der Bauern durch die Arbeiter rechnen könnten? Es wäre bitterer Hohn, wenn die Arbeiter den Bauern, die sich gleich einer Flutwelle erhöben und anfingen, das Land wegzunehmen, in Ermangelung von Kampforganisationen die Mitwirkung gewerkschaftlicher, von der Polizei bevormundeter Verbände anböten.

Nein, wir haben keinen Grund, den Aufstand von der Tagesordnung abzusetzen. Wir dürfen nicht, ausgehend von den Verhältnissen der augenblicklichen Reaktion, die Parteitaktik von neuem umstellen. Wir können und dürfen die Hoffnung nicht aufgeben, daß es schließlich gelingen wird, die drei einzelnen Ströme von Aufständen – der Arbeiter, der Bauern und des Militärs – zum einheitlichen siegreichen Aufstand zusammenfließen zu lassen. Wir müssen uns darauf vorbereiten, natürlich ohne darauf zu verzichten, alle „legalen" Mittel für die Ausweitung der Propaganda, Agitation und Organisation restlos auszunutzen, aber auch ohne uns falschen Hoffnungen auf die Dauerhaftigkeit dieser Mittel und ihre Bedeutung hinzugeben. Wir müssen die Erfahrungen der Aufstände in Moskau, im Donezbecken, in Rostow und anderswo sammeln, diese Erfahrungen verbreiten, beharrlich und geduldig neue Kampfkräfte vorbereiten und sie in einer Reihe von Kampfaktionen der Partisanen schulen und stählen. Vielleicht wird der neue Ausbruch im Frühjahr noch nicht erfolgen, aber er rückt heran und ist aller Wahrscheinlichkeit nach nicht allzu fern. Er muß uns bewaffnet, militärisch organisiert und zu entscheidenden Angriffsaktionen befähigt finden.

Wir gestatten uns hier eine kleine Abschweifung über die Partisanenaktionen der Kampfgruppen. Wir glauben, daß es falsch wäre, sie dem Terror vom alten Typus gleichzusetzen. Der Terror war Rache an einzelnen Personen. Der Terror war eine Verschwörung von Intellektuellengruppen. Der Terror war absolut nicht mit irgendwelchen Massenstimmungen verbunden. Der Terror bildete keine militärischen Führer der

Massen heran. Der Terror war das Ergebnis – zugleich aber Symptom und Begleiterscheinung – des Unglaubens an den Aufstand, der fehlenden Vorbedingungen für den Aufstand.

Partisanenaktionen sind keine Racheakte, sondern militärische Operationen. Sie gleichen ebensowenig einem Abenteuer, wie die Streifzüge von Jägerabteilungen in den Rücken der feindlichen Armee während einer Kampfpause auf dem Hauptkriegsschauplatz den Morden von Duellanten oder Verschwörern gleichen. Die Partisanenaktionen der Kampfgruppen, die schon seit langem von den Sozialdemokraten beider Fraktionen in allen größeren Zentren der Bewegung gegründet worden sind und die hauptsächlich aus Arbeitern bestehen, sind zweifellos aufs augenscheinlichste und unmittelbarste mit den Stimmungen der Massen verbunden. Die Partisanenaktionen der Kampfgruppen bilden unmittelbar militärische Führer der Massen heran. Die Partisanenaktionen der Kampfgruppen sind heute keineswegs das Ergebnis des Unglaubens an den Aufstand oder der Unmöglichkeit des Aufstands, sondern im Gegenteil ein notwendiger Bestandteil des vor sich gehenden Aufstands. Natürlich sind in allem und stets Fehler möglich; es sind unangebrachte Versuche nicht zeitgerechter Aktionen möglich; es sind Unbesonnenheiten und Extreme möglich, die stets und unbedingt schädlich und geeignet sind, der allerrichtigsten Taktik zu schaden. Tatsache ist aber, daß wir bis heute in den meisten rein russischen Zentren an einem anderen Extrem kranken, an der mangelnden Initiative unserer Kampfgruppen, an ihrer unzulänglichen Kampferfahrung, an der unzureichenden Entschlossenheit ihrer Aktionen. In dieser Beziehung haben uns sowohl der Kaukasus als auch Polen und das Baltikum überflügelt, d. h. gerade solche Zentren, wo die Bewegung den alten Terror am weitesten hinter sich gelassen hat, wo der Aufstand am besten vorbereitet ist, wo sich der Massencharakter des proletarischen Kampfes am stärksten und klarsten ausprägt.

Wir müssen diese Zentren einholen. Wir dürfen die Partisanenaktionen der Kampfgruppen nicht hemmen, sondern müssen sie fördern, wenn wir den Aufstand nicht nur in Worten vorbereiten wollen und die ernsthafte Bereitschaft des Proletariats zum Aufstand festgestellt haben.

Die russische Revolution hat damit begonnen, daß der Zar gebeten wurde, die Freiheit zu gewähren. Erschießungen, Reaktion und das Trepowregime haben die Bewegung nicht erstickt, sondern entfacht. Die

Revolution tat den zweiten Schritt. Sie entriß dem Zaren mit Gewalt die Anerkennung der Freiheit. Sie kämpfte mit der Waffe in der Hand, um diese Freiheit zu behaupten. Sie konnte sie nicht sogleich behaupten. Erschießungen, Reaktion und das Dubassowregime werden die Bewegung nicht ersticken, sondern entfachen. Vor uns zeichnet sich der dritte Schritt ab, der den Ausgang der Revolution entscheiden wird: der Kampf des revolutionären Volkes um eine Staatsmacht, die imstande ist, die Freiheit praktisch zu verwirklichen. In diesem Kampf müssen wir auf die Unterstützung nicht der oppositionellen, sondern der revolutionären demokratischen Parteien bauen. An der Seite des sozialistischen Proletariats wird hier die demokratisch-revolutionäre Bauernschaft marschieren. Das ist ein großer Kampf, ein schwieriger Kampf, ein Kampf für die konsequente Durchführung der demokratischen Revolution, für ihren vollen Sieg. Doch alle Anzeichen sprechen gegenwärtig dafür, daß der Lauf der Dinge einen solchen Kampf näherrückt. Sorgen wir dafür, daß die neue Woge das russische Proletariat in neuer Kampfbereitschaft vorfindet.

„Partinyje Iswestija"
(Parteinachrichten) Nr. 1,
7. Februar 1906.
Unterschrift: Ein Bolschewik.

Nach dem Text der „Partinyje Iswestija".

DIE PETERSBURGER STADTKONFERENZ DER SDAPR[35]

11. (24.) Februar 1906

REDEN ÜBER DIE RECHTMÄSSIGKEIT DER VERTRETUNG DER LANDBEZIRKS- UND DER WIBORGER STADTBEZIRKSORGANISATION AUF DER KONFERENZ

1

Durch den Beschluß über die Landbezirksorganisation ist der erste Beschluß der Konferenz über die allgemeine Mandatsprüfung formell aufgehoben worden. In der Landbezirksorganisation gab es 56 zweifelhafte Stimmen, und nur um sie konnte es sich handeln. Das Komitee und die Bezirkskonferenz haben eine Überprüfung der Wahl vorgenommen; schenkt man dem Beschluß des Petersburger Komitees hinsichtlich der Landbezirksorganisation kein Vertrauen, so muß man konsequent sein und darangehen, alle Bezirke zu überprüfen.

2

Die von Gen. Martow aufgeworfene Frage betrifft die formale Seite; wenn Sie beschlossen haben, auf Grund erhobener Proteste hier den einen Bezirk zu überprüfen, so muß man einen ebensolchen Beschluß auch hinsichtlich anderer Bezirke fassen, gegen die Proteste vorgebracht werden. Gen. Akim[36] beanstandet die Wahl im Wiborger Stadtbezirk, und nachdem die Konferenz den Beschluß über die Landbezirksorganisation angenommen hat, muß sie diesen Beschluß auch auf den Wiborger Bezirk ausdehnen.

3

Zur Geschäftsordnung. Wenn das Petersburger Komitee die Landbezirksorganisation als vollberechtigt anerkannt hat, dann wundere ich mich über den Antrag des Gen. Martow, sie von der Konferenz auszuschließen.

4

Der Antrag des Gen. Martow kann nicht zur Abstimmung gebracht werden, die von ihm angeschnittene Frage kann nur das Petersburger Komitee entscheiden.

5

Genossen, bedenken Sie die Ungeheuerlichkeit, die Ihnen vorgeschlagen wird. Es ist eine wichtige Frage erörtert worden, an deren Entscheidung die ganze Petersburger Organisation teilnehmen soll, und plötzlich wird beantragt, einen gewaltigen Teil – den Landbezirk – auszuschalten. Denken Sie darüber nach. Ich halte eine solche Abstimmung der Natur der Sache nach für unstatthaft. Ich bitte, darüber abzustimmen, ob die Versammlung eine Abstimmung über den Antrag des Gen. Martow wünscht.

6

Man muß bei der Angelegenheit kaltes Blut bewahren. Die Frage ist, ob wir der Landbezirksorganisation das Stimmrecht auf der Konferenz entziehen können. Ist ihre Vertretung rechtmäßig, so ist mehr als unrechtmäßig, sie an der jetzigen Abstimmung nicht teilnehmen zu lassen; ihre Vertretung ist von Ihnen als rechtmäßig anerkannt worden, sie hat nicht an der Abstimmung teilgenommen, als die Rechtmäßigkeit ihrer Vertretung behandelt wurde; über alle weiteren Fragen muß sie mit abstimmen.

RESOLUTION GEGEN MARTOWS ANTRAG, DEN BERICHT DES PETERSBURGER KOMITEES ABZUSETZEN

Die Versammlung ist der Auffassung, daß die von Gen. Martow aufgeworfene Frage nicht zur Diskussion steht und keiner Abstimmung bedarf.

BEGRÜNDUNG DER RESOLUTION

Genosse Martow hat unrecht; er sagt, Bemerkungen wie „meldet sich schon wieder zum Wort" seien unzulässig – das ist nicht richtig. Überall sind in Versammlungen Bemerkungen jeder Art zulässig. Was nun den Bericht betrifft, so ist es notwendig, ihn entgegenzunehmen. Der Bericht wird insgesamt etwa 15 bis 20 Minuten beanspruchen, und sonst könnte man uns vorwerfen, auf der Konferenz habe es außer moralischen auch noch juristische Inkorrektheiten (außer moralischen auch noch juristische Unterlassungen) gegeben. Den Bericht muß man unbedingt entgegennehmen. Wenn Sie es für notwendig halten, ihn zu billigen, so werden Sie ihn billigen, wenn Sie das nicht für notwendig halten, so werden Sie ihn nicht billigen.

ANTRAG ZUM BERICHT DES PETERSBURGER KOMITEES

Ich möchte einen Antrag einbringen. Die von Gen. Akim angeschnittene Frage, ob man den Bericht billigen soll, kann von der Tagesordnung abgesetzt werden; ich beantrage, zu beschließen: „Nachdem die Versammlung den Bericht des Petersburger Komitees entgegengenommen hat, betrachtet sie die Vertretung auf der Konferenz als rechtmäßig, die Konferenz als konstituiert und ihre Beschlüsse als verbindlich für die Petersburger sozialdemokratische Organisation."

VERTEIDIGUNG DES ANTRAGS

Ich bin damit einverstanden, daß man über den weitestgehenden Antrag zuerst abstimmen muß, aber ich halte meinen Antrag für den radikalsten, die anderen dagegen für vermittelnd. Wenn Sie den radikalen ablehnen, so werden Sie nachher über die vermittelnden abstimmen.

BEMERKUNG ZUR RESOLUTION ÜBER DIE TAKTIK DES BOYKOTTS

Ich bedaure, wenn ich die Versammlung durch die Länge der Resolution ermüdet habe, aber wenn wir über den Kern der Sache diskutieren wollen,

so muß man von dem, was wir kritisieren, eine klare Vorstellung vermitteln. In meiner Resolution ist alles zusammengefaßt, was früher in den Diskussionen gesagt wurde und worüber hier zu sprechen keine Zeit war, die Versammlung dürfen wir nicht länger hinziehen. Wenn keine Zeit mehr ist, die Resolutionen zu erörtern, so kann man eine Kommission wählen.

Zuerst veröffentlicht 1930 in der Zeitschrift „Proletarskaja Revoluzija" (Die proletarische Revolution) Nr. 12 (107).

Nach den im Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU aufbewahrten Sekretariatsniederschriften.

DIE PETERSBURGER STADTKONFERENZ DER SDAPR (II)

Ende Februar (Anfang März) 1906

REDEN ZUR VERTEIDIGUNG DER RESOLUTION ÜBER DIE TAKTIK DES BOYKOTTS

1

Die Resolution ist lang – eine „Litanei", wie Gen. Dan sagt –, das ist wahr, aber dieser Mangel wird durch einen Vorzug aufgewogen – in der Resolution sind alle Argumente angeführt, ohne das wäre die Erläuterung der Taktik weder durchdacht noch richtig. Für die Massen bedarf es der Kürze, aber das ist eine Resolution für die Organisationen und nicht für die Massen. Nicht zu allen Punkten hat eine Diskussion stattgefunden, aber sie wurden alle berührt. Man muß die Gesamtheit aller Auffassungen entwickeln, die in der politischen Agitation vertreten werden. Von irgendeiner Unterdrückung der Minderheit durch die Mehrheit kann keine Rede sein, wenn auch freilich die Lage des unterlegenen Teils nicht gerade angenehm ist. Als Ausweg kann man eine Arbeitsteilung vorschlagen: ihr kritisiert die Duma, wir aber werden die Taktik entwickeln. Niemand will Gen. Dan dazu zwingen, Punkte zu verteidigen, mit denen er nicht einverstanden ist. Die Beschuldigung der Fraktionsmacherei und der Polemik ist unbegründet.

2

Auch in der kurzen Resolution (Martows) gibt es Polemik, aber weshalb wollen Sie uns durch Ihren Vorschlag, sie anzunehmen, lächerlich machen? Im Entwurf der langen Resolution gibt es angeblich Begründun-

gen, die vom Proletariat nicht erörtert worden sind. Aber die Arbeiter der Rasterjajew-Werke haben mit ihrer Strohpuppe die ganze Vertretungsidee verspottet[37], und wahrscheinlich haben sie dabei auch an die Bauernschaft gedacht.

EINWENDUNGEN GEGEN ABÄNDERUNGSANTRÄGE ZU DEN PUNKTEN 3 UND 6 DES RESOLUTIONSENTWURFS

1

Sie schwächen die Resolution ab, die Regierung behindert nicht nur die Wahlen, sie setzt auch noch Landeshauptleute als Wahlmänner ein.

2

Der Abänderungsantrag des Gen. Dan ist ungenau. Der „Verband vom 17. Oktober"[38] ist oppositionell, wird jedoch nicht verfolgt. Wir müssen für die Kadetten eintreten, falls sie verfolgt werden, auch wenn man sie für nichts und wieder nichts verfolgen sollte.

3

Die „Subatowiade" ist nicht nur eine polizeiliche Form des Herausfischens von Unzuverlässigen, sie rechnet mit der Arbeiterbewegung, es ist das eine Organisation der Arbeiterklasse. Die „Subatowiade" ist eine echt russische Erfindung. Und sie kommt auch jetzt zur Anwendung. Die Duma ist ein Polizeitrick und hat nicht das geringste mit einer Verfassung zu tun. Überhaupt ist hier das Wort „Subatowiade" vergleichsweise gebraucht worden und reicht daher als Definition nicht aus. Schließlich sagen wir doch, das sei eine „neue" Form einer *gesamtrussischen, staatlichen* „Subatowiade". Und unsere Taktik ist hier dieselbe, wie sie es gegenüber der „Subatowiade" immer war. Wir gingen auch in die Versammlungen der Subatoworganisationen, gehörten ihnen aber nie als Mitglieder an.

REDEN IN DER DEBATTE ÜBER PUNKT 7 UND 8 DES RESOLUTIONSENTWURFS

1

Die Erklärung des Gen. Dan über die faktische Unrichtigkeit ist für mich eine große Neuigkeit. Bis jetzt ist nirgendwo offiziell erklärt worden, daß eine „Beteiligung an der Duma" zulässig sei.[39] Weder Parvus noch sogar Plechanow haben das bislang gesagt. Weiter, dem nicht Rechnung zu tragen, daß der klassenbewußte Teil des Proletariats die Frage so und nicht anders betrachtet, wäre von uns engstirnig, und wir berücksichtigen das, denn diese Tatsache ist nicht zufällig. Ich bin bereit, den Ausdruck „alle" in „die überwältigende Mehrheit" zu ändern.

2

Die offizielle Erklärung des Gen. Dan ist für mich besonders wertvoll, eine solche Erklärung höre ich überhaupt zum erstenmal. Es bleibt nur zu wünschen, daß sie in der Presse erscheint, da es in der Presse bisher nichts dergleichen gegeben hat. Die Menschewiki haben sogar stets protestiert, wenn man ihnen eine solche Meinung zuschrieb. Das Flugblatt des Vereinigten ZK erklärt, beide Teile der Partei seien sich darin einig, daß man nicht in die Duma gehen dürfe. Das ist ein Dokument, und in diesem Punkt widerspricht ihm unsere Resolution in keiner Weise. Dans Bemerkung über Plechanow ist unrichtig. Er hat nur gesagt: „Ich bin gegen den Boykott" und an der interessantesten Stelle einen Punkt gesetzt. Wir sind genügend informiert, und der Hinweis auf Poltawa hat unsere Meinung über die Auffassung der Mehrheit des Proletariats in der Frage einer Beteiligung an der Duma nicht ins Wanken gebracht. Die Solidarität muß hervorgehoben werden.

3

Dan glaubt, wenn die Duma erst einmal zusammentritt, wird das auch schon das Jahr 1849 sein. Das ist falsch. Die Duma – das ist der Vereinigte Landtag von 1847[40], und in einen Vereinigten Landtag von 1847

werden wir nicht gehen. Ich halte es für notwendig, Lunatscharskis Hinweise zur Kenntnis zu nehmen. Ich halte es für nötig, auf drei Fragen zu antworten: 1. Ist es eine Tatsache, daß die Mehrheit recht hat? – Es ist eine Tatsache; niemand hat uns widerlegt, alles, was gesagt wurde, ist aus der Luft gegriffen und kann nicht als ausreichender Grund dafür dienen, daß der Hinweis auf eine Tatsache gestrichen wird; 2. muß man dieser Tatsache Rechnung tragen? – Jawohl, man muß ihr Rechnung tragen; 3. wie steht die Redaktion des Zentralorgans zu der in diesem Punkt der Begründung behandelten Frage? – Ich versichere, daß sie eine Beteiligung an der Duma als *unmöglich* betrachtet hat. Ich wußte nicht, daß das bei den Genossen Menschewiki solchen Anstoß erregen würde, bisher hat niemals und nirgends jemand etwas Derartiges gesagt, was Gen. Dan gesagt hat. Gen. Dan schwankt, und ich bin darüber gar nicht erfreut.

4

Man sagt, alles Folgende sei von Polemik erfüllt. Das ist nicht wahr, solche Ziele würden wir nicht verfolgen. Warum darf man nicht in die Duma gehen? Weil das Volk auf den Gedanken kommen könnte, daß es lohnt zu wählen, einerlei, was die Genossen Menschewiki vom Volk denken. Wir schimpfen nicht, wir argumentieren. Wir meinen, es ist notwendig, nur Strohpuppen zu entsenden.

SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG AN DAS BÜRO DER KONFERENZ

Erklärung zur Sache. Ich erkläre, daß die Behauptungen des Gen. Dan unrichtig sind und daß er keine einzige meiner Erklärungen widerlegt, wonach es in der Presse keine Behauptungen gibt, die der Erklärung des Gen. Dan entsprächen.

RESOLUTION ZUR BEGRÜNDUNG DER BOYKOTTAKTIK

Die Konferenz hält es für notwendig, den Beschluß der Petersburger sozialdemokratischen Organisation, daß eine Beteiligung an den Wahlen

unzweckmäßig ist, eingehend zu begründen, und zwar keineswegs, um gegen die Genossen ehemaligen Menschewiki zu polemisieren und sie als Sozialdemokraten in ein schlechtes Licht zu stellen, sondern um die Meinung der Mehrheit der Organisation über den Charakter und die Bedeutung des vollständigen Boykotts präzis und offiziell darzulegen.

Zuerst veröffentlicht 1931 in der Zeitschrift „Proletarskaja Revoluzija" Nr. 1 (108).

Nach den im Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU aufbewahrten Sekretariatsniederschriften.

AN ALLE ARBEITER UND ARBEITERINNEN DER STADT PETERSBURG UND UMGEBUNG[41]

Genossen Arbeiter! Die organisierten sozialdemokratischen Arbeiter der gesamten Petersburger Stadt- und Landbezirksorganisation der SDAPR haben ihren endgültigen und für das Parteikomitee wie für alle lokalen Parteiorganisationen verbindlichen Beschluß über die Wahlen zur Reichsduma gefaßt. Trotz aller polizeilichen Hindernisse und Fallen vermochten die Arbeiter *120 Zirkelversammlungen* zu veranstalten, in denen die Frage unter Teilnahme von Anhängern der beiden in unserer Partei vertretenen Taktiken eingehend erörtert wurde. *Über 2000 Arbeiter* und Intellektuelle, die unserer Partei angehören, haben darüber abgestimmt und sich mit einer Mehrheit von 1168 gegen 926 (bei 2094 Abstimmenden) *für den vollständigen Boykott* nicht nur der Duma, sondern auch *ausnahmslos aller Wahlen* zu ihr ausgesprochen. Eine Konferenz von Vertretern, die in allen Bezirken gewählt worden waren (auf je 30 abstimmende Parteimitglieder ein Delegierter), beriet die Frage noch einmal und faßte mit 36 gegen 29 Stimmen (bei 65 Teilnehmern mit beschließender Stimme) einen *endgültigen* Beschluß für die Taktik des *aktiven Boykotts*.

Somit hat das Petersburger sozialdemokratische Proletariat gesprochen. Jetzt müssen alle Kräfte der Parteiorganisation, alle Anstrengungen der fortgeschrittenen Arbeiter, die mit der Sozialdemokratie sympathisieren und ihren Beschlüssen Rechnung tragen wollen, darauf gerichtet werden, die breitesten Schichten der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung mit dem Beschluß der Sozialdemokratie bekannt zu machen, um in den Massen ein richtiges Verständnis der Ziele, die sich das klassenbewußte Proletariat setzt, und der Mittel, die es zur Erreichung seiner Ziele wählt, zu verbreiten.

Warum haben die Petersburger Sozialdemokraten den vollständigen Boykott der Duma und den völligen Verzicht auf jede Beteiligung an den Wahlen erklärt?

Weil die Reichsduma eine verfälschte Duma ist. Das ist eine vorgetäuschte Volksvertretung. Das ist eine Duma nicht des Volkes, sondern der Polizei und der Gutsbesitzer. Die Wahlen sind nicht gleichmäßig für alle festgelegt, sondern so abgestuft, daß die Gutsbesitzer und Großkapitalisten das volle Übergewicht über die Arbeiter und Bauern haben. Von der ganzen Arbeiterklasse sind drei Viertel überhaupt des Wahlrechts beraubt, während dem restlichen Viertel zugemutet wird, dreifach gesiebte Deputierte zu wählen, und zwar so, daß zuerst Bevollmächtigte, dann von den Bevollmächtigten Wahlmänner gewählt werden, wonach die Wahlmänner (insgesamt nur 24) zusammen mit den Gutsbesitzern und Kapitalisten (über 100) die Mitglieder der Duma wählen sollen.

Noch gröber verhöhnt die Regierung die Bauern. Die Deputierten der Bauern werden vierfach gesiebt: zuerst werden amtsbezirksweise Vertreter von je zehn Höfen gewählt (und auch von diesen Wahlen ist die Dorfarmut, die weder Haus noch Land besitzt, ausgeschlossen); dann wählen diese Zehnhofvertreter Bevollmächtigte; die Bevollmächtigten wählen Wahlmänner, und die Wahlmänner wählen die Mitglieder der Duma, wobei die Gesamtzahl der Wahlmänner in den Gouvernements so berechnet ist, daß die Bauern meistenteils in der Minderheit bleiben.

Warum erfolgt diese dreifache und vierfache Siebung? Damit die Arbeiter und Bauern ihre wahren Vertreter nicht in die Duma durchbringen können. Damit in die Duma keine Leute hineingeraten können, die für die Arbeiter und Bauern eintreten. Damit sich ein Häuflein erzreaktionärer Gutsbesitzer und Kapitalisten, die mit Hilfe der Polizei das ganze arbeitende Volk ausplündern, als Volksvertretung bezeichnen kann.

Arbeiter und Bauern! Schenkt der Polizei- und Gutsbesitzerduma keinen Glauben. Nicht Volksvertreter beruft man dorthin, sondern Feinde des Volkes, um sich gegen die Arbeiter und gegen die Bauern besser verschwören zu können. Schaut um euch: Können etwa die Arbeiter und Bauern ihre wirklichen Vertreter, ihre Deputierten zur Duma frei wählen? Setzt die Polizeiregierung etwa nicht die besten Arbeiter und die besten Bauern ohne Gericht und ohne Untersuchung fest? Erschießungen und Exekutionen von Bauern, die für die Sache des Volkes gekämpft

haben, sind in Rußland überall gang und gäbe. Ganz Rußland ist der Brandschatzung und Plünderung durch eine Bande von verkrachten Adligen in Militäruniform ausgeliefert. Alle Freiheitsversprechungen, die wir von der Regierung hörten, sind von den Gewalttätern mit Füßen getreten worden. Alle Gefängnisse sind mit Kämpfern für die Freiheit des Volkes überfüllt.

Die Regierung will das Volk betrügen, indem sie eine verfälschte Duma einberuft. Die Regierung will mit Hilfe einer Gutsbesitzerduma noch mehr Geld aufnehmen zur Unterdrückung des Volkes, zum Krieg gegen das eigene Volk, gegen die Bauern und Arbeiter. Die Regierung will uns in eine Polizeifalle locken, sie möchte, daß wir uns einverstanden erklären, an diesem Betrug teilzunehmen, den man als Wahlen zur Duma bezeichnet.

Die klassenbewußten Arbeiter gehen nicht in diese Polizeifalle. Ohne alle Wahlen müssen wir der Regierung und dem ganzen Volk geradeheraus erklären, daß wir uns an einer Komödie nicht beteiligen. Wir werden den Betrug nicht zulassen. Wir werden die Polizeilüge vor aller Welt entlarven. Wir warnen die Arbeiter und die Bauern, die den Betrug noch nicht durchschaut haben und von der Duma noch Gutes für das Volk erwarten; versuchen sie dennoch, sich an den Wahlen zu beteiligen, so werden sie sehen, daß nicht Arbeiter- und Bauerndeputierte, sondern der Polizei genehme Kapitalisten und Gutsbesitzer in die Duma einziehen. Wir rufen alle Arbeiter und alle Bauern, alle ehrlichen Menschen zum Kampf gegen den Polizeibetrug auf.

Wir kämpfen nach wie vor für eine wirkliche Versammlung wirklicher Volksvertreter. Eine solche Versammlung muß frei gewählt werden, gleichmäßig von allen, ohne jedes Privileg der Gutsbesitzer und reichen Leute, ohne jede Behinderung seitens der Obrigkeit und der Polizei. Nur eine vom ganzen Volk frei gewählte konstituierende Versammlung kann eine echte und keine verfälschte Duma sein. Nur eine solche Versammlung kann in Rußland bessere Zustände herbeiführen, den Arbeitern das Leben erleichtern, den Bauern Land geben und dem ganzen Volk Freiheit bringen.

Am 17. Oktober haben die Arbeiter durch ihren Kampf der Regierung das Versprechen der Freiheit entrissen. Die Regierung hat alle ihre Versprechungen gebrochen. Die Arbeiter werden jetzt noch einmütiger, noch hartnäckiger um die Freiheit des Volkes kämpfen. Die Arbeiter lassen bei

zeitweiligen Niederlagen den Mut nicht sinken. Die Arbeiter wissen, daß der Kampf um die Freiheit mühselig und schwer ist, aber die Sache der Freiheit ist die Sache des ganzen Volkes. Die Sache der Freiheit wird siegen, der Kampf wird noch stärker entbrennen. Die Arbeiter werden sich von den erlittenen Niederlagen erholen. Sie werden sich gegen die Regierung einmütiger und enger zusammenschließen. Sie werden neue Kräfte sammeln. Sie werden noch breitere Massen der Bauern über alle Betrugsmanöver der Regierung und über die Notwendigkeit des Kampfes gegen sie aufklären. Die Arbeiter werden sich gemeinsam mit den Bauern erheben und die Regierung der Polizeischergen stürzen, die das Volk schmähen.

Nieder mit der verfälschten, der Polizei- und Gutsbesitzerduma!

Es lebe die vom ganzen Volk frei gewählte konstituierende Versammlung!

Geschrieben nach dem
11. (24.) Februar 1906.

Veröffentlicht im Februar 1906 als Flugblatt des Vereinigten Petersburger Komitees der SDAPR.

Nach dem Manuskript, verglichen mit dem Text des Flugblatts.

RESOLUTION DER PETERSBURGER ORGANISATION DER SDAPR ÜBER DIE TAKTIK DES BOYKOTTS[42]

In der Erwägung:

1. daß die auf Grund der Gesetze vom 6. August und 11. Dezember einzuberufende Reichsduma die gröbste Verfälschung einer Volksvertretung ist, da die gewaltige Mehrheit des Proletariats und der Bauernschaft infolge des nicht allgemeinen Wahlrechts und der drei- und vierfachen Siebung der Wahlmänner der Arbeiter und Bauern von einer Beteiligung an der Duma faktisch ausgeschlossen ist;

2. daß die Regierung durch eine künstliche Zusammenstellung der Wählerkollegien und die Schaffung einer Reihe von Privilegien zugunsten der reichen Gutsbesitzer und der Großkapitalisten danach trachtet, in der Duma das absolute Übergewicht von Vertretern nicht nur der Ausbeuterklassen, sondern namentlich der Schwarzhunderterelemente dieser Klassen zu sichern;

3. daß die Regierung selbst diese ständisch eng begrenzten Wahlen aufs schamloseste verfälscht, indem sie keinerlei Freiheit der Agitation zuläßt, überall den Belagerungszustand verhängt, der Polizeiwillkür völlig die Zügel schießen läßt und entgegen allen Gesetzen und ohne jedes Gericht nicht nur die Vertreter der revolutionären und sozialistischen Parteien, sondern sogar der Parteien der monarchistischen liberalen Bourgeoisie (der konstitutionellen Demokraten u. a.) verfolgt;

4. daß die Regierung jetzt sogar ihr eigenes Gesetz über die Gleichzeitigkeit der Wahlen aufhebt, um in den verschiedenen Gegenden die für sie günstigsten Zeitpunkte willkürlich festzulegen und die Wahlen selbst mit einer Schnelligkeit durchzupeitschen, die den zu Wählenden jeden Verkehr mit der Bevölkerung unmöglich machen würde;

5. daß die absolutistische Regierung darauf rechnet, durch die Einberufung der Duma die russische und besonders die ausländische öffentliche Meinung zu beeinflussen, um so ihren unvermeidlichen Untergang hinauszuschieben und neue Millionenanleihen für die Niederschlagung der Revolution und die weitere Unterdrückung des Volkes zu erhalten;

6. daß das Gesetz vom 20. Februar[43], das den Reichsrat in ein Oberhaus verwandelt, den Erlaß über die Duma noch mehr verschlechtert, weil es darauf abzielt, die Duma endgültig in ein machtloses beratendes Anhängsel der autokratischen Bürokratie zu verwandeln;

7. daß die Beteiligung an einer derartigen Duma unter solchen politischen Bedingungen von der überwältigenden Mehrheit der sozialdemokratischen Parteien und Organisationen aller Nationen im Lande für unmöglich gehalten wird;

8. daß eine Beteiligung von Sozialdemokraten an den Wahlen zur Reichsduma in diesem oder jenem Stadium geeignet ist, im Volk die falsche Vorstellung zu nähren, als ob für die Parteien, welche die Interessen der breiten Volksmassen vertreten, einigermaßen ordnungsgemäße Wahlen möglich wären;

9. daß eine Beteiligung an den Wahlen geeignet ist, den Schwerpunkt der Aufmerksamkeit des Proletariats von den revolutionären Bewegungen der Arbeiter, Bauern, Soldaten usw., die ohne Verbindung mit der Duma vor sich gehen, auf das Teilchen der pseudolegalen, scheinkonstitutionellen Wahlkampagne zu verschieben und die zeitweilig gedrückte Stimmung der Arbeiterklasse noch mehr zu verschlechtern, weil der Eindruck erweckt würde, daß die revolutionäre Periode des Kampfes zu Ende und der Aufstand von der Tagesordnung abgesetzt sei und daß die Partei den konstitutionellen Weg beschreiten werde;

10. daß die Wahlen zur Reichsduma Verhältnisse voraussetzen, die von der Partei erfordern, Legalität und Ruhe zu wahren, und sich unsere Beteiligung an diesen Wahlen somit auf die dringliche revolutionäre Aufgabe – die Verstärkung des aktiven Vorgehens gegen die Regierung gerade während der Wahlen und während der Einberufung der Duma – schädlich auswirken wird;

11. daß die Partei der Sozialdemokraten, um die am wenigsten entwickelten Massen praktisch zu erziehen, nicht mit ihnen zu den Wahlen gehen kann, denn diese wenig entwickelten Massen wollen bis zur Duma

selbst kommen, und zwar auf dem gesetzlichen Weg, während die Partei, da sie sich den Gesetzen nicht fügt, lediglich das natürliche Mißtrauen dieser Massen hervorrufen und sie daran hindern würde, aufgeschlossen und folgerichtig die Lehren aus der Dumakampagne zu ziehen;

12. daß die Bevollmächtigten und Wahlmänner der Arbeiter infolge der mit Polizeimethoden künstlich zusammengestellten Wählerkollegien, infolge ihrer kurzfristigen und engbegrenzten Vollmachten und infolge der oben angeführten Bedingungen, unter denen die Wahlen stattfinden, nicht das geringste zu einer wirklich revolutionären Organisierung breiter Schichten der Arbeiterklasse beitragen können;

13. daß durch das Ausscheiden desjenigen Teils der Wahlmänner, den die Sozialdemokratie bestenfalls mit sich ziehen könnte, aus den Wählerkollegien der Gouvernements die Duma nicht vereitelt werden kann;

14. daß die politisch bewußten Vertreter des Proletariats der am meisten unterdrückten Nationalitäten Rußlands (die polnische, die jüdische, die lettische und die litauische Sozialdemokratie) entschieden jede Beteiligung an der Wahlkomödie ablehnen und mit aller Energie gegen deren Veranstalter kämpfen;

15. daß die öffentliche Meinung aller kämpferischen Elemente der bürgerlichen Demokratie und der Bauernschaft (der Bauernbund, der Lehrerverband, der Verband der Verbände, die Partei der Sozialrevolutionäre, die Polnische Sozialistische Partei, die Polnische Fortschrittspartei usw.) sowohl die Duma als auch die Wahlen zu ihr ablehnen;

in Erwägung alles dessen halten wir, die Vertreterversammlung der Petersburger Arbeiter, die der SDAPR angehören, es für notwendig:

1. jede Art von Beteiligung an der Reichsduma unbedingt abzulehnen;

2. alle Wahlen zur Reichsduma, ganz gleich in welchem Stadium, unbedingt abzulehnen;

3. im Volk eine möglichst breite Agitation zu entfalten, durch die wir den wahren Charakter der Duma enthüllen, den Betrug aufdecken, der an der öffentlichen Meinung Rußlands und Europas verübt wird, und darauf hinweisen, daß jener Teil der Bauern, der von der Duma etwas Gutes erwartet, unvermeidlich enttäuscht werden wird;

4. alle mit den Wahlen zusammenhängenden Versammlungen auf jede Art und Weise, legal und illegal auszunutzen, um die Auffassungen der Sozialdemokraten im allgemeinen darzulegen, im einzelnen die Duma zu

kritisieren und insbesondere zum Kampf für die revolutionäre Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung aufzurufen;

5. bei dieser Agitation dadurch, daß wir dem Kampf vermittels der Duma die revolutionären Methoden des Kampfes um die Freiheit gegenüberstellen, verstärkte Aufmerksamkeit darauf zu richten, die Arbeiter und das ganze Volk mit den Erfahrungen des Dezemberaufstands bekannt zu machen, der den Beginn des höchsten Stadiums des revolutionären Kampfes um die wirkliche Volksfreiheit kennzeichnet;

6. bei dieser Agitation anläßlich der Duma verstärkte Aufmerksamkeit auf die tiefe Wirtschafts- und Finanzkrise, auf die extrem gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter durch die reaktionären Kapitalisten, auf die Zunahme der Arbeitslosigkeit in den Städten und des Hungers auf dem Lande, auf die im Frühjahr bevorstehende Bauernbewegung und auf die Gärungserscheinungen in den Truppen als auf Umstände zu richten, die in nicht allzu ferner Zukunft eine neue Volkserhebung außerordentlich wahrscheinlich machen, welche die Reichsduma entweder vor ihrer Einberufung oder danach, wenn die Bevölkerung von ihr endgültig enttäuscht ist, hinwegfegen wird;

7. diese Agitation unter anderem auch auszunutzen, um die feigen Vertreter der liberal-monarchistischen Bourgeoisie (vom Schlage der Kadetten) anzuprangern, die das staatsbürgerliche Bewußtsein der Bevölkerung dadurch korrumpieren, daß sie im Augenblick des verschärften Bürgerkriegs konstitutionelle Illusionen predigen, die Duma und die Beteiligung an ihr empfehlen und die Anwendung von Gewalt zur Verteidigung der Freiheit und der Rechte der gewaltigen Mehrheit des Volkes in einer Zeit negieren, in der sich die bewaffneten Banden, die sich Regierung nennen, nur durch rohe Gewalt an der Macht behaupten.

Geschrieben Ende Februar – Anfang März 1906.

Veröffentlicht im März 1906 als Flugblatt des Vereinigten Petersburger Komitees der SDAPR.

Nach dem Text des Flugblatts.

DIE RUSSISCHE REVOLUTION UND DIE AUFGABEN DES PROLETARIATS

I

Wie ist die Lage der demokratischen Revolution in Rußland: ist sie niedergeschlagen, oder machen wir nur eine kurze Zeit der Flaute durch? War der Dezemberaufstand der Kulminationspunkt der Revolution und gleiten wir jetzt unaufhaltsam zu einem „Schipowschen konstitutionellen" Regime[44] hinab? Oder ebbt die revolutionäre Bewegung im großen und ganzen nicht ab, sondern steigt nach wie vor an, bereitet einen neuen Ausbruch vor, sammelt während der Flaute neue Kräfte und verspricht nach dem ersten mißlungenen Aufstand einen zweiten, der unvergleichlich mehr Aussichten auf Erfolg hat?

Das sind die grundlegenden Fragen, die jetzt vor den Sozialdemokraten Rußlands stehen. Wollen wir dem Marxismus treu bleiben, so können und dürfen wir nicht mit allgemeinen Phrasen einer Analyse der objektiven Bedingungen aus dem Wege gehen, deren Beachtung in letzter Instanz diese Fragen endgültig entscheidet. Von ihrer Entscheidung aber hängt die gesamte Taktik der Sozialdemokratie ab, und unsere Auseinandersetzungen beispielsweise über den Dumaboykott (die übrigens schon dem Ende zugehen, denn die Mehrheit der Organisationen der SDAPR hat sich für den Boykott ausgesprochen) sind nur ein kleines, ganz kleines Teilchen dieser großen Fragen.

Wir haben soeben gesagt, daß es einem Marxisten nicht geziemt, diese Fragen mit allgemeinen Phrasen abzutun. Solche allgemeine Phrasen sind nicht zuletzt Hinweise von der Art, daß wir die Revolution niemals im Sinne von „Jagdspießen und Heugabeln" allein verstanden hätten, daß

wir auch dann Revolutionäre waren, als wir nicht unmittelbar zum Aufstand aufriefen, daß wir auch in der parlamentarischen Periode, sobald sie anbricht, Revolutionäre bleiben würden u. dgl. m. Solche Reden wären jämmerliche Ausflüchte, ein Versuch, an Stelle der konkreten historischen Frage abstrakte Erwägungen zu unterschieben, die absolut nichts klären und lediglich dazu dienen, Dürftigkeit oder politische Kopflosigkeit zu bemänteln. Um unseren Gedanken durch ein Beispiel zu erhärten, verweisen wir auf die Einstellung von Marx zur deutschen Revolution von 1848. Ein solcher Hinweis dürfte um so nützlicher sein, als sich bei uns manche Anzeichen einer ebensolchen, ja sogar noch schärferen Teilung der Bourgeoisie in eine reaktionäre und eine revolutionäre beobachten lassen – eine Teilung, die z. B. in der großen französischen Revolution nicht vorhanden war. Dem Wesen der Sache nach kann man auch die von uns oben gestellten grundlegenden Fragen über die Lage der russischen Revolution analog zu Deutschland (selbstverständlich nur in dem bedingten und begrenzten Sinne, in dem eine historische Analogie überhaupt zulässig ist) mit den Worten formulieren: 1847 oder 1849? Durchleben wir (wie Deutschland 1847, als die deutsche Reichsduma, der sogenannte Vereinigte Landtag, einberufen wurde und zusammentrat) die letzten Etappen des höchsten Aufschwungs der Revolution, oder durchleben wir (wie Deutschland 1849) die letzten Etappen der endgültigen Erschöpfung der Revolution und den Beginn des grauen Alltags einer gestutzten Verfassung?

Marx hat diese Frage gerade im Laufe des Jahres 1850 gestellt, sie zu entscheiden versucht und sie schließlich nicht durch eine Ausflucht, sondern durch eine direkte Antwort entschieden, die er aus einer Analyse der objektiven Bedingungen ableitete. 1849 war die Revolution unterdrückt worden, eine Reihe von Aufständen hatte mit einem Mißerfolg geendet, die faktisch vom Volk erkämpfte Freiheit war geraubt worden, die Reaktion wütete gegen die „Revolutionäre". Ein offenes politisches Hervortreten des „Bundes der Kommunisten" (der damaligen, faktisch von Marx geleiteten, sozialdemokratischen Organisation) wurde unmöglich. Es „trat überall das Bedürfnis nach einer starken *geheimen*" (Hervorhebungen überall von uns) „Organisation der revolutionären Partei über ganz Deutschland hervor", heißt es in der Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom Juni 1850. Die Zentralbehörde schickt vom

Ausland einen Emissär nach Deutschland, der „alle brauchbaren Kräfte in Händen des Bundes" konzentriert. Marx schreibt („Ansprache" vom März 1850) von der Wahrscheinlichkeit eines neuen Aufschwungs, einer neuen Revolution, er rät den Arbeitern, sich selbständig zu organisieren, besteht insbesondere auf der Bewaffnung des gesamten Proletariats und der Bildung einer proletarischen Garde und sagt weiter: „jeder Entwaffnungsversuch muß nötigenfalls mit Gewalt vereitelt werden". Marx fordert die Errichtung „revolutionärer Arbeiterregierungen" und erörtert die Haltung des Proletariats „während und nach dem bevorstehenden Aufstand". Marx stellt der deutschen Demokratie das jakobinische Frankreich von 1793 als Vorbild hin. (Siehe „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln", russ. Übersetzung, S. 115 u. a.)[45]

Ein halbes Jahr vergeht. Der erwartete Aufschwung tritt nicht ein. Die Anstrengungen des Bundes sind nicht von Erfolg gekrönt. „Ein erneuter Aufschwung der Revolution", schrieb Engels 1885, „wurde im Lauf des Jahres 1850 immer unwahrscheinlicher, ja unmöglicher."[46] Die industrielle Krise von 1847 war überwunden. Eine Periode der industriellen Prosperität war angebrochen. Und da stellt Marx unter Berücksichtigung der objektiven Bedingungen die Frage klipp und klar. Im Herbst 1850 erklärt er kategorisch, nunmehr, da sich die Produktivkräfte der bürgerlichen Gesellschaft so üppig entwickeln, *„kann von einer wirklichen Revolution keine Rede sein"*[47].

Wie der Leser sieht, versucht Marx nicht, der schwierigen Frage auszuweichen. Er spielt nicht mit dem Wort Revolution, unterschiebt nicht leere Abstraktionen an Stelle der akuten politischen Frage. Er vergißt nicht, daß die Revolution, allgemein gesprochen, in jedem Falle voranschreitet, weil die bürgerliche Gesellschaft sich weiterentwickelt, wohl aber spricht er direkt von der Unmöglichkeit der demokratischen Revolution im unmittelbaren und engen Sinne dieses Wortes. Marx entscheidet die schwierige Frage, ohne sich auf die gedrückte und resignierte „Stimmung" in diesen oder jenen Schichten des Proletariats zu berufen (wie das nicht selten Sozialdemokraten tun, die in Nachtrabpolitik verfallen). Nein, solange er keine anderen Unterlagen hatte als die Tatsache der gedrückten Stimmung (im März 1850), rief er auch weiterhin zur Bewaffnung und zum Aufstand auf, bereitete diesen vor und verschlechterte die Stimmung der Arbeiter nicht durch Skeptizismus und Kopflosigkeit. Erst dann,

als Marx die unausbleibliche „Erschöpfung" der „wirklichen Revolution" sah – erst dann änderte er seine Ansicht. Und nachdem er seine Meinung geändert hatte, forderte er direkt und offen, die Taktik grundlegend zu ändern und die Vorbereitung des Aufstands völlig einzustellen, denn eine solche Vorbereitung wäre nun bloße Spielerei gewesen. Die Losung des Aufstands wurde eindeutig von der Tagesordnung abgesetzt. Klipp und klar wurde anerkannt, daß „sich die Form der Bewegung verändert" hat.

Dieses Beispiel von Marx müssen wir uns in dem jetzigen schwierigen Zeitabschnitt stets vor Augen halten. An die Frage, ob eine „wirkliche Revolution" in nächster Zukunft möglich ist, an die Frage der grundlegenden „Form der Bewegung", des Aufstands und seiner Vorbereitung müssen wir mit dem größten Ernst herangehen, aber eine kämpfende politische Partei ist verpflichtet, diese Frage klipp und klar zu entscheiden, ohne sich zu winden, ohne Ausflüchte zu machen, ohne etwas zu verschweigen. Eine Partei, die es nicht fertigbrächte, auf eine solche Frage eine klare Antwort zu finden, würde die Bezeichnung Partei nicht verdienen.

II

Über welche objektiven Angaben verfügen wir nun also, um diese Frage zu entscheiden? Zugunsten der Meinung, daß sich die unmittelbar revolutionäre „Form der Bewegung" völlig erschöpft habe, daß ein neuer Aufstand unmöglich sei, daß Rußland in die Ära eines kümmerlichen bürgerlichen Quasi-Konstitutionalismus eingetreten sei, spricht eine ganze Reihe von Tatsachen, die sozusagen auf der Hand liegen und jedermann ins Auge springen. Eine Schwenkung der Bourgeoisie liegt zweifellos vor. Der Gutsbesitzer hat sich von den Kadetten abgewandt und dem Verband vom 17. Oktober angeschlossen. Die Regierung hat schon eine „Verfassung" mit zwei Kammern gewährt. Mit Hilfe von Belagerungszustand, von Exekutionen und Verhaftungen wird die Möglichkeit geschaffen, eine verfälschte Duma einzuberufen. Der Aufstand in den Städten ist niedergeschlagen, und die Bauernbewegung im Frühjahr kann sich als isoliert und kraftlos erweisen. Der Verkauf der Gutsbesitzerländereien ist in vollem Gange, und folglich wird die Schicht der bürgerlichen, der „ruhigen" Bauernschaft stärker. Die gedrückte Stimmung nach der Niederschlagung

des Aufstands ist offensichtlich. Und schließlich darf man auch nicht vergessen, daß es überhaupt leichter und sozusagen billiger ist, die Niederlage der Revolution vorauszusagen, als ihren Aufschwung zu prophezeien, denn im Besitz der Macht ist gegenwärtig die Reaktion, und bislang haben die Revolutionen „größtenteils" geendet, ohne ... vollendet zu sein.

Was spricht zugunsten der gegenteiligen Meinung? Wir wollen zu dieser Frage K. Kautsky das Wort geben, dessen nüchterne Betrachtungsweise und Fähigkeit, brennende und zugespitzte politische Fragen äußerst ruhig, sachlich und sorgfältig zu untersuchen, allen Marxisten bekannt sind. Kautsky hat seine Ansicht kurz nach der Niederschlagung des Moskauer Aufstands in dem Artikel „Die Aussichten der russischen Revolution" geäußert. Dieser Artikel ist in russischer Übersetzung erschienen – natürlich nicht ohne Entstellungen durch die Zensur (nach Art derjenigen, unter denen auch die russische Übersetzung einer anderen ausgezeichneten Arbeit Kautskys „Die Agrarfrage in Rußland" gelitten hat).

Kautsky weicht der schwierigen Frage nicht aus. Er versucht nicht, sich mit leeren Phrasen darüber herauszuwinden, daß die Revolution im allgemeinen unbesiegbar, daß die Klasse der Proletarier stets und ständig revolutionär ist usw. Nein, er stellt unverblümt die konkrete historische Frage nach den Aussichten der heutigen, der gegenwärtigen demokratischen Revolution in Rußland. Er beginnt seinen Artikel ohne Umschweife damit, daß es fast nur trübe Nachrichten sind, die seit Beginn des Jahres 1906 aus Rußland kommen, so daß *„man meinen könnte, die Revolution sei endgültig niedergeschlagen und liege in ihren letzten Zuckungen"*. Nicht bloß die Reaktionäre, sondern auch die russischen Liberalen jauchzen entzückt darüber, sagt Kautsky, wobei er diese Helden des „Kupons" mit völlig verdienten Ausdrücken der Verachtung überschüttet (Kautsky glaubt offensichtlich noch nicht recht an Plechanows Theorie, wonach die russischen Sozialdemokraten „auf die Unterstützung der nichtproletarischen *Oppositions*parteien Wert legen" müßten).

Und Kautsky untersucht nun eingehend diese natürlich naheliegende Meinung. Die äußere Ähnlichkeit der Dezemberniederlage der Arbeiter in Moskau mit der Juniniederlage der Arbeiter in Paris (1848) steht außer Zweifel. Hier wie dort wurde der bewaffnete Aufstand der Arbeiter von der Regierung „provoziert", ehe die Arbeiterklasse genügend organisiert war. Hier wie dort siegte die Reaktion trotz des heroischen Wider-

stands der Arbeiter. Was schlußfolgert jedoch Kautsky hieraus? Kommt er etwa nach dem Vorbild der pedantischen Belehrungen Plechanows zu dem Schluß, man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen? Nein, Kautsky hat es nicht eilig, nachträglich kurzsichtige und wohlfeile Moralpredigten zu halten. Er *untersucht* die objektiven Daten, die geeignet sind, die Frage zu entscheiden, ob die russische Revolution endgültig niedergeworfen ist.

Vier grundlegende Unterschiede sieht Kautsky zwischen der Pariser Niederlage (1848) und der Moskauer Niederlage (1905) des Proletariats. Erstens, die Niederlage von Paris war die Niederlage ganz Frankreichs. Nichts dergleichen kann man von Moskau sagen. Die Arbeiter von Petersburg, Kiew, Odessa, Warschau und Lodz stehen noch ungebrochen da. Wenn auch von dem furchtbar schweren Kampf erschöpft, der sich nun schon ein volles Jahr hinzieht, sind sie dennoch nicht entmutigt und sammeln nur Kräfte, um das Ringen um die Freiheit von neuem aufzunehmen.

Zweitens, ein noch wesentlicherer Unterschied besteht darin, daß die Bauern 1848 in Frankreich auf seiten der Reaktion standen, während sie 1905 in Rußland auf seiten der Revolution stehen. Bauernaufstände lodern. Ganze Armeen sind aufgeboten, sie zu unterdrücken. Diese Armeen verwüsten das Land, wie nur Deutschland im Dreißigjährigen Krieg verwüstet wurde. Die militärischen Exekutionen mögen die Bauern eine Zeitlang einschüchtern, aber sie vermehren nur ihr Elend, machen ihre Lage noch auswegloser. Sie werden unvermeidlich, ähnlich den Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges, immer wieder neue Menschenmassen erzeugen, die genötigt sind, der bestehenden Ordnung den Krieg zu erklären, die das Land nicht zur Ruhe kommen lassen und bereit sind, sich jedem Aufstand anzuschließen.

Der dritte, außerordentlich wichtige Unterschied ist der folgende: Die Revolution von 1848 war vorbereitet worden durch die Krise und die Hungersnot von 1847. Die Reaktion stützte sich auf das Ende der Krise und den Aufschwung der Industrie. „Das jetzige Schreckensregiment in Rußland muß dagegen zur Verschärfung der wirtschaftlichen Depression führen, die seit Jahren auf dem Lande lastet." Die Hungersnot von 1905 wird sich erst in den kommenden Monaten voll auswirken. Die Niederwerfung der Revolution ist ein großer Bürgerkrieg, ein Krieg gegen das ganze Volk. Dieser Krieg ist nicht minder kostspielig als der auswärtige

Krieg, wobei er kein fremdes, sondern das eigene Land zerstört. Ein finanzieller Zusammenbruch steht bevor. Und außerdem drohen die neuen Handelsverträge Rußland stärkstens zu erschüttern, ja sie können eine allgemeine ökonomische Weltkrise hervorrufen. Je länger also die Schreckensherrschaft der Reaktion dauert, desto verzweifelter wird die ökonomische Lage des Landes, desto gewaltiger schwillt die Empörung gegen das fluchwürdige Regime an. „Das ist eine Situation", sagt Kautsky, „die jede kraftvolle Erhebung gegen den Zarismus unwiderstehlich macht. Und an dieser Erhebung wird es nicht fehlen. Dafür wird das Proletariat Rußlands sorgen, das schon so viele herrliche Proben seines Heldenmuts und seiner Selbstlosigkeit abgelegt hat."

Der vierte von Kautsky aufgezeigte Unterschied ist für die russischen Marxisten von besonderem Interesse. Bei uns ist augenblicklich leider ein zahnloses, im Grunde rein kadettisches Gekicher über „Brownings" und „Kampfgruppen" im Schwange. Zu sagen, der Aufstand sei aussichtslos und es habe keinen Sinn mehr, ihn vorzubereiten, diese von Marx bewiesene Kühnheit und Offenheit bringt niemand auf. Aber über die militärischen Aktionen der Revolutionäre zu kichern, lieben wir sehr. Wir nennen uns Marxisten, aber vor einer Analyse der *militärischen* Seite des Aufstands (der Marx und Engels stets große Bedeutung beigemessen haben[48]) drücken wir uns lieber, indem wir mit unnachahmlich erhabenem Doktrinarismus erklären: „Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen." Kautsky verfährt anders. Wie wenig Angaben er zunächst auch über den Aufstand besaß, ist er dennoch bemüht, sich auch in die militärische Seite der Frage hineinzudenken. Er ist bemüht, die Bewegung als eine neue, von den Massen erarbeitete Form des Kampfes zu würdigen und nicht so, wie unsere revolutionären Kuropatkin* Schlachten beurteilen: Was man dir gibt, das nimm; wenn man dich schlägt, dann laufe; und bist du geschlagen worden, nun, so hätte man eben nicht zu den Waffen greifen sollen!

„Beide – die Pariser Junischlacht, und die Moskauer Dezemberschlacht – waren Barrikadenkämpfe", sagt Kautsky, „aber jene bildete die Katastrophe, den Abschluß der alten Barrikadentaktik; diese die Inaugurierung einer neuen

* A. N. Kuropatkin – russischer General, 1898–1904 Kriegsminister, im Russisch-Japanischen Krieg 1904/05 Oberbefehlshaber der russischen Armee in der Mandschurei. Prototyp eines Niederlagenstrategen. *Die Red.*

Barrikadentaktik. Und insofern haben wir die Anschauung zu revidieren, die Friedrich Engels in seiner Einleitung zu den Marxschen ‚Klassenkämpfen' niedergelegt, die Anschauung, als sei die Zeit der Barrikadenkämpfe endgültig vorbei.[49] Nur die Zeit der *alten* Barrikadentaktik ist vorbei. Das hat die Schlacht von Moskau bewiesen, wo es einem Häuflein Insurgenten gelang, sich gegen überlegene, mit allen Mitteln der modernen Artillerie ausgerüstete Streitkräfte zwei Wochen lang zu behaupten."

So urteilt Kautsky. Er stimmt keinen Grabgesang auf den Aufstand an, weil der erste Versuch mit einem Mißerfolg geendet hat. Er nörgelt nicht über den Mißerfolg, sondern *erforscht* das Entstehen und Wachsen der neuen, höheren Kampfform, er untersucht, welche Bedeutung die Desorganisation und Unzufriedenheit in der Truppe, die Unterstützung der Arbeiter durch die städtische Bevölkerung, die Verbindung des Massenstreiks mit dem Aufstand hat. Er untersucht, wie das Proletariat den Aufstand *erlernt*. Er revidiert die veralteten militärischen Theorien, wodurch er die ganze Partei auffordert, die Erfahrungen Moskaus zu verarbeiten und zu übernehmen. Er betrachtet die ganze Bewegung als einen Übergang vom Streik zum Aufstand und ist bemüht, sich darüber klarzuwerden, wie die Arbeiter das eine mit dem anderen kombinieren müssen, um Erfolg zu haben.

Kautsky schließt seinen Artikel mit den Worten: „Das sind die Lehren von Moskau. Inwieweit sie auf die Formen der kommenden Kämpfe Einfluß haben werden, kann heute von hier aus" (d. h. von Deutschland aus) „unmöglich vorausgesehen werden. Haben wir es doch bei allen den bisherigen Aktionen der russischen Revolution mit spontanen Ausbrüchen unorganisierter Massen zu tun gehabt, war doch keine einzige dieser Aktionen vorher geplant und vorbereitet, und so wird es wohl auch weiterhin noch eine Weile der Fall sein.

Lassen sich aber die kommenden Formen des Kampfes heute noch nicht bestimmt erkennen, so bezeugt doch alles, daß wir mit Notwendigkeit weitere Kämpfe zu erwarten haben, daß die unheimliche Ruhe nur die vor dem Sturme ist. Die Bewegung des Oktober hat den Massen in Stadt und Land gezeigt, welcher Kraftentfaltung sie fähig sind, die Reaktion des Januar hat sie dann aber in einen qualvollen Abgrund gestoßen, in dem sie alles erregt und empört, und dem zu entkommen ihnen kein Preis zu hoch sein kann. Bald richten sie sich rasselnd wieder in die Höh', bald

kehren sie reisiger wieder! Mag das Gelichter der Gegenrevolution seinen Karneval über den Leichen der erschlagenen Freiheitshelden tanzen: schon naht sein Aschermittwoch, und danach Rote Ostern, die Auferstehung der *proletarischen Revolution.*"

III

Die von uns umrissene Frage ist die Grundfrage der ganzen sozialdemokratischen Taktik. Der bevorstehende Parteitag muß in erster Linie diese Frage völlig klar und unzweideutig entscheiden, und alle Parteimitglieder, alle klassenbewußten Arbeiter müssen unverzüglich alle ihre Kräfte anspannen, um allseitiges Material für die Entscheidung dieser Frage zusammenzutragen, sie zu erörtern und zum Parteitag Delegierte zu entsenden, die auf ihre ernste und verantwortungsvolle Aufgabe gut vorbereitet sind.

Die Wahlen zum Parteitag müssen auf Grund einer restlosen Klärung der taktischen Plattformen erfolgen. Und diese oder jene folgerichtige und schlüssige Antwort auf die hier aufgeworfene Frage nimmt im Grunde die Entscheidung über alle Einzelheiten der sozialdemokratischen taktischen Plattform vorweg.

Entweder – oder.

Entweder sind wir der Meinung, daß gegenwärtig „von einer wirklichen Revolution keine Rede sein kann". Dann müssen wir das geradeheraus und auf das entschiedenste in aller Öffentlichkeit erklären, um weder uns selbst noch das Proletariat und das Volk irrezuführen. Dann müssen wir es, als *unmittelbare* Aufgabe des Proletariats, unbedingt ablehnen, die demokratische Revolution zu Ende zu führen. Dann sind wir verpflichtet, den Aufstand vollständig von der Tagesordnung abzusetzen und alle Arbeiten zur Bewaffnung und Organisierung der Kampfgruppen einzustellen, denn es ist einer Arbeiterpartei unwürdig, mit dem Aufstand zu spielen. Dann müssen wir anerkennen, daß sich die Kräfte der revolutionären Demokratie erschöpft haben, und es uns zur unmittelbaren Aufgabe machen, diese oder jene Schichten der liberalen Demokratie als der realen oppositionellen Kraft unter einem konstitutionellen Regime zu unterstützen. Dann müssen wir die Reichsduma als ein Parlament,

wenn auch als ein schlechtes, ansehen und uns nicht nur an den Wahlen, sondern auch an der Duma selbst beteiligen. Dann müssen wir die Legalisierung der Partei in den Vordergrund rücken, das Parteiprogramm entsprechend ändern und die ganze Arbeit dem „gesetzlichen" Rahmen anpassen oder zumindest der illegalen Arbeit einen minimalen und untergeordneten Platz einräumen. Dann können wir die Organisierung von Gewerkschaftsverbänden als eine ebenso erstrangige Parteiaufgabe anerkennen, wie es in der vorangegangenen historischen Periode der bewaffnete Aufstand war. Dann müssen wir auch die revolutionären Losungen der Bauernbewegung (wie die Konfiskation der Gutsbesitzerländereien) von der Tagesordnung absetzen, denn solche Losungen sind praktisch Losungen des Aufstands, aber zum Aufstand aufzurufen, ohne sich militärisch ernsthaft auf ihn vorzubereiten, ohne an ihn zu glauben, wäre ein unwürdiges Spiel mit dem Aufstand. Dann müssen wir alles Gerede nicht nur von der provisorischen revolutionären Regierung, sondern auch von der sog. „revolutionären Selbstverwaltung" über Bord werfen, denn die Erfahrung hat gezeigt, daß diese Einrichtungen, ob sie nun mit diesen Termini richtig oder falsch bezeichnet werden, durch die Logik der Dinge faktisch zu Organen des Aufstands, zu Keimformen einer revolutionären Regierung werden.

Oder wir sind der Meinung, daß gegenwärtig von einer wirklichen Revolution gesprochen werden kann und muß, sind der Meinung, daß neue und höhere Formen des unmittelbar revolutionären Kampfes unvermeidlich oder zumindest sehr wahrscheinlich sind. Dann muß die politische Hauptaufgabe des Proletariats, der Nerv seiner ganzen Arbeit, die Seele seiner gesamten organisierten *Klassen*tätigkeit darin bestehen, *die demokratische Revolution zu Ende zu führen.* Alle Ausflüchte vor dieser Aufgabe wären dann lediglich eine Herabwürdigung des Klassenkampfbegriffs zu seiner Auslegung durch Brentano[50] und eine Verwandlung des Proletariats in Handlanger der liberalen monarchistischen Bourgeoisie. Dann ist die dringendste und zentrale politische Aufgabe der Partei die Vorbereitung der Kräfte und die Organisierung des Proletariats zum bewaffneten Aufstand als der von der Bewegung erreichten höchsten Form des Kampfes. Dann ist es Pflicht, alle Erfahrungen des Dezemberaufstands für die allerunmittelbarsten praktischen Zwecke kritisch zu studieren. Dann muß man mit verzehnfachter Energie Kampfgruppen organisieren

und bewaffnen. Dann muß man sich auch durch Partisanenkampfaktionen auf den Aufstand vorbereiten, denn es wäre lächerlich, sich durch bloße Eintragung und Registrierung „vorbereiten" zu wollen. Dann muß man den Bürgerkrieg als erklärt und fortdauernd betrachten, wobei die *gesamte* Tätigkeit der Partei dem Prinzip untergeordnet sein muß: Wenn schon Krieg, dann wie im Krieg! Dann ist es unbedingt notwendig, die Kader des Proletariats zu *offensiven* Kampfhandlungen zu erziehen. Dann ist es logisch und konsequent, revolutionäre Losungen in die Bauernmasse zu werfen. Die Aufgabe, mit der revolutionären und nur der revolutionären Demokratie Kampfabkommen zu treffen, rückt in den Vordergrund: als Grundlage für die Teilung der bürgerlichen Demokratie dient eben die Frage des Aufstands. Wer für den Aufstand ist, mit dem wird das Proletariat „vereint schlagen", wenn auch „getrennt marschieren"; wer gegen den Aufstand ist, den werden wir schonungslos bekämpfen oder als verächtlichen Heuchler und Jesuiten von uns weisen (die Kadetten). In der ganzen Agitation stellen wir dann die Kritik und die Entlarvung der konstitutionellen Illusionen vom Standpunkt des offenen Bürgerkriegs an die Spitze, heben wir die Umstände und Bedingungen hervor, die unweigerlich elementare revolutionäre Ausbrüche vorbereiten. Die Duma betrachten wir dann nicht als ein Parlament, sondern als eine Polizeikanzlei, und lehnen jegliche Beteiligung an der Wahlkomödie als das Proletariat demoralisierend und desorganisierend ab. Als Grundlage für die Organisation der Partei der Arbeiterklasse betrachten wir dann (wie Marx 1849 gesagt hat) eine „starke geheime Organisation", die einen besonderen Apparat fürs „öffentliche Wirken" besitzen und besondere Fühler in alle legalen Vereinigungen und Einrichtungen, von den Arbeitergewerkschaften bis zur behördlich erlaubten Presse, ausstrecken muß.

Kurz gesagt: Entweder müssen wir die demokratische Revolution als beendet ansehen, den Aufstand von der Tagesordnung absetzen und den „konstitutionellen" Weg beschreiten. Oder wir betrachten die demokratische Revolution als fortdauernd, stellen die Aufgabe ihrer Vollendung in den Vordergrund, propagieren die Losung des Aufstands und setzen sie in die Tat um, proklamieren den Bürgerkrieg und brandmarken schonungslos alle konstitutionellen Illusionen.

Wir brauchen dem Leser wohl kaum zu erklären, daß wir entschieden für die *zweite* Lösung der vor unserer Partei stehenden Frage sind. Die

beiliegende taktische Plattform soll unsere Auffassungen, die wir auf dem Parteitag und während der ganzen Vorbereitungsarbeit zum Parteitag vertreten werden, zusammenfassen und systematisch darlegen. Diese Plattform ist nicht als etwas Abgeschlossenes zu betrachten, sondern als kurze Erläuterung der taktischen Fragen und als erste Skizze der Resolutionen und Beschlüsse, für die wir uns auf dem Parteitag einsetzen werden. Diese Plattform wurde in privaten Zusammenkünften von Gleichgesinnten aus den Reihen der ehemaligen „Bolschewiki" (darunter Redakteuren und Mitarbeitern des „Proletari") besprochen und stellt die Frucht einer kollektiven Arbeit dar.

„Partinyje Iswestija" Nr. 2,
20. März 1906.
Unterschrift: Ein Bolschewik.

Nach dem Text der „Partinyje Iswestija".

TAKTISCHE PLATTFORM ZUM VEREINIGUNGSPARTEITAG DER SDAPR

Resolutionsentwürfe zum Vereinigungsparteitag der SDAPR[51]

Veröffentlicht in den „Partinyje Iswestija" Nr. 2, 20. März 1906.

Nach dem Text der „Partinyje Iswestija".

Die elf Resolutionen, die wir dem Leser vorlegen, sind von einer Gruppe von Gleichgesinnten – ehemaligen Redakteuren und Mitarbeitern des „Proletari" und einigen Praktikern – verfaßt worden. Es ist kein abgeschlossener Entwurf, sondern eine Skizze, die eine möglichst vollständige Vorstellung von der Gesamtheit aller taktischen Auffassungen eines bestimmten Teils der Partei vermitteln und die jetzt in allen Zirkeln und Organisationen unserer Partei auf Aufforderung des Vereinigten Zentralkomitees eröffnete systematische Diskussion erleichtern soll.

Die taktischen Resolutionen sind abgestimmt auf die in dem bekannten Flugblatt des VZK vorgeschlagene Tagesordnung des Parteitags.[52] Jedoch sind die Parteimitglieder durchaus nicht verpflichtet, sich auf diese Tagesordnung zu beschränken. Im Interesse einer vollständigen Darlegung aller taktischen Auffassungen haben wir es für unbedingt notwendig gehalten, zwei Fragen hinzuzufügen, die in der Tagesordnung des VZK nicht enthalten sind, nämlich „Der gegenwärtige Abschnitt der demokratischen Revolution" und „Die Klassenaufgaben des Proletariats im gegenwärtigen Abschnitt der demokratischen Revolution". Ohne Klärung dieser Fragen ist es unmöglich, die mehr ins einzelne gehenden Fragen der Taktik zu erörtern. Wir schlagen deshalb dem Parteitag vor, in seine Tagesordnung den allgemeinen Punkt „Der gegenwärtige Abschnitt der demokratischen Revolution und die Klassenaufgaben des Proletariats" aufzunehmen.

Was das Agrarprogramm und das Verhältnis zur Bauernbewegung betrifft, so bedarf es zu dieser Frage einer besonderen Broschüre.* Außer-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 157–189. *Die Red.*

dem hat das VZK eine besondere Kommission eingesetzt, die ein Referat darüber an den Parteitag vorbereitet.[53]

Indem wir unsere Rohentwürfe der Resolutionen veröffentlichen, fordern wir alle Parteimitglieder auf, sich an ihrer Erörterung, Berichtigung und Ergänzung zu beteiligen. Schriftliche Stellungnahmen und Vorschläge können zwecks Weiterleitung an die Gruppe, die die Resolutionsentwürfe ausgearbeitet hat, über die Organisationen unserer Partei an das Sankt-Petersburger Komitee der SDAPR gerichtet werden.

DER GEGENWÄRTIGE ABSCHNITT DER DEMOKRATISCHEN REVOLUTION

In der Erwägung:

1. daß bei der Massenvernichtung von Produktivkräften und der beispiellosen Verelendung des Volkes die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Rußland jetzt durchmacht, weit davon entfernt ist, schwächer zu werden, sondern sich im Gegenteil ausweitet und verschärft und zu einer furchtbaren Arbeitslosigkeit in den Städten und zur Hungersnot auf dem Lande führt;

2. daß zwar in den Reihen der Großkapitalisten- und Gutsbesitzerklasse, die durch die ihre Privilegien und Räuberinteressen bedrohende revolutionäre Aktivität des Volkes erschreckt ist, eine schroffe Wendung von der Opposition zum Paktieren mit der Selbstherrschaft zwecks Niederschlagung der Revolution erfolgt, dafür aber in neuen Schichten des Kleinbürgertums und der Bauernschaft die Forderungen nach tatsächlicher Verwirklichung der politischen Freiheit und nach sozial-ökonomischen Umgestaltungen um sich greifen und stärker werden;

3. daß die heutige reaktionäre Regierung, die danach trachtet, die alte Selbstherrschaft faktisch aufrechtzuerhalten, und die alle von ihr proklamierten Freiheiten mit Füßen tritt, den Oberschichten der besitzenden Klassen lediglich beratende Stimme zugesteht, die Volksvertretung gröblich verfälscht, im ganzen Lande ein Regime von militärischen Repressalien, bestialischen Exekutionen und Massenhinrichtungen einführt und die polizeilich-behördliche Willkür in einem nie dagewesenen Umfang steigert, dadurch in breiten Schichten der Bourgeoisie Gärung und

Unzufriedenheit, in den Massen des Proletariats und der Bauernschaft aber Erbitterung und Empörung hervorruft und den Boden für eine neue, noch umfassendere und schärfere politische Krise vorbereitet;

4. daß der Gang der Ereignisse Ende 1905 – die Massenstreiks in den Städten, die Empörung auf dem Lande und der bewaffnete Dezemberaufstand, hervorgerufen durch das Bestreben, die vom Volk errungenen und von der Regierung geraubten Freiheiten zu verteidigen, und dann die schonungslose militärische Unterdrückung der Befreiungsbewegung – die Eitelkeit der konstitutionellen Illusionen gezeigt und den breiten Massen des Volkes die Augen geöffnet hat über die Schädlichkeit solcher Illusionen in einer Zeit, da der Kampf um die Freiheit die Intensität des offenen Bürgerkriegs erreicht hat;

erklären wir und beantragen, der Parteitag wolle beschließen:

1. die demokratische Revolution in Rußland flaut keineswegs ab, sondern geht im Gegenteil einem neuen Aufschwung entgegen, und die jetzige Periode verhältnismäßiger Ruhe ist nicht als eine Niederlage der revolutionären Kräfte zu betrachten, sondern als eine Periode der Sammlung revolutionärer Energie, der Aneignung aller politischen Erfahrungen der durchlaufenen Stadien, der Einbeziehung neuer Volksschichten in die Bewegung und folglich der Vorbereitung eines neuen, noch machtvolleren revolutionären Ansturms;

2. die Hauptform der Befreiungsbewegung in der Gegenwart ist nicht der legale Kampf auf quasi-konstitutionellem Boden, sondern die unmittelbar-revolutionäre Bewegung der breiten Volksmassen, die die polizeilichen und fronherrschaftlichen Gesetze zerbrechen, ein revolutionäres Recht schaffen und die Organe zur Unterdrückung des Volkes gewaltsam zerstören;

3. die Interessen des Proletariats als der fortgeschrittensten Klasse der modernen Gesellschaft erheischen einen schonungslosen Kampf gegen die konstitutionellen Illusionen, welche die liberal-monarchistische Bourgeoisie (darunter auch die Partei der konstitutionellen Demokraten) verbreitet, um dahinter ihre engen Klasseninteressen zu verbergen, und welche in der Periode des Bürgerkriegs einen äußerst korrumpierenden Einfluß auf das politische Bewußtsein des Volkes ausüben.

DER BEWAFFNETE AUFSTAND

In der Erwägung:

1. daß uns die ganze Geschichte der gegenwärtigen demokratischen Revolution in Rußland im großen und ganzen einen unentwegten Aufstieg der Bewegung zu entschiedenen und offensiven Formen des Kampfes gegen die Selbstherrschaft zeigt, die immer mehr Massencharakter annehmen und das ganze Land erfassen;

2. daß der politische Streik im Oktober, der die Bulyginsche Duma vereitelte und die absolutistische Regierung zwang, die Grundlagen der politischen Freiheit zu proklamieren, die gigantische Kraft des Proletariats und die Möglichkeit seines einmütigen Auftretens in ganz Rußland, selbst bei allen Mängeln der Klassenorganisationen, gezeigt hat;

3. daß sich der friedliche Generalstreik beim weiteren Anwachsen der Bewegung als unzulänglich erwiesen und sich herausgestellt hat, daß seine partielle Anwendung das Ziel nicht erreicht und die Kräfte des Proletariats desorganisiert;

4. daß dann die ganze revolutionäre Bewegung mit elementarer Gewalt zum bewaffneten Aufstand vom Dezember geführt hat, als nicht nur das Proletariat, sondern auch neue Kräfte der städtischen Armut und der Bauernschaft zu den Waffen griffen, um die vom Volk errungenen Freiheiten gegen die Anschläge der reaktionären Regierung zu behaupten;

5. daß der Dezemberaufstand eine neue Barrikadentaktik hervorgebracht und überhaupt die Möglichkeit eines offenen bewaffneten Kampfes des Volkes selbst gegen moderne Truppen bewiesen hat;

6. daß in den Volksmassen, nachdem trotz der konstitutionellen Versprechungen eine Militär- und Polizeidiktatur eingeführt worden ist, das Bewußtsein der Notwendigkeit heranreift, um die reale Macht zu kämpfen, die das revolutionäre Volk nur im offenen Kampf gegen die Kräfte der Selbstherrschaft erobern kann;

7. daß die Selbstherrschaft ihre eigenen militärischen Kräfte schwächt und demoralisiert, indem sie diese einsetzt, um die Bevölkerung, von der sie ein Teil sind, mit Waffengewalt zu unterwerfen, indem sie die herangereiften und von allen ehrlichen Elementen der Armee geforderten Reformen im Militärwesen nicht durchführt, keine Maßnahmen zur Erleichterung der verzweifelten Lage der Reservisten ergreift und die Forderungen

der Soldaten und Matrosen lediglich mit einer Verstärkung des strengen Polizeiregimes in den Kasernen beantwortet;

erklären wir und beantragen, der Parteitag wolle beschließen:

1. der bewaffnete Aufstand ist gegenwärtig nicht nur ein notwendiges Mittel des Kampfes um die Freiheit, sondern eine faktisch schon erreichte Stufe der Bewegung, eine Stufe, die kraft des Heranwachsens und der Zuspitzung einer neuen politischen Krise den Übergang von defensiven zu offensiven Formen des bewaffneten Kampfes einleitet;

2. der politische Generalstreik ist im gegenwärtigen Zeitabschnitt der Bewegung nicht so sehr als ein selbständiges Kampfmittel denn vielmehr als ein Hilfsmittel für den Aufstand zu betrachten; daher ist es wünschenswert, die Wahl des Zeitpunkts für einen solchen Streik, die Wahl des Ortes und der Arbeitszweige, die er erfassen soll, dem Zeitpunkt und den Bedingungen der Hauptform des Kampfes, des bewaffneten Aufstands, unterzuordnen;

3. in der Propaganda- und Agitationsarbeit der Partei muß verstärkte Aufmerksamkeit darauf gerichtet werden, die praktischen Erfahrungen des Dezemberaufstands zu studieren, seine militärische Seite zu kritisieren und die unmittelbaren Lehren für die Zukunft zu ziehen;

4. es ist eine noch energischere Tätigkeit zu entfalten, um die Zahl der Kampfgruppen zu vergrößern, ihre Organisation und ihre Versorgung mit Waffen aller Art zu verbessern, wobei die Kampfgruppen, wie die Erfahrung gelehrt hat, nicht nur aus Mitgliedern der Partei, sondern auch aus mit ihr Sympathisierenden oder völlig Parteilosen organisiert werden müssen;

5. es ist notwendig, die Arbeit in den Truppen zu verstärken, wobei man im Auge behalten muß, daß für den Erfolg der Bewegung die Gärung in den Truppen allein nicht genügt, sondern daß eine direkte Verständigung mit organisierten, revolutionär-demokratischen Elementen der Truppe zwecks entschiedenster offensiver Aktionen gegen die Regierung erforderlich ist;

6. im Hinblick auf die anwachsende Bauernbewegung, die in nächster Zukunft zu einem richtigen Aufstand aufflammen kann, ist es wünschenswert, daß Anstrengungen gemacht werden, um ein einheitliches Vorgehen der Arbeiter und der Bauern herbeizuführen und möglichst gemeinsame und gleichzeitige Kampfaktionen zu organisieren.

PARTISANENKAMPFAKTIONEN

In der Erwägung:

1. daß es seit dem Dezemberaufstand fast nirgends in Rußland zur völligen Einstellung der Kampfhandlungen gekommen ist, die jetzt von seiten des revolutionären Volkes in einzelnen Partisanenüberfällen auf den Feind zum Ausdruck kommen;

2. daß derartige Partisanenaktionen, die beim Vorhandensein zweier feindlicher bewaffneter Kräfte und beim Wüten der vorübergehend triumphierenden militärischen Unterdrückung unvermeidlich sind, zugleich der Desorganisierung des Feindes dienen und die kommenden offenen bewaffneten Massenaktionen vorbereiten;

3. daß derartige Aktionen auch für die Kampferziehung und militärische Ausbildung unserer Kampfgruppen notwendig sind, die sich während des Dezemberaufstands an vielen Orten praktisch als unvorbereitet auf die für sie neue Sache erwiesen haben;

erklären wir und beantragen, der Parteitag wolle beschließen:

1. die Partei muß die Partisanenaktionen der Kampfgruppen, die zur Partei gehören oder sich an sie anlehnen, als prinzipiell zulässig und in der gegenwärtigen Periode zweckmäßig anerkennen;

2. die Partisanenkampfaktionen müssen so geartet sein, daß sie der Aufgabe Rechnung tragen, Kader von Führern der Arbeitermassen während des Aufstands zu erziehen und Erfahrung in überraschenden Angriffshandlungen zu vermitteln;

3. als unmittelbare Hauptaufgabe solcher Aktionen ist die Zerstörung des Regierungs-, Polizei- und Militärapparats zu betrachten sowie der schonungslose Kampf gegen die aktiven Schwarzhunderterorganisationen, die der Bevölkerung gegenüber zu Gewalt greifen und sie einzuschüchtern suchen;

4. Kampfaktionen sind gleichfalls zulässig, um Geldmittel, die dem Feind, d. h. der absolutistischen Regierung gehören, zu erbeuten und diese Mittel für die Erfordernisse des Aufstands zu verwenden, wobei streng darauf zu achten ist, daß die Interessen der Bevölkerung möglichst geschont werden;

5. die Partisanenkampfaktionen müssen unter Kontrolle der Partei durchgeführt werden, und zwar so, daß die Kräfte des Proletariats nicht

unnütz vergeudet werden und daß dabei die Bedingungen der Arbeiterbewegung in dem betreffenden Ort und die Stimmung der breiten Massen berücksichtigt werden.

DIE PROVISORISCHE REVOLUTIONÄRE REGIERUNG UND DIE ÖRTLICHEN ORGANE DER REVOLUTIONÄREN STAATSMACHT

In der Erwägung:

1. daß die revolutionäre Bewegung gegen die absolutistische Regierung beim Übergang zum bewaffneten Kampf bislang die Form isolierter örtlicher Aufstände angenommen hat;

2. daß in diesem offenen Kampf die Elemente der örtlichen Bevölkerung, die zum entschlossenen Vorgehen gegen die alte Staatsmacht fähig sind (fast ausschließlich das Proletariat und die fortgeschrittensten Schichten des Kleinbürgertums), vor die Notwendigkeit gestellt waren, Organisationen zu schaffen, die faktisch Keimformen einer neuen, revolutionären Staatsmacht darstellten – Sowjets der Arbeiterdeputierten in Petersburg, Moskau und anderen Städten, Sowjets der Soldatendeputierten in Wladiwostok, Krasnojarsk usw., Eisenbahnerkomitees in Sibirien und im Süden, Bauernkomitees im Gouvernement Saratow, städtische Revolutionskomitees in Noworossisk und anderen Städten und schließlich gewählte ländliche Organe im Kaukasus und im Baltikum;

3. daß entsprechend der anfänglichen, der Keimform des Aufstands diese seine Organe genauso isoliert, zufällig, in ihrem Handeln unentschlossen waren und sich nicht auf eine organisierte bewaffnete Macht der Revolution stützten, weshalb sie bei den ersten Angriffshandlungen der konterrevolutionären Armeen unvermeidlich zum Untergang verurteilt waren;

4. daß nur eine provisorische revolutionäre Regierung als Organ des siegreichen Aufstands imstande ist, jeglichen Widerstand der Reaktion zu brechen, die volle Freiheit der Wahlagitation zu gewährleisten und eine auf Grund allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Abstimmung gewählte konstituierende Versammlung einzuberufen, die praktisch die Herrschaft des Volkes zu verwirklichen und die sozial-öko-

nomischen Minimalforderungen des Proletariats in die Tat umzusetzen vermag;

erklären wir und beantragen, der Parteitag wolle beschließen:

1. damit die Revolution zu Ende geführt wird, erhebt sich heute vor dem Proletariat die dringende Aufgabe, gemeinsam mit der revolutionären Demokratie dahin zu wirken, daß der Aufstand zusammengefaßt und als zusammenfassendes Organ dieses Aufstands eine provisorische revolutionäre Regierung gebildet wird;

2. eine der Bedingungen, um die Aufgaben der revolutionären Regierung erfolgreich zu lösen, besteht in der Schaffung von Organen der örtlichen revolutionären Selbstverwaltung in allen Städten und Gemeinden, die sich dem Aufstand anschließen, auf Grund allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahlen;

3. die Teilnahme von Beauftragten unserer Partei an einer provisorischen revolutionären Regierung gemeinsam mit der revolutionären bürgerlichen Demokratie ist je nach dem Kräfteverhältnis statthaft, aber an die Bedingung zu knüpfen, daß die Beauftragten der Partei formell von ihr kontrolliert werden und faktisch die selbständigen Interessen der Arbeiterklasse verfechten und die Unabhängigkeit der Sozialdemokratie, die die völlige sozialistische Umwälzung anstrebt und insofern allen bürgerlichen Parteien unversöhnlich feindlich gegenübersteht, unentwegt wahren;

4. einerlei, ob eine Teilnahme der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung möglich sein wird, ist in den breitesten Schichten des Proletariats der Gedanke zu propagieren, daß ein ständiger Druck auf die provisorische Regierung durch das bewaffnete und von der Sozialdemokratie geführte Proletariat notwendig ist, damit die Errungenschaften der Revolution gesichert, gefestigt und erweitert werden.

DIE SOWJETS DER ARBEITERDEPUTIERTEN

In der Erwägung:

1. daß Sowjets der Arbeiterdeputierten auf dem Boden der politischen Massenstreiks als parteilose Organisationen der breiten Arbeitermassen spontan entstehen;

2. daß sich diese Sowjets im Laufe des Kampfes unvermeidlich ändern, sowohl ihrer Zusammensetzung nach, da sie auch die revolutionärsten Elemente des Kleinbürgertums einbeziehen, als auch dem Inhalt ihrer Tätigkeit nach, da sie aus bloßen Streikorganisationen zu Organen des allgemeinen revolutionären Kampfes werden;

3. daß die Stärke und Bedeutung dieser Sowjets, insofern sie Keimformen der revolutionären Staatsmacht sind, restlos von der Stärke und dem Erfolg des Aufstands abhängen;

erklären wir und beantragen, der Parteitag wolle beschließen:

1. die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands muß sich an den parteilosen Sowjets der Arbeiterdeputierten beteiligen, wobei sie in jedem Sowjet unbedingt möglichst starke Gruppen von Parteimitgliedern bildet und die Tätigkeit dieser Gruppen in strenger Verbindung mit der gesamten Tätigkeit der Partei anleitet;

2. die Schaffung solcher Organisationen zwecks Ausweitung und Vertiefung des Einflusses der Sozialdemokratie auf das Proletariat und des Proletariats auf den Verlauf und den Ausgang der demokratischen Revolution kann unter bestimmten Umständen Aufgabe der Lokalorganisationen unserer Partei sein;

3. zur Teilnahme an den parteilosen Sowjets der Arbeiterdeputierten sollen möglichst breite Schichten der Arbeiter, aber auch Vertreter der revolutionären Demokratie, besonders aus den Reihen der Bauern, Soldaten und Matrosen, herangezogen werden;

4. bei der Ausweitung der Tätigkeit und der Einflußsphäre der Sowjets der Arbeiterdeputierten ist unbedingt darauf hinzuweisen, daß solche Einrichtungen, falls sie sich nicht auf eine revolutionäre Armee stützen und die Regierungsbehörden nicht stürzen (d. h. sich nicht in provisorische revolutionäre Regierungen verwandeln), unvermeidlich zum Untergang verurteilt sind; daher muß die Bewaffnung des Volkes und die Verstärkung der militärischen Organisation des Proletariats als eine Hauptaufgabe dieser Einrichtungen in jeder revolutionären Situation betrachtet werden.

DIE STELLUNG ZU DEN BÜRGERLICHEN PARTEIEN

In der Erwägung:

1. daß die Sozialdemokratie stets die Notwendigkeit anerkannt hat, jede oppositionelle und revolutionäre Bewegung zu unterstützen, die sich gegen die in Rußland bestehende gesellschaftliche und politische Ordnung richtet;

2. daß es gegenwärtig, wo die Revolution zum offenen Auftreten der verschiedenen Klassen führt und sich auf diesem Boden politische Parteien herauszubilden beginnen, eine dringende Aufgabe der Sozialdemokratie ist, den Klasseninhalt dieser Parteien festzustellen, das gegenseitige Verhältnis der Klassen im gegebenen Zeitpunkt in Betracht zu ziehen und dementsprechend die eigene Haltung gegenüber den verschiedenen Parteien festzulegen;

3. daß die Hauptaufgabe der Arbeiterklasse im gegenwärtigen Zeitpunkt darin besteht, die demokratische Revolution zu Ende zu führen, und daß die Sozialdemokratie daher bei der Festlegung ihres Verhältnisses zu den anderen Parteien insbesondere darauf achten muß, inwieweit diese oder jene Partei dieses Ziel aktiv zu fördern vermag;

4. daß von diesem Standpunkt aus alle in Rußland bestehenden nicht sozialdemokratischen Parteien (die reaktionären ausgenommen) in zwei Hauptgruppen zerfallen: liberal-monarchistische Parteien und revolutionär-demokratische Parteien;

erklären wir und beantragen, der Parteitag wolle beschließen:

1. der rechte Flügel der liberal-monarchistischen Parteien (Verband vom 17. Oktober, Partei der Rechtsordnung, Handels- und Industriepartei usw.) stellt Klassenorganisationen der Gutsbesitzer und der großen Handels- und Industriebourgeoisie dar, die offenkundig konterrevolutionär sind, aber noch keinen endgültigen Pakt über die Teilung der Macht mit der autokratischen Bürokratie geschlossen haben; die Partei des Proletariats muß, während sie diesen noch nicht beigelegten Konflikt für ihre Zwecke ausnutzt, zugleich den schonungslosesten Kampf gegen diese Parteien führen;

2. die liberal-monarchistischen Parteien des linken Flügels (die Partei demokratischer Reformen, die konstitutionellen Demokraten usw.), die keine ausgeprägten Klassenorganisationen sind, schwanken ständig zwi-

schen dem demokratischen Kleinbürgertum und den konterrevolutionären Elementen der Großbourgeoisie, zwischen dem Bestreben, sich auf das *Volk zu stützen, und der Furcht vor der revolutionären Aktivität des Volkes*, und gehen in ihren Bestrebungen nicht über den Rahmen einer geordneten bürgerlichen Gesellschaft hinaus, die durch die Monarchie und ein Zweikammersystem gegen Anschläge des Proletariats geschützt ist; die Sozialdemokratie muß im Interesse der politischen Erziehung des Volkes die Tätigkeit dieser Parteien ausnutzen, indem sie deren heuchlerisch-demokratischer Phraseologie den konsequenten Demokratismus des Proletariats gegenüberstellt und die von ihnen verbreiteten konstitutionellen Illusionen schonungslos entlarvt;

3. die revolutionär-demokratischen Parteien und Organisationen (die Partei der Sozialrevolutionäre, der Bauernbund, Teile halb gewerkschaftlicher und halb politischer Verbände usw.) bringen weitgehend die Interessen und den Standpunkt der breiten Massen der Bauernschaft und des Kleinbürgertums zum Ausdruck, denn sie treten entschieden gegen den gutsherrlichen Grundbesitz und den Leibeigenschaftsstaat auf, streben eine konsequente Durchführung des Demokratismus an und umhüllen ihre im Grunde genommen bürgerlich-demokratischen Aufgaben mit einer mehr oder minder nebelhaften sozialistischen Ideologie; die Sozialdemokratie hält Kampfabkommen mit solchen Parteien für möglich und notwendig, wobei sie gleichzeitig unentwegt ihren pseudosozialistischen Charakter entlarvt und ihr Bestreben bekämpft, den Klassengegensatz zwischen Proletarier und Kleinbesitzer zu vertuschen;

4. das nächste politische Ziel solcher zeitweiligen Kampfabkommen zwischen der Sozialdemokratie und der revolutionären Demokratie ist es, auf revolutionärem Wege eine vom ganzen Volk gewählte und mit aller Machtfülle ausgestattete konstituierende Versammlung auf Grund allgemeiner, direkter, gleicher und geheimer Wahlen einzuberufen;

5. zeitweilige Kampfabkommen sind im gegebenen Zeitpunkt nur mit Elementen statthaft und zweckmäßig, die den bewaffneten Aufstand als Kampfmittel anerkennen und ihn aktiv unterstützen.

DAS VERHÄLTNIS ZU DEN SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEIEN ANDERER NATIONALITÄTEN

In der Erwägung:

1. daß im Verlauf der Revolution das Proletariat aller Nationalitäten Rußlands durch den gemeinsamen Kampf immer stärker zusammengeschlossen wird;

2. daß dieser gemeinsame Kampf zu einer immer größeren Annäherung der verschiedenen nationalen sozialdemokratischen Parteien Rußlands führt;

3. daß in vielen Städten an Stelle der früheren föderativen Komitees schon einheitliche Komitees aller nationalen sozialdemokratischen Organisationen der betreffenden Gegend gebildet werden;

4. daß die meisten nationalen sozialdemokratischen Parteien gegenwärtig nicht mehr auf dem Prinzip der Föderation bestehen, das vom II. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands mit Recht abgelehnt worden ist;

erklären wir und beantragen, der Parteitag wolle beschließen:

1. es ist notwendig, die energischsten Maßnahmen zur schleunigen Verschmelzung aller nationalen sozialdemokratischen Parteien Rußlands zu einer einheitlichen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands zu ergreifen;

2. die Grundlage für die Vereinigung muß die völlige Verschmelzung aller sozialdemokratischen Organisationen jedes Ortes sein;

3. die Partei muß in der Praxis sicherstellen, daß alle Parteiinteressen und -bedürfnisse des sozialdemokratischen Proletariats der jeweiligen Nationalität befriedigt werden, wobei auch seinen Besonderheiten in Kultur und Lebensweise Rechnung zu tragen ist; Mittel und Wege hierfür können sein: die Veranstaltung von besonderen Konferenzen der Sozialdemokraten der betreffenden Nationalität, die Vertretung nationaler Minderheiten in den lokalen, regionalen und zentralen Körperschaften der Partei, die Bildung besonderer Schriftsteller-, Verleger- und Agitatorengruppen usw.

Anmerkung. Die Vertretung nationaler Minderheiten im ZK der Partei könnte zum Beispiel so organisiert werden, daß der allgemeine Parteitag in das

ZK eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern aus den Reihen der Kandidaten aufnimmt, die durch die Gebietsparteitage jener Gegenden Rußlands nominiert werden, wo gegenwärtig separate sozialdemokratische Organisationen bestehen.

DIE GEWERKSCHAFTEN

In der Erwägung:

1. daß die Sozialdemokratie den ökonomischen Kampf stets als einen Bestandteil des proletarischen Klassenkampfes anerkannt hat;

2. daß umfassende Gewerkschaften, wie das die Erfahrung aller kapitalistischen Länder zeigt, die zweckmäßigste Organisation der Arbeiterklasse für den ökonomischen Kampf sind;

3. daß gegenwärtig das Bestreben breiter Arbeitermassen in Rußland zu beobachten ist, sich zu Gewerkschaften zusammenzuschließen;

4. daß der ökonomische Kampf zu einer dauerhaften Verbesserung der Lage der Arbeitermassen und zur Festigung ihrer wahrhaft klassenmäßigen Organisation nur dann führen kann, wenn er mit dem politischen Kampf des Proletariats richtig verbunden wird;

erklären wir und beantragen, der Parteitag wolle beschließen:

1. alle Parteiorganisationen müssen die Bildung parteiloser Gewerkschaften fördern und alle der Partei angehörenden Vertreter eines bestimmten Berufszweiges zum Eintritt in ihren Gewerkschaftsverband veranlassen;

2. die Partei muß auf jede Weise danach streben, die den Gewerkschaften angehörenden Arbeiter im Geiste eines weitgehenden Verständnisses für den Klassenkampf und die sozialistischen Aufgaben des Proletariats zu erziehen, durch ihre Tätigkeit faktisch die führende Rolle in diesen Gewerkschaften zu erobern und schließlich zu erreichen, daß sich diese Gewerkschaften unter bestimmten Bedingungen der Partei direkt anschließen, wobei jedoch die parteilosen Mitglieder unter keinen Umständen ausgeschlossen werden dürfen.

DIE STELLUNG ZUR REICHSDUMA

In der Erwägung:

1. daß die Reichsduma eine plumpe Fälschung einer Volksvertretung ist, denn:

a) das Wahlrecht ist nicht allgemein und nicht gleich, es ist mehrstufig, die Masse der Arbeiter und Bauern ist faktisch von der Teilnahme an der Reichsduma ausgeschlossen, und das Zahlenverhältnis der Wahlmänner aus den verschiedenen Bevölkerungsgruppen richtet sich nach polizeilichen Gesichtspunkten;

b) dem Umfang ihrer Rechte und dem Verhältnis zum Reichsrat nach ist die Duma ein ohnmächtiges Anhängsel der autokratischen Bürokratie;

c) die Situation, in der die Wahlen vor sich gehen, schließt infolge des Fehlens jeder Agitationsfreiheit, infolge der militärischen Repressalien, der Massenhinrichtungen und Verhaftungen, der polizeilich-behördlichen Willkür die Möglichkeit völlig aus, daß das Volk seinen Willen wirklich zum Ausdruck bringt;

d) mit der Einberufung einer solchen Reichsduma verfolgt die Regierung einzig und allein das Ziel, das Volk zu betrügen, die Selbstherrschaft zu stärken und sich neue finanzielle Gaunereien sowie einen Pakt zwischen ihr und den reaktionären Elementen der Ausbeuterklassen, deren Übergewicht in der Reichsduma gesichert ist, zu erleichtern;

2. daß eine Beteiligung an den Wahlen zur Reichsduma die Entwicklung des Klassenbewußtseins des Proletariats, die Stärkung und Ausdehnung seiner Klassenorganisation und seiner Kampfbereitschaft nicht fördert, sondern eher geeignet ist, das Proletariat zu desorganisieren und zu demoralisieren, denn:

a) eine Beteiligung der Sozialdemokratie an den Wahlen würde im Volk unvermeidlich die konstitutionellen Illusionen und den Glauben nähren, die Wahlen könnten den Willen des Volkes einigermaßen richtig zum Ausdruck bringen, sowie den Eindruck erwecken, die Partei wolle den pseudokonstitutionellen Weg beschreiten;

b) die Kollegien der Arbeiterbevollmächtigten und der Wahlmänner können angesichts ihrer geringen Zahl und der Kurzfristigkeit wie auch der Spezialisierung ihrer Funktionen nichts zu einer wirklichen revolutionären Organisation des Proletariats beitragen;

c) eine Beteiligung an den Wahlen verlagert den Schwerpunkt der Aufmerksamkeit des Proletariats von der revolutionären Bewegung, die ohne Verbindung mit der Duma vor sich geht, auf die Regierungskomödie, verlagert den Schwerpunkt der breiten Massenagitation auf die kleinen Zirkel der Wahlmänner;

d) unsere Beteiligung an den Wahlen kann die sozialdemokratische Erziehung der unaufgeklärtesten Schichten der Volksmassen nicht fördern, die in die Duma gehen, und zwar ausschließlich auf gesetzlichem Wege, den die SDAPR heute nicht beschreiten kann;

e) das Ausscheiden eines Teils der Wahlmänner aus den Gouvernementswahlversammlungen vermag weder die Duma zu vereiteln noch eine breite Volksbewegung hervorzurufen;

3. daß eine Beteiligung an den Wahlen bei der jetzigen politischen Lage die Sozialdemokraten zwingen wird, entweder beiseite zu treten, ohne der Bewegung den geringsten Nutzen gebracht zu haben, oder faktisch zu stillschweigenden Handlangern der Kadetten herabzusinken;

erklären wir und beantragen, der Parteitag wolle beschließen:

1. die SDAPR muß eine Teilnahme an der Reichsduma entschieden ablehnen;

2. die SDAPR muß eine Beteiligung an den Wahlen zur Reichsduma, ganz gleich in welchem Stadium, entschieden ablehnen;

3. die SDAPR muß ausnahmslos alle mit den Wahlen zusammenhängenden Versammlungen auf das energischste ausnutzen, um die Auffassungen der Sozialdemokratie im allgemeinen darzulegen, im einzelnen die Reichsduma schonungslos zu kritisieren und insbesondere zum Kampf für die revolutionäre Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung aufzurufen;

4. die SDAPR muß außerdem die Agitation anläßlich der Duma ausnutzen, um möglichst breite Massen des Volkes mit allen taktischen Ansichten der Partei über die gegenwärtige revolutionäre Situation und alle sich daraus ergebenden Aufgaben bekannt zu machen.

DIE GRUNDLAGEN DER ORGANISATION DER PARTEI

In der Erwägung:

1. daß das Prinzip des demokratischen Zentralismus in der Partei gegenwärtig allgemein anerkannt ist;

2. daß seine Umsetzung in die Tat unter den jetzigen politischen Bedingungen zwar erschwert, aber in gewissen Grenzen dennoch möglich ist;

3. daß die Verquickung des konspirativen und des legalen Apparats der Parteiorganisation sich als äußerst verderblich für die Partei erwiesen hat und den Provokationen der Regierung in die Hände arbeitet;

erklären wir und beantragen, der Parteitag wolle beschließen:

1. das Prinzip der Wählbarkeit muß in den Parteiorganisationen von unten bis oben durchgeführt werden;

2. Abweichungen von diesem Prinzip, beispielsweise zweistufige Wahlen oder Kooptierung in gewählte Körperschaften usw., sind lediglich bei unüberwindlichen polizeilichen Hindernissen und in besonders vorgesehenen Ausnahmefällen zulässig;

3. die Erhaltung und Festigung des konspirativen Kerns der Parteiorganisation ist dringend notwendig;

4. für offenes Auftreten jeder Art (in der Presse, in Versammlungen, in Verbänden, besonders gewerkschaftlichen, usw.) müssen besondere Abteilungen der Organisationen eingerichtet werden, die unter keinen Umständen der Unversehrtheit der konspirativen Zellen abträglich sein dürfen;

5. es darf nur eine einzige Zentralinstanz der Partei geben, d. h., der allgemeine Parteitag muß ein einheitliches ZK wählen, das die Redaktion des ZO der Partei usw. einsetzt.

DIE REVISION DES AGRARPROGRAMMS DER ARBEITERPARTEI[54]

Geschrieben in der zweiten Märzhälfte 1906.

Veröffentlicht Anfang April 1906 als Broschüre im Verlag „Nascha Mysl" (Unser Gedankengut).

Nach dem Text der Broschüre.

КНИГОИЗДАТЕЛЬСТВО „НАША МЫСЛЬ“
Петербургъ, Литейный, 60, кв. 9.

Н. ЛЕНИНЪ.

Пересмотръ аграрной программы РАБОЧЕЙ ПАРТІИ.

№ 1.

Цѣна 10 коп.

С.-ПЕТЕРБУРГЪ.
1906.

Umschlag von W. I. Lenins Broschüre
„Die Revision des Agrarprogramms der Arbeiterpartei"
1906

Verkleinert

Die Notwendigkeit, das Agrarprogramm der Arbeiterpartei zu revidieren, wird heute von allen anerkannt. Die letzte Konferenz der „Mehrheit" (Dezember 1905) hat diese spruchreif gewordene Frage formell aufgeworfen, und sie ist auch schon auf die Tagesordnung des Vereinigungsparteitags gesetzt.

Wir beabsichtigen, zunächst in einem ganz kurzen Abriß zu zeigen, wie die Agrarfrage in der Geschichte der russischen Sozialdemokratie behandelt worden ist, dann einen Überblick über die verschiedenen Programmentwürfe zu geben, die jetzt von Sozialdemokraten vorliegen, und schließlich den von uns verfochtenen Entwurf zu skizzieren.

I. FLÜCHTIGER ABRISS DER HISTORISCHEN ENTWICKLUNG DER ANSICHTEN DER RUSSISCHEN SOZIALDEMOKRATIE ÜBER DIE AGRARFRAGE

Die russische Sozialdemokratie hat gleich von ihrer Entstehung an die große Wichtigkeit der Agrar- und der speziellen Bauernfrage in Rußland erkannt und eine selbständige Analyse dieser Frage in alle ihre programmatischen Verlautbarungen aufgenommen.

Die von den Volkstümlern und Sozialrevolutionären nicht selten verbreitete gegenteilige Meinung beruht auf platter Unwissenheit oder auf absichtlicher Entstellung der Dinge.

Schon im ersten Programmentwurf der russischen Sozialdemokraten, der von der Gruppe „Befreiung der Arbeit" 1884 veröffentlicht wurde,

steht die Forderung nach einer „radikalen Revision der Agrarverhältnisse" und nach der Liquidierung aller Leibeigenschaftsverhältnisse im Dorf (da wir die alte, im Ausland erschienene sozialdemokratische Literatur nicht zur Hand haben, sind wir gezwungen, aus dem Gedächtnis zu zitieren, und verbürgen uns für den allgemeinen Sinn, nicht aber für den Wortlaut der Zitate).

Später hob Plechanow sowohl in der Zeitschrift „Sozialdemokrat"[55] (Ende der achtziger Jahre) als auch in den Broschüren „Der gesamtrussische Ruin" und „Die Aufgaben der Sozialisten im Kampf gegen die Hungersnot in Rußland" (1891 und 1892) mehrfach und in den *entschiedensten* Ausdrücken die große Wichtigkeit der Bauernfrage in Rußland hervor, wobei er sogar darauf verwies, daß bei der bevorstehenden demokratischen Umwälzung auch eine „schwarze Umteilung" möglich sei und daß die Sozialdemokratie vor dieser Perspektive durchaus keine Angst habe und nicht davor zurückscheue. Wenn die „schwarze Umteilung" auch keineswegs eine sozialistische Maßnahme sei, würde sie doch ein gewaltiger Anstoß sein für die Entwicklung des Kapitalismus, für das Wachstum des inneren Marktes, für die Hebung des bäuerlichen Wohlstands, für die Auflösung der Dorfgemeinde, für die Entwicklung der Klassenwidersprüche auf dem Lande, für die Liquidierung aller Spuren des alten Rußlands, des Rußlands der Fron- und Schuldknechtschaft.

Dieser Hinweis Plechanows auf die „schwarze Umteilung" ist für uns historisch besonders wichtig. Er zeigt anschaulich, daß die Sozialdemokraten zur Agrarfrage in Rußland sofort dieselbe theoretische Stellung einnahmen, auf der sie unbeirrt bis zum heutigen Tage verharren.

Die drei folgenden Leitsätze sind von den russischen Sozialdemokraten seit der Entstehung ihrer Partei bis zur Gegenwart stets verfochten worden. *Erstens.* Die Agrarumwälzung bildet unvermeidlich einen Teil der demokratischen Umwälzung in Rußland. Die Befreiung des Dorfes aus den Leibeigenschaftsverhältnissen wird der Inhalt dieser Umwälzung sein. *Zweitens.* Die bevorstehende Agrarumwälzung wird ihrer gesellschaftlich-ökonomischen Bedeutung nach eine bürgerlich-demokratische Umwälzung sein; sie wird die Entwicklung des Kapitalismus und der kapitalistischen Klassenwidersprüche nicht abschwächen, sondern verstärken. *Drittens.* Die Sozialdemokratie hat allen Grund, diese Umwälzung auf das entschiedenste zu unterstützen, wobei sie diese oder jene nächsten Aufgaben

festlegt, sich aber nicht die Hände bindet und die Unterstützung sogar einer „schwarzen Umteilung" keineswegs ablehnt.

Wer diese drei Leitsätze nicht kennt, wer sie nicht aus der *ganzen* sozialdemokratischen Literatur über die Agrarfrage in Rußland herausgelesen hat, der kennt entweder die Dinge nicht oder umgeht den Kern der Frage (wie das die Sozialrevolutionäre ständig tun).

Zur Entwicklungsgeschichte der Ansichten der Sozialdemokratie über die Bauernfrage zurückkehrend, wollen wir aus der Literatur Ende der neunziger Jahre noch „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten" (1897)* erwähnen, wo die Meinung, die Sozialdemokraten verhielten sich „teilnahmslos" gegenüber der Bauernschaft, entschieden zurückgewiesen wird und die allgemeinen Ansichten der Sozialdemokratie wiederholt werden. Sodann sei auf die Zeitung *„Iskra"* verwiesen, in deren Nummer 3, die im **Frühjahr** (März und April) **1901**, d. h. *ein Jahr* vor dem ersten großen Bauernaufstand in Rußland, herausgekommen ist, ein redaktioneller Artikel „Arbeiterpartei und Bauernschaft"** erschien, der noch einmal die Wichtigkeit der Bauernfrage unterstrich und neben einer Reihe anderer Forderungen auch die Forderung nach Rückgabe der Bodenabschnitte aufstellte.

Dieser Artikel kann als erste Skizze jenes Agrarprogramms der SDAPR betrachtet werden, das im Namen der Redaktion der „Iskra" und der „Sarja" [Die Morgenröte] im Sommer 1902 veröffentlicht und auf unserem II. Parteitag (August 1903) zum offiziellen Programm der Partei erhoben wurde.

In diesem Programm wird der *ganze* Kampf gegen die Selbstherrschaft als ein Kampf der bürgerlichen Ordnung gegen die Leibeigenschaft betrachtet, und der prinzipielle Standpunkt des Marxismus ist aufs deutlichste in dem grundlegenden Satz des Agrarteils ausgedrückt: „Um die Überreste der Leibeigenschaftsordnung zu beseitigen, die als ein schweres Joch unmittelbar auf den Bauern lasten, und um die freie Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Lande zu fördern, strebt die Partei an . . ."

Die Kritiker des sozialdemokratischen Programms *umgehen* fast alle diesen grundlegenden Satz mit Schweigen: den Elefanten sehen sie nicht***.

* Siehe Werke, Bd. 2, S. 325–354. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 4, S. 422–430. *Die Red.*

*** Nach einer Fabel von I. A. Krylow. *Die Red.*

Die einzelnen Punkte des auf dem II. Parteitag angenommenen Agrarprogramms enthielten außer unstrittigen Forderungen (Aufhebung aller ständischen Abgaben, Herabsetzung der Pacht, freie Verfügung über den Grund und Boden) auch die Forderung nach Rückerstattung der Ablösezahlungen und nach Gründung von Bauernkomitees zwecks Rückgabe der Bodenabschnitte und Beseitigung der Überreste der Leibeigenschaftsverhältnisse.

Der letzte Punkt, der über die Bodenabschnitte, hat in den Reihen der Sozialdemokraten am meisten Kritik hervorgerufen. Diesen Punkt kritisierte sowohl die sozialdemokratische Gruppe „Borba", die (wenn mich mein Gedächtnis nicht trügt) die Expropriation der Gutsbesitzer vom gesamten Grund und Boden vorschlug[56], als auch Gen. X.[57] (seine Kritik erschien zusammen mit meiner Antwort* als Broschüre in Genf im Sommer 1903, unmittelbar vor dem II. Parteitag, dessen Delegierte sie vor sich liegen hatten). Gen. X. schlug statt Rückgabe der Bodenabschnitte und Rückerstattung der Ablösezahlungen vor: 1. die Konfiskation der Kirchen-, Kloster- und Apanageländereien und ihre Überführung „in den Besitz des demokratischen Staates", 2. „die progressive Besteuerung der Grundrente der Großgrundbesitzer, damit diese Form des Einkommens zum Wohl des Volkes in die Hände des demokratischen Staates übergeht", und 3. „die Überführung eines Teils des privaten Grundbesitzes (des Großgrundbesitzes) und wenn möglich auch des gesamten Grund und Bodens in den Besitz großer öffentlicher Selbstverwaltungsorganisationen (der Semstwos)".

Ich kritisierte dieses Programm, nannte es eine „verschlechterte und widerspruchsvolle Fassung der Forderung nach Nationalisierung des Grund und Bodens" und betonte, daß die Bauernkomitees als Kampflosung, die den unterdrückten Stand mobilisiert, von Bedeutung sind, daß die Sozialdemokratie sich nicht die Hände binden darf, beispielsweise dadurch, daß sie von vornherein einen „Verkauf" der beschlagnahmten Ländereien verwirft, und daß die Rückgabe der Bodenabschnitte *keineswegs die Bestrebungen* der Sozialdemokratie *einschränkt*, sondern lediglich die Möglichkeit einschränkt, dem Landproletariat wie der Dorfbourgeoisie gemeinsame Aufgaben zu stellen. Ich sagte ausdrücklich: „Wird freilich die Forderung nach dem gesamten Grund und Boden zur Forde-

* Siehe Werke, Bd. 6, 436–451. *Die Red.*

rung der Nationalisierung oder des Übergangs des Bodens an die heutige wirtschaftlich starke Bauernschaft, so werden wir diese Forderung vom Standpunkt der proletarischen Interessen *unter Berücksichtigung aller Umstände* (von uns hervorgehoben) beurteilen; wir können nicht im voraus sagen, ob z. B. unsere wirtschaftlich starke Bauernschaft, wenn die Revolution sie zum politischen Leben erweckt, als demokratisch-revolutionäre Partei oder als Ordnungspartei auftreten wird." (S. 35/36 der erwähnten Broschüre.*)

Den gleichen Gedanken, daß die Bodenabschnitte weder den Schwung der Bauernbewegung noch ihre Unterstützung durch uns einschränken, falls sie weitergehen sollte, entwickelte ich auch in der Broschüre „An die Dorfarmut" (erschienen 1903, vor dem II. Parteitag), wo die „Bodenabschnitte" nicht als „Wand", sondern als „Tür" bezeichnet werden** und der Gedanke, daß der *ganze Grund und Boden* an die Bauernschaft übergeht, keineswegs abgelehnt, sondern bei einer bestimmten politischen Lage sogar begrüßt wird.

Hinsichtlich der schwarzen Umteilung schrieb ich im August 1902 („Sarja" Nr. 4, S. 176), als ich den Entwurf des Agrarprogramms verteidigte:

„In der Forderung der schwarzen Umteilung ist die Utopie, daß man den bäuerlichen Kleinbetrieb verallgemeinern und verewigen könne, reaktionär, aber sie hat auch (neben der Utopie, daß die ‚Bauernschaft' Trägerin eines *sozialistischen* Umsturzes sein könne) eine revolutionäre Seite, und zwar ist das der Wunsch, durch einen Bauernaufstand alle Überreste des Leibeigenschaftssystems hinwegzufegen."***

Aus der Literatur der Jahre 1902 und 1903 läßt sich also unwiderleglich beweisen, daß die Forderung der Bodenabschnitte von den Verfassern dieses Punktes niemals im Sinne einer Einschränkung des Schwungs der Bauernbewegung und ihrer Unterstützung durch uns verstanden wurde. Aber trotzdem hat der Gang der Ereignisse gezeigt, daß dieser Punkt des Programms unbefriedigend ist, denn die Bewegung der Bauernschaft wächst mit größter Schnelligkeit in die Breite und Tiefe, und unser Programm löst in den breiten Massen Mißverständnisse aus, die Partei der

* Siehe ebenda, S. 445. *Die Red.*

** Siehe ebenda, S. 417. *Die Red.*

*** Siehe ebenda, S. 128/129. *Die Red.*

Arbeiterklasse aber muß mit den breiten Massen rechnen und kann sich nicht allein auf Kommentare berufen, die das allgemein verbindliche Programm mit für die Partei unverbindlichen Argumenten erläutern.

Die Notwendigkeit einer Revision des Agrarprogramms ist akut geworden. Anfang 1905 wurde in einer Nummer der „bolschewistischen" sozialdemokratischen Zeitung „Wperjod" [Vorwärts] (die von Januar bis Mai 1905 wöchentlich in Genf erschien) ein Entwurf für eine Änderung des Agrarprogramms veröffentlicht, der vorsah, den Punkt über die Bodenabschnitte zu streichen und ihn durch die „Unterstützung der bäuerlichen Forderungen einschließlich der Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien"* zu ersetzen.

Auf dem III. Parteitag der SDAPR (Mai 1905) und auf der gleichzeitigen „Konferenz" der „Minderheit" wurde jedoch die Frage einer Revision des Programms selbst nicht gestellt. Man beschränkte sich darauf, eine *taktische* Resolution auszuarbeiten. Dabei stimmten beide Hälften der Partei darin überein, die Bauernbewegung *einschließlich der Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien* zu unterstützen.

Diese Resolutionen nahmen eigentlich die Entscheidung der Frage vorweg, ob man das Agrarprogramm der SDAPR revidieren solle. Auf der letzten Konferenz der „Mehrheit" (Dezember 1905) wurde mein Antrag angenommen, dem Wunsch Ausdruck zu geben, daß die Punkte über die Bodenabschnitte und die Rückerstattung der Ablösezahlungen gestrichen und durch einen Hinweis auf die Unterstützung der Bauernbewegung einschließlich der Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien ersetzt werden.**

Damit schließen wir den flüchtigen Abriß der historischen Entwicklung der Ansichten der SDAPR über die Agrarfrage.

II. VIER STRÖMUNGEN IN DER SOZIALDEMOKRATIE HINSICHTLICH DES AGRARPROGRAMMS

Gegenwärtig besitzen wir zu der vorliegenden Frage außer der erwähnten Resolution der „bolschewistischen" Konferenz zwei fertige Entwürfe

* Siehe Werke, Bd. 8, S. 226. *Die Red.*

** Die Resolution wurde in der „Rus", der „Nascha Shisn" und der „Prawda"[58] veröffentlicht. (Siehe den vorliegenden Band, S. 76. *Die Red.*)

des Agrarprogramms von den Genossen Maslow und Roshkow und unvollendete, d. h. nicht als fertige Programmentwürfe gedachte Bemerkungen und Erwägungen der Genossen Finn, Plechanow und Kautsky.

Wir wollen die Ansichten dieser Schriftsteller kurz darlegen.

Gen. Maslow schlägt einen Entwurf vor, der von dem des Gen. X. etwas abweicht. Aus dem Entwurf von X. streicht er nämlich die progressive Besteuerung der Grundrente und korrigiert die Forderung nach Übergabe des privaten Grundbesitzes in die Hände des Semstwos. Maslows Korrektur besteht erstens darin, daß er die Worte von X.: „wenn möglich, auch des gesamten Grund und Bodens" (d. h. die Überführung des gesamten Grund und Bodens in den Besitz der Semstwos) streicht; zweitens streicht Maslow vollständig die bei X. vorhandene Erwähnung der „Semstwos" und spricht statt von „großen öffentlichen . . . Organisationen, den Semstwos", von „großen regionalen Organisationen". Der ganze entsprechende Punkt lautet bei Maslow wie folgt:

„Überführung des privaten Grundbesitzes (des Großgrundbesitzes) in den Besitz großer regionaler Selbstverwaltungsorganisationen. Das minimale Ausmaß der zu enteignenden Bodenstücke wird von der regionalen Volksvertretung festgelegt." Maslow lehnt also die von X. bedingt zugelassene völlige Nationalisierung entschieden ab und fordert die „Munizipalisierung" oder, genauer gesagt, die „Provinzialisierung". Gegen die Nationalisierung bringt Maslow drei Argumente vor: 1. die Nationalisierung wäre ein Anschlag auf die Selbstbestimmung der Nationalitäten; 2. die Bauern, besonders die Bauern mit eigenem Land, würden einer Nationalisierung ihres Grund und Bodens nicht zustimmen; 3. die Nationalisierung würde die in einem bürgerlich-demokratischen Klassenstaat unvermeidliche Bürokratie stärken.

Die Aufteilung der Gutsbesitzerländereien (die „Teilung") kritisiert Maslow lediglich als eine pseudosozialistische Utopie der Sozialrevolutionäre, ohne diese Maßnahme im Vergleich mit der „Nationalisierung" zu beurteilen.

Was Roshkow anbelangt, so will er weder die Aufteilung noch die Nationalisierung, sondern fordert lediglich die Ersetzung des Punktes über die Bodenabschnitte durch einen Punkt solcher Art: „Übergabe aller jener Ländereien, die als Werkzeug zur wirtschaftlichen Knechtung der Bauern dienen, ohne Ablösung an die Bauern." (Siehe den Sammelband

„Die gegenwärtige Lage“[59], S. 6 des Artikels von Gen. N. Roshkow.) Die Konfiskation der Kirchen- und anderer Ländereien fordert Gen. Roshkow ohne Hinweis auf „ihre Überführung in den Besitz des demokratischen Staates“ (wie das Gen. Maslow möchte).

Weiter, Gen. Finn lehnt in seinem unvollendeten Artikel („Mir Boshi“[60], 1906) die Nationalisierung ab und neigt offenbar dazu, die Gutsbesitzerländereien unter die Bauern als deren Privateigentum aufzuteilen.

Gen. Plechanow berührt in Nr. 5 des „Dnewnik“ ebenfalls mit keiner Silbe die Frage bestimmter Änderungen in unserem Agrarprogramm. Er kritisiert Maslow, befürwortet lediglich eine „elastische Taktik“ im allgemeinen, lehnt die „Nationalisierung“ ab (wobei er sich auf die alten Argumente der „Sarja“ beruft) und neigt, wie es scheint, zur Aufteilung der Gutsbesitzerländereien unter die Bauern.

K. Kautsky schließlich legt in seiner ausgezeichneten Arbeit „Die Agrarfrage in Rußland“ die allgemeinen Grundlagen der sozialdemokratischen Ansichten über diese Frage dar, bringt seine volle Sympathie mit der Aufteilung der Gutsbesitzerländereien zum Ausdruck, läßt anscheinend unter bestimmten Voraussetzungen auch die Nationalisierung zu, berührt aber überhaupt nicht, mit keiner Silbe, weder das alte Agrarprogramm der SDAPR noch die Entwürfe für seine Abänderung.

Fassen wir die in unserer Partei zutage getretenen Meinungen über das Agrarprogramm der SDAPR zusammen, so erhalten wir folgende *vier* Grundtypen dieser Meinungen:

1. das Agrarprogramm der SDAPR darf weder die Nationalisierung noch die Konfiskation der Gutsbesitzerländereien fordern (hierher gehören die Verteidiger des jetzigen Programms oder geringfügiger Korrekturen daran, nach Art der von Gen. N. Roshkow vorgeschlagenen);

2. das Agrarprogramm der SDAPR soll die Konfiskation der Gutsbesitzerländereien fordern, ohne die Nationalisierung des Grund und Bodens in irgendeiner Form zu verlangen (hierher gehören offensichtlich Gen. Finn und vielleicht Gen. Plechanow, obwohl dessen Meinung unklar ist);

3. Enteignung der Gutsbesitzerländereien zugleich mit einer beschränkten Nationalisierung von eigener Art (die „Semstwolisierung“ und „Provinzialisierung“ von X., Maslow, Groman u. a.);

4. Konfiskation der Gutsbesitzerländereien und *unter bestimmten politischen Voraussetzungen* Nationalisierung des Grund und Bodens (das von der Mehrheit der Kommission, die vom Vereinigten Zentralkomitee unserer Partei eingesetzt worden ist, vorgeschlagene Programm; dieses Programm, das der Schreiber dieser Zeilen befürwortet, ist weiter unten, am Schluß der Broschüre, abgedruckt)*.

Wir wollen alle diese Meinungen untersuchen.

Die Anhänger des jetzigen Programms oder eines Programms, wie es von Gen. Roshkow vorgeschlagen wird, gehen entweder von der Ansicht aus, daß die Konfiskation der großen Güter, die zu ihrer Aufteilung in kleine führt, vom sozialdemokratischen Standpunkt aus überhaupt nicht zu vertreten ist, oder von der Ansicht, daß die Konfiskation keinesfalls ins Programm, sondern höchstens in eine taktische Resolution gehört.

Beginnen wir mit der ersten Ansicht. Man sagt uns, große Güter – das sei ein fortgeschrittener kapitalistischer Typus. Ihre Konfiskation und ihre Aufteilung sei eine reaktionäre Maßnahme, ein Schritt zurück zum Kleinbetrieb. Sozialdemokraten könnten nicht für eine solche Maßnahme sein.

Eine solche Ansicht scheint uns nicht richtig zu sein.

Wir müssen das allgemeine und endgültige Ergebnis der gegenwärtigen Bauernbewegung in Betracht ziehen und dürfen es nicht in Sonderfällen und Einzelheiten untergehen lassen. Im großen und ganzen beruht die gegenwärtige Gutswirtschaft in Rußland mehr auf dem leibeigenschaftlichen als auf dem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Wer das bestreitet, der wird die gegenwärtige, in die Breite und Tiefe gehende revolutionäre Bauernbewegung in Rußland nicht erklären können. Als wir die Forderung nach Rückgabe der Bodenabschnitte aufstellten, machten wir den Fehler, daß wir die Breite und Tiefe der demokratischen, nämlich der bürgerlich-demokratischen, Bewegung in der Bauernschaft nicht genügend würdigten. Auf diesem Fehler jetzt, da uns die Revolution vieles gelehrt hat, zu bestehen, wäre unvernünftig. Für die Entwicklung des Kapitalismus wird die Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien ein unvergleichlich größeres Plus ergeben als das Minus, das bei der Aufteilung der kapitalistischen Großbetriebe herauskäme. Die Aufteilung wird den Kapitalismus nicht vernichten und ihn nicht zurückzerren, sondern den Boden für seine neue

* Siehe den vorliegenden Band, S. 188/189. *Die Red.*

Entwicklung in vollstem Maße säubern, verallgemeinern, verbreitern und festigen. Wir haben stets gesagt, daß es keineswegs Sache der Sozialdemokraten ist, Schwung und Ausmaß der Bauernbewegung einzuschränken, der Verzicht auf die Forderung der Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien aber wäre heute eine offensichtliche Einschränkung von Schwung und Ausmaß einer gesellschaftlichen Bewegung, die sich bereits klar herausgebildet hat.

Die Genossen, die heute gegen die Forderung nach Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien ankämpfen, machen daher denselben Fehler wie die englischen Bergarbeiter, deren Arbeitstag weniger als acht Stunden beträgt und die gegen die gesetzliche Einführung des Achtstundentags im ganzen Lande ankämpfen.

Andere Genossen machen dem „Geist der Zeit" ein Zugeständnis. In das Programm gehören die Bodenabschnitte oder die Enteignung des Grund und Bodens, der zur Knechtung dient, sagen sie. In die taktische Resolution gehört die Konfiskation. Man dürfe Programm und Taktik nicht in einen Topf werfen.

Wir antworten darauf, daß der Versuch, zwischen Programm und Taktik eine absolute Grenze zu ziehen, nur zu Scholastik und Pedanterie führt. Das Programm bestimmt die allgemeinen, grundlegenden Beziehungen der Arbeiterklasse zu den anderen Klassen, die Taktik die einzelnen und zeitweiligen Beziehungen. Das ist natürlich richtig. Aber man darf nicht vergessen, daß unser ganzer Kampf gegen die Überreste der Leibeigenschaft im Dorf im Vergleich mit den allgemein sozialistischen Aufgaben des Proletariats eine begrenzte und zeitweilige Aufgabe ist. Sollte sich ein „konstitutionelles Regime" à la Schipow in Rußland 10 bis 15 Jahre lang halten, so werden diese Überreste verschwinden, nachdem sie der Bevölkerung unzählige Leiden gebracht haben, aber sie werden trotzdem verschwinden, von selbst aussterben. Eine einigermaßen starke demokratische Bauernbewegung wird dann unmöglich werden; keinerlei Agrarprogramm, „um die Überreste der Leibeigenschaftsordnung zu beseitigen", wird man verfechten können. Der Unterschied zwischen Programm und Taktik ist also nur relativ. Der Nachteil für eine Massenpartei, die gerade heute offener auftritt als früher, ist aber sehr groß, wenn im Programm eine begrenzte, eingeschränkte und eng gefaßte Forderung, in der taktischen Resolution dagegen eine allgemeine, weitgehende und all-

umfassende Forderung steht. Das Agrarprogramm unserer Partei wird sowieso ziemlich bald wieder revidiert werden müssen: sowohl für den Fall, daß die „Konstitution" der Dubassow und Schipow von Dauer ist, als auch für den Fall, daß der Bauern- und Arbeiteraufstand siegt. Es lohnt also gar nicht, daß man besonders dahinter her ist, ein Haus für alle Ewigkeit zu bauen.

Gehen wir zum zweiten Typus der Ansichten über. Konfiskation der Gutsbesitzerländereien und ihre Aufteilung – ja, aber keinesfalls Nationalisierung, sagt man uns. Man beruft sich bei der Verteidigung der Aufteilung auf Kautsky und wiederholt die früheren Argumente aller Sozialdemokraten (vgl. Nr. 4 der „Sarja") gegen die Nationalisierung. Wir sind restlos und unbedingt damit einverstanden, daß die Aufteilung der Gutsbesitzerländereien gegenwärtig im großen und ganzen sowohl ökonomisch als auch politisch eine entschieden progressive Maßnahme wäre. Wir sind ferner auch damit einverstanden, daß in der bürgerlichen Gesellschaft die Klasse der Kleinbesitzer *unter bestimmten Verhältnissen* „eine zuverlässigere Stütze der Demokratie ist als die Klasse der Pächter, die von einem polizeilichen Klassenstaat, sei es auch einem konstitutionellen, abhängt" (*Lenin*, „Antwort an X.", S. 27*).

Wir glauben jedoch, wenn man sich im gegenwärtigen Zeitpunkt der demokratischen Revolution in Rußland auf diese Erwägungen *beschränken*, auf die Verteidigung der alten Position von 1902 beschränken wollte, so würde das unbedingt bedeuten, daß man die wesentlich veränderte sozial-klassenmäßige und politische Konjunktur nicht in Betracht zieht. Die „Sarja" hat im August 1902 (Heft 4, Artikel Plechanows, S. 36) darauf verwiesen, daß bei uns die „Moskowskije Wedomosti"[61] die Nationalisierung befürworten, und den unbestreitbar richtigen Gedanken vertreten, daß die Forderung nach Nationalisierung des Grund und Bodens bei weitem nicht überall und durchaus nicht immer revolutionär ist. Dies letztere ist natürlich richtig, aber in demselben Artikel Plechanows (S. 37) wird darauf hingewiesen, daß sich *„in einer revolutionären Epoche"* (hervorgehoben von Plechanow) die Expropriation der Großgrundbesitzer bei uns als eine Notwendigkeit erweisen kann und daß es unter gewissen Umständen erforderlich sein wird, diese Frage aufzuwerfen.

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 437. *Die Red.*

Es ist nicht zu bezweifeln, daß sich heute die Sachlage im Vergleich zu 1902 wesentlich verändert hat. Die Revolution hat 1905 einen hohen Stand erreicht und sammelt jetzt Kräfte zu einem neuen Aufschwung. Von einer (einigermaßen ernsthaften) Befürwortung der Nationalisierung des Grund und Bodens durch die „Moskowskije Wedomosti" kann gar keine Rede sein. Im Gegenteil, die Verteidigung der Unantastbarkeit des Privateigentums am Grund und Boden ist zum Leitmotiv sowohl der Reden Nikolaus' II. als auch des Geheuls von Gringmut und Co. geworden. Der Bauernaufstand hat das leibeigenschaftliche Rußland schon durchgerüttelt, und alle Hoffnungen der sterbenden Selbstherrschaft beruhen jetzt ausschließlich auf einem Pakt mit der Gutsbesitzerklasse, die vor der Bauernbewegung zu Tode erschrocken ist. Nicht nur die „Moskowskije Wedomosti", sondern auch das „Slowo", das Organ der Schipowleute, hetzen gegen Witte und das „sozialistische" Projekt Kutlers, das nicht etwa die Nationalisierung, sondern nur die obligatorische *Ablösung* eines Teils des Grund und Bodens vorsieht. Die wütenden Repressalien der Regierung gegen den „Bauernbund" und die wütenden „Dragonaden" gegen die aufrührerischen Bauern zeigen sonnenklar, daß sich der revolutionär-demokratische Charakter der Bauernbewegung schon eindeutig abgezeichnet hat.

Diese Bewegung hat, wie das jede tiefgehende Volksbewegung tut, schon einen gewaltigen revolutionären Enthusiasmus und die revolutionäre Energie der Bauernschaft wachgerufen und steigert sie immer mehr. In ihrem Kampf gegen das Eigentum der Gutsbesitzer am Grund und Boden, gegen den gutsherrlichen Grundbesitz sind die Bauern in der Person ihrer fortgeschrittenen Vertreter notwendigerweise bereits bis zu der Forderung gegangen, das gesamte Privateigentum am Grund und Boden überhaupt aufzuheben.*

Daß die Idee des Gemeineigentums des Volkes am Grund und Boden heute in der Bauernschaft außerordentlich stark umgeht, kann nicht dem geringsten Zweifel unterliegen. Und ebensowenig ist zu bezweifeln, daß diese Idee, trotz aller Unaufgeklärtheit der Bauernschaft, trotz aller reak-

* Siehe die „Beschlüsse der Kongresse des Bauernbundes vom 1. August und 6. November 1905", St. Petersburg 1905, S. 6, sowie die „Protokolle des Gründungskongresses des Gesamtrussischen Bauernbundes" (St. Petersburg 1905) passim (allenthalben. *Die Red.*).

tionär-utopischen Elemente in ihren Wünschen, im großen und ganzen revolutionär-demokratischen Charakter trägt.*

Die Sozialdemokraten müssen diese Idee von ihren reaktionären und kleinbürgerlich-sozialistischen Entstellungen säubern – das ist unbestreitbar. Aber die Sozialdemokraten würden völlig falsch handeln, wenn sie diese ganze Forderung über Bord würfen, es also nicht verstünden, ihre revolutionär-demokratische Seite herauszuschälen. Wir müssen dem Bauern mit aller Offenheit und Entschiedenheit sagen, daß die Nationalisierung des Grund und Bodens eine bürgerliche Maßnahme ist, daß sie *nur* unter bestimmten politischen Voraussetzungen nützlich ist, aber es wäre von uns Sozialisten eine kurzsichtige Politik, vor die bäuerlichen Massen mit einer *glatten* Ablehnung dieser Maßnahme überhaupt hinzutreten. Und nicht nur eine kurzsichtige Politik, sondern auch eine theoretische Entstellung des Marxismus, der mit vollster Bestimmtheit festgestellt hat, daß die Nationalisierung des Grund und Bodens auch in der

* Genosse Plechanow warnt im „Dnewnik" Nr. 5 Rußland vor einer Wiederholung der Experimente von Wang An-schih (ein chinesischer Reformer des 11. Jahrhunderts, der erfolglos versuchte, den Grund und Boden zu nationalisieren) und bemüht sich zu beweisen, daß die bäuerliche Idee von der Nationalisierung des Grund und Bodens ihrem Ursprung nach reaktionär ist. Das Weithergeholte dieser Argumentation springt ins Auge. Fürwahr, qui prouve trop, ne prouve rien (wer zuviel beweist, beweist nichts). Könnte man das Rußland des 20. Jahrhunderts mit dem China des 11. Jahrhunderts vergleichen, so würden Plechanow und ich sicherlich weder vom revolutionär-demokratischen Charakter der Bauernbewegung noch vom Kapitalismus in Rußland sprechen. Was indes den reaktionären Ursprung (oder Charakter) der bäuerlichen Idee von der Nationalisierung des Grund und Bodens betrifft, so gibt es ja auch in der Idee von der schwarzen Umteilung ganz unzweifelhafte Züge nicht nur ihres reaktionären Ursprungs, sondern auch ihres reaktionären Charakters in der Gegenwart. Reaktionäre Elemente gibt es in der ganzen Bauernbewegung und in der ganzen bäuerlichen Ideologie, aber das widerlegt keineswegs den durchweg revolutionär-demokratischen Charakter dieser ganzen Bewegung in ihrer Gesamtheit. Darum hat Plechanow seine These (daß Sozialdemokraten nicht die Forderung aufstellen könnten, unter bestimmten politischen Voraussetzungen den Grund und Boden zu nationalisieren) nicht nur durch nichts bewiesen, sondern sogar durch seine übertrieben weither geholte Argumentation besonders abgeschwächt.

bürgerlichen Gesellschaft möglich und denkbar ist, daß sie die Entwicklung des Kapitalismus nicht aufhalten, sondern verstärken wird, daß sie das *Maximum* bürgerlich-demokratischer Reformen auf dem Gebiet der Agrarverhältnisse darstellt.

Kann denn wirklich jemand bestreiten wollen, daß wir *gegenwärtig* vor die Bauernschaft mit einem Maximum bürgerlich-demokratischer Umgestaltungen hintreten müssen? Kann man denn wirklich bis heute noch den Zusammenhang übersehen zwischen dem Radikalismus der Agrarforderungen des Bauern (Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden) und dem Radikalismus seiner politischen Forderungen (Republik usw.)?

Nein, die Position der Sozialdemokraten in der Agrarfrage kann gegenwärtig, wo es sich darum handelt, die demokratische Umwälzung bis zu Ende durchzuführen, nur die folgende sein: gegen das gutsherrliche Eigentum, für das bäuerliche Eigentum bei Fortbestand des Privateigentums am Grund und Boden überhaupt. Gegen das Privateigentum am Grund und Boden, für die Nationalisierung des Grund und Bodens *unter bestimmten politischen Voraussetzungen.*

Hier kommen wir zum dritten Typus der Ansichten, zur „Semstwolisierung" oder „Provinzialisierung" von X., Maslow und anderen. Gegen Maslow muß ich hier teilweise dasselbe wiederholen, was ich 1903 gegen X. sagte, nämlich daß er eine „verschlechterte und widerspruchsvolle Fassung der Forderung nach Nationalisierung des Grund und Bodens" gibt (*Lenin*, „Antwort an X.", S. 42*). „Es ist erwünscht", schrieb ich ebendort, „daß der Grund und Boden (allgemein gesprochen) in die Hände des demokratischen Staates und nicht *kleiner* öffentlicher Organisationen (wie des gegenwärtigen oder eines künftigen Semstwos) gerät."

Was schlägt Maslow vor? Er schlägt einen Mischmasch vor aus Nationalisierung *plus* Semstwolisierung *plus* Privateigentum am Grund und Boden, und zwar *ohne jeden Hinweis* auf die verschiedenen politischen Voraussetzungen, unter denen dieses oder jenes System der Flurregelung für das Proletariat (relativ) günstig ist. In der Tat fordert Maslow in Punkt 3 seines Entwurfs die „Konfiskation" der Kirchen- und anderen Ländereien und „ihre Überführung in den Besitz des demokratischen Staates". Das ist Nationalisierung in Reinkultur. Es fragt sich, warum

* Siehe Werke, Bd. 6, S. 451. *Die Red.*

sind die politischen Voraussetzungen nicht genannt, die eine Nationalisierung in der bürgerlichen Gesellschaft unschädlich machen? Warum wird *hier* statt der Nationalisierung nicht die Semstwolisierung vorgeschlagen? Warum ist eine solche Fassung gewählt, die den Verkauf des beschlagnahmten Bodens *ausschließt?** Auf alle diese Fragen bleibt Maslow die Antwort schuldig.

Wenn Maslow die Nationalisierung der Kirchen-, Kloster- und Apanageländereien vorschlägt und zugleich gegen die Nationalisierung überhaupt vom Leder zieht, so schlägt er sich selbst. Seine Argumente gegen die Nationalisierung sind zum Teil unvollständig und ungenau, zum Teil mehr als schwach. Erstes Argument: Die Nationalisierung ist ein Anschlag auf die Selbstbestimmung der Nationalitäten. Man dürfe nicht von Petersburg aus über das Territorium von Transkaukasien verfügen. – Das ist kein Argument, sondern ein einziges Mißverständnis. Erstens ist das Recht der Nationalitäten auf Selbstbestimmung in unserm Programm anerkannt, und folglich hat Transkaukasien „das Recht" auf Selbstbestimmung und Lostrennung von Petersburg. Maslow wendet sich ja auch nicht gegen das Vierpunktewahlsystem[62], weil „Transkaukasien" eventuell nicht einverstanden sein könnte! Zweitens ist die *umfassende* lokale wie regionale Selbstverwaltung in unserm Programm *überhaupt* anerkannt, und folglich ist es einfach lächerlich, davon zu sprechen, daß „die Petersburger Bürokratie über den Boden der Bergbewohner verfügen würde"! (Maslow, S. 22.) Drittens müßte ein Gesetz über die „Semstwolisierung" des *transkaukasischen* Bodens sowieso von der *Petersburger* konstituierenden Versammlung erlassen werden, weil Maslow wohl kaum jedem beliebigen Randgebiet die Freiheit zugestehen will, den gutsherrlichen Grundbesitz beizubehalten! Somit bricht Maslows ganzes Argument zusammen.

Zweites Argument: „Die Nationalisierung des Grund und Bodens setzt die Übergabe des *gesamten* Grund und Bodens in die Hände des Staates voraus. Aber werden denn die Bauern, besonders die Bauern mit eigenem

* Vgl. *Lenin*, „Antwort an X.", S. 27. „Es wäre falsch, zu sagen, daß die Sozialdemokratie unter allen Umständen und immer gegen einen Verkauf sein werde." (Siehe Werke, Bd. 6, S. 437. *Die Red.*) Beibehaltung des Privateigentums am Grund und Boden anzunehmen und dem Verkauf abzuschwören ist sowohl unlogisch als auch unvernünftig.

Land, damit einverstanden sein, ihren Boden irgend jemandem freiwillig zu übergeben?" (Maslow, S. 20.)

Erstens spielt Maslow mit Worten oder verwirrt die Begriffe. Nationalisierung bedeutet Übertragung des Eigentumsrechtes am Grund und Boden – des Rechtes, Rente zu erhalten, aber durchaus nicht Übergabe des Bodens selbst. Nationalisierung bedeutet absolut nicht, daß alle Bauern den Grund und Boden gegen ihren Willen irgend jemandem zu übergeben hätten. Wir wollen das Maslow an einem Beispiel klarmachen. Die sozialistische Umwälzung bedeutet die Übergabe nicht nur des Eigentums am Grund und Boden, sondern auch des Bodens selbst, als eines Objekts der Wirtschaft, in die Hände der ganzen Gesellschaft. Heißt das, daß die Sozialisten den Kleinbauern ihren Boden gegen ihren Willen wegnehmen wollen? Nein, kein einziger vernünftiger Sozialist hat jemals eine solche Dummheit vorgeschlagen.

Hält es jemand für notwendig, das in einem sozialistischen Programm, wo von der Ersetzung des Privateigentums am Grund und Boden durch das gesellschaftliche Eigentum gesprochen wird, besonders zu verklausulieren? Nein, keine einzige sozialdemokratische Partei kennt derartige Klauseln. Um so weniger Grund haben wir, Schreckgespenster hinsichtlich der Nationalisierung zu erfinden. Nationalisierung ist Übergabe der Rente an den Staat. In den meisten Fällen beziehen die Bauern keinerlei Rente vom Boden. Also werden sie bei der Nationalisierung nichts zu zahlen haben, ja der bäuerlich-demokratische Staat (der von Maslow mit seiner Semstwolisierung stillschweigend vorausgesetzt, aber nicht genau definiert wird) führt zudem noch eine progressive Einkommensteuer ein und setzt die Zahlungen der kleinen Besitzer herab. Die Nationalisierung erleichtert die Mobilisierung des Grund und Bodens, aber sie bedeutet nicht im geringsten, daß den Kleinbauern der Boden gegen ihren Willen weggenommen wird.

Zweitens, wenn man gegen die Nationalisierung vom Standpunkt des „freiwilligen Einverständnisses" der Bauern, die eigenes Land haben, argumentiert, so fragen wir Maslow: Werden die bäuerlichen Eigentümer „freiwillig einverstanden" damit sein, daß ihnen der „demokratische Staat", in dem die Bauern eine Macht sein werden, die besten, nämlich die Gutsbesitzer-, Kirchen- und Apanageländereien *nur in Pacht* geben wird? Das bedeutet doch: das schlechte, das Anteilland bekommst du als Eigentum,

das gute aber, das Gutsbesitzerland – das pachte. Schwarzbrot kannst du umsonst haben, für Weißbrot aber zahle gutes Geld. Niemals werden die Bauern damit einverstanden sein. Eines von beiden, Gen. Maslow: Entweder machen die ökonomischen Verhältnisse das Privateigentum notwendig und es ist vorteilhaft – dann muß man von der Aufteilung der Gutsbesitzerländereien oder von der Konfiskation überhaupt sprechen. Oder die Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens ist möglich und vorteilhaft – und dann ist es nicht nötig, unbedingt eine besondere Ausnahme für die Bauern zu machen. Die Vereinigung der Nationalisierung mit der Provinzialisierung und der Provinzialisierung mit dem Privateigentum ist reine Konfusion. Man kann die Gewähr dafür übernehmen, daß *selbst beim vollständigsten Sieg der demokratischen Revolution* eine solche Maßnahme niemals durchgeführt werden könnte.

III. DER HAUPTFEHLER DES GENOSSEN MASLOW

Hier muß noch auf eine Überlegung eingegangen werden, die sich aus der vorhergehenden ergibt, aber einer genaueren Untersuchung bedarf. Wir sagten soeben, man könne die Gewähr dafür übernehmen, daß das Maslowsche Programm selbst beim vollständigsten Sieg der demokratischen Revolution undurchführbar wäre. Allgemein gesprochen kann die „Undurchführbarkeit" bestimmter Programmforderungen im Sinne der Unwahrscheinlichkeit ihrer Erfüllung in der gegebenen Situation oder in nächster Zukunft nicht als Argument gegen diese Forderungen betrachtet werden. K. Kautsky hat das in seinem Artikel gegen Rosa Luxemburg zur Frage der Unabhängigkeit Polens außerordentlich anschaulich gezeigt.* R. Luxemburg hatte diese Unabhängigkeit als „undurchführbar" bezeichnet, und K. Kautsky erwiderte, es handle sich nicht darum, ob eine bestimmte Forderung in dem erwähnten Sinne „durchführbar" sei, sondern darum, ob sie der allgemeinen Entwicklungstendenz der Gesellschaft oder der allgemeinen ökonomischen und politischen Situation in der gesamten zivilisierten Welt entspreche. Man nehme zum Beispiel das Programm der

* Auszüge aus diesem Artikel sind in Nr. 4 der „Sarja", in meinem Artikel über den Entwurf des Agrarprogramms enthalten. (Siehe Werke, Bd. 6, S. 111/112. *Die Red.*)

deutschen Sozialdemokratie, sagte Kautsky. Es fordere die Wahl der Behörden durch das Volk. Natürlich sei diese Forderung unter den bestehenden Verhältnissen in Deutschland „undurchführbar". Aber nichtsdestoweniger sei diese Forderung völlig richtig und notwendig, denn sie bilde einen untrennbaren Bestandteil der konsequenten demokratischen Umwälzung, zu der die ganze gesellschaftliche Entwicklung dränge und die von der Sozialdemokratie als Voraussetzung des Sozialismus und als notwendiges Element im politischen Überbau des Sozialismus angestrebt werde.

Wenn wir von der Undurchführbarkeit des Maslowschen Programms sprechen, unterstreichen wir daher auch die Worte: selbst beim vollständigsten Sieg der demokratischen Revolution. Wir sprechen keineswegs davon, daß das Maslowsche Programm unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen und Bedingungen undurchführbar ist. Nein. Wir behaupten, daß gerade bei einer vollständigen und bis zu Ende konsequenten demokratischen Umwälzung, d. h. gerade unter politischen Bedingungen, die von den gegenwärtigen am weitesten entfernt und für radikale Agrarreformen am günstigsten sein werden, daß gerade unter solchen Bedingungen das Programm Maslows undurchführbar ist, nicht etwa, weil es sozusagen zu hoch griffe, sondern weil es, gemessen an diesen Bedingungen, nicht hoch genug greift. Anders ausgedrückt: Wenn es zu keinem vollständigen Sieg der demokratischen Revolution kommt, dann kann von der Vernichtung des gutsherrlichen Grundbesitzes, von der Konfiskation der Apanage- usw. Ländereien, von der Munizipalisierung usw. überhaupt nicht ernsthaft die Rede sein. Wenn es umgekehrt zu einem vollständigen Sieg der demokratischen Revolution kommt, dann *kann* sich die Umwälzung *nicht* allein auf die Munizipalisierung eines Teils des Grund und Bodens beschränken. Eine Umwälzung, die den gesamten gutsherrlichen Grundbesitz hinwegfegt (und gerade eine solche Umwälzung wird von Maslow und allen, die für die Aufteilung oder die Konfiskation der Güter der Großgrundbesitzer eintreten, vorausgesetzt) – eine solche Umwälzung erfordert revolutionäre Energie und revolutionären Elan in einem Maße, wie es in der Geschichte noch nie dagewesen ist. Vorauszusetzen, daß eine solche Umwälzung möglich wäre ohne Konfiskation des gutsherrlichen Grundbesitzes (Maslow spricht in seinem Programmentwurf nur von „Enteignung", nicht aber von Konfiskation), ohne

weiteste Verbreitung der Idee von der Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens im „Volk", ohne Schaffung der politisch fortgeschrittensten Formen des Demokratismus, heißt Unsinn voraussetzen. Alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens sind miteinander eng verbunden und in letzter Instanz den Produktionsverhältnissen voll und ganz untergeordnet. Die radikale Maßnahme der Vernichtung des gutsherrlichen Grundbesitzes ist undenkbar ohne eine radikale Änderung der Staatsformen (eine solche Änderung aber ist bei dieser ökonomischen Reform nur in der Richtung des Demokratismus möglich), ist undenkbar, ohne daß sich das Denken des „Volkes" und der Bauernschaft, das die Liquidierung der größten Abart des privaten Grundeigentums verlangt, gegen das Privateigentum am Grund und Boden überhaupt wendet. Mit anderen Worten: Eine so entschiedene Umwälzung wie die Vernichtung des gutsherrlichen Grundbesitzes gibt an sich schon der gesamten gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Entwicklung unweigerlich einen gewaltigen Anstoß nach vorwärts. Ein Sozialist, der die Frage einer solchen Umwälzung auf die Tagesordnung setzt, muß notwendigerweise auch über die sich daraus ergebenden neuen Fragen nachdenken, er darf diese Umwälzung nicht nur vom Standpunkt ihrer Vergangenheit, sondern muß sie auch vom Standpunkt ihrer Zukunft betrachten.

Und gerade von dieser Seite her ist der Entwurf des Gen. Maslow besonders unbefriedigend. Dieser Entwurf formuliert erstens die Losungen falsch, die jetzt, sofort und unverzüglich, die Agrarrevolution schüren, verstärken, verbreiten und „organisieren" sollen. Solche Losungen können nur die *Konfiskation* aller Gutsbesitzerländereien und die zu diesem Zweck unerläßliche Gründung von *Bauernkomitees* als der einzig zweckmäßigen Form der Organe einer örtlichen, volksnahen und starken revolutionären Gewalt sein. Dieser Entwurf ist zweitens deshalb falsch, weil er die politischen Bedingungen nicht genau angibt, ohne welche die „Munizipalisierung" nicht nur keine unbedingt nützliche, sondern sicher sogar eine für das Proletariat und die Bauernschaft schädliche Maßnahme ist, denn er gibt keine genaue und eindeutige Definition des Begriffs „demokratischer Staat". Dieser Entwurf betrachtet drittens – und das ist einer seiner wesentlichsten und am seltensten bemerkten Mängel – die jetzige Agrarumwälzung nicht vom Standpunkt ihrer Zukunft, er zeigt nicht die Aufgaben, die sich aus dieser Umwälzung unmittelbar ergeben, und leidet

an einem Mißverhältnis zwischen den ökonomischen und den politischen Voraussetzungen, auf denen er aufgebaut ist.

In der Tat, man denke sich recht aufmerksam in das stärkste (dritte) Argument hinein, mit dem sich der Maslowsche Entwurf verteidigen ließe. Dieses Argument lautet: Die Nationalisierung stärkt die Macht des bürgerlichen Staates, während die munizipalen und überhaupt die lokalen Organe eines solchen Staates demokratischer zu sein pflegen, nicht mit Heeresausgaben belastet sind und nicht unmittelbar Aufgaben der polizeilichen Unterdrückung des Proletariats erfüllen usw. usf. Es ist leicht zu sehen, daß dieses Argument einen *nicht vollauf demokratischen* Staat voraussetzt, nämlich einen solchen, in dem ausgerechnet der wichtigste Punkt, die Zentralgewalt, die meiste Ähnlichkeit mit den alten militärisch-bürokratischen Zuständen aufweist, in dem die Lokalbehörden als zweitrangige und untergeordnete Institutionen besser und demokratischer sind als die Zentralbehörden, d. h., dieses Argument setzt eine *nicht zu Ende geführte demokratische Umwälzung* voraus. Dieses Argument setzt *stillschweigend* eine Art Mittelding voraus zwischen dem Rußland der Epoche Alexanders III., in der die Semstwos besser waren als die Zentralbehörden, und dem Frankreich der Epoche der „Republik ohne Republikaner", in der die *reaktionäre* Bourgeoisie, erschreckt durch die Erstarkung des Proletariats, eine antidemokratische, „monarchistische Republik" mit Zentralbehörden schuf, die weitaus schlechter, weniger demokratisch, mehr vom Geist der Militärkaste, des Bürokratismus und der Polizeiwillkür durchdrungen waren als die Lokalbehörden. Maslows Entwurf setzt im Grunde genommen stillschweigend voraus, daß die Forderungen unseres politischen Minimalprogramms nicht völlig verwirklicht, die Herrschaft des Volkes nicht gesichert, das stehende Heer nicht abgeschafft, die Wählbarkeit der Beamten nicht eingeführt ist usw. – mit anderen Worten, daß unsere demokratische Revolution ebenso unvollendet geblieben ist wie der größte Teil der europäischen demokratischen Revolutionen, daß sie ebenso gestutzt, entstellt und „zurückgedrängt" ist wie alle diese letzteren. Maslows Entwurf ist speziell auf eine halbschlächtige, inkonsequente, unvollständige oder gestutzte und von der Reaktion „unschädlich gemachte" demokratische Umwälzung zugeschnitten.*

* Kautsky, auf den sich Maslow beruft, weist in seinem Buch „Die Agrarfrage" ausdrücklich darauf hin, daß die Nationalisierung, die unter den Verhältnissen

Gerade dieser Umstand macht Maslows Entwurf zu einem völlig gekünstelten, mechanischen, undurchführbaren in der obenerwähnten Bedeutung dieses Wortes, innerlich widerspruchsvollen, haltlosen und schließlich einseitigen Entwurf (denn es ist nur an einen Übergang von der demokratischen Umwälzung zur antidemokratischen, bürgerlichen Reaktion, nicht aber zum verschärften Kampf des Proletariats für den Sozialismus gedacht).

Es ist absolut unstatthaft, *stillschweigend* vorauszusetzen, die demokratische Umwälzung sei nicht zu Ende geführt, die grundlegenden Forderungen unseres politischen Minimalprogramms seien nicht verwirklicht worden. So etwas darf keinesfalls verschwiegen, darauf muß mit aller Deutlichkeit hingewiesen werden. Hätte Maslow sich selbst treu bleiben wollen, hätte er jedes Element der Unausgesprochenheit, der inneren Falschheit in seinem Entwurf beseitigen wollen, so hätte er sagen müssen: da der Staat, der bei uns aus der jetzigen Umwälzung hervorgeht, „wahrscheinlich" sehr wenig demokratisch sein wird, ist es besser, seine Macht nicht durch eine Nationalisierung zu verstärken, sondern sich auf eine Semstwolisierung zu beschränken, denn die Semstwos werden, *„muß man annehmen"*, besser und demokratischer sein als die zentralen Staatsbehörden. Derart und nur derart ist die stillschweigende Voraussetzung von Maslows Entwurf. Daher sagt er, wenn er in seinem Entwurf den Ausdruck „demokratischer Staat" gebraucht (Punkt 3), und zwar ohne jede Einschränkung, die größte Unwahrheit, führt er sich selbst und das Proletariat und das ganze Volk in die Irre, denn in Wirklichkeit ist sein Entwurf gerade auf einen *nicht*demokratischen Staat, einen reaktionären Staat „zugeschnitten", der aus einem nicht bis zu Ende durchgeführten oder von der Reaktion „gefilterten" Demokratismus hervorgegangen ist.

Ist dem aber so – und zweifellos ist dem so –, so wird klar, wie sehr gekünstelt und „konstruiert" Maslows Entwurf ist. In der Tat, nimmt man einen Staat an mit einer Zentralgewalt, die reaktionärer ist als die Lokalbehörden, einen Staat in der Art der dritten französischen Republik ohne Republikaner, so ist es direkt lächerlich, den Gedanken zuzulassen, daß in einem solchen Staat der gutsherrliche Grundbesitz vernichtet oder auch nur die unter revolutionärem Druck erfolgte Vernichtung des guts-

Mecklenburgs absurd wäre, im demokratischen England oder Australien eine andere Bedeutung hätte.

herrlichen Grundbesitzes aufrechterhalten werden könnte. Jeder *solche* Staat müßte in dem Teil der Welt, der sich Europa nennt, und in dem Jahrhundert, das als das zwanzigste bezeichnet wird, kraft der objektiven Logik des Klassenkampfes unweigerlich damit *beginnen*, den gutsherrlichen Grundbesitz *zu verteidigen* oder ihn, falls er schon teilweise vernichtet sein sollte, *wiederherzustellen*. Der ganze Sinn, der objektive Sinn eines jeden solchen halbdemokratischen, in Wirklichkeit aber reaktionären Staates besteht doch darin, die *Grund*pfeiler der bürgerlich-gutsherrlichen und bürokratischen Macht zu erhalten und lediglich die unwesentlichen Prärogativen zu opfern. Das Nebeneinanderbestehen einer reaktionären Zentralgewalt und relativ „demokratischer" Lokalbehörden, Semstwos, Munizipalverwaltungen usw., erklärt sich doch einzig und allein daraus, daß diese Lokalbehörden sich mit einem *für den bürgerlichen Staat unschädlichen* „Verzinnen von Waschschüsseln", mit Wasserversorgung, elektrischen Straßenbahnen und ähnlichen Maßnahmen befassen, die nicht geeignet sind, die *Grundlagen* dessen zu untergraben, was man die „bestehende Gesellschaftsordnung" nennt. Es wäre kindliche Naivität, die Beobachtungen, die hinsichtlich der Tätigkeit der Semtwos auf dem Gebiet der Wasserversorgung und Beleuchtung gemacht worden sind, auf eine mögliche „Tätigkeit" dieser Semstwos auf dem Gebiet der Liquidierung des gutsherrlichen Grundbesitzes ausdehnen zu wollen. Das wäre das gleiche, als nähme sich ein durchweg aus Sozialdemokraten gewählter Stadtrat irgendeines französischen Provinznestes vor, in ganz Frankreich das Privateigentum an dem mit Privatgebäuden bebauten Grund und Boden zu „munizipalisieren". Das ist es ja eben, daß eine Maßnahme, die den gutsherrlichen Grundbesitz vernichtet, sich ihrem Charakter nach von den Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserversorgung, der Beleuchtung, der Assänisation usw. ein klein wenig unterscheidet. Das ist es ja eben, daß die erste *„Maßnahme"* die Hauptgrundlagen der *ganzen* „bestehenden Gesellschaftsordnung" auf das allervermessenste „antastet", diese Grundlagen mit gigantischer Kraft ins Wanken bringt und untergräbt, den Vorstoß des Proletariats gegen die ganze bürgerliche Ordnung in einem Ausmaß erleichtert, wie es die Geschichte noch nie gekannt hat. Jawohl, hier wird jeder bürgerliche Staat vor allem und am meisten darum besorgt sein müssen, die Grundlagen der bürgerlichen Herrschaft zu erhalten. Alle Rechte und Privilegien auf dem Gebiet des autonomen Ver-

zinnens von Waschschüsseln werden im Nu liquidiert, die ganze Munizipalisierung geht auf einen Schlag zum Teufel, und jede Spur von Demokratismus in den Lokalbehörden wird durch „Strafexpeditionen" ausgerottet, sobald die grundlegenden Interessen des bürgerlich-gutsherrlichen Staates angetastet werden. Mit Unschuldsmiene eine demokratische Munizipalautonomie unter einer reaktionären Zentralgewalt voraussetzen und diese „Autonomie" auf die Vernichtung des gutsherrlichen Grundbesitzes ausdehnen – das heißt unnachahmliche Musterbeispiele liefern für offensichtliche Ungereimtheiten oder für eine grenzenlose politische Naivität.

IV. DIE AUFGABEN UNSERES AGRARPROGRAMMS

Die Frage des Agrarprogramms der SDAPR würde bedeutend klarer, wenn wir den Versuch unternähmen, dieses Programm in Form einfacher und klarer Ratschläge darzulegen, welche die Sozialdemokratie dem Proletariat und der Bauernschaft in der Epoche der demokratischen Revolution zu geben hat.

Der erste Ratschlag wird unbedingt der sein: alle Anstrengungen auf den vollen Sieg des Bauernaufstands richten. Ohne einen solchen Sieg kann weder davon, den Gutsbesitzern „das Land wegzunehmen", noch davon, einen wirklich demokratischen Staat zu schaffen, ernsthaft auch nur die Rede sein. Die Losung aber, die die Bauern zum Aufstand aufruft, kann nur die eine sein: Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien (keineswegs Enteignung schlechthin oder Expropriation schlechthin, bei denen die Frage der Ablösung im dunkeln bleibt), und zwar unbedingt Konfiskation durch Bauernkomitees, bis eine konstituierende Versammlung zusammentritt.

Jeder andere Ratschlag (einschließlich der von Maslow aufgestellten Losung der „Enteignung" und seiner ganzen Munizipalisierung) stellt eine Aufforderung dar, die Frage nicht durch den Aufstand, sondern durch einen Kuhhandel mit den Gutsbesitzern, einen Kuhhandel mit der reaktionären Zentralgewalt zu lösen, stellt eine Aufforderung dar, die Frage nicht auf revolutionärem, sondern auf bürokratischem Wege zu lösen, denn die allerdemokratischsten regionalen Organisationen und Semstwos können nicht anders als bürokratisch sein im Vergleich zu den revolutio-

nären Bauernkomitees, die sofort, an Ort und Stelle, mit den Gutsbesitzern abrechnen und die Rechte, die der Sanktion einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung bedürfen, an sich reißen müssen.

Der zweite Ratschlag wird unbedingt der sein: ohne restlos durchgeführte Demokratisierung der politischen Ordnung, ohne Republik und ohne tatsächliche Sicherung der Volksherrschaft ist weder daran zu denken, die Errungenschaften des Bauernaufstands zu behaupten, noch daran, auch nur irgendeinen Schritt weiter zu machen. Diesen unseren Ratschlag an die Arbeiter und Bauern müssen wir besonders klar und genau formulieren, um jeden Zweifel, jede Zweideutigkeit, jede Mißdeutung, jede stillschweigende Zulassung eines solchen Unsinns, daß der gutsherrliche Grundbesitz unter einer reaktionären Zentralgewalt vernichtet werden könnte, völlig auszuschließen. Deshalb müssen wir unsere politischen Ratschläge in den Vordergrund stellen und dem Bauern sagen: Hast du den Boden genommen, so mußt du vorwärtsschreiten, sonst wirst du von den Gutsbesitzern und der Großbourgeoisie unweigerlich geschlagen und zurückgeworfen werden. Man kann den Boden nicht nehmen und ihn für sich behalten, ohne neue politische Eroberungen zu machen, ohne dem ganzen Privateigentum am Grund und Boden überhaupt einen neuen und noch entscheidenderen Schlag zu versetzen. In der Politik wie im ganzen gesellschaftlichen Leben gilt: Wer nicht vorwärtsschreitet, der wird zurückgeworfen. Entweder wird die Bourgeoisie, stark geworden nach der demokratischen Umwälzung (die natürlich die Bourgeoisie stärkt), den Arbeiter- wie den Bauernmassen alle Errungenschaften rauben – oder das Proletariat und die Bauernmassen werden sich den Weg nach vorwärts bahnen. Das aber bedeutet die Republik und die volle Herrschaft des Volkes. Das bedeutet: unter der Bedingung der Eroberung der Republik die Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens als mögliches Maximum der bürgerlich-demokratischen Umwälzung, als natürlicher und notwendiger Schritt vorwärts vom Sieg des bürgerlichen Demokratismus zum Beginn des eigentlichen Kampfes für den Sozialismus.

Der dritte und letzte Ratschlag: schafft eure eigene Organisation, Proletarier und Halbproletarier in Stadt und Land. Traut keinen Eigentümern, seien es auch kleine, seien es auch „werktätige". Setzt keine Hoffnungen auf den Kleinbetrieb bei Aufrechterhaltung der Warenproduktion. Je näher der Sieg des Bauernaufstands rückt, desto näher ist die Wendung

der bäuerlichen Eigentümer gegen das Proletariat, desto notwendiger ist die selbständige proletarische Organisation, desto energischer, beharrlicher, entschlossener und lauter müssen wir zur vollständigen sozialistischen Umwälzung aufrufen. Wir unterstützen die Bauernbewegung bis zu Ende, aber wir dürfen nicht vergessen, daß das die Bewegung einer anderen Klasse ist, *nicht derjenigen*, die die sozialistische Umwälzung vollziehen kann und vollziehen wird. Deshalb lassen wir die Frage beiseite, was mit dem Grund und Boden im Sinne seiner Aufteilung als Objekt der Wirtschaft geschehen soll – diese Frage können und werden in der bürgerlichen Gesellschaft nur die großen und kleinen Hofbesitzer lösen. Uns dagegen interessiert brennend (und nach dem Sieg des Bauernaufstands fast ausschließlich) die Frage: Was soll das Landproletariat tun? Wir beschäftigen uns jetzt und künftig hauptsächlich mit dieser Frage und überlassen es den Ideologen des Kleinbürgers, die ausgleichende Bodennutzung und dergleichen mehr auszuhecken. Wir geben auf diese Frage, die grundlegende Frage des neuen, bürgerlich-demokratischen Rußlands, die Antwort: Das ländliche Proletariat soll sich zusammen mit dem städtischen selbständig organisieren zum Kampf für die vollständige sozialistische Umwälzung.

Unser Agrarprogramm muß somit aus drei Hauptteilen bestehen: erstens aus einer aufs entschiedenste formulierten Aufforderung zum revolutionären Ansturm der Bauern auf den gutsherrlichen Grundbesitz; zweitens aus einem genauen Hinweis auf den nächsten Schritt, den die Bewegung machen kann und muß, um die Errungenschaften der Bauern zu festigen und vom Sieg der Demokratie zum unmittelbaren proletarischen Kampf für den Sozialismus überzugehen; drittens aus einem Hinweis auf die proletarischen Klassenaufgaben der Partei, die um so eindringlicher vor uns erstehen und um so hartnäckiger erfordern, daß man sie klar umreißt, je näher der Sieg des Bauernaufstands rückt.

Maslows Programm löst keine einzige dieser Hauptaufgaben, die heute von der SDAPR gelöst werden müssen. Dieses Programm gibt keine Losung, die gleich jetzt, unverzüglich, in der Epoche des antidemokratischsten Staates, der Bauernbewegung den Weg zum Sieg weist; dieses Programm gibt keine genaue Festlegung der politischen Umgestaltungen, die notwendig sind, um die Agrarumgestaltungen zu vollenden und zu verankern; es gibt keinen Hinweis auf die Maßnahmen, die unter der

Bedingung des vollständigsten und konsequentesten Demokratismus auf dem Gebiet der Bodenreform notwendig sind; es gibt keine Charakteristik der proletarischen Stellungnahme unserer Partei zu allen bürgerlich-demokratischen Umgestaltungen. Dieses Programm legt weder die Bedingungen des „ersten Schritts" noch die Aufgaben des „zweiten Schritts" fest, sondern wirft alles in einen Topf, von der Übergabe der Apanageländereien in die Hände eines nichtexistierenden „demokratischen Staates" bis zur Übergabe der Gutsbesitzerländereien in die Hände demokratischer Munizipalitäten, aus der Befürchtung heraus, daß die Zentralgewalt einen undemokratischen Charakter hat! Nichtrevolutionär seiner praktischen Bedeutung im gegebenen Zeitpunkt nach und aufgebaut auf der Annahme eines erkünstelten und völlig unwahrscheinlichen Paktes mit einer halbreaktionären Zentralgewalt, kann dieses Programm der Arbeiterpartei auf keinem der möglichen und denkbaren Entwicklungswege der demokratischen Umwälzung in Rußland als Leitfaden dienen.

Fassen wir zusammen: Das einzige richtige Programm unter der Bedingung der demokratischen Umwälzung wird folgendes sein: wir müssen unverzüglich die Konfiskation der Gutsbesitzerländereien und die Gründung von Bauernkomitees* fordern und dürfen bei dieser Forderung keinerlei einschränkenden Vorbehalt machen. Eine solche Forderung ist revolutionär und vom Standpunkt sowohl des Proletariats als auch der Bauernschaft unter allen, selbst den schlechtesten Bedingungen vorteilhaft. Eine solche Forderung wird unvermeidlich zum Bankrott des Polizeistaates und zur Stärkung des Demokratismus führen.

Aber man darf sich nicht auf die Konfiskation beschränken. In der

* Ähnlich wie X. sieht Maslow „einen Widerspruch darin, daß wir die Aufhebung der Stände und die Gründung von Bauern-, d. h. ständischen Komitees verlangen. In Wirklichkeit liegt hier nur scheinbar ein Widerspruch vor: zur Aufhebung der Stände ist die ‚Diktatur' des untersten, des unterdrückten Standes erforderlich – ebenso wie zur Aufhebung der Klassen überhaupt, darunter auch der Proletarierklasse, die Diktatur des Proletariats erforderlich ist. Unser ganzes Agrarprogramm strebt die Aufhebung der leibeigenschaftlichen und ständischen Überlieferungen auf dem Gebiet der Agrarverhältnisse an, zu diesem Zweck aber kann man einzig und allein an den untersten Stand appellieren, an die durch die Überreste der Leibeigenschaft Unterdrückten." *Lenin*, „Antwort an X.", S. 29. (Siehe Werke, Bd. 6, S. 438. *Die Red.*)

Epoche der demokratischen Revolution und des Bauernaufstands können wir auf keinen Fall die Nationalisierung des Bodens schlankweg ablehnen. Es ist lediglich notwendig, unmißverständlich darauf hinzuweisen, daß diese Forderung bestimmte politische Zustände voraussetzt, ohne welche die Nationalisierung für das Proletariat und die Bauernschaft von Schaden sein könnte.

Ein solches Programm wird vollständig und in sich geschlossen sein. Es wird ein unbedingtes Maximum dessen geben, was bei jeder bürgerlich-demokratischen Umwälzung überhaupt denkbar ist. Es wird der Sozialdemokratie nicht die Hände binden, da es sowohl die Aufteilung als auch die Nationalisierung je nach der politischen Konjunktur zuläßt. Es wird in keinem Fall die Bauernschaft und das Proletariat als Kämpfer für den Demokratismus entzweien.* Es wird heute und sogleich, unter den polizeilich-absolutistischen politischen Zuständen, eindeutig revolutionäre und diese Zustände revolutionierende Losungen aufstellen, es wird auch die weiteren Forderungen für den Fall eines vollen Sieges der demokratischen Revolution erheben, d. h. für den Fall einer solchen Lage der Dinge, bei der die Vollendung der demokratischen Umwälzung neue Perspektiven eröffnet und neue Aufgaben stellt.

Unsere besondere proletarische Einstellung zur ganzen demokratischen Agrarumwälzung muß im Programm unbedingt genau angegeben werden. Man braucht sich nicht daran zu stoßen, daß ein solcher Hinweis in die taktische Resolution gehört oder daß das eine Wiederholung des allgemeinen Teils des Programms ist.

Um der Klarheit unserer Position und ihrer Erläuterung vor den Massen willen lohnt es sich, das wohlgeordnete Schema einer Teilung der Themen in programmatische und taktische zu opfern.

Einen entsprechenden Entwurf des Agrarprogramms, das von der Mehrheit der „Agrarkommission" ausgearbeitet wurde (die „Agrarkommis-

* Um jeden Gedanken daran zu beseitigen, daß die Arbeiterpartei der Bauernschaft irgendwelche Reformprojekte aufzwingen wolle, unabhängig vom Willen der Bauernschaft, unabhängig von der selbständigen Bewegung in der Bauernschaft, ist dem Programmentwurf eine *Variante* A beigefügt, worin die Nationalisierung nicht direkt gefordert, sondern zunächst davon gesprochen wird, daß die Partei das Streben der revolutionären Bauernschaft nach Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden unterstützt.

sion" wurde vom Vereinigten Zentralkomitee der SDAPR eingesetzt, um ein neues Agrarprogramm zu entwerfen), legen wir hiermit vor.

V. ENTWURF DES AGRARPROGRAMMS

Um die Überreste der Leibeigenschaftsordnung zu beseitigen, die als ein schweres Joch unmittelbar auf den Bauern lasten, und um die freie Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Lande zu fördern, fordert die Partei:

1. Konfiskation aller Kirchen-, Kloster-, Apanage-, Staats-, Kabinetts- und Gutsbesitzerländereien;

2. Gründung von Bauernkomitees, um unverzüglich alle Spuren der gutsherrlichen Macht und der gutsherrlichen Privilegien auszutilgen und über die konfiszierten Ländereien faktisch zu verfügen, bis eine vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung eine neue Flurregelung getroffen hat;

3. Aufhebung aller Steuern und Lasten, die heute der Bauernschaft als steuerpflichtigem Stand auferlegt sind;

4. Aufhebung aller Gesetze, die den Bauern in der freien Verfügung über sein Land beschränken;

5. Bevollmächtigung gewählter Volksgerichte, übermäßig hohe Pachtzinsen herabzusetzen und Verträge mit knechtendem Charakter für ungültig zu erklären.

Sollte indessen ein entscheidender Sieg der gegenwärtigen Revolution in Rußland die Herrschaft des Volkes voll und ganz sichern, d. h. die Republik und eine völlig demokratische Staatsordnung schaffen, so wird die Partei die Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden und die Überführung des gesamten Bodens in das Gemeineigentum des ganzen Volkes anstreben.*

Dabei macht es sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands in allen Fällen und bei jedem Stand der demokratischen Agrarumgestaltun-

* Variante A:

... so wird die Partei das Streben der revolutionären Bauernschaft nach Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden unterstützen und die Überführung des gesamten Bodens in Staatseigentum anstreben.

gen zu ihrer Aufgabe, unentwegt eine selbständige Klassenorganisation des Landproletariats anzustreben, ihm den unversöhnlichen Gegensatz zwischen seinen Interessen und den Interessen der Dorfbourgeoisie klarzumachen, es davor zu warnen, seine Hoffnungen auf das System der Kleinwirtschaft zu setzen, das beim Bestehen der Warenproduktion niemals imstande sein wird, das Elend der Massen zu beseitigen, und schließlich auf die Notwendigkeit der vollständigen sozialistischen Umwälzung hinzuweisen, als des einzigen Mittels, jedes Elend und jede Ausbeutung zu beseitigen.

VORWORT ZUR RUSSISCHEN AUSGABE DER BROSCHÜRE: K. KAUTSKY, „DIE VERNICHTUNG DER SOZIALDEMOKRATIE"

Die dem Leser in russischer Übersetzung vorliegende Broschüre stammt aus der Feder eines der hervorragendsten Vertreter der deutschen Sozialdemokratie. Dem Verfasser dieser Broschüre ist es gelungen, weitaus mehr zu bieten, als man, nach dem von ihm gewählten Thema zu urteilen, erwarten konnte. Anstatt einer einfachen Widerlegung der verlogenen Behauptungen eines gewissenlosen Handlangers der Fabrikanten, des Herrn Bürger, haben wir hier eine bemerkenswert klare und gemeinverständliche Darlegung der grundlegenden Fragen der Arbeiterbewegung nicht nur in Deutschland, sondern auch in der ganzen Welt. Verfall der Kleinproduktion und Verelendung des Volkes gehen überall vor sich. Ähnlich Herrn Bürger überschlagen sich die bürgerlichen Politiker und Gelehrten aller Länder schier vor Eifer, um diese Erscheinungen zu vertuschen. Eine systematische Untersuchung der üblichen Argumente dieser Herren gewinnt darum außerordentlich große Bedeutung.

Der Verfasser der Broschüre verwendet fast ausschließlich deutsche Angaben. Es wäre wünschenswert, diese Angaben in einigen Punkten durch die entsprechenden russischen zu ergänzen. Ein solcher Versuch wird wahrscheinlich auch von den Herausgebern der Broschüre gemacht werden, falls diese die weite Verbreitung findet, die sie vollauf verdient. Es muß lediglich vermerkt werden, daß sich die Industrie- und Landwirtschaftsstatistik Rußlands im Vergleich zur deutschen Statistik in einem ganz jämmerlichen Zustand befindet. In bezug auf Deutschland besteht die Möglichkeit, die Angaben zweier in verschiedenen Zeitabständen im ganzen Land durchgeführten Industrie- und Landwirtschaftszählungen zu vergleichen. In Rußland wurde keine einzige derartige Zählung vorge-

nommen, und außer der Semstwostatistik, die nach europäischem Muster einzelne kleine Winkel der Volkswirtschaft erforscht, gibt es bei uns nur die verlogene, schlampige, bürokratisch-konfuse Statistik verschiedener „Ämter", die eher als nichtssagende Polizeiakte bezeichnet zu werden verdient.

Die russische Bürokratie hindert das russische Volk daran, die ganze Wahrheit über seine Lage zu erfahren. Aber jeder gebildete russische Leser wird sich leicht Hunderter und Tausender Beispiele aus unserer Literatur über die Lage der Bauernwirtschaft, über das Hausgewerbe und über den Fabriksalltag erinnern, die voll und ganz die Schlußfolgerungen bestätigen, zu denen der Verfasser der Broschüre kommt. Jeder russische Arbeiter und Bauer wird leicht merken, daß die in der Broschüre beschriebene Verelendung des Volkes in Rußland in noch größerem Umfang, in noch schärferen und noch gröberen Formen vor sich geht.

März 1906 *N. Lenin*

Veröffentlicht März–April 1906 in der Broschüre: K. Kautsky, „Die Vernichtung der Sozialdemokratie".

Nach dem Text der Broschüre.

DER SIEG DER KADETTEN UND DIE AUFGABEN DER ARBEITERPARTEI

Geschrieben 24.–28. März (6.–10. April) 1906.

Veröffentlicht im April 1906 als Broschüre im Verlag „Nascha Mysl".

Nach dem Text der Broschüre.

I

WELCHE OBJEKTIVE BEDEUTUNG HATTE UNSERE BETEILIGUNG AN DEN DUMAWAHLEN?

Die Siege der Kadetten sind unserer liberalen Presse zu Kopf gestiegen. Die Kadetten haben in der Wahlkampagne alle oder fast alle Liberalen um sich geschart. Zeitungen, die bis dahin nicht zur Partei der Kadetten gehört hatten, sind faktisch zu Organen dieser Partei geworden. Die liberale Presse frohlockt. Von allen Seiten hört man Siegesgeschrei und an die Regierung gerichtete Drohungen. In dieses Geschrei mischen sich – ein höchst bezeichnender Umstand – ständig bald schadenfrohe, bald herablassende Ausfälle an die Adresse der Sozialdemokraten.

Schaut, was für einen Fehler ihr gemacht habt, als ihr die Beteiligung an den Wahlen ablehntet! Seht ihr es jetzt? Gebt ihr euren Fehler zu? Wißt ihr jetzt die Ratschläge des weisen und weitblickenden Plechanow zu würdigen? – Solche und ähnliche Reden vernimmt man aus den Spalten der sich vor Begeisterung schier überschlagenden liberalen Presse. Von Plechanow hat Gen. Stepanow bemerkenswert richtig gesagt (Sammelband „Die gegenwärtige Lage", Artikel „Aus der Ferne"), mit ihm habe sich etwas Ähnliches ereignet wie mit Bernstein. Ebenso wie Bernstein seinerzeit von den deutschen Liberalen auf Händen getragen und von allen „fortschrittlichen" bürgerlichen Zeitungen in den Himmel gehoben wurde, so gibt es heute in Rußland keine liberale Zeitung, nicht einmal einen liberalen Zeitungsartikel (bis zum *„Slowo"*, ja, ja, bis zum oktobristischen *„Slowo"* einschließlich!), die den weisen und weitblickenden, den besonnenen und nüchternen Plechanow, der den Mut hatte, gegen den Boykott aufzutreten, nicht in ihre Arme schlössen, nicht an ihre Brust drückten, nicht herzten und küßten.

Betrachten wir näher, was die Siege der Kadetten beweisen. Wessen

Fehler haben sie aufgedeckt? Welche Taktik haben sie der Fruchtlosigkeit überführt?

Plechanow, Struve und Co. wiederholen in einem fort, der Boykott sei ein Fehler gewesen. Warum die Kadetten dieser Meinung sind, ist völlig klar. Ihr Vorschlag, einen Arbeiter vom Moskauer Wahlkreis in die Duma wählen zu lassen (siehe „Nascha Shisn" vom 23. März), zeigt, daß die Kadetten die Hilfe der Arbeiter zu schätzen wissen, daß sie eine Abmachung mit den Sozialdemokraten suchen, um ihren Sieg zu vollenden und zu verankern, und daß sie ein solches Abkommen genauso mit parteilosen Arbeitern schließen, wie sie es auch mit der sozialdemokratischen Partei schlössen. Daß die Kadetten den Boykott verabscheuen, weil sie darin eine Weigerung sehen, sie, die Kadetten, zu unterstützen, eine Weigerung der „Linken", mit ihnen, den Kadetten, ein Abkommen zu treffen – ist ganz natürlich.

Was aber wollen Plechanow und die (teils bewußt, teils unbewußt) zu ihm tendierenden Menschewiki oder unsere russischen sozialdemokratischen Boykottgegner? O weh, o weh! Selbst Plechanow, der seine Ansichten kühner und konsequenter, freier und klarer als alle anderen unter ihnen darzulegen pflegt, zeigt mit seinem fünften „Dnewnik"* zum soundsovielten Mal, daß *er selber nicht weiß, was er will.* Man muß sich an den Wahlen beteiligen – verkündet er laut. Weshalb? Um die revolutionäre Selbstverwaltung zu errichten, die von den Menschewiki propagiert wird? oder um in die Duma zu gehen?

Plechanow dreht und wendet sich, laviert und sucht um diese einfachen, direkten und klaren Fragen mit Sophismen herumzukommen. Nachdem Plechanow monatelang geschwiegen hatte, während die Menschewiki noch in den Spalten der „Iskra" die revolutionäre Selbstverwaltung propagierten (*und er unumwunden erklärte, er sympathisiere mit der menschewistischen Taktik*), äußert er sich jetzt plötzlich in den verächtlichsten Worten über diese „berühmte revolutionäre Selbstverwaltung" der Menschewiki. Berühmt warum und wodurch, Genosse Plechanow? Haben zu dieser „Berühmtheit" nicht dieselben Bolschewiki beigetragen, gegen die Plechanow jetzt Krieg führen will, und die das Unzulängliche, Unbestimmte und Halbschlächtige dieser Losung längst aufgezeigt haben?

Plechanow gibt darauf keine Antwort. Er stellt nichts klar. Er fällt ledig-

* „Dnewnik Sozial-Demokrata" Nr. 5.

lich im Vorbeigehen einen Orakelspruch. Der Unterschied zwischen einem Orakel und Plechanow ist dabei der, daß ein Orakel die Ereignisse vorhersagt, während Plechanow seine Verdikte nach Ablauf der Ereignisse fällt, den Senf nach der Mahlzeit serviert. Als die Menschewiki vor der Oktoberrevolution, vor dem Dezemberaufstand von der „revolutionären Selbstverwaltung" sprachen, als sie vor dem Eintritt des revolutionären Aufschwungs davon sprachen, da schwieg Plechanow, wobei er jedoch die menschewistische Taktik im allgemeinen billigte; er schwieg, als wolle er abwarten, als trage er Bedenken, als wage er nicht, sich eine halbwegs bestimmte Meinung zu bilden. Als die revolutionäre Welle abebbte, als die „Tage der Freiheit" und die Tage des Aufstands vorüber waren, als die verschiedenen Sowjets von Arbeiter-, Soldaten-, Eisenbahner- u. a. Deputierten von der Bühne abgetreten waren (die Sowjets, die den Menschewiki Organe der revolutionären Selbstverwaltung zu sein schienen und die von den Bolschewiki als embryonale, isolierte, spontane und darum ohnmächtige Organe der revolutionären Macht betrachtet wurden) – kurzum, als die Frage an Schärfe verloren hatte, als das Abendbrot verzehrt war, da erscheint Plechanow mit dem Senf, da offenbart er seine, den Herren Struve und Co. so teuere Weisheit und Weitsicht . . . hinsichtlich des gestrigen Tages.

Warum Gen. Plechanow mit der revolutionären Selbstverwaltung nicht zufrieden ist, das bleibt somit unbekannt. Plechanow stimmt jetzt mit den Bolschewiki darin überein, daß die revolutionäre Selbstverwaltung vielen „die Köpfe verwirrt" („Dnewnik" Nr. 5), aber aus allem ist zu ersehen, daß Plechanow eine derartige Losung zu stark erscheint, während sie den Bolschewiki zu schwach erscheint. Plechanow scheint diese Losung zu weit zu gehen, uns dagegen scheint sie nicht weit genug zu gehen. Plechanow möchte die Menschewiki von der „revolutionären Selbstverwaltung" zurückzerren zu nüchterner und sachlicher Arbeit in der Duma. Wir möchten – und möchten nicht nur, sondern fordern bewußt und eindeutig dazu auf – von der revolutionären Selbstverwaltung einen Schritt vorwärts machen und anerkennen, daß man einheitlich aufgebaute, planmäßig und offensiv handelnde Organe des Aufstands, Organe der revolutionären Macht braucht. Plechanow setzt praktisch die Losung des Aufstands von der Tagesordnung ab (obwohl er sich nicht entschließen kann, das direkt und offen zu sagen); – es ist ganz natürlich, daß er auch die Losung der

revolutionären Selbstverwaltung ablehnt, die ohne Aufstand und ohne eine Situation des Aufstands ein lächerliches und schädliches Spiel wäre. Plechanow ist ein wenig konsequenter als seine Gesinnungsfreunde – die Menschewiki.

Wozu soll man sich also eigentlich an den Wahlen beteiligen, und wie soll man sich an den Wahlen beteiligen, Genosse Plechanow? Nicht um der revolutionären Selbstverwaltung willen, die nur „die Köpfe verwirrt". Also um der Beteiligung an der Duma willen? – Hier aber wird Plechanow von größter Schüchternheit befallen. Er will keine Antwort geben, da aber n + 1 Genossen aus Rußland, die nicht nur die Tagebücher eines „zuweilen schreibenden" Schriftstellers zuweilen lesen, sondern auch irgendwie bestimmt unter der Arbeitermasse wirken möchten, da diese n + 1 aufdringlichen Korrespondenten von ihm eine präzise Antwort fordern, beginnt Plechanow ärgerlich zu werden. Man kann sich schwerlich etwas Hilfloseres und Kurioseres vorstellen als seine verärgerte Erklärung, es wäre Pedanterie, Schematismus usw., von den Wählern zu verlangen, daß sie wüßten, wozu und warum sie wählen. Aber ich bitte Sie, Genosse Plechanow! Sie werden doch sowohl von Ihren Freunden, den Kadetten, als auch von unseren Arbeitern ganz einfach ausgelacht werden, wenn Sie im Ernst, vor der Masse, dieses großartige Programm verteidigen wollen: Beteiligt euch an den Wahlen, wählt, aber fragt nicht, wozu ihr wählt und warum ihr wählt. Wählt auf Grund des Gesetzes über die Dumawahlen, aber untersteht euch nicht, zu glauben (das wäre Pedanterie und Schematismus), ihr wähltet zur Duma.

Warum hat sich Gen. Plechanow, der einstmals klar zu schreiben und präzise Antworten zu geben verstand, so offensichtlich verheddert? Darum, weil er sich infolge seiner falschen Einschätzung des Dezemberaufstands eine grundfalsche Vorstellung von der gegenwärtigen politischen Situation gemacht hat. Er ist in eine solche Lage geraten, daß er sich fürchten muß, seine Gedanken zu Ende zu denken, sich fürchten muß, der Wirklichkeit offen ins Auge zu schauen.

Jetzt ist jedoch die ungeschminkte Wirklichkeit der „Dumakampagne" schon völlig klar zutage getreten. Jetzt haben die Tatsachen schon eine Antwort auf die Frage gegeben, welche objektive Bedeutung den Wahlen und der Beteiligung an ihnen zukommt, unabhängig vom Willen und Bewußtsein, von den Reden und Versprechungen der Beteiligten selbst. Und

der entschiedenste der Menschewiki, Gen. Plechanow, fürchtet eben deshalb, sich offen für eine Beteiligung an der Duma auszusprechen, weil der Charakter dieser Beteiligung bereits feststeht. *Sich an den Wahlen beteiligen heißt entweder die Kadetten unterstützen und einen Pakt mit ihnen eingehen oder Wahlspielerei treiben.* Die Richtigkeit dieses Satzes ist jetzt durch das Leben selbst bewiesen worden. Plechanow war genötigt, in Nr. 5 des „Dnewnik" die Richtigkeit der zweiten Hälfte dieser Argumentation anzuerkennen und die Ungereimtheit der Losung „revolutionäre Selbstverwaltung" zuzugeben. In Nr. 6 des „Dnewnik" wird Plechanow, wenn er einer Analyse, die der Frage auf den Grund geht, nicht ausweicht, auch die erste Hälfte anerkennen müssen.

Die politische Wirklichkeit hat die Taktik der Menschewiki endgültig zu Fall gebracht, jene Taktik, die sie in ihrer „Plattform" (einem hektographierten Flugblatt, das die Namen Martows und Dans erwähnt, herausgegeben in St. Petersburg Ende 1905 oder Anfang 1906) und in ihren gedruckten Erklärungen (in dem Flugblatt des Vereinigten ZK mit der Darlegung beider Taktiken und in dem Artikel von Dan in der bekannten Broschüre) verteidigt haben. Es war das die Taktik einer Beteiligung an den Wahlen, aber nicht, um zur Duma zu wählen. Für eine Beteiligung an der Duma – wir wiederholen es – wagte sich kein einziger der namhafteren Menschewiki in der Presse auch nur mit einer Silbe zu äußern. Und gerade diese „reine" menschewistische Taktik ist vom Leben endgültig zu Fall gebracht worden. Von einer Beteiligung an den Wahlen, um eine „revolutionäre Selbstverwaltung" zu bilden oder um die Gouvernements-Wahlversammlungen zu verlassen usw., kann man jetzt wohl kaum noch ernsthaft sprechen. Die Ereignisse haben aufs anschaulichste gezeigt, daß eine solche Wahlspielerei, eine solche Parlamentsspielerei der Sozialdemokratie nichts anderes als ihre Kompromittierung, als Schande und Skandal einbringen kann.

Wenn das Gesagte noch einer Bestätigung bedarf, so hat das Moskauer Landbezirkskomitee unserer Partei eine der glänzendsten geliefert. Das ist eine gemischte Organisation, welche die Fraktionen der Mehrheit und der Minderheit in sich vereinigt. Auch eine „gemischte" Taktik wurde angenommen, d. h. eine mindestens zur Hälfte menschewistische: an der Wahl der Bevollmächtigten teilnehmen, um den Einfluß der Sozialdemokratie in der Arbeiterkurie zu festigen, und dann die Wahlen vereiteln,

indem man sich weigert, Wahlmänner zu wählen. Das war ein Versuch, die Taktik zu wiederholen, die gegenüber der Schidlowski-Kommission eingeschlagen worden war. Das war der „erste Schritt" gerade im Geiste der von Gen. Plechanow empfohlenen Maßnahmen: teilnehmen werden wir, was aber weiter wird, das werden wir zu gegebener Zeit eingehender prüfen.

Die menschewistisch-Plechanowsche Taktik des Moskauer Landbezirkskomitees ist, wie nicht anders zu erwarten war, elend gescheitert. Die Bevollmächtigten wurden gewählt, darunter Sozialdemokraten, zum Teil sogar Mitglieder der Organisation. Da kam das Gesetz gegen den Boykott.[63] Die Bevollmächtigten gerieten in eine Zwickmühle: entweder wegen Agitation für den Boykott ins Gefängnis wandern oder Wahlmänner wählen. Die Agitation des Landbezirkskomitees, illegal wie die Agitation aller Organisationen unserer Partei, erwies sich als außerstande, mit den von ihr in Bewegung gesetzten Kräften fertig zu werden. *Die Bevollmächtigten brachen das gegebene Versprechen*, zerrissen ihre gebundenen Mandate und . . . *wählten Wahlmänner*. Unter den Wahlmännern gab es ebenfalls zum Teil Sozialdemokraten und sogar Mitglieder der Organisation.

Der Schreiber dieser Zeilen war bei einer äußerst niederdrückenden Szene in einer Sitzung des Moskauer Landbezirkskomitees zugegen, als die leitende sozialdemokratische Organisation die Frage erörterte, was zu tun sei und was jetzt mit dieser gescheiterten (Plechanowschen) Taktik werden solle. Das Fiasko der Taktik war so offensichtlich, daß sich unter den menschewistischen Komiteemitgliedern *nicht ein einziger* fand, der sich für die Teilnahme der Wahlmänner an der Gouvernements-Wahlversammlung oder für die revolutionäre Selbstverwaltung oder für etwas Ähnliches ausgesprochen hätte. Anderseits konnte man auch nicht gut Strafmaßnahmen gegen die Arbeiterbevollmächtigten beschließen, die ihre gebundenen Mandate verletzt hatten. Dem Komitee blieb nichts übrig, als seine Hände in Unschuld zu waschen und seinen Fehler stillschweigend zuzugeben.

Das war das Ergebnis der Plechanowschen Taktik: zu wählen, ohne gründlich zu überlegen (ja sogar ohne den Willen, gründlich zu überlegen, ja ohne den Willen, überhaupt zu überlegen: siehe Nr. 5 des „Dnewnik"), wozu und warum man wählt. Bei der ersten Berührung mit der Wirklich-

keit zerstob die menschewistische „Taktik" wie Spreu im Winde – und das ist kein Wunder, denn diese „Taktik" (Beteiligung an den Wahlen, aber nicht, um zu wählen) bestand einzig und allein aus schönen Worten und guten Vorsätzen. Die Vorsätze blieben Vorsätze, die Worte blieben Worte, in Wirklichkeit aber kam das heraus, was die objektive politische Situation mit unerbittlicher Logik diktierte: entweder wählen, um die Kadetten zu unterstützen, oder Wahlspielerei treiben. Die Ereignisse haben also buchstäblich das bestätigt, was ich in meinem Artikel „Die Reichsduma und die sozialdemokratische Taktik" geschrieben habe: „Wir können erklären, daß unsere sozialdemokratischen Kandidaturen voll und vollstens selbständig sind, daß unsere Beteiligung das Parteiprinzip rein und reinstens wahrt, dennoch wird *die politische Lage stärker sein als alle Erklärungen.* In Wirklichkeit kann und wird es nicht so kommen, wie es diesen Erklärungen entspräche. In Wirklichkeit wird es bei der jetzigen Beteiligung an der jetzigen Duma zwangsläufig, entgegen unserem Willen, zu einer nicht sozialdemokratischen und nicht parteimäßigen Arbeiterpolitik kommen." (S. 5.)*

Sollen die Menschewiki oder Plechanowleute doch versuchen, diese Schlußfolgerung zu widerlegen – nur nicht mit Worten, sondern durch Taten, durch Fakten. Bei uns in der Partei ist ja jetzt jede örtliche Organisation in ihrer Taktik autonom. Weshalb ist es denn nirgendwo in Rußland zu einer halbwegs brauchbaren und vernünftigen menschewistischen Taktik gekommen? Weshalb hat die Moskauer Gruppe der SDAPR, die menschewistisch und nicht mit dem bolschewistischen Komitee verschmolzen ist, keine „Plechanowsche" oder eigene Wahlkampagne zu den Wahlen vorbereitet, die übermorgen, am Sonntag, dem 26. März, in Moskau stattfinden werden? Natürlich nicht, weil sie nicht will. Ich bin sicher, auch nicht, weil sie nicht kann. Sondern deshalb, weil die objektive politische Situation entweder den Boykott oder aber die Unterstützung der Kadetten vorschrieb. Es gibt jetzt unter den Wahlmännern des Moskauer Gouvernements Sozialdemokraten. Die Wahlen sind in den Umrissen völlig klar. Die Gouvernements-Wahlversammlung findet noch nicht so bald statt. Es ist noch Zeit, Genosse Plechanow. Es ist noch Zeit, Genossen Menschewiki! Ratet doch diesen Wahlmännern, was sie tun sollen.** Zeigt

* Siehe den vorliegenden Band, S. 96. *Die Red.*

** Diese Zeilen waren schon geschrieben, als ich Nr. 30 der „Retsch" [Die

ihnen wenigstens ein einziges Mal nicht erst hinterher, daß ihr eine Taktik habt. Sollen diese Wahlmänner einfach die Gouvernements-Wahlversammlung verlassen? Oder sie verlassen und eine revolutionäre Selbstverwaltung bilden? Oder leere Stimmzettel abgeben? Oder schließlich zur Duma wählen, und wenn, dann wen? ihren Sozialdemokraten, als eine leere, aussichtslose Demonstration hinter den Kulissen? Und schließlich die Hauptfrage, auf die ihr, Genossen Menschewiki und Genosse Plechanow, antworten müßt: Was sollen diese Wahlmänner tun, wenn ihre Stimmen den Ausschlag geben, ob Kadetten oder Oktobristen gewählt werden? wenn zum Beispiel die Kadetten gleich A minus 1, die Oktobristen gleich A und die sozialdemokratischen Wahlmänner gleich zwei sein werden? Sich der Stimme enthalten* würde bedeuten, den Oktobristen zu helfen, die Kadetten zu schlagen! Bleibt also nur übrig, für die Kadetten zu stimmen und *sie für diesen Dienst um einen Sitz in der Duma zu bitten?*

Rede] vom 24. März las, wo es in einer Zuschrift aus Moskau heißt: „Soweit sich augenblicklich feststellen läßt, sind die Chancen in dem bei den Gouvernementswahlen bevorstehenden Kampf zwischen den Kadetten und den Rechtsparteien ungefähr gleich: wie bei den Oktobristen (11) mit den Vertretern der Handels- und Industriepartei (26) und der extremen Rechtsparteien (13) insgesamt 50 ziemlich sichere Stimmen zusammenkommen, so erhält man auch bei den Kadetten (22), wenn man ihnen die parteilosen Progressisten (11) und die Arbeiter (17) zurechnet, ebenfalls 50 Stimmen. Der Erfolg wird also davon abhängen, welcher Partei sich die 9 Wahlmänner anschließen werden, deren Richtung noch nicht bekannt ist."

Nehmen wir an, daß diese 9 Wahlmänner Liberale, die 17 Arbeiter aber Bevollmächtigte der Sozialdemokratischen Partei sind (wie Plechanow und die Menschewiki es ja haben wollten). Das Ergebnis wäre dann: Kadetten 42, Rechte 50, Sozialdemokraten 17. Was bleibt den Sozialdemokraten zu tun übrig, als mit den Kadetten ein Wahlabkommen über die Verteilung der Dumasitze zu schließen?

* Man braucht wohl kaum hinzuzufügen, daß diese zwei durch die Wahl ihres Sozialdemokraten *in Wirklichkeit den Schwarzhundertern helfen würden.* Die Wahl der Sozialdemokraten käme einer Stimmenthaltung gleich, das heißt einem passiven Fernbleiben vom Kampf, in dem die Schwarzhunderter die Kadetten schlagen.

PS. Im Text wurde irrtümlich gesagt, die Gouvernements-Wahlversammlung

Das ist durchaus keine von uns ausgedachte Schlußfolgerung. Das ist durchaus kein polemischer Ausfall gegen die Menschewiki. Diese Schlußfolgerung entspricht genau der Wirklichkeit. Die Beteiligung der Arbeiter an den Wahlen, die Beteiligung der Sozialdemokraten an den Wahlen wird *in der Praxis* eben dazu und nur dazu führen. Die Kadetten haben die Petersburger Erfahrung, als parteilose Arbeiter, die Wohnungsinhaber sind, für sie stimmten, um die Oktobristen nicht siegen zu lassen, richtig eingeschätzt. In Berücksichtigung dieser Erfahrung wandten sich die Kadetten mit dem direkten Vorschlag an die Moskauer Arbeiter: Unterstützt uns, und wir werden einem eurer Wahlmänner in die Duma verhelfen. Die Kadetten haben die wirkliche Bedeutung der Plechanowschen Taktik richtiger verstanden als Plechanow selbst. Durch ihren Vorschlag nahmen sie das unvermeidliche politische Ergebnis der Wahlen vorweg. Wären an der Stelle der parteilosen Arbeiterwahlmänner zur Partei gehörende sozialdemokratische Arbeiter gewesen, so hätten sie vor demselben Dilemma gestanden: entweder sich fernhalten und dadurch den Schwarzhundertern helfen oder aber ein direktes oder indirektes, stillschweigendes oder vertraglich besiegeltes Abkommen mit den Kadetten eingehen.

Ja, ja, nicht umsonst, durchaus *nicht umsonst* hätscheln die Kadetten jetzt Plechanow! Der Preis dieser Zärtlichkeiten ist offensichtlich. Do ut des, sagt ein lateinisches Sprichwort: ich gebe, damit du gibst. Ich gebe dir Zärtlichkeiten dafür, daß du *mir* durch deine Ratschläge zusätzliche Stimmen gibst. Gewiß, du hast das vielleicht gar nicht gewollt; du hast dich sogar geschämt, den Empfang unserer Zärtlichkeiten öffentlich zuzugeben. Du hast dich mit allen erlaubten und unerlaubten (besonders unerlaubten!) Mitteln vor einer Antwort auf die Fragen zu drücken versucht, die allzu unverfroren, allzu unmittelbar an den Wesenskern unseres Liebes-

fände noch nicht so bald statt. Sie hat jetzt bereits stattgefunden. Die Schwarzhunderter haben gesiegt, denn die Bauern haben sich mit den Kadetten nicht einigen können. Nebenbei bemerkt, wird in derselben Nummer der „Nascha Shisn", der wir diese Nachricht entnehmen (Nr. 405 vom 28. März), gemeldet: „Die Zeitung ‚Put' [Der Weg] teilt aus vertrauenswürdiger Quelle mit, daß sich viele menschewistische Sozialdemokraten gestern (in Moskau) aktiv an den Wahlen beteiligt und ihre Stimme für die Liste der ‚Volksfreiheit' abgegeben haben." Ist das wahr?

handels rührten. Aber es kommt ja gar nicht auf deine Wünsche an, auf deine Absichten, auf deine guten (vom sozialdemokratischen Standpunkt aus guten) Vorsätze. Es kommt auf die *Ergebnisse* an, und die sind für uns vorteilhaft.

Die Auffassung der Kadetten von der Plechanowschen Taktik entspricht der Wirklichkeit. Deshalb erzielen sie auch das von ihnen gewünschte Ergebnis: Gewinnung der Arbeiterstimmen, Abschluß eines Abkommens mit den Arbeitern, *Einbeziehung der Arbeiter in die solidarische* (gemeinsam mit den Kadetten) *Verantwortung für eine kadettische Duma*, für eine kadettische Politik.

Die Auffassung Plechanows von der Taktik, die er vorgeschlagen hat, entspricht nicht der Wirklichkeit. Deshalb dienen Plechanows gute Vorsätze nur dazu, den Weg zur Hölle zu pflastern. Die sozialdemokratische Wahlagitation unter den *Massen*, die Organisierung der *Massen*, die Mobilisierung der *Massen* um die Sozialdemokratie usw. usf. (siehe die Deklamation von Plechanows Gesinnungsfreund Dan in seiner Broschüre), all das bleibt auf dem Papier. Wie sehr auch jeder von uns das wünschen mag – die objektiven Verhältnisse verhindern die Erfüllung der Wünsche. Es gelingt nicht, das sozialdemokratische Banner vor der Masse zu entrollen (man denke an das Beispiel des Moskauer Landbezirkskomitees), die illegale Organisation hat keine Möglichkeit, zu einer legalen zu werden, das Segel entgleitet dem kraftlosen Steuermann, der sich ohne jede gediegene Ausrüstung in die quasi-parlamentarische Strömung gestürzt hat. *In Wirklichkeit ergibt sich keine sozialdemokratische und keine parteimäßige Arbeiterpolitik*, sondern eine kadettische Arbeiterpolitik.

Aber euer Boykott hat sich doch als eine völlig nutzlose und ohnmächtige Sache erwiesen! schreien die Kadetten von allen Seiten. Die Arbeiter, die die Duma und uns Kadetten durch ihr Boykottbeispiel blamieren wollten, die Arbeiter, die eine Strohpuppe zur Duma wählten, haben sich ganz offenkundig geirrt! In der Duma werden keine Strohpuppen sitzen, sie wird kadettisch sein!

Genug, meine Herren! Ihr seid naiv oder ihr stellt euch naiv. Wenn die Duma kadettisch sein wird, dann ergibt sich eine neue Situation, aber in der Duma werden trotzdem Strohpuppen sitzen. Die Arbeiter haben sich von einem wunderbar feinen Klasseninstinkt leiten lassen, als sie durch ihre unvergleichliche Demonstration, durch ihre Strohpuppe, die die künf-

tige Duma symbolisierte, das vertrauensselige Volk warnten und die Verantwortung für das Puppenspiel von sich wiesen.

Ihr versteht das nicht? Gestattet, wir werden es euch erklären.

II

DIE SOZIALE UND POLITISCHE BEDEUTUNG DER ERSTEN WAHLEN

Die ersten politischen Wahlen in Rußland sind von sehr großer politischer und sozialer Bedeutung. Aber die von ihrem Sieg trunkenen und restlos in konstitutionellen Illusionen befangenen Kadetten sind völlig unfähig, die wirkliche Bedeutung dieser Wahlen zu begreifen.

Vor allem wollen wir untersuchen, welche Klassenelemente sich um die Kadetten gruppieren. Die Wahlen liefern zu dieser Frage außerordentlich lehrreiches und wertvolles Material, das bei weitem noch nicht vollständig ist. Einiges wird jedoch schon sichtbar und verdient besondere Beachtung. Hier die von uns den „Russkije Wedomosti"[64] entnommene Zusammenstellung der Angaben über die Wahlmänner nach dem Stand vom 18. März (d. h. vor den Petersburger Wahlen).

	Zahl der in Versammlungen gewählten Wahlmänner		
Politische Richtungen*	der städtischen Wähler	der Grundbesitzer	*Insgesamt*
Linke	268	128	396
Rechte	118	172	290
Parteilose	101	178	279
Insgesamt	487	478	965

* Zu den Linken zählen wir – Sozialdemokraten (2), Kadetten (304), Partei demokratischer Reformen (4), progressive Richtung (59), gemäßigte Liberale (17), Bund für die Gleichberechtigung der Juden (3) und polnische Nationalisten (7). Zu den Rechten – Oktobristen (124), Handels- und Industriepartei (51), konstitutionelle Monarchisten (7), Partei der Rechtsordnung (5), Rechte (49) und Monarchisten (54).

Wie dürftig diese Angaben auch noch sind, so ist aus ihnen doch ersichtlich (und die Petersburger Wahlen bekräftigen lediglich diese Schlußfolgerung), daß die russische Befreiungsbewegung im allgemeinen und die Partei der Kadetten im besonderen eine gewisse soziale Verschiebung durchmachen. Der Schwerpunkt dieser Bewegung verlagert sich mehr in die Städte. Die Bewegung demokratisiert sich. Die „kleinen Leute" aus dem städtischen Mittelstand treten auf den Plan.

Unter den Grundbesitzern überwiegen die Rechten (wenn man annimmt, daß sich die Parteilosen gleichmäßig auf Linke und Rechte verteilen – eine Annahme, die wahrscheinlich eher an zu großem Pessimismus als an zu großem Optimismus krankt). Unter den städtischen Wählern haben die Linken ein unvergleichlich stärkeres Übergewicht.

Der Gutsbesitzer ist von den Kadetten zum Verband vom 17. Oktober und ähnlichen Parteien übergegangen. Dafür betritt das Kleinbürgertum, zumindest das städtische (über das ländliche liegen noch keine Angaben vor, und es wird auch schwieriger sein, vor der Duma solche Angaben zu erlangen), offensichtlich die politische Bühne, wendet es sich offensichtlich dem Demokratismus zu. Überwogen in der bürgerlichen Befreiungs- (und „Oswoboshdenzen"-) Bewegung der Semstwotagungen die Gutsbesitzer, so haben jetzt die Bauernaufstände und die Oktoberrevolution einen großen Teil von ihnen entschieden der Konterrevolution in die Arme getrieben. Die Partei der Kadetten bleibt zwiespältig, wir finden in ihr sowohl das städtische Kleinbürgertum als auch die liberalen Gutsbesitzer, aber die letzteren bilden offenbar schon die Minderheit in der Partei. Die kleinbürgerliche Demokratie überwiegt.

Mit großer Wahrscheinlichkeit, fast mit Sicherheit können wir demnach folgende zwei Schlußfolgerungen ziehen: erstens, das Kleinbürgertum formiert sich politisch und tritt eindeutig gegen die Regierung auf; zweitens, die Partei der Kadetten wird zur „parlamentarischen" Partei der kleinbürgerlichen Demokratie.

Diese Schlußfolgerungen decken sich nicht, wie es auf den ersten Blick scheinen könnte. Die zweite Schlußfolgerung ist viel enger als die erste, denn die Kadetten umfassen nicht alle kleinbürgerlichen demokratischen Elemente und sind außerdem nur eine „parlamentarische" (d. h. *selbstverständlich eine quasi-parlamentarische, eine possenhaft-parlamentarische*) Partei. Hinsichtlich der Bedeutung der Petersburger Wahlen z. B.

stimmen alle Zeugnisse – von der forschen und sich radikal gebärdenden „Rus" über Herrn Nabokow, Mitglied des ZK der Kadetten und Dumakandidat, bis zum „Nowoje Wremja" – erstaunlich darin überein, daß das eigentlich nicht so sehr eine Abstimmung *für* die Kadetten als vielmehr eine Abstimmung *gegen die Regierung* war. Den Kadetten fiel der Sieg in hohem Maße nur deshalb zu, *weil sie sich* (dank Durnowo und Co.) *als die am weitesten links stehende Partei erwiesen.* Die wirklich linken Parteien waren durch Gewalt, durch Verhaftungen und Massaker, durch das Wahlgesetz usw. ausgeschaltet worden. Alle unzufriedenen, aufgebrachten, erbitterten, gefühlsmäßig revolutionären Elemente waren durch die Macht der Dinge, durch die Logik des Wahlkampfes genötigt, sich um die Kadetten zu scharen.* Die Gruppierung aller fortschrittlichen Wahlmänner um die Kadetten, die wir in der oben angeführten Tabelle vorgenommen haben, ist auch in Wirklichkeit erfolgt. Es kämpften im wesentlichen zwei große Kräfte: für die Regierung (der konterrevolutionäre Gutsbesitzer, der Kapitalist und der wildgewordene Beamte) und gegen die Regierung (der liberale Gutsbesitzer, das Kleinbürgertum und alle möglichen gefühlsmäßigen Anhänger der revolutionären Demokratie). Daß die Elemente, die links von den Kadetten stehen, diesen ihre Stimme gegeben haben, ergibt sich zweifelsfrei aus dem Gesamtbild der Petersburger** Wahlen, das wird auch durch die direkten Aussagen zahlreicher Augenzeugen (Stimmabgabe des „Mannes aus dem Volk" für die „Freiheit" usw. usf.) bestätigt, das ist indirekt auch aus dem fast ausnahmslosen Übergang der demokratischen Presse, die etwas links von der kadettischen Presse steht, ins Lager der Kadetten zu ersehen. Besteht somit der Kern der heutigen Kadettenpartei zweifellos aus Leuten, die sicherlich zu

* „Molwa" vom 22. März: „Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß von dieser Duma keine konstruktive Arbeit erwartet wird; die Kadetten werden dorthin zumeist von Leuten entsandt, die mit ihrem Programm nicht einverstanden sind und ihnen lediglich das erhabene Werk und die gewaltige Arbeit auferlegen, unseren Augiasstall, nämlich die Regierung, von dem vieljährigen Schmutz zu säubern."

** Die Petersburger Wahlen, die den Kadetten alle 160 Sitze brachten, zeigten lediglich besonders anschaulich, was bei den Wahlen in einer ganzen Reihe anderer Orte festzustellen war und ist. Darin liegt die ganze Bedeutung der Petersburger Wahlen.

nichts Besserem zu gebrauchen sind als zu possenhaft-parlamentarischer Schönrednerei, so kann man das von der großen Masse der kleinbürgerlichen Wähler, die für die Kadetten gestimmt haben, keinesfalls sagen. „Mit uns ist im Grunde genommen dasselbe geschehen, was in Deutschland bei den Wahlen mit den Sozialdemokraten geschieht", sagte ein Kadett zu dem Reporter der kadettischen (oder halbkadettischen) „Nascha Shisn" (Nr. 401 vom 23. März), „für sie stimmten viele, weil sie gegenüber der Regierung die oppositionellste Partei sind."

Das ist sehr richtig gesagt. Es bedarf lediglich einer kleinen, ganz kleinen Ergänzung: die deutschen Sozialdemokraten, als eine kämpferische und im vollen Sinne des Wortes vorgeschrittene sozialistische Partei, sammeln um sich viele verhältnismäßig rückständige Elemente. Die russischen Kadetten, als eine im vollen Sinne des Wortes rückständige und nicht kämpferische demokratische Partei, haben viele vorgeschrittene und zum Kampf fähige demokratische Elemente an sich gezogen, weil die wirklich demokratischen Parteien gewaltsam vom Schlachtfeld ferngehalten worden sind. Anders ausgedrückt: Die deutschen Sozialdemokraten ziehen diejenigen an sich, die hinter ihnen marschieren; die russischen Kadetten marschieren selber hinter der demokratischen Revolution und ziehen erst dann viele Vorgeschrittene an sich, wenn die vor ihnen Marschierenden zum größten Teil die Gefängnisse und die Friedhöfe bevölkern . . .* Das nebenbei, damit unsere Kadetten sich nicht zu viel darauf einbilden, daß man sie mit den deutschen Sozialdemokraten vergleicht.

Infolge der Ausschaltung der vorgeschrittenen demokratischen Elemente

* Es ist interessant, das Eingeständnis der „Rus" zu vermerken, wonach einer der Gründe für den Erfolg der Kadetten war, daß sie zu ihren Versammlungen „Linke" zugelassen haben. Herr S. A-tsch schreibt in Nr. 18 der „Molwa" (vom 22. März): „Nicht wenig hat diese Partei (der Kadetten) in den Augen der Wähler auch dadurch gewonnen, daß sie auf ihren Kundgebungen Vertreter der extremen Linksparteien zuließ und aus den Disputen mit ihnen als Sieger hervorging." Die Siege der Kadetten in den Auseinandersetzungen mit uns seien Herrn A-tsch unbenommen. Wir sind durchaus zufrieden mit den Ergebnissen des Wettstreits zwischen den Sozialdemokraten und den Kadetten in den Petersburger Versammlungen im März 1906. Dereinst werden unvoreingenommene Teilnehmer dieser Versammlungen berichten, wer den Sieg davongetragen hat.

vom Schauplatz des possenhaft-parlamentarischen Kampfes und für die Zeit dieser Ausschaltung haben die Kadetten natürlich Chancen, jenes Puppenparlament zu beherrschen, das sich russische Reichsduma nennt. Nimmt man die oben angeführten Zahlen, zieht man den Petersburger Sieg und die späteren Siege der Kadetten in Betracht, rechnet man sich ungefähr das gewaltige Übergewicht der ländlichen über die städtischen Wahlmänner aus und zählt man zu den Gewählten der Grundbesitzer die der Bauern hinzu, so muß man im großen und ganzen zugeben, daß die Annahme, die Duma werde kadettisch sein, durchaus möglich, ja sogar wahrscheinlich ist.

III

WAS STELLT DIE PARTEI DER VOLKSFREIHEIT DAR?

Welche Rolle kann nun eine kadettische Duma spielen und wird sie spielen müssen? Um diese Frage zu beantworten, muß man zunächst die Partei der Kadetten eingehender charakterisieren.

Wir haben bereits den Grundzug in der Klassenstruktur dieser Partei erwähnt. Mit keiner bestimmten Klasse der bürgerlichen Gesellschaft verbunden, aber ihrer Zusammensetzung, ihrem Charakter, ihren Idealen nach durchaus bürgerlich, schwankt diese Partei zwischen dem demokratischen Kleinbürgertum und den konterrevolutionären Elementen der Großbourgeoisie. Soziale Stütze dieser Partei ist einerseits die Masse der städtischen Kleinbürger – derselben städtischen Kleinbürger, die in Moskau während der ruhmreichen Dezembertage eifrig Barrikaden gebaut haben – und anderseits der liberale Gutsbesitzer, der zu einem durch den liberaltuenden Beamten vermittelten Pakt mit der Selbstherrschaft, zu einer „harmlosen" Teilung der Macht zwischen dem Volk und allen möglichen Volksbedrückern von Gottes Gnaden tendiert. Diese außerordentlich breite, unbestimmte und innerlich widerspruchsvolle Klassenstütze der Partei (die, wie schon oben erwähnt, in der Statistik der kadettischen Wahlmänner merklich zutage tritt) spiegelt sich mit plastischer Schärfe im Programm und in der Taktik der Kadetten wider. Ihr Programm ist durch und durch bürgerlich, die Kadetten können sich eine andere als die kapitalistische Gesellschaftsordnung, über deren Rahmen

ihre kühnsten Wünsche nicht hinausgehen, nicht einmal vorstellen. Auf politischem Gebiet vereinigt ihr Programm den Demokratismus und die „Volksfreiheit" mit der Konterrevolution und der Freiheit der Unterdrückung des Volkes durch die Selbstherrschaft, und es tut das mit ausgesprochen kleinbürgerlicher und professoral-pedantischer Skrupulosität. Die Macht im Staate zerfällt ungefähr in drei Teile – das ist das Ideal des Kadetten. Der eine Teil – der Selbstherrschaft. Die Monarchie bleibt bestehen. Der Monarch behält die gleichen Rechte, wie sie die Volksvertretung besitzt, die mit ihm die zu erlassenden Gesetze „vereinbart" und ihm ihre *Gesetzentwürfe* zur *Bestätigung* vorlegt. Der zweite Teil der Macht – dem Gutsbesitzer und dem Großkapitalisten. Sie erhalten ein Oberhaus, aus dem Angehörige des „gemeinen Volkes" durch zweistufige Wahlen und einen Ansässigkeitszensus ferngehalten werden sollen. Der dritte Teil der Macht schließlich – dem Volk, das ein Unterhaus auf Grund allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahlen erhält. Wozu denn Kampf, weshalb Zwietracht? sagt der kadettische Juduschka*, seine Augen zum Himmel aufschlagend und sowohl das revolutionäre Volk als auch die konterrevolutionäre Regierung vorwurfsvoll anblickend. Brüder! Liebet einander! auf daß die Wölfe satt werden und die Schafe unversehrt bleiben, auf daß die Monarchie nebst dem Oberhaus unangetastet bleibe und die „Volksfreiheit" gewährleistet sei.

Die Heuchelei dieser prinzipiellen kadettischen Position springt ins Auge, die Verlogenheit der „wissenschaftlichen" (professoral-wissenschaftlichen) Argumente, mit denen diese Position verteidigt wird, ist erstaunlich. Aber es wäre selbstverständlich grundfalsch, diese Heuchelei und diese Verlogenheit mit den persönlichen Eigenschaften der kadettischen Führer oder einzelner Kadetten erklären zu wollen. Dem Marxismus ist eine derartige, uns nicht selten von unseren Gegnern zugeschriebene vulgäre Erklärung absolut fremd. Nein, unter den Kadetten gibt es zweifellos höchst aufrichtige Leute, die daran glauben, daß ihre Partei die Partei der „Volksfreiheit" ist. Aber die zwiespältige und schwankende Klassenbasis ihrer Partei erzeugt unvermeidlich ihre doppelzüngige Politik, ihre Verlogenheit und ihre Heuchelei.

Wohl noch klarer als im Programm der Kadetten treten diese reizen-

* Juduschka Golowljow – Hauptfigur des Romans „Die Herren Golowljow" von Saltykow-Schtschedrin. *Die Red.*

den Züge in der Taktik der Kadetten zutage. Die „Poljarnaja Swesda"[65], in der Herr Struve das Kadettentum so beflissen und so erfolgreich dem Lakaientum des „Nowoje Wremja" nahebrachte, bot ein vortreffliches, großartiges, unnachahmliches Bild der kadettischen Taktik. Zur gleichen Zeit, als in Moskau die Schüsse verhallten, als die Militär- und Polizeidiktatur ihre wüsten Orgien feierte, als Exekutionen und Massenfolterungen in ganz Rußland im Gange waren, wetterte die „Poljarnaja Swesda" gegen die Gewaltanwendung von links, gegen die Streikkomitees der revolutionären Parteien. Die auf Rechnung der Dubassow mit der Wissenschaft schachernden kadettischen Professoren gingen so weit (Herr Kiesewetter, Mitglied des ZK der Kadetten und Dumakandidat), das Wort Diktatur mit den Worten verstärkte Sicherheit wiederzugeben! Die „Männer der Wissenschaft" verballhornten sogar ihr Gymnasiallatein, um den revolutionären Kampf herabzusetzen. Diktatur bedeutet – nehmt das ein für allemal zur Kenntnis, ihr Herren Kiesewetter, Struve, Isgojew und Co. – eine uneingeschränkte, sich auf Gewalt und nicht auf das Gesetz stützende Macht. Während eines Bürgerkriegs kann jede siegreiche Macht nur eine Diktatur sein. Aber die Sache ist die, daß es eine Diktatur der Minderheit über die Mehrheit, einer Handvoll Polizisten über das Volk gibt und daß es eine Diktatur der gigantischen Mehrheit des Volkes über eine Handvoll von Gewalttätern, Räubern und Usurpatoren der Volksmacht gibt. Durch ihre vulgäre Verballhornung des wissenschaftlichen Begriffs Diktatur, durch ihr Gezeter gegen die Gewaltanwendung von links zu einer Zeit, da sich die allerungesetzlichste, allerniederträchtigste Gewaltanwendung von rechts austobt, haben die Herren Kadetten vor aller Augen gezeigt, welche Positionen die „Vereinbarer" im zugespitzten revolutionären Kampf einnehmen. Der „Vereinbarer" versteckt sich feige, wenn der Kampf entbrennt. Hat das revolutionäre Volk gesiegt (17. Oktober), so kriecht der „Vereinbarer" aus seinem Mauseloch, wirft sich in Positur, wetzt seine Zunge und schreit wie verrückt: Das war ein „glorreicher" politischer Streik. Siegt die Konterrevolution, so beginnt der Vereinbarer die Besiegten mit heuchlerischen Ermahnungen und Belehrungen zu überschütten. Ein siegreicher Streik war „glorreich". Verlorene Streiks waren verbrecherisch, wild, sinnlos, anarchisch. Ein besiegter Aufstand war ein Wahnwitz, ein Ausbruch blinder Kräfte, eine Barbarei, eine Dummheit. Kurzum, das politische Gewissen und der politische Verstand des „Ver-

einbarers" bestehen darin, vor dem, der augenblicklich stärker ist, zu scharwenzeln, den Kämpfenden im Wege zu stehen, bald die eine, bald die andere Seite zu behindern, dem Kampf die Schärfe zu nehmen und das revolutionäre Bewußtsein des Volkes, das einen erbitterten Kampf für die Freiheit führt, abzustumpfen.

Die Bauern kämpfen gegen den gutsherrlichen Grundbesitz. Der Kampf erreicht jetzt seinen Kulminationspunkt. Er hat sich so zugespitzt, daß die Frage schon auf des Messers Schneide steht: die Gutsbesitzer wollen die geringsten Versuche der Bauern, den von den Adligen im Laufe der Jahrhunderte geraubten Grund und Boden in Besitz zu nehmen, mit Maschinengewehren beantworten. Die Bauern wollen den gesamten Grund und Boden nehmen. Da schickt die „Poljarnaja Swesda" mit süßsauren Redensarten die Herren Kaufman in den Kampf, die beweisen werden, daß die Gutsbesitzer gar nicht so viel Boden haben und daß es sich eigentlich gar nicht um den Boden handle und daß man sich über alles gütlich einigen könne.

Die taktische Resolution des letzten Parteitags der Kadetten faßt die Politikasterei der Kadetten gut zusammen. Nach dem Dezemberaufstand, als der friedliche Streik sich für alle höchst augenscheinlich überlebt hatte, als er seine ganze Kraft erschöpft hatte und als selbständiges Kampfmittel bereits untauglich geworden war, da tauchte die Parteitagsresolution der Kadetten auf (wenn ich nicht irre, von Herrn Winawer eingebracht), die den *friedlichen* politischen Streik als Kampfmittel anerkennt!

Großartig, unvergleichlich, meine Herren Kadetten! Ihr habt euch mit unnachahmlichem Geschick Geist und Sinn der bürgerlichen Politikasterei zu eigen gemacht. Man muß sich auf das Volk zu stützen suchen. Denn anders wird die Bourgeoisie die Macht nicht erlangen und hat sie niemals erlangt. Zugleich aber muß man den revolutionären Ansturm des Volkes aufhalten, damit die Arbeiter und Bauern, Gott behüte, nicht die volle und entschiedene Demokratie, nicht die wirkliche Volksfreiheit anstatt der monarchistischen „Zweikammer"-Freiheit erringen. Zu diesem Zweck muß man der Revolution jedesmal, wenn sie siegreich ist, Knüppel zwischen die Beine werfen – und dafür sind alle Mittel, alle Wege recht, von der „wissenschaftlichen" Verballhornung des Lateins durch die „Professoren", um sogar die bloße Idee eines entscheidenden Sieges des Volkes in Verruf zu bringen, bis zur Anerkennung lediglich solcher Mittel des revolutionären Kampfes, die sich in dem Augenblick, da ihr sie anerkennt,

schon überlebt haben! Das ist sowohl unschädlich als auch vorteilhaft. Es ist unschädlich, denn eine stumpf gewordene Waffe wird dem Volk offenkundig nicht zum Sieg verhelfen, sie wird das Proletariat und die Bauernschaft nicht an die Macht bringen; im günstigsten Fall bringt sie die Selbstherrschaft ein ganz klein wenig ins Wanken und hilft den Kadetten, für die Bourgeoisie zusätzlich ein Stückchen „Rechte" einzuhandeln. Es ist vorteilhaft, denn es gibt den äußeren Anschein, als sei man „revolutionär", als solidarisiere man sich mit dem Kampf des Volkes, und verschafft den Kadetten die Sympathie der Masse jener Elemente, die aufrichtig und ernstlich den Sieg der Revolution wollen.

Die ökonomische Lage des Kleinbürgertums, das zwischen Kapital und Arbeit schwankt, erzeugt ihrem ganzen Wesen nach unvermeidlich die politische Wankelmütigkeit und Doppelzüngelei der Partei der Kadetten führt zu ihrer berüchtigten Vereinbarungstheorie („das Volk hat Rechte, aber diese Rechte zu bestätigen, ist das Recht des Monarchen") und macht aus ihrer Partei eine Partei der konstitutionellen Illusionen. Der Ideologe des Kleinbürgertums kann das „Wesen der Konstitution" nicht begreifen. Der Kleinbürger ist stets geneigt, ein Stück Papier für das Wesen der Sache zu halten. Er ist wenig befähigt, sich selbständig, ohne Anschluß an eine kämpferische Klasse, für den unmittelbar revolutionären Kampf zu organisieren. Da er dem schärfsten ökonomischen Kampf unserer Epoche am meisten fernsteht, zieht er es auch in der Politik vor, den ersten Platz anderen Klassen zu überlassen, wenn es sich darum handelt, wirklich eine Konstitution zu erkämpfen, eine wirkliche Konstitution durch die Tat zu sichern. Soll das Proletariat für einen konstitutionellen Boden kämpfen, auf dem konstitutionellen Boden aber, insofern er fest ist, sei es auch dank den Leichen im Aufstand erschlagner Arbeiter, mögen die Drahtpuppen Parlament spielen – das ist die immanente Tendenz der Bourgeoisie, und die Partei der Kadetten, diese geläuterte, veredelte, sublimierte, parfümierte, idealisierte und kandierte Personifizierung der allgemein bürgerlichen Bestrebungen, betätigt sich mit beachtlicher Unbeirrtheit in dieser Richtung.

Ihr nennt euch Partei der Volksfreiheit? Daß ich nicht lache! Ihr seid die Partei spießbürgerlicher Vortäuschung der Volksfreiheit, die Partei spießbürgerlicher Illusionen über die Volksfreiheit. Ihr seid eine Partei der Freiheit, denn ihr wollt die Freiheit dem Monarchen und einem Ober-

haus der Gutsbesitzer unterordnen. Ihr seid eine Partei des Volkes, denn ihr fürchtet den Sieg des Volkes, d. h. den vollen Sieg des Bauernaufstands, die volle Freiheit des Arbeiterkampfes für die Arbeitersache. Ihr seid eine Partei des Kampfes, denn jedesmal, wenn der wirkliche, offene, unmittelbare revolutionäre Kampf gegen die Selbstherrschaft entbrennt, versteckt ihr euch hinter süßsauren professoralen Redensarten. Ihr seid eine Partei der Worte, nicht der Taten, der Versprechungen, nicht ihrer Erfüllung, der konstitutionellen Illusionen, nicht des ernsthaften Kampfes für eine wirkliche (und nicht nur papierene) Konstitution.

Wenn nach erbittertem Kampf Stille eintritt, wenn droben die vollgefressene Bestie*, „vom Sieg ermattet, ruht", während man drunten „die Schwerter schärft" und neue Kräfte sammelt, wenn es in den Tiefen des Volkes langsam von neuem zu gären und zu brodeln beginnt, wenn eine neue politische Krise und ein neuer großer Kampf ihre Schatten vorauswerfen, dann erlebt die Partei der spießbürgerlichen Illusionen über die Volksfreiheit den Kulminationspunkt ihrer Entwicklung und berauscht sich an ihren Siegen. Die vollgefressene Bestie ist zu träge, sich wiederum zu erheben, um den liberalen Schwätzern auf den Leib zu rücken. (Wir haben keine Eile! Uns läuft die Zeit nicht weg!) Für die Kämpfer der Arbeiterklasse und der Bauernschaft aber ist die Zeit des neuen Aufschwungs noch nicht gekommen. Das ist der rechte Augenblick für unsere Kadetten, um die Stimmen aller Unzufriedenen (und wer ist heutzutage zufrieden?) zu sammeln und lockende Lieder zu singen.

Die Kadetten sind die Leichenwürmer der Revolution. Die Revolution ist zu Grabe getragen. An ihr nagen die Würmer. Aber die Revolution besitzt die Eigenschaft, rasch aufzuerstehen und sich auf einem gut vorbereiteten Boden stürmisch zu entwickeln. Und der Boden ist durch die

---

* *Skitalez* [Pseudonym des russischen Dichters S. G. Petrow. *Die Red.*] „Stille trat ringsum ein": „Die Saiten sind gesprungen, die Lieder verstummt! Was zu sagen war, haben wir vor dem Kampfe gesagt. Wieder hob der Drache, das in den letzten Zügen liegende Untier, sein Haupt, und Schwerter erklangen an Stelle der Saiten ... Stille trat ringsum ein; in dieser unheimlichen Nacht ertönt kein Laut des einstigen Lebens. Dort drunten schärfen die Besiegten die Schwerter, droben ruht der ermattete Sieger. Die vollgefressene Bestie ist geschwächt und erschöpft. Dort drunten erspäht sie wiederum etwas, dort bebt und wankt das alte Tor, der Recke sprengt seine Fesseln."

Oktobertage der Freiheit und den Dezemberaufstand ausgezeichnet, großartig vorbereitet. Wir denken nicht daran, die nützliche Arbeit der Würmer in der Zeit, da die Revolution zu Grabe getragen ist, bestreiten zu wollen. Diese fetten Würmer düngen ja den Boden so gut . . .

Der Bauer in der Duma wird ein Kadett sein! äußerte kürzlich Herr Struve in der „Poljarnaja Swesda". Das ist sehr wahrscheinlich. Die Masse der Bauern ist natürlich für die Volksfreiheit. Der Bauer hört dieses schöne, große Wort, er sieht die in verschiedene „Oktobristen"-Kostüme verkleideten Polizeiwachtmeister, brutal zuschlagenden Polizeihauptleute und adligen Fronherren vor sich. Er wird bestimmt auf die Seite der Volksfreiheit treten, er wird sich von dem schön gemalten Aushängeschild anlocken lassen, er wird nicht sofort den spießbürgerlichen Betrug durchschauen, er wird Kadett werden . . . und er wird so lange Kadett bleiben, bis ihm der Gang der Ereignisse zeigt, daß die Volksfreiheit *erst* erobert werden muß, daß der wirkliche Kampf um die Volksfreiheit noch *außerhalb* der Duma bevorsteht. Und dann . . . dann werden sich sowohl die Bauern als auch die Masse des städtischen Kleinbürgertums spalten: die kleine, aber ökonomisch starke Minderheit der Kulaken kann schon entschlossen auf die Seite der Konterrevolution treten, ein Teil wird auf die Seite der „Vereinbarung", der „Versöhnung", der gütlichen Verständigung mit der Monarchie und den Gutsbesitzern treten, ein Teil wird sich auf die Seite der Revolution stellen.

Der Kleinbürger hat im Dezember, während des großen Kampfes, Barrikaden gebaut. Der Kleinbürger hat im März, nach der Niederschlagung des Aufstands, durch die Wahl von Kadetten gegen die Regierung protestiert. Der Kleinbürger wird noch von den Kadetten zur Revolution abschwenken, wenn die jetzigen konstitutionellen Illusionen ein Fiasko erlitten haben werden. Welcher Teil der Kleinbürger sich von dem kadettischen Geschwätz abwenden und dem revolutionären Kampf zuwenden wird, welcher Teil der Bauernschaft sich ihnen anschließen wird, wie energisch, organisiert und erfolgreich das Proletariat bei einem neuen Ansturm auftreten wird – das wird den Ausgang der Revolution entscheiden.

Die Partei der Kadetten ist eine ephemere, lebensunfähige Partei. Diese Behauptung könnte paradox erscheinen in einem Augenblick, da die Kadetten glänzende Wahlsiege davontragen, da ihnen wahrscheinlich noch

glänzendere „parlamentarische" Siege in der Duma bevorstehen. Aber der Marxismus lehrt uns, jede Erscheinung in ihrer Entwicklung zu betrachten und uns nicht mit den äußeren Umrissen allein zu begnügen, nicht schönen Aushängeschildern Glauben zu schenken; er lehrt uns, die ökonomischen und klassenmäßigen Grundlagen der Parteien zu untersuchen, jene objektive politische Lage zu studieren, die Bedeutung und Ausgang ihrer politischen Tätigkeit vorausbestimmt. Man wende diese Untersuchungsmethode auf die Kadetten an, und man wird sehen, daß unsere Behauptung richtig ist. Die Kadetten sind keine Partei, sondern ein Symptom. Das ist keine politische Kraft, sondern Schaum, der entsteht, wenn mehr oder weniger ausgeglichene kämpfende Kräfte aufeinanderprallen. Sie vereinigen in sich wahrhaftig Schwan, Krebs und Hecht* – die geschwätzige, hochnäsige, selbstzufriedene, bornierte und feige bürgerliche Intelligenz, den konterrevolutionären Gutsbesitzer, der sich für einen erschwinglichen Preis von der Revolution loskaufen will, und schließlich den soliden, vermögenden, haushälterischen und knauserigen Kleinbürger. Diese Partei will und kann in der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt nicht einigermaßen dauerhaft herrschen, sie will und kann die bürgerlich-demokratische Revolution nicht auf einen einigermaßen bestimmten Weg führen. Die Kadetten wollen nicht herrschen, sie ziehen es vor, einer Monarchie und einem Oberhaus „beigeordnet" zu sein. Sie können nicht herrschen, denn die wirklichen Herren der bürgerlichen Gesellschaft, die verschiedenen Schipow und Gutschkow, die Vertreter des Großkapitals und des großen Grundeigentums stehen abseits von dieser Partei. Die Kadetten sind die Partei der Schwärmereien von einer blütenweißen, blitzsauberen, wohlgeordneten, „idealen" bürgerlichen Gesellschaft. Die Gutschkow und Schipow sind die Partei des schmutzigen, wirklichen, realen Kapitals in der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Die Kadetten können die Revolution nicht vorwärts führen, denn hinter ihnen steht keine geschlossene und wirklich revolutionäre Klasse. Sie fürchten die Revolution. Sie scharen alle, das ganze „Volk", lediglich auf dem Boden konstitutioneller Illusionen um sich, vereinigen lediglich durch ein negatives Band: den Haß gegen die vollgefressene Bestie, die absolutistische Regierung, gegen die auf dem gegebenen „legalen" Boden die Kadetten augenblicklich *am weitesten links* stehen.

* Nach einer Fabel von I. A. Krylow. *Die Red.*

Die historische Rolle der Kadetten ist eine Übergangs-, eine Augenblicksrolle. Sie werden mit dem unvermeidlichen und raschen Zusammenbruch der konstitutionellen Illusionen genauso fallen, wie die unseren Kadetten sehr ähnlichen und ebenso kleinbürgerlichen französischen Sozialdemokraten vom Ende der vierziger Jahre gefallen sind. Die Kadetten werden fallen, wenn sie den Boden gedüngt haben ... entweder für einen lang dauernden Triumph der Schipow und Gutschkow, für ein langes Begrabensein der Revolution, für einen „ernsthaften" bürgerlichen Konstitutionalismus – oder für die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.

IV

ROLLE UND BEDEUTUNG EINER KADETTISCHEN DUMA

Die Reichsduma, erklären die liberalen Zeitungen, wird also kadettisch sein. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß diese Annahme durchaus wahrscheinlich ist. Wir wollen lediglich hinzufügen, daß es den Verlauf der jetzt in Rußland aufs neue heranreifenden politischen Krise wohl kaum sehr wesentlich ändern wird, wenn die Kadetten, ungeachtet ihrer jetzigen Siege, in der Duma in der Minderheit bleiben sollten. Die Elemente dieser revolutionären Krise haben zu tiefe Wurzeln, als daß diese oder jene Zusammensetzung der Duma von ernstlichem Einfluß sein könnte. Die Einstellung der breiten Massen der Bevölkerung zur Regierung ist völlig klar. Die Einstellung der Regierung zu den akut gewordenen Erfordernissen der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung ist mehr denn klar. Die Revolution wird bei einer solchen Lage der Dinge natürlich vorwärtsschreiten. Nur eine Verzögerung, die einzig wahrscheinliche, wird auf bestimmten Gebieten der politischen Entwicklung Rußlands eintreten, wenn die Schwarzhunderter in der ersten Duma überwiegen sollten. Bleiben nämlich die Kadetten jetzt in der Minderheit, so wird sich der Bankrott ihrer Partei verzögern und ihr Zauber auf das Volk noch eine Weile andauern. In der Minderheit zu sein und Opposition zu treiben, käme den Kadetten jetzt sehr gelegen. Das Übergewicht der Schwarzhunderter würde in den Augen der Öffentlichkeit auf die Repressalien der

Regierung bei den Wahlen zurückgeführt werden. Die oppositionellen Reden der Kadetten, die sich der „Unschädlichkeit" ihrer Opposition bewußt sind, würden besonders flammend sein. Unter diesen Umständen, da die kadettischen „Worte" noch lauter erklängen als jetzt, während die kadettischen „Taten" infolge der Majorisierung der Kadetten durch die Oktobristen noch unklar blieben, könnte bei den breiten Massen der politisch unentwickelten Bevölkerung das Prestige der Kadetten steigen. Das Anwachsen der Unzufriedenheit mit der Regierung und die Vorbereitung eines neuen revolutionären Aufschwungs würden auch dann ihren Fortgang nehmen, aber die Entlarvung der kadettischen Hohlheit könnte sich etwas verzögern.

Wenden wir uns nun der anderen Annahme zu, die wahrscheinlicher ist, wenn man den jetzigen Versicherungen der kadettischen Zeitungen Glauben schenken darf. Nehmen wir an, daß die Kadetten in der Duma die Mehrheit haben werden – selbstverständlich die gleiche Gruppierung der verschiedenen parteilosen, in „Splitterparteien" organisierten und sonstigen Liberalen um die Kadetten vorausgesetzt, wie sie auch jetzt bei den Wahlen zu beobachten ist. Welche Bedeutung wird die kadettische Duma haben, welche Rolle wird sie spielen?

Die Kadetten selbst geben sehr bestimmte Antworten auf diese Frage. Ihre Erklärungen, ihre Versprechungen, ihre lauten Phrasen atmen Festigkeit und Entschlossenheit. Und für uns Mitglieder der Arbeiterpartei ist es höchst wichtig, alle diese Erklärungen sorgfältig zu sammeln, sie gut im Gedächtnis zu behalten, sie im Volke weit zu verbreiten und unbedingt zu erreichen, daß die politischen Erziehungsstunden (welche die Kadetten dem Volk erteilen) nicht vergeblich gewesen sind, daß die Arbeiter und Bauern genau wissen, *was* die Kadetten *versprechen und wie sie ihre Versprechungen halten.*

In der vorliegenden Broschüre, die nicht mehr darstellt als flüchtige Notizen eines umherziehenden sozialdemokratischen Publizisten, der es den Durnowo und Co. zu verdanken hat, daß er die Zeitungsarbeit aufgeben mußte – es ist gar nicht daran zu denken, in dieser Broschüre alle oder auch nur die wesentlichsten Erklärungen und Versprechungen der in die Duma einziehenden Kadetten zusammenzutragen. Wir können lediglich auf Grund der Publikationen, die wir zufällig bei der Hand haben, einiges festhalten.

Nehmen wir die Zeitung „Narodnaja Swoboda", die im Dezember erschien und bald von der Regierung verboten wurde. Das war das direkte, offizielle Organ der Kadettenpartei. Redigiert wurde die Zeitung von solchen Säulen dieser Partei wie den Herren Miljukow und Hessen. Daß die ganze Partei der Kadetten für ihren Inhalt verantwortlich ist, kann nicht dem geringsten Zweifel unterliegen.

In der Nummer vom 20. Dezember unternimmt es die „Narodnaja Swoboda", dem Leser zu versichern, man müsse in die Duma gehen. Wie argumentiert nun dabei das Organ der Kadetten? Die „Narodnaja Swoboda" denkt gar nicht daran, zu bestreiten, daß die nächste politische Aufgabe für Rußland darin besteht, eine konstituierende Versammlung einzuberufen. Das Organ der Kadetten nimmt diese These als bewiesen an. Die Frage, meint es, ist lediglich die, wer diese konstituierende Versammlung einberufen soll. Möglich sind drei Antworten: 1. die jetzige, d. h. faktisch die absolutistische Regierung; 2. eine provisorische revolutionäre Regierung und 3. die Reichsduma als eine *„Macht, die mit der Macht konkurriert"*. Und die Kadetten lehnen die beiden ersten Lösungen ab: auf die absolutistische Regierung hoffen sie nicht, und an den Erfolg eines Aufstands glauben sie nicht. Dafür akzeptieren die Kadetten die dritte Lösung. Sie fordern eben deshalb auf, in die Duma zu gehen, weil sie das als den besten, sichersten usw. usf. Weg betrachten, eine vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung einzuberufen.

Prägt euch alle dieses Argument gut ein! Die Partei der Kadetten, die Partei der „Volksfreiheit", *hat dem Volk versprochen*, die „Macht, die mit der Macht konkurriert", zu benutzen, ihr Übergewicht in der Reichsduma (falls das Volk ihr hilft, ein solches Übergewicht zu erlangen) zu benutzen, *um eine vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung einzuberufen.*

Das ist eine historische Tatsache. Das ist ein wichtiges Versprechen. Das ist die erste Probe darauf, wie die Partei der „Volksfreiheit" in Anführungszeichen der Volksfreiheit ohne Anführungszeichen dienen wird.

In den jetzigen Zeitungen der Kadettenpartei (und dieser Partei haben sich, wie gesagt, *faktisch* fast alle liberalen Presseorgane einschließlich der „Rus", der „Nascha Shisn" usw. angeschlossen) begegnet man diesem Versprechen schon nicht mehr. Man spricht allenfalls noch von den „konstituierenden Funktionen" der Duma, aber schon nicht mehr von der Ein-

berufung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung durch die Duma. In dem Maße, wie die Zeit näherrückt, da die Versprechungen durch ihre Einlösung bekräftigt werden müssen, *macht man schon einen Schritt zurück*, öffnet man schon eine *Hintertür*.

Oder ist vielleicht die ganze Sache die, daß die grausamen Gesetze es verhindern, heute offen über die konstituierende Versammlung zu sprechen? Ist es nicht so, meine Herren? In der Duma dagegen, wo eure Deputierten *nach dem Gesetz* Redefreiheit genießen, werdet ihr aufs neue lauthals sprechen, werdet ihr die Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung fordern... was sage ich da?... werdet ihr sie *einberufen*?

Die Zeit wird's lehren. Wir wollen also das Versprechen der Kadetten, eine vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung durch die Duma einzuberufen, nicht vergessen. Die kadettischen Zeitungen strotzen ja jetzt von Erklärungen, daß sie, die Kadetten, die „Regierung" bilden, daß sie die „Macht" besitzen werden usw. usf. Wohlan, meine Herren! Je eher ihr die Mehrheit in der Duma haben werdet, desto schneller wird die Stunde schlagen, da eure Wechsel präsentiert werden. Die kadettische Zeitung „Rus" begrüßt in ihrer Nummer vom 22. März den Petersburger Sieg der Partei der „Volksfreiheit" in einem flammenden Artikel „Mit dem Volk oder gegen das Volk?". Daß die Duma eine vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung einberufen solle, wird hier nicht direkt gesagt. Aber ungeachtet dieses Rückschritts gegenüber den von den Kadetten gemachten Versprechungen bleiben immerhin nicht wenig gute kadettische Perspektiven übrig:

„Die Hauptbestimmung der jetzt zusammentretenden Duma und der Partei der Volksfreiheit in ihr ist es, Geißel des Volkszorns zu sein.

Nachdem sie die verbrecherischen Mitglieder der Regierung verjagt und vor Gericht gestellt hat, wird sie sich nur mit unaufschiebbaren Maßnahmen befassen und sodann eine wirkliche Duma – auf breiteren Grundlagen, eine Vertretung des ganzen Volkes – einberufen" (d. h. eine konstituierende Versammlung einberufen?) „müssen".

„Darin besteht die unzweifelhafte Aufgabe der Duma, d. h. die Aufgabe, die ihr jetzt das Volk selbst auferlegt."

Soso. Die Regierung verjagen. Die Regierung vor Gericht stellen. Eine wirkliche Duma einberufen.

Gut schreibt die Zeitung „Rus". Gut reden die Kadetten. Wunderschön reden die Kadetten. Schlecht ist lediglich, daß ihre Zeitungen wegen dieser guten Worte verboten werden . . .

Wir alle aber wollen dieses neue Versprechen, das den Petersburger Wahlen auf dem Fuße folgte, im Gedächtnis behalten, wollen es gut im Gedächtnis behalten. Die Kadetten gehen in die Duma, um die Regierung zu verjagen, um die Regierung vor Gericht zu stellen, um eine wirkliche Duma einzuberufen.

Von den Versprechungen der Kadetten in bezug auf die Duma wollen wir jetzt zu den „Absichten" der Regierung in bezug auf die kadettische Duma übergehen. Natürlich ist es niemandem gegeben, diese „Absichten" genau zu kennen, aber einiges Material, um darüber zu urteilen, gibt es sogar bei den genannten optimistischen Zeitungen der Kadetten. So werden z. B. über eine Anleihe in Frankreich immer bestimmtere Meldungen gebracht, wonach diese Anleihe beschlossene Sache ist und vor dem Zusammentritt der Duma aufgenommen wird. Die Regierung wird dann natürlich von der Duma noch weniger abhängig sein.

Weiter, hinsichtlich der Perspektiven des Kabinetts Witte-Durnowo schlägt dieselbe Zeitung „Rus" (oder „Molwa") in dem oben zitierten Artikel der Regierung vor, „gemeinsam mit dem Volk, d. h. mit der Duma zu gehen". Wie man sieht, ist unter der „Verjagung der verbrecherischen Mitglieder der Regierung" im Grunde nur ein bestimmter Personenwechsel zu verstehen. Welcher Wechsel – das ist aus den folgenden Worten der Zeitung ersichtlich:

„Jetzt wäre sogar für die Reaktion das Kabinett eines solchen Politikers wie D. N. Schipow am vorteilhaftesten. Es allein könnte den endgültigen Zusammenstoß von Regierung und Gesellschaft in der Duma verhüten." Aber wir wählen die „schlechtere Chance", bemerkt die Zeitung, die erwartet, daß ein reines Beamtenkabinett gebildet wird. „Hier braucht man nichts zu beweisen", erklärt die „Molwa", „es ist für alle sonnenklar, daß die Regierung, wenn sie die Duma nicht jeder Bedeutung berauben will, unverzüglich Durnowo, Witte und Akimow den Abschied geben muß, daß sie dazu verpflichtet ist. Und ebenso klar ist, wenn das nicht geschieht, wenn das nicht getan wird, so bedeutet das lediglich, daß die Gendarmenpolitik der ‚Zähmung und Unterbindung' auch in bezug auf die Volksvertreter, auch gegen die Reichsduma zur Anwendung kom-

men soll. Dafür aber sind natürlich am allergeeignetsten Hände, die ohnehin schon über und über mit dem Blut des Volkes befleckt sind. Es ist völlig klar: bleibt Herr Durnowo bei einer oppositionellen Duma, so nur, um sie auseinanderzujagen. Einen anderen Sinn hat das nicht und kann es nicht haben. Das verstehen alle. Das versteht sowohl die Börse als auch das Ausland." Der Duma „entgegenwirken" heißt „das Staatsschiff in einen solch stürmischen Strudel steuern" usw. usf.

Schließlich wollen wir, um das Bild zu vervollständigen, noch folgende Meldung der kadettischen „Nascha Shisn" vom 21. März über die „höchsten Kreise der Bürokratie" zitieren, über die sich diese Zeitung ihre Leser besonders sorgfältig zu informieren befleißigt:

„Der stetig wachsende Erfolg der Kadettenpartei hat die Aufmerksamkeit der höchsten Kreise auf sich gelenkt. Zunächst löste dieser Erfolg eine gewisse Bestürzung aus, gegenwärtig aber nimmt man ihn ganz ruhig hin. Am Sonntag fand zu dieser Frage eine interne Beratung hoher Regierungsvertreter statt, in der diese Haltung klargestellt und außerdem sozusagen die Taktik festgelegt wurde. Unter anderem wurden sehr charakteristische Erwägungen vorgebracht. Nach der Meinung mancher ist der Erfolg der Kadetten für die Regierung geradezu vorteilhaft: denn kämen die rechten Elemente in der Duma durch, so würde das nur den extremen Gruppen in die Hände arbeiten, die die Möglichkeit erhielten, unter Hinweis auf die Zusammensetzung der Duma gegen sie zu agitieren und zu behaupten, sie sei in ihrer reaktionären Zusammensetzung künstlich zusammengeschoben worden; die Gesellschaft in ihrer Masse wird der Duma um so größere Achtung entgegenbringen, je mehr Vertreter der Kadettenpartei es dort geben wird. Was nun die Taktik gegenüber der Duma betrifft, so sind die meisten der Meinung, daß es ‚bei den Grenzen, die der Duma gesetzt sind', wie einer der Anwesenden offenherzig bemerkte, keinen Grund gibt, irgendwelche ‚Surprisen' zu befürchten. In Anbetracht dessen empfehlen die meisten, die künftigen Mitglieder der Duma durchaus nicht zu behindern, ‚selbst wenn sie beginnen sollten, einzelne Persönlichkeiten der Regierung zu kritisieren'. Das erwarten sehr viele, und die allgemeine Ansicht der Bürokratie in dieser Beziehung läuft darauf hinaus: ‚mögen sie reden'; ‚mögen sie fordern, man soll uns gerichtlich belangen; vielleicht bringen sie die Sache in Gang usw., dann aber wird es ihnen selber über werden; was dabei herauskommen wird – das werden wir noch sehen, unterdessen aber werden sich die Dumamitglieder mit den Fragen des Landes beschäftigen müssen, und alles wird ins Lot kommen. Sollten sich aber die Mitglieder einfallen lassen, der Regierung das Mißtrauen auszusprechen, so ist das gleichfalls ohne

Bedeutung; schließlich werden die Minister ja nicht von der Duma ernannt.' Diese Argumente haben, wie man sagt, sogar auf Durnowo und Witte beruhigend gewirkt, die in der ersten Zeit über die Erfolge der Kadettenpartei bestürzt gewesen waren."

Das sind also die Meinungen, Ansichten und Absichten der unmittelbar an der „Sache" beteiligten Interessenten. Einerseits Perspektiven eines Kampfes. Die Kadetten versprechen, die Regierung fortzujagen und eine neue Duma einzuberufen. Die Regierung schickt sich an, die Duma auseinanderzujagen – und dann ein „stürmischer Strudel". Die Frage ist somit, wer wen fortjagen bzw. auseinanderjagen wird. Anderseits Perspektiven eines Paktes. Die Kadetten sind der Meinung, ein Kabinett Schipow könne den Zusammenstoß zwischen Regierung und Gesellschaft verhüten. Die Regierung ist der Meinung: mögen sie reden, man kann sogar diesen oder jenen vor Gericht zerren, aber die Minister werden ja nicht von der Duma ernannt. Wir haben absichtlich ausschließlich die Meinungen der an diesem Geschäft selbst Beteiligten, und zwar ausschließlich in ihren eigenen Ausdrücken zitiert. Wir haben von uns aus nichts hinzugefügt. Etwas hinzufügen würde bedeuten, den Eindruck der Zeugenaussagen abzuschwächen. Aus diesen Aussagen ergibt sich ein außerordentlich anschauliches Bild vom Wesen der kadettischen Duma.

Entweder Kampf, und dann wird nicht die Duma, sondern das revolutionäre Volk kämpfen. Die Duma hofft, die Früchte des Sieges einzuheimsen. Oder ein Pakt, und dann wird in jedem Fall das Volk, d. h. das Proletariat und die Bauernschaft, der Betrogene sein. Über die Bedingungen eines Paktes sprechen Geschäftsleute, die es im wahren Sinne des Wortes sind, nicht vorzeitig, und nur hitzköpfige „Radikale" verplappern sich manchmal: nun, man ersetzt beispielsweise das Beamtenkabinett durch ein Kabinett des „ehrlichen Bourgeois" Schipow, dann könnte man, ohne einer der beiden Seiten weh zu tun, handelseins werden . . . Dann wäre es gar nicht mehr sehr weit bis zur Verwirklichung des kadettischen Ideals: den ersten Platz der Monarchie; den zweiten dem Oberhaus der Gutsbesitzer und Fabrikanten mit einem seiner Richtung entsprechenden Kabinett Schipow; den dritten Platz der „Volks"duma.

Selbstverständlich zeigt diese Alternative, wie alle Mutmaßungen über die soziale und politische Zukunft, nur die hauptsächlichen und grundlegenden Entwicklungslinien auf. Im wirklichen Leben sind häufig ge-

mischte Lösungen zu beobachten, die Linien verflechten sich, Kampf und Pakt lösen einander ab, der Pakt wird durch den Kampf ergänzt. So, genau so argumentiert auch Herr Miljukow in der „Retsch" (vom Freitag, dem 24. März) hinsichtlich der Perspektiven des bereits feststehenden Sieges der Kadetten: ganz grundlos hält man und erklärt man uns für Revolutionäre. Alles hängt von den Umständen ab, meine Herren, belehrt unser „faszinierender Dialektiker" die Machthaber – auch Schipow war ja vor dem 17. Oktober ein „Revolutionär". Wollt ihr im guten einen ehrlichen Handel mit uns schließen, nun, dann Reformen und keine Revolution. Wollt ihr nicht, nun, dann werden wir vermutlich einen gewissen Druck von unten auf euch ausüben müssen, werden der Revolution ein wenig Spielraum geben, euch etwas einschüchtern, euch durch einen kleinen Vorstoß des revolutionären Volkes schwächen müssen, ihr werdet dann nachgiebiger werden – aber paßt auf, der Handel wird dann für uns vorteilhafter ausfallen.

Die Elemente der Aufgabe sind mithin folgende. An der Macht befindet sich eine Regierung, der die breite Masse der Bourgeoisie offenkundig nicht vertraut und die von den Arbeitern und einsichtigen Bauern gehaßt wird. Die Regierung hat gewaltige Machtinstrumente in Händen. Ihr einziger schwacher Punkt ist das Geld. Und auch das ist ungewiß: vielleicht wird es noch vor der Duma gelingen, eine Anleihe aufzutreiben. Gegen die Regierung steht entsprechend unserer Annahme eine kadettische Duma. Was will sie? Ihr „Höchst"preis ist bekannt: es ist das Programm der Kadetten, die Monarchie und ein Oberhaus nebst einem demokratischen Unterhaus. Und ihr Mindestpreis? Der ist unbekannt. Nun, etwas wie ein Kabinett Schipow vermutlich ... Er ist zwar gegen das direkte Wahlrecht, aber gleichviel, immerhin ein ehrenwerter Mann, ... man würde wahrscheinlich handelseins werden. Ihre Kampfmittel: die Weigerung, Geld zu geben. Ein unsicheres Mittel, denn 1. wird sich wohl auch ohne die Duma Geld auftreiben lassen und 2. sind nach dem Gesetz die Rechte der Duma in bezug auf die Finanzkontrolle äußerst kümmerlich. Das andere Mittel: „sie werden schießen" – man erinnere sich, wie Katkow das Verhältnis der Liberalen zur Regierung darlegte: Gib nach, sonst werden „sie" schießen.[66] Aber zu Katkows Zeiten waren „sie" eine Handvoll Helden, die nichts anderes tun konnten, als einzelne Personen zu töten. Heute sind „sie" die ganze Masse des Proletariats, das im

Oktober gezeigt hat, daß es zu einem staunenswert einmütigen Vorgehen in ganz Rußland fähig ist, und das im Dezember gezeigt hat, daß es zu einem hartnäckigen bewaffneten Kampf fähig ist. „Sie", das ist heute bereits auch die Masse der Bauern, die gezeigt hat, daß sie zu einem revolutionären, obzwar zersplitterten, nicht bewußten und nicht einmütigen Kampf fähig ist, aber in dieser Masse wächst die Zahl der Bewußten, die fähig sind, unter günstigen Bedingungen, beim leisesten Hauch eines freien Lüftchens (und heute ist es so schwer, sich vor Zugluft zu schützen!) Millionen mitzureißen. „Sie" können heute schon viel mehr als Minister töten. „Sie" können sowohl die Monarchie als auch alle Ansätze zu einem Oberhaus, sowohl den gesamten gutsherrlichen Grundbesitz als auch sogar das stehende Heer glatt hinwegfegen. „Sie" können das nicht nur tun, „sie" werden das unweigerlich tun, wenn das Joch der Militärdiktatur schwächer wird, das die letzte Zuflucht der alten Ordnung ist, die letzte nicht auf Grund theoretischer Berechnung, sondern auf Grund der schon erworbenen praktischen Erfahrung.

Das sind die Elemente der Aufgabe. Wie sie gelöst werden wird, das kann man unmöglich mit absoluter Genauigkeit voraussagen. Wie wir Sozialdemokraten sie lösen *wollen*, wie alle bewußten Arbeiter und bewußten Bauern sie lösen *werden*, das unterliegt keinem Zweifel: den vollen Sieg des Bauernaufstands und die Erkämpfung einer wirklich demokratischen Republik anstreben. Wie *wird* die Taktik der Kadetten bei einer solchen Aufgabenstellung sein, wie *muß*, unabhängig vom Willen und Bewußtsein einzelner Personen, kraft der objektiven Existenzbedingungen des Kleinbürgertums in der um ihre Befreiung kämpfenden kapitalistischen Gesellschaft diese Taktik sein?

Die Taktik der Kadetten wird unvermeidlich und unweigerlich darauf hinauslaufen, zwischen der Selbstherrschaft und einem Sieg des revolutionären Volkes zu lavieren, damit keiner der Gegner den anderen entscheidend und endgültig zu Boden zwingen kann. Wenn die Selbstherrschaft entscheidend und endgültig die Revolution niederschlägt, dann werden die Kadetten ohnmächtig sein, denn ihre Stärke ist eine von der Revolution abgeleitete Stärke. Wenn das revolutionäre Volk, d. h. das Proletariat und die sich gegen den gesamten gutsherrlichen Grundbesitz erhebende Bauernschaft, entscheidend und endgültig die Selbstherrschaft niederschlägt und folglich sowohl die Monarchie als auch alle ihre

Anhängsel hinwegfegt, dann werden die Kadetten ebenfalls ohnmächtig sein, denn alles Lebensfähige wird sofort von ihnen auf die Seite der Revolution oder der Konterrevolution übergehen, während in der Partei nur ein paar Kiesewetter bleiben werden, die über die „Diktatur" jammern und in lateinischen Wörterbüchern nach der Bedeutung passender lateinischer Wörter suchen. Kurz gesagt, die Taktik der Kadetten läßt sich so ausdrücken: *die Unterstützung der Kadettenpartei durch das revolutionäre Volk sichern.* Das Wort „Unterstützung" soll gerade solche Aktionen des revolutionären Volkes umschreiben, die erstens den Interessen der Kadettenpartei, ihren Weisungen usw. voll und ganz untergeordnet sind und die zweitens nicht allzu entschlossen, offensiv und, die Hauptsache, nicht allzu kraftvoll sind. Das revolutionäre Volk muß unselbständig sein, *das zum ersten, und es darf nicht endgültig siegen, darf* seinen Feind nicht zerschmettern, das zum zweiten. Diese Taktik wird, im großen und ganzen, unvermeidlich von der ganzen Kadettenpartei und von jeder kadettischen Duma betrieben werden, wobei man diese Taktik selbstverständlich begründen, verteidigen und rechtfertigen wird, gestützt auf das ganze reiche ideologische Gepäck „wissenschaftlicher" Untersuchungen*, „philosophischer" Verschwommenheiten, politischer (oder kannegießerischer) Plattheiten, „literaturkritischer" Winseleien (à la Berdjajew) usw. usf.

Umgekehrt kann die revolutionäre Sozialdemokratie gegenwärtig ihre Taktik nicht durch die These festlegen: Unterstützung der Kadettenpartei und einer kadettischen Duma. Eine solche Taktik wäre falsch und völlig untauglich.

Man wird uns selbstverständlich entgegenhalten: Was? Ihr lehnt ab, was sowohl in eurem Programm als auch von der gesamten internationalen Sozialdemokratie anerkannt ist? Die Unterstützung der revolutionären und oppositionellen bürgerlichen Demokratie durch das sozialdemokratische Proletariat? Aber das ist doch Anarchismus, Utopismus, Rebellentum, sinnloser Revolutionarismus.

Erlauben Sie, meine Herren. Erlauben Sie, Ihnen vor allen Dingen ins Gedächtnis zu rufen, daß wir es hier nicht mit der allgemeinen, nicht mit der abstrakten Frage einer Unterstützung der bürgerlichen Demokratie

* Nach Art der Untersuchungen des Herrn Kiesewetter, der entdeckt hat, daß Diktatur der lateinische Ausdruck für verstärkte Sicherheit ist.

überhaupt zu tun haben, sondern mit der konkreten Frage einer Unterstützung eben der Kadettenpartei und eben einer kadettischen Duma. Wir lehnen die allgemeine These nicht ab, fordern aber eine besondere Analyse der Bedingungen für die konkrete Anwendung dieser allgemeinen Prinzipien. Eine abstrakte Wahrheit gibt es nicht, die Wahrheit ist immer konkret. Das vergißt zum Beispiel Plechanow, wenn er, und das nicht zum erstenmal, als Taktik aufstellt und besonders unterstreicht: „Die Reaktion ist bestrebt, uns zu isolieren. Wir müssen danach streben, die Reaktion zu isolieren." Das ist ein richtiger Satz, aber er ist bis zur Lächerlichkeit allgemein: er gilt gleichermaßen für das Rußland des Jahres 1870 und für das Rußland des Jahres 1906, er gilt für Rußland schlechthin und auch für Afrika, Amerika, China und Indien. Er sagt nichts und gibt nichts, denn das ganze Problem liegt darin, zu bestimmen, was Reaktion ist und mit wem man und wie man sich vereinigen (oder, wenn nicht vereinigen, so doch seine Aktionen abstimmen) muß, um die Reaktion zu isolieren. Plechanow fürchtet sich, einen konkreten Hinweis zu geben, aber in der Tat, in der Praxis läuft seine Taktik, wie wir schon gezeigt haben, auf Wahlbündnisse zwischen Sozialdemokraten und Kadetten, auf die Unterstützung der Kadetten durch die Sozialdemokraten hinaus.

Die Kadetten sind gegen die Reaktion? Ich nehme die von mir schon zitierte Nr. 18 der „Molwa" vom 22. März zur Hand. Die Kadetten wollen die Regierung verjagen. Das ist großartig, das richtet sich gegen die Reaktion. Die Kadetten wollen sich mit der absolutistischen Regierung friedlich auf ein Kabinett Schipow einigen.* Das ist abscheulich. Das ist eine der schlimmsten Spielarten der Reaktion. Sie sehen, meine Herren, mit einem abstrakten Satz, mit einer hohlen Phrase über die Reaktion kommen Sie noch keinen Schritt weiter.

* Man wird mir sicher entgegenhalten: Das ist eine Lüge. Da hat die geschwätzige „Molwa" einfach Unsinn geschwatzt. Ich bitte um Entschuldigung, meines Erachtens ist das die Wahrheit. Die geschwätzige „Molwa" hat die Wahrheit ausgeschwatzt – natürlich die ungefähre und nicht die wortwörtlich genaue Wahrheit. Wer wird unseren Streit entscheiden? Ein Hinweis auf die Erklärungen der Kadetten? Aber in der Politik glaube ich nicht aufs Wort. Die Taten der Kadetten? Ja, diesem Kriterium glaube ich. Und wer das gesamte politische Verhalten der Kadetten im ganzen betrachtet, der wird zugeben müssen, daß das von der „Molwa" Gesagte in den Grundzügen der Wahrheit entspricht.

Die Kadetten sind die bürgerliche Demokratie? Richtig. Aber die Bauernmasse, die danach strebt, alle Gutsländereien zu konfiszieren, d. h. nach etwas strebt, was die Kadetten nicht wollen, ist doch ebenfalls die bürgerliche Demokratie. Formen wie Inhalt der politischen Tätigkeit dieses und jenes Teils der bürgerlichen Demokratie sind verschieden. Welchen von ihnen zu unterstützen ist uns gerade jetzt wichtiger? Können wir, *allgemein gesprochen*, in der Epoche der demokratischen Revolution den ersten Teil unterstützen? Würde das nicht Verrat am zweiten bedeuten? Oder wollen Sie vielleicht bestreiten, daß die Kadetten, die bereit sind, sich in der Politik gütlich auf Schipow zu einigen, auch fähig sind, sich in der Agrarfrage ebenso auf Kaufman zu einigen? Sie sehen, meine Herren, mit einem abstrakten Satz, mit einer hohlen Phrase über die bürgerliche Demokratie kommen Sie noch keinen Schritt weiter.

„Aber die Kadetten sind eine einheitliche, starke und lebensfähige parlamentarische Partei!"

Das ist nicht wahr. Die Kadetten sind keine einheitliche, keine starke, keine lebensfähige und keine parlamentarische Partei. Sie sind nicht einheitlich, denn für sie haben viele Leute gestimmt, die zum konsequenten Kampf und nicht nur zu einem Pakt fähig sind. Sie sind nicht einheitlich, denn ihre soziale Stütze ist innerlich widerspruchsvoll; sie reicht vom demokratischen Kleinbürger bis zum konterrevolutionären Gutsbesitzer. Sie sind nicht stark, denn als Partei wollen und können sie sich nicht beteiligen an jenem verschärften, offenen Bürgerkrieg, der in Rußland Ende 1905 entbrannt ist und der alle Aussichten hat, in naher Zukunft wieder mit neuer Energie aufzuflammen. Sie sind nicht lebensfähig, denn selbst im Falle einer Verwirklichung ihres Ideals werden nicht sie in der nach diesem Ideal geschaffenen Gesellschaft die führende Kraft sein, sondern die „seriös" bürgerlichen Schipow und Gutschkow. Sie sind keine parlamentarische Partei, denn wir haben kein Parlament. Wir haben keine Konstitution, sondern nur eine konstitutionelle Selbstherrschaft, wir haben nur konstitutionelle Illusionen, die in der Epoche des verschärften Bürgerkriegs besonders schädlich sind und die von den Kadetten besonders eifrig verbreitet werden.

Und hier sind wir beim Kernpunkt der Frage angelangt. Die Besonderheiten des gegenwärtigen Zeitpunkts der russischen Revolution sind nämlich derart, daß die objektiven Bedingungen den entschiedenen, außer-

parlamentarischen Kampf um den Parlamentarismus in den Vordergrund rücken, und deshalb gibt es in einem solchen Zeitpunkt nichts Schädlicheres und Gefährlicheres als konstitutionelle Illusionen und Parlamentsspielerei. Die Parteien der „parlamentarischen" Opposition können in einem solchen Zeitpunkt gefährlicher und schädlicher sein als die offen und bis zu Ende reaktionären Parteien: diese These kann nur demjenigen paradox erscheinen, der völlig unfähig ist, dialektisch zu denken. In der Tat: wenn in den breitesten Volksmassen die Forderung des Parlamentarismus voll ausgereift ist, wenn sich diese Forderung außerdem auf die ganze jahrhundertelange gesellschaftlich-ökonomische Entwicklung des Landes stützt und wenn die politische Entwicklung hart an die Verwirklichung dieser Forderung herangeführt hat, kann es da etwas Gefährlicheres und Schädlicheres geben als eine erheuchelte Verwirklichung dieser Forderung? Der offene Antiparlamentarismus ist ungefährlich. Er ist zum Tode verurteilt. Er ist tot. Die Versuche, ihn zu neuem Leben zu erwecken, sind nur dazu angetan, selbst die rückständigsten Bevölkerungsschichten zu revolutionieren. Zur einzig möglichen Methode, die Selbstherrschaft aufrechtzuerhalten, wird die „konstitutionelle Selbstherrschaft", die Schaffung und Verbreitung konstitutioneller Illusionen. Das ist die einzig richtige, die einzig vernünftige Politik der Selbstherrschaft.

Und ich behaupte, daß die Kadetten gegenwärtig zu dieser vernünftigen Politik der Selbstherrschaft mehr beitragen als die „Moskowskije Wedomosti". Man nehme z. B. den Streit zwischen dieser Zeitung und der liberalen Presse über die Frage, ob Rußland eine konstitutionelle Monarchie ist. Nein – sagen die „Moskowskije Wedomosti". Ja – sagen wie aus einem Munde die kadettischen Zeitungen. In diesem Streit sind die „Moskowskije Wedomosti" fortschrittlich, die kadettischen Zeitungen dagegen reaktionär, weil die „Moskowskije Wedomosti" die Wahrheit sagen, die Illusionen entlarven, aussprechen, was ist*, während die Kadetten die Unwahrheit sagen – es ist eine in redlicher Absicht, aus gutem Willen, mit reinem Gewissen vorgebrachte, eine schöne, wohlklingende, wissenschaftlich polierte, kiesewetterisch geschminkte und salonfähige Lüge, aber trotz allem eine Lüge. Und es gibt im gegebenen Zeitpunkt des Kampfes auf Grund der objektiven Bedingungen dieses Zeitpunkts nichts Gefährlicheres, nichts Schädlicheres als eine solche Lüge.

* „aussprechen, was ist" bei Lenin deutsch. *Die Red.*

Eine kleine Abschweifung. Vor kurzem hatte ich Gelegenheit, in der Wohnung eines sehr gebildeten und außerordentlich liebenswürdigen Kadetten ein politisches Referat zu halten. Es kam zu einem Meinungsstreit. Stellen Sie sich vor, sagte der Hausherr, wir sehen uns einem Raubtier, einem Löwen, gegenüber, und wir sind zwei Sklaven, die zerfleischt werden sollen. Sind Streitigkeiten zwischen uns am Platze? Sind wir nicht verpflichtet, uns zum Kampf gegen diesen gemeinsamen Feind zu vereinigen, „die Reaktion zu isolieren", wie sich der weiseste und weitblickendste unter den Sozialdemokraten, G. W. Plechanow, so unübertrefflich ausdrückt? Das Beispiel ist gut, und ich akzeptiere es, antwortete ich. Aber was dann, wenn der eine Sklave den Rat gibt, sich mit einer Waffe zu versehen und auf den Löwen loszugehen, der andere aber ausgerechnet während des Kampfes das dem Löwen umgehängte Brustlätzchen mit der Aufschrift „Konstitution" betrachtet und schreit: „Ich bin gegen Gewalt sowohl von rechts als auch von links", „ich bin Mitglied einer parlamentarischen Partei, ich stehe auf konstitutionellem Boden." Könnte es sich nicht herausstellen, daß ein Löwenjunges, das die wahren Ziele des Löwen ausplaudert, sich unter solchen Umständen als nützlicher erweist für die Aufklärung der Massen und die Entwicklung des politischen und des Klassenbewußtseins denn der Sklave, der den Glauben an das Brustlätzchen verbreitet, während er vom Löwen zerfleischt wird?

Das ist es ja eben, daß man bei den landläufigen Auseinandersetzungen über die Unterstützung der bürgerlichen Demokratie durch die Sozialdemokratie allzuoft über allgemeinen, abstrakten Thesen die Besonderheiten des konkreten Zeitpunkts vergißt, in dem der Entscheidungskampf um den Parlamentarismus heranreift und eine der Waffen im Kampf der absolutistischen Regierung gegen den Parlamentarismus das Spiel mit dem Parlamentarismus ist. Unter solchen Umständen, da die entscheidende außerparlamentarische Schlacht noch bevorsteht, wäre es ein geradezu verhängnisvoller Fehler, wenn nicht ein Verbrechen am Proletariat, wollte man der Arbeiterpartei die Aufgabe stellen, die Partei der parlamentarischen Paktierer, die Partei der konstitutionellen Illusionen zu unterstützen.

Stellen wir uns vor, wir hätten in Rußland ein eingebürgertes parlamentarisches System. Das würde bedeuten, daß das Parlament schon zur

Hauptform der Herrschaft der regierenden Klassen und Kräfte, daß es schon zur Hauptarena des Kampfes der sozialen und politischen Interessen geworden wäre. Eine revolutionäre Bewegung im unmittelbaren Sinne dieses Wortes wäre nicht vorhanden, die ökonomischen und sonstigen Verhältnisse führten im gegebenen, d. h. von uns angenommenen Zeitpunkt nicht zu revolutionären Ausbrüchen. Keinerlei revolutionäre Deklamationen könnten natürlich unter solchen Umständen eine Revolution „hervorrufen". Der Verzicht auf den parlamentarischen Kampf wäre unter solchen Bedingungen für die Sozialdemokratie absolut unstatthaft. Die Arbeiterpartei müßte sich aufs ernstlichste dem Parlamentarismus zuwenden, an den Wahlen zur „Duma" und an der „Duma" selbst teilnehmen, ihre ganze Taktik den Erfordernissen der Bildung und des erfolgreichen Funktionierens einer parlamentarischen sozialdemokratischen Partei unterordnen. Dann wäre die Unterstützung der Partei der Kadetten im Parlament gegen alle weiter rechts stehenden Parteien unsere unbedingte Pflicht. Dann könnte man auch gegen Wahlabkommen mit dieser Partei bei gemeinsamen Wahlen, sagen wir in den Gouvernements-Wahlversammlungen (bei indirekten Wahlen), grundsätzlich nichts einwenden. Ja mehr noch. Dann wäre sogar die parlamentarische Unterstützung der Schipowleute durch die Sozialdemokraten gegen die ausgesprochenen und eingefleischten Reaktionäre unsere Pflicht: die Reaktion ist bestrebt, uns zu isolieren – würden wir dann sagen –, wir müssen danach streben, die Reaktion zu isolieren.

Heute aber kann in Rußland von einem eingebürgerten, allgemein anerkannten, wirklich parlamentarischen System gar nicht die Rede sein. Heute ist in Rußland, wie jedermann weiß, die Hauptform der Herrschaft der regierenden Klassen und sozialen Kräfte die nichtparlamentarische Form, die Hauptarena des Kampfes der sozialen und politischen Interessen nicht das Parlament. Unter solchen Bedingungen käme die Unterstützung der Partei der parlamentarischen Paktierer einem Selbstmord der Arbeiterpartei gleich – und umgekehrt, die Unterstützung der bürgerlichen Demokratie, die nichtparlamentarisch, wenngleich spontan, unorganisiert und unbewußt vorgeht (wie die Bauernerhebungen), tritt in den Vordergrund, wird zu einer ernsten, wirklichen Aufgabe, der alles andere untergeordnet sein muß . . . Der Aufstand ist unter solchen sozialen und politischen Bedingungen eine Realität; der Parlamentarismus ist eine Posse, ein belang-

loser Schauplatz des Kampfes – weit mehr ein Köder als ein wirkliches Zugeständnis. Es handelt sich also gar nicht darum, daß wir den Parlamentarismus etwa ablehnen oder unterschätzen, und durch allgemeine Phrasen über den Parlamentarismus wird unsere Position nicht im geringsten berührt. Es handelt sich um die konkrete Lage gerade im gegebenen Zeitpunkt der demokratischen Revolution, in welchem die Paktierer der Bourgeoisie, die liberalen Monarchisten, obwohl sie selber nicht die Möglichkeit leugnen, daß Durnowo die Duma einfach auseinanderjagen oder das Gesetz diese Duma endgültig zu einer Null machen wird, nichtsdestoweniger den Parlamentarismus für eine ernste Angelegenheit erklären, den Aufstand aber für Utopie, Anarchismus, Rebellentum, ohnmächtigen Revolutionarismus oder wie sich alle diese Kiesewetter, Miljukow, Struve, Isgojew und sonstigen Helden des Spießertums auszudrücken pflegen.

Man stelle sich vor, die Sozialdemokratische Partei hätte an den Dumawahlen teilgenommen. Eine bestimmte Anzahl sozialdemokratischer Wahlmänner ist durchgekommen. Um die Schwarzhunderter nicht siegen zu lassen, muß man (wenn man sich schon zu dieser sinnlosen Wahlkomödie hergegeben hat) die Kadetten unterstützen. Die Sozialdemokratische Partei trifft ein Wahlabkommen mit den Kadetten. Eine gewisse Anzahl von Sozialdemokraten wird mit Hilfe der Kadetten in die Duma gewählt. Es fragt sich nun, wäre das der Mühe wert? würden wir dabei gewinnen oder verlieren? Erstens hätten wir keine Möglichkeit, die breiten Massen über die Bedingungen und den Charakter unserer Wahlabkommen mit den Kadetten vom sozialdemokratischen Standpunkt aus aufzuklären. Die kadettischen Zeitungen würden die bürgerliche Lüge und die bürgerliche Verfälschung der Klassenaufgaben des Proletariats in Hunderttausenden und Millionen von Exemplaren verbreiten. Unsere Flugblätter, unsere Richtigstellungen in einzelnen Erklärungen wären nur ein Tropfen im Meer. *In Wirklichkeit* würden wir uns eben als ein stummes Anhängsel der Kadetten erweisen. Zweitens würden wir, wenn wir ein Abkommen träfen, zweifellos – ob stillschweigend oder ob offen und in aller Form, das bleibt sich gleich – dem Proletariat gegenüber eine gewisse Verantwortung für die Kadetten übernehmen, eine Verantwortung dafür, daß sie besser sind als alle anderen, daß ihre kadettische Duma dem Volke helfen wird, eine Verantwortung für ihre ganze kadettische Politik. Ob

wir imstande wären, durch nachherige „*Erklärungen*" die Verantwortung für diesen oder jenen Schritt der Kadetten von uns abzuwälzen, ist noch die Frage, und zudem würden die Erklärungen nur Erklärungen bleiben, das Wahlabkommen aber wäre bereits eine vollendete *Tatsache*. Aber haben wir etwa Grund, irgendwie, und sei es auch nur indirekt, vor dem Proletariat und der Bauernmasse die Bürgschaft für die Kadetten zu übernehmen? Haben uns die Kadetten etwa nicht Tausende von Beweisen geliefert für ihre Verwandtschaft mit jenen deutschen kadettischen Professoren, mit jenen „Frankfurter Schwätzern", die es fertiggebracht haben, nicht nur eine Duma, sondern sogar eine konstituierende Nationalversammlung aus einem Werkzeug zur Entfaltung der Revolution in ein Werkzeug zur Abstumpfung der Revolution, zur (moralischen) Abwürgung der Revolution zu machen? Die Unterstützung der Kadettenpartei wäre ein Fehler der Sozialdemokratie, und unsere Partei hat gut daran getan, die Dumawahlen zu boykottieren.

Auch heute kann es nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, die Partei der Kadetten zu unterstützen. Eine kadettische Duma können wir nicht unterstützen. Paktierer und Überläufer können in Kriegszeiten sogar gefährlicher sein als der Feind. Schipow nennt sich wenigstens nicht „Demokrat", und das „Bäuerlein", das die „Volksfreiheit" will, folgt ihm nicht. Aber wenn die Partei der „Volksfreiheit", nachdem sie dieses oder jenes Abkommen über gegenseitige Unterstützung von Kadetten und Sozialdemokraten getroffen hat, mit der Selbstherrschaft einen Pakt über die Ersetzung der konstituierenden Versammlung durch ein Kabinett eben dieses selben Schipow schlösse oder ihre „Tätigkeit" auf tönende Reden und hochtrabende Resolutionen beschränkte, dann würden wir uns in einer höchst zweideutigen Lage befinden.

Der Arbeiterpartei im gegenwärtigen Zeitpunkt die Aufgabe zu stellen, sie solle die Kadetten unterstützen, wäre dasselbe, als wollte man erklären, der Dampf habe die Aufgabe, nicht die Schiffsmaschine anzutreiben, sondern die Möglichkeit zu sichern, mit den Schiffssirenen Signale zu geben. Wird Dampf in den Kesseln sein, so werden auch die Sirenen pfeifen. Wird die Revolution Kraft besitzen, so werden auch die Kadetten pfeifen. Pfiffe lassen sich imitieren, und in der Geschichte des Kampfes *für* den Parlamentarismus haben die bürgerlichen Verräter an der Volksfreiheit oftmals Pfiffe imitiert und naive Leute, die allen möglichen „ersten

repräsentativen Versammlungen" Vertrauen schenkten, an der Nase herumgeführt.

Unsere Aufgabe ist nicht die Unterstützung einer kadettischen Duma, sondern die Ausnutzung der Konflikte innerhalb dieser Duma und im Zusammenhang mit dieser Duma, um den besten Zeitpunkt für den Angriff auf den Feind, für den Aufstand gegen die Selbstherrschaft zu wählen. Wir müssen dem Rechnung tragen, wie die politische Krise in der Duma und um die Duma anwächst. Für die Einschätzung der öffentlichen Stimmung, für eine richtigere und genauere Feststellung des „Siedepunktes" muß diese ganze Dumakampagne für uns eine ungeheure Bedeutung haben, aber die Bedeutung eines Symptoms und nicht eines realen Kampffeldes. Nicht die kadettische Duma werden wir unterstützen, nicht mit der Partei der Kadetten müssen wir rechnen, sondern mit jenen Elementen des städtischen Kleinbürgertums und besonders der Bauernschaft, die, nachdem sie ihre Stimmen für die Kadetten abgegeben haben, unvermeidlich von ihnen enttäuscht sein und sich auf Kampf umzustellen beginnen werden – und zwar um so rascher, je entscheidender der Sieg der Kadetten in der Duma sein wird. Unsere Aufgabe ist es, im Interesse der Organisierung der Arbeiter, im Interesse der Entlarvung der konstitutionellen Illusionen, im Interesse der Vorbereitung des militärischen Angriffs den Aufschub restlos auszunutzen, den uns eine oppositionelle Duma gewährt (der Aufschub ist für uns sehr vorteilhaft, da das Proletariat erst gehörig Kräfte sammeln muß). Unsere Aufgabe ist es, zu dem Zeitpunkt auf unserem Posten zu sein, da die Dumakomödie sich in einer neuen großen politischen Krise entlädt, und unser Ziel wird dann nicht die Unterstützung der Kadetten sein (bestenfalls werden sie nur ein schwaches Sprachrohr des revolutionären Volkes darstellen), sondern der Sturz der absolutistischen Regierung und der Übergang der Macht in die Hände des revolutionären Volkes. Werden das Proletariat und die Bauernschaft im Aufstand siegen, dann wird die kadettische Duma im Nu einen Wisch unterzeichnen, daß sie sich dem Manifest der revolutionären Regierung anschließt, die eine vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung einberuft. Wird der Aufstand niedergeschlagen, so wird der vom Kampf erschöpfte Sieger vielleicht gezwungen sein, gut die Hälfte der Macht an die kadettische Duma abzutreten, die sich an den gedeckten Tisch setzen und eine Resolution annehmen wird, daß sie den „Wahnwitz" des bewaffneten Aufstands

in einem Zeitpunkt bedauere, in dem ein wirklich konstitutionelles Regime so möglich, so nahe gewesen sei ... Wenn nur Leichen da sind – Würmer finden sich immer.

V

EIN MUSTER KADETTISCHER SELBSTZUFRIEDENHEIT

Für die Einschätzung der Siege der Kadetten und der Aufgaben der Arbeiterpartei im gegenwärtigen Zeitpunkt ist eine Analyse der vorausgegangenen Periode der russischen Revolution in ihrer Wechselbeziehung zur gegenwärtigen Periode von größter Wichtigkeit. In den veröffentlichten Entwürfen für die taktischen Resolutionen der Mehrheit und der Minderheit treten zwei Linien, zwei Denkrichtungen hervor, die mit der verschiedenartigen Einschätzung zusammenhängen. Den Leser auf diese Resolutionen verweisend, wollen wir hier auf einen Artikel in der kadettischen Zeitung „Nascha Shisn" eingehen. Dieser Artikel, der anläßlich der ersten menschewistischen Resolution geschrieben wurde, liefert außerordentlich reiches Material, um das weiter oben von uns über eine kadettische Duma Gesagte zu überprüfen, zu ergänzen und zu erläutern. Wir wollen diesen Artikel deshalb vollständig anführen (*R. Blank*, „Zu den brennenden Tagesfragen der russischen Sozialdemokratie", „Nascha Shisn", Jahrgang 1906, Nr. 401 vom 23. März):

„Die dieser Tage veröffentlichte Resolution der ‚menschewistischen' Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands über die Taktik der Partei ist ein sehr wertvolles Dokument. Sie zeugt davon, daß die schweren Lehren der ersten Periode der russischen Revolution für den Teil der russischen Sozialdemokratie, der für Erfordernisse der Wirklichkeit *am hellhörigsten* und von den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus am tiefsten durchdrungen ist, nicht spurlos vorübergegangen sind. Die in dieser Resolution formulierte *neue Taktik ist bestrebt*, die russische sozialdemokratische Bewegung *auf jenen Weg zu lenken, den die ganze internationale Sozialdemokratie geht*, allen voran die große Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Ich sage *‚neue Taktik'*; das trifft indes nicht ganz zu, denn diese Taktik stellt in vieler Hinsicht eine Rückkehr zu den alten Prinzipien dar, aufgestellt gleich bei der Entstehung der russischen Sozialdemokratie von ihren Gründern und danach vielfach weiterentwickelt von ihren Theoretikern und Publizisten, die von fast allen russischen Sozialdemokraten bis

unmittelbar zum Beginn der Revolution anerkannt wurden. Aber diese Prinzipien sind vergessen worden. Der revolutionäre Wirbelsturm hob unsere ganze Sozialdemokratie wie eine leichte Feder empor und trug sie mit schwindelerregender Schnelligkeit mit sich fort. Alle im Laufe eines Vierteljahrhunderts mit solchem Eifer und solcher Hingabe erarbeiteten sozialdemokratischen und marxistischen Prinzipien und Ideen verflüchtigten sich im Nu, als wären sie nur eine leichte, dünne Staubschicht an der Oberfläche gewesen; ja sogar die Grundprinzipien der sozialdemokratischen Weltanschauung wurden zutiefst erschüttert und, wie es schien, mit der Wurzel ausgerottet.

Aber der Wirbelsturm hat getobt und ist an der gleichen Stelle zur Ruhe gekommen, und die Sozialdemokratie ist zu ihrem Ausgangspunkt zurückgekehrt. Über die Stärke des Sturms kann man danach urteilen, daß er sogar Parvus, wie dieser selbst eingesteht, mit sich fortgerissen hat; wer Parvus kennt und weiß, wie schwer es ist, ihn hochzureißen, der wird verstehen, was das bedeutet ... ‚Der revolutionäre Strom riß uns alle unaufhaltsam vorwärts', sagt Parvus in seinem bekannten Artikel. ‚Wir waren nichts anderes als die Saiten der Harfe, auf denen der Sturm der Revolution spielte', bemerkt er an einer anderen Stelle desselben Artikels; das ist ebenfalls absolut richtig und erklärt vollauf, warum die sozialdemokratische Musik in dieser Zeit so wenig an Symphonien von Beethoven, Bach oder – Marx erinnerte. Alle Theorien und Prinzipien, ja sogar Verstand und einfache Vernunft treten in den Hintergrund, verschwinden fast hinter den Kulissen, wenn die Natur selbst mit der Allmacht elementarer Kräfte die Bühne betritt.

Heute aber ist die Reihe von neuem an Verstand und Vernunft gekommen, und man kann zu einer bewußten, planmäßigen, systematischen Tätigkeit *zurückkehren*. Die erste Aufgabe muß dabei offensichtlich sein, Vorbeugungsmaßnahmen gegen eine Wiederholung dessen zu treffen, was in der ersten Periode der russischen Revolution, in ihrer ‚Sturm- und Drang-Zeit'*, geschehen ist, d. h. gegen die zerstörenden Wirkungen der revolutionären Ströme und Stürme. Das einzige wirksame Mittel hierfür kann nur die Verbreiterung und Festigung der Organisation sein; es ist daher ganz natürlich, daß die Fraktion der ‚Menschewiki' diese Aufgabe in den Vordergrund rückt und ihr eine breite Fassung gibt, indem sie in ihr Programm auch die ökonomischen Organisationen einbezieht und die Notwendigkeit anerkennt, alle legalen Möglichkeiten auszunutzen. Die Resolution ist frei von romantischer Verachtung der ‚Legalität' und aristokratischer Geringschätzung der ‚Ökonomik'.

Ebenso nüchtern verhält sich die Resolution zur Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Demokratie; sie er-

* Diese Worte im Original deutsch. *Die Red.*

kennt durchaus an, daß eine gegenseitige Unterstützung notwendig und ein isoliertes Antreten des Proletariats zum Entscheidungskampf gegen die bewaffnete Reaktion gefährlich ist. Besondere Beachtung verdient die Einstellung der Resolution zur Frage des bewaffneten Aufstands; sie erkennt die Notwendigkeit an, ‚Aktionen solcher Art zu vermeiden, durch die das Proletariat in bewaffnete Zusammenstöße mit der Regierung unter Bedingungen hineingezerrt wird, die es dazu verurteilen, in diesem Kampf isoliert zu bleiben'.

Nur auf diese Weise kann man bei uns eine Wiederholung der Pariser Junitage des Jahres 1848 vermeiden und einen koordinierten, wenn nicht koalierten Kampf der proletarischen und der bürgerlichen Demokratie ermöglichen, ohne den ein Erfolg der Bewegung unmöglich ist. Die bürgerliche Demokratie, nach dem Zeugnis von Karl Marx ‚bei allen modernen Revolutionen von höchster Bedeutung', ist auch in der russischen Revolution nicht weniger wichtig. Wenn die Sozialdemokratische Partei Rußlands sie nicht zu ihrem offenen Verbündeten machen kann oder will, so darf sie sie doch auf keinen Fall in das Lager des Gegners, der Reaktion, der Konterrevolution treiben. Die revolutionäre Sozialdemokratie darf das nicht tun, sie hat kein Recht, das zu tun, sie ist um der Sache der Befreiung willen und um der Sozialdemokratie selbst willen *verpflichtet*, das mit allen Mitteln zu vermeiden. Und wenn die bürgerliche Demokratie im gegenwärtigen Zeitpunkt gegen einen bewaffneten Aufstand ist, dann kann und darf von ihm keine Rede sein. Damit muß gerechnet werden, selbst wenn sich die Bourgeoisie dabei einzig und allein von der ihr eigenen Weichlichkeit, Schwäche und Feigheit leiten ließe – mit solchen Tatsachen muß ebenfalls gerechnet werden; aber hat nicht ein Führer der deutschen revolutionären Sozialdemokratie selbst gesagt:

‚In der Gewalt sind sie' (d. h. die Reaktionäre) ‚uns stets über!'*

Vielleicht ist die Behauptung ‚stets' nicht ganz richtig, aber hinsichtlich des ‚jetzt' kann man jedenfalls die Meinung Liebknechts und der ihm gleichgesinnten deutschen Sozialdemokratie teilen, ohne ein Feigling oder auch nur ‚weichlich' zu sein ... Die Resolution der ‚Menschewiki' steht offenbar auf dem gleichen Standpunkt oder kommt ihm mindestens nahe; genauso ist sie auch in anderen Beziehungen von jenem Geist des politischen Realismus durchdrungen, der einen spezifischen Zug der deutschen Sozialdemokratie darstellt und dem diese ihre beispiellosen Erfolge verdankt.

Wird sich die ganze Sozialdemokratische Partei Rußlands der Resolution der ‚Menschewiki' anschließen? Davon wird viel in unserer revolutionären Bewegung und noch mehr in unserer sozialdemokratischen Bewegung abhängen – vielleicht das ganze Schicksal dieser Bewegung auf viele Jahre hinaus. Die Sozialdemokratie

* Diese Worte im Original deutsch. *Die Red.*

wird auch in Rußland, genauso wie das in anderen Ländern der Fall war, nur dann Wurzel fassen und erstarken können, wenn sie in die Tiefe der demokratischen Masse eindringt. Wenn sie sich jedoch darauf beschränkt, allein die obere, und sei es auch die fruchtbarste, Schicht der Demokratie zu kultivieren, so wird ein neuer Sturm sie leicht mit Stumpf und Stiel aus dem russischen Boden reißen können, wie das mit der französischen Sozialdemokratie des Jahres 1848 oder mit der als ‚Chartistenbewegung' bekannten englischen sozialdemokratischen Bewe gung der vierziger Jahre geschah."

Soweit der Artikel des Herrn Blank. Die höchst typischen Urteile eines „Kadetten", die in ihren Ausgangspunkten jedermann bekannt sind, der das „Oswoboshdenije" des Herrn Struve und die spätere legale Presse der Kadetten aufmerksam gelesen hat, sind hier so kombiniert, daß die Einschätzung der heutigen politischen Taktik auf der Einschätzung der verflossenen Periode der russischen Revolution beruht. Auf diese *Einschätzung der Vergangenheit*, auf ihre Richtigkeit oder Unrichtigkeit, wollen wir vor allem eingehen.

Herr Blank stellt zwei Perioden der russischen Revolution einander gegenüber: die erste umfaßt etwa die Zeit von Oktober bis Dezember 1905. Das ist die Periode des revolutionären Wirbelsturms. Die zweite ist die jetzige Periode, die wir natürlich mit Fug und Recht als Periode der kadettischen Siege bei den Dumawahlen oder wohl auch, wenn man vorauszueilen riskiert, als Periode der kadettischen Duma bezeichnen dürfen.

Von dieser Periode sagt Herr Blank, die Reihe sei von neuem an Verstand und Vernunft gekommen, und man könne zu einer bewußten, planmäßigen, systematischen Tätigkeit zurückkehren. Die erste Periode dagegen charakterisiert Herr Blank umgekehrt als eine Periode des Auseinandergehens von Theorie und Praxis. Verflüchtigt hätten sich alle sozialdemokratischen Prinzipien und Ideen, vergessen worden sei die von den Gründern der russischen Sozialdemokratie stets gepredigte Taktik, ja sogar die Grundprinzipien der sozialdemokratischen Weltanschauung seien mit der Wurzel ausgerottet worden.

Diese grundlegende Behauptung des Herrn Blank ist rein faktischer Natur. Die ganze Theorie des Marxismus und die „Praxis" in der Periode des revolutionären Wirbelsturms seien auseinandergegangen.

Stimmt das? Welches ist das erste und wichtigste „Grundprinzip" der marxistischen Theorie? Daß die einzige bis zu Ende revolutionäre und

darum in jeder Revolution voranschreitende Klasse der modernen Gesellschaft das Proletariat ist. Nun fragt es sich, hat der revolutionäre Wirbelsturm dieses „Grundprinzip" der sozialdemokratischen Weltanschauung mit der Wurzel ausgerottet? Im Gegenteil, der Wirbelsturm hat es aufs glänzendste bestätigt. Gerade das Proletariat war ja der hauptsächliche, zuerst fast einzige *Kämpfer* dieser Periode. Beinahe zum erstenmal in der Weltgeschichte war die bürgerliche Revolution gekennzeichnet durch die umfassende, selbst in den entwickelteren kapitalistischen Ländern noch nie dagewesene Anwendung einer rein proletarischen Kampfwaffe – des politischen Massenstreiks. Das Proletariat erhob sich zum Kampf, zum unmittelbar revolutionären Kampf, zu einer Zeit, als die Herren Struve und die Herren Blank dazu aufriefen, in die Bulyginsche Duma zu gehen, als die kadettischen Professoren die Studenten aufforderten, ihre Studien zu betreiben. Das Proletariat erkämpfte mit seiner proletarischen Kampfwaffe Rußland jene, mit Verlaub zu sagen, „Konstitution", die seither lediglich verdorben, beschnitten und gestutzt worden ist. Das Proletariat wandte im Oktober 1905 jene taktische Kampfmethode an, von der *ein halbes Jahr vorher* die Resolution des *bolschewistischen* III. Parteitags der SDAPR gesprochen hatte, die nachdrücklich die Aufmerksamkeit darauf lenkte, wie wichtig es ist, den politischen Massenstreik mit dem Aufstand zu verbinden. Und gerade diese Verbindung ist charakteristisch für die *ganze* Periode des „revolutionären Wirbelsturms", für das ganze letzte Vierteljahr 1905. Unser Ideologe des Kleinbürgertums hat also die Wirklichkeit in der unverfrorensten, in der himmelschreiendsten Weise entstellt. Er hat nicht eine einzige *Tatsache* angeführt, die davon zeugen würde, daß die marxistische Theorie und die praktische Erfahrung des „revolutionären Wirbelsturms" auseinandergegangen wären; er hat versucht, den Grundzug dieses Wirbelsturms zu vertuschen, der „alle sozialdemokratischen Prinzipien und Ideen", „alle Grundprinzipien der sozialdemokratischen Weltanschauung" aufs glänzendste bestätigt hat.

ABSCHWEIFUNG

Gemeinverständliches Gespräch mit den kadettischen Publizisten und gelehrten Professoren

Welches ist denn nun der wirkliche Grund, der Herrn Blank bewogen hat, zu dieser ungeheuerlich falschen Meinung zu kommen, daß sich in der Periode des „Wirbelsturms" alle marxistischen Prinzipien und Ideen verflüchtigt hätten? Eine Untersuchung dieses Umstands ist sehr interessant: sie entlarvt vor unseren Augen wieder einmal die wahre Natur des Spießertums in der Politik.

Worin bestand der Hauptunterschied zwischen der Periode des „revolutionären Wirbelsturms" und der jetzigen, der „kadettischen" Periode, betrachtet unter dem Gesichtspunkt verschiedener Arten der politischen Tätigkeit? unter dem Gesichtspunkt verschiedener Methoden des historischen Schöpfertums des Volkes? Vor allem und hauptsächlich darin, daß in der Periode des „Wirbelsturms" einige besondere Methoden dieses Schöpfertums zur Anwendung kamen, die anderen Perioden des politischen Lebens fremd waren. Hier die wesentlichsten dieser Methoden: 1. *das Volk „ergriff Besitz" von der politischen Freiheit* – es verwirklichte sie ohne jedes Recht und Gesetz und ohne jede Einschränkung (Versammlungsfreiheit beispielsweise an den Universitäten, Freiheit der Presse, der Vereine, der Kongresse usw.); 2. neue Organe einer *revolutionären Macht* wurden geschaffen – Sowjets von Arbeiter-, Soldaten-, Eisenbahner- und Bauerndeputierten, neue Machtorgane in Stadt und Land usw. usf. Diese Organe wurden ausschließlich von den *revolutionären* Schichten der Bevölkerung geschaffen, sie wurden außerhalb aller Gesetze und Normen ganz und gar auf revolutionärem Wege geschaffen, als Ergebnis des urwüchsigen Schöpfertums des Volkes, als Äußerung der aktiven Tätigkeit des Volkes, das sich von den alten polizeilichen Fesseln frei gemacht hat oder dabei ist, es zu tun. Das waren schließlich eben Organe einer *Staatsmacht*, trotz all ihres embryonalen, spontanen, formlosen und verschwommenen Charakters in der Zusammensetzung und im Funktionieren. Sie handelten als Staatsmacht, beschlagnahmten z. B. Druckereien (Petersburg), verhafteten Polizeibeamte, die das revolutionäre Volk daran hinderten, seine Rechte auszuüben (solche Fälle gab es gleichfalls in Petersburg, wo das entsprechende Organ der neuen Macht am schwächsten, die

alte Macht dagegen am stärksten war). Sie handelten als Staatsmacht, indem sie an das ganze Volk den Appell richteten, der alten Regierung kein Geld zu geben. Sie beschlagnahmten Gelder der alten Regierung (die Streikkomitees der Eisenbahner im Süden) und verwandten sie für Zwecke der neuen, der Volksregierung – jawohl, das waren zweifellos Keime einer neuen Volksregierung oder, wenn man will, einer revolutionären Regierung. Dem sozialen und politischen Charakter nach war das die Keimform einer Diktatur der revolutionären Elemente des Volkes – Sie wundern sich, Herr Blank und Herr Kiesewetter? Sie können hier von der „verstärkten Sicherheit", diesem Synonym des Bourgeois für Diktatur, nichts entdecken? Wir haben Ihnen schon gesagt, daß Sie keine Ahnung vom wissenschaftlichen Begriff Diktatur haben. Wir werden Ihnen diesen Begriff gleich erklären, aber erst wollen wir noch auf die *dritte* „Methode" des Handelns in der Epoche des „revolutionären Wirbelsturms" hinweisen: *die Anwendung von Gewalt durch das Volk gegenüber den Gewalttätern am Volk.*

Die von uns geschilderten Machtorgane waren eine Diktatur in Keimform, denn diese Macht erkannte *keinerlei* andere Macht und *keinerlei* Gesetz an, sie erkannte *keinerlei* Norm an, von wem immer sie auch ausgehen mochte. Eine unbeschränkte, außergesetzliche, sich auf Gewalt im direkten Sinne des Wortes stützende Macht – das ist eben eine Diktatur. Aber die Gewalt, auf die sich diese neue Macht stützte und zu stützen trachtete, war nicht die Gewalt der Bajonette, usurpiert von einer Handvoll Militärs, nicht die Gewalt des „Polizeireviers", nicht die Gewalt des Geldes, nicht die Gewalt irgendwelcher alten eingebürgerten Einrichtungen. Nichts dergleichen. Die neuen Organe der neuen Macht hatten weder Waffen noch Geld, noch auch alte Einrichtungen. Ihre Gewalt – können Sie sich das vorstellen, Herr Blank und Herr Kiesewetter? – hatte nichts gemein mit den alten Gewaltwerkzeugen, sie hatte nichts gemein mit der „verstärkten Sicherheit", außer wenn man dabei die verstärkte Sicherheit des Volkes vor seiner Bedrückung durch die polizeilichen und anderen Organe der alten Macht im Auge hat.

Worauf stützte sich nun diese Gewalt? Sie stützte sich auf die Volksmassen. Das eben ist der *grundlegende* Unterschied zwischen dieser neuen Macht und allen früheren Organen der alten Macht. Jene waren Organe der Macht einer Minderheit über das Volk, über die Masse der Arbeiter

und Bauern. Diese waren Organe der Macht des Volkes, der Arbeiter und Bauern, über eine Minderheit, über eine Handvoll polizeilicher Gewalttäter, über ein Häuflein privilegierter Adliger und Beamten. Darin besteht der Unterschied zwischen der Diktatur *über* das Volk und der Diktatur des revolutionären *Volkes*. Behalten Sie das gut im Gedächtnis, Herr Blank und Herr Kiesewetter! Die alte Macht, als Diktatur einer Minderheit, konnte sich einzig und allein mit Hilfe polizeilicher Schliche halten, einzig und allein dadurch, daß sie die Masse des Volkes von jeder Teilnahme an der Macht, von jeder Kontrolle über die Macht fernhielt und ausschloß. Die alte Macht mißtraute systematisch der Masse, sie scheute die Öffentlichkeit, sie hielt sich durch Betrug. Die neue Macht, als Diktatur der gewaltigen Mehrheit, konnte sich halten und hielt sich einzig und allein, weil sie das Vertrauen der breitesten Masse genoß, einzig und allein dadurch, daß sie die ganze Masse aufs freieste, umfassendste und stärkste zur Teilnahme an der Macht heranzog. Kein Versteckspiel, keine Geheimniskrämerei, keine Reglements, keine Formalitäten. Du bist ein Arbeitsmann? Du willst für die Befreiung Rußlands von der Handvoll polizeilicher Gewalttäter kämpfen? Du bist unser Genosse. Wähle deinen Deputierten. Wähle sofort, unverzüglich, wie du es für richtig hältst – wir werden ihn gern und freudig als vollberechtigtes Mitglied unseres Sowjets der Arbeiterdeputierten, des Bauernkomitees, des Sowjets der Soldatendeputierten usw. usf. aufnehmen. Das ist eine Macht, die allen offen steht, die alles vor den Augen der Masse macht, die der Masse zugänglich ist, die unmittelbar von der Masse ausgeht, ein direktes und unmittelbares Organ der Volksmasse und ihres Willens. So war die neue Macht, richtiger gesagt, ihre Keimform, beschaffen, denn der Sieg der alten Macht zertrat sehr früh die Triebe der jungen Pflanze.

Sie, Herr Blank oder Herr Kiesewetter, werden vielleicht fragen, wozu denn hier „Diktatur", wozu „Gewalt"? bedarf denn etwa die übergroße Masse der Anwendung von Gewalt gegen eine Handvoll Leute, können etwa Dutzende und Hunderte von Millionen Diktatoren sein über einige Tausende oder Zehntausende?

Diese Frage wird gewöhnlich von Leuten gestellt, die zum erstenmal Zeugen sind, daß der Terminus Diktatur in einer für sie neuen Bedeutung gebraucht wird. Die Menschen sind es gewohnt, nur die Polizeimacht, nur die Polizeidiktatur zu sehen. Es erscheint ihnen sonderbar, daß es eine

Macht ohne jede Polizei, eine Diktatur, die keine Polizeidiktatur ist, geben soll. Sie sagen, die Millionen bedürften nicht der Anwendung von Gewalt gegen einige Tausende? Sie irren sich, und Sie irren sich deshalb, weil Sie die Erscheinung nicht in ihrer Entwicklung betrachten. Sie vergessen, daß die neue Macht nicht vom Himmel fällt, sondern neben der alten, gegen die alte Macht, im Kampf gegen sie heranwächst und ins Leben tritt. Ohne Anwendung von Gewalt gegen die Gewalttäter, in deren Händen sich die Waffen und Machtorgane befinden, kann das Volk nicht von den Gewalttätern befreit werden.

Hier ein ganz einfaches kleines Beispiel, Herr Blank und Herr Kiesewetter, damit Sie diese, dem kadettischen Hirn unverständliche und für das kadettische Denken „schwindelerregende" Weisheit begreifen können. Stellen Sie sich vor, daß Awramow die Spiridonowa* mißhandelt und foltert. Angenommen, auf seiten der Spiridonowa stehen Dutzende und Hunderte unbewaffneter Menschen. Auf seiten Awramows steht eine Handvoll Kosaken. Was täte das Volk, wenn die Spiridonowa nicht fernab im Kerker gefoltert würde? Es würde gegen Awramow und sein Gefolge Gewalt anwenden. Es würde vielleicht einige Kämpfer opfern müssen, die von Awramow erschossen würden, aber trotzdem den Awramow und die Kosaken mit Gewalt entwaffnen und dabei sehr wahrscheinlich einige dieser, mit Verlaub zu sagen, Menschen auf der Stelle töten, die übrigen aber in irgendein Gefängnis werfen, um sie an weiteren Missetaten zu hindern und sie vor ein Volksgericht zu stellen.

Nun passen Sie auf, Herr Blank und Herr Kiesewetter! Wenn Awramow und die Kosaken die Spiridonowa foltern, so ist das die Militär- und Polizeidiktatur über das Volk. Wenn das revolutionäre (das zum Kampf gegen die Gewalttäter bereite, nicht nur zu Ermahnungen und Belehrungen, zu Ausdrücken des Bedauerns und Tadelns, zu Gewinsel und Gejammer fähige, nicht das spießbürgerlich bornierte, sondern das revolutionäre) Volk gegen Awramow und seinesgleichen Gewalt anwendet, so ist das die Diktatur des revolutionären Volkes. Das ist eine *Diktatur*, denn es ist die Macht des Volkes über Awramow, eine Macht, die durch keinerlei Gesetz beschränkt ist (der Spießbürger wäre vermutlich dagegen, daß die Spiridonowa dem Awramow mit Gewalt entrissen würde: ist das nicht

* M. A. Spiridonowa – Sozialrevolutionärin, die 1906 bei ihrer Verhaftung von dem Kosakenoffizier Awramow viehisch mißhandelt wurde. *Die Red.*

gegen das „Gesetz"? gibt es bei uns ein „Gesetz", das erlaubt, Awramow zu töten? haben nicht einige Ideologen des Spießertums die Theorie aufgestellt, man dürfe sich dem Bösen nicht mit Gewalt widersetzen?*). Der wissenschaftliche Begriff Diktatur bedeutet nichts anderes als eine durch nichts beschränkte, durch keine Gesetze und absolut keine Regeln eingeengte, sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht. *Nichts anderes als das* bedeutet der Begriff „Diktatur" – merken Sie sich das gut, meine Herren Kadetten. Weiter, in dem von uns angeführten Beispiel sehen wir die Diktatur eben des *Volkes*, denn das Volk, die formlose Masse der Bevölkerung, die sich an der betreffenden Stelle „zufällig" versammelt hat, tritt selber und unmittelbar auf den Schauplatz, hält selber Gericht, wendet die Macht an und schafft ein neues revolutionäres Recht. Schließlich ist das die Diktatur eben des *revolutionären* Volkes. Warum nur des revolutionären und nicht des ganzen Volkes? Weil es im ganzen Volk, das ständig und aufs grausamste unter den Untaten der Awramow zu leiden hat, Menschen gibt, die körperlich gebrochen und eingeschüchtert sind, Menschen, die seelisch gebrochen sind, beispielsweise durch die Theorie, man dürfe sich dem Bösen nicht mit Gewalt widersetzen, oder die einfach gebrochen sind nicht durch eine Theorie, sondern durch das Vorurteil, durch die Gewohnheit, den alten Trott, gleichgültige Menschen, was man so Spießer nennt, Kleinbürger, die eher geneigt sind, sich aus einem scharfen Kampf herauszuhalten, daran vorbeizuschleichen oder sich sogar zu verkriechen (man könnte in der Rauferei ja etwas abbekommen!). Eben deshalb wird die Diktatur nicht vom ganzen Volk, sondern nur vom revolutionären Volk verwirklicht, das jedoch das ganze Volk nicht im geringsten fürchtet, das dem ganzen Volk die Gründe seines Handelns und alle Einzelheiten seines Tuns offen darlegt, das bereitwillig das *ganze* Volk zur Teilnahme nicht nur an der staatlichen „Verwaltung", sondern auch an der Macht, zur Teilnahme am unmittelbaren staatlichen Aufbau heranzieht.

Das von uns gewählte einfache Beispiel enthält somit *alle Elemente* des

* Herr Berdjajew! Meine Herren Redakteure der „Poljarnaja Swesda" oder der „Swoboda i Kultura"! Hier haben Sie noch ein Thema für hysterische Tiraden ... pardon, für lange Artikel gegen das „Rowdytum" der Revolutionäre. Diese Leute bezeichnen Tolstoi als Spießer!! Quel horreur, wie die in jeder Hinsicht angenehme Dame sagte. [Nach einer Episode in N. W. Gogols Roman „Die toten Seelen". *Die Red.*]

wissenschaftlichen Begriffs „Diktatur des revolutionären Volkes" wie auch des Begriffs „Militär- und Polizeidiktatur". Von diesem einfachen, sogar einem gelehrten kadettischen Professor verständlichen Beispiel können wir nun zu den komplizierteren Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens übergehen.

Die Revolution in der engen, unmittelbaren Bedeutung dieses Wortes ist eben eine solche Periode im Leben des Volkes, in welcher die jahrhundertelang aufgespeicherte Wut über die Untaten der Awramow sich in *Aktionen* und nicht in Worten entlädt, und zwar in Aktionen der *Millionenmassen des Volkes* und nicht einzelner Personen. Das Volk erwacht und erhebt sich, um sich von den Awramow zu befreien. Das Volk erlöst die zahllosen Spiridonowa des russischen Lebens von den Awramow, es wendet Gewalt an gegen die Awramow, es ergreift die Macht über die Awramow. Das geschieht natürlich nicht so einfach und nicht so „schlagartig" wie in unserem Beispiel, das wir für Herrn Professor Kiesewetter vereinfacht haben – dieser Kampf des Volkes gegen die Awramow, der Kampf im engeren, unmittelbaren Sinne, dieses Abwerfen der Awramow vom Nacken des Volkes erstreckt sich über Monate und Jahre eines „revolutionären Wirbelsturms". Dieser Sturz der Awramow durch das Volk ist eben der reale Inhalt dessen, was als die große russische Revolution bezeichnet wird. Dieser Sturz, betrachtet man ihn unter dem Gesichtspunkt der Methoden des historischen Schöpfertums, erfolgt in den Formen, die wir soeben schilderten, als wir über den revolutionären Wirbelsturm sprachen, nämlich: das Volk ergreift Besitz von der politischen Freiheit, das heißt von der Freiheit, deren Verwirklichung die Awramow verhinderten; das Volk errichtet eine neue, eine revolutionäre Macht, eine Macht über die Awramow, eine Macht über die Gewalttäter des alten Polizeiregimes; das Volk wendet Gewalt an gegen die Awramow, um diese tollen Hunde, alle diese Awramow, Durnowo, Dubassow, Min und ihresgleichen zu beseitigen, zu entwaffnen und unschädlich zu machen.

Ist es gut, daß das Volk solche ungesetzlichen, an keine Regeln gebundenen, nicht planmäßigen und nicht systematischen Kampfmethoden anwendet, daß es von der Freiheit Besitz ergreift, eine neue, formal von niemandem anerkannte, revolutionäre Macht errichtet und gegen die Unterdrücker des Volkes Gewalt anwendet? Jawohl, das ist sehr gut. Das ist

die höchste Erscheinungsform des Volkskampfes für die Freiheit. Das ist jene große Zeit, da die Träume der besten Menschen Rußlands von der Freiheit zur *Tat* werden, zur Tat der Volksmassen selbst und nicht einzelner Helden. Das ist ebenso gut, wie es (in unserem Beispiel) gut ist, daß die Menge die Spiridonowa von Awramow befreit, daß sie Awramow gewaltsam entwaffnet und unschädlich macht.

Aber gerade hier kommen wir zum Kernpunkt der geheimen Gedanken und Befürchtungen der Kadetten. Der Kadett ist eben darum der Ideologe des Kleinbürgertums, weil er auf die Politik, auf die Befreiung des ganzen Volkes, auf die Revolution den Standpunkt jenes Spießers überträgt, der in unserem Beispiel der Mißhandlung der Spiridonowa durch Awramow die Menge zurückhalten und ihr raten möchte, das Gesetz nicht zu verletzen, sich mit der Befreiung der Opfer aus den Händen des Henkers, der im Namen der gesetzlichen Macht handelt, nicht zu beeilen. In unserem Beispiel wäre natürlich ein solcher Spießer geradezu ein moralisches Ungeheuer gewesen, aber in Anwendung auf das ganze gesellschaftliche Leben ist die moralische Ungeheuerlichkeit des Kleinbürgers eine, wir wiederholen es, durchaus nicht persönliche, sondern soziale Eigenschaft, die vielleicht durch die fest in den Köpfen sitzenden Vorurteile der bürgerlich-philiströsen Rechtswissenschaft bedingt ist.

Warum glaubt Herr Blank, es bedürfe nicht einmal eines Beweises, daß in der Periode des „Wirbelsturms" alle marxistischen Prinzipien vergessen worden sind? Weil er den Marxismus zum Brentanoismus umfälscht und solche „Prinzipien" wie die Besitzergreifung von der Freiheit, die Errichtung einer revolutionären Macht, die Anwendung von Gewalt durch das Volk nicht für marxistisch hält. Diese Ansicht zieht sich durch den ganzen Artikel des Herrn Blank, und nicht nur Blanks allein, sondern aller Kadetten, aller heute Plechanow wegen seiner Liebe zu den Kadetten preisenden Schriftsteller aus dem liberalen und radikalen Lager bis zu den Bernsteinianern aus dem „Bes Saglawija"[67], den Herrschaften Prokopowitsch, Kuskowa und tutti quanti*.

Betrachten wir nun, wie diese Ansicht aufkam und warum sie aufkommen mußte.

Sie entsprang unmittelbar der bernsteinianischen oder, weiter gefaßt, der opportunistischen Anschauung in der westeuropäischen Sozialdemo-

* allen ihresgleichen. *Die Red.*

kratie. Die Fehler dieser Anschauung, die systematisch und auf der ganzen Linie von den „Orthodoxen" im Westen aufgedeckt wurden, überträgt man jetzt heimlich und leise, in anderer Aufmachung und aus anderem Anlaß nach Rußland. Die Bernsteinianer waren und sind für den Marxismus *mit Ausnahme* seiner unmittelbar revolutionären Seite. Den parlamentarischen Kampf betrachten sie nicht als eines unter anderen Kampfmitteln, das besonders in bestimmten historischen Perioden tauglich ist, sondern als hauptsächliche und fast ausschließliche Form des Kampfes, die „Gewalt", „Besitzergreifung" und „Diktatur" unnötig macht. Eben diese abgeschmackte kleinbürgerliche Verfälschung des Marxismus übertragen jetzt die Herren Blank und sonstigen Liberalen, die Plechanows Lob singen, auf Rußland. Sie haben sich so an diese Verfälschung gewöhnt, daß sie es nicht einmal für nötig halten, die Behauptung, die marxistischen Prinzipien und Ideen seien in der Periode des revolutionären Wirbelsturms vergessen worden, zu beweisen.

Warum mußte eine solche Ansicht aufkommen? Weil sie der Klassenlage und den Interessen des Kleinbürgertums zutiefst entspricht. Der Ideologe einer „geläuterten" bürgerlichen Gesellschaft läßt *alle* Kampfmethoden der Sozialdemokratie zu, *ausgenommen diejenigen, die das revolutionäre Volk in der Periode des „Wirbelsturms" anwendet* und deren Anwendung die revolutionäre Sozialdemokratie billigt und unterstützt. Die Interessen der Bourgeoisie erheischen die Teilnahme des Proletariats am Kampf gegen die Selbstherrschaft, aber nur eine solche Teilnahme, die nicht in die Hegemonie des Proletariats und der Bauernschaft übergeht, nur eine solche Teilnahme, die die alten, absolutistisch-leibeigenschaftlichen und polizeilichen Machtorgane nicht völlig beseitigt. Die Bourgeoisie möchte diese Organe beibehalten und sie lediglich ihrer unmittelbaren Kontrolle unterwerfen, denn sie bedarf ihrer *gegen das Proletariat*, dem durch die völlige Vernichtung dieser Organe sein proletarischer Kampf zu sehr erleichtert würde. Eben darum erheischen die Interessen der Bourgeoisie als Klasse sowohl die Monarchie als auch ein Oberhaus, erheischen sie, daß eine Diktatur des revolutionären Volkes verhindert wird. Kämpfe gegen die Selbstherrschaft, sagt die Bourgeoisie dem Proletariat, aber taste die alten Machtorgane nicht an, denn ich brauche sie. Kämpfe „parlamentarisch", d. h. in den Grenzen, die ich dir im Einvernehmen mit der Monarchie vorschreiben werde, kämpfe mittels

der Organisationen, aber ja nicht solcher wie allgemeiner Streikkomitees, Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- usw. Deputierten, sondern mittels solcher, die durch ein Gesetz, das ich im Einvernehmen mit der Monarchie erlasse, anerkannt und eingeschränkt, für das Kapital unschädlich gemacht werden.

Hieraus wird verständlich, warum die Bourgeoisie von der Periode des „Wirbelsturms" voller Geringschätzung, Verachtung, Wut und Haß* spricht, von der Periode des von Dubassow geschützten Konstitutionalismus dagegen voller Begeisterung und Überschwang, mit der grenzenlosen Verliebtheit des Kleinbürgers . . . in die Reaktion. Hier zeigt sich wieder die ständige und unveränderliche Eigenschaft der Kadetten: das Bestreben, sich auf das Volk zu stützen, und zugleich die Angst vor seiner revolutionären Aktivität.

Verständlich ist auch, warum die Bourgeoisie eine Wiederholung des Wirbelsturms über alles fürchtet, warum sie die Elemente einer neuen revolutionären Krise ignoriert und vertuscht, warum sie im Volke die konstitutionellen Illusionen nährt und verbreitet.

Jetzt haben wir völlig klargestellt, warum Herr Blank und seinesgleichen erklären, daß in der Periode des „Wirbelsturms" alle marxistischen Prinzipien und Ideen vergessen wurden. Herr Blank ist – wie alle Kleinbürger – für den Marxismus *abzüglich* seiner revolutionären Seite, er ist für die sozialdemokratischen Kampfmethoden *abzüglich* der ausgesprochen revolutionären und unmittelbar revolutionären Methoden.

---

* Man vergleiche z. B. die Äußerung der „Russkije Wedomosti" Nr. 1, Jahrgang 1906, über die Tätigkeit des Bauernbundes – damit wird die revolutionäre Demokratie bei Dubassow denunziert, sie habe Pugatschowsche Tendenzen, billige die Besitzergreifung vom Grund und Boden, wolle eine neue Staatsmacht errichten u. a. Sogar die linken Kadetten aus dem „Bes Saglawija" (Nr. 10) beschämten die „Russkije Wedomosti", indem sie diese wegen ihrer Äußerung zu Recht mit den „Moskowskije Wedomosti" verglichen. Leider beschämen die linken Kadetten die „Russkije Wedomosti" so, als wollten sie sich rechtfertigen. Das „Bes Saglawija" verteidigt den Bauernbund, erhebt aber keine Anklage gegen die konterrevolutionäre Bourgeoisie. Ich weiß nicht, womit man diese nicht ganz anständige Methode der Polemik gegen die „Russkije Wedomosti" erklären soll – mit „Angst vor der hohen Obrigkeit" oder mit dem Umstand, daß Herr Blank in diesem Organ schreibt. Die linken Kadetten sind und bleiben eben doch Kadetten.

Die Einstellung des Herrn Blank zur Periode des „Wirbelsturms" ist höchst charakteristisch als Illustration des bürgerlichen Unverständnisses für proletarische Bewegungen, der bürgerlichen Angst vor dem scharfen und entschlossenen Kampf, des bürgerlichen Hasses auf alle Erscheinungen eines schroffen, die alten Einrichtungen zerbrechenden, im unmittelbaren Sinne des Wortes revolutionären Vorgehens bei der Lösung sozialhistorischer Fragen. Herr Blank hat sich selbst verraten, hat mit einem Schlag seine ganze bürgerliche Borniertheit verraten. Er hatte gehört und gelesen, daß die Sozialdemokraten in der Periode des Wirbelsturms „Fehler" gemacht hätten, und er beeilte sich, zu schlußfolgern und bombastisch, autorativ, ohne jede Begründung zu erklären, alle „Prinzipien" des Marxismus (von denen er keine blasse Ahnung hat!) seien vergessen worden. Hinsichtlich dieser „Fehler" möchten wir bemerken: Hat es in der Entwicklung der Arbeiterbewegung, in der Entwicklung der Sozialdemokratie je eine Periode gegeben, in der nicht diese oder jene Fehler gemacht worden wären, in der nicht rechte oder linke Abweichungen zu beobachten gewesen wären? Ist die Geschichte der parlamentarischen Periode des Kampfes der deutschen Sozialdemokratie – jener Periode, die allen bornierten Bourgeois auf der ganzen Welt als der Gipfelpunkt erscheint, höher geht es nicht mehr! – etwa nicht voll von solchen Fehlern? Wäre Herr Blank nicht ein völliger Ignorant in Fragen des Sozialismus, so könnte er sich unschwer an Mülberger wie an Dühring, an die Frage der Dampfersubvention*[68] wie an die „Jungen"[69], an die Bernsteiniade und an vieles, vieles andere erinnern. Aber für Herrn Blank ist es nicht wichtig, den wirklichen Entwicklungsgang der Sozialdemokratie zu studieren, was er braucht, ist lediglich die Verunglimpfung des proletarischen Kampfelans, damit er die bürgerliche Armseligkeit seiner Kadettenpartei in den Himmel heben kann.

In der Tat, wenn wir die Sache unter dem Gesichtspunkt der Abweichungen der Sozialdemokratie von ihrem gewöhnlichen, „normalen" Weg betrachten, dann werden wir sehen, daß die Periode des „revolutionären Wirbelsturms" auch in dieser Hinsicht eine im Vergleich zur vorhergegangenen Periode *größere* und nicht geringere Geschlossenheit und ideologische Einheitlichkeit der Sozialdemokratie aufweist. Die Taktik der Epoche des „Wirbelsturms" hat die beiden Flügel der Sozialdemokratie

* „Dampfersubvention" bei Lenin deutsch. *Die Red.*

nicht voneinander entfernt, sondern einander näher gebracht. Anstatt der einstigen Meinungsverschiedenheiten kam es zu einer einheitlichen Auffassung in der Frage des bewaffneten Aufstands. Sozialdemokraten beider Fraktionen arbeiteten in den Sowjets der Arbeiterdeputierten, diesen eigenartigen Organen einer embryonalen revolutionären Macht, zogen Soldaten und Bauern zu diesen Sowjets heran und gaben gemeinsam mit den kleinbürgerlichen revolutionären Parteien revolutionäre Manifeste heraus. Die einstigen Streitigkeiten der Epoche vor der Revolution wurden von der Solidarität in praktischen Fragen abgelöst. Das Ansteigen der revolutionären Welle rückte die Meinungsverschiedenheiten in den Hintergrund, erzwang die Anerkennung einer kämpferischen Taktik, schob die Frage der Duma beiseite, setzte die Frage des Aufstands auf die Tagesordnung und brachte die Sozialdemokratie und die revolutionäre bürgerliche Demokratie in der unmittelbaren nächstliegenden Arbeit näher zusammen. Im „Sewerny Golos"[70] riefen die Menschewiki gemeinsam mit den Bolschewiki zum Streik und zum Aufstand auf, riefen sie die Arbeiter auf, den Kampf nicht einzustellen, solange die Macht nicht in ihren Händen sein wird. Die revolutionäre Situation selbst diktierte die praktischen Losungen. Man stritt sich lediglich um Einzelheiten in der Einschätzung der Ereignisse: Das „Natschalo" [Der Anfang] betrachtete zum Beispiel die Sowjets der Arbeiterdeputierten als Organe der revolutionären Selbstverwaltungen, die „Nowaja Shisn" dagegen sah in ihnen embryonale Organe der revolutionären Macht, die das Proletariat und die revolutionäre Demokratie vereinten.

Das „Natschalo" neigte zur Diktatur des Proletariats. Die „Nowaja Shisn" setzte sich für die demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft ein. Aber zeigt uns denn nicht jede beliebige Periode in der Entwicklung jeder beliebigen europäischen sozialistischen Partei solche und ähnliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Sozialdemokratie?

Nein, die Verdrehung der Tatsachen durch Herrn Blank, seine himmelschreiende Verfälschung der Geschichte von gestern ist damit und nur damit zu erklären, daß wir es hier mit einem Muster selbstzufriedenen bürgerlichen Banausentums zu tun haben, dem die Perioden des revolutionären Wirbelsturms Wahnwitz zu sein scheinen („vergessen sind alle Prinzipien", „sogar Verstand und einfache Vernunft verschwinden fast"), während die Perioden der Niederschlagung der Revolution und des (von

den Dubassow beschützten) kleinbürgerlichen „Fortschritts" als eine Epoche vernünftiger, bewußter und planmäßiger Tätigkeit erscheinen. Diese vergleichende Einschätzung zweier Perioden (der Periode des „Wirbelsturms" und der kadettischen Periode) zieht sich wie ein roter Faden durch den ganzen Artikel des Herrn Blank. Eilt die Geschichte der Menschheit mit der Geschwindigkeit einer Lokomotive vorwärts, so ist das ein „Wirbelsturm", ein „Strom", ein „Sichverflüchtigen" aller „Prinzipien und Ideen". Bewegt sich die Geschichte jedoch mit der Langsamkeit eines Ochsenkarrens, so ist das die verkörperte Vernunft und Planmäßigkeit. Beginnen die Volksmassen selbst, mit ihrer ganzen urwüchsigen Primitivität, ihrer einfachen und ungeschlachten Entschlossenheit, Geschichte zu machen, die „Prinzipien und Theorien" direkt und sofort in die Tat umzusetzen, so bekommt es der Bourgeois mit der Angst zu tun und schreit: „die Vernunft tritt in den Hintergrund". (Ist es nicht umgekehrt, ihr Helden des Spießbürgertums? tritt in der Geschichte nicht gerade in solchen Augenblicken die Vernunft der Massen und nicht die Vernunft einzelner Persönlichkeiten auf den Plan, wird nicht gerade dann die Massenvernunft zu einer lebendigen, wirksamen, nicht aber weltfremden Kraft?) Wenn die unmittelbare Bewegung der Massen durch Erschießungen, Exekutionen, Mißhandlungen, Arbeitslosigkeit und Hunger niedergehalten wird, wenn die Wanzen der mit Dubassows Geldern ausgehaltenen professoralen Wissenschaft aus ihren Ritzen kriechen und beginnen, *an Stelle* des Volkes, *im Namen der Massen* zu handeln, deren Interessen sie an eine Handvoll Privilegierter verkaufen und verraten – dann glauben die Ritter des Spießbürgertums, es sei eine Epoche des beruhigten und des ruhigen Fortschritts angebrochen, es sei „die Reihe an Verstand und Vernunft gekommen". Der Bourgeois bleibt sich stets und überall treu: ob man die „Poljarnaja Swesda" oder „Nascha Shisn" zur Hand nimmt, ob man Struve oder Blank liest, es ist überall ein und dasselbe, überall diese bornierte, professoral-pedantische, bürokratisch-tote Einschätzung revolutionärer und reformistischer Perioden. Die ersten sind Perioden des Wahnwitzes, tolle Jahre*, in denen Verstand und Vernunft verschwinden. Die zweiten sind Perioden „bewußter, systematischer" Tätigkeit.

Man versuche meine Worte nicht zu verdrehen. Man sage nicht, ich brächte die Rede darauf, welcher Periode die Herren Blank den Vorzug

* „tolle Jahre" bei Lenin deutsch. *Die Red.*

geben. Es handelt sich gar nicht darum, was man bevorzugt – davon, was wir subjektiv bevorzugen, hängt der Wechsel historischer Perioden nicht ab. Es handelt sich darum, daß die Herren Blank *bei der Analyse der Merkmale* dieser oder jener Periode (völlig unabhängig davon, was wir bevorzugen oder womit wir sympathisieren) gewissenlos *die Wahrheit verfälschen.* Es handelt sich darum, daß im Vergleich zu den Perioden des kleinbürgerlichen, kadettischen, reformistischen Fortschritts gerade die revolutionären Perioden sich durch größere Breite, größeren Reichtum, größere Bewußtheit, größere Planmäßigkeit, größere Systematik, größere Kühnheit und Zielstrebigkeit des historischen Schöpfertums auszeichnen. Die Herren Blank aber stellen die Dinge auf den Kopf! Sie geben Armseligkeit für geschichtemachenden Reichtum aus. Sie betrachten die Untätigkeit der getretenen oder zertretenen Massen als einen Triumph der „Systematik" in der Tätigkeit der Beamten, der Bourgeois. Sie schreien über das Verschwinden von Verstand und Vernunft, wenn die Zeit des Flickwerks von Gesetzentwürfen, an denen alle möglichen bürokratischen Beamtenseelen und liberalen penny-a-liners (Zeilenschinder) herumschustern, durch eine Periode abgelöst wird, in der sich das „einfache Volk" unmittelbar politisch betätigt und ohne Umstände, direkt und sofort die Organe zur Unterdrückung des Volkes zerbricht, die Macht ergreift und sich das nimmt, was als Besitz all der Ausplünderer des Volkes galt, kurzum, wenn gerade Millionen getretener Menschen zu Verstand und Vernunft erwachen, nicht nur um Bücher zu lesen, sondern um Taten zu vollbringen, lebendige, menschenwürdige Taten, um Geschichte zu machen.

Man beachte, wie erhaben dieser kadettische Ritter urteilt: „Der Wirbelsturm hat getobt und ist *an der gleichen Stelle* zur Ruhe gekommen." Dabei haben es die liberalen Spießbürger *gerade diesem Wirbelsturm zu verdanken,* wenn sie noch am Leben sind, wenn sie von den Dubassow nicht aufgefressen wurden. „An der gleichen Stelle" – sagen Sie? Rußland stünde im Frühjahr 1906 an der gleichen Stelle wie im September 1905?

Während der ganzen „kadettischen" Periode suchen die Dubassow und Durnowo doch Rußland „bewußt, planmäßig und systematisch" zurückzuzerren, und *sie werden Rußland* zum September 1905 *zurückzuzerren suchen, aber ihre Kräfte reichen nicht aus,* weil der Proletarier, der Eisenbahner, der Bauer, der meuternde Soldat ganz Rußland während des

Wirbelsturms mit der Geschwindigkeit einer Lokomotive vorangetrieben hat.

Wenn dieser vernunftwidrige Wirbelsturm wirklich zur Ruhe gekommen ist, dann wäre die kadettische Duma dazu verurteilt, sich mit Fragen des Verzinnens von Waschschüsseln zu beschäftigen.

Aber Herr Blank ahnt ja gar nicht, daß die Frage, ob der Wirbelsturm zur Ruhe gekommen ist, eine selbständige und rein wissenschaftliche Frage ist, durch deren Beantwortung die Entscheidung über eine ganze Reihe taktischer Fragen vorweggenommen wird, und ohne deren Beantwortung es umgekehrt unmöglich ist, sich in den Fragen der gegenwärtigen Taktik einigermaßen sinnvoll zurechtzufinden. Herr Blank kam nicht auf Grund dieser oder jener Analyse von Daten und Erwägungen zu der Schlußfolgerung, daß heute die Voraussetzungen für die Bewegung in Form eines Wirbelsturms nicht gegeben sind (eine solche Schlußfolgerung, wäre sie begründet, hätte wirklich grundlegende Bedeutung für die Festlegung der Taktik, denn es ist, wie gesagt, unstatthaft, diese Festlegung einfach darauf zu gründen, daß man diesen oder jenen Weg „bevorzugt") – nein, er gibt direkt und einfach seiner tiefen (und zutiefst kurzsichtigen) Überzeugung Ausdruck, daß es gar nicht anders sein kann. Herr Blank betrachtet den „Wirbelsturm" eigentlich ganz genauso, wie ihn die Herren Witte und Durnowo betrachten oder die Bülow und andere deutsche Beamte, die das Jahr 1848 schon vor langem als das „tolle Jahr" bezeichnet haben. Mit den Worten, der Wirbelsturm sei zur Ruhe gekommen, bringt Herr Blank keine wissenschaftliche Überzeugung zum Ausdruck, sondern die beschränkte Denkart eines Philisters, für den jeder einzelne Wirbelsturm und der Wirbelsturm überhaupt bedeutet, daß „Verstand und Vernunft verschwinden".

„Die Sozialdemokratie ist zu ihrem Ausgangspunkt zurückgekehrt", versichert uns Herr Blank. Die neue Taktik der Menschewiki lenke die russische sozialdemokratische Bewegung auf jenen Weg, den die ganze internationale Sozialdemokratie gehe.

Man sieht: Den parlamentarischen Weg erklärt Herr Blank aus irgendeinem Grunde zum „Ausgangspunkt" (obwohl er für Rußland nicht der Ausgangspunkt der Sozialdemokratie sein konnte). Den parlamentarischen Weg hält Herr Blank sozusagen für den normalen, hauptsächlichen und sogar erschöpfenden, einzigen und ausschließlichen Weg der internatio-

nalen Sozialdemokratie. Herr Blank ahnt nicht einmal, daß er in dieser Beziehung restlos die bürgerliche Entstellung des Sozialdemokratismus nachplappert, die in der deutschen liberalen Presse vorherrscht und die seinerzeit durch die Bernsteiniade übernommen worden war. Eine der Methoden des Kampfes scheint dem liberalen Bourgeois die einzige Methode zu sein. Hier zeigt sich ganz klar die Brentanosche Auffassung von der Arbeiterbewegung und vom Klassenkampf. Daß die europäische Sozialdemokratie den parlamentarischen Weg erst dann betrat und betreten konnte, als die objektiven Bedingungen die Frage der Vollendung der bürgerlichen Revolution von der Tagesordnung der Geschichte abgesetzt hatten, als das parlamentarische System wirklich zur Hauptform der Herrschaft der Bourgeoisie und zur Hauptarena des sozialen Kampfes geworden war, davon hat Herr Blank keine Ahnung. Er macht sich nicht einmal Gedanken darüber, ob es in Rußland ein Parlament und ein parlamentarisches System gibt, sondern entscheidet autoritativ: die Sozialdemokratie ist zu ihrem Ausgangspunkt *zurückgekehrt*. Der bürgerliche Verstand vermag sich *ausschließlich* nicht zu Ende geführte demokratische Revolutionen vorzustellen (denn es liegt *im Interesse* der Bourgeoisie, daß Revolutionen nicht zu Ende geführt werden). Der bürgerliche Verstand scheut jede nichtparlamentarische Methode des Kampfes, jede offene Aktion der Massen, jede Revolution in der unmittelbaren Bedeutung des Wortes. Der Bourgeois beeilt sich instinktiv, jeden verfälschten Parlamentarismus als echt zu erklären, zu proklamieren und zu akzeptieren, um dem „schwindelerregenden Wirbelsturm" ein Ende zu machen (der nicht nur für den Kopf vieler schwachköpfiger Bourgeois gefährlich ist, sondern auch für ihren Beutel). Deshalb sind ja die Herren Kadetten außerstande, die wissenschaftliche und wirklich wichtige Frage, ob man anerkennen kann, daß in Rußland die parlamentarische Methode des Kampfes von wesentlicher Bedeutung ist und daß sich die Bewegung in Form des „Wirbelsturms" erschöpft hat, auch nur zu begreifen. Und die materielle, klassenmäßige Grundlage dieses Nichtbegreifens ist völlig klar: Mag die kadettische Duma durch einen friedlichen Streik oder andere Aktionen unterstützt werden, bloß soll man nicht an einen ernsthaften, entschiedenen, vernichtenden Kampf denken, an einen Aufstand gegen die Selbstherrschaft und die Monarchie.

„Heute ist die Reihe von neuem an Verstand und Vernunft gekommen",

sagt Herr Blank überschwenglich von der Periode der Dubassowschen Siege. Wissen Sie was, Herr Blank? Es gab in Rußland gewiß keine Epoche, von der man mit solchem Recht hätte sagen können: „die Reihe ist an Verstand und Vernunft gekommen", wie von der Epoche Alexanders III.! Das ist wirklich so. Gerade in dieser Epoche hörte die alte russische Volkstümlerrichtung auf, bloß träumerisch in die Zukunft zu blicken, und stellte Untersuchungen über die ökonomische Wirklichkeit Rußlands an, die das gesellschaftliche Denken Rußlands bereicherten. Gerade in dieser Epoche arbeitete das revolutionäre Denken in Rußland am allerintensivsten und schuf die Grundlagen der sozialdemokratischen Weltanschauung. Jawohl, wir Revolutionäre sind weit davon entfernt, die revolutionäre Rolle reaktionärer Perioden zu bestreiten. Wir wissen, daß sich die Form der gesellschaftlichen Bewegung ändert, daß die Perioden unmittelbaren politischen Schöpfertums der Volksmassen in der Geschichte abgelöst werden von Perioden, in denen äußerlich Ruhe herrscht, in denen die durch Zuchthausarbeit und Elend geduckten und niedergehaltenen Massen schweigen oder schlafen (anscheinend schlafen), in denen sich die Produktionsweise besonders schnell revolutioniert, in denen das Denken der fortgeschrittenen Vertreter des menschlichen Geistes das Fazit aus der Vergangenheit zieht und neue Systeme aufbaut, neue Forschungsmethoden entwickelt. Auch in Europa zeichnete sich ja die Periode nach der Niederschlagung der Revolution von 1848 durch einen unerhörten ökonomischen Fortschritt und durch eine Denkarbeit aus, die immerhin das „Kapital" von Marx hervorgebracht hat. Kurzum, „die Reihe" kommt manchmal in historischen Perioden der Menschheit genauso „an Verstand und Vernunft", wie die wissenschaftlichen Arbeiten und Studien eines Politikers durch seinen Aufenthalt im Gefängnis gefördert werden.

Aber das ist eben das Unglück unseres bürgerlichen Philisters, daß er diesen, wenn man so sagen darf, Gefängnis- oder Dubassowcharakter seiner Bemerkung nicht erkennt. Er übersieht die Grundfrage: Ist die russische Revolution endgültig niedergeschlagen, oder geht sie einem neuen Aufschwung entgegen? hat sich die Form der gesellschaftlichen Bewegung aus einer revolutionären in eine dem Dubassowregime angepaßte verwandelt? sind die Kräfte für einen „Wirbelsturm" erschöpft oder nicht? Die bürgerliche Vernunft stellt diese Fragen nicht, denn für sie ist die Revolution überhaupt ein vernunftwidriger Wirbelsturm,

während die Reform bedeutet, daß die Reihe an Verstand und Vernunft kommt.

Man achte auf Herrn Blanks höchst aufschlußreiche Betrachtung über die Organisation. „Die erste Aufgabe" von Verstand und Vernunft, belehrt er uns, „muß sein, Vorbeugungsmaßnahmen gegen eine Wiederholung dessen zu treffen, was in der ersten Periode der russischen Revolution, in ihrer Sturm-und-Drang-Zeit, geschehen ist, d. h. gegen die zerstörenden Wirkungen der revolutionären Ströme und Stürme. Das einzige wirksame Mittel hierfür kann nur die Verbreitung und Festigung der Organisation sein."

Man sieht: Der Kadett denkt sich die Sache so, daß die Periode des Orkans die Organisationen und die Organisiertheit zerstört hat (siehe das „Nowoje Wremja", pardon, die „Poljarnaja Swesda" mit Struves Artikeln gegen Anarchie, Elementargewalt, Machtlosigkeit in der Revolution usw. usf.), während die von Dubassow behütete Periode von Verstand und Vernunft eine Periode der Schaffung von Organisationen ist. Die Revolution ist schlecht, sie zerstört, sie ist ein Orkan, ein schwindelerregender Wirbelsturm. Die Reaktion ist gut, sie baut auf, sie ist ein günstiger Wind und eine Zeit bewußter, planmäßiger, systematischer Tätigkeit.

Und wieder verleumdet der Philosoph der Kadettenpartei die Revolution und verrät seine grenzenlose Verliebtheit in die bürgerlich beschränkten Formen und Bedingungen der Bewegung. Der Orkan habe die Organisationen zerstört! Welch himmelschreiende Unwahrheit! Man nenne eine Periode in der russischen oder in der Weltgeschichte, man weise sechs Monate oder sechs Jahre nach, in denen für freie, eigenwüchsige Organisationen der Volksmassen soviel getan worden wäre wie in den sechs Wochen des russischen revolutionären Wirbelsturms, als nach den Worten der Verleumder der Revolution alle Prinzipien und Ideen vergessen wurden, als Vernunft und Verstand verschwanden. Was war der gesamtrussische Generalstreik? Ist das Ihrer Ansicht nach keine Organisation? Sie ist in den Polizeiregistern nicht eingetragen, sie ist keine ständige Organisation, Sie wollen sie nicht mitrechnen. Nehmen Sie die politischen Organisationen. Wissen Sie, daß das Arbeitervolk, die graue Masse, noch nie politischen Organisationen so bereitwillig beigetreten ist, noch nie die Mitgliederzahl politischer Vereine so gigantisch erhöht hat, noch nie solche eigenständigen halbpolitischen Organisationen

wie die Sowjets der Arbeiterdeputierten geschaffen hat? Aber Sie haben Angst vor den politischen Organisationen des Proletariats. Als echtem Brentanomann scheint es Ihnen, daß gewerkschaftliche Organisationen für die Bourgeoisie ungefährlicher (und darum solider, seriöser) sind. Nehmen wir die Gewerkschaftsorganisationen, und wir sehen, daß entgegen dem ganzen philisterhaften Gerede, man hätte sie im revolutionären Augenblick ignoriert, in Rußland noch nie eine solche Unzahl von gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen geschaffen worden ist wie in diesen Tagen. Die Spalten der sozialistischen und gerade der sozialistischen Zeitungen, sowohl der „Nowaja Shisn" als auch des „Natschalo", strotzten von Meldungen über neue und immer neue Gewerkschaftsorganisationen. Solche rückständigen Schichten des Proletariats wie die Hausangestellten, die man in der Periode des „planmäßigen und systematischen" kleinbürgerlichen Fortschritts jahrzehntelang kaum in Bewegung bringen kann, zeigten größte Neigung und Bereitschaft, sich zu organisieren. Man nehme den Bauernbund. Jetzt trifft man alle naselang einen Kadetten, der sich mit großspuriger Geringschätzung über diesen Verband äußert: Was wollt ihr, das ist doch eine halb fiktive Organisation! Jetzt ist keine Spur mehr davon übriggeblieben! Nun, meine Herren, ich möchte einmal sehen, ob von Ihren Kadettenorganisationen wohl viel übriggeblieben wäre, wenn sie gegen die Strafexpeditionen, gegen die zahllosen Lushenowski, Rieman, Filonow, Awramow und Shdanow, die auf dem Lande wüteten, hätten kämpfen müssen? Der Bauernbund ist in der Periode des revolutionären Wirbelsturms mit märchenhafter Schnelligkeit gewachsen. Das war wirklich eine Volksorganisation, eine Massenorganisation, der natürlich eine Reihe bäuerlicher Vorurteile anhaftete, die den kleinbürgerlichen Illusionen der Bauern erlag (wie ihnen auch unsere Sozialrevolutionäre erliegen), die aber unbedingt eine „bodenständige", reale Massenorganisation darstellte, die in ihrer Grundtendenz unbedingt revolutionär und fähig war, wirklich revolutionäre Kampfmethoden anzuwenden, die den Rahmen des politischen Schöpfertums der Bauernschaft nicht einengte, sondern erweiterte, die auf die Bühne des Geschehens die Bauern selbst mit all ihrem Haß gegen die Beamten und Gutsbesitzer stellte, und nicht Halbintellektuelle, deren Bemühen so häufig darauf gerichtet ist, alle möglichen Projekte für Vergleiche zwischen der revolutionären Bauernschaft und den liberalen

Gutsbesitzern auszuhecken. In der landläufigen Geringschätzung des Bauernbundes zeigt sich ja am meisten die philisterhaft bürgerliche Borniertheit des Kadetten, der an die revolutionäre Aktivität des Volkes nicht glaubt und eine solche Aktivität fürchtet. Der Bauernbund war in den Tagen der Freiheit eine der mächtigsten Realitäten, und man kann mit Gewißheit voraussagen, daß, wenn die Lushenowski und Rieman nicht noch Zehntausende der fortgeschrittenen Bauernjugend erschlagen werden, wenn noch einmal ein einigermaßen freier Wind wehen wird – daß dieser Verband dann nicht bloß täglich, stündlich gar wachsen und zu einer Organisation werden wird, im Vergleich zu der die heutigen Komitees der Kadetten als ein Staubkörnchen erscheinen werden.*

Fassen wir zusammen: Das organisatorische Schöpfertum des Volkes, besonders des Proletariats und sodann auch der Bauernschaft, äußert sich in Perioden revolutionärer Wirbelstürme millionenmal stärker, reicher und fruchtbringender als in Perioden des sogenannten ruhigen (sich mit der Langsamkeit eines Ochsenkarrens bewegenden) geschichtlichen Fortschritts. Die gegenteilige Meinung der Herren Blank ist eine bürgerlich-bürokratische Geschichtsklitterung. Dem braven Bürger und dem biederen Beamten scheinen nur solche Organisationen „richtige" Organisationen

* Natürlich gibt es im Bauernbund, da er keine Klassenorganisation ist, auch Elemente des Zerfalls. Je näher der Sieg des Bauernaufstands rückt und je vollständiger dieser Sieg sein wird, desto näher rückt auch der Zerfall dieses Verbandes. Aber bis zum Sieg des Bauernaufstands und für diesen Sieg ist der Bauernbund eine machtvolle und lebensnotwendige Organisation. Mit dem vollen Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution wird seine Rolle erschöpft sein, während die Rolle der proletarischen Organisationen gerade dann besonders wichtig und besonders lebensnotwendig im Kampf für den Sozialismus sein wird; die Rolle der kadettischen Organisationen aber besteht darin, dem vollen Sieg der bürgerlichen Revolution Hindernisse in den Weg zu legen und in den Vorbereitungsperioden dieser Revolution, in den Perioden des Niedergangs, der Stagnation, der Dubassow-Herrschaft zu glänzen. Anders ausgedrückt: Die Bauernschaft wird mit dem Sieg in der bürgerlich-demokratischen Revolution endgültig ihr revolutionäres Wesen als Bauernschaft erschöpfen. Das Proletariat wird mit dem Sieg in der bürgerlich-demokratischen Revolution sein wahres, sozialistisches revolutionäres Wesen erst richtig entfalten. Das kadettische Kleinbürgertum aber erschöpft sein oppositionelles Wesen in dem Maße, wie sich morgen schon die konstitutionellen Illusionen erschöpfen werden.

zu sein, die fein säuberlich in den Polizeiregistern eingetragen und sorgfältig mit allen „provisorischen Bestimmungen" in Einklang gebracht worden sind. Ohne provisorische Bestimmungen sind für ihn Planmäßigkeit und Systematik undenkbar. Man darf sich daher keiner Täuschung hingeben über die wahre Bedeutung der klangvollen Worte des Kadetten, wenn er von romantischer Verachtung der Legalität und aristokratischer Geringschätzung der Ökonomik spricht. Die wirkliche Bedeutung dieser Worte ist einzig die bürgerlich-opportunistische Angst vor der revolutionären Aktivität des Volkes.

Zum Schluß wollen wir den letzten Punkt in der kadettischen „Theorie" des Herrn Blank betrachten: das Verhältnis von proletarischer und bürgerlicher Demokratie. Die Auslassungen des Herrn Blank über dieses Thema verdienen die stärkste Beachtung der Sozialdemokratie, denn sie sind ein Musterbeispiel dafür, wie Marx unter Berufung auf Marx entstellt wird. Ganz genauso, wie die Brentano, Sombart, Bernstein und Co. die Marxsche Terminologie benutzten, sich auf einzelne Marxsche Feststellungen beriefen und sich als Marxisten gebärdeten, um an Stelle des Marxismus den Brentanoismus zu unterschieben, ganz genauso befassen sich unsere Kadetten mit der „Feinarbeit", Marx in der Frage des Verhältnisses von proletarischer und bürgerlicher Demokratie zu verfälschen.

Ohne koordinierte Tätigkeit der proletarischen und der bürgerlichen Demokratie ist ein Erfolg in der bürgerlich-demokratischen Revolution unmöglich. Eine heilige Wahrheit. Eine unbedingte Wahrheit. Sie glauben, meine Herren Blank, Isgojew und Co., die sozialdemokratischen Revolutionäre hätten das besonders in den Tagen des „Wirbelsturms" vergessen? Sie irren sich, oder Sie vertauschen bewußt den Begriff der *revolutionären bürgerlichen* Demokratie mit dem Begriff der bürgerlichen Demokratie schlechthin, einschließlich der monarchistisch-liberalen, einschließlich auch der opportunistischen, ja sogar hauptsächlich der monarchistisch-liberalen. Nehmen Sie die „Nowaja Shisn" zur Hand, und Sie werden sehen, daß dort von einem gemeinsamen Vorgehen, von einem Kampfabkommen der proletarischen Demokratie mit der revolutionären bürgerlichen Demokratie *fast in jeder Nummer* die Rede ist. Von der Bedeutung des Bauernbundes und der Bauernbewegung wird dort in den stärksten Ausdrücken gesprochen. Entgegen den kadettischen Märchen von der Unduldsamkeit und dem engen Doktrinarismus der Marxisten

wird dort die Bedeutung der *parteilosen* Verbände und Organisationen vollauf anerkannt*, aber eben nur der parteilosen *revolutionären* Organisationen. Der Kern der Frage, der von unseren Brentanoleuten in der Politik kunstvoll vertuscht wird, besteht darin: *Welche* Elemente der bürgerlichen Demokratie sind fähig, die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende zu führen, wenn diese Revolution sich sozusagen auf halbem Wege befindet. Etwa jene Elemente, die ein monarchistisch-liberales Programm annehmen, bis über die Ohren in konstitutionellen Illusionen stecken und die revolutionären Perioden, die revolutionären Methoden des historischen Schöpfertums mit dem Geifer ihrer philisterhaften Entrüstung, Verurteilung und Mißbilligung bespritzen? Oder jene, die ein Programm des vollen Sieges des Bauernaufstands (anstatt eines Paktes der Bauern mit den Gutsbesitzern), des vollen Sieges der Demokratie (anstatt eines Paktes eines demokratischen Unterhauses mit einem Oberhaus und der Monarchie) annehmen? Haben Sie irgendwann einmal über diese Frage nachgedacht, meine Herren Blank und Isgojew? Mit wem sollen wir gegenwärtig „vereint schlagen", mit den bürgerlich-demokratischen *Vereinbarern* oder mit den bürgerlich-demokratischen *Revolutionären*?

Haben Sie nichts davon gehört, meine verehrten Herren, die Sie so gern Marx zitieren und verfälschen, wie schonungslos Marx die bürgerlich-demokratischen Vereinbarer in Deutschland im Jahre 1848 gegeißelt hat?[71] Und dabei saßen diese Vereinbarer nicht in einer armseligen Reichsduma, sondern in der Nationalversammlung – sie waren (in Worten) weitaus „entschiedenere" Demokraten als unsere Kadetten.

Und doch gaben Marx und Engels etwa fünfzehn Jahre später, in der Epoche des preußischen „Verfassungskonflikts", der Arbeiterpartei den Rat, die bürgerlichen Demokraten, die Fortschrittsmänner, zu unterstützen, die keineswegs besser waren als die Frankfurter Demokraten.[72] Ist das Ihrer Ansicht nach ein Widerspruch und eine Inkonsequenz von Marx und Engels? Ist das Ihrer Ansicht nach ein Beweis dafür, daß bei ihnen während des „revolutionären Wirbelsturms" ebenfalls „Verstand und Vernunft" fast verschwunden waren (diese Ansicht vertreten die meisten Bernsteinianer und Kadetten)? In Wirklichkeit gibt es hier keinerlei Widerspruch: In der Periode des revolutionären Kampfes geißelte Marx

* Siehe meinen Artikel in der „Nowaja Shisn": „Sozialistische Partei und parteiloser Revolutionismus". (Siehe den vorliegenden Band, S. 61–69. *Die Red.*)

am stärksten die konstitutionellen Illusionen und die konstitutionellen Vereinbarer. Als dann alle Kräfte des revolutionären „Wirbelsturms" erschöpft waren, als kein Zweifel mehr daran bestehen konnte, daß die deutschen Kadetten die Revolution endgültig verraten hatten, als die Aufstände eindeutig und entscheidend niedergeschlagen waren und der wirtschaftliche Aufschwung ihre Wiederholung hoffnungslos machte – dann und *erst dann* (Marx und Engels zeichneten sich dadurch aus, daß sie nicht gleich nach der ersten Niederlage kleinmütig wurden und den Glauben an den Aufstand verloren!), erst dann erkannten sie die parlamentarische Form als die Hauptform des Kampfes an. Im Parlament, wenn man schon einmal hineingegangen ist, kann man nicht nur, sondern muß man unter bestimmten Bedingungen den Überläufer Isgojew gegen Schipow und Schipow gegen Durnowo unterstützen. Im Kampf *für* einen wirklichen Parlamentarismus gibt es zuweilen nichts Gefährlicheres als die kadettischen „Vereinbarer".

Wenn Sie sich auf Marx berufen wollen, meine Herren, dann beweisen Sie zuerst gefälligst, daß unsere Duma schon ein Organ der Herrschaft der Bourgeoisie in einem freien Rußland und nicht ein Feigenblatt der Selbstherrschaft ist. Sie werden sagen, das zweite könne durch eine Reihe kleiner Änderungen in das erste hinüberwachsen, und die kadettischen Wahlen seien ein solches „Hinüberwachsen", und zwar nicht einmal ein kleines, sondern ein großes.

Schön. Damit schieben Sie jedoch die Frage nur hinaus, lösen sie aber nicht. Nun, und jetzt, ist die gegenwärtige Duma schon so sehr über ihren Rahmen hinausgewachsen, daß sie ein Machtorgan sein könnte? Diejenigen unter Ihnen, die so denken und das Volk zwingen wollen, so zu denken, verbreiten geradewegs die schädlichsten konstitutionellen Illusionen, sie sind direkt Konterrevolutionäre. Diejenigen aber, die es für wahrscheinlich halten, daß „Durnowo bleibt, um die Duma auseinanderzujagen"*, oder die begreifen, daß ohne außer„parlamentarischen", revolutionären Druck noch gar nichts gesichert ist**, offenbaren damit die Brüchigkeit ihrer Position. Durch ihre Eingeständnisse zeigen sie klar,

---

* „Rus" und „Molwa".

** P. Miljukow, „Elemente des Konflikts" in der „Retsch" Nr. 30 (24. März) – ein hochinteressantes „Credo" (Glaubensbekenntnis. *Die Red.*) eines Vereinbarers.

daß die Politik der Kadetten eine *Politik des Augenblicks* ist und keine Politik der ernsthaften Verteidigung der *dauernden* und grundlegenden Interessen der Revolution. Diese Eingeständnisse zeigen, daß während der Entladung der jetzt heranreifenden *neuen revolutionären Krise* eine ganze Masse revolutionärer bürgerlich-demokratischer Elemente, die die Verhöhnung der Duma durch die Herren Durnowo auf die Barrikaden treiben wird, von den Kadetten abfallen werden. Der ganze Unterschied besteht also nur darin, daß Sie durch die Aufgabenstellung, die kadettische Duma zu unterstützen, diesen unvermeidlichen neuen Kampf *beschränken*, einzwängen, *einengen* wollen, während wir alle Gedanken, alle Anstrengungen, unsere ganze Agitations-, Propaganda- und Organisationsarbeit darauf richten wollen, das Ausmaß dieses Kampfes über den Rahmen der kadettischen Programme hinaus zu erweitern, zu erweitern bis zum völligen Sturz der Selbstherrschaft, bis zum vollen Sieg des Bauernaufstands, bis zur Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung auf revolutionärem Wege.

Ihnen scheint es, daß es bei uns in Rußland keine revolutionäre bürgerliche Demokratie gibt, daß die Kadetten die einzige oder zumindest die hauptsächliche Kraft der bürgerlichen Demokratie in Rußland sind. Aber das scheint Ihnen nur so, weil Sie kurzsichtig sind, weil Sie sich mit einer oberflächlichen Beobachtung der politischen Erscheinungen begnügen, weil Sie das „Wesen der Konstitution" nicht sehen und nicht begreifen. Als Politiker des heutigen Tages sind Sie höchst typische Opportunisten, denn hinter den Augenblicksinteressen der Demokratie sehen Sie nicht deren tiefere und grundlegende Interessen, über den Augenblicksaufgaben vergessen Sie die ernsteren Aufgaben des morgigen Tages, hinter dem Aushängeschild sehen Sie nicht den Inhalt. Es gibt in Rußland eine revolutionäre bürgerliche Demokratie, es kann gar nicht anders sein, solange es eine revolutionäre Bauernschaft gibt, die durch Milliarden Fäden auch mit der städtischen Armut verknüpft ist. Diese Demokratie bleibt *ausschließlich* dank der Arbeit der Rieman und Lushenowski im Verborgenen. Und der morgige Tag wird unvermeidlich die kadettischen Illusionen entlarven. Entweder bleibt das Regime der Repressalien unverändert bestehen, die Rieman und Lushenowski werden „die Sache machen", die kadettische Duma wird schwatzen – dann wird die Armseligkeit dieser Duma und die Armseligkeit der in ihr dominierenden Partei auf einen Schlag großen

Massen der Bevölkerung klarwerden. Es wird zu einem heftigen Ausbruch kommen, an dem natürlich nicht die Kadetten als Partei, sondern eben die Bevölkerungselemente, die die revolutionäre Demokratie bilden, teilnehmen werden. Oder das Regime der Repressalien wird schwächer, die Regierung macht gewisse Zugeständnisse, die kadettische Duma beginnt selbstverständlich gleich bei den ersten Zugeständnissen weich zu werden und sich nicht nur mit Schipow, sondern vielleicht mit etwas noch Schlimmerem abzufinden. Die konterrevolutionäre Natur der Kadetten (die in den Tagen des „Wirbelsturms" besonders klar hervorgetreten ist und sich ständig in ihrer Literatur äußert) wird sich mit aller Macht offenbaren. Aber gleich der *erste* freie Windhauch, die erste Abschwächung der Repressalien wird von neuem *unvermeidlich* Hunderte und Tausende von Organisationen, Vereinen, Gruppen, Zirkeln und Unternehmungen revolutionär-demokratischen Charakters ins Leben rufen. Und diese Erscheinung wird ebenso unvermeidlich wieder zu einem „Wirbelsturm" führen, zu einer Wiederholung des Kampfes vom Oktober und Dezember, nur in einem unermeßlich größeren Maßstab. Die Kadetten, die sich heute spreizen, werden dann wieder von der Bildfläche verschwinden. Warum? Weil Würmer gedeihen, wo es Leichen gibt, nicht aber, wo lebendige Menschen sind.

Anders ausgedrückt, die Kadetten können zwar dem Volk endgültig, wie Durnowo sagen würde, „den Mund wäßrig machen" auf die „Volksfreiheit", aber sie können auf keinen Fall und unter keinen Umständen einen wirklichen Kampf führen für die wirkliche Volksfreiheit ohne Anführungszeichen, ohne Vereinbarung der Freiheit mit der Selbstherrschaft. Dieser Kampf steht unweigerlich noch bevor, aber ausfechten werden ihn andere Parteien, andere soziale Elemente, und nicht die Kadetten. Das macht verständlich, warum die revolutionäre Sozialdemokratie die Kadetten um ihre Erfolge nicht im geringsten beneidet und ihre ganze Aufmerksamkeit nach wie vor auf diesen bevorstehenden wirklichen und nicht vorgetäuschten Kampf richtet.

Herr Blank zitiert die Worte von Marx über die hohe Bedeutung der bürgerlichen Demokratie. Um die wirkliche Meinung von Marx zum Ausdruck zu bringen, müßte man hinzufügen: und die *höchst verräterische Bedeutung*. Marx hat darüber an verschiedenen Stellen verschiedener seiner Werke tausendfach gesprochen. Genosse Plechanow, der in der

jetzigen Politik zum Brentanoismus neigt, hat diese Hinweise von Marx vergessen. Genosse Plechanow kommt gar nicht darauf, *was* die liberale Demokratie verraten kann. Die Antwort ist sehr einfach, Genosse Plechanow: Die Partei der „Volksfreiheit" hat die Volksfreiheit verraten und wird sie verraten.

Herr Blank belehrt uns, man dürfe die bürgerliche Demokratie nicht in das Lager „der Reaktion, der Konterrevolution" treiben. Wir fragen diesen weisen Kadetten: Meinen Sie das Reich der Ideen, Theorien, Programme und taktischen Linien? oder das Reich der materiellen Klasseninteressen? Nehmen wir das eine wie das andere. Durch wen und wann wurde Ihr Freund, Herr Struve, ins Lager der Konterrevolution getrieben? Herr Struve war bereits 1894, als er in seinen „Kritischen Bemerkungen" Brentanosche Vorbehalte zum Marxismus machte, ein Konterrevolutionär. Und trotz der Bemühungen einiger von uns, ihn vom Brentanoismus zum Marxismus zu „treiben", ging Herr Struve endgültig zum Brentanoismus über. Die *konterrevolutionären* Töne verschwanden *niemals* aus den Spalten des „Oswoboshdenije", des *illegalen* „Oswoboshdenije". Was ist das, ein Zufall? Ist es ein Zufall, daß ausgerechnet die Epoche des „Wirbelsturms", die Epoche der revolutionären Aktivität des Volkes Herrn Struve dazu anregte, die „Poljarnaja Swesda", ein Musterorgan reaktionären Knurrens, herauszugeben?

Was treibt überhaupt den Kleinproduzenten in der Warenwirtschaft auf die Seite der Reaktion und der Konterrevolution? Seine Lage zwischen Bourgeoisie und Proletariat in der kapitalistischen Gesellschaft. In allen Ländern und bei allen politischen Konstellationen schwankt der Kleinbürger unvermeidlich und unweigerlich zwischen Revolution und Konterrevolution. Er will sich vom Joch des Kapitals befreien und seine Lage als Kleineigentümer festigen. Eine solche Aufgabe ist dem Wesen der Sache nach unlösbar, und die Schwankungen des Kleinbürgers sind, weil sie sich aus der ganzen Struktur der modernen Gesellschaft ergeben, unvermeidlich und unabwendbar. Deshalb können sich auch nur Ideologen des Kleinbürgertums einbilden, daß solche Äußerungen der revolutionären Aktivität der Arbeiter oder der sich gegen den gutsherrlichen Grundbesitz erhebenden Bauern *denkbar* wären, die einen bestimmten Teil der bürgerlichen Demokratie *nicht* ins Lager der Reaktion *treiben* würden. Nur Ritter des Spießertums können das bedauern.

Bilden sich die Herren Blank und Isgojew (oder Genosse Plechanow) wirklich ein, es wäre zum Beispiel ein *voller* Sieg des Bauernaufstands, die völlige, entschädigungslose „*Wegnahme des Grund und Bodens*" der Gutsbesitzer (Plechanows Losung) möglich, ohne daß drei Fünftel der kadettischen „bürgerlichen Demokratie" ins Lager der Konterrevolution getrieben würden? Sollen wir deshalb vielleicht mit den Kadetten über ein „vernünftiges" Bauernprogramm zu schachern beginnen – was glauben Sie, Genosse Plechanow? Wie ist Ihre Meinung, meine Herren Blank und Isgojew?

Und jetzt das Finale der politischen Auslassungen unseres Kadetten: *Wenn die bürgerliche Demokratie im gegenwärtigen Zeitpunkt gegen einen bewaffneten Aufstand ist, dann kann und darf von ihm keine Rede sein.*

In diesen Worten ist das ganze Wesen und der ganze Sinn der kadettischen Politik ausgedrückt: das Proletariat den Kadetten unterordnen, es in der Grundfrage seines politischen Verhaltens und seines politischen Kampfes ins Schlepptau nehmen. Davor darf man die Augen nicht verschließen. Herr Blank versucht recht geschickt, dem Leser die Augen zu verblenden: Er spricht nicht von den Kadetten, sondern von der bürgerlichen Demokratie überhaupt. Er spricht vom „gegenwärtigen Zeitpunkt" und nicht vom Aufstand überhaupt. Doch nur ein Kind könnte sich darüber täuschen, daß das eben eine Augenverblendung ist und daß der wahre Sinn der Blankschen Schlußfolgerung eben der von uns dargelegte ist: Wir haben bereits an einer Reihe von Beispielen gezeigt, daß Herr Blank (wie alle anderen Kadetten auch) die bürgerliche Demokratie, die links von der kadettischen steht, systematisch ignoriert, daß er entsprechend seiner ganzen Position eines Verfechters konstitutioneller Illusionen die Kadetten mit der bürgerlichen Demokratie identifiziert und die revolutionäre bürgerliche Demokratie ignoriert. Wir haben nur noch zu zeigen, daß die Kadetten überhaupt gegen den bewaffneten Aufstand sind und nicht nur gegen eine verfehlte Wahl des „Zeitpunkts" (beides wird erstaunlich häufig miteinander verwechselt, und für die Kadetten ist es besonders vorteilhaft, durch eine solche Verwechslung ihre Ablehnung des Aufstands hinter Erörterungen über den Zeitpunkt des Aufstands zu verbergen). Nichts ist leichter, als das zu zeigen: Es genügt, auf das *illegale* „Oswoboshdenije" zu verweisen, wo Herr Struve im Frühjahr

und Sommer 1905, nach dem 9. Januar und vor dem 9. Oktober, gegen den bewaffneten Aufstand vom Leder zog und zu beweisen suchte, daß seine Propagierung *„wahnwitzig und verbrecherisch"* wäre. Die Ereignisse haben diesen Konterrevolutionär zur Genüge widerlegt. Die Ereignisse haben gezeigt, daß nur die von den Marxisten vorausgesehene und von ihnen als Losung aufgestellte *Verbindung des Generalstreiks mit dem bewaffneten Aufstand* Rußland die Anerkennung der Freiheit und Ansätze zum Konstitutionalismus erkämpfte. Nur ganz vereinzelte Sozialdemokraten, die in Rußland keine Anhänger haben (wie Plechanow), sagten kleinmütig vom Dezemberaufstand: „Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen." Demgegenüber ist sich die gewaltige Mehrheit der Sozialdemokraten darin einig, daß der Aufstand notwendig war, um den Raub der Freiheiten abzuwehren, daß er die ganze Bewegung auf eine höhere Stufe gehoben und die Möglichkeit eines Kampfes gegen reguläre Truppen bewiesen hat. Letzteres ist auch von einem so unparteiischen, besonnenen und vorsichtigen Zeugen wie Kautsky anerkannt worden.

Und jetzt sehe man sich an, worauf die Moral der Herren Blank hinausläuft: Das Proletariat darf nicht an den Aufstand denken, wenn der Aufstand bei der Kadettenpartei (die niemals revolutionär war) keinen Anklang findet (obzwar sie im gegebenen wie auch *in jedem anderen* Zeitpunkt gegen den Aufstand ist). Nein, Herr Blank! Das Proletariat wird sowohl in der Frage des Aufstands überhaupt als auch in der Frage des Zeitpunkts für den Aufstand im besonderen unbedingt mit der bürgerlichen Demokratie rechnen – aber nur eben *nicht* mit der kadettischen, *sondern* mit der revolutionären bürgerlichen Demokratie; nicht mit den liberal-monarchistischen, sondern mit den revolutionär-republikanischen Strömungen und Parteien; nicht mit den Schwätzern, die sich mit einem Puppenparlament zufriedengeben, sondern mit der (gleichfalls zur bürgerlichen Demokratie gehörenden) Masse der Bauern, die ihre Stellung zum Aufstand anders bestimmt als die Kadetten.

„Die Kadetten sind gegen einen Aufstand." Aber sie waren ja niemals dafür und können niemals dafür sein. Sie fürchten sich davor. Sie bilden sich naiverweise ein, daß von ihrem Wunsch – dem Wunsch mittlerer Elemente, die abseits vom schärfsten und unmittelbaren Kampfe stehen – die Entscheidung über die Frage des Aufstands *abhängt*. Welch ein Irrtum! Die Selbstherrschaft rüstet zum Bürgerkrieg und bereitet ihn gerade

jetzt besonders systematisch vor. Im Zusammenhang mit der Duma reift eine neue, weitaus breitere und tiefere politische Krise heran. Sowohl die Masse der Bauern als auch das Proletariat bergen in ihrem Schoß noch eine Menge kämpferischer Elemente, die unbeirrt die Volksfreiheit fordern, nicht aber Pakte, welche die Volksfreiheit beschneiden. Wird es unter solchen Umständen etwa vom Willen dieser oder jener Partei abhängen, ob es zum Aufstand kommt oder nicht?

Ganz wie der westeuropäische Spießbürger am Vorabend der sozialistischen Revolution von einer Abstumpfung der Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat träumt, an das Proletariat appelliert, die Vertreter der Bourgeoisie nicht ins Lager der Reaktion zu treiben, sich für den sozialen Frieden ausspricht und mit dem Gefühl tiefster moralischer Entrüstung die unwisssenschaftliche, engstirnige, verschwörerische, anarchistische usw. Idee der Katastrophe ablehnt – ganz so träumt der russische Spießbürger auf halbem Wege unserer bürgerlich-demokratischen Revolution von einer Abstumpfung des Gegensatzes zwischen Selbstherrschaft und Volksfreiheit, appelliert er an die Revolutionäre, d. h. an alle entschiedenen und konsequenten Anhänger der Volksfreiheit, die liberale Bourgeoisie nicht ins Lager der Reaktion zu treiben, spricht er sich für den konstitutionellen Weg aus und lehnt mit dem Gefühl echter, durch philosophischen Idealismus untermauerter Entrüstung die unwissenschaftliche, engstirnige, verschwörerische, anarchistische usw. Idee des Aufstands ab. Dem westeuropäischen Spießbürger sagt der klassenbewußte Arbeiter: Die Katastrophe wird nicht von den mittleren Elementen abhängen, sondern von der Zuspitzung der Extreme. Dem russischen Spießbürger (und der Kadett ist der ideale Spießbürger in der Politik) sagt der klassenbewußte Arbeiter: Der Aufstand hängt nicht vom Willen der Liberalen ab, sondern vom Vorgehen der Selbstherrschaft und vom Anwachsen der Bewußtheit und Empörung in der revolutionären Bauernschaft und im Proletariat. Die westeuropäischen Spießbürger sagen zum Proletariat: Stoße den Kleinbauern und überhaupt das aufgeklärte, sozialliberale, reformerische Kleinbürgertum nicht von dir ab, isoliere dich nicht, isolieren will dich nur die Reaktion. Der Proletarier erwidert: Von den Vereinbarern zwischen Bourgeoisie und Proletariat muß ich mich im Interesse der ganzen werktätigen Menschheit isolieren, denn diese Vereinbarer raten mir, die Waffen aus der Hand zu legen, denn durch ihre Predigt

der Vereinbarung, der Abstumpfung usw. üben sie einen höchst schädlichen, einen sofort und praktisch schädlichen Einfluß auf das Bewußtsein der unterdrückten Klasse aus. Aber von der ganzen großen Masse der Kleinbürger, der werktätigen Masse, die fähig ist, sich auf den Standpunkt des Proletariats zu stellen, nicht von einer Vereinbarung zu träumen, sich nicht für eine Festigung des Kleinbetriebs in der kapitalistischen Gesellschaft zu begeistern und nicht den Kampf gegen das kapitalistische System als solches abzulehnen, von dieser Masse werde ich mich nicht isolieren.

In einer anderen Situation, in einer anderen historischen Periode, am Vorabend (ja nicht einmal vor, sondern während) der bürgerlich-demokratischen und nicht der sozialistischen Revolution geht etwas Analoges auch in Rußland vor sich. Der Spießbürger sagt zum Proletarier: Die Reaktion will dich isolieren, du mußt die Reaktion isolieren, also stoße den Kadetten, den aufgeklärten, politisch-liberalen, Reformen wünschenden Kadetten nicht von dir ab. Der Proletarier erwidert: Von den Vereinbarern zwischen Selbstherrschaft und Volksvertretung muß ich mich im Interesse des wirklichen Kampfes für die wirkliche Freiheit isolieren, denn diese Vereinbarer raten uns, die Waffen aus der Hand zu legen, sie trüben durch ihre Predigt des „politischen Friedens" und durch die Verbreitung konstitutioneller Illusionen das staatsbürgerliche Bewußtsein des Volkes. Aber alle diese Vereinbarer, alle diese Kadetten sind durchaus nicht das Volk, durchaus nicht die Masse, durchaus keine Kraft, wie es Leuten erscheint, die Augenblicksstimmungen und Augenblickseindrücken unterliegen und die heute über die Gefahr einer Isolierung des Proletariats schreien. Die wirkliche Masse – das ist die revolutionäre Bauernschaft, das sind die ärmsten Schichten der städtischen Bevölkerung. Und von dieser Masse isoliere ich mich nicht, ich rufe sie auf, sich von den konstitutionellen Illusionen frei zu machen, ich rufe sie zum wirklichen Kampf, rufe sie zum Aufstand. Mit der Stimmung und dem Verlauf der Bewußtseinsentwicklung *dieser* Masse (und durchaus nicht der kadettischen Vereinbarer) werde ich bei der Festlegung des Zeitpunkts für den Aufstand auf das allerernsteste rechnen, aber um eines Augenblickserfolges willen, um des Flitterglanzes des kadettischen Parlamentarismus willen (oder des Dubassowschen Parlamentarismus willen, wäre wohl richtiger zu sagen) werde ich keine Sekunde den sehr schnell heranreifenden, wahrscheinlich

in naher Zukunft bevorstehenden revolutionären Kampf gegen die Selbstherrschaft vergessen.

Es ist noch nicht lange her, da glänzte in Europa der Sozialliberale, der kleinbürgerliche Vereinbarer, er machte viel Aufhebens von sich und suchte dem Proletarier seine Bündnissse und Abkommen aufzuzwingen. Der Intellektuellenflügel der sozialdemokratischen Parteien fiel auf ihn herein, ließ sich zu einer Politik des Augenblicks verleiten, rief die berüchtigte Bernsteiniade ins Leben usw. Es vergingen ein, zwei Jahre, der Nebel des „sozialen Friedens" verzog sich endgültig, und es zeigte sich völlig klar, daß die Haltung des konsequent auf dem proletarischen Standpunkt stehenden revolutionären Flügels der Sozialdemokratie richtig war.

Bei uns in Rußland sind die kadettischen Siege und die künftige kadettische Duma jetzt allen zu Kopf gestiegen. Es besteht die Gefahr, daß sich der Intellektuellenflügel unserer Partei von diesem Glanz blenden läßt, daß er sich begeistern wird für Wahlblocks mit den Kadetten, für die Idee, sie zu unterstützen, für die Politik eines „taktvollen Verhaltens" gegenüber den Kadetten, daß er nicht willens sein wird, die kleinbürgerliche Klassennatur dieser Partei, die Schädlichkeit ihrer konstitutionellen Illusionen, die akute Gefahr ihrer „Vereinbarungs"taktik klar und deutlich vom proletarischen Standpunkt aus zu bestimmen. Nicht Jahre werden vergehen, sondern vielleicht nur Monate, und der Nebel wird sich verziehen, die Wirklichkeit wird die Ansichten der revolutionären Sozialdemokratie bestätigen, und die Spalten der kadettischen Zeitungen und Zeitschriften werden nicht mehr von Lobpreisungen an die Adresse gewisser Sozialdemokraten strotzen, Lobpreisungen, die für das Proletariat beleidigend sind und von einer gewissen Krankheit in der Sozialdemokratie zeugen.

VI
SCHLUSS

Als wir über die Ansichten des Herrn Blank sprachen, dieses höchst typischen Verfechters der kadettischen Politik, haben wir die Ansichten der Genossen Menschewiki fast gar nicht berührt. Aber die Schlußfolgerungen über ihre Haltung ergeben sich aus dem Gesagten von selbst. Das

ihnen von den Kadetten so freigebig gespendete Lob deutet schon auf einen bestimmten Fehler hin, den sie machen. Die kadettische Presse umfaßt gegenwärtig beinahe neun Zehntel der gesamten politischen Presse Rußlands, und wenn diese ganze bürgerliche Presse beginnt, heute Plechanow, morgen Potressow („Nascha Shisn"), übermorgen die Resolution aller Menschewiki systematisch und unablässig zu loben, so ist das ein sicheres, obzwar selbstverständlich indirektes Anzeichen dafür, daß die Genossen Menschewiki einen Fehler machen oder im Begriff stehen, es zu tun. Es kann nicht sein, daß die öffentliche Meinung der gesamten bürgerlichen Presse und der Klasseninstinkt der Bourgeoisie, die ein sehr feines Gefühl dafür hat, woher der Wind weht, schroff auseinandergehen sollten.

Aber, wie gesagt, das ist lediglich ein indirektes Anzeichen. Die oben gemachten Darlegungen führen auch zu einer direkten Formulierung der Fehler, die sich in den Entwürfen der menschewistischen Resolutionen bemerkbar machen. Es ist hier nicht der Ort, diese Resolutionen ausführlich zu analysieren – wir können hier im Zusammenhang mit „den Siegen der Kadetten und den Aufgaben der Arbeiterpartei" nur kurz das Wichtigste erwähnen.

Der Fehler der Menschewiki besteht darin, daß sie eine im jetzigen Zeitpunkt so wesentliche politische Aufgabe des klassenbewußten sozialdemokratischen Proletariats wie den Kampf gegen die konstitutionellen Illusionen überhaupt nicht formulieren und sie sogar allem Anschein nach völlig vergessen. Das sozialistische Proletariat, das den Klassenstandpunkt streng wahrt, das die materialistische Geschichtsauffassung bei der Einschätzung der Gegenwart unbeirrt anwendet, das allen kleinbürgerlichen Sophismen und Betrügereien feindlich gegenübersteht, kann in einer Zeit, wie Rußland sie jetzt durchlebt, diese Aufgabe nicht ignorieren. Ignoriert es sie, dann hört es auf, ein Vorkämpfer für die volle Freiheit des Volkes zu sein, ein Kämpfer zu sein, der sich über die bürgerlich-demokratische Beschränktheit erhebt. Ignoriert es sie, so wird es hilflos einhertrotten hinter den Ereignissen, die jetzt gerade diese konstitutionellen Illusionen zu einem ebensolchen Werkzeug für die bürgerliche Demoralisierung des Proletariats machen, wie die Theorie des „sozialen Friedens" vor kurzem in Europa das Hauptwerkzeug für die bürgerliche Ablenkung der Arbeiter vom Sozialismus war.

Die konstitutionellen Illusionen – das ist eine ganze Periode der russi-

schen Revolution, die nach der Niederschlagung des *ersten* bewaffneten Aufstands (ihm wird noch ein zweiter folgen) und nach den Wahlsiegen der Kadetten naturgemäß eingetreten ist. Die konstitutionellen Illusionen sind ein politisch-opportunistisches und bürgerliches Gift, das jetzt von Millionen Exemplaren der kadettischen Presse, die sich das erzwungene Schweigen der sozialistischen Zeitungen zunutze macht, in die Gehirne des Volkes eingeträufelt wird. Vor uns liegt die Zeitung „Towarischtsch" [Der Gefährte], ein Organ der Kadetten, die ins „Volk" und speziell in die Arbeiterklasse gehen. In der ersten Nummer wird den Kadetten ein begeistertes Loblied gesungen: „In ihrem Programm verspricht (. . . hm! hm! ver-spricht!) sie (die Partei der Kadetten) . . . die Verteidigung der Interessen der Bauern (à la Kaufman?) und der Arbeiter (nun, natürlich!) sowie der politischen Rechte unterschiedslos aller russischen Staatsbürger. Erhält sie in der Reichsduma die Stimmenmehrheit, so wird die gegenwärtige Regierung, die dem Volk soviel Böses zugefügt hat, abtreten müssen, und den Staat werden neue Leute regieren (die Murawjow anstatt der Witte?), die *auf die Stimme des Volkes hören werden.*" Ja, ja . . . Auf die Stimme des Volkes hören! . . . Schön schreiben die Kadetten.

Wir sind überzeugt, es wird sich kein einziger Sozialist finden, der über diese schamlose bürgerliche Lüge nicht empört ist und der die Notwendigkeit des energischsten Kampfes gegen diese bürgerliche Demoralisierung der Arbeiterklasse nicht restlos und vorbehaltlos anerkennt, eine um so gefährlichere Demoralisierung, als die Kadetten über eine Unzahl von Zeitungen verfügen, während wir trotz endlos wiederholter Versuche, eine äußerst gemäßigte, äußerst zurückhaltende und äußerst bescheidene sozialistische Zeitung herauszubringen, keine einzige haben.

Und weiter. Man kann nicht bestreiten, daß diese bürgerliche Lüge, diese Trübung des revolutionären Bewußtseins des Volkes durchaus nicht den Charakter zufälliger Ausfälle, sondern den eines regelrechten Feldzuges trägt. Mehr noch. Die kadettische Duma (wenn die Duma kadettisch sein wird) ist sozusagen die lebendige Verkörperung der konstitutionellen Illusionen, ihr Brutherd, der Brennpunkt aller jener Seiten des politischen Lebens, die am meisten ins Auge springen (und die dem oberflächlichen, dem idealistischen Blick des Kleinbürgers das Wesen oder zumindest die hauptsächliche Erscheinung des heutigen politischen Lebens zu sein scheinen). Wir haben es hier nicht nur mit einem systematischen Feldzug der

gesamten bürgerlichen Presse, aller bürgerlichen Ideologen zu tun, die das Proletariat ins Schlepptau nehmen möchten – wir haben es mit einer Vertretungskörperschaft ganz Rußlands zu tun, die vom hellen Glorienschein des ersten, mit Verlaub zu sagen, „Parlaments" umstrahlt ist und die Verwandlung der Arbeiterklasse in ein Anhängsel der Kadettenpartei festigen soll. Man erinnere sich der weiter oben angeführten Meinung „höchster Kreise": Es wäre gut, wenn die Kadetten in der Duma das Vertrauen der Öffentlichkeit zur Duma wecken und alle Hoffnungen der Öffentlichkeit auf die Duma konzentrieren würden. Die Duma soll ein Zugpflaster gegen die Revolution sein – darin stimmen im Grunde genommen unsere Kadetten mit den Durnowo und Dubassow überein. Das ist eine Tatsache. Die „Poljarnaja Swesda" hat das besonders anschaulich gezeigt. Lieber planmäßige und systematische Reformen als ein revolutionärer Wirbelsturm, in dem Verstand und Vernunft verschwinden – sagen die Blank. Lieber in der Duma mit den Kadetten schachern als mit unzuverlässigen Truppen gegen die Arbeiter und Bauern kämpfen – sagen die Durnowo und Dubassow. Les beaux esprits se rencontrent. Verwandte Seelen finden sich.

Von uns behaupten alle, daß wir die Liberalen verleumden. Man nannte uns Verleumder, als wir seinerzeit in der „Sarja" und in der alten „Iskra" die ersten Nummern des „Oswoboshdenije" „aufs Korn nahmen".[73] Die Verleumdungen erwiesen sich als marxistische Analyse der bürgerlichen Ideologie, eine Analyse, die von der Wirklichkeit voll und ganz bestätigt worden ist. Wir werden uns deshalb nicht wundern und nicht bekümmert sein, wenn man uns jetzt beschuldigen wird, daß wir die Partei der „Volksfreiheit" verleumden.

Jede politische Epoche stellt die Sozialdemokratie als Vertreterin der einzigen bis zu Ende revolutionären Klasse vor eine besondere, spezifische Aufgabe, die nun auf der Tagesordnung steht und von den opportunistischen Schichten der bürgerlichen Demokratie stets verdunkelt, so oder anders in den Hintergrund gerückt wird. Gegenwärtig ist eine solche spezifische politische Aufgabe der Stunde, die nur von der revolutionären Sozialdemokratie erfüllt werden kann und die zu erfüllen diese verpflichtet ist, wenn sie nicht an den dauernden, grundlegenden, wesentlichen Interessen das Proletariats Verrat üben will – ist eine solche Aufgabe der Kampf gegen die konstitutionellen Illusionen. Kleinbürgerliche Opportu-

nisten geben sich immer mit dem Augenblick zufrieden, mit dem Glanz der letzten Neuheit, mit dem Augenblicks„fortschritt" – wir müssen weiter und tiefer blicken, müssen in diesem Fortschritt sofort und unverzüglich diejenigen Seiten aufdecken, welche die Grundlage und das Unterpfand des *Rückschritts* bilden, welche die Einseitigkeit, die Beschränktheit, die Unsicherheit des Erreichten zum Ausdruck bringen und den *weiteren Kampf in anderen Formen, unter anderen Bedingungen* notwendig machen.

Je größer der Wahlsieg der Kadetten und der Opposition überhaupt, je wahrscheinlicher und näher eine kadettische Duma ist, um so gefährlicher werden die konstitutionellen Illusionen, um so schärfer spürt man den Widerspruch zwischen der vollständigen Beibehaltung und sogar Verstärkung der reaktionären Politik der Selbstherrschaft, die nach wie vor im Vollbesitz der Macht ist, und der „Volks"vertretung. Dieser Widerspruch erzeugt ungeheuer rasch eine neue revolutionäre Krise, die unvergleichlich breiter und tiefer, bewußter und schärfer sein wird als alle vorhergegangenen. Wir erleben im Jahre 1906 wahrhaftig eine *Reproduktion* der Revolution, wie sich ein Sozialdemokrat treffend ausgedrückt hat. Die Geschichte des Jahres 1905 wiederholt sich gleichsam, sie beginnt wieder von vorn mit der unumschränkten Selbstherrschaft, setzt sich fort mit einer gesellschaftlichen Erregung und einer oppositionellen Bewegung von nie dagewesener Stärke, die das ganze Land erfaßt, und endet ... wer weiß, womit? ... vielleicht mit einer „Reproduktion" der Sommerabordnung (1905) der Liberalen zum Zaren in Form einer Adresse oder einer Resolution der kadettischen Duma, vielleicht mit einer „Reproduktion" des Herbstaufschwungs von 1905. Es wäre lächerlich, die genauen Formen und Daten der künftigen Schritte der Revolution voraussagen zu wollen. Wichtig ist, das unvergleichlich größere Ausmaß der Bewegung, die größere politische Erfahrung des ganzen Volkes im Auge zu behalten. Wichtig ist, nicht zu vergessen, daß eben eine *revolutionäre*, keineswegs eine parlamentarische Krise hereinbrechen wird. Der „parlamentarische" Kampf in der Duma ist ein kurzes Stück Weges; er ist wirklich nur ein kleiner Durchgangsbahnhof, genannt „Kadettische Plattform", auf der Strecke von der Konstitution zur Revolution. Kraft der grundlegenden Besonderheiten der jetzigen sozialen und politischen Lage *kann* der Kampf in der Duma *nicht* die Geschicke der Volksfreiheit entscheiden, kann er nicht die *Haupt*form des Kampfes sein, denn dieses „Parlament"

wird ganz offenkundig von *beiden* kämpfenden Parteien nicht anerkannt, weder von den Durnowo, Dubassow und Co. noch vom Proletariat und von der Bauernschaft.

Die Sozialdemokratie muß daher unter Berücksichtigung aller konkreten Besonderheiten des gegenwärtigen historischen Zeitabschnitts entschieden anerkennen und die Arbeiter und denkenden Bauern systematisch zu der Einsicht bringen, daß die Hauptform der gesellschaftlichen Bewegung im heutigen Rußland nach wie vor die unmittelbar-revolutionäre Bewegung der breiten Volksmassen bleibt, die die alten Gesetze zerbrechen, die Organe zur Unterdrückung des Volkes vernichten, die politische Macht erobern und ein neues Recht schaffen. Die von den Dubassow und Durnowo einberufene und von diesen selben ehrenwerten Männern beschützte Duma wird eine gewaltige Rolle in der Bewegung spielen, aber sie wird keinesfalls die Hauptform der Bewegung ändern. Die gegenteilige Meinung, wie sie heute schon von den Kadetten vorgebracht und verbreitet wird, ist ein Betrug am Volk, ist eine kleinbürgerliche Utopie von Philistern.

In Verbindung damit steht nun die Frage der bürgerlichen Demokratie und ihrer Unterstützung durch das Proletariat. Auch auf diesem Gebiet sind die Resolutionen der Menschewiki teils unzulänglich, teils falsch. Die Kadetten bemühen sich aus Leibeskräften, ihre Partei mit der bürgerlichen Demokratie schlechthin zu identifizieren, ihre Partei als die Hauptvertreterin der bürgerlichen Demokratie hinzustellen. Das ist eine ganz große Lüge. Und jede Unklarheit der Sozialdemokraten bei der Bestimmung des Begriffs „bürgerliche Demokratie" kommt dieser Lüge zugute. Die konkrete politische Aufgabe, die bürgerliche Demokratie zu unterstützen, müssen wir unter genauester Berücksichtigung der konkreten Richtungen, Strömungen und Parteien innerhalb der bürgerlichen Demokratie lösen. Und die grundlegende Aufgabe des gegenwärtigen Zeitpunkts besteht diesbezüglich gerade darin, die revolutionäre bürgerliche Demokratie, das heißt eine solche, die, wenn sie auch politisch nicht ganz bewußt und mit einer Reihe von Vorurteilen usw. behaftet sein sollte, doch zum entschiedenen und unwiderruflichen Kampf gegen alle Überreste des leibeigenschaftlichen Rußlands fähig ist – eine solche bürgerliche Demokratie zu trennen von der liberal-monarchistischen, opportunistischen bürgerlichen Demokratie, die zu allen möglichen Pakten mit der Reaktion fähig ist und

in jedem kritischen Zeitpunkt ihre konterrevolutionären Bestrebungen hervorkehrt. Daß es in Rußland außerordentlich breite Schichten der revolutionären Demokratie gibt, unterliegt keinem Zweifel: Der Umstand, daß sie unorganisiert sind, keiner Partei angehören und durch die jetzigen Repressalien niedergehalten werden, kann nur ganz unaufmerksame und oberflächliche Beobachter irreführen. Mit dieser und nur mit dieser Demokratie müssen wir jetzt, um die demokratische Revolution zu Ende zu führen, „getrennt marschieren und vereint schlagen" und zugleich die Unzuverlässigkeit der zur Zeit „dominierenden" Kadettenpartei aufs schonungsloseste entlarven.

Und die Partei des sozialistischen Proletariats, die sich das Ziel setzt, die demokratische Revolution zu Ende zu führen, muß es verstehen, nicht nur alle konstitutionellen Illusionen stets zu entlarven, nicht nur aus der gesamten bürgerlichen Demokratie die zum Kampf fähigen Elemente auszusondern, sondern auch die Bedingungen dieses entscheidenden Sieges der Revolution genau und eindeutig festzulegen, sie der Masse klar vor Augen zu führen, in ihrer ganzen Propaganda und Agitation der Masse zu zeigen und aufzudecken, worin eben dieser entscheidende Sieg der Revolution bestehen muß. Wenn wir das nicht tun (und die Genossen Menschewiki haben es in ihren Resolutionen nicht getan), so werden unsere Worte „die Revolution zu Ende führen" leere und bloße Worte bleiben.

Herr Blank erwähnt in seinem Artikel die französische „Sozialdemokratie" der Jahre 1848 und 1849. Der ehrenwerte Kadett begreift nicht, daß er sich selbst karikiert. Denn gerade die Kadetten wiederholen doch jetzt die Fehler der französischen „Sozialdemokraten", die eigentlich gar keine Sozialdemokraten, d. h. Marxisten, waren. Sie waren keine Klassenpartei der Arbeiter, sondern eine ausgesprochen kleinbürgerliche Partei; sie waren bis ins Mark durchdrungen von konstitutionellen Illusionen und vom Glauben an „parlamentarische" Kampfmethoden unter allen und jeden, selbst revolutionären Verhältnissen. Gerade darum erlitten sie auch, ungeachtet einer Reihe verblüffender, rein „kadettischer" parlamentarischer Erfolge jenes schmähliche Fiasko, das von Marx so verspottet wurde.[74]

Und sollte unsere Partei unbedachterweise allerhand Wahlblocks, Abkommen, Vereinbarungen mit den Kadetten schließen, sollte sie die Aufgabe des Kampfes gegen die konstitutionellen Illusionen vernachlässigen,

sollte sie auf der Suche nach einer Annäherung an die bürgerliche Demokratie den opportunistischen Flügel dieser Demokratie, d. h. die Kadetten, mit der bürgerlichen Demokratie überhaupt identifizieren, sollte sie die Notwendigkeit ernster Vorbereitung auf außerparlamentarische Kampfmethoden in einer Epoche wie der gegenwärtigen vergessen – so würde auch unserer Partei die ernste Gefahr drohen, das traurige Schicksal der französischen kleinbürgerlichen Quasi-Sozialdemokratie der Jahre 1848 und 1849 teilen zu müssen.

Wir haben keinen Grund, die Kadetten um ihre Erfolge zu beneiden. Die kleinbürgerlichen Illusionen und der Glaube an die Duma sind im Volk noch ziemlich stark. Sie müssen überwunden werden. Je vollständiger der Triumph der Kadetten in der Duma sein wird, desto rascher werden diese Illusionen überwunden werden. Wir begrüßen die Erfolge der Girondisten der großen russischen Revolution! Hinter ihnen werden die breiteren Volksmassen aufstehen, werden die energischeren und revolutionäreren Schichten in Bewegung geraten – sie werden sich um das Proletariat scharen, sie werden unsere große bürgerliche Revolution zum vollen Siege führen, sie werden die Epoche der sozialistischen Umwälzung im Westen eröffnen.

28. März 1906

VEREINIGUNGSPARTEITAG DER SDAPR[75]

10. (23.) April–25. April (8. Mai) 1906

Veröffentlicht 1907 in dem Buch „Protokolle des 1906 in Stockholm abgehaltenen Vereinigungsparteitags der SDAPR", Moskau.

Nach dem Text der „Protokolle".

1

SCHLUSSWORT ZUR AGRARFRAGE[76]

Ich stelle zwei Hauptthesen auf: 1. eine Munizipalisierung werden die Bauern nie und nimmer wollen; 2. eine Munizipalisierung ohne demokratische Republik, ohne völlig gesicherte Herrschaft des Volkes, ohne Wählbarkeit der Beamten ist schädlich. Diese Thesen entwickelnd, möchte ich zunächst auf die ernsteren Einwände gegen die Nationalisierung eingehen. Zweifellos ist der ernsteste dieser Einwände der von Genossen Plechanow gemachte Einwand. Gen. Plechanow sagte wörtlich, ich habe seine Worte aufgeschrieben: „Wir können keinesfalls für eine Nationalisierung eintreten." Das ist ein Irrtum. Ich wage zu behaupten, daß Gen. Plechanow, wenn bei uns die Bauernrevolution in der Tat verwirklicht wird und die sie begleitende politische Umwälzung bis zur Schaffung einer wirklich demokratischen Republik geht, es für möglich halten wird, für die Nationalisierung einzutreten, und wenn bei uns in Rußland in der bevorstehenden Umwälzung die demokratische Republik tatsächlich verwirklicht würde, dann würde die ganze, nicht nur die russische, sondern auch die internationale Situation der Bewegung zur Nationalisierung drängen. Sollte jedoch diese Bedingung nicht verwirklicht werden, so wird sich auch die Munizipalisierung als eine Fiktion erweisen; sie wird dann allenfalls nur als eine neue Art der Ablösung verwirklicht werden können. Bei Gen. John[77] steht der Terminus: Enteignung, nicht Konfiskation, und wie seiner Rede zu entnehmen war, hat er diesen Terminus nicht zufällig gewählt; indessen ist dieser Terminus ein rein kadettischer, er kann alles mögliche bedeuten, und die von den Kadetten vorgesehene Ablösung läßt sich durchaus damit vereinbaren. Gehen wir weiter. Wo ist die Garantie gegen eine Restauration, fragte Gen. Plechanow. Ich glaube zwar nicht,

daß diese Frage mit dem von uns behandelten Programm in einem engen und unlösbaren Zusammenhang steht, aber da sie nun einmal aufgeworfen worden ist, muß man eine ganz bestimmte und unzweideutige Antwort darauf geben. Spricht man von einer echten, absolut wirksamen ökonomischen Garantie gegen eine Restauration, d. h. von einer Garantie, durch die ökonomische Bedingungen geschaffen würden, welche eine Restauration ausschließen, so muß man sagen: Die einzige Garantie gegen eine Restauration ist die sozialistische Umwälzung im Westen; eine andere Garantie, im wahren und vollen Sinn dieses Wortes, kann es nicht geben. Ohne diese Bedingung ist bei jeder anderen Lösung der Frage (Munizipalisierung, Aufteilung usw.) eine Restauration nicht nur möglich, sondern geradezu unvermeidlich. Ich möchte diesen Satz so formulieren: Die russische Revolution kann mit ihren eigenen Kräften siegen, aber sie kann ihre Errungenschaften auf keinen Fall mit ihren eigenen Händen behaupten und festigen. Sie kann das nicht erreichen, wenn es im Westen nicht zur sozialistischen Umwälzung kommt; ohne diese Bedingung ist eine Restauration sowohl bei der Munizipalisierung als auch bei der Nationalisierung und bei der Aufteilung unvermeidlich, denn der Kleinbesitzer wird bei all und jeder Besitz- und Eigentumsform eine Stütze der Restauration sein. Nach dem vollen Sieg der demokratischen Revolution wird sich der Kleinbesitzer unweigerlich gegen das Proletariat wenden, und zwar um so eher, je rascher alle gemeinsamen Feinde des Proletariats und des Kleinbesitzers wie Kapitalisten, Gutsbesitzer, Finanzbourgeoisie usw. gestürzt sein werden. Unsere demokratische Republik hat keinerlei Reserve außer dem sozialistischen Proletariat im Westen, und in dieser Beziehung darf man nicht aus dem Auge lassen, daß die klassische bürgerliche Revolution in Europa, nämlich die große französische Revolution des 18. Jahrhunderts, in einer internationalen Situation vor sich ging, die grundverschieden war von der Situation, in welcher die russische Revolution vor sich geht. Das Frankreich zu Ende des 18. Jahrhunderts war von feudalen und halbfeudalen Staaten umgeben. Das Rußland des 20. Jahrhunderts, das die bürgerliche Revolution vollzieht, ist von Ländern umgeben, in denen das sozialistische Proletariat wohlgerüstet vor der letzten Schlacht gegen die Bourgeoisie steht. Wenn schon so relativ geringfügige Erscheinungen wie das Versprechen der Freiheit in Rußland durch den Zaren am 17. Oktober der proletarischen Bewegung in Westeuropa einen

starken Anstoß gaben, wenn ein Telegramm aus Petersburg über das berühmte Verfassungsmanifest genügte, um die österreichischen Arbeiter zu veranlassen, unverzüglich auf die Straße zu gehen, und um eine Reihe von Demonstrationen und militärischen Zusammenstößen in den größten Industriestädten Österreichs auszulösen, dann kann man sich vorstellen, wie sich das internationale sozialistische Proletariat verhalten wird, wenn es aus Rußland die Nachricht erhält, daß die Freiheit nicht versprochen, sondern tatsächlich verwirklicht worden ist und daß die revolutionäre Bauernschaft einen vollen Sieg erfochten hat. Stellt man hingegen die Frage der Garantie gegen eine Restauration auf anderer Ebene, d. h., spricht man von einer relativen und bedingten Garantie gegen eine Restauration, so muß man folgendes sagen: Eine bedingte und relative Garantie gegen eine Restauration besteht einzig darin, daß die Revolution so entschlossen wie möglich verwirklicht wird, daß sie unmittelbar von der revolutionären Klasse unter möglichst geringer Beteiligung von Mittelsmännern, Vereinbarern und allerlei Versöhnern durchgeführt wird und daß diese Revolution wirklich zu Ende geführt wird, und mein Entwurf bietet ein Maximum solcher Garantien gegen eine Restauration.

Als unmittelbarer Hebel der revolutionären Bauernbewegung, als ihre wünschenswerteste Form, sind in meinem Entwurf die Bauernkomitees genannt. Bauernkomitees bedeuten, gemeinverständlich ausgedrückt, den Appell an die Bauern, mit den Beamten und den Gutsbesitzern selber unverzüglich und unmittelbar auf das entschiedenste abzurechnen. Bauernkomitees bedeuten den Appell an das durch die Überreste der Leibeigenschaft und das Polizeiregime unterdrückte Volk, mit diesen Überresten – wie Marx sagte – „auf plebejische Manier"[78] aufzuräumen. Diese Voraussetzung einer zu Ende geführten Revolution, welche die Wahl der Beamten durch das Volk verwirklicht, erinnerte Gen. Plechanow an den ihm, wie natürlich uns allen, so unsympathischen Anarchismus, aber es ist höchst sonderbar, daß die Wahl der Beamten durch das Volk an Anarchismus erinnern kann; es ist höchst sonderbar, daß in einem Zeitpunkt wie dem gegenwärtigen die Wahl der Beamten durch das Volk bei irgendeinem Sozialdemokraten – allenfalls Bernstein ausgenommen – ein Lächeln hervorrufen kann oder konnte. Gerade jetzt durchleben wir ja eine Zeit, in der diese Losung – die Wahl der Beamten durch das Volk –

eine ganz unmittelbare, eine ganz gewaltige praktische Bedeutung gewinnt. Unsere gesamte Tätigkeit, unsere Propaganda und Agitation unter den Bauernmassen muß in hohem Maße darin bestehen, gerade diese Losung zu propagieren, zu verbreiten und zu erläutern. Die Bauernrevolution zu predigen, von einer Agrarrevolution in einem auch nur halbwegs ernsten Sinne dieses Wortes zu sprechen, und nicht zugleich damit von der Notwendigkeit eines echten Demokratismus, d. h. unter anderem auch von der Wahl der Beamten durch das Volk, zu sprechen – das ist ein schreiender Widerspruch. Der Vorwurf des Anarchismus aus diesem Anlaß erinnert mich lediglich an die deutschen Bernsteinianer, die unlängst in einer Polemik gegen Kautsky diesem Anarchismus vorgeworfen haben.

Wir müssen dem Bauern klipp und klar sagen: Willst du die Agrarrevolution zu Ende führen, so mußt du auch die politische Revolution zu Ende führen; wird die politische Revolution nicht zu Ende geführt, so wird es überhaupt keine oder doch keine einigermaßen dauerhafte Agrarrevolution geben. Ohne eine vollständige demokratische Umwälzung, ohne Wahl der Beamten durch das Volk wird es bei uns entweder Agrarrevolten oder kadettische Agrarreformen geben. Es wird bei uns nicht das geben, was das von Plechanow gebrauchte große Wort Bauernrevolution rechtfertigen würde. Gehen wir weiter. Die Munizipalisierung bietet dem Klassenkampf eine weite Arena, sagte Plechanow; ich habe mich bemüht, diese seine Behauptung möglichst wörtlich wiederzugeben, und ich muß entschieden erklären, daß diese Behauptung geradezu *falsch* ist; sie ist sowohl im politischen als auch im ökonomischen Sinn falsch. Unter sonst gleichbleibenden Umständen sind Munizipalität und munizipaler Bodenbesitz zweifellos eine engere Arena des Klassenkampfes als die ganze Nation, als die Nationalisierung des Grund und Bodens. Die Nationalisierung des Grund und Bodens in einer demokratischen Republik schafft unbedingt den weitesten Spielraum für den Klassenkampf – den allerweitesten, der unter dem Kapitalismus überhaupt möglich und denkbar ist. Nationalisierung bedeutet Wegfall der absoluten Rente, Sinken der Getreidepreise, Sicherung von maximaler Freiheit für die Konkurrenz und von Freiheit für das Eindringen des Kapitals in die Landwirtschaft. Umgekehrt engt die Munizipalisierung den gesamtnationalen Klassenkampf ein, da sie nicht alle Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft

von der absoluten Rente säubert und unsere allgemeine Forderung durch Teilforderungen ersetzt; die Munizipalisierung vertuscht auf jeden Fall den Klassenkampf. Unter diesem Gesichtspunkt kann die von Plechanow aufgeworfene Frage nur in einem einzigen Sinn gelöst werden. Unter diesem Gesichtspunkt hält die Munizipalisierung absolut keiner Kritik stand. Munizipalisierung heißt den Klassenkampf einengen und vertuschen.

Der nächste Einwand Plechanows betrifft die Frage der Machtergreifung. Plechanow entdeckte in meinem Entwurf des Agrarprogramms die Machtergreifung, und ich muß sagen, daß die Idee der Machtergreifung durch die revolutionäre Bauernschaft in meinem Entwurf des Agrarprogramms tatsächlich enthalten ist, aber diese Idee auf die Narodowolzen-Idee der Machtergreifung zurückzuführen ist ein immenser Fehler. In den siebziger und achtziger Jahren, als die Idee der Machtergreifung von den Narodowolzen kultiviert wurde, stellten diese eine Gruppe von Intellektuellen dar, und es gab praktisch keine einigermaßen breite, wirklich von den Massen getragene revolutionäre Bewegung. Die Machtergreifung war der Wunschtraum oder das Schlagwort eines Häufleins Intellektueller, nicht aber der unvermeidliche nächste Schritt einer sich bereits entwickelnden Massenbewegung. Heute, nach dem Oktober, November und Dezember 1905, nachdem die breiten Massen der Arbeiterklasse, der halbproletarischen Elemente und der Bauernschaft der Welt schon lange nicht mehr gesehene Formen der revolutionären Bewegung gezeigt haben – heute, nachdem der Kampf des revolutionären Volkes um die Macht sowohl in Moskau als auch im Süden und im Baltikum aufgeflammt ist –, heute den Gedanken an die Eroberung der politischen Macht durch das revolutionäre Volk auf das Narodowolzentum zurückzuführen heißt um volle 25 Jahre zu spät kommen, heißt aus der Geschichte Rußlands eine ganze riesige Periode ausstreichen. Plechanow sagte: man soll sich vor der Agrarrevolution nicht fürchten. Aber gerade diese Furcht vor der Machteroberung durch die revolutionäre Bauernschaft ist ja die Furcht vor der Agrarrevolution. Die Agrarrevolution ist eine leere Phrase, wenn ihr Sieg nicht die Eroberung der Macht durch das revolutionäre Volk voraussetzt. Ohne diese letztere Bedingung wird das keine Agrarrevolution, sondern eine Bauernrevolte oder eine kadettische Agrarreform sein. Um diesen Punkt abzuschließen, will ich nur daran erinnern, daß sogar die Reso-

lution der Genossen von der Minderheit, die in Nr. 2 der „Partinyje Iswestija" veröffentlicht ist, davon spricht, daß uns jetzt schon die Aufgabe erwächst, der Regierung die Macht zu entreißen.

Der Ausdruck „Schöpfertum des Volkes", der sich, soviel ich weiß, in unseren Resolutionen nicht findet, den ich aber, wenn Gen. Plechanow sein Gedächtnis nicht trügt, in meiner Rede gebraucht habe, ruft bei Gen. Plechanow die Erinnerung an alte Bekannte aus den Reihen der Narodowolzen und der Sozialrevolutionäre wach. Diese seine Erinnerung kommt mir wiederum wie eine Verspätung um 25 Jahre vor. Denken Sie daran, was es in Rußland im letzten Vierteljahr 1905 alles gegeben hat: Streiks, Sowjets der Arbeiterdeputierten, Aufstände, Bauernkomitees, Eisenbahnerkomitees usw. – all dies zeugt gerade vom Übergang der Volksbewegung in die Form des Aufstands, all dies weist unzweifelhaft Keimformen revolutionärer Machtorgane auf, und meine Worte vom Schöpfertum des Volkes hatten einen ganz bestimmten und konkreten Inhalt; sie bezogen sich gerade auf diese historischen Tage der russischen Revolution, sie charakterisierten gerade dieses Verfahren des Kampfes nicht nur gegen die alte Macht, sondern des Kampfes vermittels einer revolutionären Macht, ein Verfahren, das von den breiten Massen der russischen Arbeiter und Bauern in den berühmten Oktober- und Dezembertagen zum erstenmal angewandt wurde. Ist unsere Revolution zu Grabe getragen, so sind auch diese Keimformen der revolutionären Macht der Arbeiter und Bauern zu Grabe getragen; sind jedoch Ihre Worte von der Bauernrevolution keine Phrase, wird es bei uns wirklich eine Agrarrevolution im wahren Sinne dieses Wortes geben, so werden wir zweifellos eine Wiederholung der Oktober- und Dezemberereignisse in unvergleichlich größerem Ausmaß erleben. Eine revolutionäre Macht nicht von Intellektuellen, nicht einer Gruppe von Verschwörern, sondern der Arbeiter und Bauern hat es in Rußland schon gegeben, sie ist im Verlauf unserer Revolution schon praktisch verwirklicht worden. Sie ist infolge des Sieges der Reaktion zerschlagen worden, aber wenn wir hinreichenden Grund haben, vom Aufschwung der Revolution überzeugt zu sein, dann müssen wir ebenso unvermeidlich auch den Aufschwung, die Entwicklung und den Erfolg neuer, noch entschiedener, noch stärker mit der Bauernschaft und dem Proletariat verbundener revolutionärer Machtorgane erwarten. Plechanow bediente sich somit des abgenutzten und lächerlichen Schreckgespenstes des

„Narodowolzentums" lediglich, um einer Analyse der Oktober- und Dezemberformen der Bewegung auszuweichen.

Schließlich wollen wir noch die Frage untersuchen, ob mein Programm elastisch genug und in jedem Falle hieb- und stichfest ist. Ich glaube, auch in dieser Beziehung ist mein Agrarprogramm, verglichen mit allen anderen, das befriedigendste. Was soll werden, wenn es um die Sache der Revolution schlecht bestellt sein sollte? Was soll werden, wenn ohne die Verwirklichung aller in meinem Entwurf eingefügten „Wenn" keine Rede davon sein könnte, daß unsere demokratische Revolution zu Ende geführt wird? Dann wird man zweifellos mit den Bedingungen der bäuerlichen Wirtschaft und der bäuerlichen Bodennutzung rechnen müssen, wie sie schon heute gegeben sind. In dieser Hinsicht verweise ich auf eine solche äußerst wichtige Erscheinung wie die Pacht. Denn spricht man davon, daß es um die Sache der Revolution schlecht bestellt sein kann, daß sie möglicherweise nicht zu Ende geführt wird, so muß man in diesem Fall zweifellos damit rechnen, daß eine solche Erscheinung vorhanden und nicht aus der Welt zu schaffen ist, und bei mir sind für diesen schlimmsten Fall, in welchem alle die angeblich utopischen „Wenn" wegfallen, die Aufgaben der Partei vollständiger, genauer und weit nüchterner ins Auge gefaßt als bei Gen. Maslow. Mithin gibt mein Programm praktische Losungen sowohl für die jetzigen Bedingungen der bäuerlichen Wirtschaft und der bäuerlichen Bodennutzung als auch für die besten Perspektiven einer weiteren Entwicklung des Kapitalismus. Genosse John versuchte zu witzeln, in meinem Programm gebe es zu viele Programme, bei mir gebe es sowohl die Konfiskation als auch die Pacht, die einander doch gegenseitig ausschlössen; die Witzeleien gingen daneben, denn die Konfiskation der Gutsbesitzerländereien schließt die Pacht nicht aus, die auch auf bäuerlichem Boden vorkommt. Also hatte Gen. Plechanow ganz besonders unrecht, als er sein ganz besonders effektvolles Argument gegen mich vorbrachte. Es sei nicht schwer, meinte er, ein Programm für den Fall zu schreiben, daß alles wie am Schnürchen läuft. Ein solches Programm könne jeder schreiben, aber bitte, schreib mal ein Programm für den Fall, daß ausgerechnet nicht die besten Bedingungen gegeben sind. Nun, ich behaupte als Antwort auf dieses Argument, daß gerade im Falle des denkbar schlechtesten Verlaufs oder Ausgangs unserer Revolution mein Programm, das von der Konfiskation der Gutsbesitzerländereien spricht und

auch solche Fragen wie die Pacht einbezieht, besonders nüchtern und besonders hieb- und stichfest ist; was aber Gen. John betrifft, so bietet uns sein Entwurf, der über diese schlechtesten Bedingungen, d. h. über das Fehlen eines wirklich durchgeführten politischen Demokratismus nichts sagt, lediglich die Munizipalisierung, wo doch die Munizipalisierung, wenn die Beamten nicht durch das Volk gewählt werden, das stehende Heer nicht abgeschafft wird usw., eine ebensolche, ja sogar noch größere Gefahr darstellt als die Nationalisierung. Eben deshalb bestehe ich ja auf der Notwendigkeit jener „Wenn", die Plechanow so ungerechtfertigterweise verurteilt hat.

Die Bauern werden also auf die Munizipalisierung nicht eingehen. Genosse Kartwelow[79] sagte, daß die Bauern im Kaukasus mit den Sozialrevolutionären durchaus einverstanden sind, aber dabei fragen, ob sie das Recht haben werden, den Boden, den sie bei der Aufteilung oder der Sozialisierung erhalten, zu verkaufen. Richtig, Gen. Kartwelow! Ihre Beobachtung entspricht vollauf den bäuerlichen Interessen überhaupt und der Auffassung der Bauern von ihren Interessen, aber gerade weil die Bauern alle Agrarumgestaltungen unter dem Gesichtspunkt betrachten, ob sie das Recht haben werden, den Boden, den sie zusätzlich erhalten, zu verkaufen, gerade deshalb werden die Bauern unbedingt gegen eine Munizipalisierung, gegen eine Semstwolisierung sein. Bis auf den heutigen Tag werfen die Bauern das Semstwo und den Landeshauptmann in einen Topf, und sie haben dafür weit triftigere Gründe, als die erhabenen kadettischen Professoren der Rechte annehmen, die sich über die Unwissenheit der Bauern lustig machen. Bevor man von der Munizipalisierung spricht, ist es daher notwendig, unbedingt notwendig, von der Wahl der Beamten *durch das Volk zu sprechen. Heute dagegen, solange diese demokratische* Forderung nicht verwirklicht ist, ist es lediglich angebracht, von der Konfiskation schlechthin oder von der Aufteilung zu sprechen. Aus diesem Grund möchte ich, um die Hauptfrage für den Parteitag zu vereinfachen, folgendermaßen verfahren: Da das Programm des Gen. Borissow[80] eine Reihe gemeinsamer Züge mit meinem Programm aufweist und ausdrücklich auf der Aufteilung, nicht auf der Nationalisierung, aufgebaut ist, ziehe ich mein Programm zurück und stelle dem Parteitag anheim, sich zu der Frage zu äußern: Aufteilung oder Munizipalisierung. Wenn Sie die Aufteilung ablehnen – richtiger wäre es vielleicht, zu sagen, „sobald" Sie

die Aufteilung ablehnen –, werde ich natürlich meinen Entwurf als aussichtslos endgültig zurückziehen müssen, sprechen Sie sich jedoch für die Aufteilung aus, so werde ich mein Programm vollständig als Abänderungsantrag zum Entwurf des Gen. Borissow einbringen. Als Antwort auf die Vorwürfe, ich zwänge den Bauern die Nationalisierung auf, möchte ich noch daran erinnern, daß es in meinem Programm die „*Variante A*" gibt, die speziell so abgefaßt ist, daß sie jedem Gedanken, man wolle den Bauern irgend etwas gegen ihren Willen aufzwingen, den Boden entzieht. Folglich wird sich, wenn bei der ersten Abstimmung mein Entwurf durch den Entwurf Borissows ersetzt wird, am Kern der Sache nicht das geringste ändern, es wird für uns nur leichter und einfacher sein, über den wirklichen Willen des Parteitags Klarheit zu schaffen. Meines Erachtens ist die Munizipalisierung falsch und schädlich, die Aufteilung zwar falsch, aber nicht schädlich.

Ich will kurz auf diesen Unterschied eingehen: die „Aufteiler" interpretieren die Tatsachen richtig, aber sie haben den Ausspruch von Marx über den alten Materialismus vergessen: „Die Materialisten haben die Welt interpretiert, es kommt aber darauf an, sie nicht nur zu interpretieren, sondern sie auch zu verändern."[81] Der Bauer sagt: „Gottes Erde, Volkes Erde, niemandes Erde." Die „Aufteiler" erklären uns, der Bauer sage das nicht bewußt, er sage eines und meine etwas anderes. Das wirkliche Streben der Bauern, sagen sie, gehe restlos und ausschließlich dahin, zusätzlich Boden zu erhalten und den Kleinbetrieb zu vergrößern, weiter nichts. Das ist alles völlig richtig. Aber unsere Meinungsverschiedenheit mit den „Aufteilern" endet hier ja auch nicht, sie beginnt hier erst. Gerade diese Worte der Bauern müssen wir ungeachtet ihrer ganzen ökonomischen Unhaltbarkeit oder Inhaltslosigkeit als Anknüpfungspunkt für unsere Propaganda benutzen. Du sagst, alle sollen den Boden nutzen? Du willst den Boden dem Volke geben? Ausgezeichnet, aber was heißt das, den Boden dem Volke geben? Wer verfügt über das Hab und Gut des Volkes? Die Beamten, die Trepow. Willst du den Boden Trepow und den Beamten geben? Nein. Jeder Bauer wird sagen, daß er ihnen den Boden nicht geben will. Willst du den Boden den Petrunkewitsch und Roditschew geben, die vielleicht in der munizipalen Selbstverwaltung sitzen werden? Nein, der Bauer wird den Boden diesen Herren bestimmt nicht geben wollen. Damit also, werden wir den Bauern erklären, der Boden dem ganzen Volke

zum Nutzen der Bauern übergeben werden kann, ist es notwendig, daß die Wahl ausnahmslos aller Beamten durch das Volk gesichert ist. Somit gibt der von mir vorgelegte Entwurf einer Nationalisierung, welche die volle Sicherung der demokratischen Republik zur Voraussetzung hat, unseren Propagandisten und Agitatoren die einzig richtige Linie für ihr Verhalten, denn er zeigt ihnen klar und anschaulich, daß die Analyse der Bodenforderungen der Bauern als Grundlage der politischen und insbesondere der republikanischen Propaganda dienen muß. Der Bauer Mischin z. B., der von den Stawropoler Bauern als Abgeordneter in die Duma gewählt worden ist, brachte ein Mandat der Wahlmänner mit, das im „Russkoje Gossudarstwo"[82] vollinhaltlich veröffentlicht wurde. In diesem Wählerauftrag wird sowohl die Abschaffung der Semstwobeamtenschaft als auch der Bau von Getreidesilos und die Übergabe des gesamten Grund und Bodens an den Fiskus verlangt. Die Forderung einer solchen Übergabe ist zweifellos ein reaktionäres Vorurteil, denn der Fiskus ist im gegenwärtigen und im kommenden konstitutionellen Rußland der Fiskus einer reaktionären Polizei- und Militärdespotie, aber trotzdem dürfen wir diese Forderung nicht einfach als schädliches Vorurteil verwerfen, sondern müssen daran „anknüpfen", um Mischin und seinesgleichen zu erläutern, worum es eigentlich geht. Wir müssen Mischin und seinesgleichen sagen, daß die Forderung, den Grund und Boden an den Fiskus zu übergeben, eine außerordentlich wichtige und für die Bauern nützliche Idee – wenn auch sehr schlecht – zum Ausdruck bringt. Die Übergabe des Grund und Bodens an den Fiskus kann und wird für die Bauern sehr nützlich sein, aber einzig und allein dann, wenn der Staat zu einer völlig demokratischen Republik geworden, die Wählbarkeit der Beamten restlos durchgeführt, das stehende Heer abgeschafft sein wird usw. Eben aus allen diesen Gründen glaube ich auch, daß Sie durch eine Ablehnung der Nationalisierung unsere Praktiker, unsere Propagandisten und Agitatoren unvermeidlich zu denselben Fehlern verleiten werden, zu denen wir sie durch unser Programm von 1903 mit dem irrigen Punkt über die Bodenabschnitte verleitet hatten. Wie damals unsere Bodenabschnitte enger ausgelegt wurden, als die Verfasser dieses Punktes sie gemeint hatten, so wird auch heute eine Ablehnung der Nationalisierung und eine Ersetzung dieser Forderung durch die Aufteilung, ganz zu schweigen von der völlig konfusen Munizipalisierung, unsere Praktiker, unsere Propagandisten und Agitatoren,

unvermeidlich zu einer solchen Reihe von Fehlern verführen, daß wir die Annahme eines Programms der Aufteilung oder der Munizipalisierung sehr bald zu bedauern haben werden.

Ich schließe, indem ich noch einmal meine beiden Hauptthesen wiederhole: erstens, eine Munizipalisierung werden die Bauern nie und nimmer wollen; zweitens, eine Munizipalisierung ohne demokratische Republik, ohne Wahl der Beamten durch das Volk, ist schädlich.

2

SCHLUSSWORT ZUM PUNKT ÜBER DIE GEGENWÄRTIGE LAGE UND DIE KLASSENAUFGABEN DES PROLETARIATS

Ich werde mich auf das Wesentlichste zu beschränken suchen. Bei der Rede des Gen. Ptizyn[83] fiel mir das Sprichwort ein: Einem guten Jäger läuft das Wild zu. Er fragte: Woraus ersehen die Bolschewiki, daß die Hauptform des Kampfes heute der Bruch der Gesetze usw. ist? Gen. Ptizyn, setzen Sie doch Ihre kadettische Brille ab. Ihnen scheint die Hauptform des Kampfes der Parlamentarismus zu sein. Machen Sie die Augen auf: Bewegung der Arbeitslosen, Gärung in den Truppen, Bauernbewegung. Die Hauptform der Bewegung liegt nicht in der Duma, diese kann lediglich eine mittelbare Rolle spielen. Gen. Plechanow sagte, wenn Hegel meine Berufung auf ihn gehört hätte, würde er sich zweimal im Grabe umdrehen. Aber Gen. Plechanow hat vor Gen. Ptizyn gesprochen, und seine Worte richten sich gegen letzteren. Gen. Ptizyn betet den Augenblick an, er bemerkt nur die Erscheinungen an der Oberfläche, nicht aber, was in der Tiefe vor sich geht. Er studiert die Erscheinungen nicht in ihrer Entwicklung. Nach Meinung des Gen. Ptizyn ist es nur Phrasendrescherei, wenn man darüber spricht, ob der Platz des Proletariats an der Spitze oder im Troß, in der Vorhut oder im Nachtrab ist. Der grundlegende Fehler der Menschewiki ist hier besonders klar zum Ausdruck gekommen. Sie sehen nicht, daß die Bourgeoisie konterrevolutionär ist, daß sie bewußt einen Pakt anstrebt. Sie verweisen darauf, daß die Jakobiner naive Monarchisten gewesen und Republikaner geworden wären. Aber die Kadetten sind keine naiven, sondern bewußte Monarchisten. Das eben vergessen die Menschewiki.

Der strenge Gen. Leonow[84] sagte: Man beachte, die „Bolschewiki" sprechen vom revolutionären Volk. Aber das gleiche tun auch die „Men-

schewiki" in ihrer Resolution. Gen. Leonow berief sich auf Marx, der in den „Klassenkämpfen in Frankreich" sagte, die Republik sei die höchste politische Form der Bourgeoisherrschaft. Gen. Leonow hätte weiter zitieren sollen. Dann hätte er gesehen, daß die Republik der Bourgeoisie durch die zeitweilige Situation aufgezwungen wurde und daß die Bourgeoisie, die in zwei Fraktionen – Legitimisten und Orleanisten – zerfiel, die Republik, entgegen ihrem Willen, lediglich duldete.[85]

Dan sagte: Die „Bolschewiki" ignorieren die Bedeutung der politischen Organisation. Das ist nicht wahr. Es wäre jedoch banal, allgemein über die Bedeutung der Organisation zu sprechen. Es handelt sich darum, welche Formen der politischen Organisation gerade heute notwendig sind. Man muß zeigen, auf welcher Basis wir die politische Organisation aufbauen. Die „Menschewiki" gehen von der Voraussetzung eines revolutionären Aufschwungs aus, empfehlen aber zur gleichen Zeit Aktionsmethoden, die nicht einem Aufschwung, sondern einem Niedergang der Revolution entsprechen. Damit arbeiten sie den Kadetten in die Hände, die auf jede Art und Weise die Oktober-Dezemberperiode schmähen. Die „Menschewiki" sprechen von einem Ausbruch. Fügen Sie dieses Wort in die Resolution ein. Dann wird die gegenwärtige Form der Bewegung – die Wahlen zur Reichsduma u. a. – nicht mehr als eine vergängliche Form der Bewegung sein.

Gen. Dan sagte: Die Losungen der „Minderheit" sind vom Leben bestätigt worden, und er verwies auf die revolutionären Selbstverwaltungen, auf die Sowjets der Arbeiterdeputierten. Aber man nehme Nr. 5 des Plechanowschen „Dnewnik". Er sagt dort, die revolutionäre Selbstverwaltung „verwirrt die Köpfe". Aber wann und wem hat diese Losung den Kopf verwirrt? Wir haben diese Losung niemals abgelehnt. Aber wir haben sie für unzulänglich gehalten. Diese Losung ist halbschlächtig, es ist die Losung einer nicht siegreichen Revolution. Der Hinweis auf die Sowjets der Arbeiterdeputierten ist unrichtig. Von ihnen haben wir noch nicht gesprochen.

Plechanow macht den Fehler, daß er die Formen der Bewegung, die es im Oktober gegeben hat, überhaupt nicht analysiert. Er sagte: Sowjets der Arbeiterdeputierten sind wünschenswert und notwendig. Aber er gab sich nicht die Mühe, zu analysieren, was die Sowjets der Arbeiterdeputierten darstellen. Was sind sie? Organe der revolutionären Selbstver-

waltung oder Keimformen von Machtorganen? Ich behaupte, und diese These kann nicht widerlegt werden, daß es sich hier um einen Kampf *vermittels der revolutionären Macht handelt. Das, und nur das, ist der* charakteristische Unterschied zwischen dem Kampf vom Oktober–Dezember und von heute; und wir können dem Volk nicht diese oder eine andere Form des Kampfes aufzwingen.

Plechanow sagte: Man hat Bernstein wegen seiner Theorie gelobt, dafür, daß er sich vom theoretischen Marxismus lossagte, mich aber wegen der Taktik. Die Situation sei nicht dieselbe, meinte Gen. Plechanow. Darauf antwortete ihm Gen. Warszawski mit Recht, man habe Bernstein wegen der Taktik gelobt. Wegen des Bestrebens, die Widersprüche abzuschwächen, wie das die Kadetten tun. Bernstein suchte die sozialen Widersprüche am Vorabend der sozialistischen Revolution abzuschwächen. Plechanow sucht die politischen Widersprüche während der bürgerlich-demokratischen Revolution abzuschwächen. Dafür loben die Kadetten Plechanow und die Menschewiki.

Gen. Plechanow sagte: Wir lehnen die Machtergreifung nicht ab, aber wir sind für eine solche Machtergreifung wie in der Epoche des Konvents, und nicht für die Machtergreifung durch eine Verschwörung. Genossen „Menschewiki", schreiben Sie das doch in Ihre Resolution hinein. Lehnen Sie den Leninismus ab, prangern Sie die sozialrevolutionären Verschwörer usw. usf. an, mich schreckt das nicht im geringsten, aber fügen Sie einen Punkt ein über die Machtergreifung nach dem Vorbild des Konvents, und wir werden diese Resolution mit beiden Händen unterschreiben. Nur denken Sie daran, Gen. Plechanow, sobald Sie das hineinschreiben, werden die Kadetten todsicher aufhören, Sie zu loben.

3

ENTWURF EINER RESOLUTION ÜBER DIE REICHSDUMA, EINGEBRACHT AUF DEM VEREINIGUNGSPARTEITAG[86]

In der Erwägung:

1. daß das Wahlgesetz vom 11. Dezember und die tatsächlichen Bedingungen der Wahlen das Proletariat und die Sozialdemokratie der Möglichkeit beraubt haben, bei den Wahlen wirkliche Parteikandidaten aufzustellen und selbständig durchzubringen;

2. daß angesichts dessen die reale Bedeutung einer Beteiligung der Arbeiter an den Wahlen unvermeidlich darauf hinauslaufen mußte und, wie die Erfahrung gezeigt hat, tatsächlich darauf hinausgelaufen ist, infolge von Abkommen mit den Kadetten oder mit anderen bürgerlichen Gruppen die strenge Klassenposition des Proletariats zu verwischen;

3. daß nur der vollständige und konsequente Boykott den Sozialdemokraten die Möglichkeit gab, die Losung der Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf revolutionärem Wege aufrechtzuerhalten, der Partei der Kadetten die volle Verantwortung für die Reichsduma aufzuerlegen und das Proletariat sowie die bäuerliche oder revolutionäre Demokratie vor konstitutionellen Illusionen zu warnen;

4. daß die Reichsduma in der sich schon jetzt abzeichnenden (vorwiegend) kadettischen Zusammensetzung keinesfalls der Rolle einer wirklichen Volksvertretung gerecht werden, sondern nur mittelbar der Entwicklung einer neuen, noch breiteren und tieferen revolutionären Krise dienen kann;

erklären wir und beantragen, der Parteitag wolle beschließen:

1. die Parteiorganisationen, die die Reichsduma und die Dumawahlen boykottierten, haben richtig gehandelt;

2. unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen und in Anbetracht

dessen, daß es in der Duma keine Sozialdemokraten gibt, die wirklich von der Partei nominiert und fähig sind, die Partei zu repräsentieren, verspricht der Versuch, eine sozialdemokratische Parlamentsfraktion zu bilden, keinen ernsten Erfolg, sondern droht eher, die SDAPR zu kompromittieren und ihr die Verantwortung für einen besonders schädlichen Typus von Parlamentariern, ein Mittelding zwischen Kadetten und Sozialdemokraten, aufzubürden;

3. auf Grund des oben Dargelegten sind die Voraussetzungen dafür, daß unsere Partei den parlamentarischen Weg beschreitet, noch nicht gegeben;

4. die Sozialdemokratie muß die Reichsduma und ihre Zusammenstöße mit der Regierung bzw. die Konflikte in ihr ausnutzen, um die reaktionären Elemente in der Duma zu bekämpfen, die Inkonsequenz und Wankelmütigkeit der Kadetten schonungslos zu entlarven, die Elemente der bäuerlichen revolutionären Demokratie besonders aufmerksam zu beobachten, sie zusammenzuschließen, sie den Kadetten entgegenzustellen und diejenigen ihrer Aktionen zu unterstützen, die den Interessen des Proletariats entsprechen; sie muß sich bereit halten, das Proletariat zu dem Zeitpunkt, in dem sich, vielleicht im Zusammenhang mit einer Dumakrise, die allgemeine revolutionäre Krise aufs äußerste verschärft, zum entschlossenen Ansturm gegen die Selbstherrschaft aufzurufen;

5. angesichts der Möglichkeit, daß die Reichsduma von der Regierung aufgelöst und in neuer Zusammensetzung einberufen wird, beschließt der Parteitag, daß im Verlauf einer neuen Wahlkampagne keinerlei Blocks und Abkommen mit der Partei der Kadetten und ihnen ähnlichen nichtrevolutionären Elementen statthaft sind; die Frage, ob es unsere Partei überhaupt für möglich erachtet, sich an einer neuen Wahlkampagne zu beteiligen, wird von der Sozialdemokratie Rußlands nach den konkreten Umständen der jeweiligen Lage entschieden werden.

„Wolna" Nr. 12, 9. Mai 1906.

Nach dem Text der „Wolna".

4
KORREFERAT ÜBER DIE STELLUNG ZUR REICHSDUMA

Genossen! Ich werde Ihnen die Resolution der Bolschewiki nicht vorlesen, denn diese Resolution ist Ihnen wahrscheinlich allen bekannt. (Von den Parteitagsdelegierten dazu aufgefordert, verliest der Redner jedoch noch einmal den Text der Resolution der Bolschewiki.) Ein Vergleich dieser Resolution mit der Resolution der Menschewiki zeigt uns folgende vier Hauptunterschiede bzw. vier Hauptmängel der Resolution der Menschewiki.

1. In der Resolution der Menschewiki fehlt eine Einschätzung der Wahlen, die objektiven Ergebnisse unserer diesbezüglichen politischen Erfahrungen sind unberücksichtigt geblieben.

2. In dieser Resolution schimmert überall eine, gelinde ausgedrückt, unbedachtsame oder optimistische Einstellung zur Reichsduma durch.

3. In der Resolution gibt es keine klare Differenzierung der verschiedenen Strömungen oder Parteien innerhalb der bürgerlichen Demokratie vom Standpunkt unserer Taktik ihnen gegenüber.

4. In Ihrer Resolution beschließen Sie, eine Parlamentsfraktion in einem solchen Zeitpunkt und unter solchen Verhältnissen zu bilden, da der Nutzen einer solchen Maßnahme für die proletarische Partei keinesfalls bewiesen werden kann.

Das sind die wirklichen Meinungsverschiedenheiten zwischen uns, wenn man die Meinungsverschiedenheiten ernsthaft analysiert, ohne sich an Worte oder Kleinigkeiten zu klammern.

Untersuchen wir nun diese vier Punkte.

Sich Rechenschaft über die Erfahrungen bei den Wahlen abzulegen ist von großer Bedeutung, wenn wir unsere Schlußfolgerungen nicht auf allgemeine Phrasen über den Parlamentarismus schlechthin usw., sondern

auf das wirkliche politische Kräfteverhältnis gründen wollen. In der Tat, wir stellten und stellen doch die völlig eindeutige These auf, daß eine Beteiligung an den Wahlen real die Unterstützung der Kadetten bedeutet, daß eine Beteiligung ohne Blocks mit den Kadetten unmöglich ist. Dringen Sie in den Kern dieses Gedankenganges ein? Betrachten Sie die Wirklichkeit vom Standpunkt des Tatsachenmaterials zu dieser Frage? Nichts dergleichen. Axelrod hat die erste Hälfte der Fragen völlig umgangen, hinsichtlich der zweiten aber zwei einander widersprechende Behauptungen aufgestellt. Zunächst äußert er sich über Blocks mit den Kadetten überhaupt in den wegwerfendsten Ausdrücken. Dann sagte er, er habe zwar nichts gegen solche Blocks, aber natürlich dürfe es sich dabei nicht um das alte kleinliche „Getuschel" und um Abkommen handeln, die das Licht scheuen, sondern es müßten offene und direkte Schritte sein, die für das gesamte Proletariat zu sehen sind. Diese letzte „These" Axelrods ist ein unübertreffliches Musterbeispiel „kadettischer" Träumereien, wahrhaft „frommer Wünsche", erzeugt durch konstitutionelle Illusionen. Wir haben in Wirklichkeit keine Konstitution, keinen Boden für unsere offenen Aktionen, wohl aber einen Dubassowschen „Konstitutionalismus". Axelrods Träume werden bloße Träume bleiben, während die Kadetten aus stillschweigenden oder unterschriebenen, formellen oder formlosen Abkommen realen Nutzen ziehen werden.

Spricht man von unserem „Selbstausschluß" von den Wahlen, so vergißt man immer, daß in Wirklichkeit gerade die politischen Verhältnisse, und nicht unser Wille, die Partei ausschlossen, sie von Zeitungen, von Versammlungen, von der Aufstellung namhafter Parteimitglieder als Kandidaten ausschlossen. Und ohne alle diese Voraussetzungen ist der Parlamentarismus weit eher ein nichtiges, klägliches Spiel als ein Mittel zur Erziehung des Proletariats: es ist naiv, vom Parlamentarismus in „reiner Form", als „Idee", nicht aber in seiner realen Gestalt zu sprechen.

Spricht man von den Wahlen, so vergißt man gewöhnlich, daß auf dem Boden des Dubassowschen Konstitutionalismus faktisch zwei starke „Parteien" kämpften: die Kadetten und die Schwarzhunderter. Die Kadetten hatten recht, als sie den Wählern sagten, jede Zersplitterung der Stimmen, jede Aufstellung „dritter" Kandidaten könne lediglich zum Sieg der Schwarzhunderter führen. Nehmen wir Beispiele wie etwa in Moskau: Gutschkow erhält, sagen wir, 900 Stimmen, der Kadett 1300. Es genügt,

daß die Sozialdemokraten 401 Stimmen auf sich vereinigen, und der Schwarzhunderter hätte gesiegt. Die kadettische Auffassung von der sozialdemokratischen Wahlbeteiligung entsprach also der Wirklichkeit (die Kadetten gestanden den Moskauer Arbeitern für ihre Beteiligung an den Wahlen einen Sitz in der Reichsduma zu), Ihre Auffassung aber, die Auffassung der Menschewiki, entspricht nicht der Wirklichkeit, sie ist ein leerer und müßiger Traum. Entweder man läßt sich nicht mit dem Parlamentarismus ein und redet keine Gemeinplätze über ihn, oder man soll sich ernsthaft damit befassen. Sonst gerät man in eine Position, die völlig unhaltbar ist.

Der zweite Punkt. Axelrod unterstrich durch seine Rede noch stärker die von mir aufgezeigten Mängel der Resolution. In der Resolution wird von der Verwandlung der Duma in ein Werkzeug der Revolution gesprochen. Sie betrachten die Duma ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Drucks der Regierung auf uns, der Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung gegen die Revolution. Wir betrachten die Reichsduma als Vertretung einer bestimmten Klasse, als Einrichtung mit einer eindeutig parteimäßigen Zusammensetzung. Ihre Argumentation ist absolut unrichtig, unvollständig, nicht marxistisch aufgebaut. Die innere Struktur der Duma entsprechend der klassenmäßigen Zusammensetzung der Kadettenpartei berücksichtigen Sie nicht. Sie sagen, die Regierung würge die Revolution ab, vergessen aber hinzuzufügen, daß auch bei den Kadetten das Bestreben, die Revolution zu drosseln, schon voll und ganz zutage getreten ist. Eine kadettische Duma muß wohl oder übel die Eigenschaften der kadettischen Partei aufweisen. Das Beispiel des Frankfurter Parlaments, dieser Vertretungskörperschaft, die in einer revolutionären Epoche klar das Bestreben zeigte, die Revolution zu drosseln (infolge der kleinbürgerlichen Beschränktheit und Feigheit der Frankfurter Schwätzer) – dieses Beispiel lassen Sie völlig außer acht.

Ganz und gar verfehlt ist in einer sozialdemokratischen Resolution der Hinweis auf die „vom Zaren anerkannte und durch das Gesetz verbriefte Macht". Die Duma ist in Wirklichkeit überhaupt keine Macht. Durch den Hinweis auf das Gesetz wird Ihre ganze Argumentation, werden alle Ihre Agitationslosungen, die sich aus dieser Resolution ergeben, nicht gestützt, sondern abgeschwächt. Auf das „Gesetz" und auf den „Willen des Zaren" wird sich mit dem größten Vergnügen Witte berufen, um auch den

geringsten Versuch zu verhindern, daß die Duma die Grenzen ihrer aufs Lächerliche reduzierten Kompetenz überschreitet. Nicht die Sozialdemokraten, sondern das „Russkoje Gossudarstwo" wird aus solchen Argumenten, wie dem Hinweis auf den Zaren und das Gesetz, Nutzen ziehen.

Ich komme zum dritten Punkt. Daß eine klare Charakteristik der Kadetten fehlt, daß auf die Entlarvung ihrer ganzen Taktik verzichtet wird, daß zwischen den Kadetten und der bäuerlichen, der revolutionären Demokratie nicht unterschieden wird, ist der grundlegende Fehler der Resolution, ein Fehler, der mit allen vorhergegangenen eng zusammenhängt. Dabei sind gerade die Kadetten in der gegenwärtigen Duma die Herren der Lage. Und diese Kadetten haben schon wiederholt ihren Verrat an der „Volksfreiheit" bekundet. Als der biedere Schwätzer Wodowosow, der gern links von den Kadetten stehen möchte, diese nach den Wahlen an ihre Versprechungen hinsichtlich einer konstituierenden Versammlung usw. erinnerte, da antwortete ihm die „Retsch", einen groben, unflätig groben „Großmachts"ton anschlagend, sie brauche keine unerbetenen Ratschläge.

Ebenso falsch ist Ihre Resolution in der Frage des Bestrebens, die Revolution zu schwächen. Wie ich schon sagte, ist ein solches Bestreben nicht nur bei der Regierung vorhanden, sondern auch bei jenen kleinbürgerlichen Vereinbarern, die an der Oberfläche unseres politischen Lebens jetzt am meisten Lärm machen.

Ihre Resolution spricht davon, daß die Duma bestrebt ist, sich auf das Volk zu stützen. Das ist nur zur Hälfte wahr und daher unwahr. Was ist die Reichsduma? Ist es statthaft, daß wir uns mit einem allgemeinen Hinweis auf diese Einrichtung begnügen, anstatt eine Analyse der Klassen und Parteien zu geben, die ihren wirklichen Inhalt und ihre wirkliche Bedeutung bestimmen? Welche Duma ist bestrebt, sich auf das Volk zu stützen? Nicht eine oktobristische, denn den Oktobristen ist ein solches Bestreben völlig fremd. Auch nicht eine bäuerliche Duma, denn die Bauernabgeordneten sind schon ein untrennbarer Teil des Volkes, und sie brauchen nicht „bestrebt zu sein, sich auf das Volk zu stützen". Das *Bestreben*, sich auf das Volk zu stützen, ist gerade für eine *kadettische* Duma charakteristisch. Aber den Kadetten ist gleichermaßen eigen sowohl das Bestreben, sich auf das Volk zu stützen, als auch die *Angst* vor der revolutionären Aktivität des Volkes. Indem Ihre Resolution auf die eine Seite der Sache hinweist und die andere völlig verschweigt, weckt sie nicht nur

falsche, sondern geradezu schädliche Vorstellungen. Das Verschweigen dieser zweiten Seite – die in unserer Resolution über das Verhältnis zu den anderen Parteien hervorgehoben wird – ist eine Lüge, wenn man die objektive Bedeutung eines solchen Verschweigens in Betracht zieht.

Nein, es ist auf keinen Fall statthaft, unsere Taktik gegenüber der bürgerlichen Demokratie festzulegen und sich dabei über die Kadetten auszuschweigen, auf eine scharfe Kritik an ihnen zu verzichten. Wir können und müssen nur bei der bäuerlichen und revolutionären Demokratie Unterstützung suchen, keineswegs aber bei denjenigen, die die politischen Widersprüche des gegenwärtigen Zeitpunkts abschwächen möchten.

Zum Schluß noch ein Wort zu dem Vorschlag, eine Parlamentsfraktion zu bilden. Daß die neue Waffe, der „Parlamentarismus", von der Sozialdemokratie besonders vorsichtig gehandhabt werden muß, das wagen auch die Menschewiki nicht zu bestreiten. Sie sind durchaus bereit, das „im Prinzip" anzuerkennen. Aber es geht jetzt gar nicht um die prinzipielle Anerkennung, es geht um die richtige Einschätzung der konkreten Verhältnisse. Die „prinzipielle" Anerkennung, daß Vorsicht geboten ist, hat nicht den geringsten Wert, wenn diese Anerkennung infolge der realen Verhältnisse zu einem frommen und müßigen Traum wird. So halten z. B. die Kaukasier schöne Reden über selbständige Wahlen, über reine Parteikandidaturen, über ihre Ablehnung von Blocks mit den Kadetten. Aber welchen Wert haben diese schönen Reden, wenn gleichzeitig einer der kaukasischen Genossen im Gespräch mit mir berichtete, in Tiflis, diesem Zentrum des menschewistischen Kaukasus, werde wahrscheinlich der linke Kadett Argutinski durchkommen, und das wahrscheinlich nicht ohne Hilfe der Sozialdemokraten? Welchen Wert hat es, daß wir vor den Massen ausführliche und offene Erklärungen abgeben wollen, wenn wir, wie es heute der Fall ist, der Unzahl von kadettischen Zeitungen nur die „Partinyje Iswestija" des Zentralkomitees entgegenstellen können?

Beachten Sie noch, daß die optimistischsten Sozialdemokraten hoffen, ihre Kandidaten lediglich über die Bauernkurien durchzubringen. Sie wollen also mit dem „Parlamentarismus" in der Praxis der Arbeiterpartei „beginnen", ausgerechnet gestützt nicht auf Arbeiterkurien, sondern auf kleinbürgerliche, halbsozialrevolutionäre Kurien. Überlegen Sie sich, was mehr Aussicht hat, sich aus dieser ganzen Situation zu ergeben, eine sozialdemokratische oder eine nichtsozialdemokratische Arbeiterpolitik?

5

REDE ÜBER DEN BEWAFFNETEN AUFSTAND

Ein Genosse meinte kürzlich, wir sammelten Agitationsmaterial gegen die Parteitagsbeschlüsse. Ich antwortete gleich damals, es sei mehr als sonderbar, von namentlichen Abstimmungen so zu reden. Jeder, der mit Beschlüssen des Parteitags unzufrieden ist, wird stets gegen sie agitieren.[87] Gen. Worobjow[88] erklärte, die „Menschewiki" könnten mit uns „Bolschewiki" nicht in einer Partei arbeiten. Ich freue mich, daß gerade Gen. Worobjow als erster zu diesem Thema gesprochen hat. Daß seine Worte als „Agitationsmaterial" dienen werden, daran zweifle ich nicht. Aber wichtiger ist natürlich Agitationsmaterial über prinzipielle Fragen. Und ein besseres Agitationsmaterial gegen den jetzigen Parteitag als Ihre Resolution gegen den bewaffneten Aufstand könnten wir uns gar nicht vorstellen.[89]

Plechanow sprach von der Notwendigkeit, eine so wichtige Frage mit kaltem Blut zu erörtern. Das ist tausendmal richtig. Aber eine kaltblütige Erörterung bedeutet natürlich nicht, daß vor dem Parteitag und auf dem Parteitag keine Debatten stattfinden, sie kommt vielmehr darin zum Ausdruck, daß die zur Erörterung stehenden Resolutionen wirklich kaltblütig und sachlich abgefaßt sind. Gerade in dieser Hinsicht aber ist ein Vergleich der beiden Resolutionen besonders aufschlußreich. Nicht die Polemik ist es, die uns in der Resolution der „Menschewiki" mißfällt – Plechanow hat die betreffenden Worte des Gen. Winter[90] völlig falsch verstanden –, nicht die Polemik ist es, die uns mißfällt, sondern die kleinliche, seichte Polemik, von der die Resolution der „Menschewiki" durchdrungen ist. Nehmen Sie eine solche Frage wie die Einschätzung der vergangenen Erfahrung, die Kritik an der proletarischen Bewegung durch

die Sozialdemokratie als die bewußte Wortführerin der proletarischen Bewegung. Kritik und „Polemik" sind hier unbedingt nötig, aber eben offene, direkte, klare und deutliche Kritik, und keine Nörgelei, keine Spitzen, keine intelligenzlerischen Nadelstiche. Und gerade unsere Resolution, die ein wissenschaftliches Fazit des letzten Jahres zieht, kritisiert direkt: der friedliche Streik hat sich als eine „Kräftevergeudung" erwiesen, seine Zeit geht zu Ende. Der Aufstand wird zur Hauptform, der Streik zur Nebenform des Kampfes. Nehmen Sie nun die Resolution der „Menschewiki". Anstatt einer kaltblütigen Erörterung, anstatt einer Einschätzung der Erfahrung, anstatt eines Studiums des Verhältnisses von Streik und Aufstand sehen Sie eine versteckte, kleinlich versteckte Lossagung vom Dezemberaufstand. Die Ansicht Plechanows, „man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen", zieht sich wie ein roter Faden durch Ihre ganze Resolution (obwohl die Mehrheit der russischen „Menschewiki" erklärt hat, sie sei mit Plechanow nicht einverstanden). Gen. Tscherewanin hat sich durch seine Rede einzigartig bloßgestellt, als er, um die Resolution der „Menschewiki" zu verteidigen, genötigt war, den Dezemberaufstand als einen hoffnungslosen „Verzweiflungs"ausbruch hinzustellen, als einen Aufstand, der bewiesen hätte, daß ein bewaffneter Kampf keinesfalls möglich sei.

Kautsky hat sich, wie Sie wissen, anders darüber geäußert. Er stellte fest, daß man nach dem Dezemberaufstand in Rußland Engels' Anschauung, als sei die Zeit der Barrikadenkämpfe vorbei, „revidieren" muß, daß der Dezemberaufstand eine neue Taktik *inauguriert* hat. Selbstverständlich kann K. Kautskys Ansicht irrig sein, können die „Menschewiki" der Wahrheit näher kommen. Doch wenn wir eine „kaltblütige" Erörterung und eine ernste, nicht aber kleinliche Kritik schätzen, sind wir verpflichtet, in der Resolution die eigene Meinung, „man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen", klipp und klar auszusprechen, während es unstatthaft ist, diese Ansicht in der Resolution versteckt zu äußern, ohne sie offen zu formulieren. Eben diese kleinliche, versteckte Verleugnung des Dezemberaufstands, die sich auf keinerlei Kritik der vergangenen Erfahrung gründet, ist der hauptsächliche und größte Mangel Ihrer Resolution. Und eben dieser Mangel liefert ein umfangreiches Agitationsmaterial gegen eine solche Resolution, die im wesentlichen der Ansicht des Gen. Akimow zuneigt, nur daß sie deren scharfe Ecken abschleift.[91]

Der erste Punkt Ihrer Resolution leidet an demselben Mangel. Dieser Punkt beginnt mit einer *Phrase*, denn „bornierte Halsstarrigkeit" ist eine Eigenschaft aller reaktionären Regierungen, aber daraus allein ergibt sich noch lange nicht die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit des Aufstands.[92] „Die Macht entreißen" ist dasselbe wie „die Macht ergreifen", und es ist drollig, daß diejenigen, die sich gegen den zweiten Ausdruck wandten, den ersten billigten. Sie offenbarten damit die Inhaltslosigkeit ihrer Deklamationen gegen das Narodowolzentum usw. Plechanows Vorschlag, anstatt „die Macht zu entreißen" zu sagen, „seine Rechte zu entreißen", ist besonders unglücklich, denn das ist schon eine rein kadettische Formulierung. Die Hauptsache, wie gesagt, ist jedoch, daß Ihre Resolution an die Frage der „Entreißung der Macht" und des bewaffneten Aufstands nicht auf Grund des Studiums und der Berücksichtigung der vergangenen Erfahrung sowie der faktischen Angaben über das Wachstum der Bewegung herangeht, sondern auf Grund von Gemeinplätzen, die durch nichts bewiesen und nicht zu beweisen sind.

6

REDE ZUR UNTERSTÜTZUNG DES ABÄNDERUNGSANTRAGS MURATOWS (MOROSOWS) ÜBER EINE SOZIALDEMOKRATISCHE PARLAMENTSFRAKTION[93]

Genosse Muratow hat mir das Schlußwort überlassen. Es stimmt absolut nicht, daß Gen. Muratow offene Türen einrennt. Im Gegenteil, er ist es, der Türen aufstößt. Der Antrag des Gen. Muratow stellt die Frage unumwunden. Der Parteitag hat eine andere Taktik beschlossen als die, welche die Arbeiter vielerorts befolgt haben. Damit es zu keinen scharfen Konflikten kommt, wenn eine Parteifraktion in der Duma gebildet wird, muß man die Arbeiter fragen, ob sie in der Duma jemanden als Vertreter haben wollen, an dessen Wahl sie nicht teilgenommen haben.

7

BESONDERE MEINUNG ÜBER DIE ZUSAMMENSETZUNG DER PARLAMENTSFRAKTION DER SDAPR

I

Da ich in der Ablehnung des Abänderungsantrags von Stodolin[94] ein Abgehen sogar von den Prinzipien des Parlamentarismus erblicke, gebe ich meine besondere Meinung in dieser Frage zu Protokoll.

II

Auf Grund der bereits abgegebenen Erklärung überreiche ich hiermit meine besondere Meinung zur Frage des Abänderungsantrags Stodolins.

Gen. Stodolin schlug in seinem Antrag vor, zur Teilnahme an der offiziellen Parlamentsgruppe der SDAPR ausschließlich solche Parteimitglieder zuzulassen, die nicht nur überhaupt in einer der Parteiorganisationen arbeiten und sich nicht nur der Gesamtpartei im allgemeinen und ihren Parteiorganisationen im besonderen unterordnen, sondern die außerdem von den letzteren (d. h. den entsprechenden Parteiorganisationen) als Kandidaten aufgestellt worden sind.

Gen. Stodolin wollte also, daß unsere ersten sozialdemokratischen Schritte auf dem Weg des Parlamentarismus ausschließlich im direkten Auftrag und im Namen der entsprechenden Organisationen erfolgen. Es genügt nicht, daß die Mitglieder der Parlamentsgruppe Mitglieder einer der Parteiorganisationen sind. Bei den russischen Zuständen schließt das noch nicht die Möglichkeit höchst unerwünschter Überraschungen aus, denn eine offene und allen sichtbare Kontrolle über ihre Mitglieder können unsere Parteiorganisationen nicht ausüben. Daher ist es äußerst wich-

tig, daß unsere ersten Schritte auf dem Wege des Parlamentarismus mit allen durch die Erfahrung der sozialistischen Parteien Europas erarbeiteten Vorsichtsmaßregeln unternommen werden. Die westeuropäischen Parteien und besonders ihre linken Fraktionen bestehen sogar darauf, daß die Parlamentskandidaten von den örtlichen Parteiorganisationen im Einvernehmen mit dem ZK der Partei aufgestellt werden. Die revolutionäre Sozialdemokratie Europas hat schwerwiegende Gründe, diese *dreifache* Kontrolle über die Parlamentarier zu fordern: erstens die allgemeine Parteikontrolle über alle Parteimitglieder; zweitens die besondere Kontrolle durch die örtlichen Organisationen, welche in ihrem Namen die Parlamentskandidaten aufstellen sollen; drittens die spezielle Kontrolle durch das ZK der Gesamtpartei, das, über den örtlichen Einflüssen und örtlichen Besonderheiten stehend, dafür Sorge tragen muß, daß nur solche Parlamentskandidaten aufgestellt werden, die den allgemeinen Anforderungen der Partei und den allgemeinen politischen Anforderungen genügen.

Durch die Ablehnung des Abänderungsantrags des Gen. Stodolin, durch die Ablehnung der Forderung, daß zur Parlamentsfraktion ausschließlich diejenigen gehören können, die von den Parteiorganisationen direkt als Parlamentskandidaten aufgestellt worden sind, durch die Ablehnung dieser Forderung hat der Parteitag in der parlamentarischen Taktik weit weniger Vorsicht an den Tag gelegt als die westeuropäischen revolutionären Sozialdemokraten. Dabei ist kaum zu bezweifeln, daß wir heute infolge der besonders schwierigen Bedingungen eines offenen Auftretens der Sozialdemokraten in Rußland weit größere Vorsicht walten lassen müssen, als durch die Erfahrung der revolutionären Sozialdemokratie Westeuropas erarbeitet worden ist.

8

RESOLUTION ÜBER DIE BERICHTERSTATTUNG DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION AN DEN PARTEITAG

Der Parteitag verpflichtet die Mandatsprüfungskommission, Bericht darüber zu erstatten, von welchen Motiven sich jede Organisation bei den Wahlen zum Parteitag leiten ließ und welches Kriterium bei der Bestimmung der Parteimitgliedschaft zur Anwendung kam.

9

ERKLÄRUNG ÜBER DIE NOTWENDIGKEIT EINER BESTÄTIGUNG DER PROTOKOLLE DURCH DEN PARTEITAG

Es ist notwendig, daß alle Protokolle vom Parteitag bestätigt werden. Deshalb gelten als offizielle Protokolle die von den Sekretären abgefaßten Protokolle. Die Stenografen nehmen nur einzelne Reden auf.

10

SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG IN DER 17. SITZUNG DES PARTEITAGS

Ich habe nicht gesagt, die Tifliser hätten beschlossen, Argutinski durchzubringen. Ich habe gesagt, man halte es für wahrscheinlich, daß Argutinski siegen werde, und das nicht ohne Hilfe der Sozialdemokraten.

11

SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG IN DER 21. SITZUNG DES PARTEITAGS

Wir erklären, wenn namentliche Abstimmungen in wichtigen Fragen als „Agitationsmaterial gegen die Autorität der Parteitagsbeschlüsse" bezeichnet werden, so heißt das, die Rolle des Parteitags nicht zu begreifen oder engen Fraktionsgeist an den Tag zu legen.

12

SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNGEN IN DER 26. SITZUNG DES PARTEITAGS

I

Es ist nicht wahr, daß ich Gen. Worobjow „unterstützte", der gesagt hatte, Bolschewiki und Menschewiki könnten nicht gemeinsam in einer Partei arbeiten. Ich „unterstützte" keineswegs eine solche Behauptung und *teile keineswegs eine solche Ansicht.* Der Sinn meiner Worte: „Ich freue mich, daß Genosse Worobjow das *als erster* gesagt hat", war ausschließlich ironisch, denn die Sieger, die auf dem Parteitag die Mehrheit haben, offenbarten lediglich ihre Schwäche, als sie als *erste* von der Spaltung sprachen.

II

Ich beantrage folgenden Zusatz zum Statut der Vereinigung mit dem „Bund":

Der Parteitag beauftragt das ZK, das vorliegende Statut unmittelbar nach seiner Bestätigung durch den „Bund" in die Tat umzusetzen.

APPELL AN DIE PARTEI VON DEN DELEGIERTEN DES VEREINIGUNGSPARTEITAGS, DIE DER EHEMALIGEN FRAKTION DER „BOLSCHEWIKI" ANGEHÖRT HABEN[95]

Genossen!

Der Vereinigungsparteitag der SDAPR hat stattgefunden. Es gibt keine Spaltung mehr. Nicht nur haben sich die ehemaligen Fraktionen der „Bolschewiki" und der „Menschewiki" organisatorisch völlig miteinander verschmolzen, es ist auch die Vereinigung der SDAPR mit der polnischen Sozialdemokratie[96] erreicht, die Vereinigung mit der lettischen Sozialdemokratie[97] unterzeichnet und die Vereinigung mit der jüdischen Sozialdemokratie, d. h. mit dem „Bund"[98] in die Wege geleitet worden. Die politische Bedeutung dieser Tatsachen wäre unter allen Umständen sehr groß, sie wird wahrhaft gewaltig angesichts des historischen Zeitabschnitts, den wir jetzt durchleben.

Das ganze Schicksal der großen russischen Revolution wird allem Anschein nach in nächster Zukunft entschieden werden. Das Proletariat, das die breiten Massen der städtischen und der ländlichen Armut mit sich führt, marschiert von Anbeginn bis heute an der Spitze der Revolution. Angesichts der bevorstehenden gewaltigen, entscheidenden Ereignisse im Volkskampf ist es vor allem wichtig, die praktische Einheit des klassenbewußten Proletariats ganz Rußlands, aller seiner Nationalitäten, zu erreichen. In einer solchen revolutionären Epoche, wie wir sie jetzt durchleben, werden alle theoretischen Fehler und taktischen Abweichungen der Partei durch das Leben selbst, das die Arbeiterklasse mit unerhörter Schnelligkeit aufklärt und erzieht, aufs schonungsloseste kritisiert. In einer solchen Zeit ist es die Pflicht eines jeden Sozialdemokraten, danach zu streben, daß der ideologische Kampf in der Partei über Fragen der Theorie und der Taktik möglichst offen, breit und frei geführt wird, daß er

jedoch das einheitliche revolutionäre Auftreten des sozialdemokratischen Proletariats auf keinen Fall stört oder erschwert.

Die große russische Revolution steht vor einem Wendepunkt. Der Kampf aller Klassen des bürgerlichen Rußlands gegen die Selbstherrschaft hat zu einer papierenen Verfassung geführt. Ein Teil der Bourgeoisie hat sich damit vollauf zufriedengegeben und sich von der Revolution abgewandt. Ein anderer Teil, der weiter zu gehen wünscht, betrügt sich selbst mit Hoffnungen auf einen „konstitutionellen" Weg des Kampfes und ist bereit, in einem Wahlsieg der wankelmütigen und heuchlerischen bürgerlichen Partei der Kadetten einen ernsten Sieg der Volksfreiheit zu sehen.

Die breiten Bauernmassen, die hingebungsvoll gegen das alte, das leibeigenschaftliche Rußland, gegen die Allmacht der Beamten und die Knechtung durch die Gutsbesitzer kämpfen, bleiben der Revolution treu, sind aber politisch bei weitem noch nicht ganz bewußt. Wenig bewußt ist auch der revolutionär-demokratische Teil des städtischen Kleinbürgertums. Nur das Proletariat, das sich im Oktober heroisch für die Freiheit geschlagen und im Dezember zu den Waffen gegriffen hat, um sie zu verteidigen – nur das Proletariat ist nach wie vor die konsequent revolutionäre Klasse, die sich jetzt, neue Kräfte sammelnd, bewußt auf einen neuen, noch größeren Kampf vorbereitet.

Die zaristische Regierung treibt mit zynischer Offenheit ihr konstitutionelles Spiel. Sie behält ihre alte Macht bei, setzt die Verfolgung der Freiheitskämpfer fort, ja verstärkt sie, und will offensichtlich aus der Duma eine bloße Schwatzbude machen – einen Deckmantel für die Selbstherrschaft, ein Werkzeug des Volksbetrugs. Ob diese Taktik von Erfolg gekrönt sein wird, das wird sich in der allernächsten Zukunft entscheiden, wird sich entscheiden durch den Ausgang des neuen revolutionären Ausbruchs, der jetzt heranreift.

Wenn sich das Proletariat ganz Rußlands fest zusammenschließt, wenn es alle wirklich revolutionären, zum Kampf und nicht zu Pakten bereiten Schichten des Volkes dazu bringt, sich mit ihm zu erheben, wenn es sich zum Kampf gut vorbereitet und den Zeitpunkt für die letzte Schlacht um die Freiheit richtig wählt – dann wird es den Sieg erringen. Dann wird dem Zaren sein schnödes konstitutionelles Spiel nicht gelingen, dann wird der Bourgeoisie der Pakt mit der Selbstherrschaft nicht gelingen, dann wird die russische Revolution keine so unvollendete und halb-

schlächtige, zu drei Vierteln für die Arbeiterklasse und Bauernschaft fruchtlose sein, wie es die Revolutionen des 19. Jahrhunderts in Westeuropa waren. Dann wird das eine wahrhaft große Revolution sein, der volle Sieg des Volksaufstands wird das bürgerliche Rußland von allen alten Fesseln befreien und vielleicht die Epoche der sozialistischen Revolutionen im Westen einleiten.

Die Sozialdemokratie, welche die vollständige demokratische Revolution anstrebt, muß ihre gesamte Tätigkeit darauf einstellen, daß ein neuer revolutionärer Ausbruch unvermeidlich ist. Wir müssen die konstitutionellen Illusionen, die sowohl von der Regierung als auch von der Bourgeoisie in Gestalt ihrer liberalen Partei, der Kadetten, genährt werden, unerbittlich entlarven; wir müssen die revolutionäre Bauernschaft aufrufen, sich um des vollen Sieges des Bauernaufstands willen zusammenzuschließen, wir müssen den breiten Massen die große Bedeutung des ersten Aufstands im Dezember und die Unvermeidlichkeit eines neuen Aufstands erklären, der allein imstande sein wird, der zaristischen Selbstherrschaft wirklich die Macht zu entreißen und sie wirklich dem Volke zu übergeben. Das müssen die Hauptaufgaben unserer Taktik im jetzigen historischen Zeitpunkt sein.

Wir können und dürfen die Tatsache nicht verschweigen, daß nach unserer tiefen Überzeugung der Vereinigungsparteitag diese Aufgaben nicht völlig richtig begriffen hat. In den drei wichtigsten Resolutionen des Parteitags treten die irrigen Auffassungen der ehemaligen Fraktion der „Menschewiki", die auf dem Parteitag zahlenmäßig überwog, klar zutage.

Im Agrarprogramm hat der Parteitag prinzipiell der „Munizipalisierung" zugestimmt. Munizipalisierung bedeutet Eigentum der Bauern am Anteilland und Pachtung der an die Semstwos übergebenen Gutsbesitzerländereien durch die Bauern. Das ist im Grunde ein Mittelding zwischen wirklicher Agrarrevolution und kadettischer Agrarreform. Die Bauern werden einen solchen Plan nicht annehmen. Sie werden entweder die unmittelbare Aufteilung des Bodens oder die Überführung des gesamten Grund und Bodens ins Eigentum des Volkes verlangen. Eine ernsthafte demokratische Reform könnte die Munizipalisierung nur im Falle einer vollständigen demokratischen Umwälzung sein, bei einem republikanischen System, in welchem das Volk die Beamten wählt. Wir haben dem Parteitag auch vorgeschlagen, die Munizipalisierung wenigstens an diese

Bedingungen zu knüpfen, aber der Parteitag hat unsern Antrag abgelehnt. Ohne diese Bedingungen aber wird die Munizipalisierung, als eine liberalbürokratische Reform, den Bauern durchaus nicht das geben, was sie brauchen, und zugleich wird sie den in den Semstwos herrschenden antiproletarischen bürgerlichen Elementen neue Macht und neuen Einfluß verschaffen, da sie ihnen faktisch die Verteilung des Bodenfonds überläßt. Darüber müssen wir die breiten Arbeiter- und Bauernmassen aufklären.

In seiner Resolution über die Reichsduma hat der Parteitag es als erwünscht bezeichnet, daß in dieser Duma eine sozialdemokratische Parlamentsfraktion gebildet wird. Der Parteitag wollte nicht mit der Tatsache rechnen, daß neun Zehntel der klassenbewußten Arbeiter Rußlands, darunter alle polnischen, lettischen und jüdischen sozialdemokratischen Proletarier, diese Duma boykottiert haben. Der Parteitag hat den Antrag abgelehnt, die Teilnahme an den Wahlen von der Möglichkeit einer wirklich breiten Agitation unter den Massen abhängig zu machen. Er hat den Antrag abgelehnt, daß Mitglieder der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion nur diejenigen sein können, die von Arbeiterorganisationen als Kandidaten zur Reichsduma aufgestellt worden sind. Der Parteitag hat damit den Weg des Parlamentarismus beschritten, ohne die Partei auch nur durch jene Garantien zu schützen, die durch die einschlägige Erfahrung der revolutionären Sozialdemokratie in Europa erarbeitet worden sind.

Als Sozialdemokraten haben wir natürlich prinzipiell die Pflicht anerkannt, den Parlamentarismus als Waffe des proletarischen Kampfes auszunutzen; aber die ganze Frage dreht sich darum: Ist die Teilnahme der Sozialdemokratie an einem solchen „Parlament", wie es unsere Duma ist, und unter den gegebenen Umständen zulässig? Ist die Bildung einer Parlamentsfraktion zulässig, der keine sozialdemokratischen Parlamentarier angehören, die von Arbeiterorganisationen gewählt worden sind? Wir glauben, nein.

Der Parteitag hat den Antrag abgelehnt, als eine der Aufgaben der Partei den Kampf gegen das konstitutionelle Spiel, den Kampf gegen die konstitutionellen Illusionen zu betrachten. Der Parteitag hat sich nicht geäußert über die zwiespältige Natur der in der Duma dominierenden Partei der „Kadetten", in der die Bestrebungen, mit der Selbstherrschaft einen Pakt zu schließen und der Revolution die Spitze abzubrechen, ihr ein Ende zu setzen, so stark sind. Der Parteitag hat sich allzusehr beein-

drucken lassen von dem Augenblicks- und Scheinerfolg der Partei der bürgerlichen Vereinbarer der Selbstherrschaft mit der Volksfreiheit.

In den Resolutionen über den bewaffneten Aufstand hat der Parteitag ebenfalls nicht das gegeben, was notwendig war – eine unumwundene Kritik der Fehler des Proletariats, eine klare Einschätzung der Erfahrung vom Oktober und Dezember 1905, ja er hat nicht einmal den Versuch unternommen, das Wechselverhältnis zwischen Streik und Aufstand zu erforschen; statt dessen überwiegen in den Resolutionen ängstliche Vorbehalte gegen den bewaffneten Aufstand. Der Parteitag hat der Arbeiterklasse nicht offen und klar gesagt, daß der Dezemberaufstand ein Fehler war, zugleich aber hat er den Dezemberaufstand in versteckter Form verurteilt. Wir glauben, daß man auf diese Weise das revolutionäre Bewußtsein des Proletariats eher trübt als klärt.

Gegen diejenigen Beschlüsse des Parteitags, die wir für irrig halten, müssen und werden wir ideologisch kämpfen. Dabei erklären wir jedoch vor der gesamten Partei, daß wir gegen jede Spaltung sind. Wir sind für die Unterordnung unter die Parteitagsbeschlüsse. Da wir einen Boykott des Zentralkomitees ablehnen und die gemeinsame Arbeit schätzen, haben wir uns einverstanden erklärt, daß Gesinnungsgenossen von uns dem ZK angehören, obwohl sie dort in verschwindender Minderheit sein werden. Nach unserer tiefen Überzeugung müssen die sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen einheitlich sein, aber in diesen einheitlichen Organisationen soll eine breite und freie Erörterung der Parteifragen, eine freie und kameradschaftliche Kritik und Beurteilung der Erscheinungen des Parteilebens erfolgen.

In der Organisationsfrage sind wir nur hinsichtlich der Rechte der Redaktion des Zentralorgans verschiedener Meinung gewesen. Wir haben das Recht des ZK verfochten, die Redaktion des ZO zu ernennen und abzusetzen.[99] Alle waren wir uns einig über das Prinzip des demokratischen Zentralismus, über die Wahrung der Rechte jeder Minderheit und jeder loyalen Opposition, über die Autonomie jeder Parteiorganisation, über die Anerkennung der Wählbarkeit, Rechenschaftspflicht und Absetzbarkeit aller Parteifunktionäre. In der praktischen Einhaltung dieser Organisationsprinzipien, in ihrer aufrichtigen und konsequenten Verwirklichung sehen wir eine Garantie gegen Spaltungen, eine Garantie dafür, daß der ideologische Kampf in der Partei mit der strengsten organisatorischen

Einheit, mit der Unterordnung aller unter die Beschlüsse des allgemeinen Parteitags durchaus vereinbar sein kann und muß.

Zu solcher Unterordnung und zu solchem ideologischen Kampf fordern wir alle unsere Anhänger auf; allen Parteimitgliedern empfehlen wir, die Parteitagsbeschlüsse sorgfältig auszuwerten. Die Revolution lehrt – und wir glauben, daß die praktische Einheit des Kampfes des sozialdemokratischen Proletariats ganz Rußlands unsere Partei vor verhängnisvollen Fehlern bewahren wird, wenn die kommende politische Krise zur Entscheidung drängt. Zur Zeit des Kampfes werden die Ereignisse selbst den Arbeitermassen die richtige Taktik eingeben. Bieten wir alle Anstrengungen auf, damit unsere Einschätzung dieser Taktik mithilft, die Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie zu erfüllen, damit die Arbeiterpartei nicht, um einen Scheinerfolg zu erjagen, vom konsequenten proletarischen Wege abweicht, damit das sozialistische Proletariat seine große Mission als Vorkämpfer für die Freiheit zu Ende führt!

Geschrieben am 25. und 26. April (8. und 9. Mai) 1906.

Veröffentlicht als Sonderdruck. *Nach dem Text des Sonderdrucks.*

BERICHT
ÜBER DEN VEREINIGUNGSPARTEITAG DER SDAPR

(Brief an die Petersburger Arbeiter)[100]

Geschrieben im Mai 1906.
Veröffentlicht im Juni 1906
als Broschüre im Verlag
„Wperjod" (Vorwärts), Moskau.

Nach dem Text der Broschüre.

Н. ЛЕНИНЪ.

ДОКЛАДЪ

ОБЪ ОБЪЕДИНИТЕЛЬНОМЪ СЪѢЗДѢ РОССІЙСКОЙ СОЦІАЛЪ-ДЕМОКРАТИЧЕСКОЙ РАБОЧЕЙ ПАРТІИ

(Письмо къ петербургскимъ рабочимъ).

Цѣна 25 коп.

МОСКВА.
1906.

Umschlag von W. I. Lenins Broschüre
„Bericht über den Vereinigungsparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands"
1906
Verkleinert

Genossen! Ihr habt mich als Delegierten zum Vereinigungsparteitag der SDAPR gewählt. Da es mir gegenwärtig nicht möglich ist, persönlich nach Petersburg zu kommen, erlaube ich mir, meinen Bericht über den Parteitag schriftlich zu erstatten und beiläufig einige Gedanken über den Parteitag darzulegen.

Bevor ich zur Sache komme, muß ich einen wichtigen Vorbehalt machen. Es ist völlig unmöglich, sich genau an alles zu erinnern, was sich auf dem Parteitag ereignet hat, der 120 oder mehr Teilnehmer zählte und etwa 30 Sitzungen umfaßte. Da ich als einer der Vorsitzenden im Büro des Parteitags beschäftigt war und außerdem einigen Kommissionen angehörte, konnte ich während des Parteitags keine Aufzeichnungen machen. Sich ohne Aufzeichnungen völlig auf sein Gedächtnis zu verlassen ist unmöglich. Eine Reihe einzelner Episoden und einzelner Reden auf dem Parteitag habe ich einfach nicht gehört, da ich wegen Kommissionssitzungen oder aus zufälligen und persönlichen Gründen nicht im Sitzungssaal anwesend war. Die Erfahrungen der vorhergehenden Parteitage (des II. und des III.), die der Zahl der Delegierten nach kleiner waren, haben mir gezeigt, daß es selbst bei angespannter Aufmerksamkeit völlig unmöglich ist, aus dem Kopf ein genaues Bild des Parteitags zu geben. Als die Protokolle des II. und des III. Parteitags erschienen, las ich diese Protokolle wie neue Bücher, obwohl ich selbst am Parteitag teilgenommen hatte, denn diese Bücher gaben mir wirklich nicht wenig Neues und veranlaßten mich, zahlreiche ungenaue oder unvollständige persönliche Eindrücke vom Parteitag zu berichtigen. Daher bitte ich dringend, im Auge zu behalten, daß der vorliegende Brief nur der Rohentwurf eines Berichtes ist, der in jedem Fall auf Grund der Parteitagsprotokolle einer Berichtigung bedarf.

I

DIE ZUSAMMENSETZUNG DES PARTEITAGS

Ich beginne mit der Zusammensetzung des Parteitags. Delegierte mit beschließender Stimme waren bekanntlich je einer auf 300 Parteimitglieder gewählt worden. Solche Delegierte gab es etwa 110 – zu Beginn des Parteitags waren es, glaube ich, etwas weniger (nicht alle waren rechtzeitig angekommen), zum Schluß dürften es 113 gewesen sein. Mit beratender Stimme waren 5 Redakteure des Zentralorgans (3 von der „Minderheit" und 2 von der „Mehrheit", denn ich hatte von Euch ein Mandat mit beschließender Stimme erhalten) und, wenn ich nicht irre, fünf Mitglieder des Vereinigten Zentralkomitees anwesend. Sodann waren mit beratender Stimme Delegierte von Organisationen anwesend, die keine beschließende Stimme erhalten hatten, und einige besonders zum Parteitag Eingeladene (zwei Mitglieder der „Agrarkommission", dann Plechanow und Axelrod, ferner Gen. Akimow und einige andere). Mit beratender Stimme gab es außerdem einige Delegierte großer Organisationen mit über 900 Arbeitern (aus Petersburg, aus Moskau, von der südrussischen Gebietsorganisation usw.). Schließlich hatten die Vertreter der nationalen sozialdemokratischen Parteien beratende Stimme: drei von der polnischen Sozialdemokratie, ebenso viele von der lettischen und von der jüdischen (dem „Bund") und einer von der Ukrainischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (diesen Namen hat, wie sich herausstellt, die Revolutionäre Ukrainische Partei auf ihrer letzten Konferenz angenommen[101]). Insgesamt 30 oder etwas mehr Teilnehmer mit beratender Stimme. Alles in allem demnach nicht 120, sondern über 140 Teilnehmer.

Nach ihrer „Richtung" hinsichtlich der taktischen Plattform oder, wenn man so will, nach ihrer fraktionellen Stellung verteilten sich die Delegierten mit beschließender Stimme ungefähr wie folgt: 62 Menschewiki und 46 Bolschewiki. Zumindest haben sich mir diese Zahlen aus all den vielen „fraktionellen" Abstimmungen auf dem Parteitag am besten eingeprägt. Ein Teil der Delegierten war natürlich farblos oder schwankte in manchen Fragen – was man in der Parlamentssprache als „Zentrum" oder „Sumpf" bezeichnet. Auf dem Parteitag war dieses „Zentrum" auffallend schwach, wenn auch einige Genossen, die von mir auf Grund der Abstimmungen

den Menschewiki zugezählt wurden, darauf Anspruch erhoben, als „Versöhnler" oder „Zentrum" bezeichnet zu werden. Von den halbwegs wichtigen Abstimmungen auf dem Parteitag ist mir nur eine im Gedächtnis geblieben (die Abstimmung über die Vereinigung des „Bund" mit der Partei), bei der diese „menschewistischen Versöhnler" tatsächlich nicht fraktionell stimmten. Über diese Abstimmung, bei der die streng fraktionellen Menschewiki, soweit ich mich erinnere, mit einer Mehrheit von 59 Stimmen geschlagen wurden, werde ich weiter unten ausführlich sprechen.

Also 62 und 46. Der Parteitag war menschewistisch. Die Menschewiki hatten ein festes und gesichertes Übergewicht, das ihnen sogar gestattete, sich beizeiten zu verständigen und auf diese Weise die Beschlüsse des Parteitags vorwegzunehmen. Diese internen Abmachungen in Fraktionssitzungen sind im Grunde genommen ganz natürlich, wenn eine bestimmte kompakte Mehrheit vorhanden ist, und als sich einige Delegierte, besonders aus dem sogenannten Zentrum, darüber beklagten, nannte ich das in Gesprächen mit Delegierten „eine Klage des Zentrums über seine eigene Schwäche". Auf dem Parteitag wurde versucht, die Frage der Fraktionssitzungen aufzuwerfen, aber sie wurde abgesetzt, denn es stellte sich faktisch heraus, daß die Fraktionen sich sowieso zusammengeschlossen hatten, man konnte zu den Fraktionssitzungen auch Außenstehende zulassen und so diese Zusammenkünfte zu „offenen" machen. Gegen Schluß des Parteitags wurde beispielsweise, wie wir weiter unten sehen werden, über die Zusammensetzung des ZK im Grunde genommen nicht durch Wahlen auf dem Parteitag entschieden, sondern durch eine einfache „Vereinbarung" der Fraktionen. Ich will über diese Erscheinung nicht urteilen. Sie zu beklagen ist meines Erachtens nutzlos, denn sie läßt sich überhaupt nicht vermeiden, solange die alten fraktionellen Teilungen nicht aus der Welt geschafft sind.

Was innere Unterschiede innerhalb der Fraktionen betrifft, so möchte ich bemerken, daß solche nur in der Agrarfrage merklich zutage traten (ein Teil der Menschewiki war gegen die Munizipalisierung, während sich die Bolschewiki in „Roshkowisten", Anhänger der Aufteilung und Anhänger der Konfiskation mit Nationalisierung unter der Voraussetzung einer Republik teilten) sowie in der Frage der Vereinigung mit dem „Bund". Ferner sprang ins Auge, daß unter den Menschewiki völlig jene

Strömung fehlte, die im „Natschalo" klar zutage getreten war und die man in der Partei gewöhnlich mit den Namen der Genossen Parvus und Trotzki in Verbindung bringt. Zwar ist es möglich, daß es unter den Menschewiki „Parvusisten" und „Trotzkisten" gab – man hat mir beispielsweise versichert, es wären bis zu 8 Mann gewesen –, aber da die Frage der provisorischen revolutionären Regierung abgesetzt war, konnten sie nicht in Erscheinung treten. Wahrscheinlicher ist allerdings, daß infolge des allgemeinen Abschwenkens der Menschewiki auf dem Parteitag zu Plechanow, mit dessen „Dnewnik" sie vor dem Parteitag nicht einverstanden gewesen waren, auch die „Parvusisten" einen gewissen Schritt nach rechts gemacht haben. Ich erinnere mich nur an einen einzigen Fall, in welchem die „Parvusisten" unter den Menschewiki vielleicht alle Menschewiki zu einer kleinen Wendung zwangen. Das war der Zwischenfall beim Punkt über den bewaffneten Aufstand. Plechanow hatte als Vorsitzender der Kommission die alte menschewistische Resolution abgeändert und anstatt „die Macht zu entreißen" (an dieser Stelle der Resolution war von den Aufgaben der Bewegung die Rede) „mit Gewalt Rechte zu entreißen" (oder „Rechte zu erobern" – ich entsinne mich nicht mehr genau) geschrieben. Der Opportunismus dieser Abänderung sprang derart ins Auge, daß auf dem Parteitag die heftigsten Proteste laut wurden. Wir fielen über die Abänderung mit verdoppelter Kraft her. Die Reihen der Menschewiki wankten. Ich weiß nicht genau, ob Fraktionssitzungen stattfanden und was dort geschah; ich weiß nicht, ob die mir zugegangene Mitteilung richtig ist, wonach zehn zum „Parvusismus" neigende Menschewiki eine Erklärung abgaben, daß sie die Abänderung entschieden ablehnen. Tatsache ist, daß Plechanow nach den Debatten auf dem Parteitag die Abänderung selber zurückzog, ohne es zu einer Abstimmung darüber kommen zu lassen, sie zurückzog unter dem (diplomatisch vielleicht geschickten, aber mit Lächeln aufgenommenen) Vorwand, es lohne sich nicht, lange um die „Stilistik" zu streiten.

Schließlich will ich, um die Zusammensetzung des Parteitags abzuschließen, noch etwas über die Mandatsprüfungskommission (die Kommission zur Prüfung der Zusammensetzung des Parteitags) sagen. Es gab ihrer zwei, denn die erste, vom Parteitag gewählte, trat geschlossen zurück.[102] Diese Tatsache ist ganz außergewöhnlich, so etwas ist auf früheren Parteitagen niemals vorgekommen. Auf alle Fälle zeugt sie davon, daß bei

der Prüfung der Zusammensetzung des Parteitags verschiedenes höchst anormal war. Ich erinnere mich, daß der Vorsitzende der ersten Kommission ein Versöhnler war, der zunächst auch unserer Fraktion Vertrauen einflößte. Wenn er seine Kommission nicht unter einen Hut bringen konnte, wenn er mit der ganzen ersten Kommission zurücktreten mußte, so heißt das, daß der Versöhnler nicht imstande war, zu versöhnen. Die Einzelheiten des Kampfes auf dem Parteitag wegen der Berichte der Mandatsprüfungskommission sind meiner Aufmerksamkeit am meisten entgangen. Der Kampf war mehrmals sehr heftig, Mandate von Bolschewiki wurden für ungültig erklärt, die Leidenschaften entbrannten, und beim Rücktritt der ersten Kommission kam es zur Explosion – aber gerade in diesem Augenblick war ich nicht im Sitzungssaal. Mir ist noch eine, augenscheinlich ziemlich ernste, Tatsache im Gedächtnis geblieben, die mit der Zusammensetzung des Parteitags in Verbindung steht. Das ist ein Protest von Tifliser Arbeitern (ich glaube, von etwa 200) gegen die Vollmachten der Tifliser Delegation, die fast durch die Bank menschewistisch war und durch ihre zahlenmäßige Stärke – wohl an die elf Mann – hervorstach. Dieser Protest wurde auf dem Parteitag verlesen und müßte sich demnach in den Protokollen befinden.[103]

Die Tätigkeit der Mandatsprüfungskommissionen muß ebenfalls in den Protokollen festgehalten sein, vorausgesetzt, daß diese Kommissionen ihre Arbeit einigermaßen sorgfältig geleistet und einen regelrechten Bericht über die Prüfung der Vollmachten und über alle Wahlen zum Parteitag verfaßt haben. Ob das geschehen ist und ob ein solcher Bericht in den Protokollen erscheinen wird, weiß ich nicht. Wenn nein, dann steht außer Zweifel, daß sich die Kommissionen ihrer Aufgabe nicht mit gebührender Aufmerksamkeit und Sorgfalt entledigt haben. Wenn ja, dann werde ich möglicherweise vieles von dem oben Gesagten korrigieren müssen, denn in einer solchen nicht prinzipiellen, sondern rein konkreten und sachlichen Frage ist es besonders leicht, sich bei der Sammlung allgemeiner Eindrücke zu irren, und besonders wichtig, die Dokumente aufmerksam zu studieren.

Nebenbei will ich, um mit den Formalitäten abzuschließen und rascher zu den interessanteren prinzipiellen Fragen überzugehen, noch etwas über die Protokolle sagen. Ich fürchte, daß unser Parteitag auch in dieser Beziehung schlechter sein wird als der zweite und auch der dritte. Auf die-

sen beiden Parteitagen wurden die Protokolle vollständig vom Parteitag bestätigt. Auf dem Vereinigungsparteitag zeigte sich zum erstenmal eine solche Nachlässigkeit der Sekretäre, eine solche Eile, mit dem Parteitag zu Ende zu kommen (obwohl eine ganze Reihe höchst wichtiger Fragen von der Tagesordnung des Parteitags abgesetzt wurde), daß auf dem Parteitag *nicht* alle Protokolle bestätigt wurden. Die Protokollkommission (2 Menschewiki und 2 Bolschewiki) verläßt diesen Parteitag mit unerhört weitreichenden und verschwommenen Vollmachten: die nicht abgeschlossenen Protokolle zu bestätigen. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten soll sie an die in Petersburg befindlichen Parteitagsdelegierten appellieren. Das ist alles sehr betrüblich. Ich fürchte, daß wir so gute Protokolle wie die des II. und des III. Parteitags nicht erhalten werden. Gewiß, wir hatten zwei Stenografen, und manche Reden liegen fast wörtlich vor, nicht als Konspekte wie früher, aber von einem vollständigen Stenogramm der Debatten auf dem Parteitag kann keine Rede sein, denn eine solche Arbeit überstieg völlig die Kräfte der zwei Stenografen, wie diese dem Parteitag auch mehrmals erklärten. Wenn ich den Vorsitz führte, bestand ich immer darauf, daß die Sekretäre um jeden Preis gute, wenn auch ganz kurze Konspekte lieferten: die Stenogramme einzelner Reden können ja als luxuriöse Ergänzung der Protokolle dienen, aber es muß eine Grundlage geben, es müssen nicht einzelne Reden, sondern ausnahmslos alle Diskussionsbeiträge, sei es auch nur in Form von Konspekten, vorhanden sein.[104]

II

DIE WAHL DES BÜROS · DIE TAGESORDNUNG DES PARTEITAGS

Ich gehe nun dazu über, von den Verhandlungen des Parteitags in der Reihenfolge der Sitzungen zu berichten. Die Abstimmung über die Wahl des Büros war die erste Abstimmung, und sie nahm im Grunde (so sonderbar das auch der Sache Fernstehenden erscheinen mag) den Ausgang aller wichtigen Abstimmungen des Parteitags vorweg. Rund 60 Stimmen (genau wohl 58, wenn mich mein Gedächtnis nicht trügt) wurden für Plechanow und Dan abgegeben, wobei auf den Stimmzetteln der Platz

für den dritten Kandidaten häufig frei blieb. Über vierzig oder rund vierzig Stimmen waren für mich. Dann trat das „Zentrum" auf den Plan und brachte bald dem einen, bald dem anderen Kandidaten so an die 10 oder 15 zusätzliche Stimmen. Gewählt wurden: Plechanow, scheint mir, mit 69 (oder 71?), Dan mit 67 und ich mit 60 Stimmen.

Die Diskussion über die Tagesordnung des Parteitags nahm zweimal eine interessante Wendung und warf ein helles Licht auf die Zusammensetzung und den Charakter des Parteitags. Hierher gehört erstens die Debatte darüber, ob die Vereinigung mit den nationalen sozialdemokratischen Parteien an erster Stelle behandelt werden sollte. Die nationalen Parteien wollten das natürlich. Wir waren ebenfalls dafür. Die Menschewiki vereitelten es mit der Begründung: Soll sich doch die SDAPR zuerst über sich selbst klarwerden und sich dann mit den anderen verschmelzen, „wir" wollen zuerst selbst bestimmen, *was* „wir" sind, und dann werden wir uns mit „ihnen" verschmelzen. Auf dieses (psychologisch durchaus verständliche und vom menschewistischen Fraktionsstandpunkt richtige) Argument entgegneten wir: Ist es nicht sonderbar, den nationalen Parteien das Recht abzusprechen, sich *gemeinsam* mit uns über sich klarzuwerden? Wenn „sie" sich mit „uns" verschmelzen, dann werden und müssen „wir" gemeinsam – sie eingeschlossen – bestimmen, *was* „wir" sind. Es muß noch bemerkt werden, daß hinsichtlich der polnischen Sozialdemokratie das Vereinigte ZK schon vor dem Parteitag ein Abkommen über die völlige Verschmelzung getroffen hatte. Trotzdem wurde es abgelehnt, diesen Punkt an erster Stelle zu behandeln. Genosse Warszawski, Mitglied der polnischen Delegation, wandte sich mit solcher Offenheit dagegen, daß er den Menschewiki unter allgemeiner Heiterkeit sogar zurief: Sie wollen zuerst die Bolschewiki „fressen" oder „schlachten" und sich dann mit uns vereinigen! Das war natürlich ein Scherz, und ich bin am allerwenigsten geneigt, an „furchtbaren Worten", wie etwa an dem Wort „fressen", Anstoß zu nehmen, aber dieser Scherz brachte in drastischer Form eine sehr treffende Einschätzung der einzigartigen politischen Situation zum Ausdruck.

Die zweite interessante Auseinandersetzung drehte sich darum, ob man den Punkt über den gegenwärtigen Abschnitt unserer Revolution und die Klassenaufgaben des Proletariats in die Tagesordnung aufnehmen solle. Wir Bolschewiki waren natürlich dafür – entsprechend unserer Erklärung

in Nr. 2 der „Partinyje Iswestija".* Vom prinzipiellen Standpunkt aus konnte keine Rede davon sein, die grundlegende Frage zu umgehen, ob die Revolution wirklich einem Aufschwung entgegengeht, welche Formen der revolutionären Bewegung jetzt kraft der gegenwärtigen objektiven Bedingungen die wichtigsten sind und welche Aufgaben sich daraus für das Proletariat ergeben. Indem sich die Menschewiki überhaupt gegen die Aufnahme dieses Punktes in die Tagesordnung aussprachen, gerieten sie in eine wenig beneidenswerte Lage. Ihre Argumente von der Art, das wäre eine theoretische Frage, man dürfe die Partei in solchen Fragen nicht durch Resolutionen binden usw., waren so gekünstelt und konstruiert, daß es direkt verblüffend war. Gelächter wurde laut, als ein Redner auf die Rede Dans – er war es wohl, der gegen die Aufnahme dieses Punktes in die Tagesordnung gewettert hatte – damit antwortete, daß er die Nr. 2 der „Partinyje Iswestija" hervorzog und gelassen die „fatalen Worte" der menschewistischen taktischen Plattform vorlas: „wir" – nämlich wir Menschewiki – „wir erklären und *beantragen, der Parteitag wolle beschließen*". Wie ist das möglich, Genossen? fragte der Redner. Gestern „beantragten wir, der Parteitag wolle beschließen", und heute „beantragen wir, der Parteitag wolle" diesen Punkt nicht behandeln? Der Punkt wurde in die Tagesordnung des Parteitags aufgenommen, aber die Menschewiki setzten in der Folge, wie wir weiter unten sehen werden, trotzdem ihren Willen durch.

III

DIE AGRARFRAGE

Die Agrarfrage, richtiger gesagt, die Frage des Agrarprogramms, wurde vom Parteitag an erster Stelle behandelt. Die Diskussion war ausgedehnt. Eine Menge äußerst interessanter prinzipieller Fragen wurde aufgeworfen. Es gab fünf Referenten: Ich vertrat den Entwurf der Agrarkommission (veröffentlicht in der Broschüre „Die Revision des Agrarprogramms der Arbeiterpartei") und griff die Munizipalisierung Maslows an. Gen. John verteidigte sie. Der dritte Referent, Plechanow, verteidigte Maslow und suchte dem Parteitag einzureden, die Leninsche Nationalisierung

* Siehe den vorliegenden Band, S. 141. *Die Red.*

liege auf der Linie der Sozialrevolutionäre und Narodowolzen. Der vierte Referent, Schmidt[105], verteidigte den Entwurf der Agrarkommission mit Abänderungen im Sinne der „Variante A" (siehe diese Variante in der obenerwähnten Broschüre*). Der fünfte Referent, Borissow, setzte sich für die Aufteilung ein. Sein Programm war originell aufgebaut, aber im Grunde kam es dem unsrigen am nächsten, nur daß es die von der Errichtung der Republik abhängig gemachte Nationalisierung durch die Aufteilung des Grund und Bodens unter die Bauern als deren Eigentum ersetzte.

Selbstverständlich kann ich in diesem Rechenschaftsbericht die ausgedehnte Debatte nicht in allen Einzelheiten darlegen. Ich werde mich bemühen, nur das Hauptsächliche zu skizzieren, d. h. das Wesen der „Munizipalisierung" und die Argumente gegen eine von der Errichtung der Republik usw. abhängig gemachte Nationalisierung. Dabei möchte ich bemerken, daß in den Blickpunkt der ganzen Debatte die Plechanowsche Fragestellung rückte, und zwar dank ihrer polemischen Schärfe, die vom Standpunkt einer präzisen Unterscheidung zwischen grundlegenden Tendenzen dieser oder jener Gedankenrichtung stets vorteilhaft und wünschenswert ist.

Worin besteht das Wesen der „Munizipalisierung"? In der Übergabe der Gutsbesitzerländereien (genauer: aller Ländereien des privaten Großgrundbesitzes) in die Hände der Semstwos oder überhaupt örtlicher Selbstverwaltungsorgane. Das Anteilland der Bauern und der Boden der Kleineigentümer soll in deren Besitz verbleiben. Die großen Güter werden „enteignet" und gehen in den Besitz demokratisch organisierter örtlicher Selbstverwaltungsorgane über. Einfacher kann man das so ausdrücken: Das Bauernland soll bäuerliches Eigentum sein, das Gutsbesitzerland aber sollen die Bauern von den Semstwos, allerdings demokratischen Semstwos, pachten.

Als erster Referent sprach ich mich entschieden gegen dieses Projekt aus. Es ist nicht revolutionär. Die Bauern werden darauf nicht eingehen. Es ist schädlich, wenn es nicht eine völlig konsequente demokratische Staatsordnung gibt – einschließlich der Republik, der Wahl der Beamten durch das Volk, der Abschaffung des stehenden Heeres usw. Das waren meine drei Hauptargumente.

Ich halte dieses Projekt nicht für revolutionär, erstens, weil darin anstatt von Konfiskation (entschädigungsloser Enteignung) von Enteignung

* Siehe den vorliegenden Band, S. 188. *Die Red.*

schlechthin gesprochen wird; zweitens, und das ist die Hauptsache, weil in diesem Projekt nicht dazu aufgefordert wird, die Agrarumwälzung auf *revolutionärem* Wege zu verwirklichen. Phrasen über Demokratismus besagen noch gar nichts in einer Zeit, da sich die Kadetten, diese heuchlerischen Vereinbarer zwischen Selbstherrschaft und Volk, Demokraten nennen. Jederlei Agrarumwälzung läuft auf eine liberal-bürokratische *Reform*, auf eine kadettische Reform hinaus, und nicht auf eine Bauernrevolution, wenn nicht die Losung aufgestellt wird, daß die Bauern selber gleich an Ort und Stelle, d. h. eben revolutionäre Bauernkomitees, vom Grund und Boden *unverzüglich* Besitz ergreifen und bis zum Zusammentritt einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung auch selber über diesen in Besitz genommenen* Boden *verfügen*. Ohne diese Losung werden wir ein Programm der kadettischen oder halbkadettischen Agrarreform und nicht der Bauernrevolution haben.

Weiter. Auf die Munizipalisierung werden sich die Bauern nicht einlassen. Munizipalisierung bedeutet: Das Anteilland nimm dir umsonst, für das Gutsbesitzerland aber zahle Pacht an das Semstwo. Die revolutionären Bauern werden darauf nicht eingehen. Sie werden entweder sagen: wir teilen alles Land unter uns auf, oder: wir machen alles Land zum Eigentum des ganzen Volkes. Die Losung der Munizipalisierung wird niemals zur Losung der revolutionären Bauernschaft werden. Siegt die Revolution, so wird sie *auf keinen Fall* bei der Munizipalisierung haltmachen können. Siegt die Revolution nicht, so wird bei der „Munizipalisierung" nur eine neue Begaunerung der Bauern nach Art der Reform von 1861 herauskommen.

Mein drittes Hauptargument. Die Munizipalisierung ist schädlich, wenn man sie ganz allgemein vom „Demokratismus" und nicht speziell von der

---

* In meinem Entwurf hieß es „konfiszierten". Genosse Borissow bemerkte mit Recht, das sei eine falsche Formulierung. Man müsse sagen „in Besitz genommenen". Konfiskation ist die juridische Anerkennung der Besitzergreifung, ihre Bestätigung durch ein Gesetz. Wir müssen die Losung der Konfiskation aufstellen. Um sie zu verwirklichen, müssen wir die Bauern zur *Besitzergreifung* aufrufen. Diese bäuerliche Besitzergreifung muß anerkannt, gesetzlich verankert werden durch eine vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung, welche als höchstes Organ des souveränen Volkes auf Grund eines von ihr zu erlassenden Gesetzes aus der Besitzergreifung eine *Konfiskation* machen wird.

Republik und der Wahl der Beamten durch das Volk abhängig macht. Munizipalisierung bedeutet die Übergabe des Grund und Bodens an die örtlichen Machtorgane, an die Selbstverwaltungsorgane. Wenn die Zentralgewalt nicht *völlig* demokratisch sein wird (Republik usw.), dann können die Lokalbehörden nur in Kleinigkeiten „autonom", nur in Fragen wie der Verzinnung von Waschschüsseln selbständig und nur soweit „demokratisch" bleiben, wie, sagen wir, unsere Semstwos unter Alexander III. „demokratisch" waren. In wichtigen Fragen dagegen, und besonders in einer so grundlegenden Frage wie der des gutsherrlichen Grundbesitzes, ist der Demokratismus lokaler Behörden gegenüber einer nicht demokratischen Zentralgewalt Spielerei. Gibt es keine Republik und werden die Beamten nicht vom Volk gewählt, so bedeutet die Munizipalisierung: die Gutsbesitzerländereien den gewählten Lokalbehörden übergeben, selbst wenn die Zentralgewalt Trepow und Dubassow verbliebe. Eine solche Reform wird eine Spielerei sein, und zwar eine schädliche Spielerei, denn die Trepow und Dubassow werden den gewählten Lokalbehörden zwar das Recht einräumen, Wasserleitungen, Straßenbahnen usw. zu bauen, aber *niemals können* sie ihnen die den Gutsbesitzern weggenommenen Ländereien überlassen. Die Trepow und Dubassow werden dann diese Ländereien aus der „Zuständigkeit" der Semstwos in die „Zuständigkeit" des Innenministeriums *überführen*, und die Bauern werden dreifach geprellt sein. Man muß zum Sturz der Trepow und Dubassow, zur Wahl aller Beamten durch das Volk aufrufen und darf nicht statt dessen und bis dahin Spielzeugmodelle irgendeiner liberalen lokalen Reform entwerfen.

Welches waren nun die Plechanowschen Argumente zur Verteidigung der Munizipalisierung? Am stärksten schob er in seinen beiden Reden die Frage der *Garantie gegen eine Restauration* in den Vordergrund. Dieses originelle Argument bestand in folgendem. Die Nationalisierung des Grund und Bodens sei die ökonomische Grundlage des Moskauer Russischen Reiches in der Epoche vor Peter gewesen. Unsere jetzige Revolution biete an sich ebensowenig Garantien gegen eine Restauration wie jede andere Revolution. Deshalb müsse man sich, um eine Restauration (d. h. die Wiederherstellung der alten, vorrevolutionären Ordnung) zu vermeiden, gerade vor der Nationalisierung besonders hüten.

Dieses Argument Plechanows schien den Menschewiki außerordentlich

einzuleuchten, und sie klatschten Plechanow begeistert Beifall, besonders wegen seiner „starken Worte" über die Nationalisierung (sie liege auf der Linie der Sozialrevolutionäre usw.). Dabei wird man sich bei einigem Nachdenken leicht davon überzeugen können, daß dieses Argument auf reine Sophistik hinausläuft.

In der Tat, man betrachte sich zunächst diese „Nationalisierung im Moskauer Russischen Reich vor Peter". Wir wollen gar nicht davon sprechen, daß Plechanows historische Anschauungen in einer Übertreibung der liberal-volkstümlerischen Auffassung vom Moskauer Reich bestehen. Man kann nicht im Ernst von einer Nationalisierung des Grund und Bodens im Russischen Reich vor Peter reden – ich verweise nur auf Kljutschewski, Jefimenko u. a. Aber lassen wir diese historischen Forschungen beiseite. Nehmen wir für einen Augenblick an, im Moskauer Reich vor Peter, im 17. Jahrhundert, wäre der Grund und Boden wirklich nationalisiert gewesen. Was folgt daraus? Nach Plechanows Logik folgt daraus, daß die Durchführung der Nationalisierung bedeuten würde, die Restauration des Moskauer Reiches zu erleichtern. Aber eine solche Logik ist eben Sophismus und nicht Logik, sie ist ein Spiel mit Worten ohne jede Analyse der ökonomischen Grundlage der Erscheinungen oder des ökonomischen Inhalts der Begriffe. Insofern es im Moskauer Reich (oder: wenn es im Moskauer Reich) eine Nationalisierung des Grund und Bodens gab, war ihre ökonomische Grundlage die *asiatische Produktionsweise.* Indessen hat sich in Rußland seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die *kapitalistische Produktionsweise* gefestigt, und im 20. Jahrhundert ist sie zur unbedingt vorherrschenden geworden. Was bleibt da von Plechanows Argument übrig? Die auf asiatischer Produktionsweise beruhende Nationalisierung hat er mit der auf kapitalistischer Produktionsweise beruhenden Nationalisierung in einen Topf geworfen. Wegen der Identität der Worte übersah er den grundlegenden Unterschied der ökonomischen Verhältnisse, nämlich der Produktionsverhältnisse. Während er seine Argumentation auf der Restauration des Moskauer Reiches (d. h. der angeblichen Restauration asiatischer Produktionsweisen) aufbaute, sprach er in Wirklichkeit von einer politischen Restauration nach Art der Restauration der Bourbonen (auf die er sich berief), d. h. von der Restauration einer antirepublikanischen Regierungsform auf dem Boden kapitalistischer Produktionsverhältnisse.

Wurde Plechanow auf dem Parteitag darauf hingewiesen, daß er sich verheddert hat? O ja. Ein Genosse, der sich auf dem Parteitag Demjan[106] nannte, erklärte in seiner Rede, bei der „Restauration", mit der uns Plechanow ins Bockshorn zu jagen gedachte, sei reinweg nichts herausgekommen. Aus den Prämissen seiner Argumentation ergebe sich eine Restauration des Moskauer Russischen Reiches, d. h. eine Restauration der asiatischen Produktionsweise, d. h. glatter Unsinn in der Epoche des Kapitalismus. Aus seinen Schlußfolgerungen und Beispielen dagegen ergebe sich eine Restauration des Kaiserreichs durch Napoleon oder eine Restauration der Bourbonen nach der großen französischen bürgerlichen Revolution. Aber eine derartige Restauration hätte mit vorkapitalistischen Produktionsweisen nichts gemein gehabt. Das zum ersten. Und zweitens wäre eine *solche* Restauration gerade nicht auf die Nationalisierung des Grund und Bodens gefolgt, sondern auf den Verkauf der Gutsbesitzerländereien, d. h. auf eine erzbürgerliche, rein bürgerliche Maßnahme, welche die bürgerlichen, d. h. kapitalistischen Produktionsverhältnisse unbedingt festige. *Keine* der von Plechanow eingeschmuggelten Restaurationen habe also mit der Frage der Nationalisierung die geringste sachliche Beziehung, weder die Restauration der asiatischen Produktionsweise (die Restauration des Moskauer Russischen Reiches) noch die Restauration des 19. Jahrhunderts in Frankreich.

Was antwortete nun Gen. Plechanow auf diese völlig unwiderleglichen Argumente des Gen. Demjan? Er antwortete außerordentlich geschickt. Lenin ist ein Sozialrevolutionär, rief er aus, Genosse Demjan aber setzt mir so etwas wie Demjans Fischsuppe vor.*

Die Menschewiki waren vor Vergnügen außer sich. Sie bogen sich vor Lachen über Plechanows glänzenden Witz. Donnernder Beifall ließ den Sitzungssaal erzittern. Die Frage, ob Plechanow mit seiner Restauration zu Rande zu kommen vermochte, war ein für allemal vom menschewistischen Parteitag abgesetzt.

Ich bin selbstverständlich weit davon entfernt, bestreiten zu wollen, daß Plechanows Antwort eine Perle nicht nur glänzenden Witzes, sondern, wenn man so will, auch marxistischen Tiefsinns war. Aber ich erlaube mir dennoch die Meinung, daß sich Gen. Plechanow zwischen der Restauration des Moskauer Russischen Reiches und der Restauration des

* Nach einer Fabel von I. A. Krylow. *Die Red.*

19. Jahrhunderts in Frankreich heillos verheddert hat. Ich erlaube mir die Meinung, daß „Demjans Fischsuppe" zu einem „historischen Ausdruck" werden wird, freilich nicht in bezug auf Gen. Demjan (wie die vom Glanz des Plechanowschen Witzes geblendeten Menschewiki glauben), *sondern in bezug auf Gen. Plechanow.* Zumindest sprachen mehrere Delegierte auf dem Vereinigungsparteitag anläßlich der Reden Plechanows von „gemischter Fleisch- und Gemüsesuppe auf Moskauer Art" und von „Wurstwitzen", als Gen. Plechanow bei der Frage der Machtergreifung in der gegenwärtigen russischen Revolution seine Menschewiki dadurch erheiterte, daß er die Geschichte eines Kommunarden in irgendeinem Provinzstädtchen Frankreichs erzählte, der nach mißlungener „Machtergreifung" seelenruhig Wurst gegessen haben soll.

Auf dem Parteitag war ich, wie schon oben bemerkt, der erste Referent zur Agrarfrage. Das Schlußwort gab man mir nicht als letztem, sondern ebenfalls als erstem der fünf Referenten. Ich sprach daher *nach* Gen. Demjan und *vor* Gen. Plechanow. Folglich konnte ich Plechanows geniale Verteidigung gegen die Argumente Demjans nicht voraussehen. Ich wiederholte nur kurz diese Argumente und legte das Schwergewicht nicht darauf, die völlige Inhaltslosigkeit des Geredes über die Restauration als Argument für die Munizipalisierung nachzuweisen, sondern darauf, die Frage der Restauration dem Wesen der Sache nach zu untersuchen. Um welche Garantien gegen eine Restauration handelt es sich – fragte ich Gen. Plechanow. Um eine absolute Garantie im Sinne einer Beseitigung der ökonomischen Grundlage, welche die Restauration erzeugt? Oder um eine relative und zeitweilige Garantie, d. h. um die Schaffung politischer Bedingungen, die zwar die Möglichkeit einer Restauration nicht beseitigen, wohl aber eine solche Restauration weniger wahrscheinlich machen, sie lediglich erschweren? Wenn um die erste, dann antworte ich: Eine vollständige Garantie gegen eine Restauration in Rußland (nach einer siegreichen Revolution in Rußland) kann *einzig und allein* die sozialistische Umwälzung im Westen sein. Eine andere Garantie gibt es nicht und kann es nicht geben. Von dieser Seite gesehen, läuft die Frage also darauf hinaus, wie und womit die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland die sozialistische Revolution im Westen erleichtern oder beschleunigen kann. Auf diese Frage ist nur eine Antwort denkbar: Wenn der klägliche 17. Oktober einen starken Aufschwung der Arbeiterbewegung in Europa

hervorgerufen hat, dann wird der *volle* Sieg der bürgerlichen Revolution in Rußland fast unvermeidlich (oder mindestens mit aller Wahrscheinlichkeit) eine Reihe solcher politischer Erschütterungen in Europa hervorrufen, die ein äußerst starker Anstoß zur sozialistischen Revolution sein werden.

Nun wollen wir die „zweite", d. h. die relative Garantie gegen eine Restauration betrachten. Worin besteht die ökonomische Grundlage einer Restauration auf der Basis der kapitalistischen Produktionsweise, d. h. nicht einer humoristischen „Restauration des Moskauer Russischen Reiches", sondern einer Restauration nach Art der französischen zu Beginn des 19. Jahrhunderts? In der Lage des kleinen Warenproduzenten in jeder kapitalistischen Gesellschaft. Der kleine Warenproduzent schwankt zwischen Arbeit und Kapital. Gemeinsam mit der Arbeiterklasse kämpft er gegen Leibeigenschaft und polizeiliche Selbstherrschaft. Aber zugleich drängt es ihn, seine Stellung als Eigentümer in der bürgerlichen Gesellschaft zu festigen, und deshalb wendet sich der kleine Warenproduzent, wenn sich die Entwicklungsbedingungen *dieser* Gesellschaft einigermaßen günstig gestalten (z. B. industrieller Aufschwung, Erweiterung des inneren Marktes infolge einer Agrarumwälzung usw.), *unweigerlich* gegen den Proletarier, der für den Sozialismus kämpft. Folglich ist, sagte ich, die Restauration auf der Grundlage der kleinen Warenproduktion, des bäuerlichen Kleineigentums in der kapitalistischen Gesellschaft in Rußland nicht nur möglich, sondern sogar *unvermeidlich*, denn Rußland ist ein vorwiegend kleinbürgerliches Land. Die Lage der russischen Revolution, sagte ich weiter, kann man, was eine Restauration betrifft, folgendermaßen charakterisieren: Die russische Revolution hat genug eigene Kraft, um zu siegen. Sie hat jedoch nicht genug Kraft, um die Früchte des Sieges zu behaupten. Siegen kann sie, denn das Proletariat kann zusammen mit der revolutionären Bauernschaft eine unbezwingbare Kraft bilden. Den Sieg behaupten kann sie nicht, denn in einem Land mit riesiger Entwicklung des Kleinbetriebs werden sich die kleinen Warenproduzenten (einschließlich der Bauern) unweigerlich gegen den Proletarier wenden, sobald er *von* der Freiheit *zum* Sozialismus weiterschreitet. Um den Sieg zu behaupten, um eine Restauration zu verhüten, braucht die russische Revolution eine nichtrussische *Reserve*, braucht sie Hilfe von außerhalb. Gibt es eine solche Reserve auf der Welt? Jawohl, es gibt eine: das sozialistische Proletariat im Westen.

Wer von einer Restauration spricht und das vergißt, der zeigt damit, daß seine Anschauungen über die russische Revolution äußerst beschränkt sind. Der vergißt, daß Frankreich am Ende des 18. Jahrhunderts, in der Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolution, von weitaus rückständigeren, von halbfeudalen Ländern umgeben war, die als Reserve der Restauration dienten, während Rußland zu Anfang des 20. Jahrhunderts, in der Epoche seiner bürgerlich-demokratischen Revolution, von weitaus fortgeschritteneren Ländern umgeben ist, in denen es eine soziale Kraft gibt, die zur Reserve der Revolution werden kann.

Fazit: Als Plechanow die Frage der Garantie gegen eine Restauration aufwarf, berührte er eine Reihe höchst interessanter Themen, tat aber rein gar nichts, um das Wesen der Sache zu klären, und ging an der Frage der Munizipalisierung schlankweg vorbei (führte seine menschewistischen Zuhörer daran vorbei). In der Tat, wenn die Stütze der kapitalistischen Restauration (der Kürze halber wollen wir eine Restauration auf der Grundlage nicht der asiatischen, sondern der kapitalistischen Produktionsweise so nennen) die Klasse der kleinen Warenproduzenten als Klasse ist, was hat dann die Munizipalisierung damit zu tun? Die Munizipalisierung ist eine von verschiedenen Arten des *Grundbesitzes*, aber ist es nicht klar, daß durch die Form des Grundbesitzes die grundlegenden und wesentlichen Merkmale einer *Klasse* nicht geändert werden? Der Kleinbürger ist unabänderlich und unweigerlich die Hauptstütze der Restauration gegen den Proletarier, sowohl bei der Nationalisierung als auch bei der Munizipalisierung und bei der Aufteilung des Grund und Bodens. Wenn es denkbar ist, in dieser Beziehung eine scharfe Grenze zwischen den Formen des Grundbesitzes zu ziehen, dann höchstens zugunsten der Aufteilung als einer engeren Bindung des Kleinbesitzers an den Boden – einer engeren und deshalb schwerer zu lösenden Bindung.* Aber die Munizipalisierung mit dem Argument der Restauration verteidigen zu wollen ist einfach lächerlich.

Im Verlauf der Debatte auf dem Parteitag versuchten die Genossen John und Plechanow, die ihre Schlußworte nach mir hielten, noch einmal

* Wir sagen „höchstens", denn es bleibt noch die Frage offen, ob nicht gerade die sehr enge Bindung des Kleinbesitzers an seine „Parzelle" das beste Bollwerk des Bonapartismus ist. Es ist hier nicht der Platz, um auf Einzelheiten dieser konkreten Frage einzugehen.

unbemerkt von diesem mißglückten Argument der Restauration zu einem anderen hinüberzuwechseln, das ihm zwar äußerlich ähnelt, aber dem Inhalt nach völlig verschieden ist. Sie gingen dazu über, die Munizipalisierung nicht unter dem Gesichtspunkt einer Garantie gegen die Restauration der Monarchie nach Gründung der Republik zu verteidigen, das heißt nicht als eine Maßnahme zur Sicherung der Republik, nicht als eine ständige Einrichtung, sondern als Basis im *Prozeß des Kampfes* gegen die Monarchie für die Republik, d. h. als eine provisorische Einrichtung, eine Übergangsmaßnahme zur Erleichterung weiterer Eroberungen. Plechanow ging dabei so weit, daß er die großen örtlichen Selbstverwaltungsorgane, die den Grund und Boden munizipalisiert haben, als örtliche „Republiken" bezeichnete, die eben als Stütze im Krieg gegen die Monarchie dienen würden.

Zu diesem Argument ist folgendes zu bemerken:

Erstens, das ursprüngliche Programm Maslows und das auf dem Parteitag angenommene Programm John-Plechanow-Kostrow[107] verweisen mit *keiner Silbe* darauf, daß die Munizipalisierung als eine provisorische Übergangsmaßnahme *im Lauf* der Revolution, d. h. als eine *Waffe im Kampf für das Weitere* zu betrachten ist. Mithin ist eine solche Auslegung eine „freie Erfindung", die durch den Wortlaut des Programms nicht bestätigt, sondern widerlegt wird. Beispielsweise sage ich, wo ich in meinem Programm die revolutionären Bauernkomitees als Werkzeug der Revolution, als Basis des Kampfes für das Weitere in den Vordergrund rücke, auch direkt im Programm selbst: Die Partei rät den Bauernkomitees, vom Grund und Boden Besitz zu ergreifen und *bis zum Zusammentritt einer konstituierenden Versammlung* darüber zu verfügen. Im Programm Maslow-John-Plechanow-Kostrow ist das keineswegs gesagt*, es wird im Gegenteil zweifellos ein Plan für eine ständige Regelung der Bodennutzung dargelegt.

* Gerade deshalb, weil das in Plechanows Programm nicht gesagt ist, hatten wir auf dem Parteitag das volle Recht, die neue Auslegung der Munizipalisierung mit der „revolutionären Selbstverwaltung" der Menschewiki zu vergleichen. Und kein anderer als Plechanow war, nachdem die Bolschewiki die Frage des langen und breiten erläutert hatten, zu dem Eingeständnis gezwungen, daß die Losung „revolutionäre Selbstverwaltung" niemandem etwas klargemacht und vielen die Köpfe verwirrt hat (siehe „Dnewnik" Nr. 5). Die Bolschewiki hatten bereits im

Zweitens, das wichtigste und grundlegende Beweismittel gegen das zu untersuchende Argument besteht darin, daß in Plechanows Programm unter dem Schein einer Garantie gegen die Restauration oder gegen die Reaktion ein *Pakt mit der Reaktion* herausspringt. In der Tat, man überlege: schreiben wir etwa nicht unser Programm und insbesondere das Agrar(Bauern)programm für die breiten Massen, die wir führen wollen? Aber was ergibt sich? Einzelne Mitglieder, vielleicht sogar Führer der Partei, werden sagen, die Semstwos, die den Grund und Boden munizipalisiert haben, seien Republiken gegen die Monarchie im Zentrum. Und im Programm wird die Agrarumwälzung direkt und eindeutig mit dem Demokratismus in der örtlichen Verwaltung, aber mit *keiner Silbe* mit dem *vollständigen* Demokratismus der zentralen Verwaltung und der Staatsordnung in Verbindung gebracht! Ich frage Sie: Wovon wird sich die Masse der Parteiarbeiter in unserer täglichen Agitation und Propaganda leiten lassen: von den Worten Plechanows über die örtlichen „Republiken", die gegen die zentrale Monarchie kämpfen, oder vom genauen Wortlaut unseres neuen Parteiprogramms, in welchem die Forderung nach Grund und Boden für die Bauern eindeutig nur mit dem Demokratismus der örtlichen Verwaltung und überhaupt nicht mit dem Demokratismus der Zentralgewalt und der Staatsordnung in Verbindung gebracht wird? Plechanows Worte, an und für sich schon konfus, werden unvermeidlich die Rolle einer ebenso *„die Köpfe verwirrenden"* Losung spielen wie die *„berühmte"* (nach Meinung Plechanows „berühmte") „revolutionäre Selbstverwaltung". *In Wirklichkeit* bleibt unser Parteiprogramm ein Programm des *Kuhhandels mit der Reaktion.* Das ist kein sozialdemokratisches, sondern ein kadettisches Programm, wenn man *seine reale politische* Bedeutung in der Situation des heutigen Rußlands nimmt, und nicht die Motive, die in einzelnen Reden unserer Redner erwähnt wurden. Ihre Motive sind die allerbesten, ihre Absichten durchaus sozial-

„Wperjod" und im „Proletari" gesagt, daß die Losung „revolutionäre Selbstverwaltung" unzulänglich und unvollständig ist, daß sie die Bedingungen für den vollen Sieg der Revolution nicht zum Ausdruck bringt. Für einen solchen Sieg bedürfe es nicht der revolutionären Selbstverwaltung, sondern einer revolutionären Staatsmacht, und nicht nur revolutionärer Lokalbehörden, sondern auch einer revolutionären Zentralgewalt. (Siehe Werke, Bd. 9, S. 172–180, 206–218, 354 bis 372. *Die Red.*)

demokratisch, aber in Wirklichkeit kam ein kadettisches Programm heraus, durchdrungen vom Geist des „Kuhhandels" und nicht vom Geist der „Bauernrevolution" (Plechanow sagte unter anderem, früher hätten wir Angst vor der Bauernrevolution gehabt, jetzt aber müßte man diese Angst ablegen).

Ich habe vorstehend die *wissenschaftliche* Bedeutung des Arguments von der „Garantie gegen eine Restauration" untersucht und komme jetzt zu seiner *politischen* Bedeutung in der Epoche des Dubassowschen Konstitutionalismus und der kadettischen Reichsduma. Die wissenschaftliche Bedeutung dieses Arguments ist gleich Null oder minus Eins. Politisch ist das eine Waffe aus dem Arsenal der Kadetten und Wasser auf die Mühle der Kadetten. Man sehe rings um sich: Welche *Strömung in der Politik* hat es fast zu ihrem Monopol gemacht, auf die Gefahr einer Restauration hinzuweisen? Die kadettische Strömung. Worin besteht die Antwort, die millionenmal von den Kadetten unseren Parteigenossen gegeben wurde, wenn diese auf den Widerspruch zwischen dem „Demokratismus" der Kadetten und ihrem monarchistischen usw. Programm hinwiesen? Darin, daß man die Monarchie nicht antasten dürfe, weil das bedeuten würde, die Gefahr einer Restauration heraufzubeschwören. Tastet die Monarchie nicht an, schrien die Kadetten tausendstimmig den Sozialdemokraten zu, tastet die Monarchie nicht an, denn ihr habt keine Garantie gegen eine Restauration. Statt sich der Gefahr einer Restauration, der Gefahr der Reaktion auszusetzen, ist es besser, einen Pakt mit der Reaktion einzugehen – darin besteht die ganze politische Weisheit der Kadetten, ihr ganzes Programm, ihre ganze Taktik, die sich unvermeidlich aus der Klassenposition des Kleinbürgers ergibt, aus der Gefahr, die eine zu Ende geführte demokratische Revolution für die Bourgeoisie bedeutet.

Um das Gesagte zu erhärten, will ich nur zwei Beispiele anführen. Die „Narodnaja Swoboda", das Organ Miljukows und Hessens, schrieb im Dezember 1905, Moskau habe zwar die Möglichkeit des bewaffneten Aufstands bewiesen, aber der Aufstand sei trotz allem verderblich, und das nicht etwa, weil er aussichtslos wäre, sondern weil die Reaktion sowieso die Errungenschaften des Aufstands hinwegfegen würde (zitiert in meiner Broschüre „Die Reichsduma und die Sozialdemokratie"*). Das andere Beispiel. Bereits 1905 brachte ich im „Proletari" Auszüge aus einem Arti-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 97. *Die Red.*

kel Winogradows in den „Russkije Wedomosti"*. Winogradow gab dem Wunsch Ausdruck, die russische Revolution möge nicht nach dem Typus von 1789–1793, sondern nach dem Typus von 1848–1849 verlaufen, d. h., es solle bei uns keine *siegreichen* Aufstände geben, unsere Revolution solle nicht bis zu Ende gehen, sie solle recht bald durch den Verrat der liberalen Bourgeoisie, durch deren Verständigung mit der Monarchie beschnitten werden. Winogradow wollte uns mit der Restauration in Gestalt des preußischen Wachtmeisters schrecken und verlor natürlich kein Wort über eine solche „Garantie der Revolution" wie das deutsche Proletariat.

Der Hinweis, daß es keine Garantie gegen eine Restauration gebe, ist eine rein kadettische Idee, ist eine *politische Waffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat.* Ihre Interessen zwingen die Bourgeoisie, dagegen zu kämpfen, daß das Proletariat zusammen mit der revolutionären Bauernschaft die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende führt. In diesem Kampf greifen die Philosophen und Politiker der Bourgeoisie unvermeidlich nach historischen Argumenten, nach Beispielen aus der Vergangenheit. In der Vergangenheit war es stets so, daß die Arbeiter geprellt wurden, daß sogar nach dem Sieg der Revolution eine Restauration kam – also kann es auch bei uns nicht anders sein, sagt die Bourgeoisie, die natürlich danach trachtet, den Glauben des russischen Proletariats an seine eigenen Kräfte und an die Kräfte des europäischen Sozialismus zu schwächen. Eine Verschärfung der politischen Gegensätze und des politischen Kampfes führt zur Reaktion, belehrt der Bourgeois die Arbeiter – also muß man diese Gegensätze *abstumpfen*: statt eine Reaktion nach dem Sieg zu riskieren, ist es besser, nicht um den Sieg zu kämpfen, sondern einen Pakt mit der Reaktion einzugehen.

War es Zufall, daß Plechanow nach der ideologischen Waffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat griff? Nein, das war unvermeidlich, nachdem Plechanow den Dezemberaufstand falsch eingeschätzt („man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen") und begonnen hatte, ohne die Dinge beim richtigen Namen zu nennen, im „Dnewnik" die Unterstützung der Kadetten durch die Arbeiterpartei zu predigen. Auf dem Parteitag wurde diese Frage in der Debatte über einen anderen Tagesordnungspunkt angeschnitten, als die Rede darauf kam, wofür Plechanow von der Bourgeoisie

* Siehe Werke, Bd. 9, S. 235–240. *Die Red.*

gelobt wird. Ich werde an der entsprechenden Stelle von dieser Auseinandersetzung berichten, hier will ich nur bemerken, daß ich die von mir oben dargelegten Argumente auf dem Parteitag nicht im einzelnen entwickelt, sondern sie nur in ganz allgemeinen Zügen skizziert habe. Unsere „Garantie gegen eine Restauration", sagte ich, ist die Vollendung der Revolution, nicht aber ein Pakt mit der Reaktion. Und nur das besagt auch mein Agrarprogramm, das ganz und gar ein Programm des Bauernaufstands und der restlosen Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution ist. Beispielsweise sind die „revolutionären Bauernkomitees" der einzige Weg, den der Bauernaufstand einschlagen kann (wobei ich die Bauernkomitees durchaus nicht der revolutionären Staatsmacht entgegenstelle, wie die Menschewiki ihr die revolutionäre Selbstverwaltung entgegengestellt haben, ich sehe in diesen Komitees vielmehr eines der Organe einer solchen Macht, eines der Organe, die ihrer Ergänzung durch andere, nämlich zentrale Organe, durch eine revolutionäre provisorische Regierung und durch eine vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung bedürfen). Eine bürgerlich-bürokratische Lösung der Agrarfrage, ihre Lösung durch die Petrunkewitsch, Roditschew, Kaufman und Kutler, ist *nur* bei einer solchen Fassung des Agrarprogramms ausgeschlossen.

Plechanow konnte nicht umhin, diesen Grundzug meines Programms zu bemerken. Er hat ihn bemerkt und auf dem Parteitag anerkannt. Aber seine Anerkennung brachte er (das liegt so in seiner Natur) wiederum in der Form von Demjans Fischsuppe oder Plechanows Mulm zum Ausdruck. Ja, ja, Lenins Programm enthält die Idee der Machtergreifung. Lenin gibt das selber zu. Aber das ist gerade das Schlimme. Das ist Narodowolzentum. Lenin restauriert das Narodowolzentum. Zieht ins Feld, Genossen, gegen die Wiederherstellung des Narodowolzentums. Lenin spricht sogar von einem „Schöpfertum des Volkes". Ist das etwa nicht Narodowolzentum? usw. usf.

Für diese Art Beweisführung waren wir Bolschewiki, sowohl ich als auch Woinow[108], Plechanow von ganzem Herzen dankbar. Uns sind solche Argumente nur nützlich und erwünscht. In der Tat, Genossen, überlegt Euch einmal diese Beweisführung: „Da Lenins Programm die Idee der Machtergreifung enthält, ist Lenin ein Narodowolze." Um welches Programm handelt es sich? Um das Agrarprogramm. Wer soll laut diesem Programm die Macht ergreifen? Die revolutionäre Bauernschaft.

Wirft Lenin das Proletariat mit dieser Bauernschaft in einen Topf? Weit davon entfernt, das zu tun, behandelt er es gesondert im dritten Teil seines Programms, den der menschewistische Parteitag vollinhaltlich in seine taktische Resolution übernommen hat!

Gut, nicht wahr? Plechanow sagte selber, es stehe uns Marxisten nicht an, *die Bauernrevolution zu fürchten.* Und zur gleichen Zeit deuchte es ihn, die *Machtergreifung durch die revolutionäre Bauernschaft* sei Narodowolzentum!! Aber wie ist denn eine siegreiche Bauernrevolution möglich ohne Machtergreifung durch die revolutionäre Bauernschaft?? Plechanow hat sich wahrhaftig bis zur Absurdität verstiegen. Nachdem er einmal auf die schiefe Ebene geraten ist, gleitet er nun unaufhaltsam abwärts. Zunächst bestritt er, daß in der gegenwärtigen Revolution das Proletariat die Macht ergreifen könne. Jetzt bestreitet er schon, daß in der gegenwärtigen Revolution die revolutionäre Bauernschaft die Macht ergreifen könne. Wenn jedoch *weder* das Proletariat *noch* die revolutionäre Bauernschaft die Macht ergreifen kann, dann heißt das, daß die Macht *dem Zaren und Dubassow verbleiben muß.* Oder sollen die Kadetten die Macht übernehmen? Aber die Kadetten wollen selber die Macht nicht ergreifen, denn sie lassen die Monarchie, das stehende Heer, das Oberhaus und andere Herrlichkeiten bestehen.

Hatte ich nicht recht, als ich auf dem Parteitag sagte, die Plechanowsche *Angst vor der Machtergreifung sei die Angst vor der Bauernrevolution?* Hatte Woinow nicht recht, als er sagte, Plechanow sei in jungen Jahren von den Narodowolzen so sehr in Schrecken versetzt worden, daß sie ihm sogar dann erscheinen, wenn er die Unvermeidlichkeit der Bauernrevolution selbst zugibt und wenn von Illusionen über einen Bauernsozialismus bei keinem einzigen Sozialdemokraten die Rede sein kann? Hatte Woinow nicht recht, als er auf dem Parteitag anläßlich der menschewistischen Resolution über den bewaffneten Aufstand (in dieser Resolution wird im ersten Punkt gleich am Anfang die Aufgabe gestellt, „der absolutistischen Regierung die Macht zu entreißen") spöttelte, die „Ergreifung der Macht" sei Narodowolzentum, die „Entreißung der Macht" dagegen wahrer und tiefgründiger Marxismus? Es kam wahrhaftig so, daß die Menschewiki unserer Partei im Namen des Kampfes gegen das Narodowolzentum in der Sozialdemokratie ein Programm der *„Entreißung der Macht" ... durch die Kadetten* bescherten.

Mich hat natürlich das Geschrei über Narodowolzentum nicht im ge-

ringsten gewundert. Ich erinnere mich nur zu gut, daß die Opportunisten in der Sozialdemokratie sich stets (schon 1898–1900) dieses Schreckgespenstes gegen die revolutionären Sozialdemokraten bedienten. Auch Gen. Akimow, der auf unserem Vereinigungsparteitag eine glänzende Verteidigungsrede zugunsten Axelrods und der Kadetten hielt, erinnerte daran sehr zur Zeit. Ich hoffe, in unserer Literatur noch auf diese Frage zurückzukommen.

Zwei Worte über das „Schöpfertum des Volkes". In welchem Sinne sprach ich davon auf dem Parteitag? In demselben Sinne, in welchem ich davon in meiner Broschüre „Der Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei" spreche (diese Broschüre war an die Parteitagsdelegierten verteilt worden).* Ich stelle den Oktober–Dezember 1905 der jetzigen, der kadettischen Periode gegenüber und sage, daß in der revolutionären Periode das Schöpfertum des Volkes (der revolutionären Bauern plus Proletarier) reicher und fruchtbringender war, als es in der kadettischen Periode ist. Plechanow meint, das sei Narodowolzentum. Mir scheint das, vom wissenschaftlichen Standpunkt aus, eine Ausflucht zu sein vor der äußerst wichtigen Frage, wie die Periode des Oktober–Dezember 1905 einzuschätzen ist (Plechanow dachte gar nicht daran, in seinem „Dnewnik" die *Formen der Bewegung* dieser Epoche zu analysieren, er beschränkte sich darauf, zu moralisieren!). Politisch betrachtet, ist das lediglich ein neuer Beweis dafür, wie nahe Plechanow in der Taktik Herrn Blank und den Kadetten überhaupt steht.

Um die Agrarfrage abzuschließen, will ich noch das letzte der ernsten Argumente kurz streifen. Lenin ist ein Schwärmer – sagte Plechanow –, er phantasiert von einer Wahl der Beamten durch das Volk usw. Es ist nicht schwer, ein Programm für den Fall zu schreiben, daß die Sache gut ausgeht. Aber bitte, schreib mal ein Programm für den Fall, daß sie schlecht ausgeht. Schreib so, daß dein Programm „in jedem Falle hieb- und stichfest ist".

Dieses Argument enthält zweifellos eine Erwägung, die jeder Marxist aufs strengste zu beachten verpflichtet ist. Ein Programm, das *nur* mit dem besten Ausgang rechnen wollte, wäre wirklich unbrauchbar. Aber gerade in dieser Beziehung, antwortete ich Plechanow auf dem Parteitag, ist mein Programm dem Maslowschen offensichtlich überlegen. Um sich

* Siehe den vorliegenden Band, S. 240–269. *Die Red.*

davon zu überzeugen, braucht man nur an die Existenz der *Pacht* zu erinnern. Was ist für die kapitalistische (und halbkapitalistische) Produktionsweise in der Landwirtschaft kennzeichnend? Überall und allerorts die Entwicklung der Pacht. Bezieht sich das auch auf Rußland? Jawohl, in gewaltigem Ausmaß. Und Gen. John hatte nicht recht, als er mir entgegenhielt, in meinem Programm sei eine Ungereimtheit: die Pacht bleibe nach der Konfiskation der Gutsbesitzerländereien erhalten. In diesem Punkt hat Gen. John dreimal unrecht: Erstens, in meinem Programm handelt der *ganze* erste Teil von den ersten Schritten der Bauernrevolution (Besitzergreifung vom Grund und Boden *bis zum Zusammentritt* einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung); also bleibt bei mir „nach" der Konfiskation die Pacht „nicht erhalten", sondern wird als Tatsache hingenommen, denn sie ist eine Tatsache. Zweitens, Konfiskation bedeutet den Übergang des Eigentums am Grund und Boden in andere Hände, der Übergang des Eigentums berührt aber an sich die Pacht nicht im geringsten; drittens, die Pacht kommt, wie allbekannt, auch auf Bauernland, ja auch auf Anteilland vor.

Nun betrachte man sich, wie es bei uns um die „Hieb- und Stichfestigkeit", um die Berücksichtigung nicht nur der besten, sondern auch der schlechtesten Bedingungen steht. Maslow streicht die Pacht mit erhabener Geste überhaupt aus. Er setzt direkt und sofort eine solche Umwälzung voraus, durch welche die Pacht in Wegfall käme. Diese Annahme ist, wie ich gezeigt habe, vom Standpunkt der „rauhen Wirklichkeit" und der Notwendigkeit, ihr Rechnung zu tragen, völlig unsinnig. Umgekehrt ist der ganze erste Teil meines Programms *restlos* auf der „rauhen Wirklichkeit" aufgebaut, gegen die sich die revolutionären Bauern auflehnen. Deshalb verschwindet bei mir die Pacht nicht ins Reich der Schatten (die Aufhebung der Pacht in der kapitalistischen Gesellschaft ist eine vom Standpunkt des Plechanowschen „gesunden Menschenverstands" eher mehr denn weniger „phantastische" Umgestaltung als die Abschaffung des stehenden Heeres usw.). Es zeigt sich, daß ich mit der „*rauhen* Wirklichkeit" weit ernstlicher rechne als Maslow, und für die *schöne* Wirklichkeit agitiere ich unter den Bauern nicht vom Standpunkt eines kadettischen Paktes (örtliche Republiken gegen zentrale Monarchie), sondern vom Standpunkt eines vollen Sieges der Revolution und der Eroberung einer wirklich demokratischen Republik.

Dieses Element der politischen Propaganda speziell im Agrarprogramm betonte ich auf dem Parteitag besonders, und ich werde wahrscheinlich in unserer Literatur noch des öfteren auf diese Frage eingehen müssen. Auf dem Parteitag hielt man uns Bolschewiki entgegen: Wir haben ein politisches Programm, dort ist auch der Platz, von der Republik zu sprechen. Dieser Einwand zeugt davon, daß man die Frage absolut nicht durchdacht hat. Wir haben tatsächlich ein allgemeines prinzipielles Programm (der erste Teil des Parteiprogramms) und spezielle Programme: ein politisches, ein Arbeiter- und ein Bauernprogramm. In dem die Arbeiter betreffenden Teil des Programms (Achtstundentag usw.) schlägt *niemand* vor, die politischen Bedingungen dieser oder jener Umgestaltung besonders und speziell festzulegen. Warum? Weil der Achtstundentag und ähnliche Reformen unter *allen* politischen Bedingungen *unvermeidlich* zu einem Werkzeug des Fortschritts werden. Aber im Bauernprogramm, muß man da die politischen Bedingungen *besonders und speziell festlegen?* Ja, das muß man, weil selbst die beste Neuverteilung des Grund und Bodens unter der Herrschaft der Trepow und Dubassow zu einem Werkzeug des Rückschritts werden *kann.* Man nehme sogar Maslows Programm: es wird darin von der Übergabe des Grund und Bodens an einen *demokratischen* Staat und an *demokratische* Organe der örtlichen Selbstverwaltung gesprochen, das heißt, es werden darin, obwohl es ein politisches Programm der Partei gibt, die politischen Bedingungen der gegenwärtigen Agrarumgestaltungen besonders und speziell festgelegt. Über die Notwendigkeit, die Agrarforderungen an besondere politische Bedingungen zu knüpfen, kann es also keinen Streit geben. Es handelt sich einzig darum, ob es vom wissenschaftlichen Standpunkt und vom Standpunkt des konsequenten proletarischen Demokratismus aus statthaft ist, eine radikale Agrarumwälzung nicht mit der Wahl der Beamten durch das Volk, nicht mit der Republik zu verknüpfen, sondern mit dem „Demokratismus" schlechthin, d. h. folglich auch mit dem kadettischen Demokratismus, der heute unabhängig von unserem Willen die hauptsächliche und meistverbreitete, in der Presse und in der „Gesellschaft" einflußreichste Art von Pseudodemokratismus ist. Ich bin der Meinung, das ist nicht statthaft. Ich sage voraus, daß der Fehler unseres Agrarprogramms durch die Praxis sofort korrigiert werden muß und korrigiert werden wird, d. h., die politische Situation wird unsere Propagandisten und Agitatoren *zwingen*, im Kampf

gegen die Kadetten eben nicht den kadettischen Demokratismus, sondern die Wahl der Beamten durch das Volk und die Republik zu betonen.

Was das Programm der Aufteilung des Grund und Bodens betrifft, so brachte ich meine Einstellung dazu auf dem Parteitag mit den Worten zum Ausdruck: Die Munizipalisierung ist falsch und schädlich, die Aufteilung als Programm ist falsch, aber nicht schädlich. Deshalb stehe ich natürlich der Aufteilung näher und bin bereit, für Borissow gegen Maslow zu stimmen. Die Aufteilung kann nicht schädlich sein, denn die Bauern werden ihr zustimmen, das zum ersten; man braucht sie nicht an eine konsequente Umgestaltung des Staates zu knüpfen, das zum zweiten. Weshalb ist sie falsch? Weil sie die Bauernbewegung einseitig, nur vom Standpunkt der Vergangenheit und der Gegenwart betrachtet, ohne den Standpunkt der Zukunft in Betracht zu ziehen. Die „Aufteiler", die gegen die Nationalisierung polemisieren, erklären uns: Der Bauer meint nicht das, was er sagt, wenn man ihn von der Nationalisierung sprechen hört. Man achte nicht auf das Wort, sondern auf den Kern der Sache. Der Bauer will das Privateigentum, das Recht, den Grund und Boden zu verkaufen, die Worte von „Gottes Erde" usw. aber sind lediglich die ideologische Verbrämung des Wunsches, dem Gutsbesitzer das Land wegzunehmen.

Ich antwortete den „Aufteilern": Das ist alles richtig, aber unsere Meinungsverschiedenheit mit euch beginnt erst dort, wo ihr die Frage für erschöpft haltet. Ihr wiederholt den Fehler des alten Materialismus, von dem Marx gesagt hat: Die alten Materialisten haben es verstanden, die Welt zu interpretieren, wir aber müssen sie verändern[109]. Genauso ist es auch mit den Anhängern der Aufteilung, sie verstehen die Worte der Bauern von der Nationalisierung *richtig, sie interpretieren sie richtig*, aber – und das ist der Kern der Sache – sie verstehen nicht, diese richtige Interpretation zu einem *Hebel für die Veränderung der Welt*, zu einem Werkzeug für den weiteren Fortschritt zu machen. Nicht darum handelt es sich, den Bauern die Nationalisierung anstatt der Aufteilung aufzuzwingen (die Variante A in meinem Programm entzieht solchen absurden Gedanken, falls sie bei irgend jemand auftauchen sollten, jedweden Boden). Es handelt sich darum, daß ein Sozialist, während er die kleinbürgerlichen Illusionen des Bauern über „Gottes Erde" schonungslos entlarvt, auch verstehen muß, dem Bauern einen Weg in die Zukunft zu zeigen. Ich habe Plechanow schon auf dem Parteitag gesagt und werde es tausend-

mal wiederholen: Die Praktiker werden das jetzige Programm ebenso vulgarisieren, wie sie die Bodenabschnitte vulgarisiert haben – sie werden aus einem kleinen Fehler einen großen machen. Sie werden den Bauernhaufen, die da schreien, die Erde gehöre niemandem, sie sei Gottes, sei des Staates, die Vorzüge der Aufteilung zu beweisen suchen und damit den Marxismus schänden und verflachen. Nicht das sollen wir den Bauern sagen. Wir sollen sagen: In diesen Reden über Gottes Erde, niemandes Erde oder des Staates Erde liegt eine tiefe Wahrheit, nur muß man sie richtig verstehen. Wenn die Erde des Staates ist, an der Staatskasse aber Trepow sitzt, so heißt das, die Erde wird Trepow gehören. Wollt ihr das? Wollt ihr, daß die Erde in die Hände der Roditschew und Petrunkewitsch gerät, wenn es ihnen gemäß ihrem Wunsch gelänge, die Staatsmacht und folglich auch die Staatskasse in die Hand zu bekommen? Und die Bauern werden selbstverständlich antworten: Nein, das wollen wir nicht. Weder den Trepow noch den Petrunkewitsch werden wir das den Gutsbesitzern weggenommene Land ausliefern. Ist dem so, dann braucht man die Wahl aller Beamten durch das Volk, die Abschaffung des stehenden Heeres, die Republik – *nur* dann wird die Übergabe des Bodens an den „Fiskus", die Übergabe des Bodens an das „Volk" eine Maßnahme sein, die nicht schädlich, sondern nützlich ist. Und vom streng wissenschaftlichen Standpunkt, vom Standpunkt der Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus überhaupt, müssen wir, wenn wir nicht mit dem III. Band des „Kapitals" in Widerspruch geraten wollen, unbedingt sagen, daß die Nationalisierung des Grund und Bodens in der bürgerlichen Gesellschaft möglich ist, daß sie die ökonomische Entwicklung fördert, die Konkurrenz und den Zustrom des Kapitals in die Landwirtschaft erleichtert, die Getreidepreise herabsetzt usw. *Keinesfalls können wir* folglich in der Epoche einer wirklichen Bauernrevolution bei ziemlich hoher Entwicklung des Kapitalismus die Nationalisierung rundweg und schlechthin ablehnen. Das wäre engstirnig, einseitig, oberflächlich und kurzsichtig. Wir müssen lediglich dem Bauern die notwendigen politischen Voraussetzungen der Nationalisierung als einer nützlichen Maßnahme klarmachen und dann auf ihren bürgerlichen Charakter hinweisen (was auch im 3. Teil meines Programms getan wird, der jetzt in die Resolution des Vereinigungsparteitags eingegangen ist*).

* Siehe den vorliegenden Band, S. 188/189. *Die Red.*

Zum Schluß meines Berichts über die Auseinandersetzungen in der Agrarfrage auf dem Parteitag möchte ich noch erwähnen, welche Abänderungsanträge zum Programmentwurf Maslows eingebracht wurden. Als über die Frage abgestimmt wurde, ob dieser oder jener Programmentwurf als Grundlage angenommen werden solle, stimmten zunächst nur 52, *d. h. weniger als die Hälfte*, für Maslow. Für die Aufteilung waren rund 40 (ich schloß mich den „Aufteilern" an, um die Stimmen gegen die Munizipalisierung nicht zu zersplittern). Erst bei wiederholter Abstimmung erhielt der Maslowsche Entwurf etwas über 60 Stimmen, da alle Schwankenden dafür stimmten, um die Partei nicht ganz ohne Agrarprogramm zu lassen.

Von den Abänderungsanträgen brachten die Menschewiki einen, der den Begriff demokratischer Staat genauer definieren wollte, zu Fall. Wir hatten beantragt, zu sagen: „demokratische Republik, in der die Herrschaft des Volkes völlig gewährleistet ist". Dieser Abänderungsantrag ging von dem oben skizzierten Gedanken aus, daß eine Munizipalisierung ohne *vollständigen* Demokratismus der zentralen Staatsmacht direkt schädlich ist und zu einer kadettischen Agrarreform entarten kann. Der Abänderungsantrag entfesselte einen Sturm. Ich war in diesem Augenblick gerade nicht im Sitzungssaal. Mir ist erinnerlich, daß ich, als ich zurückkam und durch den Nebenraum ging, stutzig wurde durch einen außergewöhnlichen Lärm in den „Wandelgängen" und durch zahlreiche scherzhafte Rufe: „Genosse John hat die Republik proklamiert!" „Er hat keine Garantien gegen die Restauration finden können." „Genosse Plechanow hat die Monarchie restauriert."

Die Sache verhielt sich, wie man mir erzählte, wie folgt. Die Menschewiki hatten mit der Empfindlichkeit, die der menschewistischen Natur eigen ist, den Abänderungsantrag übelgenommen, da sie darin den Wunsch sahen, sie des Opportunismus zu überführen: man unterstelle den Menschewiki, sie seien gegen die Republik. Es wurden empörte Reden und Rufe laut. Die Bolschewiki gerieten, wie das so geht, ebenfalls in Hitze. Man forderte namentliche Abstimmung. Da entbrannten die Leidenschaften vollends. Genosse John war betroffen, und da er keine Zwietracht wollte und selbstverständlich nicht das geringste „gegen die Republik" hatte, stand er auf und erklärte, er ziehe seine Formulierung zurück und schließe sich dem Abänderungsantrag an. Die Bolschewiki klatschen Bei-

fall zur „Proklamierung der Republik". Aber Genosse Plechanow oder ein anderer Menschewik mischt sich ein, spricht dagegen, fordert eine neue Abstimmung, und die „Monarchie wird wiederhergestellt" – soweit ich erfahren konnte, mit ganzen 38 gegen 34 Stimmen (viele waren offenbar nicht im Sitzungssaal anwesend oder enthielten sich der Stimme).

Von den angenommenen Abänderungsanträgen ist zu erwähnen, daß das Wort „Enteignung" durch das Wort „Konfiskation" ersetzt wurde. Sodann mußten die „Munizipalisten" immerhin den „Aufteilern" ein Zugeständnis machen, und Genosse Kostrow brachte einen Abänderungsantrag ein, der bedingt auch die Aufteilung zuläßt. Statt des ursprünglichen Maslowschen Programms kam, wie auf dem Parteitag gewitzelt wurde, ein „kastriertes" Programm heraus. Darin sind im Grunde genommen sowohl die Nationalisierung (bestimmte Ländereien gehen in *allgemeines Volks*eigentum über) als auch die Munizipalisierung (ein Teil des Grund und Bodens geht in die Verfügungsgewalt der großen örtlichen Selbstverwaltungsorgane über) und schließlich die Aufteilung durcheinandergewürfelt. Dabei gibt es weder im Programm noch in der taktischen Resolution eine ganz genaue Festlegung, wann man für die Munizipalisierung und wann man für die Aufteilung eintreten soll. So ist schließlich ein Programm herausgekommen, das nicht in jedem Falle hieb- und stichfest, sondern von allen Seiten angreifbar ist.*

* Die schärfste Kritik an dem „kastrierten" Maslowschen Programm übte auf dem Parteitag ein Menschewik, Genosse Strumilin, der für eine partielle Aufteilung eintrat. Er verlas eine schriftliche Erklärung, worin er die innere Widersprüchlichkeit des angenommenen Programms außerordentlich treffend und schonungslos aufdeckte – vielleicht wäre es sogar richtiger zu sagen, geißelte. Leider habe ich mir keine Notizen mit Auszügen aus seiner vorgelesenen Rede gemacht.

IV

DIE BEURTEILUNG DER REVOLUTIONÄREN SITUATION UND DER KLASSENAUFGABEN DES PROLETARIATS

Die in der Überschrift genannte Frage wurde auf dem Parteitag als zweite zur Diskussion gestellt. Referenten waren Martynow und ich. Gen. Martynow verteidigte in seiner Rede eigentlich nicht den menschewistischen Resolutionsentwurf, der in Nr. 2 der „Partinyje Iswestija" veröffentlicht worden war. Er zog es vor, einen „allgemeinen Abriß" seiner Auffassungen zu geben und allgemeine Kritik an dem zu üben, was die Menschewiki als bolschewistische Auffassungen zu bezeichnen pflegen.

Er sprach von der Duma als dem politischen Zentrum, von der Schädlichkeit der Idee der Machtergreifung und von der Wichtigkeit des konstitutionellen Aufbaus in einer revolutionären Epoche. Er kritisierte den Dezemberaufstand und forderte dazu auf, unsere Niederlage offen zuzugeben, wobei er unsere Resolution beschuldigte, die Frage des Streiks und des Aufstands „technisch" gestellt zu haben. Er sagte: „Trotz ihres antirevolutionären Charakters bauen die Kadetten das Gerüst für die weitere Entwicklung der Revolution" (weshalb ist das in Ihren Resolutionen nicht gesagt? fragten wir), er sagte: „Wir stehen vor einem revolutionären Ausbruch"* (weshalb steht das nicht in Ihrer Resolution? fragten wir wiederum). Er sagte unter anderem: „Objektiv werden die Kadetten eine größere Rolle spielen als die Sozialrevolutionäre." Gleichsetzung der Machtergreifung mit den Ideen Tkatschows und Herausstellung der Duma als Beginn des „konstitutionellen Aufbaus", als Eckstein im Gebäude „repräsentativer Körperschaften" – das war der Grundgedanke im Referat des Genossen Martynow. Wie alle Menschewiki wollte er unsere Taktik der kleinsten Wendung im Gang der Ereignisse passiv anpassen, sie den Interessen des Augenblicks, den Erfordernissen (oder den scheinbaren Erfordernissen) des Augenblicks unterordnen und setzte dadurch die hauptsächlichen und grundlegenden Aufgaben des Proletariats als des Vorkämpfers in der bürgerlich-demokratischen Revolution unwillkürlich herab.

* Ich setze die Worte, die sich in meinen Notizen fanden, in Anführungszeichen.

Ich baute mein Referat auf einem genauen Vergleich der beiden dem Parteitag vorgelegten Resolutionen auf. In beiden, sagte ich, wird anerkannt, daß die Revolution einem neuen Aufschwung entgegengeht, daß es unsere Aufgabe ist, danach zu streben, daß sie zu Ende geführt wird, und schließlich, daß nur das Proletariat gemeinsam mit der revolutionären Bauernschaft diese Aufgabe zu erfüllen imstande ist. Man sollte meinen, diese drei Thesen müßten die völlige Einheit der taktischen Linie bestimmen. Aber man betrachte, welche der beiden Resolutionen diesen grundlegenden Standpunkt konsequenter vertritt, welche ihn richtiger motiviert und die Schlußfolgerungen daraus richtiger zieht!

Und ich zeigte, daß die Begründung der menschewistischen Resolution absolut nichts taugt, daß das bloße Phrasendrescherei, aber keine Begründung ist („der Kampf ließ der Regierung keine andere Wahl". Das ist ein Musterbeispiel einer leeren Phrase! Das muß ja gerade bewiesen werden, und zudem nicht in einer solchen Form. Die Menschewiki aber beginnen mit einer unbewiesenen und unbeweisbaren These). Ich sagte, wer den Aufschwung der Revolution *wirklich* als unvermeidlich anerkenne, der müsse die entsprechende Schlußfolgerung hinsichtlich der *Haupt*form der Bewegung ziehen. Darin besteht doch die wissenschaftliche und politische Grundfrage, die wir entscheiden müssen und der die Menschewiki auszuweichen suchen, indem sie sagen, wenn es eine Duma gibt, sind wir für die Duma, wenn es Streiks und Aufstand gibt, sind wir für Streiks und Aufstand, aber der Unvermeidlichkeit dieser oder jener Form der Bewegung wollen oder können sie nicht Rechnung tragen. Dem Proletariat und dem ganzen Volk zu sagen, welche Form der Bewegung die *Haupt*form ist, dazu können sie sich nicht entschließen. Ist dem aber so, dann sind die Worte, daß die Revolution einen Aufschwung nimmt und daß man sie zu Ende führen muß (die Menschewiki sagten höchst unglücklich: zum *logischen* Ende), eine leere Phrase. Das bedeutet nämlich: das Proletariat nicht emporheben zur Rolle des vorgeschrittenen Führers der Revolution, der diese Revolution tiefer und breiter beurteilt und seine Taktik im Sinne der allgemeinen und grundlegenden Interessen der Demokratie versteht, sondern das Proletariat herabwürdigen zur Rolle eines passiven Teilnehmers und bescheidenen „Handlangers" der bürgerlich-demokratischen Revolution.

Die Menschewiki – sagte ich – nehmen nur die erste Hälfte des be-

rühmten Hegelschen Satzes: „Alles was wirklich ist, ist vernünftig, und alles was vernünftig ist, ist wirklich." Die Duma ist wirklich. Also ist die Duma vernünftig, sagen sie und geben sich damit zufrieden. Der Kampf außerhalb der Duma ist „vernünftig", antworten wir. Er ergibt sich mit objektiver Unvermeidlichkeit aus der ganzen heutigen Lage. Also ist er „wirklich", wenn auch im gegenwärtigen Augenblick niedergehalten. Wir dürfen nicht sklavisch dem Augenblick folgen, das wäre Opportunismus. Wir müssen die tieferen Ursachen der Ereignisse und die weiter reichenden Folgen unserer Taktik bedenken.

Die Menschewiki erkennen in ihrer Resolution an, daß die Revolution einen Aufschwung nimmt, daß das Proletariat gemeinsam mit der Bauernschaft sie zu Ende führen muß. Aber wer im Ernst so denkt, der muß auch verstehen, die Schlußfolgerungen zu ziehen. Wenn mit der Bauernschaft, dann heißt das, ihr haltet die liberal-monarchistische Bourgeoisie (die Kadetten und ihresgleichen) für unzuverlässig. Weshalb sprecht ihr das denn nicht aus, wie es in unserer Resolution gesagt ist? Weshalb erwähnt ihr mit keiner Silbe die Notwendigkeit, die konstitutionellen Illusionen, d. h. den Glauben an die Versprechungen und Gesetze der alten absolutistischen Regierung zu bekämpfen? Die Kadetten vergessen gewohnheitsmäßig diesen Kampf; die Kadetten verbreiten selber konstitutionelle Illusionen. Aber ein Sozialdemokrat, der in einer revolutionären Situation die Aufgabe des Kampfes gegen die konstitutionellen Illusionen vergißt, stellt sich selber *in der Politik* mit dem Kadetten auf eine Stufe. Welchen Wert haben alle die Worte, daß „die Revolution einen Aufschwung" nimmt, daß man „sie zu Ende führen" muß und daß ein „neuer revolutionärer Ausbruch" bevorsteht, wenn der Sozialdemokrat nicht in der Tat die konstitutionellen Illusionen im Volke entlarvt?

Die Frage der konstitutionellen Illusionen ist gerade diejenige Frage, an Hand welcher gegenwärtig ein Opportunist am leichtesten und sichersten von einem Anhänger der weiteren Entwicklung der Revolution unterschieden werden kann. Der Opportunist drückt sich vor der Entlarvung dieser Illusionen. Der Anhänger der Revolution deckt ihren trügerischen Charakter schonungslos auf. Und siehe da, die menschewistischen Sozialdemokraten übergehen eine solche Frage mit Schweigen!

Da die Menschewiki nicht wagen, offen und direkt zu sagen, die Oktober-Dezemberformen des Kampfes seien untauglich und unerwünscht,

sagen sie es in der schlechtesten, in versteckter, indirekter und ausweichender Form. Das steht einem Sozialdemokraten absolut nicht an.

Das waren die grundlegenden Thesen meines Referats.

Aus der Diskussion über diese Referate sind folgende charakteristische Zwischenfälle zu erwähnen. Ein Genosse, der sich auf dem Parteitag Boris Nikolajewitsch[110] nannte, veranlaßte mich in meinem Schlußwort zu dem Ausruf: Einem guten Jäger läuft das Wild zu. Drastischer, als er es tat, ließe sich das ganze „Wesen" des Menschewismus wohl schwerlich zusammenfassen. Es sei „kurios", sagte er, daß die Bolschewiki als „*Hauptform* der Bewegung" nicht die legale und nicht die konstitutionelle, sondern die revolutionären Bewegungen der breiten Volksmassen betrachten. Das sei „lächerlich", denn solche Bewegungen gäbe es jetzt nicht, die Duma aber gäbe es jetzt. Das Gerede über die Rolle des Proletariats als „Haupt" oder „Führer", über die Möglichkeit, daß es zum „Nachtrab" werde usw., sei „Metaphysik" und „Phrasendrescherei".

Setzen Sie Ihre kadettische Brille ab! antwortete ich diesem konsequenten Menschewik. Sie werden dann sowohl die Bauernbewegung in Rußland als auch die Gärung in den Truppen und die Bewegung der Arbeitslosen sehen, Sie werden jene Formen des Kampfes sehen, die jetzt „verborgen" sind und die selbst die gemäßigten Bourgeois nicht zu bestreiten wagen. Diese Bourgeois sprechen offen davon, daß solche Formen des Kampfes schädlich oder unnötig seien. Die menschewistischen Sozialdemokraten aber *spotten* über diese Formen. Das ist der Unterschied zwischen der Bourgeoisie und den menschewistischen Sozialdemokraten. Ganz genauso war es mit Bernstein, einem deutschen Menschewik, einem deutschen Sozialdemokraten des rechten Flügels. Die Bourgeoisie war der Meinung und erklärte offen, Ende des 19. Jahrhunderts seien in Deutschland revolutionäre Formen des Kampfes schädlich. Bernstein *spottete* über diese Formen.

Die Erwähnung Bernsteins auf dem Parteitag führte naturgemäß zu der Frage: Wofür wird Plechanow von der Bourgeoisie gelobt? Die Tatsache, daß die ganze ungeheure Masse der liberal-bürgerlichen Zeitungen und Publikationen in Rußland, sogar einschließlich des oktobristischen „Slowo", Plechanow über den grünen Klee lobte – diese Tatsache konnte auf dem Parteitag nicht unvermerkt bleiben.

Plechanow nahm den Fehdehandschuh auf. Bernstein wurde von der

Bourgeoisie nicht dafür gelobt, wofür sie mich lobt, sagte er. Bernstein wurde dafür gelobt, daß er der Bourgeoisie unsere theoretische Waffe, den Marxismus, ausgeliefert hatte. Mich aber lobt man wegen der Taktik. Die Situation ist nicht dieselbe.

Plechanow antworteten darauf der Vertreter der polnischen sozialdemokratischen Partei und ich. Wir wiesen beide nach, daß Plechanow *unrecht* hat. Nicht nur wegen der Theorie und eigentlich sogar überhaupt nicht wegen der Theorie wurde Bernstein von der Bourgeoisie gelobt. Die Bourgeoisie pfeift auf alle Theorien. Die Bourgeoisie lobte die deutschen Sozialdemokraten des rechten Flügels dafür, daß sie eine andere *Taktik* empfahlen. Für die Taktik wurden sie gelobt. Für die reformistische Taktik zum Unterschied von der revolutionären Taktik. Für die Anerkennung des legalen, parlamentarischen, reformistischen Kampfes als des hauptsächlichen oder fast einzigen Kampfes. Für das Bestreben, die Sozialdemokratie in eine Partei demokratisch-sozialer Reformen zu verwandeln. Das ist es, wofür Bernstein gelobt wurde. Er wurde von den Bourgeois dafür gelobt, daß er die Widersprüche zwischen Arbeit und Kapital in der Epoche vor der sozialistischen Revolution *abschwächte*. Plechanow wird von der Bourgeoisie dafür gelobt, daß er die Widersprüche zwischen dem revolutionären Volk und der Selbstherrschaft in der Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolution *abschwächt*. Plechanow wird dafür gelobt, daß er den „parlamentarischen" Kampf als die Hauptform des Kampfes anerkennt und den Oktober-Dezemberkampf, insbesondere den bewaffneten Aufstand, verurteilt. Plechanow wird dafür gelobt, daß er in den Fragen der gegenwärtigen Taktik zum Führer des rechten Flügels der Sozialdemokratie geworden ist.

Ich vergaß hinzuzufügen, wie sich die Menschewiki in der Diskussion über die konstitutionellen Illusionen verhielten. Eine auch nur halbwegs feste Position bezogen sie nicht: die einen von ihnen sagten, der Kampf gegen die konstitutionellen Illusionen sei eine ständige Aufgabe der Sozialdemokratie und durchaus keine spezielle Aufgabe des gegenwärtigen Augenblicks. Die anderen (Plechanow) erklärten den Kampf gegen die konstitutionellen Illusionen für Anarchismus. In diesen beiden extremen und gegensätzlichen Auffassungen der Menschewiki über die konstitutionellen Illusionen trat die völlige Hilflosigkeit ihrer Position besonders deutlich zutage. Hat sich ein konstitutionelles Regime gefestigt, ist der

konstitutionelle Kampf für eine gewisse Zeit zur Hauptform des Klassenkampfes und des politischen Kampfes überhaupt geworden, so ist die Entlarvung konstitutioneller Illusionen keine spezielle Aufgabe der Sozialdemokratie, keine Aufgabe des Augenblicks. Warum? Weil in solchen Zeiten die Dinge in konstitutionellen Staaten *genauso* entschieden werden, wie man es in den Parlamenten beschließt. Konstitutionelle Illusionen sind der trügerische Glaube an eine Konstitution. Konstitutionelle Illusionen treten dann in den Vordergrund, wenn es scheint, als gäbe es eine Konstitution, während es in Wirklichkeit keine gibt, mit anderen Worten: wenn die Dinge im Staat *nicht so* entschieden werden, wie man es in den Parlamenten beschließt. Wenn das wirkliche politische Leben und seine Widerspiegelung im parlamentarischen Kampf *auseinandergehen*, dann und *nur dann* wird der Kampf gegen konstitutionelle Illusionen zu einer aktuellen Aufgabe der führenden revolutionären Klasse, des Proletariats. Die liberalen Bourgeois, die den außerparlamentarischen Kampf fürchten, verbreiten konstitutionelle Illusionen auch dann, wenn die Parlamente machtlos sind. Die Anarchisten lehnen eine Beteiligung an den Parlamenten überhaupt unter allen Umständen ab. Die Sozialdemokraten sind für die Ausnutzung des parlamentarischen Kampfes, für die Beteiligung an ihm, aber sie entlarven schonungslos den „parlamentarischen Kretinismus", d. h. den Glauben, daß der parlamentarische Kampf die *einzige* oder *unter allen Umständen die hauptsächliche* Form des politischen Kampfes sei.

Gehen in Rußland die politische Wirklichkeit und die Beschlüsse und Reden in der Duma auseinander? Werden bei uns im Staat die Dinge so entschieden, wie man es in der Duma beschließt? Widerspiegeln die „Duma"parteien auch nur halbwegs richtig die *realen* politischen Kräfte im gegebenen Zeitpunkt der Revolution? Es genügt, diese Fragen zu stellen, um die hilflose Konfusion der Menschewiki in der Frage der konstitutionellen Illusionen zu begreifen.

Diese Konfusion kam auf dem Parteitag außerordentlich drastisch darin zum Ausdruck, daß die Menschewiki, die in der Mehrheit waren, ihre Resolution über die Einschätzung der gegenwärtigen Situation nicht einmal zur Abstimmung brachten. Sie zogen ihre Resolution zurück! Die Bolschewiki haben auf dem Parteitag herzhaft darüber gelacht. Die Sieger ziehen ihre siegreiche Resolution zurück – so sprach man über das

ungewöhnliche und in der Geschichte von Parteitagen beispiellose Verhalten der Menschewiki. Es wurde sogar eine namentliche Abstimmung zu dieser Frage gefordert und durchgesetzt, obwohl die Menschewiki sich komischerweise darüber aufregten und dem Büro mehrere schriftliche Erklärungen einreichten, daß „Lenin Agitationsmaterial gegen die Parteitagsbeschlüsse sammelt". Als ob dieses Recht, Material zu sammeln, nicht das Recht und die Pflicht jeder Opposition wäre! Und als ob unsere Sieger durch ihren Ärger nicht die unmöglich peinliche Lage unterstrichen hätten, in die sie durch die Verleugnung ihrer eigenen Resolution geraten waren! Die Besiegten bestehen darauf, daß die Sieger ihre eigene siegreiche Resolution annehmen. Einen klarer ausgeprägten moralischen Sieg hätten wir uns gar nicht wünschen können.

Die Menschewiki sagten natürlich, sie wollten uns nicht etwas aufzwingen, womit wir nicht einverstanden wären, sie wollten keine Gewalt usw. Solche Ausreden wurden selbstverständlich mit Lächeln und wiederholten Forderungen nach namentlicher Abstimmung beantwortet. Hatten sich die Menschewiki doch, wenn sie überzeugt waren, recht zu haben, nicht gescheut, uns ihre Meinung „aufzuzwingen", „Gewalt" (wozu überhaupt dieses schreckliche Wort?) anzuwenden usw. Die Resolution über die Beurteilung der Lage rief die Partei zu keinerlei Aktionen auf. Aber ohne eine solche Resolution konnte die Partei die prinzipiellen Begründungen und *Motive* der ganzen Taktik des Parteitags nicht *verstehen.*

Die Zurückziehung der Resolution war in dieser Hinsicht eine höchst klare Äußerung von praktischem Opportunismus. Unsere Sache ist es, in der Duma zu sein, wenn es eine Duma gibt, aber von irgendwelchen allgemeinen Erwägungen, einer allgemeinen Beurteilung, einer durchdachten Taktik wollen wir nichts wissen. Das ist es, was die Menschewiki dem Proletariat sagten, als sie ihre Resolution zurückzogen.

Zweifellos hatten sich die Menschewiki von der Untauglichkeit und Unrichtigkeit ihrer Resolution überzeugt. Es kann gar keine Rede davon sein, daß Leute, die von der Richtigkeit ihrer Ansichten überzeugt waren, darauf verzichteten, sie klipp und klar zum Ausdruck zu bringen. Aber das ist es ja gerade, daß die Menschewiki nicht einmal imstande waren, irgendwelche Korrekturen an ihrer Resolution vorzunehmen. Sie konnten sich folglich über keine einzige wesentliche Frage einigen, was die Beurteilung der Lage und die Einschätzung der Klassenaufgaben des Prole-

tariats überhaupt betrifft. Einigen konnten sie sich nur über den negativen Beschluß, die Resolution ganz zurückzuziehen. Die Menschewiki spürten unklar, daß sie durch die Annahme ihrer eigenen *prinzipiellen* Resolution ihre *praktischen* Resolutionen unterhöhlt hätten. Der Sache haben sie damit allerdings nicht gedient. Die Resolutionen der Menschewiki und der Bolschewiki über die Beurteilung der Lage können und müssen von der *ganzen* Partei, von *allen* Parteiorganisationen erörtert und verglichen werden. Die Frage ist offengeblieben. Sie muß aber gelöst werden. Und ein Vergleich der beiden genannten Resolutionen mit den Erfahrungen des politischen Lebens, mit den Lehren auch nur der kadettischen Duma, wird unübertrefflich bestätigen, daß die bolschewistischen Ansichten über den gegenwärtigen Zeitabschnitt der russischen Revolution und über die Klassenaufgaben des Proletariats richtig sind.

V

DIE STELLUNG ZUR REICHSDUMA

Referent der auf dem Parteitag dominierenden Fraktion zur Frage der Reichsduma war Gen. Axelrod. In seiner langen Rede gab er ebenfalls keine vergleichende Einschätzung der beiden Resolutionen (die Kommission hatte zwei Resolutionen vorgelegt, denn es war zu keiner Verständigung zwischen den Menschewiki und den Bolschewiki gekommen) und keine genaue Darlegung aller Ansichten der Minderheit über die betreffende Frage, sondern „eine allgemeine Übersicht" über die Bedeutung des Parlamentarismus. Der Referent holte weit aus, behandelte ein großes historisches Thema und – und zeichnete ein Bild dessen, was Parlamentarismus ist, worin seine Bedeutung besteht, welche Rolle er spielt bei der Entwicklung der Organisation des Proletariats, bei der Agitation, bei der Klärung seines Bewußtseins usw. Ständig auf „anarchistisch-verschwörerische" Ansichten anspielend, schwebte der Referent vollständig im Reich der Abstraktionen, in den Wolkenhöhen von Gemeinplätzen und schönen historischen Erwägungen, die für alle Zeiten, alle Nationen, alle historischen Situationen schlechthin taugen, infolge ihrer Abstraktheit aber ganz und gar nicht dazu taugen, die konkreten Besonderheiten der vor uns

stehenden konkreten Frage zu erfassen. Mir ist folgender Fall im Gedächtnis geblieben, worin sich diese unglaublich abstrakte und inhaltslose allgemeine Fragestellung Axelrods besonders drastisch äußerte. Zweimal (ich habe das notiert) berührte er in seiner Rede die Frage von Pakten oder Abkommen der Sozialdemokraten mit den Kadetten. Einmal streifte er sie nebenbei, wobei er sich wegwerfend und in zwei Worten gegen Abkommen jeder Art aussprach. Das andere Mal ging er ausführlicher darauf ein und sagte, allgemein gesprochen seien auch Abkommen zulässig. Es sei lediglich notwendig, daß es sich dabei nicht um Getuschel in irgendwelchen Komitees handle, sondern um ein offenes, der ganzen Arbeitermasse sichtbares und klares Abkommen, das ein großer politischer Schritt oder eine große politische Sache sein müsse. Es höbe die Bedeutung des Proletariats als politische Kraft, zeige ihm klarer und deutlicher den politischen Mechanismus und die unterschiedliche Lage, die verschiedenen Interessen dieser oder jener Klassen. Es zöge das Proletariat in bestimmte politische Verhältnisse hinein, lehre es, Feinde und Widersacher zu unterscheiden, und so weiter und so fort. Eben aus Gedankengängen solcher Art bestand das weitschichtige „Referat" des Gen. Axelrod – man kann sie nicht wiedergeben, man kann sie nur an Hand des einen oder anderen einzelnen Beispiels zu verdeutlichen suchen.

In meinem Korreferat erklärte ich eingangs, Axelrod habe ein sehr hübsches, wenn man so wolle, ein herrliches Bild gezeichnet. Er habe es liebevoll und kunstfertig gezeichnet, mit leuchtenden Farben und sauberem Pinselstrich. Nur schade, daß es kein Bild nach der Natur sei. Ein gutes Bild, nichts zu sagen, nur sei das Motiv leider phantastisch. Es sei eine ausgezeichnete Studie zu dem Thema von der Bedeutung des Parlamentarismus schlechthin, eine vorzügliche populäre Vorlesung über die Rolle repräsentativer Körperschaften. Nur schade, daß über die konkreten historischen Bedingungen des gegebenen russischen, man entschuldige den Ausdruck, „Parlaments" nichts gesagt und in dieser Beziehung absolut nichts klargestellt worden sei. Axelrod habe sich, sagte ich, durch seine Ausführungen über Abkommen mit den Kadetten unübertrefflich selbst verraten. Er habe zugegeben, daß die Bedeutung solcher Abkommen, die bei einem wirklichen Parlamentarismus manchmal unvermeidlich sind, abhängt von einem offenen Auftreten vor den Massen, von der Möglichkeit, das alte „Getuschel" zu verbannen und an seine Stelle die Agitation

unter den Massen, die Selbständigkeit der Massen, das Auftreten vor den Massen zu setzen.

Wunderbare Dinge, ohne Zweifel. Nun, und sind sie beim russischen „parlamentarischen" System möglich? Oder, richtiger gesagt, gehen in Rußland auf Grund der objektiven Bedingungen unserer realen (und nicht einem hübschen Bild entstammenden) Wirklichkeit tatsächlich von den Massen getragene Aktionen etwa in dieser Form vor sich? War es nicht so, Genosse Axelrod, daß sich das von Ihnen gewünschte Auftreten der Sozialdemokraten vor den Massen auf illegale Flugblätter reduzierte, während die Kadetten über Millionen von Zeitungsexemplaren verfügten? Wäre es nicht besser gewesen, statt einer völlig überflüssigen Darlegung der (von niemand bestrittenen) Schönheiten des Parlamentarismus lieber zu schildern, wie es sich in der realen Wirklichkeit mit den sozialdemokratischen Zeitungen, Versammlungen, Klubs und Vereinigungen verhält? Soll ich denn wirklich Ihnen, einem Europäer, erst beweisen, daß Ihre allgemeinen Betrachtungen über den Parlamentarismus stillschweigend Zeitungen und Versammlungen, Klubs und Vereinigungen voraussetzen, daß das alles Teil eines parlamentarischen Systems ist?

Warum beschränkte sich Axelrod in seinem Referat auf Gemeinplätze und abstrakte Thesen? Weil er die konkrete politische Wirklichkeit Rußlands in der Periode Februar–April 1906 im dunkeln lassen wollte. Diese Wirklichkeit weist zu *schroffe* Widersprüche auf zwischen der *Selbstherrschaft* und den unterdrückten, sich aber bereits empörenden *Proletariern und Bauern.* Um die Zuhörer durch das Bild vom Parlamentarismus schlechthin zu betören, mußte man diese Widersprüche als weniger schroff hinstellen, also *abschwächen,* mußte man einen „idealen" Plan eines idealen offenen Abkommens mit den Kadetten skizzieren und, die Hauptsache, von diesen schroffen Widersprüchen *abstrahieren,* sie vergessen und mit Stillschweigen übergehen.

Um den realen Meinungsverschiedenheiten Rechnung zu tragen und nicht über den Wolken zu schweben, verglich ich in meinem Referat beide Resolutionen und analysierte sie eingehend. Dabei zeigten sich zwischen den Resolutionen der Menschewiki und der Bolschewiki über die Duma vier Hauptunterschiede.

Erstens, die Menschewiki geben keine Einschätzung der Wahlen. Zur Zeit des Parteitags waren die Wahlen in neun Zehnteln Rußlands schon

abgeschlossen. Diese Wahlen lieferten zweifellos ein riesiges politisches Material, aus dem sich ein Bild der Wirklichkeit und nicht ein Bild unserer Phantasie ergab. Dieses Material haben wir direkt und genau berücksichtigt und gesagt: Es beweist, daß in den weitaus meisten Gegenden Rußlands die Beteiligung an den Wahlen gleichbedeutend war mit einer Unterstützung der Kadetten, daß das in Wirklichkeit keine sozialdemokratische Politik war. Die Menschewiki sagen *keine Silbe* darüber. Sie *fürchten*, die Frage auf diese konkrete Basis zu stellen. Sie fürchten, der Wirklichkeit ins Auge zu schauen und verbindliche Schlußfolgerungen aus dieser Stellung zwischen Kadetten und Schwarzhundertern zu ziehen. Eine Einschätzung der *realen* Wahlen, ihrer Ergebnisse *als Ganzes genommen*, geben sie nicht, denn eine solche Einschätzung *spräche gegen sie*.

Zweitens, die Menschewiki nehmen oder betrachten in ihrer ganzen Resolution die Duma nur als juristische Einrichtung, nicht aber als Organ der Willensäußerung (oder der Willenlosigkeit) bestimmter Elemente der Bourgeoisie, nicht als Organ, das den Interessen bestimmter bürgerlicher Parteien dient. Die Menschewiki sprechen in ihrer Resolution von der Duma schlechthin, von der Duma als einer „Institution", von der Duma als einer „reinen" Volksvertretung. Das ist eine nicht marxistische, sondern rein kadettische, nicht materialistische, sondern im übelsten Sinne des Wortes idealistische, nicht proletarisch klassenmäßige, sondern spießbürgerlich verschwommene Betrachtungsweise.

Man nehme etwa die folgende, äußerst charakteristische Wendung aus der menschewistischen Resolution, sagte ich auf dem Parteitag: . . . „4. daß diese Konflikte (mit der Reaktion), indem sie die Reichsduma zwingen, in den breiten Massen eine Stütze zu suchen" . . . (ich zitiere nach dem von den Menschewiki auf dem Parteitag eingereichten Entwurf). Ist es richtig, daß die Duma in den breiten Massen eine Stütze suchen kann und wird? *Welche* Duma? Eine Duma der Oktobristen? Sicherlich nicht. Eine Duma der Bauern- und Arbeiterabgeordneten? Sie braucht keine Stütze zu *suchen*, denn sie hat eine Stütze, hatte sie und wird sie haben. Eine Duma der Kadetten? Jawohl, in bezug auf sie und nur in bezug auf sie ist das richtig. Eine kadettische Duma muß wirklich in den breiten Massen eine *Stütze suchen*. Aber sobald man die abstrakte, idealistische und allgemeine Formulierung der Menschewiki mit konkretem Klasseninhalt erfüllt, sieht man sogleich die Unvollständigkeit und folglich die Unrichtigkeit ihrer

Formulierung. Die Kadetten sind *bestrebt*, sich auf das Volk zu stützen. Das ist richtig. Das sagt über sie Wort für Wort unsere (die bolschewistische) Resolution über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien. Aber unsere Resolution fügt hinzu: Die Kadetten *schwanken* zwischen dem Bestreben, sich auf das Volk zu stützen, und *der Furcht vor seiner revolutionären Selbständigkeit*. Kein einziger Sozialist wird die Richtigkeit der hervorgehobenen Worte zu bestreiten wagen. Weshalb haben also die Menschewiki in der Resolution über die Duma, als schon bekannt war, daß die Duma kadettisch ist, nur die *halbe Wahrheit* gesagt? Weshalb haben sie nur die *Glanzseite* der Kadetten hervorgehoben und sich über die Kehrseite der Medaille ausgeschwiegen?

Unsere Duma ist keine Verkörperung der „reinen Idee" einer Volksvertretung. So können nur bürgerliche Banausen aus den Reihen der kadettischen Professoren denken. Unsere Duma ist das, was aus ihr die Vertreter bestimmter *Klassen* und bestimmter Parteien machen, die in ihr sitzen. Unsere Duma ist eine kadettische Duma. Wenn wir von ihr sagen, sie sei bestrebt, sich auf das Volk zu stützen, und nicht hinzufügen, daß sie die revolutionäre Aktivität des Volkes fürchtet, dann werden wir eine direkte Unwahrheit sagen, das Proletariat und das ganze Volk irreführen und bekunden, daß wir uns in der unverzeihlichsten Weise der Stimmung des Augenblicks hingeben, uns von den Siegen der Partei des Schwankens zwischen der Freiheit und der Monarchie betören lassen und das wahre Wesen dieser Partei nicht richtig einzuschätzen verstehen. Die Kadetten werden euch natürlich für ein solches Verschweigen loben – aber werden euch die klassenbewußten Arbeiter loben?

Noch ein Beispiel. „Die zaristische Regierung ist bestrebt, den revolutionären Aufschwung abzuschwächen", schreiben die Menschewiki in ihrer Resolution. Das ist richtig. Aber strebt bloß die zaristische Regierung danach? Haben die Kadetten nicht schon tausendfach bewiesen, daß sie ebenfalls bestrebt sind, sich *sowohl* auf das Volk zu stützen *als auch* seinen revolutionären Aufschwung abzuschwächen? Steht es Sozialdemokraten an, die Kadetten schönzufärben?

Und ich zog folgende Schlußfolgerung. Unsere Resolution besagt, daß die Duma *mittelbar* der Entwicklung der Revolution dient. *Nur* eine solche Formulierung ist richtig, denn die Kadetten schwanken zwischen Revolution und Reaktion. Unsere Resolution sagt *hinsichtlich der Duma* klipp

und klar, daß es notwendig ist, die Wankelmütigkeit der Kadetten zu entlarven. Das in einer Resolution über die Duma zu verschweigen, bedeutet in die bürgerliche Idealisierung einer „reinen Volksvertretung" zu verfallen.

Und die wirkliche Erfahrung hat die Illusionen der Menschewiki schon zu widerlegen begonnen. In der „Newskaja Gaseta"[111] findet man bereits (leider nicht systematisch durchgehaltene) Hinweise darauf, daß die Kadetten in der Duma nicht revolutionär vorgegangen sind und daß das Proletariat „Pakte der Herren Miljukow mit dem alten Regime" nicht zulassen wird. Damit bestätigen die Menschewiki voll und ganz die Richtigkeit meiner Parteitagskritik an ihrer Resolution. Damit folgen sie der Welle des revolutionären Aufschwungs, der trotz seiner relativen Schwäche schon begonnen hat, die wahre Natur der Kadetten zu zeigen, schon begonnen hat, die Richtigkeit der bolschewistischen Fragestellung zu offenbaren.

Drittens sagte ich, die Resolution der Menschewiki gäbe keine klare Differenzierung der bürgerlichen Demokratie vom Standpunkt der proletarischen Taktik. Das Proletariat muß in bestimmtem Maße zusammen mit der bürgerlichen Demokratie vorgehen oder „getrennt marschieren und vereint schlagen". Aber mit welchem Teil der bürgerlichen Demokratie soll es heute, in der Epoche der Duma, „vereint schlagen"? Ihr selber, Genossen Menschewiki, versteht doch auch, daß die Duma diese Frage auf die Tagesordnung setzt, aber ihr weicht ihr aus. Wir aber haben klipp und klar gesagt: mit der bäuerlichen oder revolutionären Demokratie, wobei wir durch unsere Übereinkunft mit ihr die Wankelmütigkeit und Inkonsequenz der Kadetten neutralisieren.

Die Menschewiki (besonders Plechanow, der, wie gesagt, der eigentliche ideologische Führer der Menschewiki auf dem Parteitag war) versuchten, als Antwort auf diese Kritik ihre Position zu „vertiefen". Jawohl, ihr wollt die Kadetten entlarven, warfen sie ein. Wir aber entlarven *alle* bürgerlichen Parteien; siehe den Schluß unserer Resolution: „die Inkonsequenz *aller* bürgerlichen Parteien ist vor den Massen aufzudecken" usw. Und Plechanow fügte voller Stolz hinzu: Nur bürgerliche Radikale setzen ausschließlich den Kadetten zu, während wir Sozialisten alle bürgerlichen Parteien entlarven.

Der Sophismus, der sich hinter dieser scheinbaren „Vertiefung" der

Frage verbirgt, wurde auf dem Parteitag und wird auch jetzt so häufig in Umlauf gesetzt, daß man wohl einige Worte darüber sagen muß.

Worum handelt es sich in der betreffenden Resolution? Um die Entlarvung aller bürgerlichen Parteien vom sozialistischen Standpunkt aus oder um die Klarstellung, welche Schicht der bürgerlichen Demokratie *jetzt* dem Proletariat helfen kann, die bürgerliche Revolution voranzutreiben?

Es ist klar: nicht um das erste, sondern um das zweite.

Und wenn das klar ist, dann darf man auch nicht das erste an Stelle des zweiten unterschieben. Die bolschewistische Resolution über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien besagt klar, daß die Sozialisten jede, darunter auch die revolutionäre und bäuerliche, bürgerliche Demokratie entlarven, aber bei der Frage der gegenwärtigen Taktik des Proletariats handelt es sich nicht um die sozialistische Kritik, sondern um die gegenseitige politische Unterstützung.

Je weiter die bürgerliche Revolution voranschreitet, desto weiter links sucht sich das Proletariat Verbündete unter der bürgerlichen Demokratie, desto tiefer steigt es hinunter von ihren Spitzen zu den unteren Schichten. Es gab eine Zeit, da konnten die Adelsmarschälle Unterstützung erweisen und auch Herr Struve, der (1901) die Schipowsche Losung aufstellte: „Rechte und ein machtbefugtes Semstwo"[112]. Die Revolution ist weit vorangeschritten. Die Spitzen der bürgerlichen Demokratie begannen sich von der Revolution zurückzuziehen. Die unteren Schichten begannen zu erwachen. Das Proletariat ging dazu über, sich Verbündete (für die *bürgerliche* Revolution) in den unteren Schichten der bürgerlichen Demokratie zu suchen. Und heute ist es das einzig richtige, als Taktik des Proletariats in dieser Beziehung festzulegen: mit der Bauernschaft (die doch auch zur bürgerlichen Demokratie gehört, vergeßt das nicht, Genossen Menschewiki!) und mit der revolutionären Demokratie unter Paralysierung der Wankelmütigkeit der Kadetten.

Und noch einmal. Welche Linie wurde durch die ersten Schritte der kadettischen Duma bestätigt? Unser Streit ist schon vom Leben überholt. Das Leben hat auch die „Newskaja Gaseta" gezwungen, die Gruppe der Bauern (der „Trudowiki"*) auszusondern, sie den Kadetten vorzuziehen,

* Trudowiki – Gruppe kleinbürgerlicher Demokraten, die sich im April 1906 aus den Bauernabgeordneten der I. Reichsduma gebildet hatte. *Die Red.*

sich ihr zu nähern und die Kadetten zu entlarven. Das Leben hat unsere Losung bestätigt: Verbündeter des Proletariats ist bis zum Sieg der bürgerlichen Revolution die bäuerliche und revolutionäre Demokratie.

Viertens kritisierte ich den letzten Punkt der menschewistischen Resolution, der die Bildung einer sozialdemokratischen Parlamentsfraktion in der Duma betrifft. Ich verwies darauf, daß die große Masse des klassenbewußten Proletariats nicht gewählt hat. Sei es unter solchen Bedingungen zweckmäßig, fragte ich, dieser Arbeitermasse offizielle Vertreter der Partei aufzuzwingen? Könne die Partei die Gewähr für eine wirklich parteimäßige Wahl der Kandidaten übernehmen? Werde nicht eine gewisse Gefahr und eine unnormale Lage dadurch geschaffen, daß man die ersten sozialdemokratischen Dumakandidaten von den Kurien der *Bauern* und der städtischen Kleinbürger erwarte? Die ersten Dumakandidaten der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei ohne Wahl durch die Arbeiterorganisationen und ohne deren Kontrolle ... Ein Abänderungsantrag des Gen. Nasar[113], der forderte, daß die sozialdemokratischen Dumakandidaten von den örtlichen Arbeiterorganisationen *aufgestellt* werden sollen, wurde von den Menschewiki abgelehnt. Wir verlangten namentliche Abstimmung und gaben unsere besondere Meinung zu Protokoll.*

Dem Abänderungsantrag der Kaukasier (an den Wahlen dort, wo sie noch nicht stattgefunden haben, teilzunehmen, aber keinerlei Blocks mit anderen Parteien einzugehen) stimmten wir zu, denn das Verbot von Blocks, von Abkommen mit anderen Parteien war zweifellos für die Partei von großer politischer Bedeutung.

Bemerken möchte ich noch, daß der Parteitag den Abänderungsantrag des Gen. Jermanski (ein Menschewik, der sich für einen Versöhnler hält) ablehnte, der eine Beteiligung an den Wahlen nur dann zulassen wollte, wenn die Agitation unter den Massen und deren breite Organisierung möglich ist.

Die Vertreter der nationalen sozialdemokratischen Parteien – die Polen, die Bundisten und, soweit ich mich erinnere, auch die Letten – ergriffen das Wort zu dieser Frage und sprachen sich entschieden für den Boykott aus, wobei sie die örtlichen und konkreten Bedingungen betonten und gegen die Entscheidung einer derartigen Frage auf Grund abstrakter Überlegungen protestierten.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 304/305. *Die Red.*

Zur Frage der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion nahm der Parteitag auch eine Instruktion an das ZK an. Diese Instruktion, die leider in die vom ZK herausgegebenen Parteitagsbeschlüsse nicht aufgenommen worden ist, beauftragt das ZK, *alle* Parteiorganisationen zu informieren – 1. wer von ihm zum Vertreter der Partei in der Parlamentsfraktion bestimmt worden ist, 2. wann und 3. unter welchen Bedingungen, und sodann regelmäßige Berichte über die Tätigkeit dieser Parteivertreter zu geben.[114] Die örtlichen Arbeiterorganisationen, denen sozialdemokratische Dumaabgeordnete als Mitglieder angehören, werden durch diese Resolution mit der Kontrolle über ihre „Bevollmächtigten" in der Duma beauftragt. In Klammern möchte ich bemerken, daß diese wichtige Resolution, die zeigt, daß die Sozialdemokraten den Parlamentarismus nicht so betrachten wie die bürgerlichen Politikaster, sowohl in der „Duma", der Zeitung des Herrn Struve, als auch im „Nowoje Wremja" auf einträchtigen Unwillen oder Spott gestoßen ist.

Zum Schluß meiner Schilderung der Debatte über die Reichsduma will ich noch zwei Episoden vermerken. Die erste betrifft das Auftreten des Genossen Akimow, der zum Parteitag mit beratender Stimme eingeladen worden war. Zur Information der Genossen, die mit der Geschichte unserer Partei nicht bekannt sind, sei gesagt, daß Gen. Akimow seit dem Ende der neunziger Jahre der konsequenteste oder einer der konsequentesten Opportunisten in der Partei ist. Sogar die neue „Iskra" mußte das zugeben. Akimow war 1899 und in den folgenden Jahren „Ökonomist" und blieb sich selber treu. Herr Struve hat ihn im „Oswoboshdenije" oft genug wegen seines „Realismus" und der Wissenschaftlichkeit seines Marxismus gelobt. Von den Bernsteinianern des „Bes Saglawija" (Herr Prokopowitsch usw.) unterscheidet sich Gen. Akimow kaum wesentlich. Man begreift, daß die Anwesenheit eines solchen Genossen auf dem Parteitag beim Kampf zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Sozialdemokratie unbedingt von Wert sein mußte.

Gen. Akimow sprach gleich nach den Referenten als erster zur Frage der Reichsduma. Er erklärte, er stimme den Menschewiki in vielem nicht zu, aber mit Gen. Axelrod sei er völlig einverstanden. Er sei nicht nur für die Beteiligung an der Duma, sondern auch für die Unterstützung der Kadetten. Gen. Akimow war der einzige konsequente Menschewik insofern, als er die Kadetten offen verteidigte (und nicht in versteckter Form, etwa

in der Art, daß die Kadetten wichtiger seien als die Sozialrevolutionäre). Er trat offen gegen meine Einschätzung der Kadetten in der Broschüre „Der Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei" auf. Nach seinen Worten sind die Kadetten „wirklich eine Partei der Volksfreiheit, allerdings eine gemäßigtere". Die Kadetten seien „erbarmensvolle Demokraten", erklärte unser erbarmenswerter Sozialdemokrat. „Die Menschewiki sind genötigt, künstlich Hindernisse zu errichten, damit sie den Kadetten nicht helfen müssen."

Wie der Leser sieht, zeigte die Rede des Gen. Akimow wieder einmal sehr klar, wohin unsere Genossen Menschewiki treiben.

Die zweite Episode zeigte das von einer anderen Seite. Die Sache war so. In dem ursprünglich von der Kommission eingebrachten Entwurf der menschewistischen Resolution über die Reichsduma enthielt Punkt 5 (über die Armee) folgenden Satz: „. . . Zum erstenmal auf russischem Boden eine neue Macht sehend, die, *vom Zaren selbst ins Leben gerufen und durch das Gesetz verbrieft*, aus dem Schoß der Nation hervorgegangen ist" usw. Als ich an der menschewistischen Resolution wegen ihrer, gelinde ausgedrückt, unbedachtsamen und optimistischen Einstellung zur Reichsduma Kritik übte, kritisierte ich unter anderem auch die hervorgehobenen Worte und sagte im Scherz, vielleicht solle man hinzufügen, „und von Gott dem Herrn gesandten" (Macht?). Gen. Plechanow, Mitglied der Kommission, nahm mir diesen Scherz schrecklich übel. „Was!" rief er in seiner Rede aus. „Ich muß mir solche ‚Verdächtigungen des Opportunismus' (wortwörtlich sein Ausdruck, von mir notiert) anhören. Ich bin selbst Soldat und weiß, wie die Soldaten zur Macht eingestellt sind, welche Bedeutung in ihren Augen die Anerkennung der Macht durch den Zaren hat" usw. usf. Das Gekränktsein des Gen. Plechanow verriet seine schwache Stelle und zeigte noch klarer, daß er „übers Ziel hinausgeschossen" hatte. In meinem Schlußwort antwortete ich, es gehe überhaupt nicht um „Verdächtigungen", und es sei lächerlich, solche Klagerufe auszustoßen. Plechanow werde von niemand des Glaubens an den Zaren beschuldigt. Aber die Resolution werde nicht für Plechanow, sondern für das Volk geschrieben. Und im Volk solche zweideutigen, nur den Herren Witte und Co. anstehenden Argumente in Umlauf zu setzen zieme sich nicht. Diese Argumente würden sich gegen uns kehren, denn wenn man hervorhebe, daß die Reichsduma eine „Macht" sei (?? schon allein dieses Wort zeigt den

maßlosen Optimismus unserer Menschewiki) und noch dazu eine vom Zaren ins Leben gerufene Macht, dann werde man daraus ableiten, daß sie eine gesetzliche Macht sei und gesetzlich wirken müsse, gehorsam demjenigen, der sie „ins Leben gerufen" habe.

Die Menschewiki sahen denn auch selber ein, daß Plechanow übers Ziel hinausgeschossen hatte. Die hervorgehobenen Worte wurden auf einen Antrag, der aus ihrer Mitte kam, aus der Resolution gestrichen.

VI

DER BEWAFFNETE AUFSTAND

Die zwei Hauptfragen, die Agrarfrage und die Frage der Reichsduma, hatten zusammen mit den Debatten über die Beurteilung der gegenwärtigen Lage die Hauptaufmerksamkeit des Parteitags in Anspruch genommen. Ich erinnere mich nicht, wieviel Tage wir für diese Fragen verwandten, aber Tatsache ist, daß sich bei vielen Anwesenden schon eine gewisse Ermüdung bemerkbar machte und neben der Ermüdung wohl auch das Bestreben, einige Fragen von der Tagesordnung abzusetzen. Es wurde ein Antrag angenommen, die Verhandlungen des Parteitags zu beschleunigen, und den Referenten zur Frage des bewaffneten Aufstands die Redezeit auf 15 Minuten *verkürzt* (den Referenten zu den vorhergegangenen Fragen war die Redezeit mehrfach über die festgesetzte halbe Stunde hinaus verlängert worden). Von da ab wurden die Fragen übers Knie gebrochen.

Gen. Tscherewanin, der als Referent der auf dem Parteitag dominierenden „Minderheit" über den bewaffneten Aufstand sprach, „glitt zu Plechanow hinab", wie gar nicht anders zu erwarten war und wie die Bolschewiki des öfteren vorausgesagt hatten, d. h., er bezog faktisch den Standpunkt des „Dnewnik", mit dem sich vor dem Parteitag viele Menschewiki nicht einverstanden erklärt hatten. In meinen Aufzeichnungen habe ich solche Sätze von ihm notiert wie „der Dezemberaufstand war lediglich ein Produkt der Verzweiflung" oder „die Niederlage des Dezemberaufstands stand schon in den ersten Tagen fest". Das Plechanowsche „man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen" zog sich wie ein roter Faden durch seine Ausführungen, die wie üblich mit Ausfällen gegen die

„Verschwörer" und gegen die „Übertreibung der Technik" gespickt waren.

Unser Referent, Gen. Winter, versuchte in seiner kurzen Rede vergeblich, den Parteitag zu einer Einschätzung des genauen Wortlauts beider Resolutionen zu bewegen. Es passierte ihm sogar einmal, daß er auf die Fortsetzung seines Referats verzichten mußte. Das war in der Mitte seiner Rede, als er den ersten Punkt der menschewistischen Resolution verlesen hatte: „Der Kampf stellt die unmittelbare Aufgabe, der absolutistischen Regierung die Macht zu entreißen." Es stellte sich heraus, daß unser Referent, Mitglied der Kommission zur Abfassung der Resolution über den bewaffneten Aufstand, *nicht wußte*, daß diese Kommission *in letzter Minute* dem Parteitag im hektographierten Entwurf der Resolution eine *neue* Fassung vorgelegt hatte. Der menschewistische Teil der Kommission, Plechanow an der Spitze, hatte nämlich vorgeschlagen, zu sagen: *„mit Gewalt Rechte zu entreißen"* anstatt „die Macht zu entreißen".

Diese Änderung des Textes einer dem Parteitag unterbreiteten Resolution ohne Wissen des Referenten, eines Mitglieds der Kommission, war eine derart grobe Verletzung aller Bräuche und Regeln der Parteitagsarbeit, daß unser Referent sich empört weigerte, sein Referat fortzusetzen. Erst nach langen „Klarstellungen" der Menschewiki stimmte er zu, einige abschließende Worte zu sagen.

Die Änderung war wirklich skandalös. In der Resolution über den Aufstand spricht man nicht vom Kampf um die Macht, sondern vom Kampf um Rechte! Man bedenke nur, welch unglaubliche Verwirrung durch diese opportunistische Formulierung im Bewußtsein der Massen angerichtet worden wäre und wie absurd die ins Auge springende Nichtübereinstimmung zwischen der Größe des Mittels (Aufstand) und der Bescheidenheit des Ziels (Rechte zu entreißen, d. h. der alten Macht Rechte zu entreißen, Zugeständnisse von der alten Macht zu erlangen, nicht aber ihren Sturz herbeizuführen) gewesen wäre.

Selbstverständlich wandten sich die Bolschewiki auf das energischste gegen diese Abänderung. Die Reihen der Menschewiki gerieten ins Wanken. Sie hatten sich offenbar davon überzeugt, daß Plechanow wieder einmal übers Ziel hinausgeschossen hatte und daß es ihnen in der Praxis mit einer solchen gemäßigten und akkuraten Einschätzung der Aufgabe des Aufstands schlecht ergehen würde. Plechanow wurde zum Rückzug

gezwungen. Er nahm seine Abänderung zurück mit der Erklärung, er messe dem Unterschied, der eigentlich nur ein „stilistischer" sei, keine Wichtigkeit bei. Natürlich war das eine Verzuckerung der Pille. Alle verstanden, daß es sich hier keineswegs um Stilistik handelte.

Die Plechanowsche Abänderung enthüllte klar die Grundtendenz der Menschewiki in der Frage des Aufstands: Ausflüchte vor dem Aufstand ersinnen, sich vom Dezemberaufstand lossagen, von einem neuen Aufstand abraten, seine Aufgaben zunichte machen oder diese Aufgabe so festlegen, daß zu ihrer Erfüllung vom Aufstand gar keine Rede sein kann. Aber das unumwunden und entschieden, offen und klar zu sagen wagten die Menschewiki nicht. Sie gerieten in eine äußerst schiefe Lage, mußten sie doch in versteckter Form und in halben Andeutungen das sagen, was ihr heimlichster Gedanke ist. Die Vertreter des Proletariats können und müssen seine Fehler offen kritisieren, aber das in versteckter, zweideutiger, unklarer Form zu tun ist eines Sozialdemokraten völlig unwürdig. Und die Resolution der Menschewiki widerspiegelte unfreiwillig diese Zweideutigkeit ihrer Position: Ausflüchte vor dem Aufstand neben seiner angeblichen Anerkennung als „Volks"aufstand.

Das Gerede über Technik und Verschwörertum war eine allzu offenkundige Augenverblendung, eine allzu grobe Vertuschung der Meinungsverschiedenheiten in der *politischen* Einschätzung des Aufstands. Um sich vor dieser Einschätzung zu drücken, um nicht direkt zu sagen, ob der Dezemberaufstand ein Schritt vorwärts und ein Aufschwung der Bewegung auf eine höhere Stufe war, mußte man die Reden auf ein Nebengeleise schieben, von der Politik auf die Technik, von der konkreten Einschätzung des Dezember 1905 auf allgemeine Phrasen über Verschwörertum. Und was für ein Schandfleck an der Sozialdemokratie bleiben diese Reden über Verschwörertum anläßlich einer solchen *Volks*bewegung, wie es der Dezemberaufstand in Moskau war!

Ihr wollt polemisieren, sagten wir den Genossen Menschewiki, ihr möchtet gegen die Bolschewiki „sticheln", eure Resolution über den Aufstand ist voller Ausfälle gegen Andersdenkende. Polemisiert, soviel ihr wollt. Das ist euer Recht und eure Pflicht. Aber würdigt die große Frage, wie die historischen Tage einzuschätzen sind, nicht zu einer kleinen und kleinlichen Polemik herab. Erniedrigt die Partei nicht dadurch, daß ihr zur Frage des Dezemberkampfes der Arbeiter, Bauern und städtischen

Kleinbürger nichts anderes vorzuschlagen wißt als Spitzen und Sticheleien gegen die andere Fraktion. Erhebt euch ein klein wenig höher, schreibt, wenn ihr wollt, eine besondere polemische Resolution gegen die Bolschewiki, aber gebt dem Proletariat und dem ganzen Volk eine direkte und klare, eine ehrliche Antwort auf die Frage des Aufstands.

Ihr schreit über eine Übertreibung der Technik und über Verschwörertum. Aber werft einen Blick auf die beiden Resolutionsentwürfe. Ihr werdet gerade in unserer Resolution kein technisches, sondern *historisches und politisches* Material finden. Ihr werdet bei uns eine Begründung sehen, die gerade nicht hohlen und unbeweisbaren Gemeinplätzen entlehnt („Aufgabe des Kampfes ist es, die Macht zu entreißen"), sondern *der Geschichte der Bewegung*, der politischen Erfahrung des letzten Vierteljahres 1905 entnommen ist. Ihr wollt die eigenen Fehler andern in die Schuhe schieben, denn gerade eure Resolution ist unverzeihlich arm an historisch-politischem Material. Sie spricht vom Aufstand, sagt aber kein Wort über das Verhältnis von Streik und Aufstand, kein Wort darüber, wie der Kampf nach dem Oktober den Aufstand notwendig und unvermeidlich gemacht hat, kein einziges offenes und klares Wort über den Dezember. Gerade in unserer Resolution erscheint der Aufstand nicht als ein Appell von Verschwörern, nicht als eine Frage der Technik, sondern als das *politische Ergebnis* einer ganz konkreten historischen Wirklichkeit, entstanden durch den Oktoberstreik, durch das Versprechen von Freiheiten, durch den Versuch, sie zu rauben, und durch den Kampf zu ihrer Verteidigung.

Mit den Phrasen über Technik und Verschwörertum wollt ihr lediglich euren *Rückzug* in der Frage des Aufstands decken.

Auf dem Parteitag nannte man denn auch die menschewistische Resolution über den Aufstand: „Resolution *gegen* den bewaffneten Ausftand". Und die Richtigkeit dieser Feststellung wird wohl kaum jemand bestreiten wollen, der den Text beider dem Parteitag vorgelegten Resolutionen halbwegs aufmerksam durchliest.*

Von unseren Argumenten ließen sich die Menschewiki nur zum Teil beeinflussen. Wer den *Entwurf* ihrer Resolution mit der endgültig von

* Um dem Leser eine bewußte und kritische Stellungnahme zu den Auseinandersetzungen auf dem Parteitag zu erleichtern, füge ich im Anhang den Wortlaut der ursprünglichen Resolutionsentwürfe der Mehrheit und der Minderheit so-

ihnen angenommenen Resolution vergleicht, der wird sehen, daß sie eine ganze Reihe wirklich kleinlicher Ausfälle und Ansichten entfernt haben. Aber der allgemeine Geist ist natürlich geblieben. Es ist eine historische Tatsache, daß der menschewistische Parteitag nach dem ersten bewaffneten Aufstand in Rußland den Kopf verlor, einer direkten Antwort auswich und nicht wagte, dem Proletariat geradeheraus zu sagen, ob dieser Aufstand ein Fehler oder ein Schritt vorwärts war, ob ein zweiter Aufstand notwendig ist und wie er historisch mit dem ersten zusammenhängt.

Die Ausweichtaktik der Menschewiki, die den Wunsch und das Bestreben hatten, die Frage des Aufstands von der Tagesordnung abzusetzen, das aber nicht zuzugeben wagten, führte dazu, daß die Frage im Grunde genommen offenblieb. Die Einschätzung des Dezemberaufstands muß *von der Partei noch* erarbeitet werden, und dieser Frage müssen alle Organisationen ernsteste Aufmerksamkeit widmen.

Die praktische Frage des Aufstands ist ebenfalls offen. Vom Parteitag ist anerkannt worden, daß es die *unmittelbare* (man beachte das!) Aufgabe der Bewegung ist, *„die Macht zu entreißen"*. Aber das ist ja eine, wenn man so will, ultrabolschewistische Formulierung, und sie macht ja gerade die Sache zur Phrase, was man uns vorgeworfen hat. Da indes der Parteitag das nun einmal gesagt hat, müssen wir es zur Richtschnur nehmen, müssen wir *auf dieser Grundlage* aufs allerentschiedenste die lokalen und zentralen Körperschaften und Organisationen der Partei kritisieren, die diese *unmittelbare* Aufgabe etwa vergessen könnten. Wir können und müssen auf Grund des Parteitagsbeschlusses diese *unmittelbare* Aufgabe in bestimmten politischen Situationen *in den Vordergrund* rücken. Niemand hat das Recht, uns daran zu hindern, das bleibt voll und ganz in den Grenzen der Parteitagsdirektiven, nachdem wir die Worte „Rechte zu entreißen" gestrichen und durchgesetzt hatten, daß *„die unmittelbare Aufgabe, die Macht zu entreißen"*, anerkannt wurde.

Wir raten den Parteiorganisationen, das nicht zu vergessen, besonders in solchen Augenblicken, wenn unsere vielgepriesene Duma von der absolutistischen Regierung geohrfeigt wird.

---

wie den Wortlaut der vom Parteitag angenommenen Resolutionen bei. Nur ein aufmerksames und vergleichsweises Studium dieser Texte bietet die Möglichkeit, sich in den Fragen der sozialdemokratischen Taktik selbständig zurechtzufinden.

Gen. Woinow hat in der Diskussion über den bewaffneten Aufstand sehr treffend bemerkt, in welche Zwickmühle die Menschewiki geraten sind. Sagt man, „Rechte zu entreißen", so ist das eine opportunistische Formulierung, wie sie schlimmer nicht sein kann. Sagt man, „die Macht zu entreißen", so heißt das, sich selbst jede Waffe gegen die Bolschewiki aus der Hand zu schlagen. Von nun an wissen wir, spöttelte Woinow, was orthodoxer Marxismus und was verschwörerische Ketzerei ist. „Die Macht entreißen" ist orthodox, „die Macht erobern" ist verschwörerisch . . .

Der gleiche Redner zeichnete bei dieser Gelegenheit den allgemeinen Typus eines Menschewiks. Die Menschewiki – sagte er – sind Impressionisten, Stimmungsmenschen, Augenblicksmenschen. Die Welle steigt an, es kommt der Oktober–November 1905 – und siehe da, das „Natschalo" läßt sich fortreißen, es tritt sogar bolschewistischer auf als die Bolschewiki. Es macht gleich einen Sprung von der demokratischen Diktatur zur sozialistischen Diktatur. Die Flut ist verebbt und die Stimmung gesunken, die Kadetten sind gestiegen – die Menschewiki passen sich schleunigst der gesunkenen Stimmung an, sie rennen munter hinter den Kadetten her und tun die Oktober-Dezemberformen des Kampfes mit einer wegwerfenden Handbewegung ab.

Eine äußerst interessante Bestätigung des Gesagten war auf dem Parteitag die schriftliche Erklärung des Menschewiks Larin. Sie wurde von ihm dem Büro übergeben und müßte demnach vollinhaltlich in den Protokollen sein. Larin sagte dort, die Menschewiki hätten im Oktober–Dezember, als sie bolschewistisch handelten, einen Fehler gemacht. Mündliche, persönliche Proteste gegen dieses „wertvolle Eingeständnis" hörte ich zwar auf dem Parteitag seitens einzelner Menschewiki, ob aber diese Proteste in Reden oder Erklärungen zum Ausdruck gebracht wurden, kann ich nicht mit Sicherheit sagen.

Aufschlußreich war auch Plechanows Rede. Er sprach (wenn ich nicht irre) über die Machtergreifung. Dabei verschnappte er sich auf eine höchst originelle Weise. Ich bin gegen die Machtergreifung durch eine Verschwörung, rief er aus, aber ich bin voll und ganz für eine solche Machtergreifung, wie es zum Beispiel der Konvent in der Großen Französischen Revolution war.

Hier wurde Plechanow von uns beim Wort genommen. Ausgezeichnet, Gen. Plechanow, erwiderte ich ihm. Schreiben Sie in die Resolution hin-

ein, was Sie gesagt haben! Verurteilen Sie das Verschwörertum, so scharf Sie wollen – wir Bolschewiki werden trotzdem samt und sonders einmütig für eine solche Resolution stimmen, in der eine Machtergreifung vom Typus des Konvents anerkannt und dem Proletariat empfohlen wird. Verurteilen Sie das Verschwörertum, aber erkennen Sie in der Resolution eine Diktatur ähnlich dem Konvent an, und wir werden vollständig und vorbehaltlos mit Ihnen einverstanden sein. Ja, mehr noch. Ich garantiere Ihnen, daß in dem Augenblick, da Sie eine solche Resolution unterschreiben, *die Kadetten aufhören werden, Sie zu loben!*

Gen. Woinow wies ebenfalls auf den himmelschreienden Widerspruch hin, in den Gen. Plechanow geraten war, als er sich unbedachterweise in bezug auf den Konvent „verschnappt" hatte. Der Konvent war nämlich eine Diktatur der unteren Volksschichten, d. h. der untersten Schichten der städtischen und ländlichen Armut. In der bürgerlichen Revolution war das eben eine solche machtvollkommene Körperschaft, in der nicht die große oder die mittlere Bourgeoisie, sondern das einfache Volk, die Armut, d. h. gerade das, was wir „Proletariat und Bauernschaft" nennen, die volle und ungeteilte Herrschaft ausübte. Den Konvent anerkennen und gegen die Machtergreifung vom Leder ziehen heißt mit Worten jonglieren. Den Konvent anerkennen und gegen die „revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" wettern heißt sich selbst ins Gesicht schlagen. Und die Bolschewiki haben stets und immer nur von der Eroberung der Macht durch die Masse des Volkes gesprochen, durch das Proletariat und die Bauernschaft, und keineswegs durch diese oder jene „bewußte Minderheit". Die Phrasen über Verschwörertum und Blanquismus sind harmlose simple Deklamationen, die bei der bloßen Erwähnung des Konvents denn auch in alle Winde zerstoben.

VII

DAS ENDE DES PARTEITAGS

Die Frage des bewaffneten Aufstands war die letzte Frage, die auf dem Parteitag einigermaßen gründlich und prinzipiell erörtert wurde. Die übrigen Fragen wurden schon übers Knie gebrochen oder ganz ohne Diskussion entschieden.

Die Resolution über Partisanenkampfaktionen wurde als eine Art Ergänzung zur Resolution über den bewaffneten Aufstand angenommen. Ich war zu dieser Zeit nicht im Sitzungssaal und habe von den Genossen nicht gehört, daß eine halbwegs interessante Debatte zu dieser Frage stattgefunden hätte, die ja schließlich auch keine prinzipielle Frage ist.

Die Resolutionen über die Gewerkschaften und über das Verhältnis zur Bauernbewegung wurden einstimmig angenommen. In den Kommissionen zur Abfassung der Resolutionen waren die Bolschewiki und die Menschewiki zu einer Einigung über diese Fragen gekommen. Hervorheben möchte ich in der Resolution über die Bauernbewegung die völlig richtige Einschätzung der Kadettenpartei und die Anerkennung des Aufstands als des „einzigen Mittels", die Freiheit zu erobern. Diese beiden Thesen müssen in unserer täglichen Agitationsarbeit möglichst oft herangezogen werden.

Die Vereinigung mit den nationalen sozialdemokratischen Parteien nahm etwas mehr Zeit in Anspruch. Die Verschmelzung mit den Polen ging einstimmig durch. Die Verschmelzung mit den Letten auch, soweit ich mich entsinne, jedenfalls ohne große Diskussion. Was die Vereinigung mit dem „Bund" angeht, so kam es zu einer großen Schlacht. Die Vereinigung wurde, wenn ich mich recht erinnere, mit 54 oder ungefähr 54 Stimmen beschlossen. *Dafür* stimmten die Bolschewiki (fast alle), das Zentrum und die weniger fraktionell eingestellten Menschewiki. Durchgesetzt wurde die Einheit der leitenden Lokalkomitees der SDAPR und die Wahl der Parteitagsdelegierten nach allgemeingültigen Grundsätzen. Eine Resolution wurde angenommen, die es als notwendig bezeichnet, für die zentralistischen Organisationsprinzipien zu kämpfen (wir hatten eine dem Wortlaut nach andere, aber dem Sinn nach gleiche Resolution vorgeschlagen, in welcher die praktische Bedeutung unseres Zugeständnisses an den „Bund" unterstrichen und die Notwendigkeit anerkannt wurde, unentwegt für einen engeren Zusammenschluß der proletarischen Kräfte auf neuer Grundlage zu kämpfen).

Einige Menschewiki erhitzten sich anläßlich der Vereinigung mit dem „Bund" und beschuldigten uns der Abkehr von den Prinzipien des zweiten Parteitags. Die beste Antwort auf diese Beschuldigungen ist ein Vergleich mit Nr. 2 der „Partinyje Iswestija". Die Bolschewiki veröffentlichten dort *lange vor dem Parteitag* einen Resolutionsentwurf, der eine Reihe

weiterer Zugeständnisse an *alle* nationalen sozialdemokratischen Parteien vorsah, bis zu einer „proportionalen Vertretung in lokalen, regionalen und zentralen Körperschaften der Partei" einschließlich.* Die Menschewiki antworteten in der gleichen Nr. 2 der „Partinyje Iswestija" auf unsere Resolutionen mit ihren Gegenresolutionen, wobei sie *kein Wort* darüber sagten, daß sie mit unserem Plan, dem „Bund" und den anderen nationalen sozialdemokratischen Parteien weitere Zugeständnisse zu machen, nicht einverstanden seien.

Mir scheint, diese Tatsache ist die beste Antwort auf die strittige Frage, ob die Bolschewiki aus fraktionellen Gründen für den „Bund" oder ob die Menschewiki aus fraktionellen Gründen gegen den „Bund" gestimmt haben.

Das Statut der Partei wurde sehr rasch angenommen. Ich war in der Kommission für die Ausarbeitung des Statutenentwurfs. Die Menschewiki wollten erst die Zahl der für die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags erforderlichen Parteimitglieder auf $^2/_3$ der Gesamtzahl erhöhen. Ich erklärte daraufhin zusammen mit meinen Kollegen Bolschewiki kategorisch, der geringste Versuch, jenes Minimum an Autonomie und Rechten der Opposition, das der fraktionelle III. Parteitag im Statut anerkannt hatte, zu reduzieren, werde die unausweichliche Spaltung bedeuten. Die Sache hängt von euch ab, Genossen Menschewiki: wollt ihr Loyalität wahren, alle Rechte der Minderheit, alle Rechte der Opposition** achten – dann ordnen wir uns unter, bringen unsere Gesinnungsgenossen ins ZK und verurteilen die Spaltung. Wollt ihr das nicht – dann ist die Spaltung unvermeidlich.

Die Menschewiki erklärten sich damit einverstanden, von $^2/_3$ auf $^1/_2$ herunterzugehen. Das Statut wurde einstimmig angenommen: sowohl der § 1 als auch das Prinzip des demokratischen Zentralismus. Lediglich zwei Punkte riefen Meinungsverschiedenheiten hervor.

---

* Siehe den vorliegenden Band, S. 152/153. *Die Red.*

** Ich erinnere daran, daß ich in meiner Broschüre „Die Reichsduma und die Sozialdemokratie" (zusammen mit einem Artikel Dans) vor dem Parteitag auf die Notwendigkeit verwiesen habe, der Strömung, die in der Minderheit bleiben würde, *die Freiheit der Kritik an den Beschlüssen des Parteitags und die Freiheit der Agitation für einen neuen Parteitag* zu gewährleisten (S. 8). (Siehe den vorliegenden Band, S. 99. *Die Red.*)

Erstens hatten wir zu § 1 einen Zusatz beantragt, der besagte, daß Parteimitglieder, die ihren Wohnsitz wechseln, das Recht haben, in die örtlichen Parteiorganisationen einzutreten.

Dieser Zusatz verfolgte den Zweck, kleinlichen Zank und Klatsch, Hinauswürfe Andersdenkender aus den Organisationen, die Weigerung von Menschewiki, Bolschewiki aufzunehmen, und umgekehrt, unmöglich zu machen. Die Partei wächst. Sie wird breiter. Man muß Schluß machen mit dem Kampf um Posten. Alle Körperschaften der Partei sind wählbar. In die unteren Parteiorganisationen aber muß der Eintritt für alle Parteimitglieder völlig frei sein. Nur dann wird der ideologische Kampf nicht durch organisatorisches Gezänk beschmutzt werden.

Obwohl wir auf diesem Zusatz bestanden, lehnten die Menschewiki ihn ab, aber als Beweis ihrer loyalen Absichten stimmten sie zu, eine Resolution anzunehmen: „Der Parteitag lehnt diesen Zusatz nur deshalb ab, weil er ihn für überflüssig hält, da er sich *von selbst versteht*" (ich zitiere nach dem Gedächtnis, denn der Wortlaut dieser Resolution befand sich nicht in meinen Notizen). Es ist sehr wichtig, diese Resolution bei allen auftretenden Auseinandersetzungen und organisatorischen Reibereien zu beachten.

Der zweite Punkt der Meinungsverschiedenheiten betraf das Verhältnis zwischen ZK und ZO. Die Menschewiki setzten durch, daß die Redaktion des ZO auf dem Parteitag gewählt und in politischen Fragen als dem ZK angehörend betrachtet wird (ein unklarer Punkt, der Mißverständnisse hervorrufen dürfte). Die Bolschewiki traten unter Hinweis auf die traurigen Erfahrungen der Zusammenstöße mit Literaten in der russischen und der deutschen* Partei dafür ein, daß die Redaktion des ZO vom Zentralkomitee bestellt wird und daß dieses das Recht hat, die Redaktion abzusetzen. Der Beschluß der Menschewiki zeigt meiner Ansicht nach ohne Zweifel, daß auf dem rechten Flügel unserer Partei auch in den Beziehungen zwischen den Literaten einerseits und den praktisch-politischen Führern anderseits nicht ganz normale Zustände herrschen.

Als Kuriosum sei noch vermerkt, daß die Menschewiki auf dem Parteitag einen Beschluß faßten, in dem die Resolution des Internationalen

* Die jüngste „Geschichte" mit den sechs „Vorwärts"-Redakteuren, die wegen ihrer Absetzung durch den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Krach schlugen.

Sozialistenkongresses zu Amsterdam über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien bestätigt wird.[115] In die Geschichte unserer sozialdemokratischen Parteitage wird dieser Beschluß eben als ein Kuriosum eingehen. In der Tat, sind denn nicht *alle* Beschlüsse der Internationalen Sozialistenkongresse für die sozialdemokratischen Parteien *aller* Länder verbindlich? Welchen Sinn hat es da, einen dieser Beschlüsse herauszugreifen und zu bestätigen? Wo und wann hat es das gegeben, daß nationale sozialdemokratische Parteien, anstatt über die Stellung zu dieser oder jener bürgerlichen Partei des *eigenen* Landes zu entscheiden, auf die allen Ländern gemeinsame Stellung zu allen bürgerlichen Parteien überhaupt verwiesen. Vor dem Parteitag hatten sowohl die Bolschewiki als auch die Menschewiki Resolutionsentwürfe über die Stellung zu den bürgerlichen Parteien *in Rußland* im Jahre *1906* nach Christi Geburt ausgearbeitet. Wenn auf dem Parteitag keine Zeit blieb, diese Frage zu behandeln, dann hätte man sie einfach zurückstellen sollen. Aber einen „mittleren" Weg zu wählen, indem man die Frage der russischen Parteien nicht behandelte und dafür die internationale Entscheidung der allgemeinen Frage bestätigte, bedeutete lediglich, vor der ganzen Welt die eigene Konfusion zur Schau zu stellen. Da wir nicht wissen, hieß das, wie wir mit eigenem Verstand über die russischen Parteien beschließen sollen, laßt uns wenigstens den internationalen Beschluß wiederholen! Das war die unglücklichste Form, die Frage offenzulassen – eine Form, die nur Spott hervorrufen kann.

Dabei ist die Frage äußerst wichtig. Die Entwürfe der entsprechenden Resolutionen der Mehrheit und der Minderheit findet der Leser im Anhang. Wir empfehlen allen an dieser Frage Interessierten (und welchen Praktiker, Agitator oder Propagandisten könnte diese Frage nicht interessieren?), diese Entwürfe von Zeit zu Zeit mit den „Lehren der Revolution" zu vergleichen, d. h. mit den politischen Tatsachen aus dem Leben der Parteien, die das russische Leben jetzt in solcher Fülle liefert. Wer einen solchen Vergleich anstellen will, der wird sehen, daß die Revolution unsere Einschätzung der beiden Hauptströmungen in der bürgerlichen Demokratie – der liberal-monarchistischen (hauptsächlich die Kadetten) und der revolutionär-demokratischen – immer mehr bestätigt.

Die menschewistische Resolution dagegen trägt die deutlichen Spuren eben jener Hilflosigkeit und Konfusion, die auf dem Parteitag zu dem

kuriosen Ausweg führten, einen internationalen Beschluß zu bestätigen. Die menschewistische Resolution besteht nur aus allgemeinen Phrasen, ohne jeden Versuch, die konkreten Fragen der politischen Wirklichkeit Rußlands zu lösen (oder eine Lösung anzudeuten). Man muß alle Parteien kritisieren, heißt es in dieser konfusen Resolution, muß sie entlarven, muß feststellen, daß es keine völlig konsequenten demokratischen Parteien gibt. Aber *wie* die *verschiedenen* bürgerlichen Parteien Rußlands oder die verschiedenen Typen dieser Parteien *konkret* „zu kritisieren und zu entlarven" sind – das weiß die Resolution nicht. Sie sagt, man müsse „kritisieren", aber sie *versteht nicht* zu kritisieren, denn die marxistische Kritik an den bürgerlichen Parteien besteht eben in der *konkreten* Analyse dieser oder jener *Klassen*grundlage der verschiedenen bürgerlichen Parteien. Die Resolution erklärt hilflos: Es gibt keine völlig konsequenten demokratischen Parteien – und versteht nicht, die *Unterschiede* in der Folgerichtigkeit der *russischen* bürgerlich-demokratischen Parteien festzustellen, die im Lauf unserer Revolution schon zutage getreten sind und noch zutage treten. Hinter den bloßen Phrasen, hinter den Gemeinplätzen der menschewistischen Resolution verschwinden sogar die Grenzen zwischen den drei Haupttypen unserer bürgerlichen Parteien: dem Typus der Oktobristen, dem Typus der Kadetten und dem Typus der revolutionären Demokraten. Und diese unsere Sozialdemokraten des rechten Flügels, die bei der Einschätzung der Klassengrundlagen und Klassentendenzen der verschiedenen Parteien des bürgerlichen Rußlands geradezu lächerlich hilflos sind, bringen es fertig, die linken Sozialdemokraten des „wahren Sozialismus" zu beschuldigen, d. h. der Ignorierung der historisch-konkreten Rolle der bürgerlichen Demokratie! Noch einmal: Das nennt man die eigenen Fehler andern in die Schuhe schieben.

Ich bin etwas vom Gegenstand meiner Darlegung abgewichen. Aber ich habe schon am Anfang meiner Broschüre darauf aufmerksam gemacht, daß ich beabsichtige, dem Bericht über den Parteitag einige Gedanken anläßlich des Parteitags hinzuzufügen. Und ich glaube, damit die Parteimitglieder den Parteitag richtig beurteilen können, ist es notwendig, sich nicht nur darüber Gedanken zu machen, was der Parteitag getan hat, sondern auch darüber, was er nicht getan hat, obwohl er es hätte tun müssen. Und die Notwendigkeit einer marxistischen Analyse der verschiedenen bürgerlich-demokratischen Parteien Rußlands kommt jedem

denkenden Sozialdemokraten mit jedem Tag deutlicher zum Bewußtsein.

Die Wahlen erledigte der Parteitag in wenigen Minuten. Alles war eigentlich schon vor den Vollsitzungen des Parteitags geregelt worden. Die Fünfergruppe im ZO wurde von den Menschewiki durchweg aus Menschewiki zusammengesetzt; wir erklärten uns einverstanden, ins ZK drei gegenüber sieben Menschewiki abzuordnen. Wie sich ihre Lage als eine Art Kontrolleure und Hüter der Rechte der Opposition gestalten wird, das muß die Zukunft erst noch zeigen.

VIII

DIE ERGEBNISSE DES PARTEITAGS

Werfen wir einen allgemeinen Blick auf die Arbeiten des Parteitags und auf die Lage unserer Partei, wie sie sich infolge der Arbeiten des Parteitags gestaltet hat, so kommen wir zu folgenden hauptsächlichen Schlüssen.

Eine große praktische Tat des Parteitags ist die vorgesehene (teilweise bereits verwirklichte) Vereinigung mit den nationalen sozialdemokratischen Parteien. Diese Vereinigung stärkt die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands. Sie wird helfen, die letzten Spuren des Zirkelwesens auszutilgen. Sie wird einen frischen Zug in die Arbeit der Partei bringen. Sie wird die Macht des Proletariats aller Völker Rußlands gewaltig stärken.

Eine große praktische Tat ist die Verschmelzung der Fraktionen der Minderheit und der Mehrheit. Die Spaltung hat aufgehört. Das sozialdemokratische Proletariat und seine Partei müssen einheitlich sein. Die organisatorischen Meinungsverschiedenheiten sind fast restlos überwunden. Geblieben ist die wichtige, ernste und außerordentlich verantwortungsvolle Aufgabe, die Prinzipien des demokratischen Zentralismus wirklich im Leben der Parteiorganisation durchzusetzen und durch beharrliche Arbeit zu erreichen, daß die unteren Organisationen in der Tat und nicht nur in Worten zur organisatorischen Grundzelle der Partei werden, daß alle höheren Instanzen wirklich wählbar, rechenschaftspflichtig und absetzbar sind. Es gilt, durch beharrliche Arbeit eine Organisation aufzu-

bauen, in der alle bewußten sozialdemokratischen Arbeiter erfaßt sind und ein selbständiges politisches Leben pulsiert. Die Autonomie jeder Parteiorganisation, die bisher fast nur auf dem Papier anerkannt war, kann und muß in die Tat umgesetzt werden. Der Kampf um die Posten und die Furcht vor der anderen „Fraktion" können und müssen überwunden werden. Es soll bei uns in Wirklichkeit einheitliche Parteiorganisationen geben, in denen ein rein ideologischer Kampf der verschiedenen Strömungen des sozialdemokratischen Denkens ausgetragen wird. Noch ist es nicht leicht, das zu erreichen, nicht sofort werden wir das erreichen. Aber der Weg ist vorgezeichnet, die Prinzipien sind verkündet, und wir müssen danach streben, dieses Organisationsideal vollständig und konsequent zu verwirklichen.

Als eine große ideologische Tat des Parteitags betrachten wir die klarere und bestimmtere Abgrenzung zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Sozialdemokratie. Den einen wie den anderen Flügel gibt es in allen sozialdemokratischen Parteien Europas – sie haben sich schon seit langem auch bei uns abgezeichnet. Um eine gesunde Entwicklung der Partei zu gewährleisten, um das Proletariat politisch zu erziehen und um aus der sozialdemokratischen Partei alle übermäßigen Abweichungen vom richtigen Weg auszumerzen, ist es notwendig, daß sich die beiden Flügel deutlicher voneinander abgrenzen und daß klarer definiert wird, worum der Streit geht.

Der Vereinigungsparteitag hat eine Menge sachlichen, dokumentarischen Materials erbracht, an Hand dessen man feststellen kann – genau und unbestreitbar feststellen kann, worin wir übereinstimmen und worin wir auseinandergehen, inwieweit wir auseinandergehen. Man muß dieses dokumentarische Material *studieren*, man muß die *Tatsachen* kennen, die Inhalt und Ausmaß der Meinungsverschiedenheiten genau zeigen, man muß die alte Zirkelgewohnheit ablegen, mit Geschrei, furchtbaren Worten und drohenden Beschuldigungen aufzuwarten, anstatt die und die Meinungsverschiedenheit, die in der und der Frage aufgetaucht ist, sachlich zu untersuchen. Und wir halten es für notwendig, im Anhang zu dieser Broschüre möglichst vollständig das *dokumentarische* Material anzuführen, das sich auf den Vereinigungsparteitag bezieht, damit die Parteimitglieder die Meinungsverschiedenheiten wirklich selbständig *studieren* können und nicht auf Treu und Glauben hingenommene schablonenhafte

Worte wiederholen. Gewiß, dieses dokumentarische Material ist trocken. Nicht jeder bringt genügend Aufmerksamkeit und Geduld auf, um die Resolutionsentwürfe zu lesen, sie mit den angenommenen Resolutionen zu vergleichen und sich die Bedeutung der verschiedenen Formulierungen jedes Abschnitts, jedes Satzes zu überlegen. Aber ohne eine solche ernste Arbeit ist eine bewußte Stellungnahme zu den Beschlüssen des Parteitags unmöglich.

Fasse ich nun das von mir oben Gesagte über die Auseinandersetzungen auf dem Parteitag zusammen, fasse ich die verschiedenen Tendenzen der vom Parteitag nicht behandelten (oder zurückgestellten) Resolutionsentwürfe zusammen, so komme ich zu dem Schluß, daß der Parteitag viel dazu beigetragen hat, den rechten und den linken Flügel der Sozialdemokratie deutlicher voneinander abzugrenzen.

Unser rechter Flügel glaubt nicht an einen vollen Sieg der gegenwärtigen, d. h. der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland, er fürchtet diesen Sieg und stellt die Losung dieses Sieges nicht entschieden und eindeutig vor dem Volke auf. Er irrt ständig zu dem grundfalschen und den Marxismus verflachenden Gedanken ab, daß nur die Bourgeoisie die bürgerliche Revolution selbständig „machen" könne oder daß nur die Bourgeoisie berufen sei, die bürgerliche Revolution zu führen. Die Rolle des Proletariats als des Vorkämpfers für einen vollen und entscheidenden Sieg der bürgerlichen Revolution ist dem rechten Flügel der Sozialdemokratie nicht klar.

Dieser Flügel stellt beispielsweise – zumindest taten das einige seiner Parteitagsredner – die Losung der *Bauernrevolution* auf, führt aber diese Losung nicht konsequent durch. Er zeigt im Programm nicht den klaren revolutionären Weg für die Propaganda und Agitation im Volk (*Besitzergreifung* vom Grund und Boden durch revolutionäre Bauernkomitees *bis zum Zusammentritt* einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung). Er fürchtet sich, die Idee der Machtergreifung durch die revolutionäre Bauernschaft ins Programm der Bauernrevolution aufzunehmen. Er führt, entgegen seinem Versprechen, die bürgerlich-demokratische Umwälzung in der Landwirtschaft eben nicht bis zum „logischen" Ende, denn ein solches „logisches" *(und ökonomisches)* Ende ist im Kapitalismus nur die Nationalisierung des Grund und Bodens, wodurch die absolute Rente in Wegfall kommt. Er erfindet eine unglaublich gekünstelte

mittlere Linie mit einer auf die örtlichen Bezirke umgelegten Nationalisierung des Grund und Bodens, mit demokratischen Semstwos bei einer undemokratischen Zentralgewalt. Er schreckt das Proletariat mit dem Gespenst der Restauration, ohne zu merken, daß er eine politische Waffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat benutzt, daß er Wasser auf die Mühle der monarchistischen Bourgeoisie leitet.

Auch in ihrer ganzen taktischen Linie überschätzen unsere Sozialdemokraten des rechten Flügels die Bedeutung und Rolle der wankelmütigen, schwankenden monarchistischen liberalen Bourgeoisie (die Kadetten u. a.) und unterschätzen die Bedeutung der revolutionären bürgerlichen Demokratie (der „Bauernbund", die „Trudowikigruppe" in der Duma, die Sozialrevolutionäre, die zahlreichen halb politischen, halb gewerkschaftlichen Organisationen usw.). Diese Überschätzung der Kadetten und Unterschätzung der revolutionären demokratischen „unteren Schichten" hängt aufs engste mit den obenerwähnten falschen Auffassungen von der bürgerlichen Revolution zusammen. Unsere Sozialdemokraten des rechten Flügels lassen sich durch die Scheinerfolge der Kadetten, ihre lärmenden „parlamentarischen" Siege und ihre effektvollen „konstitutionellen" Reden blenden. Betört von der Politik des Augenblicks, vergessen sie die grundlegenderen und wesentlicheren Interessen der Demokratie, vergessen sie jene Kräfte, die zwar an der Oberfläche des von den Trepow und Dubassow genehmigten „Konstitutionalismus" weniger „lärmen", dafür aber eine mehr in die Tiefe gehende, wenn auch weniger sichtbare Arbeit in den revolutionär-demokratischen unteren Schichten leisten und Konflikte nicht ganz parlamentarischer Art vorbereiten.

Daher auch die (milde ausgedrückt) skeptische Haltung unserer Sozialdemokraten des rechten Flügels zum Aufstand, daher das Bestreben, die Erfahrungen des Oktober und Dezember, die damals herausgebildeten Kampfformen mit einer Handbewegung abzutun. Daher ihre Unentschlossenheit und Passivität im Kampf gegen die konstitutionellen Illusionen – ein Kampf, den jede wirklich revolutionäre Situation in den Vordergrund rückt. Daher ihr Unverständnis für die historische Rolle des Dumaboykotts und das Bestreben, mit Hilfe des Schlagwortes „Anarchismus" um eine Einschätzung der konkreten Bedingungen der Bewegung in einer bestimmten Situation herumzukommen*, daher die maßlose Hast,

* Soeben habe ich Karl Kautskys neue Broschüre „Die russische Duma" erhal-

in eine scheinkonstitutionelle Körperschaft einzuziehen, daher die Überschätzung der positiven Rolle dieser Körperschaft.

Gegen diese Tendenzen des rechten Flügels unserer Sozialdemokraten müssen wir den entschiedensten, offensten und schonungslosesten ideologischen Kampf führen. Man muß die breiteste Diskussion der Parteitagsbeschlüsse durchsetzen, muß von allen Parteimitgliedern eine völlig bewußte und kritische Stellungnahme zu diesen Beschlüssen fordern. Man muß erreichen, daß alle Arbeiterorganisationen mit voller Kenntnis der Sache ihre Billigung oder Mißbilligung dieses oder jenes Beschlusses zum Ausdruck bringen. Diese Diskussion muß in der Presse, in Versammlungen, in Zirkeln und Gruppen geführt werden, wenn wir wirklich ernstlich entschlossen sind, den demokratischen Zentralismus in unserer Partei

---

ten. Seine Fragestellung hinsichtlich des Boykotts unterscheidet sich von der Fragestellung der Menschewiki wie Tag und Nacht. Unsere Pseudosozialdemokraten vom Schlage Negorews von der „Newskaja Gaseta" behaupten dreist: Boykott ist Anarchismus! Kautsky aber analysiert die konkreten Verhältnisse und schreibt: „Da ist es kein Wunder, daß die Mehrheit unserer russischen Genossen in einer auf solche Weise zustande gekommenen Duma nichts sah als die nichtswürdigste Fälschung einer Volksvertretung und beschloß, sie zu boykotten ... Kein Wunder, daß der Mehrheit der russischen Genossen statt des Eintritts in den Wahlkampf zum Eindringen in die Duma der Aufstand zur Hinwegfegung dieser Duma, zur Eroberung einer konstituierenden Versammlung geboten schien ..."

Wie gerne sähen wir, daß als Parallele zu dieser historisch-konkreten Einschätzung Kautskys die allgemeinen Phrasen Axelrods über den Nutzen des Parlamentarismus und den Schaden des Anarchismus möglichst bald veröffentlicht würden.

Nebenbei sei hier angeführt, was Kautsky in derselben Broschüre über den Sieg der Revolution sagt: „Bauern und Proletarier werden immer energischer und ungestümer die Mitglieder der Duma anstacheln, werden ihren linken Flügel immer mehr verstärken" (eine „bloße Entlarvung der Kadetten", nach dem wegwerfenden Ausdruck der „Newskaja Gaseta"), „werden ihre Gegner immer mehr schwächen, lahmlegen und *schließlich hinwegfegen.*" Also *die Bauern und das Proletariat* werden „sie", d. h. sowohl die Regierung als auch die liberale Bourgeoisie, hinwegfegen. Armer Kautsky! Er begreift nicht, daß nur die Bourgeoisie die bürgerliche Revolution machen kann. Er verfällt in „blanquistische" Ketzerei: Sieg („Diktatur") des Proletariats und der Bauernschaft.

durchzuführen, wenn wir entschlossen sind, die Arbeitermassen zu einer bewußten Lösung der Parteifragen heranzuziehen.

Aber in einer einheitlichen Partei darf dieser ideologische Kampf die Organisationen nicht spalten, darf er die Aktionseinheit des Proletariats nicht stören. Das ist ein in der Praxis unserer Partei noch neues Prinzip, und man wird viel Arbeit aufwenden müssen, um es richtig in die Tat umzusetzen.

Freiheit der Diskussion und Einheit der Aktion – das ist es, was wir erreichen müssen. Und die Beschlüsse des Vereinigungsparteitags lassen allen Sozialdemokraten in dieser Beziehung hinreichend Spielraum. Bis zu praktischen Taten im Sinne der „Munizipalisierung" ist noch ein ziemlich weiter Weg, aber daß die revolutionären Aktionen der Bauernschaft zu unterstützen und die kleinbürgerlichen Utopien zu kritisieren sind, darüber sind sich alle Sozialdemokraten einig. Wir müssen also über die Munizipalisierung diskutieren und sie verurteilen, ohne Furcht, die Aktionseinheit des Proletariats zu stören.

Hinsichtlich der Duma liegen die Dinge etwas anders. Bei Wahlen ist die volle Aktionseinheit *unerläßlich.* Der Parteitag hat beschlossen – wir *alle* werden wählen, wo Wahlen bevorstehen. Während der Wahlen keinerlei Kritik der Beteiligung an den Wahlen. Die *Aktion* des Proletariats muß einheitlich sein. Die Fraktion der Sozialdemokraten in der Duma werden wir alle, sobald eine solche Fraktion gebildet wird, stets als *unsere* Parteifraktion anerkennen.

Aber außerhalb der Aktionseinheit – die breiteste und freieste Erörterung und Verurteilung jener Schritte, Beschlüsse und Tendenzen, die wir für schädlich halten. Nur in solchen Diskussionen, Resolutionen und Protesten kann eine wirkliche öffentliche Meinung unserer Partei erarbeitet werden. Nur unter dieser Bedingung wird sie eine wirkliche Partei sein, die ihre Meinung *stets* kundzumachen weiß und die richtigen Wege findet, um die *Meinung,* die sich herausgebildet hat, in *Beschlüsse* eines neuen Parteitags umzuwandeln.

Nehmen wir die dritte Resolution, die Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen hat, die Resolution über den Aufstand. Hier ist die Aktionseinheit zur Zeit des Kampfes unbedingt notwendig. *Keinerlei* Kritik ist während eines solchen heißen Kampfes innerhalb der alle ihre Kräfte anspannenden Armee des Proletariats zulässig. Solange noch nicht zur

Aktion aufgerufen ist – breiteste und freieste Erörterung und Beurteilung der Resolution, ihrer Begründung und ihrer einzelnen Thesen.

Das Betätigungsfeld ist somit sehr groß. Die Resolutionen des Parteitags lassen weiten Spielraum. Jeder Hang zum Quasi-Konstitutionalismus, jede Übertreibung der „positiven" Rolle der Duma, durch wen auch immer, jede Aufforderung der extremen Rechten in der Sozialdemokratie zu Mäßigung und Akkuratesse – gegen all dies haben wir eine starke Waffe in Händen. Diese Waffe ist der erste Punkt der Parteitagsresolution über den Aufstand.

Der Vereinigungsparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands hat es als *unmittelbare* Aufgabe der Bewegung bezeichnet, der absolutistischen Regierung *die Macht zu entreißen.* Jeder, der diese unmittelbare Aufgabe vergißt, der sie in den Hintergrund schiebt, *verletzt* den Willen des Parteitags, und wir werden solche Verletzer aufs schärfste bekämpfen.

Ich wiederhole: Es gibt weiten Spielraum. Von der Parlamentsfraktion bis zur unmittelbaren Aufgabe, die *Macht* zu entreißen. Der ideologische Kampf kann und muß in diesem breiten Rahmen ohne Spaltung, unter Wahrung der Aktionseinheit des Proletariats geführt werden.

Und zu diesem ideologischen Kampf rufen wir alle Sozialdemokraten auf, die nicht zulassen wollen, daß unsere Partei übermäßig nach rechts abweicht.

Anhang

MATERIAL ZUR BEURTEILUNG DER ARBEITEN DES VEREINIGUNGSPARTEITAGS DER SDAPR

Damit sich die Leser vor dem Erscheinen der Parteitagsprotokolle an Hand von Dokumenten in den Fragen zurechtfinden können, die Gegenstand der Diskussion auf dem Parteitag waren, bringen wir hier die Entwürfe der von den Menschewiki und den Bolschewiki auf dem Parteitag eingebrachten Resolutionen sowie den Wortlaut der vom Parteitag angenommenen Resolutionen. Wie schon in der Broschüre gesagt wurde, wird nur das Studium dieses Materials jedem die Möglichkeit geben, sich

eine klare und genaue Vorstellung von der wahren Bedeutung des ideologischen Kampfes auf dem Parteitag zu machen. Die wichtigsten unter den vom Parteitag nicht behandelten und auf dem Parteitag nicht eingebrachten Resolutionen aus der zweiten Nummer der „Partinyje Iswestija" veröffentlichen wir hier ebenfalls, denn alle Teilnehmer des Parteitags hatten sie bei den Debatten vor sich, ja beriefen sich manchmal auf sie, und ohne ihre Kenntnis ist es nicht möglich, sich über die Meinungsverschiedenheiten völlig klarzuwerden.

DER KAMPF FÜR DIE FREIHEIT UND DER KAMPF UM DIE MACHT

Das „Nowoje Wremja" entlarvt. Die Zeitung, die im Dienst der faktisch absolutistisch gebliebenen Regierung steht, ist mit einer Reihe drohender Beschuldigungen gegen unsere Zeitung aufgetreten und hat die Kadetten vor der Gefahr gewarnt, die der proletarische Klassenkampf für die Bourgeoisie heraufbeschwört. Unter den üblichen Denunziationen an die Obrigkeit finden sich in den Tiraden des „Nowoje Wremja" einige Punkte, die für das ganze Volk von höchst aktuellem Interesse sind.

„Schämen sich die Kadetten nicht", heißt es im „Nowoje Wremja", „die Sozialrevolutionäre" (es handelte sich um die „Wolna") „als ‚Vorkämpfer für die politsche Freiheit' hinzustellen? Nichts dergleichen. Nicht für die Freiheit kämpfen sie, sondern um die Macht, und statt der alten Selbstherrschaft wollen sie die eigene Selbstherrschaft – die Herrschaft des Proletariats – errichten."

Das „Nowoje Wremja" dient auf Treu und Glauben der absolutistischen Regierung. Der Diener ist im Interesse seines Herrn eifrig bemüht, die Bourgeoisie mit dem Gespenst der sozialistischen Revolution zu schrecken. Das ist die erste Aufgabe. Die zweite besteht darin, die im Gange befindliche Revolution als eine sozialistische hinzustellen, die „Herrschaft des Volkes" mit der „Herrschaft des Proletariats" zu vertauschen.

Die Schliche und Fälschungen der Lakaien der Selbstherrschaft, die danach streben, die beiden erwähnten Aufgaben zu erfüllen, sind kein Zufall. Immer und überall strebten und streben die Lakaien der alten autokratischen Macht danach, eine solche „Fälschung" zu begehen, streben danach nicht allein in Zeitungsartikeln, sondern in ihrer gesamten Politik.

Deshalb gewinnt es sehr ernste Bedeutung, den Betrug des „Nowoje Wremja" zu untersuchen. Gehen wir vor allem auf diese „schreckliche" Entdeckung ein: „sie" kämpfen *nicht* für die Freiheit, *sondern* um die Macht. Sehen wir zu, was das bedeutet. Die Freiheit des Volkes ist erst dann gewährleistet, wenn das Volk wirklich ohne jede Behinderung Vereine gründet, Versammlungen abhält, Zeitungen herausgibt, selber Gesetze erläßt, selber alle Staatsbeamten wählt und absetzt, denen die Durchführung der Gesetze und die Verwaltung auf Grund der Gesetze obliegt. Folglich ist die Freiheit des Volkes erst dann vollständig und tatsächlich gewährleistet, wenn die ganze Macht im Staate vollständig und tatsächlich dem Volke gehört. Das ist ganz offensichtlich, und solche Lakaien der Regierung wie das „Nowoje Wremja" lassen sich nur von dem vorgefaßten Wunsch leiten, Verwirrung in das Bewußtsein des Volkes hineinzutragen. Diese offensichtliche Wahrheit konstatiert denn auch das Programm der Arbeiterpartei. In diesem Programm steht an der Spitze der *politischen* Forderungen, die auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft, d. h. unter Beibehaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der Marktwirtschaft, zu verwirklichen sind, die *Herrschaft des Volkes*. Wer für die Freiheit des Volkes kämpft, ohne für die volle Macht des Volkes im Staate zu kämpfen, der ist entweder inkonsequent oder unaufrichtig.

So verhält es sich mit dem Kampf für die Freiheit und dem Kampf um die Macht, wenn man nur von der Logik unserer Gedankengänge ausgeht. In der Geschichte des Kampfes für die Freiheit war es immer so, daß ein Volk, das die Freiheit erstrebt, zu Beginn seines Kampfes *Versprechungen* der alten Macht erhält, die Freiheit gewährleisten zu wollen. Die alte, nicht vom Volk abhängige, über dem Volk stehende Staatsmacht *verspricht dem Volk* aus Angst vor der Revolution, die Freiheit zu gewährleisten. Die Versprechungen bleiben unerfüllt, sie sind in ihrer Gesamtheit unerfüllbar, solange die vom Volk nicht absetzbare Macht weiterbesteht. In der Geschichte aller Revolutionen trat daher auf einer bestimmten Stufe ihrer Entwicklung ein Zeitpunkt ein, in dem die offensichtliche Logik des von uns oben dargelegten Gedankengangs unter dem Einfluß der Lehren, die das Leben erteilte, in das Bewußtsein der breiten Volksmassen eindrang.

Ein solcher Zeitpunkt tritt auch in Rußland ein. Der Kampf im Oktober

1905 war seiner historischen Bedeutung nach ein Kampf um das Versprechen der alten Macht, die Freiheit zu gewährleisten. Es gelang dem Volk bisher auch nicht, mehr als Versprechungen zu erreichen. Aber die zahlreichen mißlungenen Versuche, dieses Mehr zu erkämpfen, sind nicht vergeblich gewesen. Sie bereiteten das Volk auf einen ernsteren Kampf vor. Der Widerspruch zwischen dem Versprechen der Freiheit und dem Fehlen der Freiheit, zwischen der Allmacht der alten Macht, die „alles entscheidet", und der Ohnmacht der „Volksvertreter" in der Duma, die nur reden, dieser Widerspruch dringt gerade jetzt, gerade auf Grund der Dumaerfahrung immer stärker, immer tiefer und immer schärfer ins Bewußtsein der Volksmassen ein. Der Kampf um die volle Macht des Volkes, damit die volle Freiheit des Volkes tatsächlich gewährleistet wird, dieser Kampf rückt mit erstaunlicher Schnelligkeit näher, und zwar nicht nur infolge der subjektiven Logik unserer Gedankengänge, sondern infolge der objektiven Logik der politischen Ereignisse. Das ist der Grund, warum einige Sitzungstage der Duma genügten, damit ein frischer Wind wehte. Die Duma dient als eine ausgezeichnete Waffe der Entlarvung, und sie entlarvt besonders gut die trügerischen Gedanken über die Stärke einer *solchen* Duma, über den Wert von Versprechungen, über den Nutzen von geschenkten Konstitutionen oder von Pakten zwischen der alten Macht und der neuen Freiheit. Und gerade darum beginnen die Anzeichen eines neuen und realen Schrittes vorwärts, den die Befreiungsbewegung macht, so rasch zutage zu treten. Die Wahlsiege der Kadetten waren allen zu Kopf gestiegen. Das Verhalten der Kadetten in der Duma beginnt die Aureole der Kadetten schon zu zerstören. Die Vereinbarer der alten Macht mit der neuen Freiheit verlieren in den Augen des Volkes ihren Glanz, und sie werden ihn unvermeidlich in dem Maße verlieren, wie der Kampf um die volle Macht des Volkes näher rückt, durch welche die wirkliche Freiheit des Volkes gewährleistet wird.

„Wolna" Nr. 9,
5. Mai 1906.
Unterschrift: N. L–n.

Nach dem Text der „Wolna".

EIN NEUER AUFSCHWUNG

Der Beginn der Dumasitzungen ist begleitet von Schwarzhunderterpogromen. Der Beginn des „friedlichen parlamentarischen" Weges, der die Kadetten und alle politischen Spießbürger in Begeisterung und Rührung versetzt, ist begleitet von brutalsten, offensten und unmittelbarsten Erscheinungen des Bürgerkriegs. Der Beginn des „rechtlichen" Verfahrens, staatliche Fragen zu entscheiden, sie durch Stimmzettel und Stimmenzählung zu entscheiden, ist begleitet von Ausbrüchen primitivster Gewalt, welche die staatlichen Fragen durch Ausrottung Andersdenkender, durch Vernichtung (und zwar buchstäblich: durch Feuer und Schwert) der politischen Gegner entscheidet.*

Ist dieses Zusammentreffen ein Zufall? Natürlich nicht. Auch die Erklärung, daß die Polizei Pogrome organisiert, um zu provozieren und um die Duma zu kompromittieren, wäre nicht zureichend. Selbstverständlich kann es über die direkte Beteiligung der Polizei nicht den leisesten Zweifel geben. Selbstverständlich organisiert die Polizei, hetzt und provoziert sie. Das stimmt alles. In dem Krieg, der von der Bürokratie wahrhaftig auf Leben und Tod geführt wird, in diesem Krieg scheuen die Lakaien der Bürokratie und ihre Parteigänger buchstäblich vor keinem Mittel zurück. Aber warum mußten sie gerade jetzt in großem Ausmaß gerade solche Kampfmethoden zur Anwendung bringen? Es lohnt, über diese Frage nachzudenken, um nicht ganze Perioden der revolutionären

* Die Einäscherung des Volkshauses in Wologda durch eine von der Polizei aufgehetzte Menge und das Massaker unter den Simbirsker Demonstranten sind die hervorstechendsten Fälle von Pogromen in den letzten Tagen.

Entwicklung als Ergebnisse besonders bösen Willens, besonderer Blutgier und besonderer Vertierung der Kämpfenden anzusehen.

Wir durchleben den Beginn eines neuen gesellschaftlichen Aufschwungs. Sowohl die Arbeitslosenbewegung wie der 1. Mai, sowohl die verstärkte Gärung in der Bauernschaft und in den Truppen wie die Kundgebungen, die Presse und die Verbände – alles zeugt ganz unzweideutig von einem neuen Aufschwung. Der Aufschwung der breiten Volksbewegung hat bereits in wenigen Tagen jenen Aufschwung überholt, der in dem Wahlsieg der Kadetten und der „Linken" überhaupt zum Ausdruck gekommen war. Die Kadetten sind schon zurückgeblieben. Die kadettische Duma welkt schon dahin, sie verblüht, ohne je geblüht zu haben. Ein höchst charakteristischer Ausdruck dieses Verblühens unserer kleinbürgerlichen tauben Blüten, dieser Kopflosigkeit der Kadetten ist unter anderem ein Artikel des Herrn D. Protopopow (Kadett und Mitglied der Reichsduma) in der gestrigen „Duma". Herr Protopopow klagt und jammert: „Das Land erwartet von der Reichsduma die grundlegende und unverzügliche Lösung einer Reihe kompliziertester Fragen und, die Hauptsache, eine ebenso unverzügliche praktische Verwirklichung der zu erwartenden Reformen." Barmherzigkeit, Mitbürger! fleht der Kadett. Wir haben doch weder einen „Zauberstab" noch „die volle Macht" (der Kadett vergißt hinzuzufügen, daß es auch im Programm der Kadetten, d. h. in ihrem politischen Ideal, keine volle Macht für das Volk gibt). Die Reichsduma sei doch kein Konvent. Und aus dem Munde des Kadetten kommt das unvergleichliche, beinahe rührende Eingeständnis eines zu Tode erschrokkenen Spießbürgers: „Nur ein solcher Duma-Konvent könnte die Forderungen eines beträchtlichen Teils unserer Gesellschaft befriedigen." Was wahr ist, ist wahr. Ein „beträchtlicher Teil", wohl sogar die Masse der Bauern und Arbeiter, fordert einen Konvent und erhält ... eine Duma von Kadetten. Die armen, armen Kadetten! Konnten sie ahnen, daß der Aufschwung sie so rasch und so hoffnungslos hinter sich lassen wird?

Und eben dieser große Aufschwung dient als materielle Grundlage der Erscheinung, daß sich der Kampf ungewöhnlich zuspitzt, daß der „friedliche Parlamentarismus" dahinwelkt und in den Hintergrund tritt, daß die Konstitutionsspielerei abgelöst wird von der unmittelbaren Entscheidung der staatlichen Fragen durch Gewalt. Wir erleben eine Erneuerung des Oktoberaufschwungs, nur auf viel breiterer Grundlage, in breiterem

Umfang, denn die Bewußtheit der Massen der Bauernschaft und der Arbeiterklasse ist größer geworden, sie verfügen (dank der durchlebten Oktober-Dezemberperiode) über eine unvergleichlich größere politische Erfahrung. Im Oktober hielten sich die Kräfte der kämpfenden Seiten die Waage. Die alte Selbstherrschaft hatte *nicht mehr* die Kraft, das Land zu regieren. Das Volk hatte *noch nicht* die Kraft, die volle Macht zu erringen, welche die volle Freiheit gewährleistet. Das Manifest vom 17. Oktober war der juridische Ausdruck dieses Kräftegleichgewichts. Aber dieses Kräftegleichgewicht, das zu einem Zugeständnis der alten Staatsmacht führte, die gezwungen war, die Freiheit auf dem Papier anzuerkennen, bedeutete lediglich einen kurzfristigen Einhalt, keineswegs eine Einstellung des Kampfes. Von unserer Regierung hieß es im Oktober und November, sie habe „gestreikt", habe vor der Revolution „auf der Lauer" gelegen, sich nicht gerührt und sich dann, als der Zeitpunkt günstig war, in einen wütenden Kampf gestürzt, der mit ihrem Siege endete. Die politischen Spießer, borniert wie immer, von der Furchtsamkeit und dem weichlichen, heuchlerischen „Idealismus" erfüllt, die ihnen eigen sind, waren entrüstet, sie beklagten und empörten sich über das „Unmoralische" dieses „Streiks" der Regierung, dieses Auf-der-Lauer-Liegens vor der Revolution. Zur Entrüstung liegt gar kein Grund vor. „Wenn schon Krieg, dann wie im Krieg." In jedem Krieg machen die Gegner, deren Kräfte sich die Waage halten, eine Weile halt, sammeln Kräfte, rasten, werten die gemachten Erfahrungen aus, bereiten sich vor und – stürzen sich in den neuen Kampf. So war es mit den Armeen Kuropatkins und Oyamas. So war es und so wird es immer sein in jedem großen Bürgerkrieg. „Wenn schon Krieg, dann wie im Krieg."

Aber der Bürgerkrieg unterscheidet sich von einem gewöhnlichen Krieg durch seine unermeßlich größere Kompliziertheit, durch die Unbestimmtheit und Unbestimmbarkeit der am Kampf Teilnehmenden – infolge des Übergehens aus dem einen Lager ins andere (bald gehen die Oktobristen auf die Seite der Regierung über, bald geht ein Teil der Truppen auf die Seite des Volkes über) und infolge der Unmöglichkeit, zwischen „Kombattanten" und „Nichtkombattanten", d. h. zwischen denen, die zu den Kämpfern gehören, und denen, die nicht zu ihnen gehören, eine Grenze zu ziehen. Wenn die Regierung „streikt", wenn die Polizei, ohne sich zu rühren, „auf der Lauer" liegt, so wird der Krieg trotzdem nicht ein-

gestellt, eben weil es ein Bürgerkrieg ist, weil es in der Bevölkerung selbst interessierte Verteidiger der alten Macht und Verteidiger der Freiheit gibt. Deshalb wird auch der jetzige Aufschwung, der die Kräfte ins Gleichgewicht gebracht hat, wiederum mit eherner Notwendigkeit einerseits zu einer Schwächung der Regierung, zu ihrem „Streik", zu einer gewissen Wiederholung des „Auf-der-Lauer-Liegens vor der Revolution" und anderseits zu einer Erneuerung der Oktober-, November- und Dezemberformen des Kampfes führen. Jeder, der zu den großen Ereignissen, die sich vor unseren Augen entfalten, eine bewußte Einstellung gewinnen will, der von der Revolution lernen will, muß sich volle Rechenschaft darüber ablegen, daß diese Kampfformen unvermeidlich sind, muß sich Gedanken über die Aufgaben machen, die uns durch diese Kampfformen auferlegt werden.

Die von ihren Wahlsiegen berauschten Kadetten haben Berge von Papier darüber vollgeschrieben, daß Rußland den Weg des Parlamentarismus beschritten habe. Die Sozialdemokraten des rechten Flügels unserer Partei sind dem allgemeinen Taumel erlegen. Auf dem Vereinigungsparteitag haben sie, obwohl Sieger, trotz der Proteste der linken Sozialdemokraten die Resolution über den Aufschwung der Revolution, über die Hauptformen der Bewegung in der gegenwärtigen Situation und über die Aufgaben des Proletariats selbst zurückgezogen. Sie gleichen in dieser Beziehung Herrn Miljukow, der auf dem letzten Parteitag der Kadetten schon die Frage aufgeworfen hatte, ob das Volk nicht revolutionärer sei als die Duma und ob der im engeren Sinne revolutionäre Kampf nicht unvermeidlich sei, diese Frage aber sofort ängstlich von der Erörterung ausschloß. Für einen Kadetten war es natürlich, dieser Frage auszuweichen. Den Sozialdemokraten geziemt ein solches Ausweichen nicht. Und das Leben rächt sich bereits dafür. Das Leben bringt schon mit elementarer Kraft Kampfformen hervor, die der Duma den zweiten Platz zuweisen und einen neuen Oktober, einen neuen Dezember näher rücken, ganz unabhängig davon, ob wir das wünschen oder nicht.

Ein Sozialdemokrat des rechten Flügels machte sich auf dem Parteitag lustig über die Resolution der linken Sozialdemokraten, die als „*Hauptform der Bewegung*" klar und eindeutig nicht die possenhaft-konstitutionelle Form, sondern die Oktober-Dezemberform anerkannte, d. h. die Aktion der breiten Massen, die unmittelbar sowohl die alten Gesetze als

auch die alten Machtorgane beseitigen und von einer neuen, im Kampfe selbst geschaffenen Macht als Werkzeug zur Eroberung der Freiheit Gebrauch machen. Wir sehen gegenwärtig diese Kampfformen nicht, rief der Redner der rechten Sozialdemokraten aus. Das ist nicht die Wirklichkeit, sondern ein Hirngespinst unserer Linken, dieser Phantasten, dieser Rebellen, dieser Anarchisten. „Setzen Sie Ihre kadettische Brille ab", antworteten wir dem Genossen auf dem Parteitag, dann werden Sie nicht nur das sehen, was an der Oberfläche vor sich geht. Sie werden sehen, daß eben nicht der Dumakampf der *Haupt*kampf ist, Sie werden begreifen, daß die objektiven Bedingungen *außerparlamentarische* Formen der Bewegung unvermeidlich machen und gerade diese zu den hauptsächlichen, wesentlichen, grundlegenden und entscheidenden machen.

Ein, zwei Wochen sind seit diesen Auseinandersetzungen auf dem Parteitag vergangen. Und schon schlägt die Revolution nicht nur den rechten Sozialdemokraten, sondern auch breiten Bevölkerungsmassen die kadettischen Brillen herunter. Die Duma welkt schon dahin, die konstitutionellen Illusionen brechen schon zusammen. Die Oktober-Dezemberformen des Kampfes, von denen gestern noch die kurzsichtigen, für den flüchtigen Augenblick allzu empfänglichen Leute nichts wissen wollten, ziehen schon herauf. Und die Sozialdemokratie wird ihre Pflicht vor dem Proletariat nicht erfüllen, wenn sie nicht zu erkennen vermag, daß diese Kampfformen unvermeidlich heranwachsen und sich entwickeln, wenn sie den Massen die Aufgaben, die ihnen das Leben stellt und bald stellen wird, nicht in voller Größe zeigt. Die Sozialdemokratie wird sich der Klasse, die sie repräsentiert, als unwürdig erweisen, wenn sie versucht, das Studium und die Einschätzung dieser Formen mit verächtlichen Redensarten über Rebellentum und Narodowolzentum abzutun, wie sie vom rechten Flügel unserer Partei so häufig zu hören sind. Die elementare Welle schwillt an – man muß unverzüglich alle Kräfte anspannen, um in diesen Aufschwung mehr Bewußtheit und mehr Organisiertheit hineinzutragen, als uns das im Oktober und Dezember zu tun gelang.

Wir dürfen die Ereignisse nicht forcieren. Den Ausbruch zu beschleunigen liegt augenblicklich nicht in unserem Interesse. Das steht außer Zweifel. Diese Lehre müssen wir aus der Erfahrung von Ende 1905 ziehen. Aber das ist nur ein kleiner Teil der Aufgabe, es ist eine rein negative Definition unserer Taktik. Wer sich auf diese Seite der Sache beschränkt,

wer diese negative Aufgabe zu etwas Positivem erhebt, der gleitet unaufhaltsam hinab zu der Rolle bürgerlicher Vereinbarer der Volksfreiheit mit der Selbstherrschaft.

Vor der Partei der Arbeiterklasse erhebt sich eine sehr ernste, unaufschiebbare und grundlegende Aufgabe. Alle unsere Gedanken, alle Anstrengungen, unsere ganze propagandistische, agitatorische, organisatorische und unmittelbar praktische Arbeit müssen wir darauf richten, daß das Proletariat und die Bauernschaft zu dem neuen Entscheidungskampf besser gerüstet sind. Es hängt nicht von unserem Willen ab, die Formen dieses Kampfes auszuwählen – die historische Entwicklung der russischen Revolution bestimmt sie mit eherner Notwendigkeit. Wir wissen bereits, wissen auf Grund der Erfahrung, was es bedeutet, wenn die Regierung „auf der Lauer" liegt, was es bedeutet, wenn die Erregung der Massen im Zusammenhang mit der schnell heranreifenden allgemeinen politischen Krise anschwillt. Wir wissen, mit welch schwindelerregender Schnelligkeit der Oktoberkampf heranwuchs und wie unvermeidlich er in den Dezemberkampf umschlug. Mögen daher alle auf ihrem Posten sein. Niemand kann den Zeitpunkt der Entscheidung voraussagen, niemand weiß, in welcher Reihenfolge und Verbindung sich die Dezember- und Oktoberformen der Bewegung endgültig entfalten werden. Aber sie entfalten sich bereits. Ihre Organe entstehen bereits. Von der Geschlossenheit, der Bewußtheit, der Standhaftigkeit und der Entschiedenheit der fortschrittlichsten Klasse hängt für den Ausgang der großen Revolution vieles ab, wenn nicht alles.

„Wolna" Nr. 10,
6. Mai 1906.
Unterschrift: N. L–n.

Nach dem Text der „Wolna".

ZU DEN ERGEBNISSEN DES PARTEITAGS

„Es gibt Anzeichen", schreibt heute die „Retsch", „die darauf schließen lassen, daß der glänzende Erfolg der Opposition die alten Illusionen, die begraben schienen, wieder belebt hat und droht, die revolutionäre Bewegung auf den Weg des Blanquismus zurückzuführen, von dem sie abzubringen die vernünftige ‚Minderheit' der russischen Sozialdemokratie nach dem Mißerfolg des ‚bewaffneten Aufstands' im Dezember so eifrig bemüht war."

Ein wertvolles Eingeständnis, über das nachzudenken sich für die russischen Arbeiter lohnt. Wofür beleidigt die Bourgeoisie gewisse Sozialdemokraten, indem sie ihnen auf die Schulter klopft und sie als vernünftig bezeichnet? Dafür, daß sie eifrig bemüht waren, die Bewegung vom Weg des Blanquismus, vom Weg des „Dezember" abzubringen. Ist es wahr, daß der Dezemberkampf Blanquismus war? Nein, das ist nicht wahr. Der Blanquismus ist eine Theorie, die den Klassenkampf verneint. Der Blanquismus erwartet die Erlösung der Menschheit von der Lohnsklaverei nicht durch den Klassenkampf des Proletariats, sondern durch die Verschwörung einer kleinen Minderheit von Intellektuellen. Gab es im Dezember eine solche Verschwörung oder irgend etwas, was ihr ähnlich sah? Nein, es gab nichts, was einer Verschwörung ähnlich sah. Das war eine Klassenbewegung gewaltiger Massen des Proletariats, die eine rein proletarische Kampfwaffe, den Streik, zur Anwendung brachte und der sich in der politischen Arena Rußlands noch nie gesehene Massen von Halbproletariern (Eisenbahner, Postangestellte usw.), von Bauern (Südrußland, Kaukasus, Baltikum) und von städtischen Kleinbürgern (Moskau) anschlossen. Mit dem Schreckgespenst des „Blanquismus" will die Bour-

geoisie den Kampf des Volkes um die Macht herabsetzen, anschwärzen und verleumden. Denn für die Bourgeoisie ist es vorteilhaft, wenn die Proletarier und Bauern nur um Zugeständnisse der alten Macht kämpfen.

Die Sozialdemokraten des rechten Flügels führen den „Blanquismus" einfach deshalb ins Feld, weil sich dieses Schlagwort in der Polemik so gut macht. Die Bourgeoisie verwandelt es in eine Waffe gegen das Proletariat: „Seid vernünftig, Arbeiter! Kämpft für die Erweiterung der Rechte der kadettischen Duma, holt für die Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer, aber erdreistet euch nicht, an einen solchen Wahnwitz, Anarchismus, Blanquismus zu denken wie den Kampf um die volle Macht des Volkes!"

Haben die liberalen Bourgeois recht, wenn sie sagen, die rechten Sozialdemokraten seien eifrig bemüht gewesen, die Bewegung vom Weg und von den Methoden des Oktober und Dezember abzubringen? Leider haben sie recht. Nicht alle Sozialdemokraten des rechten Flügels waren sich dieser Bedeutung ihrer Taktik bewußt, aber ihre wirkliche Bedeutung war diese und keine andere. Auf einer Beteiligung an den Dumawahlen zu bestehen bedeutete im Grunde eine Unterstützung der Kadetten, die die Revolution zu Grabe getragen und den revolutionären Kampf als eine „alte Illusion" bezeichnet haben. Die drei prinzipiell wichtigsten Resolutionen des Vereinigungsparteitags, die trotz des erbitterten Kampfes der linken Sozialdemokraten vom rechten Flügel der Sozialdemokratie angenommen wurden – das Agrarprogramm, die Resolution über die Reichsduma und die Resolution über den bewaffneten Aufstand – tragen alle ganz offensichtliche Spuren der Bemühungen „des vernünftigen Teils der Sozialdemokratie", die revolutionäre Bewegung vom Weg des Oktober-Dezember abzubringen. Man nehme die vielgepriesene „Munizipalisierung". Gewiß ist unter unserem Druck der ursprüngliche Maslowsche Entwurf der Munizipalisierung zweifellos nach links gerückt worden. An die Stelle der „Enteignung" ist die „Konfiskation" getreten, die Aufteilung des Grund und Bodens wird zugelassen, eingefügt worden ist die Unterstützung der „revolutionären Aktionen der Bauernschaft einschließlich der Konfiskation" usw. Aber trotzdem ist die Munizipalisierung, wenn auch kastriert, geblieben. Munizipalisierung heißt Übergabe der Gutsbesitzerländereien an demokratische Semstwos. Die revolutionären Bauern werden darauf nicht eingehen. Sie haben recht, wenn sie den Semstwos nicht trauen und auch demokratischen Semstwos nicht trauen

werden, solange dieser Demokratismus draußen im Lande mit einer nichtdemokratischen Zentralgewalt gekoppelt ist. Sie haben recht, wenn sie die Übergabe der Ländereien sowohl an örtliche als auch an zentrale Machtorgane ablehnen, solange nicht die ganze, unbedingt die ganze Staatsmacht vom Volk gewählt wird, rechenschaftspflichtig und absetzbar ist. Und diese Bedingung ist trotz des Kampfes der linken Sozialdemokraten vom Parteitag abgelehnt worden. Anstatt Übergabe des Grund und Bodens an das Volk, sobald es alle staatlichen Behörden wählt, beschloß der Parteitag die Übergabe des Grund und Bodens an gewählte örtliche Machtorgane! Und welches war die Begründung des Parteitags? Die Idee der Machtergreifung brauche man im Programm nicht; man brauche Garantien gegen eine Restauration. Aber die Angst vor der Machtergreifung durch die revolutionäre Bauernschaft ist eine rein kadettische Angst vor der Bauernrevolution.

Gegen eine Restauration im wahren Sinne des Wortes kann es indes nur eine Garantie geben: die sozialistische Umwälzung im Westen. Außer dieser Bedingung bietet nichts in der Welt eine Garantie gegen eine Restauration der nichtdemokratischen Zentralgewalt, solange der Kapitalismus und der stets schwankende, stets unbeständige kleine Warenproduzent bestehen. Anstatt uns eitlen Träumen über relative Garantien gegen eine Restauration hinzugeben, müssen wir also daran denken, unsere Revolution zu Ende zu führen. Auf dem Parteitag jedoch sah der rechte Flügel der Sozialdemokraten die Garantie gegen eine Restauration in der Annahme eines Programms, das einem Kompromiß mit der Restauration nahekommt: wir sichern uns gegen eine Restauration der nichtdemokratischen Zentralgewalt, wenn wir uns im Agrarprogramm über die Notwendigkeit einer vollen Demokratisierung *dieser* Macht ausschweigen ...

Nehmen wir die Resolution über die Reichsduma. Der Parteitag nahm sie an, als die Wahlsiege der Kadetten schon Tatsache waren. Und trotz unserer Proteste spricht der Parteitag von einer Duma der Volksvertreter schlechthin und nicht von der realen kadettischen Duma. Der rechte Flügel der Sozialdemokratie wollte die heuchlerische Natur *dieser* Duma nicht aufzeigen; er warnte die Arbeiter nicht vor der konterrevolutionären Rolle, die diese *kadettische* Duma zu spielen bestrebt ist; er war nicht einverstanden, direkt und bestimmt zu sagen: die sozialistischen Arbeiter müssen mit der bäuerlichen und revolutionären Demokratie gegen die

Kadetten zusammengehen. Er gab dem Wunsch Ausdruck, eine sozialdemokratische Parlamentsfraktion zu haben, ohne gut zu überlegen, ob es bei uns ein Parlament, ob es bei uns sozialdemokratische Parlamentarier gibt.

Nehmen wir die dritte der obengenannten Resolutionen. Sie beginnt mit einer ultrarevolutionären Phrase und ist nichtsdestoweniger ganz durchdrungen vom Geist einer skeptischen, wenn nicht gar negativen Einstellung zum Oktober-Dezemberkampf. Sie enthält kein Wort darüber, daß man die vom russischen Proletariat und vom russischen Volk Ende 1905 erworbene *historische* Erfahrung berücksichtigen muß. Es wird darin nicht anerkannt, daß sich in der Vergangenheit mit historischer Notwendigkeit ganz bestimmte Kampfformen herausgebildet haben und jetzt von neuem herausbilden. Wir haben hier nur in ganz kurzen und allgemeinen Zügen die grundlegenden Mängel der Resolutionen gezeigt, um die der Kampf auf dem Parteitag ging. Wir werden noch des öfteren auf die hier angeschnittenen Fragen zurückkommen. Die Partei des Proletariats muß sie sorgsam erörtern und überprüfen, gestützt auf die neuen Daten, die uns von der kadettischen Duma und dem sich rasch entrollenden Bild des neuen Aufschwungs geliefert werden. Die Partei des Proletariats muß die Fähigkeit erwerben, sich zu den Resolutionen ihrer Vertreter streng kritisch zu verhalten. Und der einstimmige Chor der bürgerlichen Presse, die den vernünftigen Musterknaben der russischen Sozialdemokratie ein Loblied singt, zeigt dem Proletariat klar, daß die Partei an einer bestimmten Krankheit leidet.

Von dieser Krankheit müssen und werden wir sie heilen.

Geschrieben am 6. (19.) Mai 1906.

Veröffentlicht am 7. Mai 1906 in der „Wolna" Nr. 11.
Unterschrift: N. L–n.

Nach dem Text der „Wolna".

DUMA UND VOLK

Auf der Tagesordnung steht das Verhältnis der Duma zum Volk. Diese Frage wird von allen diskutiert, und besonders eifrig diskutieren darüber die in der Duma dominierenden Kadetten. Hier eine der interessantesten Äußerungen der linkskadettischen Zeitung „Nascha Shisn", die nicht selten den Standpunkt der Besten unter den Kadetten vertritt.

„Es drängt sich die Frage auf, wo die Grenzen der Einheit von Duma und Volk sind. Wo sind die Grenzen, über die hinaus die Duma entweder zum Spielball der Volksleidenschaft wird oder sich umgekehrt von der Bevölkerung und den Parteien loslöst? Gefährlich wird das Verhältnis der Bevölkerung zur Duma dann, wenn es sich spontan gestaltet. Irgendein großes Ereignis tritt ein – und der Ausbruch der spontanen Unzufriedenheit wirkt sich sofort auf die Duma aus, für die es nicht leicht sein wird, sich als selbständiges und organisiert handelndes Organ des Volkswillens zu behaupten. Die Geschichte, sagen wir, der französischen Revolution bot verschiedentlich Beispiele, daß die Volksvertreter ein Spielball der Menge waren. Aber es kann auch umgekehrt sein – völlige Gleichgültigkeit. Können wir mit Sicherheit sagen, daß die Duma, falls man sie auseinanderjagt, wirklich vom Volk unterstützt wird oder ob nicht auch diejenigen, die jetzt gleich von der Duma besonders radikale Beschlüsse fordern, skeptisch lächelnd beiseite treten und sagen werden, wir haben ja vorausgesagt, daß die Duma machtlos ist? Doch was werden sie schon tun, und wann werden sie handeln?"

Und der Verfasser fordert dazu auf, alle möglichen Klubs und Versammlungen zu organisieren, damit eine lebendige Verbindung zwischen der Duma und der Bevölkerung hergestellt werde. „Eine wohlwollende Kritik an der Duma und ihre aktive Unterstützung – das ist die edle Aufgabe im gegenwärtigen Zeitpunkt."

Wie plastisch spiegelt sich in diesen wohlwollenden Reden des edel-

denkenden Kadetten die Ohnmacht seiner Partei und der Duma wider, in der diese Partei herrscht! Klubs, Versammlungen, lebendige Verbindung mit dem Volk . . . Wozu spricht man so wichtigtuerisch von Dingen, die sich von selbst verstehen? Braucht man etwa den Nutzen von Klubs und Versammlungen zu beweisen? Gleich der erste freie Windhauch, der den Aufschwung ankündigte, den wir jetzt erleben, hat zu Kundgebungen, zur Gründung von Klubs und zur Entwicklung der Presse geführt. Das wird so weitergehen, solange nicht äußere Hindernisse einen Schlußpunkt setzen. Aber all dies betrifft doch sozusagen nur die technische Frage: Klubs, Versammlungen, Zeitungen, Publikationen, Petitionen (die besonders von unseren Sozialdemokraten des rechten Flügels empfohlen werden) – all dies hilft der Duma, die Meinung des Volkes kennenzulernen, und dem Volk, die Duma kennenzulernen. All dies ist natürlich tausendfach notwendig. All dies dient zweifellos der Organisation und Information. All dies schafft „Verbindung" – aber man überlege bloß, um was für eine Verbindung es sich hier handelt. Um eine rein technische Verbindung. Die sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen müssen die Tätigkeit der kadettischen Duma aufmerksam verfolgen. Das ist unbestreitbar. Aber selbst bei bester Information und bei bester Organisation wird ihre „Verbindung" keine Verbindung der Interessen, keine Übereinstimmung der Aufgaben, keine Gleichheit der politischen Haltung sein. Das aber ist der Kern der Frage. Unser edler Radikaler hat über den *Mitteln* der Verbindung den *Inhalt* dessen übersehen, was er verbinden will, er hat übersehen, daß die Klasseninteressen verschieden sind und die politischen Aufgaben auseinandergehen.

Warum hat er das übersehen? Weil er als Kadett nicht sehen kann oder nicht zugeben will, daß die kadettische Duma *hinter* den breiten Volksmassen einhertrottet. Die Duma führt nicht die Masse der bewußten Bauernschaft im Kampf um Land und Freiheit, die Duma bleibt hinter der Bauernschaft zurück, sie *lähmt* den Schwung ihres Kampfes. Darüber, wie weit die Duma hinter dem Proletariat zurückbleibt, braucht man nicht zu sprechen. Die kadettische Duma ist kein Führer der Bauernmasse und der Arbeiterklasse, sondern ein „edler" Makler, dem ein Bündnis mit rechts und Sympathien von links vorschweben. Die kadettische Duma ist das, was die Kadetten aus der Duma gemacht haben. Aber die Partei der „Volksfreiheit" ist eine bürgerliche Partei, die zwischen dem

demokratischen Kleinbürgertum und der konterrevolutionären Großbourgeoisie, zwischen dem Bestreben, sich auf das Volk zu stützen, und der Furcht vor seiner revolutionären Aktivität schwankt. Je mehr sich der Kampf zwischen dem Volk und der alten Macht verschärft, desto unhaltbarer wird die Lage des Maklers, desto ohnmächtiger werden die Schwankenden. Daher der verzagte Ton in dem angeführten Zitat wie in allen Reden der Kadetten. Daher ihre bitteren Klagen über ihre eigene Ohnmacht. Daher ihre ewigen Versuche, ihre Schwäche, Unentschlossenheit und Wankelmütigkeit auf das Volk abzuwälzen.

Man überlege sich gut, welche tiefere Bedeutung diese Angst des „edlen" bürgerlichen Radikalen hat: daß die Duma bloß nicht zum Spielball der Volksleidenschaften, zum Spielball der Menge wird! Diese Jammergestalten spüren, daß sie kein Organ der Volksleidenschaft, kein Führer des Volkes sein können, und siehe da – ihre Ohnmacht, ihre Zurückgebliebenheit schieben sie auf das Volk ab, das sie verächtlich als Menge bezeichnen und dessen „Spielball" zu sein sie hochmütig ablehnen. Und dabei ist die ganze Freiheit, die es in Rußland noch gibt, nur von der „Menge" erobert worden, nur von dem Volk, das aufopferungsvoll auf die Straße ging, das im Kampf unzählige Opfer brachte, das durch seine Taten die große Losung unterstützte: Freiheit oder Tod. Alle diese Aktionen des Volkes waren Aktionen der Menge. Die ganze neue Ära in Rußland ist allein durch die Volksleidenschaft erobert worden, und allein durch sie hält sie sich.

Ihr aber, die Partei der Worte von der „Volksfreiheit", ihr fürchtet die Volksleidenschaft, ihr fürchtet die Menge. Und ihr erdreistet euch, die „Menge" der Gleichgültigkeit zu bezichtigen! Ihr, Skeptiker von Natur, Skeptiker in eurem ganzen Programm, Skeptiker in eurer ganzen halbschlächtigen Taktik, nennt das Volk „skeptisch", weil es euren Phrasen nicht glaubt! Euer politischer Gesichtskreis reicht nicht über die Frage hinaus: Wird das Volk die Duma unterstützen?

Wir drehen diese Frage um. Unterstützen die Kadetten in der Duma das Volk? Oder trotten sie hinter dem Volk einher? Werden diese Skeptiker das Volk dann unterstützen, wenn es das „tun wird", was es um der Freiheit willen *bereits getan hat*? Oder werden sie ihm Knüppel zwischen die Beine werfen, seine Energie dämpfen, es des Anarchismus und Blanquismus, des rasenden Wahnwitzes und der wahnwitzigen Raserei bezichtigen?

Doch die Bauernmasse und die Arbeiterklasse werden ihr Werk tun, sie werden die jämmerlichen Ängste und Zweifel der weichlichen bürgerlichen Intellektuellen voller Verachtung beiseite schieben. Sie werden die Duma nicht unterstützen, sie werden ihre eigenen Forderungen unterstützen, die von der kadettischen Duma so unvollständig und unzulänglich zum Ausdruck gebracht worden sind.

Die Kadetten bilden sich ein, der Nabel der Welt zu sein. Sie träumen von friedlichem Parlamentarismus. Sie haben die Träume für Wirklichkeit gehalten. Aber bitte schön, sie kämpfen doch, man muß sie unterstützen. Ist es nicht umgekehrt, meine Herren? Führt ihr nicht selber ständig die Worte im Munde, die in den Ländern des wirklichen Parlamentarismus niemandem jemals in den Sinn kämen, die Worte: „Auseinanderjagung der Duma"? Wer ernstlich nachdenken will über die Bedeutung dieser Worte und über die Sachlage, bei der diese Worte gesagt werden müssen, der wird begreifen, daß uns entweder ein durch verlogene Phrasen beschönigter Greuel der Verwüstung bevorsteht oder eine neue Tat der Menge, eine neue Tat der großen Volksleidenschaft.

Von den Kadetten können wir keine Hilfe bei dieser Tat erwarten. Die Dumaminderheit, die „Trudowikigruppe" und die „Arbeitergruppe", werden – so wollen wir hoffen – die Frage nicht auf kadettische Weise stellen. Sie werden das Volk nicht um Unterstützung für sich bitten, sich nicht zu einer Kraft in unserm Puppenparlament erklären – sie werden alle ihre Anstrengungen, ihre ganze Arbeit darauf richten, diese große künftige Tat wenigstens irgendwie zu unterstützen.

„Wolna" Nr. 12,
9. Mai 1906.

Nach dem Text der „Wolna".

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN[116]

In dem Artikel „Das Lob der Liberalen" in Nr. 6 der „Newskaja Gaseta" will Genosse L. M. beweisen, daß die Bourgeoisie die rechten Sozialdemokraten als wahre Sozialdemokraten lobt und die linken Sozialdemokraten als Anarchisten schmäht. Die Bourgeoisie, meint er, fürchte den Anarchismus besonders als eine brutale Methode des Kampfes, der Bomben usw.

Diese Ansicht ist ein glatter Hohn auf die Wahrheit.

Weiß Gen. L. M. wirklich nicht, daß die Bernsteinianer in Deutschland und die Millerandisten in Frankreich von der Bourgeoisie eben wegen ihres Opportunismus, wegen ihrer Abschwächung der Widersprüche im scharfen Kampf gelobt wurden? Ist L. M. wirklich schon so „vernünftig" geworden, daß er geneigt ist, Bernsteinianer und Millerandisten als wahre Sozialdemokraten zu betrachten?

Oder sollte sich Gen. L. M. nicht doch einmal Gedanken darüber machen, wie sich die russische liberale Bourgeoisie zum Terror der Narodowolzen und Sozialrevolutionäre bis in die letzte Zeit hinein verhalten hat und wie sie sich heute zu den Dezemberformen des Kampfes verhält? Die liberale Bourgeoisie hat doch die Sozialrevolutionäre mehr gelobt als die Sozialdemokraten, solange der Terror gegen die ihr verhaßte Selbstherrschaft gerichtet war. Ist es nicht so, Gen. L. M.? Und was glauben Sie, Gen. L. M., würde die liberale Bourgeoisie die rechten Sozialdemokraten loben, wenn diese ihre *jetzige* Position aufgäben und den Standpunkt des reinen Parlamentarismus bezögen? Wollen Sie, Gen. L. M., dann etwa sagen, die liberale Bourgeoisie verstehe einfach nicht, daß der reine Parlamentarismus der Sozialdemokraten im *gegenwärtigen Zeitpunkt* weitaus schädlicher für sie und weitaus nützlicher für das Proletariat sei als die jetzige Position der rechten Sozialdemokraten?

„Wolna" Nr. 12, 9. Mai 1906. *Nach dem Text der „Wolna".*

ZUR RESOLUTION DER BOLSCHEWIKI ÜBER DIE REICHSDUMA[117]

Indem wir diesen Resolutionsentwurf veröffentlichen, stellen wir unvoreingenommenen Leuten anheim, zu entscheiden, ob dieser Entwurf auch nur den geringsten Anlaß gibt, mit den Worten „Anarchismus", „Blanquismus" usw. zu jonglieren. Welche Resolution ist überdies vom Leben gerechtfertigt worden: jene, die der Parteitag angenommen hat, oder diese? Ist es heute nicht klar, daß die Duma nur indirekt ausgenutzt werden kann? Ist es heute nicht klar, welche dieser beiden Resolutionen unmittelbar der wirklich revolutionären Demokratie entgegenkommt und den „Kadettengeist", wie er in der Duma, in der Praxis zutage getreten ist, richtiger einschätzt?

„Wolna" Nr. 12,
9. Mai 1906.

Nach dem Text der „Wolna".

DIE ARBEITERGRUPPE IN DER REICHSDUMA

In der Reichsduma gibt es eine Arbeitergruppe von 15 Mann. Wie sind diese Abgeordneten in die Duma gekommen? Ihre Kandidaturen wurden nicht von Arbeiterorganisationen aufgestellt. Sie wurden von der Partei nicht bevollmächtigt, ihre Interessen in der Duma zu vertreten. Keine einzige Lokalorganisation der SDAPR faßte einen Beschluß (obwohl sie das hätte tun können), ihre Mitglieder in die Reichsduma zu entsenden.

Die Arbeiterabgeordneten sind auf außerparteilichem Wege in die Duma gekommen. Fast alle, oder sogar alle, sind durch direkte oder indirekte, stillschweigende oder ausdrückliche Abkommen mit den Kadetten hineingekommen. Viele sind so in die Duma gekommen, daß unmöglich festzustellen ist, ob sie als Kadetten oder als Sozialdemokraten gewählt wurden. Das ist eine Tatsache, und zwar eine Tatsache von größter politischer Wichtigkeit. Sie zu verschweigen, wie das heute viele Sozialdemokraten tun, ist ebenso unverzeihlich wie nutzlos. Unverzeihlich, denn das heißt mit den Wählern im allgemeinen und der Arbeiterpartei im besonderen Versteck spielen. Nutzlos, denn diese Tatsache macht sich im Lauf der Ereignisse unvermeidlich bemerkbar.

Der Vereinigungsparteitag der SDAPR, der die Bildung einer Parlamentsfraktion der Sozialdemokraten als wünschenswert bezeichnete, machte den Fehler, dieser Tatsache nicht Rechnung zu tragen. Aus der von uns gestern veröffentlichten Resolution der linken Sozialdemokraten* ist zu ersehen, daß der Parteitag auf diese Tatsache hingewiesen wurde. Aber die Gerechtigkeit verlangt zu sagen, daß der Parteitag auf Drängen des linken Flügels eine sehr wichtige Instruktion an das ZK der Partei ange-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 293/294. *Die Red.*

nommen hat. Die Nichtveröffentlichung dieser Resolution ist eine wichtige Lücke in jener Publikation des ZK, aus der wir die Parteitagsresolutionen abgedruckt haben. Die Resolution über die Parlamentsfraktion beauftragt das ZK, *alle* Parteiorganisationen darüber zu informieren: 1. wer vom ZK als Vertreter der Partei in der Reichsduma anerkannt worden ist, 2. wann und 3. unter welchen Bedingungen. Weiter beauftragt sie das ZK, der Partei regelmäßig Berichte über die Tätigkeit der Parlamentsfraktion zu geben, und erlegt schließlich den Arbeiterorganisationen, denen sozialdemokratische Abgeordnete der Reichsduma als Mitglieder angehören, die Pflicht auf, eine spezielle Kontrolle über diese Abgeordneten auszuüben.

Nachdem wir diese außerordentlich wichtige Resolution hervorgehoben haben, wollen wir dazu übergehen, die Frage der Arbeitergruppe in der Duma zu untersuchen. Der Führer dieser Gruppe, Michailitschenko, erklärte nach seiner Wahl in die Duma, er sei Sozialdemokrat. In seiner Person brachte die Arbeitergruppe das klare Bestreben zum Ausdruck, sich von den Kadetten zu trennen und eine wirklich sozialdemokratische Gruppe zu werden.

Ein solches Bestreben verdient unsere volle Sympathie. Wir waren auf dem Parteitag gegen die Bildung einer offiziellen Parlamentsfraktion. Unsere Gründe sind in unserer gestern veröffentlichten Resolution genau und eingehend dargelegt. Aber selbstverständlich hindert uns die Ansicht, daß es nicht angebracht sei, eine offizielle Parlamentsfraktion zu bilden, keineswegs daran, *jedes* Bestreben eines *jeden* Arbeitervertreters, von den Kadetten *abzurücken* und sich den Sozialdemokraten *anzuschließen*, zu unterstützen.

Aber vom Bestreben bis zur Verwirklichung ist es noch ziemlich weit. Es genügt nicht, sich für einen Sozialdemokraten zu erklären. Man muß eine wirklich sozialdemokratische Arbeiterpolitik betreiben. Natürlich verstehen wir voll und ganz die schwierige Lage der neugebackenen Parlamentarier. Wir wissen sehr wohl, daß man gegenüber den Fehlern derjenigen, die beginnen, von den Kadetten zu den Sozialdemokraten überzugehen, Nachsicht üben muß. Aber wenn es ihnen beschieden ist, diesen Übergang bis zu Ende zu vollziehen, dann nur auf dem Wege der offenen und direkten Kritik dieser Fehler. Diese Fehler geflissentlich zu übersehen wäre eine unverzeihliche Sünde vor der sozialdemokratischen Partei wie vor dem gesamten Proletariat.

Ein Fehler der Arbeitergruppe in der Duma muß heute schon vermerkt werden. Einige Tage nach der Abstimmung über die Antwort auf die Thronrede erklärten die Mitglieder der Arbeitergruppe in den Zeitungen, sie hätten „sich der Teilnahme an der Abstimmung enthalten und nur aus ihrer Ablehnung keine Demonstration machen wollen, um nicht mit der Gruppe des Grafen Heyden[118] zusammenzugehen". Die Kadetten sind die Partei des Schwankens zwischen Revolution und Reaktion. Gegen diese Partei müssen und werden stets die Heyden von rechts und die Sozialdemokraten von links demonstrieren. Der Verzicht auf eine Demonstration war ein Fehler der Arbeitergruppe. Sie mußte über die Köpfe der Kadetten hinweg dem ganzen Volk unumwunden und laut vernehmbar sagen: „Meine Herren Kadetten, Sie schlagen einen falschen Ton an. In Ihrer Adresse spürt man den Geist des Paktierens. Machen Sie Schluß mit der Diplomatie. Sagen Sie laut, daß die Bauern alles Land fordern, daß die Bauern alles Land ohne Ablösung erhalten müssen. Sagen Sie, daß das Volk die volle Freiheit fordert und daß sich das Volk alle Macht nehmen wird, um die Freiheit in der Tat und nicht nur auf dem Papier zu sichern. Glauben Sie nicht an geschriebene ‚Konstitutionen', glauben Sie nur an die Stärke des kämpfenden Volkes! Wir stimmen gegen Ihre Adresse."

Hätte die Arbeitergruppe das gesagt, so hätte sie einen Akt wirklich sozialdemokratischer Arbeiterpolitik vollzogen. Sie hätte damit nicht nur den Interessen der Arbeiter Ausdruck gegeben, sondern auch den Interessen des ganzen für die Freiheit kämpfenden revolutionären Volkes. Und sie hätte dann anläßlich der Verweigerung der Audienz sagen können: „Sehen Sie, meine Herren Kadetten, Sie haben eine gute Lehre erhalten. Sie sind für den falschen Ton Ihrer Adresse gebührend bestraft worden. Wenn Sie in diesem Ton fortfahren, dann wird der Tag, und der nicht ferne Tag kommen, an dem sich das Volk Ihrer erinnern wird ‚voll bittren Spotts, wie ein betrogner Sohn des Vaters, der nur eitel schwätzt'[119]."

Wir wiederholen noch einmal, um einer böswilligen Auslegung unserer Worte vorzubeugen: Wir kritisieren das Verhalten der Arbeitergruppe nicht, um ihren Mitgliedern Vorwürfe zu machen, sondern um die politische Entwicklung des Proletariats und der Bauernschaft Rußlands zu fördern.

Und von diesem selben Standpunkt aus müssen wir auf einen ernsten Fehler der „Newskaja Gaseta" hinweisen. „Wir können den Zwischenfall

mit der Adresse", schreibt sie, „nicht als Anlaß für die Einstellung der Dumatätigkeit betrachten . . ." „Wir sehen keinen Grund, jetzt sofort die Frage auf Biegen oder Brechen zu stellen." (Nr. 6.) Das ist ein falscher Ton. Es geziemt Sozialdemokraten nicht, sich als diejenigen aufzuspielen, die für die Duma die Verantwortung trügen. Hätten die Sozialdemokraten die Mehrheit in der Duma, so wäre die Duma keine Duma oder die Sozialdemokraten wären keine Sozialdemokraten. Sollen die Kadetten die volle Verantwortung für die Duma tragen. Soll das Volk auf ihre und nicht auf unsere Kosten lernen, sich von den konstitutionellen Illusionen frei zu machen.

Ihr sagt selber, Genossen: „Das Proletariat wird nicht zulassen, daß die Herren Miljukow die Freiheit des Paktierens mit der alten Macht erhalten." Ausgezeichnete Worte. Aber worin besteht das Wesen des kadettischen Paktierens? Natürlich nicht im persönlichen Verrat. Eine so vulgäre Auffassung ist dem Marxismus zutiefst fremd. Das Wesen des Paktierens besteht darin und nur darin, daß die Kadetten den Boden der Macht, die dem alten Regime verbleibt, den Boden der Befehle, die von diesem Regime ausgehen, nicht verlassen und nicht verlassen wollen. Die Kadetten, die ja immer Kadetten bleiben, haben völlig recht, wenn sie sagen: Diesen Boden verlassen hieße, die Frage auf Biegen oder Brechen zu stellen und Anlaß für die Einstellung der Dumatätigkeit zu geben.

Es geziemt Sozialdemokraten nicht, so zu argumentieren, daß das Volk in ihren Argumenten eine Rechtfertigung der Kadetten sehen könnte. Nicht rechtfertigen dürfen wir ihre heuchlerischen Reden, als hätte alles an der „Höflichkeit" der Duma und der „Unhöflichkeit" Trepows gelegen (Struve in der „Duma"). Wir müssen diese Heuchelei entlarven und die „erste Lehre", welche die Kadetten erhalten haben, mit der grundursächlichen Verlogenheit ihrer ganzen Position, ihrer ganzen Adresse in Verbindung bringen. Nicht vom engen Dumastandpunkt aus dürfen wir die revolutionäre Lage des Landes beurteilen. Im Gegenteil: Vom Standpunkt der revolutionären Lage des Landes aus müssen wir die Fragen und Zwischenfälle in der Duma beurteilen.

„Wolna" Nr. 13,
10. Mai 1906.

Nach dem Text der „Wolna".

ZUR ORGANISATIONSFRAGE[120]

In der Parteitagskommission, die das Statut der Partei ausarbeitete, erklärten die Bolschewiki unumwunden, daß jeder Versuch, die Autonomie der örtlichen Organisationen und die Rechte der Opposition im Vergleich zu den Normen des fraktionellen III. Parteitags einzuschränken, die unvermeidliche Spaltung bedeuten würde. Deshalb setzten die Bolschewiki z. B. auch durch, daß das Recht, einen neuen Parteitag einzuberufen, nicht eingeengt wurde usw. Die Bolschewiki beantragten, in das Statut die Klausel aufzunehmen, daß die Parteimitglieder bei einem Wechsel des Wohnsitzes das Recht haben, in die örtlichen Organisationen einzutreten. Der Parteitag lehnte diese Klausel ab, *nahm aber eine Resolution an, die besagte, er habe sie einzig deshalb abgelehnt, weil sie überflüssig sei und sich von selbst verstehe.*

Die Menschewiki haben somit versprochen, loyal zu sein und nicht zu kleinlichen „Hinauswürfen" zu greifen. Die Partei soll scharf über die Einhaltung dieses Versprechens wachen, denn die Kontrolle der Partei bietet die einzige Gewähr, daß die Möglichkeit einer Spannung beseitigt wird.

„Wolna" Nr. 13,
10. Mai 1906.

Nach dem Text der „Wolna".

REDE AUF EINER VOLKSVERSAMMLUNG IM HAUSE DER GRÄFIN PANINA AM 9. (22.) MAI 1906[121]

I. KURZER BERICHT DER „NEWSKAJA GASETA"

Genosse Karpow vertritt die Ansicht, daß man die Duma wirklich nicht auseinanderjagen wird, weil die Kadetten zu diesem Behuf alles Erdenkliche tun werden. Das sei schon aus ihrer Tätigkeit in der Duma offenbar geworden. Die Kadetten seien bemüht, die alte Macht mit der Volksfreiheit zu verbinden. Weiter kam der Redner auf die Taktik der SDAPR zu sprechen. Der Parteitag habe eine Resolution über die Stellung zur Duma angenommen, die seiner Meinung nach „bei weitem nicht vollständig, bei weitem nicht richtig ist. Wir werden die Beschlüsse der einheitlichen SDAPR durchführen müssen, aber wir werden ihre Beschlüsse in unserer Tätigkeit ergänzen."

Nach Meinung des Redners war der Boykott kein Fehler. Das Proletariat habe ihnen gesagt, es müsse diese Duma zu Fall bringen. Das sei nicht gelungen, aber was folge daraus? Natürlich ziehe das Volk nur Nutzen aus der Duma. Viel Nutzen würden konsequent handelnde Bauern- und Arbeiterabgeordnete bringen. Aber ein Druck auf die Duma sei fruchtlos. Wenn die Regierung gegen das Volk stehe, müßten wir daran denken, daß lediglich die kämpfenden Seiten den Konflikt lösen können.

Den Bauern sagen wir: Lernt, Genossen Bauern, damit ihr, wenn die Zeit kommt, ebenfalls bereit seid, die revolutionäre Bewegung zu unterstützen.

„Newskaja Gaseta" Nr. 8, 11. (24.) Mai 1906.

Nach dem Text der „Newskaja Gaseta".

II. KURZER BERICHT DER ZEITUNG „WOLNA"

Ihm wie auch dem Bürger Mjakotin erwiderte Gen. Karpow. Dem Bürger Mjakotin machte er klar, daß ein Pakt der sachliche Abschluß von Verhandlungen ist, während Verhandlungen einen Pakt vorbereiten; der Bürger Mjakotin habe daher in bezug auf die Partei der Kadetten absolut nicht recht. Der Redner erkannte vollauf an, daß die Beschlüsse des Vereinigungsparteitags für die ganze Partei bindend sind, wies aber auf die Fehlerhaftigkeit einiger seiner Beschlüsse hin, und dieser Fehlerhaftigkeit entspringe auch der falsche Ton, der von Gen. Bartenjew gegenüber der Partei der Kadetten angeschlagen worden sei. Die Entlarvung der Partei der Kadetten, sagte der Redner, ist nicht bloßes Geschimpfe, sondern das notwendige und zweckmäßigste Mittel, die breiten Volksmassen von der halbschlächtigen, ängstlichen, nach einem Pakt mit der alten Macht strebenden liberalen Bourgeoisie weg- und zur revolutionär-demokratischen Bourgeoisie hinzuführen, die zum Entscheidungskampf um die Macht rüstet. Eine solche Partei wie die Partei der Kadetten zu diskreditieren bedeutet, der politischen Entwicklung der Volksmassen mächtige Anstöße zu geben. Der genaue Zeitpunkt, in dem der Konflikt ausbricht, hängt natürlich nicht von unserm Willen ab, sondern vom Verhalten der Regierung und vom Grad des politischen Bewußtseins und der Stimmung der Volksmassen. Unsere Aufgabe ist es, alle Anstrengungen darauf zu richten, daß sich das organisierte Proletariat sowohl bei dem neuen Aufschwung als auch in dem unvermeidlich kommenden Entscheidungskampf als Führer der siegreichen revolutionären Armee erweist.

„Wolna" Nr. 14, 11. Mai 1906.

Nach dem Text der „Wolna".

RESOLUTION, ANGENOMMEN AUF DER VOLKSVERSAMMLUNG IM HAUSE DER GRÄFIN PANINA AM 9. (22.) MAI 1906

Die Versammlung lenkt die Aufmerksamkeit aller Bürger darauf, daß die absolutistische Regierung, indem sie Pogrome organisiert und die Polizei- und Militärwillkür unaufhörlich verstärkt, die Volksvertretung offen verhöhnt und dazu rüstet, die allgemeine Forderung nach Freiheit und die Forderung der Bauernschaft nach Land mit Gewalt zu beantworten.

Die Versammlung erklärt, daß die Partei der „Volksfreiheit" (die Kadetten) den Forderungen des Volkes nur zaghaft und unvollständig Ausdruck verleiht und daß sie ihr Versprechen nicht einhält, die Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung zu verkünden. Wir warnen das Volk vor dieser Partei, die zwischen der Volksfreiheit und der das Volk knechtenden alten autokratischen Staatsmacht schwankt.

Die Versammlung ruft die Gruppe der Bauern (der „Trudowiki") und die Arbeitergruppe in der Reichsduma auf, entschieden und völlig unabhängig von den Kadetten mit den selbständigen Forderungen jeder Gruppe hervorzutreten und die Forderungen des Volkes in vollem Umfang bekanntzugeben.

Die Versammlung macht alle, denen die Sache der Freiheit teuer ist, darauf aufmerksam, daß die Haltung der absolutistischen Regierung und die völlige Mißachtung der Nöte der Bauern und des ganzen Volkes einen entschlossenen Kampf außerhalb der Duma unvermeidlich machen, einen Kampf um die volle Macht des Volkes, die allein imstande ist, die Freiheit zu gewährleisten und den Nöten des Volkes zu steuern.

Die Versammlung gibt der Zuversicht Ausdruck, daß das Proletariat nach wie vor an der Spitze aller revolutionären Elemente des Volkes stehen wird.

„Wolna" Nr. 14, 11. Mai 1906. *Nach dem Text der „Wolna".*

DIE BAUERN- ODER „TRUDOWIKI"GRUPPE UND DIE SDAPR

Gestern untersuchten wir das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Arbeitergruppe in der Duma.* Heute wollen wir auf die Trudowikigruppe eingehen.

Unter diesem Namen sind die etwa 130 bis 140 Bauernabgeordneten in der Duma bekannt, die begonnen haben, sich von den Kadetten zu trennen und zu einer selbständigen Partei zusammenzuschließen. Diese Trennung ist bei weitem noch nicht vollendet, aber schon deutlich zu erkennen. Goremykin drückte das unübertrefflich durch sein geflügeltes Wort aus: Ein Drittel der Dumamitglieder (d. h. ziemlich genau die Trudowiki- und die Arbeitergruppe, annähernd zusammengerechnet) sind reif für den Galgen.

Dieses geflügelte Wort zog eine klare Grenzlinie zwischen der revolutionären bürgerlichen Demokratie und der nichtrevolutionären (die Kadetten). Worin ist die Bauerngruppe revolutionär? Nicht sosehr in ihren politischen Forderungen, die bei weitem noch nicht bis zu Ende ausgesprochen sind, als vielmehr in ihren Bodenforderungen. Die Bauern fordern Land, und zwar alles Land. Die Bauern fordern den Boden zu solchen Bedingungen, die wirklich ihre Lage verbessern würden, d. h. ohne jede Ablösung oder doch für eine sehr bescheidene Ablösung. Mit anderen Worten: Die Bauern fordern im Grunde keine Agrarreform, sondern eine Agrarrevolution. Sie fordern eine solche Umwälzung, die keinesfalls die Macht des Geldes antasten, die nicht die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft antasten, aber auf das entschiedenste die *ökonomischen* Grundlagen der alten Leibeigenschaftsordnung, des ganzen leibeigen-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 406–409. *Die Red.*

schaftlichen Rußlands – der Gutsbesitzer wie der Beamten – unterhöhlen wird. Aus diesem Grunde wird das sozialistische Proletariat den Bauern von ganzem Herzen, mit aller Energie helfen, ihre Forderungen in vollem Umfang zu verwirklichen. Ohne den vollen Sieg der Bauernschaft über alle ihre von der alten Ordnung hinterlassenen Unterdrücker ist ein voller Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution unmöglich. Einen solchen Sieg aber braucht das ganze Volk und braucht das Proletariat im Interesse seines großen Kampfes für den Sozialismus.

Doch bei der Unterstützung der revolutionären Bauernschaft darf das Proletariat keinen Augenblick seine Klassenselbständigkeit, seine besonderen Klassenaufgaben vergessen. Die Bewegung der Bauernschaft ist die Bewegung einer anderen Klasse; das ist kein proletarischer Kampf, sondern ein Kampf von Kleinbesitzern; das ist ein Kampf nicht gegen die Grundlagen des Kapitalismus, sondern für ihre Säuberung von allen Überresten der Leibeigenschaft. Die Bauernmassen gehen in ihrem großen Kampf ganz auf: es erscheint ihnen unvermeidlich, daß vom gesamten Grund und Boden Besitz ergreifen die Agrarfrage lösen heißt. Sie träumen von einer ausgleichenden Verteilung des Bodens, von seiner Übergabe an alle Werktätigen, und vergessen dabei die Macht des Kapitals, die Stärke des Geldes, die Warenwirtschaft, die selbst bei „gerechtester" Verteilung unvermeidlich von neuem Ungleichheit und Ausbeutung entstehen läßt. Hingegeben dem Kampf gegen die Leibeigenschaft, sehen sie nicht den weiteren, noch größeren und schwereren Kampf gegen die ganze kapitalistische Gesellschaft für die völlige Verwirklichung des Sozialismus. Die Arbeiterklasse wird diesen Kampf stets führen und sich hierfür als selbständige politische Partei organisieren. Und die harten Lehren des Kapitalismus werden die Kleinbesitzer unweigerlich immer rascher aufklären und sie dazu bringen, sich von der Richtigkeit der Ansichten der Sozialdemokratie zu überzeugen und sich der proletarischen sozialdemokratischen Partei anzuschließen.

Das Proletariat bekommt jetzt häufig von der Bourgeoisie zu hören, es müsse mit der bürgerlichen Demokratie zusammengehen. Ohne sie sei das Proletariat nicht imstande, die Revolution zu vollbringen. Das ist richtig. Aber die Frage ist: Mit welcher Demokratie kann und muß das Proletariat *jetzt* zusammengehen, mit der kadettischen oder mit der bäuerlichen, der revolutionären Demokratie? Darauf kann es nur eine Antwort geben:

nicht mit der kadettischen, sondern mit der revolutionären Demokratie, nicht mit den Liberalen, sondern mit den Bauernmassen.

Eingedenk dieser Antwort dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, daß eine um so stärkere Anziehungskraft der Bauernschaft und damit natürlich auch des städtischen Kleinbürgertums auf alle revolutionären Elemente der bürgerlichen Demokratie zu beobachten ist, je schneller die Bauern aufgeklärt werden und je offener sie in der Politik auftreten. Kleine Unterschiede werden unwichtig. In den Vordergrund tritt die Grundfrage: Geht diese oder jene Partei, Gruppe, Organisation bis zu Ende mit der revolutionären Bauernschaft? Immer klarer zeichnet sich die *politische* Verschmelzung sowohl der Sozialrevolutionäre als auch mancher unabhängigen Sozialisten, sowohl der am weitesten links stehenden Radikalen als auch einer Reihe von Bauernorganisationen zu der einen *revolutionären Demokratie* ab.

Deshalb machten die Sozialdemokraten des rechten Flügels auf dem Parteitag einen schweren Fehler, als sie ausriefen (Martynow und Plechanow): „Die Kadetten sind als Partei wichtiger denn die Sozialrevolutionäre." An sich sind die Sozialrevolutionäre gar nichts. Aber als Sprachrohr der spontanen Bestrebungen der Bauernschaft sind die Sozialrevolutionäre ein Teil eben jener breiten, machtvollen revolutionären Demokratie, ohne die das Proletariat an einen vollen Sieg unserer Revolution nicht einmal denken kann. Die Annäherung der Bauern- oder „Trudowiki"-gruppe in der Duma an die Sozialrevolutionäre ist kein Zufall. Selbstverständlich wird ein Teil der Bauern den konsequenten Standpunkt des sozialdemokratischen Proletariats begreifen können, aber der andere Teil wird zweifellos in der „ausgleichenden" Bodennutzung die Lösung der Agrarfrage sehen.

Die Trudowikigruppe wird sicherlich sowohl in der Duma als auch – was noch wichtiger ist – außerhalb der Duma eine große Rolle spielen. Die klassenbewußten Arbeiter müssen mit allen Kräften danach streben, die Agitation unter den Bauern zu verstärken und zu erreichen, daß sich die Trudowikigruppe von den Kadetten trennt und daß diese Gruppe vollständige und geschlossene politische Forderungen aufstellt. Soll sich die Trudowikigruppe fester und selbständiger organisieren und soll sie ihre Verbindungen außerhalb der Duma erweitern, eingedenk dessen, daß die große Bodenfrage nicht in der Duma gelöst werden wird. Entscheiden wird

diese Frage der Volkskampf gegen die alte Staatsmacht und nicht eine Abstimmung in der Duma.

Es gibt jetzt nichts Wichtigeres für den Erfolg der Revolution als diese Vereinigung, Aufklärung und politische Vorbereitung der revolutionären bürgerlichen Demokratie. Das sozialistische Proletariat, das die Wankelmütigkeit der Kadetten schonungslos entlarvt, wird dieses große Werk auf jede Weise unterstützen. Es wird sich dabei keinerlei kleinbürgerlichen Illusionen hingeben. Es wird auf dem Boden des streng proletarischen Klassenkampfes für den Sozialismus bleiben.

Es lebe der volle Sieg der Bauern über alle ihre Unterdrücker! wird das Proletariat sagen. In diesem Sieg liegt das sicherste Unterpfand der Erfolge unseres proletarischen Kampfes für den Sozialismus.

„Wolna" Nr. 14,
11. Mai 1906.

Nach dem Text der „Wolna".

DIE BODENFRAGE IN DER DUMA

Die erste Tat der Kadetten in der Duma war die Abfassung einer Adresse als Antwort auf die Thronrede. Sie verfaßten eine zaghafte Bitte, aber keine Forderung. Die zweite „Tat" – sie gingen stillschweigend zur Tagesordnung über, als man sich weigerte, die Adresse von einer Deputation entgegenzunehmen. Ihr Vorgehen wurde noch zaghafter. Nun die dritte Tat – die Behandlung der Bodenfrage, die in der Duma auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Diese Frage müssen alle Arbeiter besonders aufmerksam verfolgen. Die Frage des Grund und Bodens bewegt die Bauernmasse am stärksten. Die Bauern aber sind heute zu den hauptsächlichen und fast einzigen Verbündeten der Arbeiter in der Revolution geworden. Und an der Bodenfrage wird man besonders leicht erkennen, ob die Partei der Kadetten, die sich Partei der Volksfreiheit nennt, der Volksfreiheit wirklich treu dient.

Was will das Volk, d. h. vor allem die Bauernschaft? Die Bauernschaft will Land. Das wissen alle. Die Bauern verlangen, daß alles Land im Staate den Bauern gehöre. Die Bauern wollen das Joch der Gutsbesitzer und der Beamten abwerfen. Den Gutsbesitzern das Land wegnehmen, damit sie den Bauern nicht mehr zur Abarbeit, d. h. im Grunde genommen zur alten Fronarbeit zwingen; den Beamten die Macht wegnehmen, damit sie mit dem einfachen Volk nicht Schindluder treiben – das ist es, was die Bauern wollen. Und die Arbeiter müssen den Bauern sowohl im Kampf um das Land als auch dabei helfen, die Bodenfrage offen, klar und völlig bestimmt zu stellen.

Die Bodenfrage ist besonders leicht zu verwirren und zu verdunkeln. Man kann die Sache leicht so drehen, daß die Bauern zwar Grund und

Boden als Anteilland erhalten sollen, daß aber die Zuteilung selbst an Bedingungen geknüpft wird, die jeden Nutzen dieser Zuteilung für die Bauern zunichte machen. Teilen wieder die Beamten das Land zu, treten abermals die liberalen Gutsbesitzer als „Friedensrichter" aller Art auf, wird die „bescheidene Höhe" der Ablösesummen von der alten autokratischen Macht festgesetzt, so wird dabei anstatt eines Nutzens für die Bauern wiederum eine Begaunerung der Bauern wie 1861 herauskommen, wird den Bauern eine neue Schlinge um den Hals gelegt werden. Die klassenbewußten Arbeiter müssen den Bauern daher außerordentlich energisch klarmachen, daß sie in der Bodenfrage besonders vorsichtig und mißtrauisch sein müssen. Die Frage der Ablösung des Grund und Bodens wie die Frage der Staatsmacht, die das Land „zuteilen" wird, gewinnen bei der jetzigen Lage der Dinge größte Wichtigkeit. In der Frage der Ablösung kann man sofort und untrüglich feststellen, wer für die Bauern und wer für die Gutsbesitzer ist, wie auch, wer von der einen zur anderen Seite überzulaufen versucht. Der russische Bauer weiß – ach, wie gut er das weiß! –, was es mit der Ablösung auf sich hat. Die Interessen der Bauern und die Interessen der Gutsbesitzer lassen sich an dieser Frage ausgezeichnet abgrenzen. Und deshalb handelte der Vereinigungsparteitag der SDAPR durchaus richtig, als er das Wort „Enteignung" im ursprünglichen Entwurf des Agrarprogramms durch das Wort „Konfiskation" (d. h. Enteignung ohne Ablösung) ersetzte.

In der Frage der Staatsmacht, die die Zuteilung vornimmt, gehen die Interessen der Bauern und der Beamten ebenso schroff auseinander wie in der Frage der Ablösung die Interessen der Bauern und der Gutsbesitzer. Die sozialistischen Arbeiter müssen den Bauern daher besonders beharrlich klarmachen, wie wichtig es ist, daß nicht die alte Macht sich mit der Bodenfrage befaßt. Die Bauern sollen wissen, daß keine Bodenreform von Nutzen sein kann, wenn ihre Durchführung in der Hand der alten Macht liegt. Auch in dieser Frage ist auf dem Vereinigungsparteitag der SDAPR glücklicherweise im wesentlichen Einmütigkeit erzielt worden, denn die Parteitagsresolution hat die Unterstützung der revolutionären Aktionen der Bauernschaft bedingungslos anerkannt. Allerdings hat der Parteitag unseres Erachtens einen Fehler gemacht, weil er nicht ausdrücklich darauf hinwies, daß man gerade mit der Bodenreform nur eine *völlig* demokratische Staatsmacht, nur vom Volk gewählte, dem Volk rechenschaftspflich-

tige und durch das Volk absetzbare Beamte beauftragen darf. Aber darüber wollen wir ein anderes Mal ausführlicher sprechen.

In der Duma werden zwei grundlegende Agrarprogramme eingebracht werden. Die in der Duma dominierenden Kadetten wollen, daß die Gutsbesitzer satt werden und die Bauern unversehrt bleiben. Sie sind damit einverstanden, daß der größte Teil der Gutsbesitzerländereien zwangsenteignet wird, aber erstens setzen sie eine Ablösung voraus und zweitens sind sie dafür, die Frage der Mittel und Wege für die Durchführung der Bodenreform von den liberalen Beamten und nicht von den revolutionären Bauern lösen zu lassen. In ihrem Agrarprogramm suchen sich die Kadetten wie immer zwischen den Gutsbesitzern und den Bauern, zwischen der alten Staatsmacht und der Volksfreiheit durchzuschlängeln.

Die Trudowiki- oder Bauerngruppe hat ihr Agrarprogramm noch nicht ganz eindeutig festgelegt. Das ganze Land soll dem werktätigen Volk gehören – die Frage der Ablösung wird vorläufig mit Schweigen übergangen, ebenso die Frage der alten Macht. Wir werden auf dieses Programm, sobald es klar umrissen ist, noch des öfteren zu sprechen kommen.

Die Beamtenregierung will selbstverständlich sogar von einer kadettischen Agrarreform absolut nichts wissen. Die Beamtenregierung, an deren Spitze die reichsten Gutsbesitzer stehen, von denen fast jeder Zehntausende Desjatinen Land besitzt, wird „sich eher zum mohammedanischen Glauben bekehren" (wie sich ein geistreicher Schriftsteller ausgedrückt hat), als die Zwangsenteignung der Gutsbesitzerländereien zulassen. Also wird die *„Lösung"* der Agrarfrage durch die Duma in Wirklichkeit keine Lösung sein, sondern nur eine Proklamation, nur eine Bekanntgabe von Forderungen. Die Kadetten werden es wieder bei zaghaften Bitten an Stelle stolzer und kühner, ehrlicher und offener Forderungen von Volksvertretern bewenden lassen. Wir wünschen der Trudowikigruppe, daß sie wenigstens diesmal völlig selbständig und unabhängig von den Kadetten auftritt.

Vor den sozialistischen Arbeitern aber steht jetzt eine besonders große Aufgabe. Es gilt, mit allen Mitteln und allen Kräften die Organisation im allgemeinen und die Verbindungen mit der Bauernschaft im besonderen zu erweitern. Es gilt, den Bauern so breit wie möglich, so gründlich, verständlich und eingehend wie möglich die große Bedeutung klarzumachen, die der Ablösung und der Frage zukommt, ob man sich damit abfinden

kann, daß die Agrarumgestaltung in der Befugnis der alten Staatsmacht verbleibt. Es gilt, alle Anstrengungen zu machen, damit das Bündnis des sozialistischen Proletariats und der revolutionären Bauernschaft bis zur unvermeidlich kommenden Entladung der jetzigen politischen Krise wächst und erstarkt. In diesem Bündnis und nur in ihm liegt das Unterpfand dafür, daß die Frage des „gesamten Grund und Bodens" für die Bauern, der vollen Freiheit und der vollen Macht für das Volk erfolgreich gelöst wird.

„Wolna" Nr. 15,
12. Mai 1906.

Nach dem Text der „Wolna".

RESOLUTION UND REVOLUTION

Gestern ein Leitartikel der „Nascha Shisn", heute ebensolche der „Retsch", der „Duma", der „Nascha Shisn", der „Strana" [Das Land] und des „Slowo" – ausnahmslos die ganze bürgerliche Presse fällt über die linke Sozialdemokratie her. Was ist geschehen? Wo ist er geblieben, der „Sieger"stolz der Kadetten, die sich noch unlängst anmaßten, die „Boykottisten" mit einem Achselzucken abzutun? Vorüber sind die goldenen Tage der kadettischen Hegemonie, da diese Herren das Proletariat, voller Mitleid mit seinen Fehlern, über die wahre Staatsweisheit zu belehren suchten. Was ist geschehen?

Der Revolutionismus lebt wieder auf – antwortet Herr Struve im Leitartikel der „Duma" vom 11. Mai. Er hat recht. Die Hoffnungen auf die Duma schwinden von Stunde zu Stunde. Die Vorstellung davon, wie die Volksfreiheit zu erkämpfen ist, klärt sich in dem Maße, wie sich das wahre Gesicht der Partei zeigt, die es, den Namen Volksfreiheit mißbrauchend, während der Wahlen verstand, sowohl eine gewisse Müdigkeit des Volkes als auch der Politik der Witte-Durnowo auszunutzen, durch die den wirklichen Vertretern der wirklichen Volksinteressen die Wahlarena versperrt worden war. Die Unvermeidlichkeit neuer Kampfformen wird eindringlich unterstrichen durch die Tätigkeit der offen in Erscheinung getretenen konterrevolutionären Organisation. Ja, die Bourgeoisie hatte in den Tagen der Wahl geglaubt, die Revolution wäre zu Ende und die Zeit gekommen, da sie die Früchte des Kampfes der Arbeiter und Bauern zu eigenem Vorteil ernten könnte. Aber sie hat sich getäuscht. Eine vorübergehende Flaute hielt sie für die endgültige Erschöpfung der Kräfte, für das Ende der Revolution. Eben erst hatte sie es sich in den Dumasesseln bequem gemacht, gerade schickte sie sich an, mit der alten Macht schiedlich und friedlich über einen gütlichen Pakt auf Kosten der Arbeiter und Bauern zu verhandeln. Und

da stellt sich plötzlich heraus, daß die Arbeiter und Bauern drauf und dran sind, sich in dieses Spiel einzumischen und diesen Pakt zu vereiteln.

Die Volksversammlung im Hause der Panina hat die Herren Kadetten besonders aufgebracht. Die Reden der Sozialdemokraten auf dieser Versammlung haben diesen modrigen Sumpf von Grund aus aufgewühlt. Aber bedenken Sie doch, schreien die Herren Kadetten, durch Ihre Kritik an unserer Partei helfen Sie der Regierung. Das ist ein bekanntes Argument. Jedesmal, wenn die Sozialdemokraten auf den Plan treten, um dem Proletariat und dem ganzen Volk den tieferen Sinn der vor sich gehenden Ereignisse zu erklären, um den Nebel, in den die bürgerlichen Politiker die Arbeiter einhüllen, zu zerstreuen, um die Arbeiter vor den bürgerlichen Verschacherern der Volksfreiheit zu warnen, um den Arbeitern ihren wahren Platz in der Revolution zu zeigen – erheben die Herren Liberalen ein Geschrei, dadurch würde die Revolution geschwächt. Jedesmal, wenn die Sozialdemokraten sagen, für Arbeiter schicke es sich nicht, unter bürgerlichen Bannern zu stehen, sie hätten ihr eigenes Banner, das Banner der Sozialdemokratie – stimmen die Liberalen ein Gezeter an, dadurch werde der Regierung ein Dienst erwiesen. Das ist nicht wahr. Die Stärke der Revolution liegt darin, daß das Klassenbewußtsein des Proletariats und das politische Bewußtsein der Bauernschaft entwickelt werden. Übt ein Sozialdemokrat Kritik an der Politik der Kadetten, so entwickelt er dieses Bewußtsein und stärkt die Revolution. Benebelt ein Kadett mit seinen Predigten das Volk, so trübt er dieses Bewußtsein und schwächt die Revolution. Den Kadetten zu sagen: wir trauen euch nicht, weil ihr die Forderungen des Volkes nicht vollständig und entschieden genug vertretet, weil ihr es vorzieht, mit der Regierung zu schachern, anstatt gegen sie zu kämpfen – das bedeutet nicht, über den Kadetten die Regierung zu vergessen.

Das bedeutet, dem Volk den Weg des wirklichen Kampfes und des wirklichen Sieges zu weisen. Haben die Proletarier- und Bauernmassen eine klare Vorstellung von diesem Weg, so werden die Kadetten mit niemandem mehr schachern können, denn die alte Macht wird dann zum Untergang verurteilt sein.

Ihr hetzt das Proletariat zu offenen Aktionen auf, schreien die Kadetten. Gemach, ihr Herren! Nicht euch steht es an, über Aktionen zu sprechen, nicht euch, die ihr eure politische Karriere auf dem Blut der

Arbeiter und Bauern aufgebaut habt, steht es an, Judasreden über „nutzlose Opfer" zu schwingen.

Auf derselben Versammlung wurden die vollkommen richtigen und der allgemeinen Überzeugung der Sozialdemokratie durchaus entsprechenden Worte gesagt, es sei nicht nötig, das Proletariat „anzustacheln". In der „Wolna" konnte jedermann lesen, daß man die Ereignisse nicht forcieren dürfe.* Aber Forcieren ist eins, die Bedingungen, unter denen sich der nächste Akt des großen Dramas abspielen muß, etwas anderes. Sich auf diesen Zeitpunkt vorzubereiten – der ja nicht von uns allein, sondern unter anderem auch von dem Ausmaß des Verrats abhängt, den die Herren Kadetten an der Sache der Freiheit begehen –, dazu rufen wir das Proletariat und die Bauernschaft auf. Unsere Aufgabe ist es, die Bedingungen des Kampfes zu klären, auf seine möglichen Formen hinzuweisen, dem Proletariat seinen Platz in dem kommenden Kampf zu zeigen und an der Organisierung seiner Kräfte, an der Klärung seines Bewußtseins zu arbeiten. Und das bedeutet im jetzigen Zeitpunkt unter anderem, unermüdlich die Kadetten zu entlarven und vor der Partei der Kadetten zu warnen. Das tun wir denn auch und werden es weiterhin tun. Wenn sich die Kadetten aus diesem Anlaß aufregen und ereifern, dann heißt das, wir machen unsere Sache nicht schlecht. Und wenn die Kadetten aus diesem Anlaß Klagerufe ausstoßen über eine Schwächung der Revolution – dann heißt das, sie fühlen schon klar voraus, daß eine wirkliche Revolution, die Revolution der Arbeiter und Bauern, drauf und dran ist, die kadettische Duma zu überfluten. Die Kadetten fürchten, die Revolution könne die ihr von der Bourgeoisie gesetzten und für die Bourgeoisie vorteilhaften Grenzen überschreiten. Die Arbeiterklasse und die Bauernschaft müssen daran denken, daß ihre Interessen über diese Grenzen hinausgehen, daß es ihre Aufgabe ist, die Revolution zu Ende zu führen.

Das eben besagte die Resolution der Volksversammlung, die den Kadetten Protopopow zu seinem Stoßseufzer über die Vorsteher der Polizeireviere veranlaßte. Seien Sie vorsichtiger beim Schreiben, meine Herren Kadetten.

„Wolna" Nr. 16, 13. Mai 1906. *Nach dem Text der „Wolna".*
Unterschrift: –ъ.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 394. *Die Red.*

WEDER LAND NOCH FREIHEIT

Der Vorsitzende des Ministerrats übermittelte der Reichsduma eine „Erklärung" als Antwort auf die Adresse der Duma.

Diese Erklärung war von allen mit Ungeduld erwartet worden. Diese Erklärung sollte das Regierungsprogramm enthalten.

Und in der Tat ist das „Programm" der Regierung so klar wie nur möglich. Wir wollen die beiden wesentlichen Punkte der Erklärung vollständig anführen:

„Betreffs einer Lösung der Bodenfrage für die Bauern auf dem von der Reichsduma gewiesenen Weg der Heranziehung von Apanage-, Kabinetts-, Kloster- und Kirchenländereien zu diesem Zweck sowie der Zwangsenteignung von Privatländereien, wozu auch die käuflich erworbenen Ländereien der bäuerlichen Eigentümer gehören, hält es der Ministerrat für seine Pflicht, zu erklären, daß eine Lösung dieser Frage auf den von der Reichsduma vorgesehenen Grundlagen absolut unzulässig ist. Die Staatsmacht kann nicht den einen das Eigentumsrecht am Grund und Boden zugestehen und gleichzeitig den anderen dieses Recht absprechen. Auch kann die Staatsmacht überhaupt nicht das Recht des Privateigentums am Grund und Boden verneinen, ohne gleichzeitig das Recht des Eigentums an jedem anderen Besitz zu verneinen. Das Prinzip der Unverrückbarkeit und Unantastbarkeit des Eigentums ist in der ganzen Welt und auf allen Entwicklungsstufen des zivilen Lebens der Eckstein der Volkswohlfahrt und der gesellschaftlichen Entwicklung, der Grundpfeiler des staatlichen Lebens, ohne den jede Existenz des Staates undenkbar ist. Die vorgeschlagene Maßnahme ist auch dem Wesen der Sache nach nicht erforderlich. Bei den umfangreichen und längst noch nicht erschöpften Mitteln, die dem Staat zur Verfügung stehen, und bei breiter Anwendung aller einschlägigen gesetzlichen Verfahren kann die Bodenfrage zweifellos ohne Zerstörung des Fundaments unseres Staatswesens und ohne Untergrabung der Lebenskräfte unseres Vaterlands erfolgreich gelöst werden.

Die übrigen in der Adresse der Reichsduma enthaltenen Vorschläge gesetzgeberischer Natur laufen darauf hinaus, die Verantwortlichkeit der Minister, die das Vertrauen der Dumamehrheit genießen, gegenüber der Volksvertretung festzulegen, den Reichsrat abzuschaffen und die durch besondere Gesetzesakte gezogenen Grenzen der gesetzgeberischen Tätigkeit der Reichsduma zu beseitigen. Sich mit diesen Vorschlägen zu befassen, hält sich der Ministerrat nicht für befugt, denn sie betreffen eine radikale Änderung der staatlichen Grundgesetze, die kraft ihrer selbst keiner Revision auf Initiative der Reichsduma unterliegen."

Also hinsichtlich des *Landes*: „absolut unzulässig". Hinsichtlich der *Freiheit*, das heißt wirklicher Rechte der Volksvertretung: „unterliegt keiner Revision auf Initiative der Duma".

Hinsichtlich des Landes sollen die Bauern alles einzig und allein vom guten Willen der Gutsbesitzer, einzig und allein von der Einwilligung der Gutsbesitzer erwarten. Die Zwangsenteignung ist absolut unzulässig. Die geringste ernsthafte Verbesserung des Lebens der Bauern ist absolut unzulässig.

Hinsichtlich der Freiheit soll das Volk alles einzig und allein von den Beamten selbst erwarten. Ohne ihre Einwilligung dürfen die Volksvertreter nichts beschließen. Der Ministerrat hält sich nicht einmal für befugt, sich mit den Wünschen der Duma betreffend eine Erweiterung der Rechte der Volksvertretung zu befassen. Die Volksvertreter dürfen an Rechte nicht einmal denken. Ihre Sache ist es, zu bitten. Die Sache der Beamten ist es, über diese Bitten zu befinden, genauso, wie über die „Bitten" der Duma in der von uns dargelegten Erklärung befunden worden ist.

Weder Land noch Freiheit.

Wir können uns nicht damit befassen, den Kern der Erklärung weiter herauszuschälen.

Wir werden sehen, ob die Dumaabgeordneten aus dieser Erklärung etwas lernen. Die Kadetten werden sicherlich nichts daraus lernen. Die Trudowiki- und die Arbeitergruppe müssen jetzt zeigen, ob sie vermocht haben, halbwegs selbständig und unabhängig von den Kadetten zu werden, ob sie begriffen haben, daß man mit Bitten Schluß machen muß – ob sie verstehen, offen und klar mit dem Volk zu sprechen.

„Wolna" Nr. 17, 14. Mai 1906. *Nach dem Text der „Wolna".*

DER WAHLSIEG DER SOZIALDEMOKRATIE IN TIFLIS

Nach einer telegrafischen Meldung haben die Sozialdemokraten bei den Wahlen in Tiflis einen vollen Sieg errungen. Von 81 Wahlmännern sind 72 Sozialdemokraten und nur 9 Kadetten. In Kutaïs sind vier Abgeordnete gewählt worden, alles Sozialdemokraten.[122] Als Dumakandidat von Tiflis ist Noi Shordanija, der einflußreichste örtliche Sozialdemokrat, aufgestellt.

Wir begrüßen den Erfolg unserer kaukasischen Genossen. Nach dem Beschluß des Vereinigungsparteitags unserer Partei wurde die Teilnahme an den Wahlen obligatorisch, mit der Bedingung, daß die Arbeiterpartei keine Blocks mit anderen Parteien bildet, d. h. keinerlei Abkommen mit ihnen schließt.[123] Wenn die kaukasischen Genossen ihre Kandidaten völlig selbständig durchgebracht haben, wie man in bezug auf Tiflis annehmen kann, dann haben sie demnach den Fehler der Genossen von Armawir vermieden.[124] Dann sind die Parteitagsbeschlüsse strikt eingehalten worden, dann ziehen in die Duma auf streng parteimäßigem Weg Sozialdemokraten ein, die wirklich von der Partei nominiert sind, dann werden wir bald davon hören, daß das ZK offizielle Vertreter unserer Partei in der Duma benennt.

Unsere Leser wissen, daß wir für den Boykott der Duma waren. Wir stimmten auf dem Parteitag gegen die Bildung einer sozialdemokratischen Parlamentsfraktion, aus Erwägungen heraus, die in der in Nr. 12 der „Wolna" veröffentlichten Resolution genau dargelegt sind.* Diese Erwägungen waren nicht prinzipieller Natur, sondern von Vorsicht und den

* Siehe den vorliegenden Band, S. 293/294. *Die Red.*

praktischen Augenblicksverhältnissen eingegeben. Aber selbstverständlich werden wir alle als Mitglieder der einheitlichen Partei jetzt den Sozialdemokraten, die wirklich von der Partei nominiert worden und auf wirklich parteimäßigem Weg in die Duma gelangt sind, nach Kräften helfen, ihre schwierige Aufgabe zu erfüllen.

Wir wollen uns von der Bedeutung des Tifliser Sieges keine übertriebene Vorstellung machen. Parlamentarische Erfolge der Sozialdemokratie werden und können uns nur dann restlos und unbedingt Freude bereiten, wenn sich tatsächlich ein auch nur halbwegs „ernster" Parlamentarismus herausgebildet hat. In Rußland gibt es ihn nicht. In Rußland werden der Sozialdemokratie von den gegenwärtigen Verhältnissen solch große Aufgaben auferlegt, wie sie vor keiner einzigen der westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien stehen. Wir sind von der sozialistischen Umwälzung unvergleichlich weiter entfernt als die westlichen Genossen, aber wir stehen vor der bürgerlich-demokratischen Bauernrevolution, in welcher dem Proletariat die Rolle des Führers zufallen wird. Diese Besonderheiten der gegenwärtigen Lage machen es unvermeidlich, daß die rasch heranreifende politische Krise nicht in der Duma ausgetragen wird.

In einer Zeit, wie Rußland sie jetzt durchlebt, bedeutet eine Beteiligung der Sozialdemokraten an den Wahlen noch lange nicht, daß die Massen im Verlauf der Wahlkampagne wirklich erstarken. Ohne freie Zeitungen, ohne Volksversammlungen, ohne breite Agitation bedeutet die Wahl von Sozialdemokraten häufig nicht einen Zusammenschluß der proletarischen und vollauf sozialdemokratischen Partei, sondern lediglich einen scharfen Protest der Bevölkerung. Die breiten Schichten des Kleinbürgertums stimmen unter solchen Umständen zuweilen für jeden Kandidaten, der gegen die Regierung ist. Werturteile über die ganze Boykottaktik in ganz Rußland allein auf Grund der Tifliser Wahlen wären zu voreilig und unüberlegt.

Noch weiß niemand, welche Rolle die kadettische Duma im großen ganzen und letzten Endes spielen wird. Daß die Kadetten die Herren der Duma sind, ist eine Tatsache. Und daß die Kadetten sich in der Duma als schlechte Demokraten aufführen, als zaghafte und inkonsequente, wankelmütige und schwankende Anhänger der Volksfreiheit, darüber sind sich alle Sozialdemokraten einig. Da die Kadetten die Duma beherrschen,

verbreiten sie heute stärker denn je konstitutionelle Illusionen im Volk und vernebeln damit das politische Bewußtsein der Arbeiter und Bauern.

Wir wollen abwarten, was die Erfahrung lehrt, bevor wir ein Urteil darüber fällen, inwieweit es auch innerhalb der Duma möglich sein wird, gegen diese reaktionären Bestrebungen der Kadetten Front zu machen. Wir wünschen unseren kaukasischen Genossen, die Mitglieder der Duma sind, daß sie als erste von dieser neuen Tribüne herab mit lauter Stimme sprechen und dabei von der bitteren Wahrheit nicht ein Jota weglassen, den Glauben an Worte, Versprechungen und Papierchen schonungslos entlarven, die Lücken unserer Presse, die für ein offenes Wort nach wie vor bedrängt und verfolgt wird, ausfüllen und das Proletariat und die revolutionäre Bauernschaft dazu aufrufen, die Fragen völlig klar und eindeutig zu stellen und den kommenden Endstreit um die Freiheit außerhalb der Duma auszutragen.

„Wolna" Nr. 17,
14. Mai 1906.

Nach dem Text der „Wolna".

REGIERUNG, DUMA UND VOLK

Die Duma hat sich mit der Regierung entzweit. Sie hat dem Kabinett das Mißtrauen ausgesprochen und seinen Rücktritt gefordert. Das Kabinett stellte sich taub gegenüber der Erklärung der Duma und begann die Duma noch offener zu verhöhnen, indem es ihr vorschlug, sich mit der Einrichtung einer Wäscherei für Kanzleidiener in der Stadt Jurjew zu befassen.

Worin besteht das Wesen dieses Zwistes, dieses Zusammenstoßes zwischen Duma und Regierung? Die breite Masse der Bauern, das kleinbürgerliche Publikum überhaupt, und schließlich eine Reihe bürgerlicher Politiker (die Kadetten) bilden sich ein oder suchen sich und anderen einzureden, der Zusammenstoß sei dadurch bedingt, daß die Regierung ihre Aufgaben und ihre Stellung nicht verstünde. Das mangelnde Verständnis werde sich einstellen, und die Leute würden sich an das Neue gewöhnen, d. h. an die konstitutionellen Zustände und an die Notwendigkeit, Staatsfragen durch Abstimmung der Bürger, nicht aber durch Befehl der alten Macht zu entscheiden – und dann werde alles ins Lot kommen. Nach dieser Ansicht haben wir es hier mit einem „Verfassungskonflikt" zu tun, d. h. mit einem Zusammenstoß verschiedener Institutionen eines konstitutionellen Staates, der tatsächlich neben der alten Macht die Macht der Volksvertreter anerkenne. Geduld bringt Huld, so denkt der Kleinbürger und so urteilt der bürgerliche Politiker. Der Kleinbürger denkt so aus Einfalt und politischer Unerfahrenheit. Der bürgerliche Politiker denkt so, weil diese Gedanken den Interessen seiner Klasse entsprechen.

Die Zeitung „Retsch", das Hauptorgan der Kadetten, sagt beispielsweise: „Unsere Minister sind in Theorie und Praxis des Konstitutionalis-

mus noch weniger erfahren als die meisten unserer Abgeordneten." An allem sei die Unerfahrenheit der Minister schuld, die nicht bei den Professoren Kowalewski und Miljukow Staatswissenschaft studiert hätten. Das sei des Pudels Kern. Nun, was sie nicht aus Büchern gelernt haben, werden sie aus den Reden in der Duma lernen. Geduld bringt Huld. Und die kadettische „Retsch" beruft sich auf die deutsche Bourgeoisie. Diese Bourgeoisie hatte sich 1848 ebenfalls mit der Regierung – gelinde ausgedrückt – entzweit. Sie hatte ebenfalls das Bestreben oder den Wunsch, die volle Macht des Volkes und die volle Freiheit des Volkes durchzusetzen. Nach der Niederschlagung des Volkskampfes durch die deutsche Regierung wurde der Bourgeoisie gestattet, im Parlament ihre Vertreter zu haben. Die Vertreter redeten, die alte Macht aber handelte. Die Vertreter redeten und erklärten den Ministern ihr „Unverständnis", lehrten sie den „Konstitutionalismus", lehrten sie anderthalb Jahrzehnte lang, vom Ende der vierziger bis zum Beginn der sechziger Jahre. In den sechziger Jahren überwarf sich Bismarck offen mit den „Volksvertretern" der Bourgeoisie, aber das war das letzte Aufflammen eines Familienstreits. Die Bourgeoisie, berauscht von den Siegen des deutschen Heeres, gab sich vollauf damit zufrieden, daß die Regierung der Junker und Beamten das allgemeine Wahlrecht zugestand, die Macht aber uneingeschränkt behielt.

Dieses Beispiel des letzten ernsthaften Streits zwischen Bismarck und den „Volks"vertretern hat es nun der kadettischen „Retsch" besonders angetan. Die deutsche Bourgeoisie hat (fünfzehn Jahre nach der endgültigen Niederschlagung der Revolution) Bismarck nachgegeben. Bei uns aber wird die russische Bourgeoisie sofort Zugeständnisse von Goremykin erlangen. Und die Kadetten frohlocken im voraus: Bei uns wird Goremykin mehr Zugeständnisse machen müssen, als seinerzeit Bismarck gemacht hat.

Wir geben gern zu, daß Goremykin Bismarck nicht das Wasser reichen kann. Aber wir glauben, daß es für die Arbeiterklasse heute besonders wichtig ist, das *innerste Wesen* der Pakte zwischen der Bourgeoisie und den Bismarcks aller Art zu begreifen, während die Frage nach dem Ausmaß künftiger Zugeständnisse eine Sache der Zukunft ist. Die Bismarcks machten ihren Frieden mit der Bourgeoisie erst dann, als die Revolution endgültig niedergeschlagen war, als die Bourgeoisie die „Volksfreiheit" endgültig prellte und sich schiedlich und friedlich mit der alten Junker-

und Bürokratenmacht vertrug, die den Gutsbesitzer gegen den Bauern und vor allem den Kapitalisten gegen den Arbeiter schützte.

Das war die tatsächliche, wirkliche Grundlage für die Aussöhnung Bismarcks mit den deutschen Kadetten, will sagen, mit den preußischen Fortschrittsmännern. Das war der vom Leben geschaffene Unterbau für jenen „Konstitutionalismus", den die deutschen Kowalewski und Miljukow 15 Jahre nach der Niederschlagung der Revolution den Bismarck beibrachten. Unsere Professoren wissen das vielleicht gar nicht, denn Professoren kennen sich in Büchern aus, aber nicht im Leben, die Arbeiter jedoch müssen das wissen.

Bei uns in Rußland geht der ernsthafte Kampf augenblicklich überhaupt nicht darum, auf Grund welcher Zugeständnisse sich die Goremykin und die liberale Bourgeoisie einigen könnten. Gekämpft wird zwischen der Volksmasse, die unter den alten Zuständen nicht leben kann, und der alten fronherrlich-bürokratischen Macht, die unter wirklich konstitutionellen Zuständen nicht leben kann. Gekämpft wird nicht darum, wie man die Lehren des Konstitutionalismus richtig anwenden soll, sondern darum, ob ein Konstitutionalismus überhaupt möglich ist.

Das ist kein parlamentarischer Konflikt, und die Duma selbst ist noch lange kein Parlament, kein Organ einer bürgerlichen „Ordnung" mit eingebürgerter Verfassung. Sie ist lediglich ein Gradmesser und ein sehr schwaches Sprachrohr der Volksbewegung, die außerhalb der Duma oder neben ihr heranwächst.

Ihr Zusammenstoß mit der Regierung ist lediglich ein *indirektes* Anzeichen für den Zusammenstoß all der grundlegenden und zeitgemäßen Bestrebungen der Bauernmasse und der Arbeiterklasse mit der ganzen Machtfülle und der ganzen Unantastbarkeit des alten Regimes. Diese zeitgemäßen Bestrebungen werden häufig mit den kurzen Worten ausgedrückt: Land und Freiheit. Diesen Bestrebungen ist nicht genügt worden. Die Kräfte, die hinter diesen Forderungen stehen, sind bei weitem noch nicht voll zur Entfaltung gekommen. Die Bedingungen, die diesen Kräften zum völligen Durchbruch verhelfen, reifen erst noch heran.

Nicht auf die Lektionen in Konstitutionalismus, welche die Kowalewski den Goremykin erteilen, sollen wir jetzt die Aufmerksamkeit des Volkes lenken. Nicht die kleinlichen Streitigkeiten der Bismarck mit den Spitzen der Bourgeoisie haben wir uns jetzt recht oft ins Gedächtnis zu rufen. Die

Arbeiterklasse und die Bauernschaft werden den Kadetten nicht gestatten, die Duma in ein Organ solcher Streitigkeiten und solcher Vereinbarungen zu verwandeln. Jeder Schritt der Kadetten, der ihr Schwanken nach dieser Seite zum Ausdruck bringt, muß entlarvt werden. Die Trudowiki- und die Arbeitergruppe in der Duma sollen wissen, daß sie dem Kampf für die wirkliche Freiheit nur dann nach Kräften nützen können, wenn sie sich von den Kadetten trennen, wenn sie sich über den Schulunterricht in Konstitutionalismus erheben, wenn sie mit lauter Stimme alle Forderungen des Volkes, alle seine Nöte verkünden und die ganze bittere Wahrheit aussprechen.

„Wolna" Nr. 20,
18. Mai 1906.

Nach dem Text der „Wolna".

DIE KADETTEN HINDERN DIE DUMA, SICH AN DAS VOLK ZU WENDEN

Soeben wird uns gemeldet, daß in der heutigen Sitzung der Duma folgendes geschehen ist. Man behandelte den Gesetzentwurf über die Abschaffung der Todesstrafe. Das Mitglied der Trudowikigruppe Aladjin stellte die Frage entschiedener, als das bislang geschehen war. „Wir müssen mit der Exekutivgewalt kämpfen", sagte er (wir zitieren nach der Extrabeilage zur Abendausgabe der „Birshewyje Wedomosti" [Börsennachrichten]). „Wir wollen den Ministern mit Interpellationen zusetzen, aber ist es nicht klar, daß sie sie ignorieren werden? Nein, wir werden einen von zwei Wegen wählen müssen: entweder wir setzen das Spiel mit den Interpellationen fort, oder *wir nehmen die Sache des Volkes in die eigene Hand.*" Aladjin beantragte, nicht einen Monat zu vergeuden und den Gesetzentwurf nicht an einen Ausschuß zu überweisen, sondern die Angelegenheit sofort zu entscheiden. Er schloß seine Rede mit den Worten: „Und wehe uns, *wenn wir dem Volk nicht die ganze Wahrheit zur Kenntnis bringen,* wenn wir ihm nicht klar sagen, daß diejenigen schuld haben, in deren Händen die Kanonen und Maschinengewehre sind."

Der Geistliche Pojarkow äußerte sich in dem gleichen Sinn. „Die Regierung *verhöhnt* die Reichsduma", sagte er. „Wir dürfen nicht bitten, wir müssen fordern: die Todesstrafe ist gleich heute oder morgen abzuschaffen, andernfalls schlage ich vor, nach Hause zu gehen, da ich es für ehrlos halte, vor Abschaffung der Todesstrafe zu arbeiten und Geld zu empfangen."

Aus der Trudowikigruppe kam also ein Antrag, dessen Sinn klar ist: sich an das Volk wenden, fordern und nicht bitten, die bürokratischen Regeln nicht beachten, die Fragen nicht hinausschieben und sie nicht an einen Ausschuß überweisen.

Die Kadetten haben die Duma gehindert, sich an das Volk zu wenden. Der Kadett Nabokow, der nach Pojarkow sprach, verlangte, „den gesetzlichen Weg einzuhalten". Er bestand darauf, den Gesetzentwurf an einen Ausschuß zu überweisen.

Der Dumapräsident (der Kadett Dolgorukow) erklärte am Schluß der Debatte: „Uns liegen *vier* Anträge vor: zwei davon *kann ich nicht zur Abstimmung bringen*, da sie *der parlamentarischen Praxis nicht entsprechen*. Diese beiden Anträge sind: sich an das Volk zu wenden und sich an den Monarchen zu wenden."

Von den beiden anderen Anträgen – 1. an einen Ausschuß zu überweisen und 2. unverzüglich in die Debatte einzutreten – ging der erste *einstimmig* durch, da der zweite zurückgezogen worden war.

Die Trudowikigruppe hat offenbar noch einmal dem Drängen und den Drohungen der Kadetten nachgegeben und die von ihr bezogene entschiedene Stellung nicht behauptet.

Das Volk, das sich zum Kampf um die Freiheit bewußt verhält, muß gegen die Haltung der Kadetten in der Duma protestieren und die Trudowikigruppe auffordern, den Appell an das Volk entschieden und unwiderruflich zu verkünden und zu *verwirklichen!*

Geschrieben am 18. (31.) Mai 1906.

Veröffentlicht am 19. Mai 1906 in der „Wolna" Nr. 21.
Unterschrift: N. L–n.

Nach dem Text der „Wolna".

NICHT EINMAL SCHACHERN WOLLEN SIE!

Struve ist in seinen heiligsten Gefühlen verletzt. Die Regierung erwies sich als dümmer, als er angenommen hatte, und es stellte sich heraus, daß es kommerziell geradezu unvorteilhaft ist, mit ihr Geschäfte zu machen. Herr Struve stellte sich die Politik sehr einfach vor: Die Duma, d. h. die kadettische Mehrheit in der Duma, macht in korrekten Ausdrücken, wie sie in den zivilisiertesten Kaufmannskreisen üblich sind, ein Angebot; die Regierung kommt etwas entgegen, die Duma läßt ihrerseits vom Preis ab, und auf diese Weise bricht sich in Rußland die Volksfreiheit Bahn. Was haben die Herren Kadetten zu diesem Behuf nicht alles getan! Und plötzlich ein solches Unverständnis seitens der Regierung, ein solcher Mangel an jedem kaufmännischen Geschick!

Herr Struve entrüstet sich:

Von den Forderungen und Vorschlägen der Duma hätte sie (die Regierung), wenn sie die einen überging, immerhin andere annehmen und sich zu eigen machen können. Sie hätte radikale Zugeständnisse auf politischem Gebiet machen und sich bemühen können, auf ökonomischem Gebiet etwas abzuhandeln. Sie hätte auch umgekehrt verfahren können. Aber alles Wesentliche auf allen *strittigen* Gebieten zurückweisen und durch die Ablehnung einer auf der Zwangsenteignung von Privatländereien beruhenden Bodenreform über die Not des Volkes spotten und das Rechtsempfinden des Volkes herausfordern konnten nur Leute, deren Staatsklugheit auf der niedrigsten Stufe steht.

Also: die von der Duma in ihrer Adresse erhobenen Forderungen sind *strittiges* Gebiet; es ist nicht das *Notwendige*, was auf jede Art und Weise erkämpft und dann unverzüglich erweitert werden muß, es ist nur der Schauplatz für ein Schachergeschäft.

Amnestie, allgemeines Wahlrecht, Freiheiten und Zwangsenteignung des Grund und Bodens – all dies ist strittig, mit all dem darf man

schachern und dabei . . . Zugeständnisse machen, vorausgesetzt, daß auch die Regierung etwas dafür bietet.

Das muß man sich merken. Herr Struve hat im Übereifer der Entrüstung jene Taktik der Kadetten ausgeplaudert, auf welche die Sozialdemokraten das Volk stets hingewiesen haben.

Die Forderungen des Volkes sogar in der gestutzten und kadettisch verstümmelten Form, in der sie in die Adresse eingegangen sind – das ist für die Partei der Kadetten nicht das notwendige Minimum, sondern lediglich der Höchstpreis, den man schon im voraus herabzusetzen beabsichtigte. Zum Leidwesen des Herrn Struve ist das Geschäft nicht zustande gekommen . . . mangels „Staatsklugheit" der Regierung. Nach dem Zeugnis des Herrn Struve steht sie auf der niedrigsten Stufe. Und warum? – Weil die Herren Trepow und Goremykin und Stischinski mit den Kadetten um die Rechte des Volkes nicht schachern wollen, sondern sie schlankweg ablehnen.

Die „Staatsklugheit" steht mithin auf hoher Stufe – das ist klar –, wenn man offen mit der Volksfreiheit schachert.

Merkt euch das, Arbeiter und Bauern! Am Vorabend der Dumarede Goremykins waren die Herren Kadetten der Ansicht, die „Staatsklugheit" bestünde darin, mit den Trepow über die Beschneidung der in der Adresse zum Ausdruck gekommenen Forderungen des Volkes handelseins zu werden.

Zum größten Schmerz der Herren Kadetten kommt das Geschäft einfach nicht zustande. Der Zusammenstoß der realen Interessen des Proletariats und der Bauernschaft mit den ebenso realen Interessen der alten Macht, die um ihre Existenz kämpft, läßt sich nicht in den Rahmen diplomatischer Pakte einzwängen. Und nicht diese oder jene „Stufe der Staatsklugheit" des Herrn Struve oder des Herrn Trepow ist die Ursache, die es der russischen Revolution unmöglich macht, auf kadettischen Bahnen zu verlaufen. Der ganze Charakter der aufeinanderstoßenden Interessen drängt die russische Revolution auf den Weg des offenen Kampfes zwischen den revolutionären und den konterrevolutionären Kräften.

Und eben darum sind die Herren Händler mit der Volksfreiheit, die Makler in der Revolution, die Diplomaten während des Krieges zu ständigen Enttäuschungen verurteilt.

„Wolna" Nr. 21, 19. Mai 1906. *Nach dem Text der „Wolna".*
Unterschrift: –ъ.

ZU DEM AUFRUF DER ARBEITERABGEORDNETEN DER REICHSDUMA[125]

Wir begrüßen von ganzem Herzen den Aufruf der Arbeitergruppe der Dumaabgeordneten, die uns ihren Überzeugungen nach am nächsten steht; zum erstenmal wenden sich hier Abgeordnete nicht an die Regierung, sondern unmittelbar an das Volk. Dem Beispiel der Arbeiterabgeordneten sollte unseres Erachtens auch die Trudowiki- oder Bauerngruppe der Duma folgen.

Viel Richtiges ist in dem Aufruf der Arbeiterabgeordneten gesagt, aber es gibt darin unserer Meinung nach auch einige Mängel.

Die Genossen Arbeiter wollen „danach streben, daß die Duma die Einberufung einer konstituierenden Versammlung vorbereitet". Dabei können sie schwerlich auf die ganze Duma oder auch nur auf ihre Mehrheit rechnen. Die in der Duma dominierenden Liberalen haben dem Volk wiederholt versprochen, eine konstituierende Versammlung einzuberufen, aber weit davon entfernt, dieses Versprechen einzulösen, haben sie in der Duma eine solche Forderung nicht einmal laut und deutlich erhoben. In dieser Sache können die Arbeiterabgeordneten nur auf die Trudowikigruppe – auf die Bauernvertreter – mehr oder minder sicher rechnen. Und deshalb kann es sich die Arbeiterklasse nicht zur Aufgabe machen, die *ganze* Duma zu unterstützen – die russischen Liberalen sind allzu unzuverlässig –, die Arbeiter sollten ihre Anstrengungen lieber darauf richten, die *Bauernabgeordneten* zu unterstützen und sie dahin zu bringen, daß sie völlig selbständig auftreten und als wirkliche Vertreter der revolutionären Bauernschaft handeln.

Das Proletariat hat seine Kampffähigkeit bewiesen. Es sammelt jetzt Kräfte, um einen neuen entscheidenden Kampf zu beginnen, aber nicht

anders als gemeinsam mit den Bauern. Recht haben daher die Arbeiterabgeordneten, die das Proletariat aufrufen, nicht auf Provokationen von irgendeiner Seite hereinzufallen und nicht unnötig vereinzelte Zusammenstöße mit den Feinden auszulösen. Proletarierblut ist zu kostbar, als daß man es ohne Not und ohne sichere Hoffnung auf den Sieg vergießen dürfte.

Nur die Bauernmassen, die sich der Machtlosigkeit und Unzulänglichkeit der jetzigen Duma bewußt sind, können den Arbeitern als feste Stütze dienen, die den Sieg verbürgt. Obzwar Entschließungen und Beschlüsse von Arbeiterversammlungen sehr nützlich sind, wenn es gilt, die Arbeiterklasse zum Kampf zu organisieren, so kann man in ihnen doch nicht eine wirkliche Stütze finden gegen einen Feind, der schon bereitsteht, die Forderungen des Volkes mit brutalster Gewalt zu beantworten. Im Gegenteil, die Arbeiterklasse muß auch den Bauernmassen klarmachen, daß sie einen Fehler begehen, wenn sie in ihrer Herzenseinfalt alle Hoffnungen auf Bitten, Entschließungen, Gesuche und Beschwerden setzen.

Nicht dahin geht jetzt die ganze Entwicklung in Rußland, daß man den großen Streit um das Schicksal des Volkes, den Streit um *Land* und *Freiheit*, mit Worten und Abstimmungen entscheiden könnte.

„Wolna" Nr. 21,
19. Mai 1906.

Nach dem Text der „Wolna".

DIE BODENFRAGE UND DER KAMPF FÜR DIE FREIHEIT

Die Bodenfrage wird in der Duma behandelt. Zwei Hauptlösungen dieser Frage treten zutage: die Lösung der Kadetten und die Lösung der „Trudowiki", d. h. der Bauernabgeordneten.

Hinsichtlich dieser Lösungen sagte der Vereinigungsparteitag der SDAPR in der Resolution über das Verhältnis zur Bauernbewegung absolut richtig: „Die bürgerlichen Parteien streben danach, die Bauernbewegung auszunutzen und sich unterzuordnen – die einen (die Sozialrevolutionäre) zu Zwecken eines utopischen, kleinbürgerlichen Sozialismus, die anderen (die Kadetten) mit dem Ziel, den privaten Großgrundbesitz bis zu einem bestimmten Grad zu erhalten und zugleich die revolutionäre Bewegung zu schwächen, indem sie den Eigentümerinstinkten der Bauernschaft durch teilweise Zugeständnisse entgegenkommen."

Gehen wir auf die Bedeutung dieser Resolution des sozialdemokratischen Parteitags näher ein. Die Kadetten sind eine halb gutsherrliche Partei. Es gibt in ihr viele liberale Gutsbesitzer. Sie ist bestrebt, die Interessen der Gutsbesitzer zu wahren und den Bauern lediglich die unumgänglichen *Zugeständnisse* zu machen. Die Kadetten bemühen sich, den privaten Großgrundbesitz soweit wie möglich zu erhalten, und sind daher mit der völligen Enteignung aller Gutsbesitzerländereien zugunsten der Bauernschaft nicht einverstanden. Indem die Kadetten für die Ablösung des Grund und Bodens durch die Bauern eintreten, d. h. für den *Kauf* der Gutsbesitzerländereien durch die Bauern, wobei der Staat vermitteln soll, wollen sie die Oberschicht der Bauernschaft in eine „Ordnungspartei" verwandeln. In der Tat, wie man die Ablösung auch regelt, welche „gerechten" Preise man auch festsetzt, die Ablösung wird dennoch der wohl-

habenden Bauernschaft leichter fallen, auf der bäuerlichen Armut dagegen schwer lasten. Welche Regeln hinsichtlich einer Ablösung durch die Dorfgemeinde usw. auch zu Papier gebracht werden – praktisch wird der Boden unvermeidlich in den Händen desjenigen bleiben, der ihn loskaufen kann. Und eben deshalb bedeutet die Ablösung des Grund und Bodens, daß die reichen Bauern auf Kosten der armen gestärkt werden, daß die Bauernschaft gespalten wird und daß durch diese Spaltung der Kampf der Bauernschaft für die volle Freiheit und für alles Land geschwächt wird. Die Ablösung führt dazu, daß die wohlhabenderen Bauern von der Sache der Freiheit *hinübergelockt* werden auf die Seite der *alten Macht*. Den Grund und Boden loskaufen heißt, sich vom Kampf für die Freiheit loszukaufen, Ablösung bedeutet, einen Teil der Kämpfer für die Freiheit mittels des Geldes auf die Seite der Gegner der Freiheit zu ziehen. Der wohlhabende Bauer, der sein Land loskauft, wird zu einem kleinen Gutsbesitzer, und sein Übergang auf die Seite der alten gutsherrlich-bürokratischen Macht wird besonders leicht und dauerhaft sein.

Deshalb ist es durchaus richtig, wenn der sozialdemokratische Parteitag gesagt hat, daß die Partei der Kadetten (diese halb gutsherrliche Partei) Maßnahmen verficht, welche die revolutionäre Bewegung, d. h. den Kampf für die Freiheit *schwächen*.

Jetzt wollen wir untersuchen, wie die Bodenfrage von den „Trudowiki" oder den Bauernabgeordneten in der Duma gelöst wird. Sie haben ihre Ansichten noch nicht ganz geklärt. Sie stehen auf halbem Wege zwischen den Kadetten und den Sozialrevolutionären (Partei der Volkstümler-Sozialisten), zwischen der Ablösung eines Teils des Bodens (Kadetten) und der Konfiskation des gesamten Bodens (Sozialrevolutionäre), aber sie entfernen sich immer mehr von den Kadetten und nähern sich immer mehr den Sozialrevolutionären.

Ist es richtig, was der sozialdemokratische Parteitag über die Sozialrevolutionäre sagt, nämlich, daß das eine bürgerliche Partei ist, deren Ziele die eines utopischen kleinbürgerlichen Sozialismus sind?

Nehmen wir den letzten Entwurf einer Bodenreform, den die Sozialrevolutionäre eingebracht haben und der gestern in ihrer Zeitung „Narodny Westnik" [Volksbote] (Nr. 9) veröffentlicht wurde.[126] Es ist ein Gesetz über die Aufhebung jedes Privateigentums am Grund und Boden und über die „allgemeine ausgleichende Bodennutzung". Warum wollen

die Sozialrevolutionäre die ausgleichende Bodennutzung einführen? Weil sie den Unterschied zwischen Reichen und Armen aufheben wollen. Das ist ein sozialistischer Wunsch. Alle Sozialisten wollen das. Aber es gibt verschiedene Arten von Sozialismus, es gibt auf der Welt sogar einen pfäffischen Sozialismus, es gibt einen kleinbürgerlichen Sozialismus und es gibt einen proletarischen Sozialismus.

Der kleinbürgerliche Sozialismus ist der Traum des Kleinbesitzers davon, wie der Unterschied zwischen Reichen und Armen aufzuheben wäre. Der kleinbürgerliche Sozialismus nimmt an, man könne alle Menschen zu „ausgleichenden" Besitzern machen, die weder arm noch reich sind. Der kleinbürgerliche Sozialismus verfaßt Gesetzentwürfe über die allgemeine ausgleichende Bodennutzung. In Wirklichkeit aber kann man Elend und Armut keineswegs so aus der Welt schaffen, wie das der Kleinbesitzer tun will. Es kann keine ausgleichende *Nutzung* des Bodens geben, solange es auf der Welt die Macht des Geldes, die Macht des Kapitals gibt. Kein einziges Gesetz in der Welt wird imstande sein, Ungleichheit und Ausbeutung aufzuheben, solange die Marktwirtschaft, die Macht des Geldes und die Stärke des Kapitals erhalten bleiben. Nur der Aufbau einer vergesellschafteten, planmäßigen Großwirtschaft, bei Übertragung des Eigentums am gesamten Grund und Boden, an den Fabriken und Werkzeugen an die Arbeiterklasse, ist imstande, jeder Ausbeutung ein Ende zu setzen. Der proletarische Sozialismus (der Marxismus) entlarvt daher alle unbegründeten Hoffnungen des kleinbürgerlichen Sozialismus, daß eine „Ausgleichung" der Kleinwirtschaft, ja überhaupt eine Erhaltung der Kleinwirtschaft unter dem Kapitalismus möglich sei.

Das klassenbewußte Proletariat unterstützt mit allen Kräften den Kampf der Bauern für den gesamten Grund und Boden und für die volle Freiheit, aber es warnt die Bauern vor allen trügerischen Hoffnungen. Die Bauern können mit Hilfe des Proletariats die ganze Macht der Gutsbesitzer brechen, können mit dem gutsherrlichen Grundbesitz und mit dem gutsherrlich-bürokratischen Staat vollständig aufräumen. Die Bauern können sogar das Privateigentum am Grund und Boden überhaupt abschaffen. Alle derartigen Maßnahmen werden sowohl der Bauernschaft als auch der Arbeiterklasse und dem ganzen Volk gewaltigen Nutzen bringen. Die Interessen der Arbeiterklasse erheischen, den Kampf der Bauern brüderlich zu unterstützen. Aber selbst wenn die Macht der Gutsbesitzer und

Beamten vollständig gebrochen wird, so wird die Macht des Kapitals damit noch nicht im geringsten untergraben. Erst in einer Gesellschaft, in der es keine Gutsbesitzer- und Beamtenmacht mehr gibt, wird der letzte große Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, der Kampf für die sozialistische Ordnung, entschieden werden.

Das ist der Grund, warum die Sozialdemokraten das verräterische Programm der Kadetten entschieden bekämpfen und die Bauern vor trügerischen Hoffnungen auf die „Ausgleichung" warnen. Um im gegenwärtigen Kampf um Land und Freiheit Erfolg zu haben, müssen die Bauern völlig selbständig und unabhängig von den Kadetten handeln. Die Bauern dürfen sich nicht übermäßig mit der Prüfung aller möglichen Projekte einer Flurregelung befassen. Solange die Macht der alten, autokratischen Gutsbesitzer- und Beamtenregierung verbleibt, sind alle diese Projekte über „Arbeitsnormen", über „Ausgleichung" usw. ein leerer und müßiger Zeitvertreib. Der Kampf der Bauern um den Boden wird nur geschwächt durch diesen Wust von Paragraphen und Bestimmungen in Projekten, die von der alten Macht entweder überhaupt in den Papierkorb geworfen oder zu einem neuen Mittel gemacht werden, die Bauern zu betrügen. Die „Flurregelungsprojekte" erleichtern den Bauern nicht das Verständnis dafür, wie das Land zu erlangen ist, sondern erschweren eher ein richtiges Verständnis. Diese Projekte verrammeln die Frage der alten Macht der Beamtenregierung durch kleinliche bürokratische Haarspaltereien. Diese Projekte verkleistern die Hirne durch Wunschträume von einer guten Obrigkeit, während in Wirklichkeit die alte barbarische Obrigkeit mit ihrer ganzen unumschränkten Gewalt bestehenbleibt. Meine Herren, genug des Spiels mit papiernen „Flurregelungsprojekten" – die Bauern werden die Fluren leicht regeln, sobald das Hindernis der alten Macht weggeräumt ist –, richten Sie lieber ihre ganze Aufmerksamkeit auf den Kampf der Bauern für die völlige Beseitigung eines jeden solchen Hindernisses.

Geschrieben am 19. Mai (1. Juni) 1906.
Veröffentlicht am 20. Mai 1906 in der „Wolna" Nr. 22.

Nach dem Text der „Wolna"

GOREMYKINIANER, OKTOBRISTEN UND KADETTEN

Gestern registrierten wir einen neuen ruhmlosen Sieg der Kadetten über die Trudowiki in der Reichsduma. Die Kadetten veranlaßten die Trudowiki zur Zurückziehung ihres Antrags, sich an das Volk zu wenden und den Gesetzentwurf über die Abschaffung der Todesstrafe ohne Einhaltung der Formalitäten zu behandeln, welche die Duma zu einem kümmerlichen und machtlosen Anhängsel der Bürokratie degradieren.

Heute bestätigen die Goremykinianer[127] vom „Nowoje Wremja" und die Oktobristen vom „Slowo" vollauf diese Einschätzung des Sieges der Kadetten über die Trudowiki. „Die Trudowikigruppe", schreibt das „Nowoje Wremja", „beantragte etwas... was dem Grundgesetz der Duma stracks zuwiderläuft. Sie forderte nämlich, die Reichsduma solle zur ordentlichen Lesung eines Gesetzentwurfs übergehen und dann zur Abstimmung schreiten, ohne die Monatsfrist einzuhalten und folglich ohne dem Justizminister die Möglichkeit zu geben, seine Meinung zu äußern. Die kleinste Anwandlung jener Gutmütigkeit, zu der die Russen zum Schaden der Gesetzlichkeit mitunter neigen, mußte die Duma dazu verleiten, unzweifelhaft gesetzwidrige Handlungen zu begehen, mit all den Folgen, die sich aus dem schlüpfrigen und abschüssigen Weg ‚eigenmächtigen Handelns' ergeben."

Die Redner der Kadetten, fährt das „Nowoje Wremja" fort, „wandten sich heftig gegen die von den Trudowiki vorgeschlagene ungesetzliche Maßnahme" und „trugen einen glänzenden Sieg davon". Zur Zurückziehung des Antrags durch die Trudowiki bemerkt das „Nowoje Wremja": „Alles löste sich in allgemeines Wohlgefallen auf und endete mit einem vollen Triumph des Rechtes." Daß die Goremykinianer über den Triumph

eines *solchen* Rechtes jubeln, ist natürlich, niemand erwartet von ihnen etwas anderes. Von den Kadetten erwarten leider viele etwas. „Jeder Abgeordnete", schließt das „Nowoje Wremja", „der das Beispiel des Herrn Aladjin nachahmen sollte, wird zweifellos den Vorwurf unverzeihlicher Leichtfertigkeit verdienen."

Im oktobristischen „Slowo" erteilt Herr Ippolit Hofstetter den Kadetten eine Rüge und kanzelt sie väterlich ab: „In der Luft beginnt es nach wirklicher Revolution zu riechen." Die Kadetten wollen sie nicht und sollten vernünftig sein. „Solange das bestehende Gesetz auch nur die geringste Möglichkeit für weitere völlig gesetzmäßige rechtliche, politische und soziale Errungenschaften bietet, ist es die heilige Pflicht eines jeden einsichtigen, fortschrittlichen Mitglieds der Reichsduma, eine standhafte Opposition auf dem Boden des Gesetzes zu betreiben und nicht Konflikte um jeden Preis hervorzurufen."

Die Stellung der Goremykinianer und Oktobristen ist klar. Es ist an der Zeit, die ihnen verwandte Stellung der Kadetten recht klar und nüchtern zu beurteilen.

Geschrieben am 19. Mai (1. Juni) 1906.

Veröffentlicht am 20. Mai 1906 in der „Wolna" Nr. 22.
Unterschrift: N. L–n.

Nach dem Text der „Wolna".

FREIHEIT DER KRITIK UND EINHEIT DER AKTIONEN[128]

Der Redaktion ist folgendes, vom ZK der SDAPR unterzeichnetes Dokument zugegangen:

„Im Hinblick darauf, daß von manchen Parteiorganisationen die Frage *nach den Grenzen der Freiheit der Kritik an den Beschlüssen der Parteitage* aufgeworfen worden ist, und in der Erwägung, daß die Interessen des Proletariats Rußlands stets die größte Einheit in der Taktik der SDAPR erforderten und daß heute *diese Einheit der politischen Aktionen* der einzelnen Teile unserer Partei notwendiger ist denn je – erachtet das Zentralkomitee:

1. daß in der Parteipresse und in Parteiversammlungen allen die *volle Freiheit* gewährt werden muß, ihre persönliche Meinung zu äußern und ihre abweichenden Auffassungen zu vertreten;

2. daß in politischen Massenversammlungen Parteimitglieder keine *Agitation* betreiben dürfen, die den Parteitagsbeschlüssen zuwiderläuft;

3. daß in *solchen* Versammlungen kein Parteimitglied *zu Aktionen aufrufen darf, die den Parteitagsbeschlüssen widersprechen*, oder Resolutionen beantragen darf, die mit den Parteitagsbeschlüssen nicht übereinstimmen." (Hervorhebungen überall von uns.)

Gehen wir dieser Resolution auf den Grund, so entdecken wir darin eine ganze Reihe von Ungereimtheiten. Die Resolution besagt, daß „in Parteiversammlungen" die „volle Freiheit" der persönlichen Meinung und der Kritik gewährt wird (Punkt 1), während in „Massenversammlungen" (Punkt 2) „kein Parteimitglied zu Aktionen aufrufen darf, die den Parteitagsbeschlüssen widersprechen". Man überlege einmal, was dabei herauskommt: in Parteiversammlungen haben die Parteimitglieder das *Recht*, zu Aktionen aufzurufen, die den Parteitagsbeschlüssen widersprechen, in

Massenversammlungen dagegen wird *nicht* die volle Freiheit „gewährt", seine „persönliche Meinung zu äußern"!!

Die Verfasser der Resolution haben das Verhältnis zwischen der *Freiheit der Kritik* innerhalb der Partei und der *Einheit des Handelns* der Partei völlig falsch verstanden. Die Kritik muß im Rahmen der *Grundsätze* des Parteiprogramms völlig frei sein (wir erinnern beispielsweise an Plechanows Rede hierüber auf dem zweiten Parteitag der SDAPR), und zwar nicht nur in Partei-, sondern auch in Massenversammlungen. Eine solche Kritik oder eine solche „Agitation" (denn die Kritik ist von der Agitation nicht zu trennen) kann man nicht verbieten. Das politische Handeln der Partei muß einheitlich sein. Jedweder „Aufruf", der die Einheit bestimmter Aktionen verletzt, ist sowohl in Massenversammlungen als auch in Parteiversammlungen und in der Parteipresse unzulässig.

Offenbar hat das ZK die Freiheit der Kritik ungenau und zu eng, die Einheit des Handelns ungenau und zu weit definiert.

Nehmen wir ein Beispiel. Der Parteitag hat beschlossen, zur Duma zu wählen. Die Wahlen sind eine ganz bestimmte Aktion. Während der Wahlen (beispielsweise jetzt in Baku) sind *irgendwelche* Aufrufe von Parteimitgliedern, *nicht zu wählen*, absolut *nirgends* zulässig. In dieser Zeit ist auch eine „Kritik" des Beschlusses über die Wahlen unzulässig, weil sie in der Praxis den Erfolg der Wahlagitation beeinträchtigen würde. Umgekehrt ist eine *Kritik* der Parteimitglieder an dem Beschluß, sich an den Wahlen zu beteiligen, zu einer *Zeit*, da die Wahlen noch nicht festgesetzt sind, *überall* zulässig. Natürlich wird die Anwendung dieses Prinzips in der Praxis zuweilen ebenfalls Auseinandersetzungen und Mißverständnisse hervorrufen, aber *nur* auf der Grundlage *gerade* dieses Prinzips können *alle* Meinungsverschiedenheiten und alle Bedenken ehrenvoll für die Partei behoben werden. Die Resolution des ZK hingegen schafft einen unmöglichen Zustand.

Die Resolution des ZK ist dem Wesen nach falsch, und außerdem *widerspricht sie dem Statut der Partei.* Das Prinzip des demokratischen Zentralismus und der Autonomie der lokalen Körperschaften bedeutet gerade die *Freiheit der Kritik*, vollständig und allerorts, wenn dadurch die Einheit einer *bestimmten Aktion* nicht gestört wird, und die Unzulässigkeit *jedweder* Kritik, welche die *Einheit* einer von der Partei beschlossenen Aktion untergräbt oder erschwert.

Wir halten es für einen großen Fehler des ZK, daß es zu dieser wichtigen Frage ohne jede vorherige Diskussion in der Parteipresse und den Parteiorganisationen eine Resolution herausgegeben hat; eine solche Diskussion hätte ihm geholfen, die von uns aufgezeigten Fehler zu vermeiden.

Wir fordern alle Parteiorganisationen auf, jetzt die Resolution des ZK zu erörtern und eindeutig zu sagen, wie sie dazu stehen.

„Wolna" Nr. 22, 20. Mai 1906.

Nach dem Text der „Wolna".

SCHLECHTE RATSCHLÄGE

Genosse Plechanow hat im „Kurjer"[129] einen Brief an die Arbeiter veröffentlicht. Er gibt ihnen Ratschläge, wie sie sich verhalten sollen. Er argumentiert so: Die Regierung läßt die schärfste Kritik an der Duma ungehindert zu. Sie tut das, um die Unterstützung der Duma durch das Volk zu schwächen. Die Regierung möchte die Arbeiter zu einer Zeit zum Kampf herausfordern, da die Arbeiter noch nicht gerüstet sind. Die Arbeiter müssen die Pläne der Regierung durchkreuzen. Sie dürfen sich nicht dadurch verwirren lassen, daß in der Duma die bürgerlichen Parteien dominieren. Die Bourgeoisie, die in der Duma das Übergewicht hat, fordert Freiheit für alle und Land für die Bauern. Darum muß das ganze Volk die Duma unterstützen.

In dieser Argumentation sind richtige und falsche Dinge durcheinander geworfen. Untersuchen wir ruhig und eingehend die Gedanken und Ratschläge des Gen. Plechanow.

Der erste Gedanke des Gen. Plechanow. Die Regierung lasse die schärfste Kritik an der Duma ungehindert zu, um die Unterstützung der Duma durch das Volk zu schwächen.

Stimmt das? Sehen wir zu, wo in letzter Zeit die schärfste Kritik an der Duma laut wurde. In den Spalten solcher Zeitungen wie „Newskaja Gaseta", „Delo Naroda"[130], „Wolna" und sodann in den Volksversammlungen. Die liberale Bourgeoisie, die Kadetten, die in der Duma die Mehrheit haben, waren schrecklich erbost über diese Kritik und besonders über die Volksversammlungen in Petersburg. Die Kadetten verstiegen sich so weit, daß sie ihrer Verwunderung Ausdruck gaben, warum die Vorsteher

der Polizeireviere den sozialistischen Kundgebungen keine Beachtung schenken.

Was tat die Regierung? Sie verbot die Zeitungen „Delo Naroda" und „Newskaja Gaseta", sie strengte gegen die „Wolna" drei Prozesse an. Sie verbot Versammlungen und leitete wegen der Versammlung vom 9. Mai im Hause der Panina ein Ermittlungsverfahren ein.

Daraus ersehen wir klar, daß Gen. Plechanow *unrecht* hat. Es ist ihm ein grober Fehler unterlaufen.

Untersuchen wir nunmehr den zweiten Gedanken des Gen. Plechanow. Die Regierung wolle die Arbeiter zu einer Zeit zum Kampf herausfordern, da die Arbeiter noch nicht gerüstet sind. Es sei unvernünftig, auf die Herausforderung einzugehen, es sei unvernünftig, jetzt sofort zu den Waffen zu rufen.

Das ist ein richtiger Gedanke. Gen. Plechanow legt ihn jedoch so unvollständig dar, daß die schädlichsten Mißverständnisse entstehen. Er vergißt nämlich hinzuzufügen, daß erstens das ganze Verhalten der Regierung und ihre ganze Einstellung zur Duma einen neuen Kampf außerhalb der Duma unvermeidlich machen. Er weist zweitens nicht darauf hin, daß die Arbeiter zusammen mit der Bauernschaft diesen Kampf aufnehmen müssen, der schwankenden und verräterischen liberalen Bourgeoisie zum Trotz.

Plechanow ist sich nicht bewußt, daß er durch die unvollständige Darlegung eines richtigen Gedankens Wasser auf die Mühle der liberalen Bourgeoisie leitet, die durchgesetzt hat, daß sozialistische Versammlungen verboten worden sind. Die Bourgeoisie ist bemüht, die Sache so hinzustellen, als ob *jeder* Hinweis der Sozialisten auf die Untauglichkeit der Kadetten, auf den Kampf außerhalb der Duma eine schädliche Aufforderung an die Arbeiter sei, den Kampf *jetzt sofort* aufzunehmen. Die Bourgeoisie verbreitet bewußt eine Lüge über die Sozialisten, Plechanow aber unterstützt diese Lüge durch seine falsche Beurteilung der politischen Lage.

Man nehme beispielsweise die „Wolna", die von der Bourgeoisie am meisten beschimpft und geschmäht wurde. Hat die „Wolna" zum sofortigen Kampf aufgerufen? Nein, sie hat nicht dazu aufgerufen. Die Bourgeoisie hat über die „Wolna" eine Lüge verbreitet. Die „Wolna" erklärte noch *vor zwei Wochen* (Nr. 10): „Wir dürfen die Ereignisse nicht forcieren" (d. h. künstlich beschleunigen, vorantreiben, anstacheln). „Den

Ausbruch zu beschleunigen liegt augenblicklich nicht in unserem Interesse. Das steht außer Zweifel."* Das ist klar, möchte man meinen. Warum verbreitet dann die Bourgeoisie Lügen und Verleumdungen über die Sozialisten? Weil sie die Wahrheit darüber gesagt haben, daß der Kampf außerhalb der Duma unvermeidlich ist und daß das Proletariat und die Bauernschaft den Kampf führen werden, dem Verrat der liberalen Bourgeoisie *zum Trotz.*

Man nehme die im Hause der Panina angenommene Resolution. (Diese Resolution wurde in Nr. 14 der „Wolna" und in einer Reihe anderer Zeitungen veröffentlicht.**) Ruft diese Resolution zum *sofortigen* Kampf auf? Nein, sie ruft nicht dazu auf. Warum sind dann die liberale Bourgeoisie und alle Kadetten wutschnaubend über diese Resolution hergefallen? Weil sie die Wahrheit sagt, indem sie in erster Linie die Regierung enlarvt („sie verhöhnt die Volksvertretung" und „rüstet dazu, mit Gewalt zu antworten") und sodann auch die Liberalen (die den „Forderungen des Volkes nur *zaghaft und unvollständig* Ausdruck verleihen" und „zwischen der Freiheit und der alten Staatsmacht schwanken"); weil diese Resolution die Trudowiki, die Bauernabgeordneten, dazu aufruft, *entschieden und völlig unabhängig von den Kadetten aufzutreten*; und schließlich, weil die Resolution offen von der *Unvermeidlichkeit* des entschlossenen Kampfes außerhalb der Duma spricht. Die Bourgeoisie hat den Sinn dieser Resolution verfälscht, um die Sozialisten als Leute hinzustellen, die unvernünftigerweise zum sofortigen Kampf aufrufen, und um *die Aufmerksamkeit abzulenken* von den Beschuldigungen, die wirklich gegen die Bourgeoisie erhoben werden. Die Bourgeoisie hat so gehandelt, da sie ihre Interessen richtig versteht. Gen. Plechanow irrt sich, wenn er in den Chor der Bourgeoisie einstimmt, denn er beurteilt die wirkliche Stellung des Proletariats zur Regierung und zur Bourgeoisie falsch.

Man nehme den dritten Gedanken des Gen. Plechanow. „Die Bourgeoisie in der Duma fordert Freiheit für alle und Land für die Bauern." Stimmt das? Nein, das ist nur die halbe Wahrheit oder sogar nur die Viertelwahrheit. Die Bourgeoisie fordert nicht von der alten Macht, sie bittet sie. Die Bourgeoisie hat verboten, in der Duma von „Forderungen" zu sprechen. Die Bourgeoisie (die Kadetten) fordert eine *solche* „Frei-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 394. *Die Red.*

** Siehe den vorliegenden Band, S. 413. *Die Red.*

heit" beispielsweise der Presse, bei der man Sozialisten wegen ihrer Reden ins Zuchthaus sperren oder zu Zwangsarbeit verschicken kann.*[131] Die Bourgeoisie fordert *nicht* Land für die Bauern, sondern den *Verkauf eines Teils des Landes* an die Bauern (denn die Ablösung ist nichts weiter als Kauf und Verkauf). Handelt Gen. Plechanow richtig, wenn er diese *Unvollständigkeit*, diese *Zaghaftigkeit* der bürgerlichen Projekte, diese Schwankungen der Kadetten verschweigt? Nein, er handelt völlig falsch. Welche Bedeutung hat dieser Fehler des Gen. Plechanow? Er ist sehr gefährlich für das Proletariat und für den Erfolg des Kampfes um die Freiheit. Alle Sozialisten stimmen darin überein, daß dieser Kampf außerhalb der Duma entschieden wird und daß er, selbst gegen unseren Willen, in nicht sehr ferner Zukunft entbrennen kann. In diesen Kampf kann und muß das Proletariat mit der Bauernschaft gehen; der schwankenden, verräterischen, wetterwendischen liberalen Bourgeoisie aber darf es *nicht vertrauen*. Nichts ist im Kampf gefährlicher als Vertrauen zu wetterwendischen Leuten. Verschweigen wir die Zaghaftigkeit, die Schwankungen und Verrätereien der liberalen Bourgeoisie am Vorabend der neuen Wende zum neuen Kampf, so schaden wir dem Proletariat und der Sache der Freiheit.

Nun der letzte Gedanke oder Ratschlag des Gen. Plechanow. „Das ganze Volk muß die Duma einmütig unterstützen." Die Arbeiter dürften sich nicht dadurch verwirren lassen, daß in der Duma die bürgerlichen Parteien dominieren.

Es ist richtig, daß die Arbeiter sich dadurch nicht „verwirren" lassen dürfen. Sie lassen sich dadurch auch nicht verwirren. Sie sind bereit, die Bourgeoisie im Kampf gegen die Regierung zu unterstützen. Aber die Frage ist die, *welche* Bourgeoisie in *welchem* Kampf zu unterstützen ist und *wie*. Die Kadetten pflegen diese Fragen, die ihre Wankelmütigkeit entlarven, mit Schweigen zu umgehen. Dem Sozialdemokraten Gen. Plechanow steht es nicht an, diese Fragen mit Schweigen zu umgehen.

Die „Duma" schlechthin zu unterstützen bedeutet, die *kadettische* Duma zu unterstützen, denn die Kadetten dominieren in ihr. Ein Marxist darf die Duma nicht als eine „Volks"vertretung schlechthin betrachten. Er ist verpflichtet, zu untersuchen, welche Klassen es sind, die im Namen dieser Duma sprechen.

* Siehe in Nr. 22 der „Wolna" den Artikel „Eine neue Zuchthausvorlage".

Kann man eine kadettische Duma schlechthin unterstützen? Nein, das kann man nicht, denn das Proletariat muß jeden wankelmütigen und unentschlossenen Schritt der Duma entlarven und brandmarken. Die Genossen vom „Kurjer" erklären auf derselben Seite, wo der Artikel des Gen. Plechanow gedruckt ist: „Der linke Teil der Duma" (d. h. die Trudowiki- und die Arbeitergruppe) „duldet widerstandslos die erniedrigende und *reaktionäre* Bevormundung durch die Herren Muromzew und Dolgorukow" (die Dumapräsidenten, beide Kadetten). Ja, das ist richtig, das ist wirklich die Rede eines Sozialisten. Kann das „Volk" oder das Proletariat einmütig eine „Duma" unterstützen, die ein Instrument *reaktionärer* Bevormundung der Trudowiki durch die Liberalen ist? Nein, es kann und wird sie nicht unterstützen.

In der Duma gibt es zwei große bürgerliche Parteien: die Kadetten und die Trudowiki. Die ersten sind die kompromißlerische, verräterische Bourgeoisie, die offenkundig einen Pakt mit der Selbstherrschaft vorbereitet und offenkundig zu einem entschlossenen Kampf unfähig ist. Die zweiten sind die werktätige, unglaublich unterdrückte Kleinbourgeoisie, die von einer ausgleichenden Aufteilung des Grund und Bodens träumt, zum entschlossensten, selbstlosen Kampf fähig ist und durch den ganzen Gang der Ereignisse und das ganze Verhalten der Regierung zu diesem Kampf gedrängt wird. *Welche* Bourgeoisie muß *„jetzt sofort"* vom Proletariat unterstützt werden? Die *zweite*, bei gleichzeitiger Warnung des „Volkes" vor der Unzuverlässigkeit der ersten. Das Proletariat muß und wird die Trudowiki gegen die Kadetten unterstützen, indem es die „reaktionäre Bevormundung" der Trudowiki durch die Kadetten entlarvt und die Trudowiki auffordert, diese Bevormundung abzuschütteln.

Jetzt die letzte Frage: Wie unterstützen und in welchem Kampf? Innerhalb der Duma jemand unterstützen heißt für ihn stimmen. Die Arbeitergruppe hat es bekanntlich abgelehnt, für die Antwort der Kadetten (der „Duma" schlechthin) auf die Adresse zu stimmen. Die Arbeiterdeputierten haben es abgelehnt, die „Duma" *einmütig* „zu unterstützen". Haben die Arbeiter also auch hier einen „Fehler" gemacht? Wenn Gen. Plechanow das glaubt, dann soll er es offen sagen – solche Dinge muß man ohne Umschweife aussprechen.

Eine ernsthafte Unterstützung, eine wirkliche Unterstützung wird außerhalb der Duma zu leisten sein. Das hängt nicht von uns ab, sondern

vom ganzen Gang der Ereignisse, vom ureigenen Wesen des gegenwärtigen Kampfes, denn das ist ein Kampf nicht der Duma gegen das Kabinett, sondern des Volkes gegen die alte Macht. Es wäre seltsam und falsch, eine solche „Unterstützung der Duma" nur als „Unterstützung" zu bezeichnen. Das wird ein entschlossener Kampf außerhalb der Duma sein; das Proletariat darf ihn nur gemeinsam mit der Bauernschaft beginnen; das Proletariat und die Bauernschaft werden in ihm siegen, aller Wankelmütigkeit, allen Schwankungen, allem Verrat der liberalen, kadettischen „Duma"bourgeoisie und ihrem Liebäugeln mit der Reaktion zum Trotz.

Wir sehen jetzt, wie schlecht die Ratschläge sind, die Gen. Plechanow der Arbeiterklasse gibt. Unser sozialdemokratischer Vereinigungsparteitag hat einen gewissen Fehler gemacht, als er die Partei ein wenig nach rechts rückte und sich nicht genügend klar Rechenschaft ablegte über die Gefahr, die darin liegt, daß man sich hinreißen läßt, die Kadetten zu unterstützen. Gen. Plechanow macht einen großen Fehler, indem er übermäßig weit nach rechts rückt und zur völligen, restlosen und vorbehaltlosen Unterstützung der Kadetten und der kadettischen Duma durch das Proletariat aufruft.

„Wolna" Nr. 23, 21. Mai 1906.

Nach dem Text der „Wolna".

GERÜCHTE ÜBER EINE AUFLÖSUNG DER REICHSDUMA

Die Zeitungen haben bereits die kurze Meldung des „Prawitelstwenny Westnik" [Regierungsbote] vermerkt, wonach beabsichtigt ist, die Reichsduma am 15. Juni in die Sommerferien zu schicken! Jetzt dementiert die Telegrafenagentur diese Meldung, dementiert sie aber, wie die „Retsch" richtig sagt, zweideutig, ohne irgend jemand von irgend etwas zu überzeugen.

Die Möglichkeit, daß die Duma in wenigen Wochen „in die Ferien" geschickt wird, bleibt nach wie vor bestehen. Darum ist die vom „Kurjer" aufgeworfene Frage, ob die Duma *auseinandergehen* wird, von großem Interesse. Der „Kurjer" zitiert die Worte des Herrn Roditschew in der Reichsduma: „Wir werden niemals auseinandergehen, solange wir nicht das erfüllt haben, wofür man uns hierher geschickt hat", und die Worte eines anderen Kadetten, des Herrn Gredeskul: „Der Duma verbleibt in diesem Kampf" (gegen die Regierung) „noch eine sehr wichtige Hilfsquelle – ihre gesetzgeberische Gewalt, und erst wenn sie diese erschöpft haben wird, hat die Duma das Recht, abzutreten und dem Volk zu erklären, daß sie machtlos ist."

Der „Kurjer" gibt der *Hoffnung* Ausdruck, daß Herr Roditschew der Reichsduma „im Ernst" den Vorschlag macht, nicht auseinanderzugehen, wenn die Regierung sie auflöst. Der „Kurjer" unterstützt daher entschieden Roditschew gegen Gredeskul. Der „Kurjer" spricht dabei mit durchaus gerechtfertigter Geringschätzung von der Perspektive, „einen Haufen Gesetze" (teils direkte Zuchthausgesetze, fügen wir von uns aus hinzu, teils zaghafte, unschlüssige Gesetze) „aufzutürmen, nur um vor dem ganzen Volk die eigene Ohnmacht zu bezeugen und beiseite zu treten".

Wir freuen uns sehr, daß die Genossen vom „Kurjer" erkennen, welch lächerliche und schmutzige Rolle die Duma spielen wird, wenn sie nur „einen Haufen Gesetze auftürmt" und „ihre Ohnmacht demonstriert". Wir freuen uns auch sehr, daß die Genossen vom „Kurjer" es *nur* in Verbindung mit der Perspektive, daß die Duma sich *weigert,* auseinanderzugehen, für möglich halten, von der Duma als dem „Sammelbecken der Volkskräfte, dem Kern, um den sich die Organisation dieser Kräfte herausbildet und die Bewegung zusammenschließt", zu sprechen. Wir sind bereit anzunehmen, daß eine Duma, die es *ablehnt,* sich einzig auf den Boden des Gesetzes zu beschränken, der Bewegung mehr dienen könnte, als sie es heute tut. Aber bislang haben wir seitens der kadettischen Duma nur einen Kampf gegen die zaghaften Versuche der Trudowiki gesehen, diesen Weg zu beschreiten. Und wir teilen nicht die „Hoffnung", daß Herr Roditschew „im Ernst" gesprochen hat. Außerdem sind wir der Meinung, daß man, wenn die Herren Roditschew fähig wären, auch nur einmal den Boden des Gesetzes zu verlassen und einen Schritt, wie die Weigerung auseinanderzugehen, zu tun, *die Wahl des Zeitpunkts nicht der Regierung überlassen darf.* Die Weigerung auseinanderzugehen heißt einen Zeitpunkt für den entscheidenden Zusammenstoß wählen, der von der Regierung abhängt, denn sie wird den Ukas über die Auflösung der Duma erlassen. Wer indes die Wahl des besten Zeitpunkts für den Zusammenstoß befürwortet (d. h. die Trudowiki, denn auf die Kadetten zu hoffen haben wir kein Recht), der muß es so anstellen, daß er *selbst* diesen Zeitpunkt *wählt* und es nicht der Regierung überläßt, ihn zu wählen. Denn es ist ja möglich, daß die Regierung die Kadetten nicht hindern wird, „einen Haufen Gesetze aufzutürmen", nach dem treffenden und boshaften Ausdruck des „Kurjer".

„Wolna" Nr. 23,
21. Mai 1906.

Nach dem Text der „Wolna".

KAUTSKY ÜBER DIE REICHSDUMA[132]

Eine neue Broschüre von K. Kautsky: „Die russische Duma" ist erschienen (Verlag „Amiran", St. Petersburg 1906, Preis 3 Kop.). Es ist außerordentlich interessant, einige Gedanken des Verfassers festzuhalten, die Streitfragen der russischen Sozialdemokratie betreffen. Vor allem über den Boykott der Duma. Die Leser wissen natürlich, mit welch billiger Methode unsere Sozialdemokraten des rechten Flügels diese Frage abtaten und abtun. Ihre Argumentation ist einfach. Beteiligung am parlamentarischen Kampf ist Sozialdemokratismus, Nichtbeteiligung ist Anarchismus. *Also* war der Boykott ein Fehler, und die Bolschewiki sind Anarchisten. Genauso argumentierte beispielsweise der Quasi-Sozialdemokrat Gen. Negorew, so argumentiert auch die Masse seiner Gesinnungsfreunde.

Kautsky ist Marxist. *Deshalb* argumentiert er anders. Er hält es für notwendig, die *konkreten historischen* Bedingungen Rußlands zu untersuchen und nicht für einen Europäer schablonenhafte Schlagworte zu wiederholen.

„Da ist es", schreibt Kautsky, nachdem er kurz die Zustände unter dem Dubassowregime geschildert hat, „da ist es *kein Wunder*, daß die Mehrheit unserer russischen Genossen in einer auf solche Weise zustande gekommenen Duma nichts sah als die nichtswürdigste Fälschung einer Volksvertretung und beschloß, sie zu boykotten, an dem Wahlkampf nicht teilzunehmen."

Kautsky findet nichts Verwunderliches in der Taktik des „Blanquismus" und „Anarchismus". Nicht wahr, wie lehrreich wäre es für Genossen Plechanow und alle Menschewiki, sich darüber Gedanken zu machen?

„Kein Wunder", schreibt Kautsky weiter, „daß der Mehrheit der rus-

sischen Genossen statt des Eintritts in den Wahlkampf zum Eindringen in die Duma der Aufstand zur Hinwegfegung dieser Duma, zur Eroberung einer konstituierenden Versammlung *geboten* schien."

Die Schlußfolgerung daraus ist klar. Marxisten müssen konkrete historische Fragen auf Grund einer aufmerksamen Untersuchung aller politischen Bedingungen der jeweiligen Situation lösen und nicht auf Grund hohler Phrasen über den Gegensatz Blanquismus – Anarchismus usw.

Während es bei uns unter den Sozialdemokraten zur Mode wird, den Kadetten nachzuplappern, daß der Boykott ein Fehler gewesen sei, denkt Kautsky, der die Fragen völlig unvoreingenommen analysiert, gar nicht daran, einen derartigen Schluß zu ziehen. Er hat es nicht eilig, sich sklavisch der Tatsache zu beugen, daß die Duma einberufen wird, obwohl er zu einer Zeit schreibt, da der Mißerfolg des Versuchs „zur Hinwegfegung der Duma" schon Tatsache geworden ist. Aber Kautsky gehört nicht zu denen, die es nach jedem Mißerfolg (z. B. etwa nach dem Mißerfolg im Dezember) eilig haben, bußfertig einen „Fehler" zu bekennen. Kautsky weiß, daß Mißerfolge im Kampf des Proletariats bei weitem nicht immer „Fehler" des Proletariats bedeuten.

Eine zweite wichtige Stelle in Kautskys Broschüre betrifft die Frage, wer, d. h. welche Klassen oder Gesellschaftsgruppen in der gegenwärtigen russischen Revolution siegen können. „Bauern und Proletarier", schreibt Kautsky, „werden immer energischer und ungestümer" (denkt daran, Genossen von der „Newskaja Gaseta", die ihr der kadettischen „Weisheit" Beifall gespendet habt) „die Mitglieder der Duma anstacheln, werden *ihren linken Flügel* immer mehr verstärken, werden ihre Gegner immer mehr schwächen, lahmlegen und schließlich *hinwegfegen*." (S. 8.)

Kautsky erwartet also, daß in der gegenwärtigen russischen Revolution *die Bauern und die Proletarier* siegen werden. Wollen uns die Genossen Menschewiki vielleicht erklären, worin der Unterschied besteht zwischen der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft und dem Sieg der Arbeiter und Bauern? Werden sie vielleicht gar Kautsky des Blanquismus oder des Narodowolzentums zeihen, weil er den Gedanken ausspricht, daß in der *bürgerlichen* Revolution nicht die Bourgeoisie *siegen* könnte, sondern die Bauernschaft und das Proletariat?

Wer gewillt ist, über diese Frage nachzudenken, der wird allmählich dahinterkommen, worin der Grundfehler der Menschewiki besteht, die

stets zu der Annahme neigen, in der bürgerlichen Revolution könne nur von der Hegemonie der Bourgeoisie die Rede sein, und denen der Gedanke der Machteroberung (und der Sieg in der Revolution ist eben die Eroberung der Macht) durch die Bauernschaft und das Proletariat daher stets Schrecken einjagt.

Ein dritter wichtiger und wertvoller Gedanke K. Kautskys ist der über die Bedeutung der Duma als eines neuen Zentrums, eines großen Schritts zur Organisierung der Bewegung. „Wie immer die Duma sich entwickeln mag", sagt Kautsky, „die Anstöße, die sie der Revolution verleiht, ob direkte oder indirekte, beabsichtigte oder wider Willen erfolgende, werden auf ganz Rußland gleichzeitig wirken und gleichzeitig überall Gegenwirkungen hervorrufen."

Das ist vollkommen richtig. Wer heute den Bolschewiki unterstellt, sie schlügen vor, die Duma „abseits liegen zu lassen" oder sie gar zu verjagen, wer ihnen unterstellt, sie wollten die Duma ignorieren, der sagt die Unwahrheit. Schon auf dem Vereinigungsparteitag brachten die Bolschewiki eine Resolution ein, worin es hieß:

„Die Sozialdemokratie *muß* die Reichsduma und ihre Zusammenstöße mit der Regierung bzw. die Konflikte in ihr *ausnutzen*, um die reaktionären Elemente in der Duma zu bekämpfen, die Inkonsequenz der Wankelmütigkeit der Kadetten schonungslos zu entlarven, die Elemente der bäuerlichen revolutionären Demokratie *besonders aufmerksam* zu beobachten, sie zusammenzuschließen, sie den Kadetten entgegenzustellen und diejenigen ihrer Aktionen zu unterstützen, die den Interessen des Proletariats entsprechen"*, usw.

Wer gewillt ist, sich über die Bolschewiki auf Grund ihrer Resolutionen und nicht der Ammenmärchen der Negorew ein Urteil zu bilden, der wird sehen, daß es zwischen Kautsky und den Bolschewiki hinsichtlich der *Reichsduma keinerlei Meinungsverschiedenheiten gibt.*

Über eine sozialdemokratische Parlamentsfraktion in der Duma spricht Kautsky in der erwähnten Broschüre überhaupt nicht.

„Westnik Shisni"[132] *Nr. 6,*
23. Mai 1906.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text der Zeitschrift „Westnik Shisni".

* Siehe den vorliegenden Band, S. 294. *Die Red.*

KADETTEN, TRUDOWIKI UND ARBEITERPARTEI

So verfälscht die Vertretung des Volkes in der Reichsduma infolge des Wahlgesetzes und der Begleitumstände der Wahlen auch ist, bietet dennoch auch sie nicht wenig Material für das Studium der Politik der verschiedenen Klassen Rußlands. Und sie hilft, fehlerhafte oder beschränkte Ansichten in dieser Frage zu korrigieren.

Immer klarer zeigt sich, daß die Einteilung der bürgerlichen Parteien in drei Haupttypen, die von den Bolschewiki im Entwurf ihrer Resolution für den Vereinigungsparteitag vertreten wurde*, richtig ist. Oktobristen, Kadetten und revolutionäre oder bäuerliche Demokraten – das sind diese drei Haupttypen. Selbstverständlich kann nicht erwartet werden, daß sich die Parteien von jedem Typus schon vollständig und endgültig formiert haben: zu kurze Zeit ist verstrichen, seitdem die verschiedenen Klassen der russischen Gesellschaft begonnen haben, in einer halbwegs freien politischen Arena offen aufzutreten.

Die Oktobristen sind eine ausgesprochene Klassenorganisation der Gutsbesitzer und Großkapitalisten. Der konterrevolutionäre (gegenrevolutionäre) Charakter dieses Teils der Bourgeoisie ist völlig klar. Er steht auf seiten der Regierung, obzwar er fortfährt, mit ihr über die Teilung der Macht zu streiten. Die Heyden und Co. vereinigen sich zuweilen sogar mit den Kadetten in der Opposition gegen die alte Macht, aber selbst Leute, die sich am leichtesten für jedwede „Opposition" begeistern, vergessen deswegen nicht das wahre Wesen der Partei der Oktobristen.

Die Kadetten sind die wichtigste Partei vom zweiten Typus. Diese Partei ist nicht ausschließlich mit einer einzigen bestimmten Klasse der

* Siehe den vorliegenden Band, S. 150/151. *Die Red.*

bürgerlichen Gesellschaft verbunden, aber trotzdem ist sie durch und durch bürgerlich. Ihr Ideal ist die von der Leibeigenschaft gesäuberte, wohlgeordnete bürgerliche Gesellschaft, in der es gegen Anschläge des Proletariats einen Schutz geben muß wie . . . das Oberhaus, das stehende Heer, die nicht wählbare Beamtenschaft, Zuchthausgesetze über die Presse usw. Die Kadetten sind eine halb gutsherrliche Partei. Sie träumt davon, sich von der Revolution loszukaufen. Sie giert nach einem Pakt mit der alten Macht. Sie fürchtet die revolutionäre Aktivität des Volkes. Die Wankelmütigkeit und Unbeständigkeit dieser Partei wird immer offensichtlicher, je mehr sich ihre offene politische Tätigkeit, besonders in der Reichsduma, entfaltet. Und die Rufe kurzsichtiger, vom Augenblickserfolg geblendeter Leute nach Unterstützung der Kadetten werden deshalb in der Arbeiterklasse niemals ein starkes Echo finden.

Der dritte Typus der bürgerlichen Parteien sind die Trudowiki, d. h. die Bauernabgeordneten der Reichsduma, die in diesen Tagen mit ihrem Programm hervorgetreten sind. Die Entstehung eines solchen Typus politischer Parteien in Rußland haben die revolutionären Sozialdemokraten schon lange verfolgt. Der Bauernbund war eine der Zellen einer solchen Partei, die radikalen Vereinigungen mittelloser Intellektueller tendierten in gewissem Maße ebenfalls zu ihr, die Sozialrevolutionäre entwickelten sich in derselben Richtung und entwuchsen der engen Hülle einer Intellektuellengruppe. Die Mannigfaltigkeit der Arten und Schattierungen dieser Strömung entspricht durchaus der Mannigfaltigkeit der Arten und der Vielzahl des „werktätigen" Kleinbürgertums in Rußland. Die Bauernschaft ist die Hauptstütze dieser Strömung, dieser Parteien. Die objektiven Bedingungen zwingen die Bauernschaft zum entschiedenen Kampf gegen den gutsherrlichen Grundbesitz, gegen die Gutsbesitzermacht und gegen die mit ihr eng verbundene gesamte alte Staatsmacht überhaupt. *Diese* bürgerliche Demokratie ist *gezwungen*, revolutionär zu werden, während die Liberalen, die Kadetten usw. jene Bourgeoisie vertreten, die durch ihre Existenzbedingungen *gezwungen* ist, einen Pakt mit der alten Macht zu suchen. Es ist weiterhin verständlich, daß die Bauernschaft ihre Bestrebungen in die Form von Utopien hüllt, d. h. in die Form nicht zu verwirklichender Wünsche nach Art der ausgleichenden Bodennutzung bei Aufrechterhaltung der Herrschaft des Kapitals.

Die Einsicht des Proletariats, daß es besondere Klasseninteressen hat,

die sich von den Interessen der revolutionären Demokratie unterscheiden, veranlaßt es, sich in einer streng selbständigen Klassenpartei zu organisieren. Aber das sozialistische Proletariat wird über seiner Aufgabe, leere Träume zu kritisieren, niemals seine positive Aufgabe vergessen: die revolutionäre Demokratie im Kampf gegen die alte Macht und die alte Ordnung mit allen Kräften zu unterstützen, das Volk vor der Unbeständigkeit der liberalen Bourgeoisie zu warnen und den Schaden dieser Unbeständigkeit durch sein Kampfabkommen mit der revolutionären Bauernschaft zu vermindern.

Das muß die *Grundlage* der ganzen Taktik, des gesamten politischen Verhaltens des sozialdemokratischen Proletariats im gegenwärtigen Zeitpunkt sein. Um mit der Bauernschaft gemeinsam zu handeln, muß es danach trachten, diese aufzuklären, zum Kampf aufzurütteln, in den Kampf einzubeziehen, und ihren Glauben an „Bittschriften", an „Entschließungen" und an die Reichsduma – diese Einrichtung für Bittschriften im Maßstab ganz Rußlands – unentwegt entlarven. „Die breite Masse zur Erkenntnis von der völligen Untauglichkeit der Duma zu bringen" (Resolution des Vereinigungsparteitags) – das ist die Aufgabe des Proletariats. Und um gemeinsamer Aktionen mit der Bauernschaft willen muß es sich vereinzelter, unzeitgemäßer Ausbrüche strikt enthalten. Aber zum selben Zweck des Erfolgs in dem unvermeidlich kommenden Kampf ist es notwendig, die Wankelmütigkeit der Kadetten aufs schonungsloseste zu entlarven, die Frage der „völligen Untauglichkeit der Duma" aufs klarste zu stellen und alle Versuche, die Unterschiede zwischen den Kadetten und den Trudowiki zu vertuschen, aufs entschiedenste zu bekämpfen.

Eben von diesem Standpunkt aus muß das sozialistische Proletariat das Verhältnis zwischen Kadetten und Trudowiki beurteilen. Man nehme die Frage der Bodenreform. Die Kadetten wollen die *Ablösung*. Die Trudowiki wollen lediglich eine *Entschädigung* für den Boden gewähren – vielleicht in Form einer Leibrente oder eines Freiplatzes im Armenhaus. Die „Wolna" hat den gewaltigen Unterschied zwischen einer Ablösung und einer Unterbringung im Armenhaus bereits erläutert. Die Arbeiterpartei fordert die *Konfiskation*, d. h. die Enteignung sowohl ohne Ablösung als auch ohne Entschädigung, obzwar die Arbeiterpartei natürlich gegen eine Unterbringung mittelloser Gutsbesitzer im Armenhaus nichts einzuwenden hat. Es ist klar, daß die Arbeiterpartei die Trudowiki gegen die Kadet-

ten unterstützen muß. In Rußland hat die Ablösung von Grund und Boden schon einmal eine höchst schädliche Rolle gespielt, indem sie die Bauern ruinierte, die Gutsbesitzer bereicherte und die alte Staatsmacht festigte. In Rußland können gegenwärtig für die Ablösung nur diejenigen eintreten, die halb auf seiten der Regierung stehen.

Man nehme das politische Programm. Die Kadetten wollen ein Oberhaus und eine unvollständige Volksherrschaft. Die Trudowiki sprechen sich entschieden dafür aus, daß über dem nach allgemeinem usw. Stimmrecht zu wählenden Parlament „kein Überbau und kein Hindernis nach Art des Reichsrats, eines Herrenhauses, einer zweiten Kammer usw." stehen darf. Die Trudowikigruppe akzeptiert fast vollständig das Minimalprogramm der Arbeiter mit dem Achtstundentag usw. Es ist klar, daß auch hier die Arbeiterpartei die Trudowiki gegen die Kadetten unterstützen muß.

Nehmen wir die Frage, wie mit dem Grund und Boden verfahren werden soll. Die Kadetten wollen einen Teil des Bodens den Bauern und den Gutsbesitzern als Eigentum belassen, einen Teil dem Staat abgeben. Die Trudowiki wollen den gesamten Boden, wenn auch nicht auf einmal, dem Staat übergeben und dabei die ausgleichende Bodennutzung einführen. Es ist klar, daß die Trudowiki *weiter gehen* im Kampf gegen den gutsherrlichen Grundbesitz und gegen das Privateigentum am Grund und Boden überhaupt. Es wäre ein grober Fehler der Arbeiterpartei, die Trudowiki nicht auch in dieser Frage gegen die Kadetten zu unterstützen. Daß die einen wie die anderen Fehler machen, ist für die Arbeiterpartei durchaus kein Grund, die wirklich revolutionäre bürgerliche Demokratie nicht zu unterstützen. Sowohl die Kadetten als auch die Trudowiki irren sich, wenn sie es für möglich halten, auch nur einen Teil des Bodens einem Staat in die Hand zu geben, der bei weitem nicht vollauf demokratisch ist. Lieber Aufteilung als Übergabe von Grund und Boden an einen solchen Staat. Aber diesen Fehler hat leider auch der Parteitag der SDAPR gemacht, als er es für zulässig hielt, einen Teil des Grund und Bodens einem „demokratischen" Staat in die Hand zu geben, ohne den *Grad* dieses Demokratismus und seine Vollständigkeit *genau* zu bestimmen. Stellt man die Programme der Kadetten und der Trudowiki gegenüber, so sieht man den Fehler des sozialdemokratischen Parteitags besonders deutlich.

Weiter irren sich die Trudowiki, wenn sie meinen, ein „Ausgleich" in

der Bodennutzung bei Erhaltung der Warenwirtschaft wäre denkbar. Diese kleinbürgerliche Utopie muß die Arbeiterpartei auf das entschiedenste entlarven und widerlegen.

Aber es wäre unvernünftig, über dem Kampf gegen die müßigen *Träumereien* des Kleinbesitzers das wirklich revolutionäre *Handeln* dieser Klasse in der gegenwärtigen Revolution zu vergessen. So kann ein Marxist nicht verfahren. Den erwähnten Fehler macht z. B. der „Kurjer", wenn er sagt (Nr. 5): „Der Gesetzentwurf der Trudowikigruppe ist in seinen Grundzügen bei weitem nicht zufriedenstellend" (richtig!) „und verdient nicht, von der Arbeiterklasse unterstützt zu werden" (falsch!).

Die Arbeiterpartei muß auch hier unter völliger Wahrung ihrer Selbständigkeit die Trudowiki gegen die Kadetten unterstützen. Während sie die Fehler der einen wie der anderen aufdeckt, darf sie nicht vergessen, daß die Trudowiki weiter gehen als die Kadetten, daß die Fehler der Trudowiki auf einer höheren Entwicklungsstufe der Revolution praktische Bedeutung erlangen werden als die Fehler der Kadetten. In Gestalt der Kadetten *überwindet* das Volk seine Illusionen, daß es möglich sei, die Volksfreiheit mit der alten Macht zu verbinden. In Gestalt der Trudowiki *wird* das Volk seine Illusionen *überwinden*, daß es möglich sei, den „Ausgleich" mit dem Kapitalismus zu verbinden. In Gestalt der Kadetten überwindet das Volk die ersten bürgerlichen Illusionen, in Gestalt der Trudowiki wird es seine letzten bürgerlichen Illusionen überwinden. Die Illusionen der Kadetten sind ein Hindernis für den Sieg der bürgerlichen Revolution. Die Fehler der Trudowiki werden ein Hindernis sein für den sofortigen Sieg des Sozialismus (von welchem sofortigen Sieg die Arbeiter gar nicht unnützerweise träumen). Hieraus ersieht man klar den gewaltigen Unterschied zwischen den Kadetten und den Trudowiki, und die Arbeiterpartei muß diesen Unterschied streng berücksichtigen.

Täten wir das nicht, so würden wir das sozialistische Proletariat aus der Vorhut der Revolution, aus dem bewußteren Ratgeber der Bauernschaft in einen unbewußten Helfershelfer der liberalen Bourgeoisie verwandeln.

„Wolna" Nr. 25, 24. Mai 1906.

Nach dem Text der „Wolna".

WIE URTEILT GENOSSE PLECHANOW ÜBER DIE TAKTIK DER SOZIALDEMOKRATIE?

In den letzten beiden Nummern des „Kurjer" ist der erste Brief des Gen. Plechanow „über Taktik und Taktlosigkeit" abgedruckt. Die liberale bürgerliche Presse hat bereits mit vollem Recht festgestellt, daß Gen. Plechanow viel weiter nach rechts geht als die Zeitung „Kurjer". Diese ganze Presse ergeht sich in Lobeserhebungen über Gen. Plechanow und stellt ihn der ganzen übrigen Sozialdemokratie entgegen.

Wir wollen diese Gedankengänge des Gen. Plechanow ganz kaltblütig betrachten.

Genosse Plechanow polemisiert gegen die Poltawaer sozialdemokratische Zeitung „Kolokol"[133]. Er bringt daraus solche Zitate:

„Die Annahme des sozialdemokratischen Programms allein", schrieb der „Kolokol", „macht eine Einzelperson oder sogar eine ganze Gruppe noch nicht sozialdemokratisch. Dazu ist es notwendig, auch die Grundlagen der sozialdemokratischen Taktik restlos anzunehmen.

Das Unterscheidungsmerkmal der Sozialdemokratie, das sie aus der Reihe der anderen Parteien heraushebt, ist außer ihrem Programm ihre unversöhnliche Klassenposition gegenüber allen anderen, bürgerlichen Parteien."

Gen. Plechanow fährt sehr „grobes Geschütz" gegen die zitierten Stellen auf. Erstens, an Stelle des Wortes „Position" fordert er das Wort „Opposition". Uns scheint, daß diese Abänderung die Darlegung des Verfassers nicht im geringsten verbessert, sondern eher sogar verschlechtert. Zweitens, Gen. Plechanow betätigt sich als Korrektor. Im Text fehle das Komma nach dem Wort „anderen". Korrektoren ohne Prätensionen bessern solche Fehler gewöhnlich stillschweigend aus. Korrektoren mit Prätensionen schreiben darüber ein Feuilleton von fast einer halben Spalte!

Zur Sache. Was wendet Gen. Plechanow sachlich ein? Er sagt: „Der Verfasser stellt alle anderen* bürgerlichen Parteien als eine einzige reaktionäre Masse dar."

Das ist *nicht wahr*. In den zitierten Worten findet sich keine Spur einer derartigen Darstellung. Und in den von Plechanow selber angeführten weiteren Worten des Verfassers werden *direkt* zweierlei Arten von bürgerlichen Parteien *unterschieden*: 1. die „kadettisch-oppositionellen" und 2. die „rechten". Der Versuch des Gen. Plechanow, dem Verfasser den Gedanken „einer einzigen reaktionären Masse" zu unterstellen, ist nicht nur ungerechtfertigt, sondern auch eines Sozialisten, der gewillt ist, sachlich zu diskutieren, geradezu unwürdig.

„Die verschiedenen bürgerlichen Parteien haben verschiedene Färbung", sagt Gen. Plechanow. Wir haben schon gezeigt, daß dieser richtige Gedanke dem Verfasser des Artikels im „Kolokol", der zwischen der kadettisch-oppositionellen und der rechten „Färbung" unterschieden hat, durchaus nicht fremd ist. Gegen die „Grundlagen" der sozialdemokratischen Taktik hat der Verfasser mithin nicht gesündigt, entgegen der Meinung des nörglerischen, aber ungeschickten Kritikers. Will man jedoch die Taktik der Sozialdemokratie *Rußlands während* der Revolution festlegen, so *genügt es nicht*, zwischen diesen zwei „Färbungen" der bürgerlichen Parteien zu unterscheiden. Hier gibt es wirklich eine Lücke im Denken oder in der Darlegung des „Kolokol", und diese Lücke hat Gen. Plechanow nicht bemerkt. Er erfand Lücken, die es nicht gibt, und übersah die wirkliche Lücke.

Wollte Gen. Plechanow gegen die Bolschewiki** polemisieren, um das Wesen der Sache zu klären, nicht aber, um die kadettischen Zeitungen zu ergötzen und zu erfreuen, so hätte er nicht verschweigen dürfen, daß gerade die Bolschewiki seit langem auf der Notwendigkeit bestehen, die bürgerlichen Parteien zumindest nach *drei* Haupt„färbungen" zu unter-

* Genosse Plechanow vergißt *ebenfalls*, hier ein Komma zu setzen oder das Wort „anderen" zu streichen, d. h., er *wiederholt selber* den Schreibfehler, für welchen er den Genossen so schulmeisterlich abgekanzelt hat.

** Wir kennen weder den Verfasser des Artikels im „Kolokol" noch überhaupt die Redaktion und die Richtung dieser sozialdemokratischen Zeitung. Wir haben hier den allgemeinen Sinn der Plechanowschen „Kritik" im Auge, nicht aber speziell seine Polemik gegen den „Kolokol".

scheiden. Eben hier verbirgt sich einer der grundlegenden Unterschiede der *zwei Taktiken*, und vergebens hofft Gen. Plechanow, diesen Unterschied der politischen Taktiken durch kleinbürgerlich-spießige Stoßseufzer über „Taktlosigkeit" zu vertuschen.

Vor einem Jahr erschien im Ausland die dann in Rußland nachgedruckte bolschewistische Broschüre „Zwei Taktiken"*. Darin wurde bewiesen, daß der Grundfehler des ganzen Menschewismus das Unverständnis dafür ist, welche Elemente der Bourgeoisie gemeinsam mit dem Proletariat die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland zu Ende führen können. Die Menschewiki verfallen ständig, bis zum heutigen Tag, in den Irrtum, daß die bürgerliche Revolution im Grunde von der „Bourgeoisie" (der Bourgeoisie schlechthin, ohne Unterschied der „Färbungen"!) gemacht werden müsse, während das Proletariat zu helfen habe. Daher konnten die Menschewiki (darunter auch Plechanow) niemals halbwegs marxistisch bestimmen, *worin* vom Standpunkt der politischen Umgruppierung der Klassen der „entscheidende Sieg der gegenwärtigen Revolution" bestehen wird, obwohl sie nicht abgeneigt waren, sogar in Resolutionen, vom entscheidenden Sieg zu sprechen. Die Feststellung der Bolschewiki, der entscheidende Sieg könne nur die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft sein, gefiel ihnen nicht, aber sie konnten diese Feststellung weder widerlegen noch berichtigen oder abwandeln.

Die Bolschewiki behaupteten und behaupten, daß gerade in der Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolution (bis zum Siege dieser Revolution) nur die Bauernschaft ein zuverlässiger und ernsthafter Bundesgenosse des Proletariats sein kann. Die Bauernschaft ist ebenfalls „bürgerliche Demokratie", aber von ganz anderer „Färbung" als die Kadetten oder die Oktobristen. *Dieser* bürgerlichen Demokratie sind unabhängig davon, was sie will, von der *Geschichte* Ziele *gesteckt worden*, die hinsichtlich der „alten Ordnung" in Rußland wirklich revolutionär sind. *Diese* bürgerliche Demokratie ist *gezwungen*, gegen die *Grundfesten* der Gutsbesitzermacht und der mit ihr verbundenen alten Staatsmacht zu kämpfen. *Diese* bürgerliche Demokratie wird durch die objektiven Bedingungen nicht „gezwungen", mit allen Kräften danach zu streben, die alte Macht zu erhalten und die Revolution durch einen *Pakt* mit der alten Macht zu beenden. *Diese* bürgerliche Demokratie ist daher ihren Tendenzen nach

* Siehe Werke, Bd. 9, S. 1–130. *Die Red.*

– die durch das bedingt sind, was sie zu tun *gezwungen* ist – eine *revolutionäre Demokratie*. Und die Bolschewiki haben die Taktik des sozialistischen Proletariats während der bürgerlich-demokratischen Revolution wie folgt festgelegt: Das Proletariat muß die Bauernschaft mit sich führen, ohne sich mit ihr zu verschmelzen, muß sie gegen die alte Macht und die alte Ordnung führen und dabei die Unbeständigkeit und Wankelmütigkeit der liberalen Bourgeoisie paralysieren, die zwischen der Volksfreiheit und der alten Macht schwankt.

Und eben diese Grundlagen der Taktik des sozialdemokratischen Proletariats Rußlands in der gegenwärtigen Epoche haben die Menschewiki nicht begriffen. Auch Gen. Plechanow hat sie nicht begriffen. Eben diese ganz *konkrete* Frage nach unserer Taktik bemüht er sich zu umgehen, zu vertuschen, zu verschleiern durch seine Erörterungen über Schreibfehler und Druckfehler, durch seine unpassend ausgesuchten Zitate usw.

Man urteile selbst. In Nr. 5 des „Kurjer" versteigt sich Plechanow so weit, daß er den Bolschewiki den Gedanken zuschreibt: „Das Proletariat kann nicht an der Seite der Bourgeoisie marschieren . . . das wäre Opportunismus."

Wir sind noch nicht tot, Gen. Plechanow! Wer über uns Märchen erzählt, als wären wir tot, der blamiert sich nur. Jeder, der den „Wperjod", den „Proletari", die „Zwei Taktiken", den „Sieg der Kadetten" und andere Broschüren der Bolschewiki auch nur oberflächlich kennt, der sieht sofort, daß Plechanow die Unwahrheit sagt.

Die Bolschewiki wiederholen schon anderthalb Jahre, daß der Fehler der Menschewiki in dem Unvermögen besteht, die revolutionäre bürgerliche Demokratie von jener gesamten bürgerlichen Demokratie abzusondern, die gerade jetzt ihren revolutionären Charakter rasch verliert. Die Bolschewiki wiederholen schon anderthalb Jahre, daß die Menschewiki aus der lächerlichen Angst heraus, sich den Sozialrevolutionären zu „nähern", sich übermäßig den Kadetten *nähern* und die bürgerliche Demokratie *revolutionärer Färbung* ungenügend würdigen. Die Bolschewiki wiederholen immer wieder, daß der *Opportunismus* der Menschewiki darin besteht, die grundlegenden Interessen der Demokratie und folglich auch des *Sozialismus* zu vergessen, denn reale Erfolge des Sozialismus sind in der Epoche der bürgerlichen Revolution unmöglich ohne Erfolge der Demokratie – zu vergessen über den zeitweiligen Erfolgen des Libe-

ralismus und in blinder Anbetung der eitlen Triumphe der Semstwoleute oder Kadetten.

Darin eben besteht Ihr *Opportunismus*, Genosse Plechanow!

Marx lehrte uns, ruft Plechanow aus, nicht danach zu fragen, „was die Bourgeois bloß *wollen*, sondern was sie *müssen*".

Genauso ist es, Genosse Plechanow. Gerade diese Marxsche Lehre vergessen Sie, und Ihre Berufung auf Marx ist ebenso müßig, wie es die von Bernstein war, der den Marxismus zu untergraben versucht hat. Sie vergessen, daß die *Kadetten* einen *Pakt* mit der alten Macht eingehen „müssen", während die *bäuerliche oder revolutionäre Demokratie* einen entschiedenen Kampf gegen sie aufnehmen „muß", oder zumindest, daß die Kadetten nur zu einem Pakt, die Bauern aber auch zu einem ernsten Kampf fähig sind. Durch *allgemeine* Phrasen darüber, was die „Bourgeois" *überhaupt* müssen, *vertuscht* Gen. Plechanow die konkrete Frage, was die „Bourgeois" von der *Färbung* der Kadetten und die Bourgeois von der *Färbung* der revolutionären Demokratie müssen.

Man urteile nunmehr: Wer erweist sich in *Wirklichkeit* als außerstande, die verschiedenen Färbungen der Bourgeoisie *Rußlands* in unserer Zeit zu unterscheiden? Wer traktiert die Arbeiter mit Scholastik, Pedanterie und der „Mumie der Wahrheit", anstatt auf die gerade in diesem Zeitpunkt wesentlichen Unterschiede innerhalb der bürgerlichen Demokratie hinzuweisen?

Die Leser, die sich für diese Frage ernstlich interessieren, sollten sie nicht auf Grund zufälliger Eindrücke, sondern durch ernsthaftes Studium der sozialdemokratischen Literatur und der Parteitagsbeschlüsse zu lösen suchen. Nehmt die Parteitagsresolution über die Reichsduma und vergleicht sie mit dem Resolutionsentwurf der Bolschewiki*. Ihr werdet sehen, daß gerade die (menschewistische) Parteitagsresolution *nicht imstande ist*, zwischen der bäuerlichen und der kadettischen Demokratie eine klare Trennungslinie zu ziehen. Umgekehrt legt die Resolution der Bolschewiki den Nachdruck gerade auf diese Unterscheidung. Die Parteitagsresolution beschränkt sich auf den Rat, die Inkonsequenz *aller* bürgerlichen Parteien zu entlarven, während unsere Resolution von der Wankelmütigkeit der Kadetten und von der Notwendigkeit spricht, die bäuerliche Demokratie zusammenzuschließen und sie den Kadetten entgegenzustellen. Die Partei-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 293/294. *Die Red.*

tagsresolution ist in dieser Beziehung völlig nichtssagend, denn die Sozialisten *aller* Länder müssen zu *allen* Zeiten *alle* bürgerlichen Parteien entlarven; wer sich darauf beschränkt, der wiederholt schülerhaft auswendig gelernte Worte des Marxismus, vermag sie aber nicht zu verdauen und auf Rußland anzuwenden. Ausgerechnet in der Epoche der bürgerlichen Revolution zu sagen: „entlarvt alle bürgerlichen Parteien", heißt gar nichts zu sagen, ja sogar die Unwahrheit zu sagen, denn eine ernst zu nehmende und sachliche Entlarvung ist nur in dem Maße möglich, wie *diese oder jene* bürgerliche Partei *historisch* in den Vordergrund tritt. Umgekehrt unterscheidet unsere Revolution gerade die „Färbungen", die *jetzt* eine politische Rolle spielen. Und deshalb haben gleich die ersten Schritte der Reichsduma *gerade unsere* Resolution bestätigt, haben sie allen die Wankelmütigkeit der Kadetten und den ausgeprägteren revolutionären Geist der „Trudowiki" deutlich vor Augen geführt.

Ein anderes Beispiel. Die Frage der Stellung zu den bürgerlichen Parteien. Wie haben die Menschewiki sie vor dem Parteitag zu lösen gesucht? Durch allgemeine Phrasen: siehe ihren Resolutionsentwurf. Und die Bolschewiki? Durch die Unterscheidung von *drei* Arten der bürgerlichen Opposition: Oktobristen, Kadetten und revolutionäre Demokraten (siehe den Entwurf der bolschewistischen Resolution*). Wie entschied der Parteitag diese Frage? Die Menschewiki *wagten nicht*, ihre eigene Resolution vorzulegen, und *bestätigten die Amsterdamer Resolution!* Russische Sozialdemokraten wissen in der Epoche der bürgerlichen Revolution über die russische Bourgeoisie verschiedener Färbungen nichts zu sagen außer einer Wiederholung dessen, was die Europäer aller Länder hundert Jahre nach der bürgerlichen Revolution sagen!!

Ist es etwa nicht klar, daß der ehrenwerte Plechanow die eigenen Fehler andern in die Schuhe schieben will?

Man nehme die Erörterungen des Gen. Plechanow über den „wahren Sozialismus" der vierziger Jahre in Deutschland. Worin besteht das Wesen dieses „wahren Sozialismus"? Einerseits im Unverständnis für den Klassenkampf und die Bedeutung der politischen Freiheit. Weiter in dem Unvermögen, zwischen der Bedeutung dieser oder jener Schicht der Bourgeoisie im zeitgenössischen politischen Kampf zu unterscheiden. Ist es nicht lächerlich, daß Gen. Plechanow versucht, *uns* diesen Vorwurf zu

* Siehe den vorliegenden Band, S. 150/151. *Die Red.*

machen, wo gerade er an der Spitze der Menschewiki den unter den gegenwärtigen Verhältnissen grundlegenden Unterschied zwischen der kadettisch-oppositionellen und der revolutionär-demokratischen Bourgeoisie zu *vertuschen* sucht?

Überhaupt kann man über diesen Vorwurf, die Bolschewiki ständen den „wahren Sozialisten" nahe, nur lachen. Man überlege bloß: Uns haben alle seit jeher im Chor beschuldigt, übermäßig geradlinig, starrsinnig und felsenfest zu sein. Und im gleichen Atemzug nennen uns unsere Opponenten sowohl „Blanquisten" als auch „Anarchisten" und „wahre Sozialisten". Die Blanquisten sind Verschwörer (sie waren niemals für den Generalstreik) und überschätzen die Bedeutung der revolutionären Staatsmacht. Die Anarchisten verneinen überhaupt sowohl die revolutionäre als auch jede andere Staatsmacht und stellen der straffen Organisation des Blanquismus die desorganisierende völlige Ungebundenheit entgegen. Die „wahren Sozialisten" sind so etwas wie friedliche Lawrowleute, halbe Kulturreformer, aber nicht Revolutionäre, Helden ausgeklügelter Redensarten und abstrakter Predigten. Die Menschewiki hätten sich selbst nicht besser widerlegen können als dadurch, daß sie diese *einander ausschließenden* Beschuldigungen gegen die Bolschewiki ausheckten. Wir brauchen nur mit dem Finger auf diese Konfusion der Menschewiki zu weisen, um auf ihre Beschuldigungen zu antworten.

Wir dagegen sagten stets und sagen auch jetzt, daß die Menschewiki der rechte Flügel der Sozialdemokratie sind, der zum Opportunismus, d. h. dazu neigt, über den Interessen des Augenblicks, über den scheinbaren Möglichkeiten, sich den Stimmungen, Situationen und Verhältnissen des Augenblicks „anzupassen", die dauerhaften, wesentlichen, grundlegenden Interessen des Proletariats zu vergessen.

Worauf läuft die ganze jetzige Taktik des Gen. Plechanow hinaus? Darauf, vor dem Erfolg der Kadetten zu katzbuckeln, die ungeheuren negativen Seiten ihres jetzigen Verhaltens zu vergessen, den *im Vergleich* zu den revolutionären Elementen der bürgerlichen Demokratie reaktionären Charakter der Kadetten zu vertuschen, das Bewußtsein der noch an „Bittschriften" und an das Puppenparlament glaubenden Arbeiter und Bauern zu trüben.

Die Kadetten sind aus Leibeskräften bemüht, sich als die bürgerliche Demokratie schlechthin auszugeben, ihr Auseinandergehen mit der Trudo-

wikigruppe zu verbergen, ihre Nichtübereinstimmung mit der bäuerlichen Demokratie zu verkleistern und zu erreichen, daß gerade der rechte, der unzuverlässige Flügel der bürgerlichen Demokratie unterstützt wird. Gen. Plechanow erreicht, unabhängig davon, was er erreichen will, nur das eine: er *unterstützt in Wirklichkeit* diese reaktionären Bestrebungen der Kadetten. Deswegen überschütten sie ihn auch mit ihrem Lob.

Gen. Plechanow sagt: Bereits 1903 (II. Parteitag der SDAPR) stritt ich gegen den damaligen rechten Flügel der Partei (Akimow, Martynow u. a.) und vertrat den Standpunkt, daß man jede *oppositionelle* Bewegung gegen die Selbstherrschaft unterstützen müsse. Der gleichen Ansicht war Marx 1847. Und Plechanow möchte den Lesern einreden, die Bolschewiki hätten diese Wahrheit vergessen.

Genosse Plechanow irrt sich. Die allgemeine These von der Unterstützung der Opposition wird von denen, die die konkrete Frage nach der Unterstützung *des einen oder anderen Teils* dieser oppositionellen und revolutionären Bourgeoisie im *gegenwärtigen* Zeitpunkt entscheiden, nicht verneint. Plechanows Fehler besteht darin, daß er die *konkrete* historische Frage durch *abstrakte* Betrachtungen ersetzt. Das erstens. Und zweitens besteht der Fehler des Gen. Plechanow darin, daß er die bürgerliche Demokratie in Rußland völlig *unhistorisch* betrachtet. Plechanow vergißt, daß sich die Lage der verschiedenen Schichten dieser bürgerlichen Demokratie in dem Maße ändert, wie die Revolution vorwärtsschreitet. Je höher sich die Revolution erhebt, desto rascher fallen die am wenigsten revolutionären Schichten der Bourgeoisie von ihr ab. Wer das nicht begreift, der kann, was den Ablauf der bürgerlichen Revolution überhaupt betrifft, gar nichts erklären.

Zwei Beispiele zur Erläuterung des Gesagten.

Im Jahre 1847 hat Marx die allerbescheidenste Opposition der deutschen Bourgeoisie gegen die Regierung unterstützt.[134] Im Jahre 1848 hat er die sehr radikalen deutschen Kadetten – sie standen viel weiter links als unsere Kadetten –, die im Frankfurter Parlament „organische Arbeit" leisteten, wobei sie aller Welt versicherten, diese organische Arbeit habe entscheidende agitatorische Bedeutung, und nicht begriffen, daß der Kampf um die reale Macht unvermeidlich war, ohne Gnade, voller Grimm angeprangert und kein gutes Haar an ihnen gelassen.[135] War sich Marx untreu geworden? war er auf einen anderen Standpunkt übergegangen?

war er in Blanquismus verfallen (wie die Bernsteinianer und die deutschen liberalen Professoren glauben)? Nicht im geringsten. *Die Revolution war vorwärtsgeschritten.* Nicht nur die deutschen „Schipowleute" von 1847, sondern auch die deutschen „Kadetten" von 1848 waren hinter ihr *zurückgeblieben.* Als treuer Hüter der Interessen der fortgeschrittensten Klasse geißelte Marx von den Zurückgebliebenen gerade diejenigen schonungslos wegen ihres Zurückbleibens, die den größten Einfluß hatten.

Unter Berufung auf Marx verfälscht Plechanow Marx.

Das zweite Beispiel.

Im Jahre 1903 und sogar früher, in den Jahren 1901 und 1902, unterstützte die alte „Iskra" die „Schipowleute", d. h. die damaligen zaghaften liberalen Semstwoleute, die zusammen mit Herrn Struve die Losung „Rechte und ein machtbefugtes Semstwo" aufstellten. Die Revolution schritt vorwärts – und die Sozialdemokraten gingen sozusagen von den oppositionellen oberen Schichten der Bourgeoisie zu ihren revolutionären unteren Schichten über. Sie „attackierten" die Schipowleute wegen der unklaren Forderung nach einer Konstitution; die Konstitutionalisten wegen der Ignorierung des allgemeinen usw. Wahlrechts; jene, die letzteres anerkannten, wegen der Nichtanerkennung der Revolution usw. – je mehr sich die ganze demokratische Bewegung entwickelte, verbreiterte und vertiefte. Wurden sich die revolutionären Sozialdemokraten untreu, weil sie von der Unterstützung der oppositionellen „Schipowleute" in der Epoche von 1901 und 1902 zur Unterstützung der revolutionären Bauern in den Jahren 1905 und 1906 übergingen? Nicht im geringsten. Sie blieben sich selber treu.

Sich untreu geworden ist Gen. Plechanow, der, vom Augenblickserfolg der Kadetten geblendet, die höheren demokratischen Aufgaben übersah, die das Leben bereits stellte.

Gehen wir weiter. Hier ein besonders anschauliches Beispiel für die äußerst unkritische Einstellung Plechanows zur kadettischen Duma.

Gen. Plechanow führt folgendes Zitat aus dem „Kolokol" an:

„Wenden wir diese allgemeinen Thesen auf die Arbeitergruppe des Parlaments an, so können wir sagen, daß diese Gruppe lediglich insoweit die wirklichen Bestrebungen des kämpferischsten und bewußtesten Teils des Proletariats Rußlands zum Ausdruck bringen wird, mit anderen Worten, daß sie nur insoweit als sozial-

demokratisch zu bezeichnen sein wird, als sie in ihrer Tätigkeit in der Duma die grundlegenden taktischen Prinzipien der Sozialdemokratie befolgen wird.

Nicht im allgemeinen kadettisch-oppositionellen Sumpf der Duma versinken, nicht im Nachtrab ihrer kadettischen Mehrheit einhertrotten, sondern sich dieser Mehrheit entgegenstellen und die Beschränktheit ihrer Bestrebungen, ihre Neigung zum Paktieren mit den ‚rechten' Parteien und der Regierung entlarven – das ist die einzige der Vertreter des Proletariats würdige und zugleich wahrhaft sozialdemokratische Taktik, die wir den Vertretern der Arbeiter in der Reichsduma nachdrücklich empfehlen müssen. Jede andere Taktik dagegen wird das Klassenbewußtsein des Proletariats, als dessen Vertreter in der Duma sich die Mitglieder dieser Gruppe betrachten, trüben und sie zu Handlangern der bürgerlichen Parteien machen, zu einem Werkzeug, das gegen die selbständigen Aufgaben des Proletariats im allgemeinen Verlauf der russischen Revolution gerichtet ist."

Plechanow bemerkt dazu:

„Wenn unser Genosse aus Poltawa seine allgemeinen Thesen auf die Sozialistische Partei in Frankreich anzuwenden hätte, dann brauchte er in den Schlußzeilen seines Artikels keine halbwegs ernsten Änderungen vorzunehmen. Er könnte sich darauf beschränken, die Wörter ‚Kadetten' und ‚kadettisch' durch die Wörter ‚Radikale' und ‚radikal', das Wort ‚Duma' durch das Wort ‚Deputiertenkammer' und schließlich die Wörter ‚russische Revolution' durch die Wörter ‚gesellschaftlich-historische Entwicklung' zu ersetzen. Das ist erstaunlich bequem."

Wir fordern den Leser auf, das Zitat aus dem „Kolokol" und die Bemerkung Plechanows noch einmal zu lesen. Diese Bemerkung erschließt uns mit seltener Deutlichkeit eine der Quellen für die Plechanowsche Wendung zu Bernstein.

Man überlege bloß: Der „Kolokol" *könnte sich* in den Schlußzeilen des Artikels darauf *beschränken*, das Wort „Kadetten" durch das Wort „Radikale" und das Wort „Duma" durch das Wort „Deputiertenkammer" zu ersetzen.

Damit hat sich Gen. Plechanow endgültig festgenagelt. Er hat anschaulich gezeigt, wie sehr ihm jedes Verständnis dafür fehlt, was konstitutionelle Illusionen sind, und folglich auch jedes Verständnis für den gegenwärtigen Abschnitt der bürgerlichen Revolution in Rußland.

Zwischen den russischen Kadetten und der russischen Duma, zwischen den französischen Radikalen und der französischen Kammer, zwischen den Wechselbeziehungen dieser und jener besteht ein *grundlegender* Unterschied, den Plechanow außer acht gelassen hat. Plechanow hat ein *kleines Wörtchen* im Artikel des „Kolokol" übersehen, ein kleines zwar, aber ein höchst charakteristisches und bedeutsames, nämlich das Wörtchen: *„Paktieren mit der Regierung"*.

Überlegen Sie, Gen. Plechanow: Kann in Frankreich von einem „Paktieren" der Deputiertenkammer mit der Regierung die Rede sein? Nein, das ist unmöglich. Warum? Weil dort die Regierung der Kammer in allem Wesentlichen untergeordnet ist. Die Mehrheit in der Kammer ist ja selbst die reale *Regierung*, da sie die ihr genehmen Personen als Minister beruft. Gewinnen die Radikalen die Mehrheit in der Kammer, so *werden sie eben dadurch* zur Regierung. Die parlamentarischen Verhältnisse entsprechen für eine bestimmte Zeit mehr oder minder auch dem realen Kräfteverhältnis im Volk und dem Verhältnis der Staatsmacht zum Volk. Die geschriebene Verfassung weicht in dieser Zeit nicht wesentlich ab von der realen, wirklichen Verfassung, vom Kräfteverhältnis.

In Rußland kann *und muß* von einem Paktieren der Dumamehrheit mit der Regierung die Rede sein. Warum? Weil bei uns die reale Macht sowohl auf Grund des Gesetzes als auch auf Grund der wirklichen Sachlage *durchaus nicht der Duma*, sondern der alten absolutistischen Regierung gehört. Die Duma ist nicht wie die Kammer ein Organ der Staatsmacht, sondern lediglich ein Organ für Bittschriften, Gesuche und Eingaben, die ein Teil des Volkes der alten Macht unterbreitet. Die Dumamehrheit kann daher mit der Regierung „einen Pakt schließen" – für Frankreich ist das absurd. Die parlamentarischen Verhältnisse entsprechen absolut nicht dem realen Kräfteverhältnis im Lande und auch nicht dem Verhältnis der Staatsmacht zum Volk.

In Frankreich wird der wirkliche Klassenkampf eben zwischen jenen Kräften ausgetragen, die in der Kammer vertreten sind, und sogar die Vertretung dieser Kräfte entspricht für eine bestimmte Zeit mehr oder minder ihrem relativen „Gewicht im Kampf".

In Rußland wird der wirkliche Kampf *keineswegs zwischen den Kräften* ausgetragen, die in der Duma vertreten sind, und die Vertretung dieser Kräfte in der Duma weicht gerade gegenwärtig besonders kraß und

radikal ab von ihrem relativen „Gewicht im Kampf". Die reale Regierung Rußlands ist fast überhaupt nicht in der Duma vertreten, sie hat andere „Einrichtungen", das Proletariat ist ebenfalls fast nicht vertreten, die Bauernschaft ist unverhältnismäßig schwach vertreten.

Der Versuch, Rußland mit Frankreich zu vergleichen, zeigt, daß Gen. Plechanow ganz und gar in konstitutionellen Illusionen befangen ist. Er nimmt das Wort (Parlament, Kammer) für das Wesen, das Etikett für den Inhalt. Ihm entgehen daher völlig alle wichtigen Besonderheiten der gegenwärtigen Lage in Rußland, da der Kampf zwischen dem in der Duma am schwächsten vertretenen „Volk" und der alten Macht heranreift, da die Rolle der „Vereinbarer", der Überläufer in diesem Kampf besonders gewichtig und besonders *gefährlich wird.*

Wie Bernstein 1899 dem deutschen Proletariat gewaltigen Schaden zugefügt hat, indem er die kleinbürgerlichen intellektuellen „Vereinbarer" (die Sozialliberalen, die das Proletariat und die Bourgeoisie zu versöhnen suchten) als die eigentliche Bourgeoisie betrachtete, in deren Händen die reale Macht lag, so fügt auch Plechanow 1906 dem russischen Proletariat gewaltigen Schaden zu, indem er die halbreaktionären bürgerlichen „Vereinbarer" (die Kadetten, die die Volksfreiheit mit der alten Macht zu versöhnen suchen) als eine selbständige politische Kraft im Staat betrachtet, als eine Macht, die zu unterstützen möglich und lohnend ist.

Indem Bernstein dazu aufforderte, gegenüber den Sozialliberalen „taktvoll" zu sein, sie zu unterstützen und sie nicht der Reaktion in die Arme zu treiben, rief er dazu auf, eine *Fiktion* zu unterstützen. Er ließ sich betören von dem *Trugbild* des sozialen Friedens und vergaß die grundlegenden Aufgaben des Kampfes um die Macht.

Indem Plechanow dazu auffordert, gegenüber den Kadetten „taktvoll" zu sein, sie zu unterstützen und sie nicht der Reaktion in die Arme zu treiben, ruft er dazu auf, eine *Fiktion* zu unterstützen. Er läßt sich betören von dem *Trugbild* des Parlamentarismus (in der Epoche der bürgerlichen und nicht der sozialistischen Revolution) *und vergißt die grundlegenden Aufgaben des Kampfes um die Macht.*

Sowohl Bernstein als auch Plechanow werden von der sozialliberalen, kadettischen Bourgeoisie auf Händen getragen, in den Himmel gehoben, angepriesen und nachgedruckt *wegen der Dienste*, die sie der Bourgeoisie in deren Kampf gegen das Proletariat erweisen.

Arbeiter, gebt euch diesbezüglich keinem Irrtum hin. Die schönen Worte vom „Takt" der Sozialdemokraten und von der „Unterstützung" der Kadetten haben in der realen Politik ihre *eigene* Bedeutung, die nicht durch die guten Absichten Plechanows, *sondern durch das wirkliche Kräfteverhältnis* bestimmt wird. Plechanow kann selber glauben und anderen versichern, er habe nicht im Traum daran gedacht, den politischen und sozialen Antagonismus der Klassen untereinander und zwischen dem Volk und der alten Macht abzuschwächen oder abzustumpfen. Aber die Plechanowschen Reden *erhalten* in der gegenwärtigen politischen Situation unabhängig von seinem Willen *eben eine solche Bedeutung.*

Bernstein wollte nicht den sozialen Frieden (zumindest versicherte er, ihn nicht zu wollen), aber die Bourgeoisie verstand richtig, daß darin die wirkliche Bedeutung seiner Reden lag. Und bei uns in Rußland braucht man nur einen Blick in die Presse der Kadetten zu werfen. Sie lobt Plechanow und zieht ohne Rücksicht auf ihn *ihre eigenen Schlußfolgerungen* aus seinen Reden. Gestern behauptete Herr Kotljarewski in der „Duma" (Nr. 22), daß jeder „*Klassen*kampf und Klassenhaß" das Werk der nationalen Befreiung behindere. Er vergleicht den Kampf der „Wolna" direkt mit dem Kampf der Guesdisten gegen die Jaurèsisten, Ferris gegen Turati, Kautskys gegen Bernstein; er befürchtet, „eine solche Predigt des Klassenhasses, wie sie heute bei uns in Rußland zu hören ist, könnte dadurch, daß sie die im Hinblick auf das gemeinsame politische Handeln so notwendige Solidarität der verschiedenen sozialen Gruppen untergräbt, die Basis für die Tätigkeit einer jeden richtigen Volksvertretung von Grund aus (hört, hört!) zerstören". „Wird dadurch (durch den Klassenhaß) nicht der wahre Geist des Konstitutionalismus zerstört?"

In der „Swoboda i Kultura" (Nr. 7) stimmt Herr Struve heute ein Wehgeschrei darüber an, daß die Sozialdemokraten „die Freiheit den *Furien des Klassenhaders* zum Zerfleischen vorwerfen", daß sie sich „einseitig und krankhaft bis zum Wahnsinn in die *Ideen des Klassenkampfes* hineinsteigern" (S. 458), daß der *„politische Frieden"* (man erinnere sich des „sozialen Friedens" im Munde der europäischen Bourgeois!) „völlig neue Anforderungen an uns stellt" (S. 514). Die Bourgeoisie begreift ausgezeichnet, daß die Plechanowschen Ideen gerade den verlogenen Gedanken des „politischen Friedens" ausstreuen und praktisch jeden Klassenhader, jeden Klassenkampf abschwächen. Man sieht, Genosse Plechanow

hat Herrn Struve den kleinen Finger gereicht – und schon nimmt dieser, was die gegenwärtige Politik anbelangt, die ganze Hand.

„Starke Worte sind keine Kritik", schreibt Gen. Plechanow. „Kritik entwickelt das Bewußtsein wirklich, starke Worte dagegen trüben es. Nehmen wir beispielsweise das starke Wort: Verrat. Wir schreien so häufig über den Verrat der Bourgeoisie, daß unser Geschrei, wenn sie wirklich ‚Verrat übt', d. h. sich mit der Bürokratie aussöhnt, und wenn wir wirklich in allen Gassen darüber schreien müßten, nicht mehr die gehörige Wirkung haben wird, und es wird sich mit uns die Geschichte von dem Jungen wiederholen, der ‚ein Wolf! ein Wolf!' schrie, als noch gar kein Wolf da war."

Welch prächtiges Musterbeispiel russischen Bernsteinianertums ist doch dieses kleine Bruchstück Plechanowscher Argumentation!

Erstens beachte man, wie hier klar zu spüren ist, daß Gen. Plechanow keinen Boden unter den Füßen hat. Im November 1905 schrieb er in Nr. 3 des „Dnewnik": „Bei uns wird in letzter Zeit viel über einen *vermeintlichen* (!) Verrat der Bourgeoisie geschrien. Aber was könnte die Bourgeoisie eigentlich verraten? Jedenfalls nicht die Revolution, weil sie der revolutionären Idee niemals gedient hat."

Man sieht: Im November 1905 begriff Gen. Plechanow nicht einmal, was die Bourgeoisie überhaupt verraten *könnte*. Heute hat er das begriffen. Er nimmt nicht nur an, die Bourgeoisie *könne* etwas verraten, er findet bereits, daß sie *in der Tat Verrat üben wird*. In einem halben Jahr hat Gen. Plechanow die Stellung gewechselt: Zuerst hieß es, die Bourgeoisie habe überhaupt nichts zu verraten. Heute heißt es, daß sie in der Tat Verrat üben, d. h. sich mit der Bürokratie aussöhnen wird.

Über diesen Fortschritt des Gen. Plechanow wären wir sehr erfreut, wenn seine Ansichten in anderer Beziehung nicht genauso wankelmütig geblieben wären. Verrat ist ein starkes Wort, sagt er. Diese Ansicht ist nicht neu. Das ist die Ansicht aller liberalen Bourgeois. In Tausenden von Artikeln der kadettischen Presse wird der russischen Öffentlichkeit der Gedanke eingehämmert, die Reden über einen „Verrat" der Bourgeoisie seien lediglich starke Worte der „blindwütigen" Bolschewiki. Jetzt hat die Bourgeoisie in dieser Frage einen neuen Verbündeten gefunden. Gen. Plechanow ist ebenfalls zu der Überzeugung gelangt, daß „Verrat" ein „starkes Wort" sei.

Wie man einst Bernstein gegenüber das Abc des Marxismus wiederholen und zerkauen mußte, so wird man dasselbe auch Plechanow gegenüber tun müssen. Er hat sich gründlich verrannt. „Verrat" ist nicht ein „starkes Wort", sondern der vom wissenschaftlichen und politischen Standpunkt aus einzig richtige Ausdruck für die wirklichen Tatsachen und für die wirklichen Bestrebungen der Bourgeoisie. Das Wort „Verrat" drückt denselben Gedanken aus wie das Wort „Paktieren". Plechanow selber kann nicht umhin, das zuzugeben, denn er setzt Verrat und Aussöhnung mit der Bürokratie gleich. Und nun betrachte man, was die „blindwütige" „Wolna" über diesen Begriff „Paktieren" gesagt hat.

„Worin besteht das Wesen des kadettischen Paktierens?" lesen wir in Nr. 13 der „Wolna". *„Natürlich nicht im persönlichen Verrat. Eine so vulgäre Auffassung ist dem Marxismus zutiefst fremd.* Das Wesen des Paktierens besteht darin und nur darin, daß die Kadetten den Boden der Macht, die dem alten Regime verbleibt, den Boden der Befehle, die von diesem Regime ausgehen, nicht verlassen und nicht verlassen wollen."*

Das Wesen des Verrats oder des Paktierens besteht somit durchaus nicht im persönlichen Verrat. Das Wesen des Verrats oder des Paktierens besteht *nur* darin, daß die Partei der „Volks"(lies: Bourgeois)freiheit bestrebt ist, der alten Selbstherrschaft die Macht zu erhalten, daß sie bestrebt ist, die Macht zwischen ihr und der Bourgeoisie zu *teilen.*

Die Partei der „Volksfreiheit" verrät die Volksfreiheit eben dadurch, daß sie einen beträchtlichen Teil der Volksrechte und der Volksmacht den Vertretern der *alten Macht* überläßt. Daß Gen. Plechanow diese Binsenwahrheit nicht begreifen will, ist geradezu ungeheuerlich. Er stellt die Sache so hin, als hätte die Bourgeoisie bei uns *noch nicht* Verrat geübt, als werde sie erst in Zukunft Verrat üben.

Das ist völliges Unverständnis für das eigentliche Wesen des Verrats und des Paktierens.

Die Bourgeoisie und die Kadetten haben schon *Tausende Male* die Freiheit verraten und sich mit der Bürokratie *ausgesöhnt.* Was ist das Programm der Partei der Kadetten? Ist es ein bestimmter politischer Schritt der Bourgeoisie? Zweifellos. Aber gerade dieses Programm ist ja ein Programm des Verrats und ein Programm des Paktierens! Und *jeder* politische Schritt der Kadetten dient so oder anders der Durchführung,

* Siehe den vorliegenden Band, S. 409. *Die Red.*

der Verwirklichung *eben dieses* Programms. Die Rede Trubezkois im Sommer 1905, die Ausflüchte in der Frage des Vierpunktewahlsystems, die Vorlage des Zuchthausgesetzes über die Pressefreiheit – all dies sind eben solche Schritte der liberalen Bourgeoisie, durch die gerade ihr Programm des Verrats verwirklicht wird.

Bei Genossen Plechanow kommt es so heraus, daß seitens der Bourgeoisie, wenn sie nicht noch einen *besonderen* Schritt unternimmt, keinerlei Verrat vorliegt. Das ist falsch. Wenn die Bourgeoisie, genauer gesagt, die Kadetten fortfahren, das zu tun, was sie bislang getan haben, dann *wird die Summe aller ihrer Handlungen auch das vollständigste Bild von Verrat ergeben.* Im Unverständnis dafür besteht eben das Wesen des gegenwärtigen sozialdemokratischen Opportunismus.

Wenn der kleinbürgerliche Traum der Kadetten in Erfüllung geht, wenn der „friedliche Druck" der Duma und der „öffentlichen Meinung" die Regierung veranlassen wird, kleine Zugeständnisse zu machen, wenn der Reichsrat ein bißchen Entgegenkommen zeigen wird – nach dem Rezept des Mitglieds des Reichsrats Herrn Chomjakow, über dessen Pläne gestern die kadettische „Duma" berichtete –, wenn die alte Macht das Kabinett erneuern wird, indem sie den rechten Kadetten etliche Sessel überläßt usw., dann erhalten wir zuletzt *gerade* die „Aussöhnung" der Kadetten mit der Bürokratie. Plechanows ganzer Fehler besteht darin, daß er glaubt, der Weg des „Verrats" sei ein „neuer" Weg unserer Bourgeoisie oder werde es sein, während in Wirklichkeit gerade die Fortsetzung ihres alten Weges, juristisch ausgedrückt, den vollen „Tatbestand" des Verrats erfüllt.

Wenn die Bourgeoisie „wirklich" Verrat übt, sagt Plechanow, wird man unserem Geschrei keinen Glauben schenken, denn alle haben sich zu sehr an das Wort „Verrat" gewöhnt.

Welch grenzenlose politische Naivität! Die ganze Politik der Sozialdemokratie besteht darin, den Weg zu *erhellen*, den die *Masse* des Volkes *künftig* zu gehen hat. Wir heben unsere marxistische Fackel hoch empor – und bei jedem Schritt der einzelnen Klassen, bei jedem politischen und ökonomischen Ereignis zeigen wir, daß das Leben unsere Lehre *bestätigt.* Je mehr sich der Kapitalismus entwickelt und der politische Kampf verschärft, ein desto größerer Teil des Volkes läßt sich von unseren Worten und dieser ihrer *Bestätigung* durch das Leben (oder die Geschichte) über-

zeugen. Nehmen wir an, heute sind schon Hunderttausende Menschen in Rußland von der Richtigkeit unserer Einschätzung der Kadetten überzeugt. Nimmt die Revolution eine rasche Entwicklung oder aber eine schroffe Wendung in der Richtung eines weitgehenden Paktes der Kadetten mit der Selbstherrschaft, so werden sich Millionen, ja aber und aber Millionen von der Richtigkeit unserer Einschätzung überzeugen.

Deshalb ist es der reinste Unsinn, zu behaupten, in der Zukunft werde man unserem Geschrei über Verrat keinen Glauben schenken, weil wir es in der Gegenwart *allzuoft* wiederholen. Gen. Plechanow versucht vergeblich, diesen Unsinn hinter Erwägungen zu verbergen, wie sie gewöhnlich Gymnasiastinnen von alten Jungfern, Klassendamen usw. aufgetischt werden. „Kritik muß begründet sein", doziert er schulmeisterlich.

Das ist ebenso neu wie klug. Und Ihre Kritik, Gen. Plechanow, muß gleichfalls begründet sein. Doch wie sieht das bei Ihnen aus? Sie haben kein einziges *faktisches* und halbwegs ernst zu nehmendes Beispiel einer unbegründeten Kritik unserseits an den Kadetten *angeführt*, wohl aber durch Ihre allgemeinen Betrachtungen in den Köpfen der Leser eine Menge *unbegründeter* Meinungen ausgestreut! Was ist es allein wert, den Begriff „Verrat" auf ein starkes Wort zurückzuführen!

Was ist allein dieser Satz wert: „In unseren Reihen hat das Bewußtsein dieses Gegensatzes (des Interessengegensatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat) sozusagen schon die *Festigkeit eines Vorurteils* erlangt." In welchen „unseren Reihen", Gen. Plechanow? In den Reihen der russischen Genfer Philister? In den Reihen der Mitglieder unserer Partei überhaupt? Aber sollte man nicht auch an die breiten Reihen der Volksmassen denken?

Im „Prisyw"[136] hat ein Arbeiter richtig gesagt, Plechanow urteile *„aus der Ferne"*. Die Masse der Proletarier und Halbproletarier hat vorläufig weder von diesem Gegensatz überhaupt noch vom bourgeoisen Charakter der Kadetten eine Vorstellung. Die kadettische Presse aber ist gerade jetzt gewiß zehnmal so stark wie unsere sozialdemokratische Presse. Die kadettische Demoralisierung des Volkes wird sowohl durch die kadettische Duma als auch durch liberale Einrichtungen aller Art verstärkt. Man muß das Gefühl für die reale Wirklichkeit völlig verloren haben, um sich vorzustellen, daß wir dem Gang der Ereignisse und den Anforderungen der Masse *vorauseilen*, wenn wir die Wankelmütigkeit und den Verrat der Kadetten entlarven. Es ist im Gegenteil so, daß wir in dieser Sache sowohl

hinter dem Gang der Ereignisse als auch hinter den Anforderungen der Masse *zurückbleiben!* Schreiben Sie doch lieber eine populäre und „begründete" Kritik an den Kadetten, Gen. Plechanow: das wird nützlicher sein.

Gehen wir jetzt über zu Plechanows Schlußfolgerungen hinsichtlich der Duma.

„Unsere Regierung hat schon viele unverzeihliche Fehler gemacht", schreibt er. „Diese Fehler haben sie an den Rand des Abgrunds gebracht; aber sie haben sie noch nicht hinabgestoßen. *Sie wird in den Abgrund stürzen, sobald die Duma auseinandergejagt wird*... Die Duma rüttelt sogar die Verschlafensten auf; sie stößt sogar die Zurückgebliebensten vorwärts; sie zerschlägt die letzten, aus der Geschichte überkommenen, politischen Illusionen der Massen... Von größter agitatorischer Bedeutung wird die organische Arbeit der Duma sein."

Man sehe sich diese Gedankengänge näher an. Die Regierung wird stürzen, sobald die Duma auseinandergejagt wird. Angenommen, dem sei so. Aber woraus folgt, daß sie auseinandergejagt wird, wenn sie sich auf organische Arbeit beschränkt? Was ist organische Arbeit? Die Arbeit der Duma auf Grund der Gesetze. Die Duma leitet dem Reichsrat Gesetzentwürfe zu, sie interpelliert die Minister. Der Reichsrat und die Minister schieben alles auf die lange Bank und brechen allen entstehenden Konflikten nach Maßgabe ihrer Kräfte die Spitze ab. Das Organ der russischen Regierung, das „Russkoje Gossudarstwo", hat schon vor langem gesagt: Soll die Duma doch oppositionell sein, wenn sie nur nicht revolutionär ist. Mit anderen Worten: Leistet organische Arbeit, aber geht keinen Schritt weiter.

Aus welchem Grund sollte man die Duma wegen organischer Arbeit auseinanderjagen?? *Und man wird sie niemals auseinanderjagen,* wenn sie keinen revolutionären, völlig unorganischen Schritt unternimmt oder wenn nicht außerhalb der Duma eine solche Bewegung aufflammt, daß dabei auch die kadettische Duma zu einem Hindernis für die Regierung wird. Eine solche Annahme scheint uns weitaus wahrscheinlicher zu sein als die aus der Luft gegriffene Behauptung, daß „die Duma auseinandergejagt wird".

Die Regierung wird nicht nur in dem Fall stürzen, daß die Duma auseinandergejagt wird. Sie wird auch in anderen Fällen stürzen, denn die

Duma ist durchaus nicht der *wichtigste* Faktor und nicht der zuverlässigste Gradmesser der Bewegung. Sie wird nicht von selbst stürzen, sondern lediglich bei aktiver Einwirkung . . . irgendeines Dritten (weder der Regierung noch der Duma). Die Unvermeidlichkeit dieser Einwirkung, ihre wahrscheinlichen Formen, den Charakter und die Klassenzusammensetzung der Handelnden, die fähig sind, diese „Einwirkung" zu vollziehen, die Bedingungen ihres Erfolges und so weiter und so fort klären – all dies müssen die Sozialdemokraten tun. Und gerade die Kadetten bekämpfen aufs schonungsloseste diese Arbeit der Sozialdemokraten. Gerade die Diskreditierung der Kadetten ist eine der Voraussetzungen dieser Arbeit und das Unterpfand dafür, daß die Sympathie der Massen für diese Arbeit geweckt wird.

Wer vom „Sturz" der Regierung in den Abgrund spricht und im gleichen Atemzug erklärt, es sei unzeitgemäß, die Kadetten zu kritisieren und des Verrats zu beschuldigen, bei dem reimen sich Anfang und Ende des Gedankengangs nicht zusammen. Der Sturz „in den Abgrund" ist lediglich eine bildliche Wendung – es ist eine revolutionäre *Phrase*, würde ich sagen, wenn ich Plechanows Manier nachahmen wollte. Wem fällt die Macht zu? Können die Arbeiter und Bauern zulassen, daß sie den Kadetten zufällt, die sie sofort mit der alten Selbstherrschaft teilen werden? Ist es nicht gerade unter diesem Gesichtspunkt besonders notwendig, das Volk vor den Kadetten zu *warnen*?

Wir glauben, daß dem so ist. Wir glauben, daß diese notwendige Arbeit zur Aufklärung der Massen über die Kadetten gestört und geschädigt wird durch den Opportunismus Plechanows, der völlig grundlos gegen eine Taktik ankämpft, welche das wahre Wesen der Partei der Kadetten entlarvt.

Indem Plechanow behauptet, der organischen Arbeit der Duma komme größte agitatorische Bedeutung zu, verrät er eine äußerst einseitige Auffassung der Dinge. Hier wird Plechanow, wie wir schon in der „Wolna" gezeigt haben, von den Menschewiki selbst korrigiert, die sich mit vollem Recht über die „Duma"perspektive lustig machen, „einen Haufen Gesetze aufzutürmen"*. Rußland war bislang das Land mit den meisten papierenen Polizeigesetzen. Wenn die Duma fortwährend „organische" Arbeit leisten wird, dann kann sich Rußland bald als das Land mit den meisten

* Siehe den vorliegenden Band, S. 455/456. *Die Red.*

papierenen radikalen Gesetzen erweisen. Es ist reine Pedanterie, sich einzubilden, die agitatorische Wirkung dieser Gesetze oder Gesetzentwürfe sei direkt proportional zu ihrer Länge und ihrer Anzahl. Um so zu denken, muß man das Beispiel des Frankfurter Parlaments vergessen, das seine „organische Arbeit" aufs gründlichste leistete und sich ebenso wie Plechanow einbildete, gerade der organischen Arbeit komme größte agitatorische Bedeutung zu. Um so zu denken, muß man die Augen verschließen vor dem, was in Rußland bereits vor sich geht; muß man die Augen verschließen vor den Anzeichen, die darauf hinweisen, daß die Öffentlichkeit des endlosen Geplätschers der kadettischen Reden in der Duma müde ist, muß man die Augen verschließen vor dem Eindruck, den die „Zuchthaus"vorlagen der Kadetten und ihr jämmerliches Gestammel zur eigenen Rechtfertigung machen; muß man die Augen verschließen vor dieser grenzenlos widerlichen, spießbürgerlichen Angst der Kadetten vor der heraufrollenden neuen Welle, vor dem unvermeidlichen neuen Kampf, vor dem, was Plechanow als „Sturz in den Abgrund" bezeichnete. Die Kadetten entlarven, Genosse Plechanow, das heißt ja das Bewußtsein der breiten Volksmassen einstellen auf diesen Sturz, auf die aktive Beteiligung daran, auf die *Verweisung* der Kadetten „vom gedeckten Tisch" während dieses Sturzes, auf die kühne und unverzagte Vorbereitung dazu.

Die Duma rüttele auf, die Duma entlarve die letzten Illusionen, sagt man uns. Das ist richtig. Aber die „Duma" tut das nur in dem Maße, wie *wir* die Zaghaftigkeit und Wankelmütigkeit der *kadettischen* Duma entlarven, nur in dem Maße, wie *wir* die mit der Duma zusammenhängenden Tatsachen erläutern, die den Zusammenbruch der Illusionen zeigen. Die Kadetten tun das nicht. Die Kadetten wirken dem entgegen. Die Kadetten verbreiten konstitutionelle Illusionen. Die Subatowiade rüttelte die Arbeiter ebenfalls auf, entlarvte ebenfalls Illusionen, aber sie tat das ebenfalls nur in dem Maße, wie wir die Demoralisierung des Volkes durch die Subatowiade bekämpften. Und man versuche nicht, dieses Argument durch die Erklärung zu widerlegen, die Duma sei keine Subatowiade. Ein Vergleich ist keine Gleichsetzung. Man versuche, mir eine kadettische Zeitung oder eine größere politische Rede von Kadetten vorzuweisen, worin (in der Zeitung oder in der Rede) es keine Elemente der *Demoralisierung* des politischen Bewußtseins des Volkes gibt.

Das ist es, was Gen. Plechanow vergißt, wenn er von oben herab und

mit wichtiger Miene erklärt: „Das ist der Weisheit letzter Schluß: gut ist alles, was die politische Erziehung des Volkes fördert, schlecht ist alles, was sie behindert." Das übrige, meint er, seien Vorurteile, sei Scholastik.

Ja, ja, einer der Flügel der Sozialdemokratie ist wirklich in hoffnungslose Scholastik verfallen. Fragt sich nur, welcher, der rechte oder der linke? Kann man sich etwas Pedantischeres, Lebensfremderes, wahrhaft Scholastischeres vorstellen als diese Reduzierung der Taktik des Proletariats in der Epoche der Revolution auf die Aufgabe, das Volk politisch zu erziehen? Und wo ist dann die Grenze zwischen dem sozialdemokratischen Klassenkampf und dem Kampf eines gewöhnlichen bürgerlichen Kulturreformers? Die Revolution ist in vollem Gange, die verschiedenen Klassen treten auf den Plan, die Massen sind dabei, Geschichte zu machen, mannigfaltige Schattierungen bürgerlicher Parteien bilden sich heraus, die komplizierte politische Krise verschärft sich, auf dem Boden, der durch die unerhört reichen Ereignisse und Erfahrungen des Jahres 1905 vorbereitet ist, wird der Kampf auf eine neue Stufe gehoben – und alles das wird auf eins reduziert: auf die politische Erziehung des Volkes! Fürwahr, eine geniale Entdeckung unserer Klassendame. Fürwahr, ein brauchbarer „Universalschlüssel" für alle konkreten politischen Fragen, und dabei ein Universalschlüssel, den jeder beliebige Kadett und sogar die Partei demokratischer Reformen, ja sogar Heyden gutheißen wird, nach dem sie mit beiden Händen greifen werden. Ja, ja, gerade ein solches „breites" Kriterium brauchen wir, es ist gerade das, was die Klassen sammelt und solidarisiert, nicht aber Haß und Zwietracht sät. Genauso ist es! bravo, Plechanow! rufen alle diese wackeren Leute; denn eine solche „Lösung" verdunkelt oder verschiebt unvermeidlich die Frage nach jener neuen „Zeit des Wahnwitzes", nach jenem neuen „Wirbelsturm", der dem bürgerlichen Herzen so schrecklich ist. Keine Wirbelstürme, keine Katastrophen, Genosse Plechanow, seien Sie doch konsequent, keine Abgründe! Politische Erziehung des Volkes – das ist unser Banner, das ist der Weisheit letzter Schluß.

Genosse Plechanow hat sich damit voll und ganz dem deutschen Durchschnittskadetten aus dem Frankfurter Parlament gleichgestellt. Ach, wieviel unübertreffliche Reden hielten diese Schwätzer über das politische Bewußtsein des Volkes! Wieviel großartige „organische" Gesetze arbeiteten sie zu diesem Zweck aus! Und wie hochsinnig protestierten sie, als

man sie auseinanderjagte, *nachdem* das Volk ihrer endgültig überdrüssig geworden war und sie jede revolutionäre Bedeutung verloren hatten.

Man sagt uns: Die russische Revolution reicht tiefer, sie geht einem Aufschwung entgegen, der Damm der kadettischen Duma, der kadettischen Phrasen, der kadettischen Zaghaftigkeit, der kadettischen Zuchthausvorlagen wird sie nicht aufhalten. Jawohl, genauso ist es, meine Herren: Die russische Revolution ist breiter und mächtiger, sie reicht tiefer. Sie geht einem Aufschwung entgegen. Sie schreitet über die Kadetten hinweg. Und wir revolutionären Sozialdemokraten sind eben die Wortführer dieser tiefer reichenden Bewegung, wir sind bestrebt, den Arbeitern und Bauern gerade diese hohe Aufgabe klarzumachen, wir helfen ihnen nach Maßgabe unserer Kräfte, gerade den kadettischen Damm zu überfluten.

„Wperjod" Nr. 1,
26. Mai 1906.
Unterschrift: N. L.

Nach dem Text des „Wperjod".

RESOLUTION (II) DES PETERSBURGER KOMITEES DER SDAPR ÜBER DIE STELLUNG ZUR REICHSDUMA[137]

Die absolutistische Regierung verhöhnt und verspottet in gröbster Weise die von der Bevölkerung Rußlands in die Reichsduma entsandten Vertreter. Die Regierung weist alle Eingaben der Duma zurück, in denen die Nöte und Wünsche des Volkes einigermaßen zum Ausdruck kommen, und setzt unentwegt die Politik der Morde und der Gewalttaten fort.

Die Duma ist machtlos. Sie ist nicht nur deshalb machtlos, weil sie keine Bajonette und Maschinengewehre zur Verfügung hat, über welche die Regierung verfügt, sondern auch deshalb, weil sie in ihrer Gesamtheit nicht revolutionär und zu einem entscheidenden Kampf nicht fähig ist. Die liberalen Parteien der Duma unterstützen lediglich unvollständig und zaghaft die Bestrebungen des Volkes, sie sind mehr auf die Milderung und Abschwächung des vor sich gehenden revolutionären Kampfes bedacht als auf die Vernichtung des Volksfeindes. Außer den Arbeiterabgeordneten neigt nur die Trudowikigruppe dazu, die Forderungen des Volkes offen und kühn zu Gehör zu bringen, aber auch sie wird dabei bis zum heutigen Tage durch den Einfluß eben der liberalen Parteien und durch die mangelnde Selbständigkeit ihnen gegenüber behindert.

Wir fordern die Trudowikigruppe zu einer entschlosseneren und konsequenteren Politik auf. Wir schlagen ihr vor, von der Duma einen direkten, offenen Appell an das Volk zu fordern, und wenn die Dumamehrheit es ablehnt, selbständig einen solchen Appell zu erlassen, dann muß die Trudowikigruppe dem Volke sagen, *was ist:* daß die Duma machtlos ist, daß man von ihr unmöglich Land und Freiheit erwarten kann, daß sich das Volk das alles offensichtlich selbst nehmen muß und daß die Dinge zum entscheidenden Kampf außerhalb der Duma treiben.

Die Trudowikigruppe muß erklären, daß die alte Macht nur durch *gemeinsame* Kampfaktionen der Arbeiter und Bauern gestürzt werden kann, daß man sich auf diese Aktionen vorbereiten und sich dazu organisieren muß, solange der entscheidende Zeitpunkt des revolutionären Vorgehens noch nicht gekommen ist. Für diesen Zeitpunkt muß man die Kräfte des Volkes sammeln und aufsparen, ohne sie in fruchtlosem Kleinkampf zu verzetteln und ohne auf Provokationen der Regierung einzugehen.

Wird die Trudowikigruppe das alles tun, so wird sie ihre Pflicht dem Volke gegenüber erfüllen, und nur dann kann sie an der Spitze der revolutionären Organisation des Proletariats an die Spitze der großen Volksbewegung treten, die Schluß machen wird mit den alten, die Entwicklung der Gesellschaft knebelnden Ketten.

Veröffentlicht im Mai 1906 als Flugblatt des Petersburger Komitees der SDAPR.

Nach dem Text des Flugblatts.

ÜBER DIE LOSUNG EINES DUMAMINISTERIUMS

Die oben abgedruckten Dokumente zeugen von einem außerordentlich wichtigen Streit im Sankt-Petersburger Komitee der Partei. Dieser Streit ist in zweierlei Hinsicht wichtig.

Erstens ist von der formalen Seite her das Recht jeder autonomen Parteiorganisation, eine selbständige Resolution anzunehmen und nicht einfach die Resolutionen des ZK zu unterschreiben, völlig unbestreitbar.

Daß die Resolution des Petersburger Komitees keinem Beschluß des Vereinigungsparteitags widerspricht, ist klar. In den Grenzen der Parteitagsbeschlüsse sind gerade die örtlichen Organisationen auch verpflichtet, ihre eigenen maßgebenden Meinungen selbständig auszuarbeiten.

Zweitens ist dem Wesen der Sache nach die Resolution des ZK offensichtlich unbefriedigend und *widerspricht dem Beschluß des Parteitags.* Diese Resolution enthüllt mit keiner Silbe die „Untauglichkeit der Duma", sie erweitert und verschärft nicht die Konflikte innerhalb der Duma. Diese Resolution stellt eine Losung auf („Ersetzung des jetzigen Ministeriums durch ein von der Duma berufenes Ministerium"), die *keineswegs aus der Resolution des Parteitags abgeleitet werden kann.* Eine solche Losung ist zweideutig und trübt das Bewußtsein des Proletariats, denn die Kadetten verbergen hinter der Forderung nach einem Dumaministerium das Bestreben, mit der absolutistischen Regierung einen Pakt einzugehen und die Revolution zu schwächen, die Einberufung einer konstituierenden Versammlung zu erschweren.

Wir verschieben eine eingehendere Analyse der Resolution auf das nächste Mal*, fordern jedoch alle Parteimitglieder auf, dem außerordentlich wichtigen Streit im Sankt-Petersburger Komitee der SDAPR größte Aufmerksamkeit zu schenken.

„Wperjod" Nr. 2, 27. Mai 1906. *Nach dem Text des „Wperjod".*

* Siehe den vorliegenden Band, S. 505–509. *Die Red.*

ÜBER DIE GEGENWÄRTIGE POLITISCHE LAGE

Die politische Lage klärt sich mit einer Schnelligkeit, die uns von Herzen freut. Es ist eine Lust, in einer Zeit zu leben, in der die Volksmassen politisch erwacht sind. Alle gesellschaftlichen Hauptgruppen des heutigen Rußlands haben schon so oder anders den Weg des offenen und Massen erfassenden politischen Handelns beschritten. Die grundlegenden Interessenunterschiede werden dank dem offenen Auftreten schonungslos aufgedeckt. Die Parteien zeichnen sich in ihrer wahren Gestalt ab. Die Ereignisse grenzen die Parteigänger der verschiedenen Klassen mit eherner Gewalt voneinander ab, sie zwingen zur Stellungnahme, wer für wen, wer gegen wen ist.

In der Reichsduma offenbaren sich diese grundlegenden Unterschiede der Klasseninteressen, welche die politische Abgrenzung hervorrufen, weitaus unklarer und undeutlicher als unten im Volksleben. In der Duma gibt es dafür die besondere Partei der Kadetten, die mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln danach trachtet, die scharfen Grenzen zu verwischen, die schroffen Widersprüche abzuschwächen, die bald hier, bald dort aufflammenden Kämpfe zu ersticken. In den „unteren" Schichten aber gärt es immer stärker. Wieder regt sich der Proletarier, der Bauer, der Soldat, der Eisenbahner mit seiner ganzen Massenkraft. Die Streikbewegung wächst, neue Streikformen bilden sich heraus (die „Serienstreiks" eines Betriebs nach dem andern – wir werden auf diese Serienstreiks noch zurückkommen), der unmittelbare Kampf der Bauern um den Grund und Boden spitzt sich zu, die Nachrichten über ein Erwachen der bis zum Stumpfsinn gedrillten Soldaten und Matrosen häufen sich, die Eisenbahner beginnen wieder „auf die Beine zu kommen". Ein neuer und

frischer Wind weht, es rauscht, gärt und wogt überall. Neue Keime streben unter den Trümmerhaufen hervor unaufhaltsam ans Licht.

Und wenngleich die Kadetten bemüht sind, die Fensterläden des Taurischen Palasts recht dicht zu schließen, das Leben setzt sich durch, und der frische Wind dringt auch dort ein. Die Arbeit der Klassenscheidung und der politischen Klärung ist auch dort im Gange. Noch dominieren die Kadetten über die Trudowiki. Sie feiern auch heute den Sieg, den sie gestern errangen, als sie den Antrag der Trudowiki, das Gesetz über die Abschaffung der Todesstrafe unverzüglich zu verabschieden, zu Fall brachten, als sie die Trudowiki zwangen, den Antrag über die sofortige Errichtung von Bodenkomitees, von frei gewählten örtlichen Komitees zur Lösung der Bodenfrage, zurückzuziehen.

Doch allein schon die Tatsache, daß die Kadetten immer häufiger um die Vorherrschaft in der Duma kämpfen müssen, zeigt klar, daß ein tiefgehender Unterschied zwischen ihnen und den Trudowiki besteht. Je häufiger und je schärfer diese Zusammenstöße sind, desto bestimmter tritt vor den Volksmassen der Unterschied zwischen dem liberalen Gutsbesitzer, Fabrikanten, Advokaten, Professor und dem einfachen Bauern hervor. Der Bauer strebt mit Leib und Seele nach der Volksfreiheit, und gerade deshalb gibt es für den Bauern kein Auskommen mit der Partei der „Volksfreiheit". Der Bauer streckt die Hand aus nach Land und Freiheit, und schon allein deswegen kracht die vielgepriesene Liebe zum Volk der vielgepriesenen Partei der „Volksfreiheit" in allen Fugen.

Die Kadetten besiegen die Trudowiki noch immer, aber ihre Siege führen entweder zu direkten Skandalen für ihre Partei oder enthüllen ihre innerste „Natur" mit einer für das Proletariat höchst erfreulichen Offenheit.

Der erste Fall ereignete sich gerade mit der Zuchthausvorlage der Kadetten über die Pressefreiheit. Sie wollen sich rechtfertigen und suchen sich herauszuwinden. Aber durch ihre jämmerlichen Ausflüchte verstrikken sie sich noch mehr. Zwar geben sie den „Fehler" zu, einen „Rohentwurf" veröffentlicht zu haben, aber sie können bis heute den Fehler nicht offen korrigieren und keinen Reinentwurf vorweisen.

Der zweite Fall betrifft die örtlichen Bodenkomitees.[138] Der offene politische Kampf schloß sofort alle „Linken", d. h. die Trudowiki und das sozialdemokratische Proletariat, gegen die Kadetten zusammen. In der

Einschätzung der wahren Absichten der Kadetten – die Revolution zu verraten, die Revolution durch „bürokratische" Projektemacherei, durch die *Vereinigung der Beamten und der Liberalen gegen die Bauern* zu drosseln – stimmten die Menschewiki mit den Bolschewiki überein. Die Frage war klar gestellt: Sollen sich die Beamten und liberalen Gutsbesitzer den Millionen und aber Millionen Bauern unterordnen oder diese Millionen und aber Millionen dem Häuflein der Beamten und Liberalen? Die ganze Arbeiterklasse, alle sozialdemokratischen Vertreter des Proletariats erhoben sich wie ein Mann für die Bauern, gegen die Beamten und Liberalen. Und die Kadetten erlebten eine beispiellose Blamage. Wir zwangen sie, öffentlich zuzugeben, daß *sie den Bauern nicht die volle Freiheit und alles Land geben wollen*, daß *sie gegen die Bauern Hilfe bei den Beamten suchen*. In den örtlichen Bodenkomitees müssen unbedingt die Bauern vorherrschen, sagen die einen: Bauern gibt es Millionen und aber Millionen, Beamte und Gutsbesitzer jedoch nur Hunderttausende. Die anderen antworten: Gutsbesitzer und Bauern müssen zu gleichen Teilen vertreten sein, während die Beamten teilnehmen und „kontrollieren" werden.

Das Proletariat und die erwachte Bauernschaft auf der einen Seite, die Beamten und die Kadetten auf der anderen. Derart ist die Gruppierung, die das Leben in dem jetzigen, unmittelbar bevorstehenden Kampf diktiert.

Lob und Preis euch kadettischen Staatsmännern! Lob und Preis euch Artikelschreibern der Zeitungen „Retsch" und „Duma" – ihr helft uns revolutionären Sozialdemokraten großartig, dem Volk die ungeschminkte politische Wirklichkeit klarzumachen! Ihr helft uns sowohl durch eure Theorien als auch durch eure Taten.

In euren Theorien *müßt* ihr immer weiter gehen. Ausgezeichnet stellt ihr heute die Frage: die Sache reduziert sich „auf einen prinzipiellen Unterschied der Auffassungen" („Retsch" Nr. 84). „Nach der einen Auffassung ist die Duma nur eine ‚Etappe der Revolution'*, während nach der anderen die Duma der Weg ist zur Festigung des konstitutionellen Systems auf breiter demokratischer Grundlage."

Hervorragend, wunderbar, meine Herren Artikelschreiber der „Retsch"! Genauso ist es: Wir haben es mit *zwei* grundlegenden prinzipiellen Auffassungen zu tun. Entweder ist die Duma eine Etappe der Revolution.

* Ein „Werkzeug der Revolution" heißt es in der Resolution des Vereinigungsparteitags der SDAPR.

Oder die Duma ist ein Werkzeug der Vereinbarung zwischen den Beamten und den Kadetten gegen das Proletariat und die revolutionäre Bauernschaft. Ihr seid mit dieser Auslegung unzufrieden? ihr protestiert? Was seid ihr doch für komische Käuze! Habt ihr euch denn in der Frage der örtlichen Bodenkomitees nicht zur Genüge selbst entlarvt? Welcher Dummkopf wird denn jetzt nicht begreifen, daß sich unter der „breiten demokratischen Grundlage" eine *möglichst gleichmäßige* Vertretung der Bauern und der Liberalen bei *Beteiligung* der Herren Goremykin oder anderer Beamten *mit dem Recht der Kontrolle* verbirgt?

Und wenn jemand allen Worten, Reden, Erklärungen und Theorien der Kadetten gegenüber taub bleibt, so werden ihn morgen schon ihre *Taten* aufklären. Und das liegt nicht in weiter Ferne. Wir können der Partei der „Volksfreiheit" nur raten: Was du tun willst, das tue bald!

Was sie aber tun will, darüber schweigt man besser.

Über eine Schwenkung in der Politik unserer Regierung wird in den Zeitungen heftig diskutiert. Die französischen Bankiers geben kein Geld, sie weigern sich, die fälligen Zahlungen zu leisten. Die einflußreichste Zeitung der französischen Kapitalisten, „Le Temps", rät der russischen Regierung auf das nachdrücklichste, den Kadetten Zugeständnisse zu machen. Witte und Durnowo sind ins Ausland gereist, um die französischen Bankiers zu überreden. Das gelingt indes nicht. Man glaubt ihnen nicht. Trepow verhandelt eifrig über die Zusammensetzung eines neuen Kabinetts. Als Premier ist Kokowzow oder ein anderer Beamter, als Minister sind rechte Kadetten ausersehen.

Man wird vielleicht einwenden, das sei alles Zeitungsklatsch. Möglich. Aber möglich ist auch, daß ein Körnchen Wahrheit darin steckt. Wo Rauch ist, da ist auch Feuer. Die Zeitung „Nowoje Wremja" ist eine altbekannte Wetterfahne. Ihre Fähigkeit, den Mantel nach dem Wind zu hängen und vor der Obrigkeit zu katzbuckeln, ist in Jahrzehnten bewiesen worden. Diese Zeitung wechselt gerade in den letzten Tagen merklich die Front. Anstatt kompakter Schimpfereien über die Kadetten lesen wir in ihr die flammendsten Appelle, die Regierung möge den Kadetten entgegenkommen *und ein kadettisches Ministerium bilden.* Aber vielleicht sind die Kadetten empört über die Lüge des „Nowoje Wremja"? Mitnichten. Die „Retsch" hat zu dieser Frage das „Nowoje Wremja" schon *zweimal* (in Nr. 82 und Nr. 84) *zitiert,* ohne ein Wort des Protestes, mit offenkundi-

ger Sympathie, und lediglich zuweilen die Nachklänge alter Zeiten in demselben „Nowoje Wremja" bedauernd.

So ist es also möglich, daß wir am Vorabend eines kadettischen Ministeriums mit jemandem vom Schlage Kokowzows an der Spitze stehen. Die Abendzeitungen melden heute sogar, das Ministerium Goremykin sei schon gestern zurückgetreten. Und wir sagen der Partei der „Volksfreiheit" noch einmal: Was du tun willst, das tue bald! Nichts würde so volle und vollste Klarheit in die gegenwärtige politische Lage hineinbringen, wie wenn von höchster Stelle ein kadettisches Ministerium berufen wird. Gerade dann werden die letzten kurzsichtigen Hoffnungen auf die Kadetten schwinden, gerade dann werden sich alle „Linken" endgültig zur lebendigen politischen Tat zusammenschließen, gerade dann werden alle Streitigkeiten über die Unterstützung der Duma und eines Dumaministeriums verschwinden, gerade dann wird die politische Gruppierung, die sich jetzt abzuzeichnen beginnt, zur realen Tatsache und zur Grundlage einer neuen „Etappe" werden.

Diese „Etappe" wird, nebenbei gesagt, auch ohne kadettisches Ministerium kommen. Wir sind „in voller Wehr", meine Herren Kadetten!

Geschrieben am 27. Mai (9. Juni) 1906.

Veröffentlicht am 28. Mai 1906 im „Wperjod" Nr. 3.

Nach dem Text des „Wperjod".

DIE TAKTIK DES PROLETARIATS UND DIE GEGENWÄRTIGEN AUFGABEN

Die von uns vorgestern mitgeteilte Information über einen Rücktritt des Ministeriums Goremykin ist amtlich dementiert worden. Aber die Zeitungen, die gewisse Möglichkeiten haben, etwas aus „nahestehenden" Quellen zu erfahren, glauben diesem Dementi nicht. Die Kampagne des „Nowoje Wremja" zugunsten eines kadettischen Ministeriums ist vorsichtiger geworden, hat aber nicht aufgehört. Das „Nowoje Wremja" hat einen japanischen Diplomaten entdeckt, der die Meinung vertritt, daß „die Partei der Kadetten staatsmännische Aufgaben verfolgt", ja, es versichert sogar durch den Mund des Herrn Rosanow, daß „die Kadetten die Kultur auch für die Revolution nicht hergeben werden", und das sei „gegenwärtig alles, was möglich ist". Die Zeitung „Retsch" ihrerseits nimmt an, daß „man den Rücktritt des Kabinetts Goremykin als eine beschlossene Sache betrachten kann und die Frage sich darauf reduziert, wer sein Nachfolger sein wird". Mit einem Wort, die Frage eines kadettischen Ministeriums steht nach wie vor auf der Tagesordnung.

Die Kadetten fühlen das, und vielleicht sogar nicht nur das. Sie liegen gespannt „auf der Lauer". Sie klammern sich mit beiden Händen an jedes, sogar das kleinste Anzeichen einer Unterstützung von links, die ihnen bei der Verwirklichung ihrer Pläne zu Hilfe kommen könnte. Das Hauptorgan der Kadettenpartei, die „Retsch", hat nicht umsonst ihren letzten Leitartikel der Stellung der Sozialdemokraten zu einem kadettischen Ministerium gewidmet. Wir drucken diesen Artikel weiter unten vollinhaltlich ab, da er ein höchst aufschlußreiches Zeichen der Zeit ist.

Den Hauptgedanken dieses Leitartikels haben die Verfasser mit den Worten wiedergegeben, man müsse eine „gemeinsame Basis" schaffen,

„auf der sich die Befreiungsbewegung in voller Einmütigkeit, *ohne Unterschied der Schattierungen*, behaupten könnte". Das ist in der Tat das Hauptziel der ganzen kadettischen Politik. Ja, mehr noch. Das ist das Hauptziel der ganzen liberalen bürgerlichen Politik in der russischen Revolution überhaupt. Die „verschiedenen Schattierungen" in der Befreiungsbewegung beseitigen heißt, den Unterschied in den demokratischen Forderungen der Bourgeoisie, der Bauernschaft und des Proletariats zu beseitigen. Das heißt, „in voller Einmütigkeit" die liberale Bourgeoisie als Wortführer und Schrittmacher der Bestrebungen der gesamten Befreiungsbewegung anzuerkennen. Das heißt, das Proletariat in ein blindes Werkzeug der liberalen Bourgeoisie zu verwandeln. Und da jedermann weiß, daß das höchste politische Ideal der liberalen Bourgeoisie – und ihr tiefstes Klasseninteresse – in einem Pakt mit der alten Macht besteht, können wir diese unsere letzte Feststellung auch in andere Worte kleiden. Wir können sagen, die bürgerliche „Retsch" will das Proletariat zum blinden Helfershelfer beim Pakt der Liberalen mit der alten Macht machen. Dieser Pakt aber ist hauptsächlich gegen das Proletariat und sodann natürlich gegen die revolutionäre Bauernschaft gerichtet.

Das ist der wahre Sinn eines kadettischen Ministeriums. Der kürzliche Zusammenstoß in der Reichsduma wegen der örtlichen Bodenkomitees hat auf die kadettische Politik ein grelles Licht geworfen. Die Komitees sollten örtliche Machtorgane sein, das Ministerium soll die Zentralgewalt werden, aber das Wesen der kadettischen Politik bleibt sich stets und überall gleich. Die Kadetten sind gegen allgemeine Wahlen zu den örtlichen Komitees, sie sind für „gleichberechtigte Vertretungen der Gutsbesitzer und der Bauern bei kontrollierender Beteiligung der alten Macht". Die Kadetten *mußten* das zugeben, entgegen ihrem Willen, denn sie hatten lange *die Wahrheit geheimgehalten* und ein falsches Spiel getrieben, indem sie versicherten, sie seien *„überhaupt"* Feuer und Flamme sowohl für die örtlichen Bodenkomitees als auch für das allgemeine Wahlrecht. Ganz genauso sind die Kadetten gegen eine konstituierende Versammlung, sie sind für ein von höchster Stelle berufenes kadettisches Ministerium. Ein solches Ministerium als Organ der Zentralgewalt wird von ganz der gleichen Art sein wie die örtlichen Komitees, die auf der Grundlage der berüchtigten gleichmäßigen Vertretung usw. zusammengesetzt sein sollten.

Es ist klar, welche Taktik das Proletariat angesichts dieser Politik der

Kadetten einschlagen muß. Das Proletariat muß schonungslos das Wesen dieser Politik entlarven, es darf keinerlei Zweideutigkeit, keinerlei Trübung des politischen Bewußtseins der Arbeiter und Bauern zulassen. Das Proletariat muß alle Schwankungen in der Politik der „Inhaber der Macht" und der „Teilhaber der Macht" sorgfältig ausnutzen, um seine *eigene* Klassenorganisation auszubauen und zu stärken, um seine Verbindungen mit der revolutionären Bauernschaft zu festigen, der einzigen Klasse, die fähig ist, die Befreiungsbewegung *weiter* zu führen als bis zu dem kadettischen „Damm", weiter als bis zu dem kadettischen Pakt mit der alten Macht.

Aber sollte das Proletariat die Forderung der liberalen Bourgeoisie, d. h. die von höchster Stelle ausgehende Bildung eines kadettischen Ministeriums nicht *unterstützen*? Ist das Proletariat nicht verpflichtet, das zu tun im Hinblick darauf, daß ihm ein kadettisches Ministerium den Kampf für die Freiheit und den Kampf für den Sozialismus erleichtern wird?

Nein, ein solcher Schritt wäre der größte Fehler und *Verrat* an den Interessen des Proletariats. Das würde bedeuten, nach einem Augenblickserfolg zu haschen und dabei die grundlegenden Interessen des Proletariats in der Revolution zu opfern. Das würde bedeuten, sich von einem Trugbild betören zu lassen und dem Proletariat zu raten, es solle „die Waffen niederlegen", obwohl nicht die mindeste *reale* Garantie dafür gegeben ist, daß sein Kampf *wirklich* erleichtert wird. Das wäre Opportunismus schlimmster Sorte.

Wird von höchster Stelle ein kadettisches Ministerium berufen, so wird das die Grundpfeiler der alten Macht noch nicht im geringsten erschüttern. Das reale Kräfteverhältnis muß sich dabei durchaus nicht zugunsten der wirklich revolutionären Klassen verändern. Der Kampf des Volkes gegen die alte Macht erübrigt sich durch eine derartige „Reform" keineswegs. Die Geschichte der Revolution kennt Beispiele, daß ein solches von der alten Macht berufenes liberales Ministerium (beispielsweise in Deutschland 1848) nur als Deckmantel für den Absolutismus diente und besser als manches bürokratische Ministerium dahin wirkte, die Revolution zu erdrosseln.

Das Proletariat Rußlands hat keinen Grund, ein kadettisches Ministerium zu fürchten, das auf jeden Fall dem Volk dazu verhelfen wird, die wahre Natur der Kadetten zu erkennen, aber es darf eine solche Maß-

nahme auch auf keinen Fall unterstützen, denn sie ist ihrem Wesen nach eine höchst zweideutige, betrügerische und verräterische Maßnahme.

Für das Proletariat war es vorteilhaft, daß die Kadetten – da es nun einmal nicht gelungen war, die Duma hinwegzufegen – die Mehrheit bei den Wahlen erhielten. Sie werden sich dabei schneller „erschöpfen", als wenn sie in der Minderheit wären. Doch das Proletariat hat jede Unterstützung der Kadetten bei den Wahlen abgelehnt, und der Vereinigungsparteitag der SDAPR bestätigte diese Entscheidung, indem er Blocks (Abkommen, Bündnisse) mit anderen Parteien untersagte. Für das Proletariat ist ein kadettisches Ministerium *in dem Sinne* vorteilhaft, daß sich die Kadetten bei dieser Kombination am schnellsten „erschöpfen" und „abwirtschaften", daß sie am ehesten „den Atem verlieren" und sich selbst entlarven werden. Aber *Pakte* der Bourgeoisie mit den Trepow über die Teilung der Volksfreiheit wird das Proletariat niemals unterstützen.

Eine wirkliche „Unterstützung" der Befreiungsbewegung, ihre wirkliche Entfaltung ergibt sich ausschließlich aus der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats und aus der Festigung seiner Verbindungen mit der revolutionären Bauernschaft. Nur das wird in Wirklichkeit die alte Macht schwächen und ihren Sturz vorbereiten. Der Pakt der Kadetten dagegen ist ein zweideutiges Spiel, das zu unterstützen vom Standpunkt wirklich dauerhafter Errungenschaften der Revolution nutzlos und vom Standpunkt der Bewußtseinsentwicklung, der Geschlossenheit und Organisiertheit der revolutionären Klassen schädlich ist.

„Wperjod" Nr. 4, 30. Mai 1906.

Nach dem Text des „Wperjod".

DIE DEUTSCHE SOZIALDEMOKRATIE ÜBER DIE KADETTEN

Die liberale bürgerliche Presse ganz Rußlands bemüht sich aus Leibeskräften, ihren Lesern einzureden, die „bolschewistischen" russischen Sozialdemokraten hätten mit der internationalen Sozialdemokratie nichts gemein. Man sehe doch, sie seien Anarchisten, Rebellen und Verschwörer; sie sollten bei den deutschen Sozialdemokraten in die Lehre gehen; sie sollten ebenso wie die deutschen Sozialdemokraten den „parlamentarischen" Weg als den hauptsächlichsten Weg anerkennen. Solches und ähnliches Gerede füllt die Spalten Dutzender von kadettischen Zeitungen.

Für das russische Publikum ist der offene politische Kampf noch etwas Neues. Das russische Publikum weiß noch nicht, daß es die übliche Methode der *Bourgeoisie aller Länder* ist, stets zu versichern, die Sozialisten des eigenen Landes seien Halunken, Aufrührer u. dgl. m., die Sozialisten der Nachbarländer dagegen „vernünftige" Leute. Die französische Bourgeoisie schimpft auf Jaurès und lobt Bebel. Die deutsche schimpft auf Bebel und lobt Jaurès. Die russische schimpft auf die russischen Sozialdemokraten und lobt die deutschen. Eine alte, uralte Methode!

Hier die Tatsachen. Im „Vorwärts", dem Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – dank den „Bemühungen" der russischen Polizeizensur erhalten wir diese Zeitung nur sehr selten –, waren vor kurzem zwei Artikel „Duma und ‚Kadetten'" veröffentlicht. Die Redaktion hatte diese „Russischen Briefe" nicht nur als Leitartikel gebracht, sondern sie auch mit einer Fußnote des Inhalts versehen, daß sie „die Stellung der Kadetten inmitten der russischen Revolutionsbewegung trefflich charakterisieren".

Betrachten wir einmal, was das Zentralorgan der deutschen Sozialdemo-

kratie unter einer *trefflichen* Charakteristik der Kadetten versteht. Der Leser möge uns wegen der langen Auszüge nicht böse sein, aber man muß es den liberalen russischen Zeitungsschreibern ein für allemal abgewöhnen, sich Meinungsverschiedenheiten zwischen der russischen und der deutschen Sozialdemokratie aus den Fingern zu saugen.

„Noch vor ganz kurzer Zeit", heißt es in dem Artikel „Duma und ‚Kadetten'", „war nichts von den Kadetten zu hören. Sie waren nicht dort, wo Blut floß und Schüsse knallten. Sie waren nicht dort, wo die vom Heldenmut der Revolution ergriffenen Volksmassen ihr Leben einsetzten, um unter dem Banner der proletarischen Freiheit zu siegen oder zu sterben. Diese Realpolitiker waren viel zu staatsmännisch und zu weitblickend, um sich von dem Taumel der Massen ergreifen zu lassen, an deren Spitze ‚Verruchte' und Träumer, ‚Fanatiker' des Umsturzes, schritten. Sie saßen ruhig hinter dem Ofen, diese kalten klugen Köpfe, diese Phrasenhelden eines herausgeputzten Pseudoliberalismus. Bekümmert schüttelten sie ihre Köpfe und fürchteten, daß die Revolution nur nicht zu weit um sich greifen und die von alters her geheiligten Grundfesten des bürgerlichen Lebens, das Eigentum, die politische Wohlgesinntheit und Ordnung, erschüttern möchte.

Dabei haben die Kadetten bereits längst ihre vielseitige ‚Bereitwilligkeit' gezeigt. Schon zur Zeit der Bulyginschen Duma träumten sie davon, eine Brücke zu finden zwischen dem damals noch ‚unschuldigen' Witte und dem Liberalismus, der unzweideutig mit der ausländischen Börse liebäugelte. Die Börse bildet überhaupt die schwache Stelle dieser Partei der ‚Volksfreiheit', und noch vor wenigen Tagen haben die Kadetten mit Entrüstung den Vorwurf einer ‚verräterischen' Agitation gegen die Milliardenanleihe von sich gewiesen. Und wie könnte es auch anders sein. Zur Zeit der ärgsten Polizeiwillkür suchten sie zwischen dieser und dem Verhalten der Demokratie einen Zusammenhang zu konstruieren. Zur Zeit der Brandschatzungen und schlimmsten Ausschreitungen seitens der Hofkamarilla verteidigten sie aus ganzer Seele Thron und Altar[139] gegen den Ansturm der nichts anerkennenden, alles ableugnenden, alles stürzenden Sozialisten . . .

Da kam der große Boykott, der große Streik der Oktobertage, der blutige Sturm der Volksaufstände, des Bürgerkrieges, der militärischen Meutereien zu Wasser und zu Lande, und fegte sie in einer großen, reinigenden Sturmwelle fort . . .

Damals hörte man nichts von den Kadetten. Die Leute der goldenen Mitte hielten sich versteckt, verborgen, im günstigsten Falle protestierten sie laut, klagten laut, wenn man sie auch nicht hörte vor dem Donnerrollen der Revolutionsgewitters . . .

Die Reaktion leistete den Kadetten die besten Dienste. Als die Gefängnisse sich von neuem füllten und die todbringenden Stätten der russischen Verbannung sich neu belebten, da war die Zeit der Kadetten gekommen. Ihre linksstehenden Gegner waren verstummt. Die Kadetten hatten ihre Presse erhalten und blieben verhältnismäßig unberührt von den Maßnahmen der Konterrevolution. Nicht gegen sie waren die Strafexpeditionen gerichtet, nicht ihre Häuser wurden in Brand gesteckt, nicht ihre Kinder geschändet, nicht ihnen galten die ‚Beruhigungs'-Maßnahmen Witte-Durnowos, nicht gegen sie wurden Kanonen und Mitrailleusen ausgesandt, Artillerie und Infanterie, Marine und Kosaken aufgeboten. Nunmehr erschienen die Kadetten auf dem Plan. Es begann ein Kampf der Worte. Die Revolution wurde durch eine Polemik abgelöst, und auf diesem Gebiete zeigten sie sich als Virtuosen und Meister ohnegleichen. In erster Reihe warfen sie sich auf die Revolution und die Revolutionäre, schmähten die Sozialisten, verleumdeten die Arbeiterpartei; sie polemisierten gegen einen Gegner, dem der Mund verschlossen war; sie beschuldigten diejenigen, die weder antworten noch sich verteidigen konnten. Allein hieran ließ der russische Liberalismus es nicht genug sein. Durch den Mund eines seiner bedeutendsten Führer verkündete er, die ganze heldenmütige Befreiungsbewegung Rußlands sei sein Werk, der Sturz des Absolutismus nur ihm zu danken. Dreist stellten sich die Kadetten in die Pfützen des noch warmen, von Proletariern vergossenen Blutes, hüllten sich in die Fetzen der zerrissenen roten Banner und erklärten den Liberalismus für den Genius des Befreiungskampfes, den Befreier des Vaterlandes aus Tyrannenmacht. Und obgleich kein Gefängnis seine Tore öffnete, kein Galgen seine Opfer wieder herausgab, fuhren sie doch fort, krampfhaft ihre Heldentaten zu preisen und die unruhigen, frechen, vor nichts zurückschreckenden Revolutionäre zu verdammen."

Weiter schildert der Verfasser die rechtliche Stellung unserer Duma, das Gesetz über den Reichsrat und die Rolle der Kadetten bei den Wahlen.

„Die lieben Kadetten wünschten so sehnlich eine ‚Evolution' statt der Revolution, verlangten so sehr nach einer Rechtsordnung statt der revolutionären Anarchie und des Bürgerkrieges." Das Volk aber betraute sie bei den Wahlen mit einer revolutionären Mission, die ganz und gar nicht nach dem Sinn der Kadetten war.

„Als geborene Diplomaten und ehrliche Maklerseelen schmeichelten sie sich mit dem Gedanken, die Revolution zu beruhigen, die Börse zu ermuntern, den Absolutismus zu mildern, alle Gegensätze zu versöhnen und allen Konflikten vorzubeugen. Sie predigten den Frieden, in Wirklichkeit kam es aber anders. Sie stellten sich den Wählern als K. D. (konstitutionelle Demokraten) vor, und sie

wurden gewählt als ‚*die*' oppositionelle Partei. Sie suchten den Kompromiß, man gab ihnen eine revolutionäre Mission; sie sprachen Phrasen, und man schickte sie in den Kampf, nahm ihnen den Eid ab, versprach ihnen jegliche Unterstützung, wenn nicht gar Waffen ...

Im Rausche des Sieges, fortgerissen von den revolutionären Phrasen während der Wahlkampagne, inmitten revolutionärer Wähler gingen die Kadetten zu weit. Sie merkten nicht, daß hinter ihrem Rücken eine neue Macht erwuchs, die sie in den Kampf stieß ...

Zu spät begriffen sie, wer sie in das Parlament geschickt hat, wer ihnen das Mandat mit dem kategorischen Imperativ gegeben und ihnen die Rolle aufgedrängt hat, die sie mehr als alles fürchteten, und gegen die sie sich aus allen Kräften gewehrt hatten: die russische Revolution, die sie ausgesandt hatte, um ihr den Weg zu ebnen – die russische Nation, die die Kadetten als Mauerbrecher, als Sturmbock benutzte, um die neue Bresche in die Mauer des Absolutismus zu schlagen, deren Stärke sie dann nicht mehr mit Hilfe der Kadetten, sondern der breiten Volksmassen im Sturme nehmen wird."

Voller Mißvergnügen sahen die Kadetten auf die revolutionären Bauernabgeordneten in der Duma, die ihnen einen Strich durch die Rechnung zu machen drohten. Sie träumten von einem *„einmütigen Kadettenparlament"*. „Man hätte sich der revolutionären Aufgabe irgendwie entledigt, hätte jede wahre Handlung in einer Flut schöner Reden ertränken können ... Man konnte sich auf Resolutionen und Projekte beschränken, sich im äußersten Falle bis zum Ministerium vordrängen, die konstitutionelle Monarchie befestigen, die Revolution mit kleinen Zugeständnissen beschwichtigen, das Werk der Reformen bis in die Unendlichkeit hinziehen und schließlich sein Ziel erreichen und einen bürgerlich-liberalen Parlamentarismus einführen ... Ja, wenn nur diese Bauern" (in der Duma) „nicht wären!" Und der Verfasser des Artikels schildert – manchmal geradezu in begeisterten Worten – den revolutionären Geist der Bauernabgeordneten in der Duma. „Die Revolution hat auf ihren Schultern nicht nur die Kadetten in die Duma getragen, sondern sie hat auch jenen ‚Berg' geschaffen und jene ‚Bergpartei', die sich auf keinen Kompromiß einlassen wird. Die Revolution ist selbst in der Duma vertreten."

„Arme Kadetten, ihr russischen Girondisten, die ihr zwischen Hammer und Amboß geraten seid, zwischen die Bajonette der Regierung und die Revolution des Proletariats und der Bauern!.

Nicht umsonst haben sie, die Kadetten, so schmählich ihren roten Aufputz zu

verstecken begonnen und die großen Losungsworte beiseite getan. Nicht umsonst haben sie auch von ihren Gefühlen für den Monarchen zu sprechen begonnen, von den kaiserlichen Vorrechten. Die Lage wird ernst. Die Regierung spaßt nicht, und mit bloßer Hand wird man nichts erreichen. Aber die Revolution, die die Kadetten in die Duma entsandt hat, spaßt nicht, und sie wird ihnen den Verrat nicht verzeihen; sie wird die Feiglinge nicht schonen, die eine revolutionäre Rolle auf sich genommen und den Mut verloren haben.

Auf der einen Seite steht der Absolutismus, auf der anderen die Revolution. Was werden die Kadetten tun?"

So endet der Artikel, dem das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zugestimmt hat. Wie sind doch die „Bolschewiki" durch diese „vernünftigen" deutschen Sozialdemokraten bloßgestellt, nicht wahr? Wie schroff geht doch ihr und unser Urteil über die Kadetten auseinander! Wie grundverschieden sind doch ihre und unsere Losungen: Revolution des Proletariats und der Bauern!

Und nun überlege sich der Leser: Würden solche Leute ein kadettisches Ministerium anders beurteilen als wir?

Nein, was den Absolutismus betrifft und was die liberalen Bourgeois betrifft, so ist die internationale revolutionäre Sozialdemokratie heute solidarisch wie eh und je!

„Wperjod" Nr. 5,
31. Mai 1906.

Nach dem Text des „Wperjod"

AUS ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Herr P. Miljukow zieht in Nr. 86 der „Retsch" eine Bilanz des „ersten Monats der Dumatätigkeit".

Allgemein gesprochen, meint der ehrenwerte Verfasser:

„Alles, was wir hier angeführt haben, um den gewaltigen Erfolg der Tätigkeit der Duma während des einen Monats ihres Bestehens zu beweisen – alles das sind unwägbare Größen."

Aber dennoch gibt es im Ergebnis des „ersten Monats der Dumatätigkeit" auch Ergebnisse, die durchaus „wägbar" sind ... zumindest in der Perspektive.

„Wenn der ‚Temps' im Ausland und das ‚Nowoje Wremja' in Petersburg ein ‚kadettisches' Ministerium fordern, versteht jeder, was das bedeutet."

Was dieses „versteht jeder" betrifft, so ist das wohl ein wenig arg übertrieben, Herr Miljukow. Aber zweifellos verstehen jetzt wirklich schon sehr, sehr viele, „was das bedeutet". Die Herren Kadetten müssen wir immer wieder um ein und dasselbe bitten: Was du tun willst, das tue bald! Dann, Herr Miljukow, werden wirklich bald alle verstehen, „was das bedeutet".

„Wperjod" Nr. 5,
31. Mai 1906.

Nach dem Text des „Wperjod".

DIE ARBEITER SOLLEN ENTSCHEIDEN

Vor dem sozialdemokratischen Proletariat Rußlands und besonders Petersburgs steht die höchst wichtige Frage, wie die nächste politische Kampagne in bezug auf die Reichsduma durchzuführen ist. Selbstverständlich wird für die einheitliche Sozialdemokratische Partei diese Frage der *nächsten* Kampagne nur *im Rahmen* der Resolution des Vereinigungsparteitags gestellt.

Dem Petersburger sozialdemokratischen Proletariat sind *zwei* Pläne für die Kampagne empfohlen worden: der eine in der Resolution des Zentralkomitees, der andere in der Resolution des Petersburger Komitees. Wir haben diese beiden Resolutionen* bereits in Nr. 2 des „Wperjod"[140] veröffentlicht und beabsichtigen jetzt, auf ihren wesentlichen inhaltlichen Unterschied einzugehen. Der Hauptpunkt der Resolution des ZK lautet: „Wir werden die Duma bei allen ihren Schritten unterstützen, die darauf gerichtet sind, das gegenwärtige Ministerium zu stürzen und es durch ein von der Duma berufenes Ministerium zu ersetzen, da wir in einer solchen Ersetzung eine Bedingung sehen, welche die Einberufung einer konstituierenden Versammlung fördern wird." Die Resolution des PK sagt nichts von der Unterstützung einer derartigen Forderung, sondern richtet ihre Hauptaufmerksamkeit auf die Verhöhnung durch die Regierung, auf die Machtlosigkeit der Duma, auf die Notwendigkeit eines Appells der Trudowikigruppe an das Volk und auf die Unvermeidlichkeit des neuen und gemeinsamen Kampfes der Arbeiter und der Bauern.

Somit läuft der Hauptstreitpunkt darauf hinaus, ob man die auf die Bildung eines kadettischen Ministeriums gerichteten Schritte der Duma

* Siehe den vorliegenden Band, S. 487/488. *Die Red.*

unterstützen soll oder nicht. Die Resolution des ZK drückt sich unklar aus, sie spricht von einem „von der Duma berufenen Ministerium". Aber alle wissen und die ganze liberale bürgerliche Presse betont, daß es in Wirklichkeit um nichts anderes geht, als daß von höchster Stelle ein der Duma genehmes, d. h. ein kadettisches Ministerium berufen wird. Nur in diesem Sinne können auch die breiten Massen der Arbeiterklasse die Resolution des ZK verstehen.

Kann das sozialdemokratische Proletariat die Forderung unterstützen, daß von höchster Stelle ein kadettisches Ministerium berufen wird? Nein, das kann es nicht. Ein kadettisches Ministerium kann lediglich ein *Pakt* der Selbstherrschaft mit der liberalen Bourgeoisie gegen die sozialistischen Arbeiter und gegen die revolutionäre Bauernschaft sein. Die Sozialdemokraten würden natürlich mit verdoppelter Kraft die neue Lage ausnutzen, die sich bei einem solchen Pakt ergäbe; die Sozialdemokraten würden sorgfältig ihre Taktik abwägen, wenn dieser Pakt eine auch nur zeitweilige Erleichterung des Kampfes für Freiheit und Sozialismus mit sich brächte. Wir würden uns bemühen, auch diesen gegen die Revolution gerichteten Pakt zum Nutzen der Revolution zu wenden. Aber einen Pakt *unterstützen*, den *die Bourgeois mit den Beamten hinter dem Rücken des Volkes* schließen, das können wir nicht. Das Volk oder das Proletariat zu einer solchen Unterstützung aufrufen heißt sein Bewußtsein demoralisieren, heißt ihm die Wahrheit verheimlichen über das *Wesen* dieses Paktes, über seine *Gefährlichkeit*, über das Bestreben der Bourgeoisie und der Beamtenschaft, dadurch die Einberufung einer konstituierenden Versammlung zu *erschweren*.

Wir dürfen die Arbeiter und Bauern nicht zur Unterstützung von Pakten, sondern müssen sie zum Kampf aufrufen. Nur die ernste Vorbereitung zum Kampf schwächt *wirklich* die Selbstherrschaft, nur im Kampf liegt die Gewähr dafür, daß *ausnahmslos alle* Schritte sowohl der Selbstherrschaft als auch der Bourgeoisie wirklich der Revolution zum Nutzen gereichen werden. Die Resolution des ZK ist *falsch*. Die bewußten sozialdemokratischen Arbeiter *können* diese ihnen empfohlene Resolution *nicht* annehmen.

Nun die zweite Frage. Muß man diese Resolution nicht aus Disziplin annehmen, um sich dem Parteitag unterzuordnen? Betrachtet man die Resolution des Vereinigungsparteitags über die Reichsduma, so wird man

sehen, daß man aus ihr unmöglich die Unterstützung der Forderung nach Bildung eines kadettischen Ministeriums ableiten kann, es steht in ihr sogar *kein Wort* über eine „Unterstützung" der Duma schlechthin. Hier *vollinhaltlich* jener Teil der Parteitagsresolution, der die Stellung zur Duma selbst *festlegt*: „Die Sozialdemokratie muß 1. planmäßig alle Konflikte, sowohl zwischen der Regierung und der Duma als auch innerhalb der Duma selbst *ausnutzen*, um die revolutionäre Bewegung zu verbreitern und zu vertiefen und zu diesem Zweck: a) danach streben, *diese Konflikte* aufs äußerste *zu erweitern und zu verschärfen*, damit es möglich wird, sie *zum Ausgangspunkt breiter Massenbewegungen* zu machen, die auf den *Sturz* der gegenwärtigen politischen Ordnung abzielen; b) sich in jedem einzelnen Fall bemühen, die politischen Aufgaben der Bewegung mit den sozial-ökonomischen Forderungen der Arbeiter- und Bauernmasse zu verbinden; c) durch eine breite Agitation unter den Volksmassen für *revolutionäre Forderungen*, die an die Reichsduma gestellt werden sollen, *den Druck von außen auf die Duma* organisieren, um sie zu *revolutionieren*; 2. ihr ganzes *Eingreifen* so ausrichten, daß diese sich verschärfenden Zusammenstöße: a) die Inkonsequenz aller bürgerlichen Parteien, die in der Duma den Anspruch erheben, den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen, vor der Masse entlarven und b) die breite Masse (des Proletariats, der Bauernschaft und des städtischen Kleinbürgertums) zur Erkenntnis bringen, daß die *Duma* als Vertretungskörperschaft *völlig untauglich* und die Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung notwendig ist" usw.

Aus den von uns hervorgehobenen Stellen ist klar zu ersehen, daß die Resolution des ZK über die Unterstützung der Forderung nach einem kadettischen Ministerium der Resolution des Parteitags keineswegs entspricht, ja ihr direkt *widerspricht*. Ein kadettisches Ministerium ist eine *nichtrevolutionäre* Forderung. Konflikte mit der Duma und in der Duma werden durch sie *abgeschwächt* und *verschleiert*, die Untauglichkeit der Duma bleibt im dunkeln usw. usf. Hinzugefügt sei, daß die Resolution des Parteitags *kein einziges Mal* von einer „Unterstützung" der Duma spricht, sondern nur von „Druck", „Ausnutzung" und „Eingreifen".

Die Schlußfolgerung hieraus liegt auf der Hand. Das ZK hat *absolut kein Recht*, von den Parteiorganisationen die Annahme seiner Resolution über die Unterstützung der Forderung nach einem kadettischen Ministe-

rium zu verlangen. Alle Parteimitglieder sind *verpflichtet*, völlig selbständig und kritisch zu der Frage Stellung zu nehmen und sich für *die* Resolution auszusprechen, die ihrer Meinung nach die Aufgabe im Rahmen der Beschlüsse des Vereinigungsparteitags *richtiger* löst. Die Petersburger sozialdemokratischen Arbeiter wissen, daß jetzt die gesamte Parteiorganisation *demokratisch* aufgebaut wird. Das bedeutet, daß *alle* Mitglieder der Partei die Funktionäre, die Komiteemitglieder usw. wählen, daß *alle* Mitglieder der Partei die Fragen einer politischen Kampagne des Proletariats erörtern und *entscheiden*, daß *alle* Mitglieder der Partei die Richtung der Taktik der Parteiorganisation *festlegen*.

Wir sind überzeugt, daß das Petersburger sozialdemokratische Proletariat ebenso an die Streitfrage herangehen, sie allseitig, eingehend und sachlich erörtern und einen selbständigen Beschluß fassen wird, *ob man die Forderung nach einem kadettischen Ministerium unterstützen soll oder nicht*.

Von diesem ihrem *Recht*, von dieser ihrer sozialdemokratischen, ihrer Partei*pflicht* werden sich die Petersburger Arbeiter durch keinerlei Sophismen, d. h. durch keinerlei offensichtlich falsche Argumente abbringen lassen. Wir wollen diese Sophismen lediglich kurz vermerken. L. Martow sagt im „Kurjer" (Nr. 13): Die Disziplin verlangt, daß man eine politische Kampagne des ZK nicht durchkreuzt. Das ist ein Sophismus. Keinerlei Disziplin verpflichtet die Parteimitglieder, alle vom ZK verfaßten Resolutionsentwürfe blindlings zu unterschreiben. Nirgends und niemals hat es auf der Welt solche Regeln gegeben, wonach die Parteiorganisationen auf das Recht ihres eigenen Urteils zu verzichten hatten und zu bloßen *Unterschreibern* von Resolutionen des ZK wurden. L. Martow sagt: Die Menschewiki haben sich hinsichtlich des Boykotts gefügt, jetzt fügt ihr euch. Das ist ein Sophismus. Den Beschlüssen des Parteitags haben *wir uns alle* gefügt. Gegen die Wahlen zur Duma und gegen die Bildung einer sozialdemokratischen Parlamentsfraktion hat *niemand von uns* zum Kampf aufgerufen. Wir haben uns gefügt, wir haben gemäß dem Willen des Parteitags auf den Boykott verzichtet. Aber wir haben das Recht und die Pflicht, *im Rahmen der Parteitagsbeschlüsse* gegen die *von keinem Parteitag vorgeschriebene* Unterstützung eines kadettischen Ministeriums zu kämpfen. L. Martow umgeht den Kern der Sache mit bloßen „furchtbaren Worten" und Andeutungen, daß wir Desorganisatoren seien. Er

verlor keine Silbe darüber, ob die Resolution des ZK dem Beschluß des Parteitags widerspricht. Er verlor keine Silbe über das Recht auf *Opposition*, d. h. über das Recht *jeder* Parteiorganisation, in den Grenzen des vom Parteitag bekundeten Willens die Taktik des ZK anzufechten und seine Abweichungen und Fehler zu korrigieren. Wir werden Martow daher gelassen antworten: Ein Desorganisator ist, wer die verbrieften Rechte der Parteitagsorganisationen verletzt.

Wir werden gelassen darauf verweisen, daß sogar Menschewiki (siehe den Brief des Gen. Wlassow[141] an die Redaktion in dieser selben Nummer) mit der Unterstützung eines kadettischen Ministeriums nicht einverstanden sind. Sogar Gen. Rjanschew fordert in Nr. 13 des „Kurjer" die „*Arbeiter- und die Trudowikigruppe*" auf, den kadettischen Gesetzentwurf über die Versammlungsfreiheit „mit allen Kräften zu bekämpfen", d. h., er schlägt eine *rein bolschewistische* Taktik vor, die jede Unterstützung eines Ministeriums eben dieser Kadetten *ausschließt*.

Wenn das Komitee des Wiborger Stadtbezirks die Einberufung einer Stadtkonferenz vorschlägt, zu der die Delegierten „ohne Unterschied der Fraktionen, d. h. *ohne jede Diskussion*" – ohne Erörterung dessen, worum der Streit geht!! – gewählt werden sollen, so werden die Petersburger sozialdemokratischen Arbeiter über diesen Beschluß natürlich nur lachen. *Ohne Diskussion* werden klassenbewußte Arbeiter eine wichtige Frage niemals entscheiden. Weder Klagerufe über diese oder jene „Schroffheit" in der Diskussion noch das Gegreine L. Martows über diese oder jene ihn kränkende Schroffheit, noch auch die Drohung mit der Spaltung seitens desselben L. Martow oder anderer, wer immer es auch sei, werden die Arbeiter veranlassen, auf die *selbständige* Entscheidung der Frage zu verzichten. Die Drohung mit der Spaltung, die Provozierung der Spaltung ist ein unwürdiges Verfahren, das nur der Bourgeoisie Freude macht (siehe Nr. 29 der „Duma"). Die Arbeiter werden die Frage nach der Unterstützung eines kadettischen Ministeriums mit *Mehrheitsbeschluß* entscheiden und durchsetzen, daß *niemand*, nicht einmal das ZK, es *wagen wird*, ihre völlig freie, völlig selbständige und *auf Grund* der Beschlüsse des Vereinigungsparteitags völlig rechtmäßige *Entscheidung zu hintertreiben*.

„Wperjod" Nr. 6,
1. Juni 1906.

Nach dem Text des „Wperjod".

„NICHT NACH OBEN SOLL MAN BLICKEN, SONDERN NACH UNTEN"

Das sagt heute in der Zeitung der linken Kadetten, der „Nascha Shisn", Herr I. Shilkin. Voller Kummer bemerkt er die „strahlende Selbstzufriedenheit" auf den Gesichtern der Kadetten. Die triumphierende Erklärung des Herrn Miljukow: „Die Kadetten differenzieren sich von der extremen Linken", ruft seinen Protest hervor. Er macht sich lustig über die „außergewöhnliche politische Weisheit" der Kadetten, die die „Ausweglosigkeit" der Lage zugeben und sich gleichzeitig brüsten, sie steuerten das Staatsschiff kühn in das Fahrwasser . . .

Gehen wir näher ein auf diese Gedankengänge, die die Grundfrage der heutigen politischen Lage berühren. Von unserem Standpunkt aus ist es besonders wichtig, zu betonen, daß sich die richtige Beurteilung dieser Lage heute kraft der Ereignisse sogar Leuten *aufdrängt*, die keineswegs die Ansichten der linken Sozialdemokraten teilen und uns besonders heftig bekämpfen.

Gerüchte aus dem Pariser Klub der russischen Reaktionäre wollen wissen, daß „jedes Schwanken in Peterhof aufgehört hat. Goremykin hat völlige Handlungsfreiheit erhalten", d. h. die Freiheit, mit der Duma kurzen Prozeß zu machen. Und die „Nascha Shisn", der die Tendenz der Bolschewiki, alles in düsteren Farben zu malen, fremd ist, erklärt: „Wir haben allen Grund, diesen Gerüchten vollen Glauben zu schenken . . ." „Der Kampf spitzt sich zu . . .", endet der Leitartikel dieser Zeitung. „Wer das Schwert nimmt, der soll durch das Schwert umkommen." Herr I. Shilkin aber schreibt: „Gibt es wohl viele Leute in Rußland, die an einen friedlichen siegreichen Ausgang der Parlamentsarbeit glauben? Man muß ein Romantiker, ein Phantast, ein Idealist sein, um sich solch rosigen

Träumen hinzugeben." Und gleich daneben erklärt Herr W. Chishnjakow: „Wir werden revolutionäre Stürme nicht vermeiden können, das muß man zugeben. Die Duma ist außerstande, die Bewegung auf einen friedlichen Weg zu lenken, denn sie hat keine Macht, das Leben des Volkes zu verbessern, und ohne diese Macht gibt es keine anderen als revolutionäre Wege. Schon jetzt ist klar zu spüren, wie das Gefühl des Unbefriedigtseins ständig stärker wird, wie der Glaube an die Allmacht der Duma immer mehr schwindet und wie gleichzeitig damit die Verzweiflung wächst." (Unglaube an die Duma ist ebenso wie der Unglaube an Gott noch keine „Verzweiflung".) „Die Atmosphäre wird allmählich mit Elektrizität geladen, man kann zuweilen ein dumpfes Donnergrollen vernehmen, und vielleicht läßt die Entladung der Naturgewalten nicht mehr lange auf sich warten."

So sprechen Leute, deren Urteil uns wegen ihrer vorgefaßten negativen Einstellung zur revolutionären Sozialdemokratie besonders wertvoll ist. Die Ereignisse *zwangen* diese Leute, gerade jene Feststellungen zu wiederholen, auf denen wir immer bestanden haben und derentwegen uns die liberale Bourgeoisie, die sich in Klatschereien, Lügen und Verleumdungen über die „Bolschewiki" nicht genug tun konnte, stets angegriffen, beschimpft und geschmäht hat.

„Nicht nach oben soll man blicken, sondern nach unten." Das bedeutet, daß kraft der objektiven historischen Bedingungen, die nicht von unserem Willen abhängen, der parlamentarische Kampf gegenwärtig *nicht* zur *Haupt*form der Befreiungsbewegung in Rußland werden kann. Nicht um seine „Negierung" handelt es sich, nicht um die Weigerung, ihn auszunutzen – davon zu sprechen erübrigt sich –, sondern darum, daß der *Haupt-* und Entscheidungskampf infolge des gesamten Verlaufs der Ereignisse auf einem anderen Schauplatz heranreift. Die liberale Bourgeoisie hat uns Bolschewiki unzählige Male verleumdet, daß wir „leichtfertig zu extremen Mitteln anstacheln" („Retsch" Nr. 88). Nun, was meinen Sie, meine Herren, haben wir etwa Shilkin, Chishnjakow und den Leitartikler der „Nascha Shisn" „angestachelt"? Haben wir etwa die Kursker und Poltawaer Soldaten, die Kiewer, Saratower und anderen Bauern „angestachelt"?

Wir haben diejenigen „angestachelt" und aufzurütteln versucht, die stets mit „strahlender Selbstzufriedenheit" auf den Gesichtern herum-

liefen. Wir haben gesagt, daß die Wahl der einen oder anderen Form des Befreiungskampfes nicht von unserem Willen abhängt, daß es notwendig ist, der Wirklichkeit nüchtern und schonungslos ins Auge zu schauen, jener Wirklichkeit, in der kein Raum ist für den „Weg", der heute auch von der „Nascha Shisn" als versperrt bezeichnet wird. Wir haben gesagt, daß die Sozialisten die grundlegenden Interessen der Demokratie und des Sozialismus nicht Augenblickserfolgen opfern können und dürfen, daß sie verpflichtet sind, vor der Masse die bittere Wahrheit über die Unzuverlässigkeit der Kadetten, über die Machtlosigkeit der Duma, über die Unvermeidlichkeit revolutionärer Stürme zu enthüllen. Versteht uns die Masse heute nicht, weil sie hingerissen ist von der Schönrednerei der Kadetten in den Wahlversammlungen, versteht uns die Masse morgen nicht, weil sie begeistert ist von den ersten Tagen des ersten russischen Parlaments, so wird sie sich übermorgen davon überzeugen, daß wir recht haben. Die Ereignisse werden sie zwingen, in der revolutionären Sozialdemokratie die Partei zu sehen, die sich nicht durch Flitterwerk betören läßt, sondern standhaft und beharrlich dazu aufruft, eben nach jener Seite zu „blicken", wo sich der Kampf unvermeidlich abspielt, der über das Schicksal der wirklichen (und nicht der kadettischen) Volksfreiheit entscheidet.

Unsere Revolution ist gerade darum die große russische Revolution, weil sie gigantische Volksmassen dazu gebracht hat, am historischen Schöpfertum teilzunehmen. Die Klassengegensätze haben sich innerhalb dieser Massen noch längst nicht mit voller Schärfe entwickelt. Die politischen Parteien sind erst dabei, sich herauszubilden. Wir sind daher außerstande, die Massen in erheblichem Maße zu lenken oder zurückzuhalten. Aber wir können, wenn wir die wirkliche Lage und die Wechselbeziehungen der Klassen erforscht haben, die Unvermeidlichkeit dieser oder jener Richtung ihres historischen Tuns, dieser oder jener Hauptform ihrer Bewegung voraussehen. Und dieses unser sozialistisches Wissen müssen wir weitestgehend in den Massen verbreiten, ohne uns daran zu stoßen, daß die Wahrheit mitunter sehr bitter ist, daß sie hinter dem Flittergold modischer politischer Aushängeschilder oder effektvoller politischer Einrichtungen nicht gleich zu sehen ist, und ohne dem Zauber schöner Hirngespinste zu erliegen. Wir werden unsere Pflicht erfüllen, wenn wir alles tun, um die Massen solcherart aufzuklären und sie auf Formen der Bewegung vor-

zubereiten, die für einen oberflächlichen Beobachter unbemerkbar sind, die sich aber aus der ganzen ökonomischen und politischen Lage des Landes unvermeidlich ergeben. Wir werden unsere Pflicht nicht erfüllen, wenn wir alle unsere Blicke „nach oben" richten und das verpassen, was unten vor sich geht, heranwächst, näherkommt und heraufzieht.

Geschrieben am 1. (14.) Juni 1906.

Veröffentlicht am 2. Juni 1906 im „Wperjod" Nr. 7.

Nach dem Text des „Wperjod".

DIE REAKTION BEGINNT DEN BEWAFFNETEN KAMPF

Schon seit langem hat die sozialdemokratische Presse darauf hingewiesen, daß der vielgepriesene russische „Konstitutionalismus" labil ist und einer festen Grundlage entbehrt. Solange sich die alte Macht hält und den ganzen gewaltigen Apparat der Staatsverwaltung in ihren Händen hat, solange kann von irgendwelcher Bedeutung der Volksvertretung und von der Möglichkeit, die brennenden Nöte von Millionen des Volkes abzustellen, nicht ernstlich die Rede sein. Die Sitzungen der Reichsduma haben begonnen – in wahren Sturzbächen ergossen sich die liberal-bürgerlichen Reden vom friedlichen, konstitutionellen Weg –, und zugleich haben die von Agenten der Regierung organisierten Überfälle auf friedliche Demonstranten, Brandstiftungen in Häusern, wo Volksversammlungen stattfinden, und schließlich direkte Pogrome eingesetzt und sich immer mehr verstärkt.

Die Bauernbewegung aber wächst. Die Streiks der Arbeiter nehmen immer schärfere Formen an, werden immer häufiger und ausgedehnter. Die rückständigsten Truppenteile, die Infanterie in der Provinz und die Kosaken, geraten in Erregung.

Zuviel Zündstoff gibt es im russischen Leben. Zu groß und zu scharf ist der Kampf, den in der Geschichte beispiellos dastehende Gewalttaten, Mißhandlungen, Quälereien, Raub und Ausbeutung jahrhundertelang vorbereitet haben. Dieser Kampf des Volkes gegen die alte Macht kann nicht in den Rahmen des Kampfes der Duma um dieses oder jenes Kabinett eingezwängt werden. Man kann die bedrücktesten und unwissendsten „Untertanen" nicht davon zurückhalten, die Forderungen ihrer erwachenden menschlichen und staatsbürgerlichen Persönlichkeit vorzubringen,

Man kann der alten Macht, die stets die Gesetze selbst gemacht hat und die mit den letzten, den verzweifeltsten, barbarischsten und bestialischsten Mitteln um ihre Existenz kämpft, nicht durch einen Appell an die Gesetzlichkeit Einhalt gebieten.

Der Pogrom in Bialystok ist ein besonders krasses Beispiel für diesen Beginn bewaffneter Aktionen der Regierung gegen das Volk. Es ist die alte, doch ewig neue – *ewig* bis zum Siege des Volkes, bis zur restlosen Hinwegfegung der alten Macht – Geschichte der russischen Pogrome! Hier einige Auszüge aus dem Telegramm Zirins, eines Wahlmanns der Bialystoker Bürger: „Es begann ein Judenpogrom, *der von langer Hand vorbereitet war.*" „Entgegen verbreiteten Gerüchten *trafen* einen ganzen Tag lang aus dem Ministerium *keinerlei Verfügungen ein.*" „Für den Pogrom war schon seit zwei Wochen eifrig agitiert worden; in den Straßen wurden besonders an den Abenden Flugblätter verteilt, die zu Mißhandlungen nicht nur von Juden, sondern auch von Intellektuellen aufforderten; *die Polizei drückte dabei beide Augen zu.*"

Das alte, bekannte Bild! Die Polizei bereitet von langer Hand den Pogrom vor. Die Polizei hetzt auf; in den Regierungsdruckereien werden Aufrufe zur Mißhandlung von Juden gedruckt. Die Polizei bleibt zu Beginn des Pogroms untätig. Das Militär sieht den Heldentaten der Schwarzhunderter schweigend zu. Und dann – dann setzt die gleiche Polizei die Komödie eines Untersuchungs- und Gerichtsverfahrens gegen die Pogromhelden in Szene. Untersuchung und Gericht durch Beamte der alten Macht führen stets zum gleichen Resultat: die Sache wird verschleppt, Schuldige an den Pogromen gibt es nicht, manchmal werden sogar die mißhandelten und zu Krüppeln geschlagenen Juden und Intellektuellen vor Gericht gezerrt, es vergehen Monate, und die alte, aber ewig neue Geschichte gerät in Vergessenheit – bis zum nächsten Pogrom. Der Auswurf unserer verfluchten kapitalistischen „Zivilisation" wird in niederträchtiger Weise aufgehetzt, bestochen und unter Alkohol gesetzt, Wehrlose werden von Bewaffneten bestialisch mißhandelt, von den Schuldigen selbst wird eine Untersuchungs- und Gerichtskomödie veranstaltet. Und dennoch finden sich Leute, die angesichts dieser Erscheinungen des russischen Lebens glauben und behaupten, irgend jemandes „leichtfertige" Aufrufe trieben das Volk zu „äußersten Mitteln"! Nicht nur der Leichtfertigkeit bedarf es, es bedarf der Gesinnungslumperei, der politischen Verkommenheit, um

angesichts solcher Ereignisse wie der Niederbrennung des Volkshauses in Wologda (zu Beginn der Dumasitzungen) oder des Pogroms in Bialystok (nach einem Monat Dumasitzungen) derartige Behauptungen aufzustellen. Millionen Aufrufe werden auf das Volk auch nicht ein Hundertstel der Wirkung ausüben wie ein einziges solches Ereignis. Und von „leichtfertigen" Aufrufen zu sprechen ist eine ebensolche hoffnungslose Pedanterie, eine ebensolche staatsbürgerliche Senilität wie die Verurteilung des wütenden Racheschreis, der von den Schlachtfeldern in Wologda und Bialystok aufsteigt.

Die Reichsduma handelte sehr richtig, als sie unverzüglich eine Anfrage wegen des Bialystoker Pogroms einbrachte und Mitglieder der Duma nach Bialystok entsandte, um den Fall an Ort und Stelle untersuchen zu lassen. Doch wenn man diese Anfrage liest und sie den Reden der Abgeordneten in der Reichsduma und den allgemein bekannten Tatsachen der Pogrome gegenüberstellt, so hat man ein tiefes Gefühl der Unzufriedenheit, ein Gefühl der Empörung über die unentschiedene Sprache der Anfrage.

Man urteile selbst. Die Verfasser der Anfrage sagen nur: „Die Bevölkerung *befürchtet*, daß von den Ortsbehörden und durch böswillige Agitation der Versuch gemacht werden könnte, die Opfer als die Schuldigen an dem Unheil hinzustellen, das sie betroffen hat . . ." „Es werden in dieser Richtung falsche Nachrichten verbreitet." Jawohl, die verängstigte und gemarterte jüdische Bevölkerung befürchtet das und hat allen Grund, das zu befürchten. Das ist wahr. Es ist aber *nicht die ganze Wahrheit*, meine Herren Dumamitglieder und Interpellanten! Ihr, Abgeordnete des Volkes, die ihr vorläufig noch nicht verprügelt und gemartert worden seid, wißt sehr wohl, daß das nicht die ganze Wahrheit ist. Ihr wißt, daß die verängstigte Bevölkerung *nicht wagt*, die Namen der *wahren* Schuldigen an den Pogromen zu nennen. *Ihr müßt die Namen nennen.* Dafür seid ihr Abgeordnete des Volkes. Dafür genießt ihr – sogar nach den russischen Gesetzen – in der Reichsduma *volle* Redefreiheit. Stellt euch doch in solchen Augenblicken, in denen das unbewaffnete Volk von der bewaffneten Reaktion gewürgt, mißhandelt, zum Krüppel geschlagen wird, nicht *zwischen* die Reaktion und das Volk. Tretet *offen und vorbehaltlos* auf die Seite des Volkes. Beschränkt euch nicht darauf, die kleinbürgerlichen Befürchtungen wiederzugeben, daß die niederträchtigen Schuldigen an den Pogromen die Erschlagenen als die Schuldigen bezeichnen werden.

Tretet mit offenen Anklagen gegen diese Schuldigen auf, das ist eure direkte *Pflicht* vor dem Volk. Fragt die Regierung nicht, ob Maßnahmen zum Schutz der Juden und zur Verhütung von Pogromen getroffen werden, sondern ob die Regierung die wahren Schuldigen, die in den Reihen der Regierung zu suchen sind, noch lange decken wird. Fragt die Regierung, ob sie annimmt, das Volk werde sich noch lange über diese wahren Schuldigen täuschen. Klagt die Regierung offen und laut vernehmlich an, ruft das Volk auf, eine Miliz und eine Selbstverteidigung, das *einzige* Schutzmittel gegen Pogrome, zu organisieren.

Das entspräche nicht den „parlamentarischen Gepflogenheiten", werdet ihr sagen. Schämt ihr euch nicht, *sogar* jetzt solche Argumente vorzubringen? Begreift ihr nicht, daß das Volk euch verurteilen wird, wenn ihr sogar in solchen Augenblicken die Parlamentsspielerei nicht sein laßt, wenn ihr nicht wagt, offen, klar und laut das auszusprechen, was *ihr in Wirklichkeit wißt und denkt*?

Und daß ihr die Wahrheit über die Pogrome kennt, das ist aus den Reden der Dumamitglieder zu ersehen. Der Kadett Nabokow sagt: „Wir wissen, es ist der Administration in vielen Fällen keineswegs gelungen, den Verdacht von sich abzuwälzen, daß der gleichzeitige Ausbruch von Pogromen das Ergebnis entweder der Schwarzhunderterorganisationen ist, die *mit Wissen der Ortsbehörden* handeln, oder aber, im besten Fall, der systematischen Untätigkeit der Behörden."

Wenn ihr das *wißt*, meine Herren Kadetten, so hättet ihr das auch in der Anfrage sagen müssen. Ihr hättet schreiben müssen: Das und das *wissen* wir, nach dem und dem fragen wir. Und wenn ihr „bessere" Fälle kennt, dann ist es für Abgeordnete des Volkes *beschämend*, die *schlechteren* Fälle zu verschweigen: die direkte Organisierung von Pogromen durch die Polizei auf Befehl aus Petersburg.

„Bialystok ist kein Ausnahmefall", sagte mit Recht Lewin. „Das ist eine der Folgen jenes Systems, das Sie bekämpfen wollen." Sehr richtig, Bürger Lewin! Aber während wir in der Zeitung nur vom „System" sprechen können, müssen Sie in der Duma offener und schärfer sprechen.

„Pogrome, das ist ein ganzes System. In den Oktobertagen fand ... die Regierung ... kein anderes Mittel, um gegen die Befreiungsbewegung zu kämpfen ... Sie wissen, womit dieses Kapitel der Geschichte geendet hat. Jetzt wiederholt sich dasselbe ... Dieses System ist *heimtückisch* vor-

bereitet und ausgedacht worden und wird *ebenso heimtückisch* durchgeführt. In vielen Fällen wissen wir ausgezeichnet, wer diese Pogrome vorbereitet, wir wissen sehr wohl, daß die Flugblätter *durch die Gendarmerieverwaltungen verbreitet werden.*"

Noch einmal: Sehr richtig, Bürger Lewin! Und so hätte man in der Anfrage auch schreiben müssen: Nimmt das Kabinett an, die Duma kenne nicht die allbekannte Tatsache, daß die Flugblätter durch Gendarmen und Polizei verbreitet werden?

Der Abgeordnete Ryshkow bezeichnete die Erklärung, die Pogrome seien ein Ausfluß des Rassenhasses, direkt als *Lüge*, und die Erklärung, die Behörden seien demgegenüber machtlos, als böswillige Erfindung. Der Abgeordnete Ryshkow führte eine Reihe von Beweisen an für die „Zusammenarbeit" von Polizei, Pogromhelden und Kosaken. „Ich wohne in einem großen Industriebezirk", sagte er, „und ich weiß, daß zum Beispiel in Lugansk der Pogrom *nur deshalb* (hören Sie gut zu, meine Herren: *nur* deshalb) keine erschreckenden Ausmaße angenommen hat, weil die *unbewaffneten Arbeiter* auf die Gefahr hin, von der Polizei niedergeschossen zu werden, die Pogromhelden mit bloßen Händen davonjagten."

„Anklagen gegen die Regierung" betitelt die „Retsch" diesen Teil der Dumadebatten. Ein guter Titel. Aber dieser Titel gehört nicht in die Zeitung, sondern in den *Text der Dumaanfrage.* Entweder schreibt man diese Anfragen so, daß sie vor dem Volk eine flammende Anklage gegen die Regierung sind, oder man fordert durch den schreienden Widerspruch zwischen den ungeheuerlichen Tatsachen und der kanzleimäßigen Leisetreterei in den kanzleimäßig-trockenen Anfragen bittere Bemerkungen und Hohn heraus. Nur wenn die Duma den ersten Weg beschreitet, wird sie es den Reaktionären abgewöhnen, sich über sie lustig zu machen. So aber höhnen die Reaktionäre direkt und offen. Man lese das heutige „Nowoje Wremja". Diese Lakaien der Pogromhelden lachen lauthals und freuen sich unbändig: „Man kann nicht ohne besonderes Vergnügen (!!) jene Eile vermerken, mit der die Duma eine Anfrage über den Judenpogrom in Bialystok an den Minister gerichtet hat." Man sieht: die Pogromhelden empfinden besonderes Vergnügen – der Lakai plaudert die Wahrheit aus. Die Reaktion ist sowohl mit dem Bialystoker Pogrom als auch damit zufrieden, daß sie die Duma nunmehr als „jüdische" Duma beschimpfen kann. Die Reaktion höhnt: „Wenn man die Zerstörung von

Eigentum durch die Bauern in den russischen Gouvernements verzeihen soll, wie heute in der Reichsduma gesagt worden ist, dann muß man genauso die Zerstörung von jüdischem Eigentum in den westlichen Gebieten verzeihen."

Ihr seht, meine Herren Dumamitglieder: Die Reaktionäre sind offener als ihr. Die Reaktionäre führen eine stärkere Sprache als ihr in der Duma. Die Reaktionäre fürchten den Krieg nicht. Die Reaktionäre fürchten sich nicht, die Duma mit dem Freiheitskampf der Bauern in Verbindung zu bringen. *Fürchtet auch ihr euch nicht, die reaktionäre Staatsmacht mit den Pogromhelden in Verbindung zu bringen!*

Geschrieben am 3. (16.) Juni 1906.

Veröffentlicht am 4. Juni 1906 im „Wperjod" Nr. 9.

Nach dem Text des „Wperjod".

RESOLUTION (III) DES PETERSBURGER KOMITEES DER SDAPR ZUR FRAGE EINES DUMAMINISTERIUMS[142]

In der Erwägung:

1. daß die Forderung, im gegenwärtigen Zeitpunkt aus der Mehrheit der Reichsduma ein verantwortliches Ministerium zu berufen, falsch und zweideutig ist, weil

a) die Berufung eines derartigen Ministeriums kein wirklicher Übergang der Macht von der Selbstherrschaft auf die Volksvertretung sein könnte;

b) das dem Wesen der Sache nach ein Pakt der liberalen Bourgeoisie mit der Selbstherrschaft auf Kosten des Volkes und hinter dessen Rücken wäre;

c) das Proletariat keinerlei Garantien dafür besitzt, daß ihm dieser Pakt beim gegenwärtigen Verhältnis der realen politischen Kräfte eine ernste Sicherheit bei der Führung seines Klassenkampfes bieten würde (jedenfalls keine so ernste, daß sie den wesentlichen Schaden rechtfertigen könnte, welcher der Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins durch die aktive Unterstützung eines bürgerlichen Paktes in der Epoche des revolutionären Aufschwungs zugefügt würde);

2. daß die Forderung nach Berufung eines verantwortlichen Dumaministeriums kraft des oben Dargelegten lediglich dazu dient, die konstitutionellen Illusionen zu verstärken und das revolutionäre Bewußtsein des Volkes zu demoralisieren, da sie Hoffnungen auf einen friedlichen Übergang der Macht an das Volk weckt und die grundlegenden Aufgaben des Kampfes für die Freiheit verdunkelt – in Erwägung alles dessen beschließt die Versammlung:

1. das Proletariat kann im gegenwärtigen Augenblick die Forderung nach Berufung eines Dumaministeriums nicht unterstützen,

2. das Proletariat unterstützt die Idee, aus den revolutionären Elementen der Duma ein Exekutivkomitee zu bilden, um durch dieses Komitee die Aktionen der örtlichen freien Organisationen des Volkes zusammenzufassen.

„Wperjod" Nr. 10, 6. Juni 1906.

Nach dem Text des „Wperjod".

ANMERKUNGEN

[1] In dem Artikel *„Unsere Aufgaben und der Sowjet der Arbeiterdeputierten"* charakterisiert Lenin die Sowjets zum erstenmal als Organe des Aufstands und als Keimform einer neuen, der revolutionären Staatsmacht. Er schrieb den Artikel Anfang November 1905 in Stockholm, wo er sich bei seiner Rückkehr aus der Emigration nach Rußland kurze Zeit aufhielt. Der Artikel war für die Zeitung „Nowaja Shisn" bestimmt, wurde dort aber nicht veröffentlicht. Das Manuskript wurde erst im Herbst 1940 aufgefunden. *1*

[2] „Nowaja Shisn" (Neues Leben) – erste legale bolschewistische Tageszeitung, die vom 27. Oktober (9. November) bis 3. (16.) Dezember 1905 in Petersburg erschien. Als Lenin Anfang November aus der Emigration nach Petersburg zurückgekehrt war, erschien die Zeitung unter seiner unmittelbaren Leitung. „Nowaja Shisn" war faktisch das Zentralorgan der SDAPR. Ständige Mitarbeiter waren W. W. Worowski, M. S. Olminski und A. W. Lunatscharski. Auch Maxim Gorki beteiligte sich rege an der Zeitung und erwies ihr große materielle Unterstützung. Die Auflage erreichte 80 000 Exemplare.

Die „Nowaja Shisn" war zahlreichen Repressalien ausgesetzt. Von 27 Nummern wurden 15 beschlagnahmt und eingestampft. Nach Erscheinen der Nr. 27 wurde die Zeitung von der Regierung verboten. Die letzte Ausgabe, Nr. 28, erschien illegal. *3*

[3] Es handelt sich um den politischen Generalstreik in Rußland vom Oktober 1905. *8*

[4] *„Verband der Verbände"* – politische Organisation der bürgerlich-liberalen Intelligenz. Sie entstand im Mai 1905 auf der ersten Konferenz der Vertreter von 14 Verbänden, die nach Berufen gegliedert waren: Advokaten, Schriftsteller, Ärzte, Ingenieure, Lehrer und andere. Die Konferenz

forderte die Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts. Im Juli 1905 sprach sich der Verband für den Boykott der Bulyginschen Duma aus, änderte jedoch sehr bald seine Haltung und beschloß, sich an den Wahlen zur Duma zu beteiligen. Ende 1906 zerfiel der „Verband der Verbände". *8*

[5] *Gesamtrussischer Bauernbund* – revolutionär-demokratische Organisation, die 1905 entstand. Auf dem ersten und dem zweiten Kongreß des Bundes, die im August und November 1905 in Moskau stattfanden, wurden das Programm und die Taktik des Bundes ausgearbeitet. Der Bauernbund forderte politische Freiheit und sofortige Einberufung einer konstituierenden Versammlung; er befolgte die Taktik des Boykotts der I. Reichsduma. Das Agrarprogramm des Bauernbundes enthielt die Forderung nach Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden und nach Übergabe der Kloster-, Kirchen-, Apanage-, Kabinetts- und Staatsländereien ohne Ablösung an die Bauern. In der Politik des Bauernbundes gab es Halbheiten und Schwankungen. Er forderte zwar die Liquidierung des gutsherrlichen Grundeigentums, billigte aber eine teilweise Entschädigung der Gutsbesitzer. Von allem Anfang seiner Tätigkeit an wurde der Bauernbund von der Polizei verfolgt. Ende 1906 löste er sich auf. *12*

[6] *„Über die Reorganisation der Partei"* – erster Artikel Lenins in der Zeitung „Nowaja Shisn". Lenin schrieb ihn, als er aus der Emigration nach Rußland zurückgekehrt war. Der Artikel diente als Grundlage für die auf der Tammerforser Konferenz im Dezember 1905 angenommene Resolution „Die Reorganisation der Partei". *13*

[7] *„Unabhängige"* – *die sogenannte „Unabhängige soziale Arbeiterpartei"* Subatowscher Prägung. Sie wurde im Herbst 1905 in Petersburg im Auftrag der zaristischen Regierung unter Mitwirkung der Geheimpolizei gegründet und verfolgte das Ziel, die Arbeiter vom revolutionären Kampf abzulenken. Anfang 1908 hörte sie auf zu bestehen. *13*

[8] Der Aufruf *„An alle Parteiorganisationen und an alle sozialdemokratischen Arbeiter"* wurde unter der Überschrift „Zur Einberufung des IV. Parteitags der SDAPR" in Nr. 9 der Zeitung „Nowaja Shisn" vom 10. (23.) November 1905 veröffentlicht. *14*

[9] Es handelt sich um die neue, die menschewistische „Iskra". Nach dem II. Parteitag der SDAPR bemächtigten sich die Menschewiki mit Unterstützung Plechanows der „Iskra". Ab November 1903, von Nr. 52 an, wurde die „Iskra" zu einem menschewistischen Organ. Sie erschien bis Oktober 1905. *14*

[10] *Vendée* – französisches Departement, war während der französischen bürgerlichen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts der Herd eines konterrevolutionären Aufstands der rückständigen, reaktionären Bauernschaft gegen den revolutionären Konvent. Der Aufstand wurde unter religiösen Losungen durchgeführt, an seiner Spitze standen konterrevolutionäre Geistliche und Gutsbesitzer. *21*

[11] Lenins Artikel *„Proletariat und Bauernschaft"* wurde von der Gruppe der SDAPR in Sumy als Beilage zum „Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" nachgedruckt. Sumy 1905. *24*

[12] *„Iswestija Sowjeta Rabotschich Deputatow"* (Nachrichten des Sowjets der Arbeiterdeputierten) – offizielles Organ des Petersburger Sowjets der Arbeiterdeputierten; erschien vom 17. (30.) Oktober bis 14. (27.) Dezember 1905 und brachte laufend Informationen über die Tätigkeit des Sowjets. Die Zeitung hatte keine ständige Redaktion; sie wurde ohne Genehmigung der Behörden und der Besitzer in den Druckereien verschiedener bürgerlicher Zeitungen gedruckt. Es erschienen 10 Nummern. Nr. 11 wurde von der Polizei während des Drucks beschlagnahmt. *29*

[13] *„Proletari"* (Der Proletarier) – illegale bolschewistische Wochenzeitung, Zentralorgan der SDAPR, gegründet auf Beschluß des III. Parteitags. Das Plenum des Zentralkomitees der Partei beschloß am 27. April (10. Mai) 1905, W. I. Lenin zum verantwortlichen Redakteur des ZO zu bestellen. Der „Proletari" wurde vom 27. (14.) Mai bis 25. (12.) November 1905 in Genf herausgegeben; es erschienen 26 Nummern. Ständige Mitarbeiter der Redaktion waren W. W. Worowski, A. W. Lunatscharski und M. S. Olminski. Der „Proletari" setzte die Linie der alten, Leninschen „Iskra" und des bolschewistischen „Wperjod" (Vorwärts) fort. Lenin schrieb für die Zeitung etwa 90 Artikel und Notizen. Seine Artikel aus dem „Proletari" wurden von den lokalen Presseorganen der Bolschewiki nachgedruckt und erschienen auch als Flugblätter.

Bald nachdem Lenin im November 1905 nach Rußland abgereist war, stellte der „Proletari" sein Erscheinen ein. Die letzten beiden Nummern (25 und 26) erschienen unter der Redaktion von W. W. Worowski. *30*

[14] Der *Beschluß über Maßnahmen zum Kampf gegen die Aussperrung* wurde von Lenin am 13. (26.) November 1905 auf der Plenarsitzung des Petersburger Sowjets der Arbeiterdeputierten vorgeschlagen und am nächsten Tag vom Exekutivkomitee des Sowjets angenommen. Über die Bedeutung dieses Beschlusses siehe Lenins Artikel „Eine mißglückte Provokation" (im vorliegenden Band, S. 37/38). *35*

[15] Die *Tagung der Semstwo- und Städtevertreter* fand in Moskau vom 6. bis 13. (19. bis 26.) November 1905 statt. Die Tagung sprach sich gegen die Einberufung einer konstituierenden Versammlung aus und äußerte die Hoffnung, daß es der Reichsduma gelingen werde, der Bauernunruhen Herr zu werden, indem sie den Bauern kleine Parzellen Anteilland zumesse. *38*

[16] *„Rus"* (Rußland) – bürgerlich-liberale Tageszeitung; erschien von Dezember 1903 bis Juni 1908 in Petersburg mit Unterbrechungen und unter verschiedenen Namen: „Rus", „Molwa" (Die Kunde), „XX Wek" (20. Jahrhundert). *39*

[17] Gemeint ist der Einsatz von Truppen zur Unterdrückung der ungarischen Revolution 1849 durch den Zaren Nikolaus I. *39*

[18] *„Nascha Shisn"* (Unser Leben) – Tageszeitung liberaler Richtung; sie erschien mit Unterbrechungen vom 6. (19.) November 1904 bis 11. (24.) Juli 1906 in Petersburg. *45*

[19] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 4, S. 462–474. *45*

[20] Der Artikel *„Die sterbende Selbstherrschaft und die neuen Organe der Volksmacht"* wurde vom Komitee der vereinigten sozialdemokratischen Organisationen der Stadt Nikolajew am 14. (27.) Dezember 1905 als Flugblatt herausgegeben und in Nr. 2 der Zeitung „Sabaikalski Rabotschi" (Der Arbeiter Transbaikaliens), dem Organ des Tschitaer Komitees der SDAPR, vom 18. (31.) Dezember 1905 nachgedruckt. *52*

[21] *„Slowo"* (Das Wort) – Tageszeitung; erschien 1903–1909 in Petersburg; es war zunächst das Organ der rechten Semstwoleute, dann von November 1905 bis Juli 1906 das Organ der Partei der Oktobristen und später das Organ der konstitutionell-monarchistischen Partei der „friedlichen Erneuerer", die sich im Grunde genommen durch nichts von den Oktobristen unterschieden. *53*

[22] *„Partei der Rechtsordnung"* – konterrevolutionäre Partei der großen Industrie- und Handelsbourgeoisie, der Gutsbesitzer und der Oberschichten der Bürokratie. Sie wurde im Herbst 1905 gegründet. Die Partei trat rückhaltlos für das zaristische Regime ein, begrüßte die Auseinanderjagung der I. Duma und bildete während der Wahlen zur II. Duma einen Block mit den Schwarzhundertern vom „Bund der wahrhaften Russen". 1907 zerfiel die Partei. *58*

[23] *Kalenden* – Benennung des ersten Tages im Monat bei den alten Römern. Die Griechen kannten diese Bezeichnung nicht. Aufschieben bis zu den griechischen Kalenden bedeutet somit, etwas niemals verwirklichen, eine Sache scheitern lassen. *65*

[24] *„Osvoboshdenije"* (Die Befreiung) – Halbmonatsschrift der bürgerlichen Liberalen, die unter der Redaktion von P. B. Struve 1902–1905 im Ausland erschien. Von Januar 1904 ab wurde sie zum Organ des liberal-monarchistischen „Bundes der Befreiung". Später bildeten die „Oswoboshdenzen" den Kern der Partei der Kadetten. *66*

[25] *Radikaldemokraten* – Mitglieder einer kleinbürgerlichen Organisation, die von Ende 1905 bis Anfang 1906 bestand und eine Mittelstellung zwischen den Kadetten und den Menschewiki einnahm. Die Radikaldemokraten forderten die demokratische Republik, waren aber bereit, sich auch mit einer konstitutionellen Monarchie abzufinden, in der das Kabinett dem Parlament verantwortlich sein sollte. In der Agrarfrage traten sie für die Expropriierung der Privatländereien gegen eine geringe Entschädigung ein. Die Organisation der Radikaldemokraten zerfiel sehr bald, ihre ehemaligen Mitglieder schlossen sich den halbkadettischen Presseorganen „Bes Saglawija" (siehe Anmerkung 67) und „Towarischtsch" (Der Gefährte) an. *66*

[26] Siehe Friedrich Engels, „Programm der blanquistischen Kommuneflüchtlinge", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 18, S. 532. *73*

[27] Die *Konferenz der „Mehrheit" in Tammerfors* (Finnland) fand vom 12. bis 17. (25. bis 30.) Dezember 1905 an Stelle des vom ZK vorgesehenen und angekündigten ordentlichen Parteitages statt, der infolge der beginnenden revolutionären Ereignisse (Streik der Eisenbahner, Moskauer bewaffneter Aufstand) nicht durchgeführt werden konnte. An der Tammerforser Konferenz nahmen Vertreter von 26 bolschewistischen Organisationen teil. Die Konferenz begann mit Berichten der Ortsorganisationen. Lenin hielt Referate über die politische Lage und über die Agrarfrage. Die Konferenz nahm die von ihm eingebrachten Resolutionen zur Agrarfrage und zur Reorganisation der Partei an. Sie sprach sich dafür aus, die Einheit der Partei wiederherzustellen und die praktischen Zentralleitungen der Bolschewiki und der Menschewiki sowie ihre zentralen Presseorgane auf paritätischer Grundlage zu verschmelzen, und beauftragte das Vereinigte ZK, den Vereinigungsparteitag einzuberufen. Auf der Konferenz wurde auch die Stellung zur Reichsduma erörtert. Die Konferenz nahm eine Resolution über den Boykott der I. Reichsduma an, die von einer Kommission unter Mitwirkung Lenins ausgearbeitet worden war. Da in Moskau bereits der bewaffnete Aufstand im Gange war, beendete die Konferenz auf Lenins Antrag schleunigst ihre Arbeit, und die Delegierten fuhren zu ihren örtlichen Organisationen zurück, um persönlich am Aufstand teilzunehmen.

Die Resolutionen der Konferenz wurden vom ZK als Sonderdruck herausgegeben und in Nr. 1 der Zeitung „Molodaja Rossija" (Das junge Rußland)

vom 4. (17.) Januar 1906 veröffentlicht. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 98–101, russ.) *76*

[28] Lenins Artikel *„Die Arbeiterpartei und ihre Aufgaben in der gegenwärtigen Lage"* erschien am 4. (17.) Januar 1906 in der Wochenzeitung für Gesellschaft, Politik und Literatur „Molodaja Rossija", dem legalen Presseorgan der sozialdemokratischen Studenten. Das Polizeidepartement erwirkte sofort einen Haftbefehl gegen den Verfasser des Artikels. Die erste und einzige Nummer der „Molodaja Rossija", die in Petersburg mit Lenins Artikel herauskam, wurde beschlagnahmt und der Redakteur verhaftet. *81*

[29] Gemeint ist der Moskauer bewaffnete Aufstand vom Dezember 1905. *82*

[30] *„Nowoje Wremja"* (Neue Zeit) – Tageszeitung, die von 1868 bis Oktober 1917 in Petersburg erschien. Zu Beginn gemäßigt liberal, wurde sie ab 1876 zum Organ reaktionärer Kreise des Adels und der beamteten Bürokratie. Die Zeitung bekämpfte nicht nur die revolutionäre, sondern auch die bürgerlich-liberale Bewegung. Ab 1905 wurde sie ein Organ der Schwarzhunderter. Lenin bezeichnete das „Nowoje Wremja" als Musterbeispiel einer käuflichen Zeitung. *82*

[31] *Gesetz vom 11. (24.) Dezember 1905* – neues Gesetz über die Wahlen zur Reichsduma. Zum Unterschied von der alten, „beratenden" Bulyginschen Duma (Erlaß vom 6. August 1905) sah das Gesetz die Schaffung einer „gesetzgebenden" Duma vor. Nach diesem Gesetz wurden die Wähler in vier Kurien geteilt: die Grundbesitzerkurie (die Gutsherren), die Städtekurie (die Bourgeoisie), die Bauernkurie und die Arbeiterkurie. Die Stimme eines Gutsbesitzers entsprach den Stimmen von drei Angehörigen der städtischen Bourgeoisie, den Stimmen von 15 Bauern und den Stimmen von 45 Arbeitern. Das Gesetz sicherte dem Häuflein der Gutsbesitzer und Kapitalisten in der Duma ein gewaltiges Übergewicht. *91*

[32] Gemeint ist das sogenannte „Finanzmanifest", das mit den Unterschriften des Petersburger Sowjets der Arbeiterdeputierten, des Zentralkomitees der SDAPR, des Hauptvorstands des Gesamtrussischen Bauernbundes und anderer Organisationen am 2. (15.) Dezember 1905 in der sozialdemokratischen und liberalen Presse veröffentlicht wurde. Das Manifest erklärte, es sei notwendig, der zaristischen Regierung die Finanzeinkünfte zu entziehen, und forderte die Bevölkerung auf, die Ablöse- und alle sonstigen Zahlungen an den Fiskus einzustellen und die Einlagen bei den Spar- und Kreditkassen sowie bei der Staatsbank abzuheben.

Das Büro des Verbands der Verbände beschloß in seiner Sitzung vom 4. (17.) Dezember 1905, auf der ordentlichen Tagung des Verbands den Anschluß an dieses Manifest zu behandeln. Die im Januar 1906 abgehaltene IV. Konferenz des Verbands der Verbände erörterte diese Frage jedoch nicht. *95*

33 Der Artikel *„Die gegenwärtige Lage Rußlands und die Taktik der Arbeiterpartei"* wurde in Nr. 1 der „Partinyje Iswestija" veröffentlicht.

„Partinyje Iswestija" (Parteinachrichten) – Presseorgan des Vereinigten ZK der SDAPR, gegründet nach der Verschmelzung des bolschewistischen Zentralkomitees und der menschewistischen Organisationskommission entsprechend einem Beschluß der Tammerforser Konferenz. Die Zeitung erschien kurz vor dem IV. (Vereinigungs-) Parteitag illegal in Petersburg. Der Redaktion der „Partinyje Iswestija" gehörten paritätisch Redakteure des bolschewistischen und des menschewistischen Presseorgans (des „Proletari" und der neuen „Iskra") an. Die Bolschewiki waren durch Lenin, Lunatscharski und andere vertreten. Es kamen zwei Nummern heraus, und zwar im Februar und im März 1906. In Nr. 2 der „Partinyje Iswestija" erschien Lenins Artikel „Die russische Revolution und die Aufgaben des Proletariats" mit der Unterschrift „Ein Bolschewik". Nach dem IV. (Vereinigungs-) Parteitag der SDAPR stellten die „Partinyje Iswestija" ihr Erscheinen ein, da die Bolschewiki und die Menschewiki wieder eigene Presseorgane herausgaben. *101*

34 *„Dnewnik Sozialdemokrata"* (Tagebuch eines Sozialdemokraten) – von G. W. Plechanow in zwangloser Folge herausgegebene Zeitschrift, die mit großen Unterbrechungen in Genf erschien. Von März 1905 bis April 1912 kamen insgesamt 16 Nummern heraus. 1916 wurde der „Dnewnik" in Petrograd neu herausgegeben, es erschien aber nur eine Nummer. *102*

35 Die *Petersburger Stadtkonferenz der SDAPR* war vom Petersburger Komitee für den 11. (24.) Februar 1906 einberufen worden, um die Stellung zur Reichsduma zu klären. Lenin leitete die Konferenz, auf der 65 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend waren. Die Wahlen zur Konferenz hatten stattgefunden, nachdem über die taktischen Plattformen der Bolschewiki und der Menschewiki diskutiert und abgestimmt worden war; auf 30 abstimmende Parteimitglieder kam ein Delegierter. Bei den Wahlen hatten die Bolschewiki eine beträchtliche Mehrheit erhalten. Die Menschewiki forderten, die Stimmen der Landbezirksorganisation der SDAPR, die fast durchweg bolschewistisch war, für ungültig zu erklären. Die Konferenz bestätigte indes die Vertretung der Landbezirksorganisation. Sie nahm den Rechenschaftsbericht des Petersburger Komitees entgegen und stimmte der Resolution Lenins zu, welche die Vertretung auf der Konferenz als rechtmäßig anerkannte, die Konferenz für

gültig und ihre Beschlüsse für bindend erklärte. Das Referat über die Stellung zur Reichsduma hielt Lenin (im Konferenzprotokoll fehlt Lenins Referat). Am Schluß des Referats verlas Lenin seine Resolution über die Taktik des aktiven Boykotts. Die Menschewiki legten eine eigene Resolution vor. Die Mehrheit der Konferenzteilnehmer stimmte für den aktiven Boykott der Duma.

Zur Erörterung und endgültigen Bestätigung der Resolution über die Taktik des aktiven Boykotts wurde Ende Februar–Anfang März 1906 eine zweite Stadtkonferenz der Petersburger Organisation einberufen. Es waren 62 Delegierte anwesend. Nach der Diskussion, in der Lenin mehrere Male sprach, nahm die Konferenz die von ihm vorgelegte Resolution als Grundlage an. Zur Überarbeitung der Resolution wurde eine Redaktionskommission gewählt, der Lenin angehörte. Die Menschewiki lehnten die Mitarbeit in der Kommission ab und verließen die Konferenz. *109*

[36] *Akim* – der Menschewik L. I. Goldman, Konferenzteilnehmer. *109*

[37] W. I. Lenin spricht davon, wie sich Petersburger Arbeiter über die Duma lustig gemacht hatten. Im Februar 1906 fertigten die Arbeiter einer Petersburger Maschinenfabrik eine Strohpuppe an, hängten ihr ein Schild „Abgeordneter der Reichsduma" um und führen sie in der Fabrik spazieren. *114*

[38] *„Verband vom 17. Oktober"* oder *„Oktobristen"* – im November 1905 gegründete konterrevolutionäre Partei der Großindustriellen und der kapitalistisch wirtschaftenden Großgrundbesitzer. In Worten das Manifest vom 17. Oktober anerkennend, in dem der Zar, erschreckt durch die Revolution, dem Volk „bürgerliche Freiheiten" und eine Verfassung versprochen hatte, unterstützten die Oktobristen vorbehaltlos die Innen- und Außenpolitik der zaristischen Regierung. Führer der Oktobristen waren der Großindustrielle A. Gutschkow und der Latifundienbesitzer M. Rodsjanko. *114*

[39] Auf der (II.) Petersburger Konferenz der SDAPR erklärte der führende Menschewik Dan zum erstenmal offen, daß eine Beteiligung an der Duma zulässig sei, wobei er sich auf die Haltung der sozialdemokratischen Organisation von Poltawa berief, die sich in diesem Sinne geäußert hatte. Bis dahin hatten die Menschewiki die halbschlächtige Losung ausgegeben: an den Wahlen der Bevollmächtigten und Wahlmänner teilnehmen, aber nicht zur Duma wählen. (Siehe das Flugblatt des Vereinigten ZK der SDAPR „An die Partei" vom Januar 1906.) *115*

[40] Der *Vereinigte Landtag von 1847* – gesetzberatende Versammlung der Provinzialstände in Preußen, die im April 1847 von Friedrich Wilhelm IV. einberufen wurde. Die beschränkten Rechte des Vereinigten Landtags und sein ständischer Charakter riefen bei der Bourgeoisie Preußens Unzufriedenheit

hervor. Die Auflösung des Vereinigten Landtags im Juni 1847 durch den König trug zum Anwachsen der revolutionären Bewegung in Deutschland bei. *115*

[41] Lenin verfaßte das Flugblatt *„An alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Stadt Petersburg und Umgebung"* nach der Petersburger Stadtkonferenz der SDAPR am 11. (24.) Februar 1906 auf Grund der dort gefaßten Beschlüsse. *118*

[42] Der *Resolutionsentwurf über die Taktik des Boykotts* war von Lenin auf der Petersburger Konferenz in der Sitzung vom 11. (24.) Februar 1906 eingebracht worden. Der ursprüngliche Entwurf ist verlorengegangen. Er wurde auf der zweiten Petersburger Konferenz Ende Februar–Anfang März 1906 beraten und von einer eigens zu diesem Zweck gewählten Kommission, der auch Lenin angehörte, redaktionell überarbeitet. *122*

[43] Das *Gesetz vom 20. Februar 1906* und zwei Ukase an den Senat über die Reichsduma und den Reichsrat machten alle im Manifest vom 17. Oktober 1905 von der zaristischen Regierung gegebenen Versprechungen zunichte. Durch das Gesetz wurde der Reichsrat aus einer beratenden zu einer gesetzgebenden Körperschaft. Der Reichsrat, dessen Mitglieder zur Hälfte vom Zaren ernannt und zur Hälfte aus den Schwarzhunderterkreisen des Adels, der Großkapitalisten und der Geistlichkeit gewählt wurden, erhielt das gesetzliche Recht, jeden beliebigen Beschluß der Duma entweder zu bestätigen oder zu verwerfen. *123*

[44] *„Schipowsches konstitutionelles" Regime* – durch die vom „Zaren gewährte" Konstitution leicht gemildertes Regime der Polizeiwillkür. D. N. Schipow, ein gemäßigter Liberaler, war in den neunziger Jahren und zu Beginn des 20. Jahrhunderts Führer der Semstwobewegung. 1905 war er einer der Führer der konterrevolutionären Partei der Oktobristen. Lenin bezeichnete das politische Programm Schipows, das auf die Verhältnisse des Polizeiregimes zugeschnitten war, als „Semstwo-Subatowiade". *126*

[45] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 7, S. 250–254, 306 und 308. *128*

[46] Siehe Friedrich Engels, „Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 21, S. 221. *128*

[47] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, „Revue. Mai bis Oktober", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 7, S. 440. *128*

[48] Siehe z. B. Friedrich Engels, „Revolution und Kontrerevolution in Deutschland", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 8, S. 77, 96, und „Einleitung"

zu Karl Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 22, S. 519–524. *132*

[49] Es handelt sich um die „Einleitung" von Friedrich Engels zu Karl Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850". Die opportunistische Führung der deutschen Sozialdemokratie veröffentlichte die „Einleitung" 1895 in entstellter Form und legte sie so aus, als beinhalte sie eine Abkehr vom bewaffneten Aufstand und vom Barrikadenkampf.

Der volle Wortlaut der „Einleitung" nach Engels' Manuskript wurde erstmalig in der Sowjetunion veröffentlicht. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 22, S. 509–527.) *133*

[50] *Brentano, Lujo* – Vertreter des sogenannten „Kathedersozialismus" in der deutschen bürgerlichen politischen Ökonomie. Nach ihm benannt ist der „Brentanoismus", „eine bürgerlich-liberale Lehre, die einen nichtrevolutionären ‚Klassen'kampf des Proletariats anerkennt" (Lenin, Werke, Bd. 28, S. 227) und zugleich behauptet, es sei möglich, die Arbeiterfrage im Rahmen des Kapitalismus auf dem Wege der Fabrikgesetzgebung und der gewerkschaftlichen Organisation zu lösen. *135*

[51] Die *Taktische Plattform der Bolschewiki zum Vereinigungsparteitag der SDAPR* wurde in der zweiten Februarhälfte 1906 ausgearbeitet. Alle Resolutionen der Plattform außer der Resolution „Die Klassenaufgaben des Proletariats im gegenwärtigen Abschnitt der demokratischen Revolution" verfaßte Lenin. In Beratungen führender Parteifunktionäre in Kuokkala (Finnland), wo Lenin kurze Zeit lebte, fanden Vorbesprechungen über die Plattform statt.

Die Plattform wurde Anfang März in Moskau auf einer Versammlung von Mitgliedern des Moskauer Komitees, der Agitatoren- und Propagandistengruppe, der Publizistengruppe, des Moskauer Büros des ZK, von Mitgliedern des Landbezirkskomitees und anderen Parteifunktionären in Anwesenheit Lenins und dann Mitte März in Petersburg in einer Beratung unter Lenins Vorsitz erörtert. Am 20. März (2. April) wurde die taktische Plattform der Bolschewiki in Nr. 2 der „Partinyje Iswestija" veröffentlicht und des weiteren vom Vereinigten ZK der SDAPR und vom Vereinigten Petersburger Komitee der SDAPR in Flugblättern herausgegeben. *139*

[52] Gemeint ist das Flugblatt des Vereinigten ZK der SDAPR „An die Partei", das im Februar 1906 herauskam und eine Analyse der Fragen enthielt, die mit der Einberufung des IV. (Vereinigungs-) Parteitags zusammenhingen. *141*

[53] Da in der Agrarfrage, besonders vor dem IV. (Vereinigungs-) Parteitag der SDAPR, scharfe Meinungsverschiedenheiten auftraten, bildete das Vereinigte ZK eine Kommission, der Lenin angehörte, und beauftragte sie, diese Frage

für den Parteitag vorzubereiten. Die Kommission faßte alle damals in der russischen Sozialdemokratie vorhandenen Anschauungen über die Agrarfrage in vier grundlegenden Entwürfen zusammen und legte sie dem Parteitag vor. Die Mehrheit der Kommission stellte sich auf den Standpunkt Lenins, dessen Entwurf dem Parteitag als Entwurf der Mehrheit der Agrarkommission des Vereinigten ZK der SDAPR eingereicht wurde. Auf Beratungen, die dem Parteitag vorausgingen, bestätigten die Bolschewiki im März 1906 Lenins Entwurf zusammen mit der taktischen Plattform. *142*

[54] Die Broschüre *„Die Revision des Agrarprogramms der Arbeiterpartei"* stellt eine Begründung des bolschewistischen Entwurfs dar, den die Mehrheit der Agrarkommission des Vereinigten ZK der SDAPR dem IV. (Vereinigungs-) Parteitag unterbreitete. In der Broschüre sind die Grundgedanken enthalten, die Lenin später im Referat zur Agrarfrage auf dem Vereinigungsparteitag darlegte. *157*

[55] *„Sozialdemokrat"* – Almanach für Literatur und Politik, herausgegeben von der Gruppe „Befreiung der Arbeit"; es erschien nur ein Band, und zwar 1888. *162*

[56] Die Gruppe „Borba" bestand in Paris von 1900 bis 1903. Sie wurde auf Beschluß des II. Parteitags aufgelöst, weil sie von den Anschauungen und der Taktik der Sozialdemokratie abwich, sich desorganisierend betätigte und mit den sozialdemokratischen Organisationen in Rußland keine Verbindung hatte.

Lenin meint den von der Gruppe 1903 veröffentlichten Entwurf eines Agrarprogramms. Der Entwurf enthielt die Forderung, die Gutsbesitzerländereien zu konfiszieren. *164*

[57] X. – Pseudonym des Menschewiks P. P. Maslow. *164*

[58] *„Prawda"* (Die Wahrheit) – sozialdemokratische Monatsschrift für Kunst, Literatur und Gesellschaft, an der hauptsächlich Menschewiki mitarbeiteten; erschien in Moskau 1904–1906. *166*

[59] Der Sammelband *„Die gegenwärtige Lage"* erschien Anfang 1906 in Moskau. Er wurde von einer Gruppe Publizisten und Lektoren des Moskauer Komitees der SDAPR zusammengestellt und spiegelte im wesentlichen den bolschewistischen Standpunkt wider. Kurz nach seinem Erscheinen wurde der Sammelband beschlagnahmt. *168*

[60] *„Mir Boshi"* (Die Welt Gottes) – literarische und populärwissenschaftliche Monatsschrift liberaler Richtung, die von 1892 bis 1906 in Petersburg erschien. Während der ersten russischen Revolution arbeiteten Menschewiki an

der Zeitschrift mit. Ab Oktober 1906 erschien die Zeitschrift unter dem neuen Titel „Sowremenny Mir" (Die Welt der Gegenwart). *168*

61 *„Moskowskije Wedomosti"* (Moskauer Nachrichten) – im Jahre 1756 gegründete Zeitung; seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts vertrat die Zeitung die Ansichten der reaktionärsten monarchistischen Kreise der Gutsbesitzer und der Geistlichkeit; ab 1905 war sie eines der maßgebenden Organe der Schwarzhunderter. Während der ersten russischen Revolution war ihr Redakteur W. Gringmut, Organisator der „Russischen monarchistischen Partei". Kurz nach der Oktoberrevolution 1917 wurde die Zeitung verboten. *171*

62 *Vierpunktewahlsystem* – Bezeichnung für allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht. *175*

63 Gemeint ist der Ukas des Zaren vom 8. (21.) März, der am 11. (24.) März 1906, während der Wahlen zur I. Reichsduma, veröffentlicht wurde. Für Anstiftung zum Boykott der Dumawahlen sah das Gesetz Gefängnisstrafen von 4 bis 8 Monaten vor. *200*

64 *„Russkije Wedomosti"* (Russische Nachrichten) – Zeitung, die ab 1863 in Moskau erschien; sie vertrat die Anschauungen der gemäßigten liberalen Intelligenz. Anfang 1905 wurde sie zum Organ des rechten Flügels der Kadetten. Bald nach der Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 wurde sie verboten.

Die Angaben über die Wahlmänner entnahm Lenin der Notiz „Die Wahlen" in Nr. 76 der „Russkije Wedomosti" vom 19. März (1. April) 1906. *205*

65 *„Poljarnaja Swesda"* (Der Polarstern) – Wochenschrift, Organ des rechten Flügels der Kadettenpartei; erschien unter der Redaktion von P. B. Struve 1905–1906 in Petersburg. Im April und Mai 1906 erschien statt der „Poljarnaja Swesda" die Zeitschrift „Swoboda i Kultura" (Freiheit und Kultur). *211*

66 Gemeint ist der Artikel des reaktionären Publizisten M. N. Katkow „Aufdeckung der Begleitumstände der Tat vom 1. März", der in Nr. 65 der „Moskowskije Wedomosti" vom 6. (18.) März 1881 veröffentlicht worden war. *224*

67 *„Bes Saglawija"* (Ohne Titel) – Wochenschrift, die 1906 von einer halbkadettischen Gruppe (J. D. Kuskowa, S. N. Prokopowitsch, W. J. Bogutscharski und anderen) in Petersburg herausgegeben wurde. Die „Bessaglawzen" bekannten sich offen zum Revisionismus, sie unterstützten die Menschewiki und die Liberalen und waren gegen eine selbständige Politik des Proletariats. Lenin nannte die „Bessaglawzen" menschewisierende Kadetten oder kadettisierende Menschewiki. *246*

[68] Im März 1885 stimmte die opportunistische Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die Subvention von Dampferverbindungen mit Ostasien und Australien und versuchte so, der sozialdemokratischen Partei eine auf die Unterstützung der Bismarckschen Kolonialpolitik gerichtete Taktik aufzuzwingen. Die revolutionären sozialdemokratischen Parteimitglieder und das Zentralorgan „Der Sozialdemokrat", von Friedrich Engels maßgeblich unterstützt, der scharfe Kritik an den Opportunisten übte, lehnten dieses entschieden ab und zwangen die opportunistischen Reichstagsabgeordneten zum Rückzug. In der 2. und 3. Lesung stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion geschlossen gegen die Dampfersubvention. Die revolutionären Mitgliedermassen hatten den Opportunisten eine solche Abfuhr erteilt, daß diese es bis zum Ende des Sozialistengesetzes nicht mehr wagten, offen gegen die revolutionäre Politik und Taktik der Partei aufzutreten. *249*

[69] Als Reaktion auf die opportunistische Haltung einiger Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion entstand nach dem Sieg der deutschen Sozialdemokratie über das Sozialistengesetz in der sozialdemokratischen Partei eine kleinbürgerliche, linksopportunistische Gruppe, die „Jungen". Ihre Wortführer waren in der Hauptsache junge Literaten und Studenten. Sie lehnten den parlamentarischen Kampf der Partei ab. Friedrich Engels nannte die „Jungen" Helden der revolutionären Phrase, die „intrigieren und klüngeln" und dadurch die Partei desorganisieren. Auf dem Erfurter Parteitag 1891 wurden die „Jungen" aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. *249*

[70] *„Severny Golos"* (Stimme des Nordens) – legale Tageszeitung, vereinigtes Presseorgan der SDAPR, das vom 6. (19.) Dezember 1905 an unter gemeinsamer Redaktion von Bolschewiki und Menschewiki in Petersburg erschien. Ab Nr. 3 vom 8. (21.) Dezember 1905 wurde die Zeitung „Sewerny Golos" verboten. Sie wurde weitergeführt als „Nasch Golos" (Unsere Stimme), von der indes nur eine Nummer am 18. (31.) Dezember 1905 erschien. *250*

[71] Siehe den Artikel von Friedrich Engels „Marx und die ‚Neue Rheinische Zeitung' 1848–1849", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 21, S. 16–24; siehe auch Werke, Bd. 5, S. 11–457, und Bd. 8, S. 44–48. *260*

[72] Siehe die Schrift „Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei" von Friedrich Engels, Hamburg 1865 (Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 16, S. 37–78), und die Rezension darüber von Karl Marx (ebenda, S. 84/85). *260*

[73] Lenin kritisierte den bürgerlichen Liberalismus, der sich politisch später um die Zeitschrift „Oswoboshdenije" zusammenschloß, in dem Artikel „Die Ver-

folger des Semstwos und die Hannibale des Liberalismus", der 1901 in Nr. 2–3 der „Sarja" erschien. (Siehe Werke, Bd. 5, S. 21–73.) Die ersten Nummern des „Oswoboshdenije" kritisierte Lenin in den Artikeln: „Der Entwurf zu einem neuen Streikgesetz", „Politischer Kampf und politische Kannegießerei", „Herr Struve, von seinem Mitarbeiter entlarvt", die in der „Iskra" veröffentlicht wurden. (Siehe Werke, Bd. 6, S. 209–218, 245–253, 348–355.) *272*

[74] Siehe Karl Marx, „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 7, S. 9–107. *275*

[75] Der *Vierte (Vereinigungs-) Parteitag der SDAPR* fand vom 10. bis 25. April (23. April bis 8. Mai) 1906 in Stockholm statt.

Auf dem Parteitag waren 112 Delegierte mit beschließender Stimme, die 57 Lokalorganisationen der Partei vertraten, und 22 Delegierte mit beratender Stimme anwesend. Außerdem nahmen Vertreter der nationalen sozialdemokratischen Parteien teil: je drei von der Sozialdemokratie Polens und Litauens; vom „Bund" und von der Lettischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, je einer von der Ukrainischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Finnischen Arbeiterpartei sowie ein Vertreter der Bulgarischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Die Hauptpunkte auf dem Parteitag waren: die Agrarfrage, die Beurteilung der Lage und der Klassenaufgaben des Proletariats, die Stellung zur Reichsduma und Organisationsfragen. Bei allen Punkten kam es zu einem heftigen Kampf zwischen Bolschewiki und Menschewiki. Lenin hielt Referate und Reden zur Agrarfrage, über die gegenwärtige Lage, über die Taktik hinsichtlich der Dumawahlen, über den bewaffneten Aufstand und zu anderen Fragen.

Das Übergewicht der Menschewiki auf dem Parteitag, obzwar nur unbeträchtlich, bestimmte den Charakter der Parteitagsbeschlüsse. Zu einer Reihe von Fragen nahm der Parteitag menschewistische Resolutionen an (Agrarprogramm, Stellung zur Reichsduma u. a.). Paragraph 1 des Parteistatuts über die Mitgliedschaft nahm der Parteitag in der Leninschen Fassung an. Er nahm in die SDAPR die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens sowie die Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei auf und traf einen Vorentscheid über den Wiedereintritt des „Bund" in die SDAPR.

Dem auf dem Parteitag gewählten ZK gehörten 3 Bolschewiki und 7 Menschewiki an, der Redaktion des ZO nur Menschewiki.

Lenin analysierte die Arbeit des Parteitags in der Broschüre „Bericht über den Vereinigungsparteitag der SDAPR". (Siehe den vorliegenden Band, S. 317–386.) *277*

[76] Lenins Referat zur Agrarfrage auf dem IV. (Vereinigungs-) Parteitag fehlt in

den Parteitagsprotokollen und ist bis jetzt nicht aufgefunden worden. In den meist von Menschewiki redigierten Parteitagsprotokollen befindet sich auch nicht die Niederschrift von Lenins Referat über die gegenwärtige Lage und sein Schlußwort über die Stellung zur Reichsduma. Die anderen Reden Lenins sind in den Protokollen nur sehr unvollständig wiedergegeben. *279*

[77] *John* – der Menschewik P. P. Maslow. *279*

[78] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 6, S. 107. *281*

[79] *Kartwelow* – der kaukasische Menschewik N. G. Tschitschinadse. *286*

[80] *Borissow* – S. A. Suworow, unterstützte auf dem IV. (Vereinigungs-) Parteitag der SDAPR die Bolschewiki. *286*

[81] Lenin zitiert frei aus den Thesen über Feuerbach von Karl Marx den Satz: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern." (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 3, S. 3 und 535.) *287*

[82] *„Russkoje Gossudarstwo"* (Das Russische Reich) – Zeitung, Regierungsblatt; erschien vom 1. (14.) Februar bis 15. (28.) Mai 1906 in Petersburg. *288*

[83] *Ptizyn* – der Menschewik B. I. Solowejtschik. *290*

[84] *Leonow* – der Menschewik W. O. Lewizki (Zederbaum). *290*

[85] Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 7, S. 76. *291*

[86] Bolschewiki wie Menschewiki waren mit fertigen Resolutionsentwürfen über die Stellung zur Reichsduma zum Vereinigungsparteitag gekommen. Vor Eintritt in die Debatte über diese Frage wurden auf dem Parteitag, der stattfand, als die Dumawahlen in den Zentralgebieten Rußlands schon vorbei waren, neue Resolutionsentwürfe vorgelegt. Lenin verlas in der 17. Sitzung des Parteitags in seinem Korreferat zur Dumafrage den von ihm verfaßten neuen Entwurf. Der Entwurf wurde nach dem Vereinigungsparteitag in Nr. 12 der „Wolna" vom 9. (22). Mai 1906 mit einem Nachwort Lenins veröffentlicht. (Siehe den vorliegenden Band, S. 405.)

„Wolna" (Die Woge) – legale bolschewistische Tageszeitung, die vom 26. April (9. Mai) bis 24. Mai (6. Juni) 1906 in Petersburg herausgegeben wurde. Es erschienen 25 Nummern. Ab Nr. 9 vom 5. (18.) Mai 1906 (nach Schluß des IV. Parteitags und nach der Ankunft Lenins aus Stockholm) wurde die Zeitung faktisch von Lenin redigiert. Es wurden in ihr mehr als 20 Artikel Lenins veröffentlicht. An der Redaktionsarbeit beteiligten sich W. W. Worowski und M. S. Olminski. Die Zeitung war fortwährend polizeilichen Repressa-

lien ausgesetzt. Die Nummern 10, 18, 19, 22, 23, 24 und 25 wurden eingestampft. Schließlich wurde die „Wolna" von der zaristischen Regierung verboten. An ihrer Stelle erschien die legale bolschewistische Zeitung „Wperjod". *293*

[87] Lenin meint einen Zwischenfall in der 21. Sitzung des Parteitags. Nachdem die Menschewiki den von den Bolschewiki zum letzten Absatz der menschewistischen Resolution über die Reichsduma eingebrachten Abänderungsantrag abgelehnt hatten, forderten zehn bolschewistische Delegierte, unter ihnen auch Lenin, namentliche Abstimmung darüber. In diesem Zusammenhang beschuldigte ein Menschewik, Delegierter der Charkower Organisation, die Bolschewiki, daß sie „Agitationsmaterial gegen die Autorität der Parteitagsbeschlüsse sammeln und dadurch die Arbeit des Parteitags hemmen". Daraufhin gab Lenin im Namen der Bolschewiki eine Erklärung ab, in welcher er feststellte, daß die Menschewiki engen Fraktionsgeist an den Tag legen. (Siehe den vorliegenden Band, S. 309.) *300*

[88] *Worobjow* – der kaukasische Menschewik W. B. Lomtatidse. *300*

[89] Die Bolschewiki bezeichneten auf dem Parteitag die menschewistische Resolution „über den bewaffneten Aufstand" als eine Resolution „gegen den bewaffneten Aufstand". Lenin hob das in seinem „Bericht über den Vereinigungsparteitag der SDAPR" hervor. (Siehe den vorliegenden Band, S. 370.) *300*

[90] *Winter* – L. B. Krassin. *300*

[91] *Akimow, W. P.* (Machnowez) – extremer Opportunist, ein Ideologe des Ökonomismus, der sich dem rechten Flügel der Menschewiki angeschlossen hatte; in der 22. Sitzung des Parteitags hielt er ein Referat über den bewaffneten Aufstand und sprach sich offen gegen den Aufstand aus. *301*

[92] Der *erste Punkt des menschewistischen Resolutionsentwurfs über den bewaffneten Aufstand*, der dem Parteitag vorgelegt wurde, lautete: „In der Erwägung 1., daß die bornierte Halsstarrigkeit der russischen Regierung das Volk zwingt, ihr seine Rechte zu entreißen ..." Diese Formulierung stammte von Plechanow. In der Kommission zur Ausarbeitung der Resolution über den bewaffneten Aufstand hatte Plechanow gefordert, die Worte „die Staatsmacht zu entreißen", die im ursprünglichen Entwurf standen, durch die Worte zu ersetzen: „ihr seine Rechte zu entreißen". Als Plechanow auf Widerstand stieß, zog er seine Abänderung zurück. Unmittelbar vor der Parteitagssitzung jedoch legte der menschewistische Teil der Kommission den ersten Punkt der Resolution in der Fassung Plechanows vor. Lenin und der bolschewistische

Teil des Parteitags protestierten heftig gegen die Abänderung, und Plechanow mußte sie endgültig zurückziehen. *302*

[93] Der *Abänderungsantrag Muratows* (M. Morosow, Delegierter der Samarkander Organisation), eingebracht in der 21. Sitzung des Parteitags, forderte: Es soll, da sich die Partei an den Wahlen nicht beteiligt hat, festgestellt werden, daß die Frage der Bildung einer sozialdemokratischen Parlamentsgruppe „nur gelöst werden kann, wenn geklärt wird, welche Sozialdemokraten in die Duma gewählt und ob sie von allen Arbeiterorganisationen, in deren Bezirken Wahlen stattgefunden haben, anerkannt worden sind". (Siehe „Der Vierte (Vereinigungs-) Parteitag der SDAPR", 1934, S. 368/369, russ.) Die menschewistische Mehrheit des Parteitags lehnte diesen Antrag ab. *303*

[94] *Stodolin* – der Bolschewik N. N. Nakorjakow. *304*

[95] Den *„Appell"* schrieb Lenin unmittelbar nach Beendigung des Vereinigungsparteitags. Er wurde auf einer Konferenz bolschewistischer Delegierter, die im Stockholmer Volkshaus stattfand, erörtert und angenommen. Der Appell wurde von 26 bolschewistischen Parteitagsteilnehmern, Vertretern der größten Parteiorganisationen, unterzeichnet. *311*

[96] Die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens hatte ihre Vereinigung mit der SDAPR wiederholt als notwendig bezeichnet und diese Frage mehrmals auf ihren Parteitagen erörtert. Auf dem II. Parteitag der SDAPR (1903), auf dem die Vereinigung zur Debatte stand, trat sie der SDAPR nicht bei, weil es Meinungsverschiedenheiten in der nationalen Frage gab. Im Januar 1906 verhandelte der Hauptvorstand der Sozialdemokratie Polens und Litauens erneut mit dem Vereinigten Zentralkomitee der SDAPR über die Vereinigung. Auf Grund der Besprechungen wurde ein Vertrag entworfen, den der Vertreter der Sozialdemokratie Polens und Litauens dem IV. Parteitag vorlegte. Der Vereinigungsparteitag der SDAPR nahm den Vertragsentwurf mit einigen Abänderungen an. *311*

[97] Die Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei beschloß auf ihrem II. Parteitag im Juni 1905, sich mit der SDAPR zu vereinigen. Vor dem IV. (Vereinigungs-) Parteitag der SDAPR fand im März 1906 die sogenannte „Frühjahrskonferenz der Lettischen SDAP" statt, auf der eine Resolution über den Zusammenschluß der nationalen sozialdemokratischen Organisationen zu einer einheitlichen sozialdemokratischen Partei angenommen und eine Delegation zum Vereinigungsparteitag gewählt wurde. Der IV. (Vereinigungs-) Parteitag der SDAPR nahm eine Entschließung über die Vereinigung mit der Lettischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei an. Die Bedingungen für die Vereinigung

wurden im Sommer 1906 vom III. Parteitag der lettischen Sozialdemokratie gutgeheißen, wonach sie der SDAPR beitrat. *311*

98 Nachdem der „Bund" auf dem II. Parteitag der SDAPR aus der Partei ausgeschieden war, stellte er die Frage der Vereinigung erneut. Der IV. (Vereinigungs-) Parteitag leitete den Beitritt des „Bund" zur SDAPR in die Wege, indem er einen Vertragsentwurf annahm, der von einer speziellen Kommission ausgearbeitet worden war. Ende August (Anfang September) 1906 wurden die vom IV. Parteitag der SDAPR beschlossenen Bedingungen für die Vereinigung mit dem „Bund" vom ordentlichen Kongreß des „Bund" gutgeheißen, wonach dieser der SDAPR zum zweitenmal beitrat. *311*

99 Als auf dem Parteitag Punkt 7 des Organisationsstatuts der Partei behandelt wurde, rief die Frage der Beziehungen zwischen ZK und ZO Meinungsverschiedenheiten hervor. Die Menschewiki bestanden darauf, daß die Redakteure des ZO auf dem Parteitag gewählt werden und man ihnen bei der Behandlung politischer Fragen im ZK beschließende Stimme einräumt. Die Bolschewiki waren dafür, daß die Redaktion des ZO vom Zentralkomitee bestellt wird und daß das ZK berechtigt ist, die Redaktion abzusetzen. Der menschewistischen Mehrheit auf dem Parteitag gelang es, ihren Antrag durchzubringen. Bei der Revision des Statuts auf dem V. (Londoner) Parteitag 1907 wurde dieser Punkt in der Fassung der Bolschewiki angenommen. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 171, russ.) *315*

100 Gegen die Broschüre *„Bericht über den Vereinigungsparteitag der SDAPR (Brief an die Petersburger Arbeiter)"* wüteten Zensur und Polizei. In der Petersburger Druckerei „Delo" (Die Tat), wo die Broschüre gedruckt wurde, hielt die Polizei Haussuchung; die Broschüre wurde mitgenommen und dem Petersburger Presseamt übergeben, das die Beschlagnahme verfügte. Es gelang jedoch, die Herausgabe in Moskau fortzusetzen.

Als Ausgabe des „Wperjod" erschien die Broschüre mit einem Anhang, der die von den Bolschewiki und den Menschewiki vorgelegten Resolutionsentwürfe, die vom Parteitag angenommenen Resolutionen und andere Materialien umfaßte. Lenin bezieht sich in seinen Ausführungen ständig darauf. Die kurze Einleitung zu diesem Anhang beschließt die Broschüre. (Siehe den vorliegenden Band, S. 385/386.) *317*

101 *„Revolutionäre Ukrainische Partei"* (RUP) – eine kleinbürgerliche, nationalistische Organisation, die um 1900 entstand. Im Dezember 1905 änderte die RUP ihren Namen in Ukrainische Sozialdemokratische Arbeiterpartei und

beschloß, sich mit der SDAPR unter der Bedingung zu vereinigen, daß die USDAP als „einzige Vertreterin des ukrainischen Proletariats" in der SDAPR anerkannt werde. Der IV. (Vereinigungs-) Parteitag der SDAPR lehnte den Vorschlag des Vertreters der USDAP ab, die Bedingungen für die Vereinigung sofort zu erörtern, und überließ die Entscheidung hierüber dem Zentralkomitee der SDAPR. Über die Vereinigung kam kein Einvernehmen zustande. Später landete die USDAP im Lager der bürgerlich-nationalistischen Konterrevolution. *322*

102 Die *Mandatsprüfungskommission* wurde in der 1. Sitzung des Parteitags gewählt und bestand aus zwei Bolschewiki, zwei Menschewiki und einem „neutralen" Versöhnler (dem Vorsitzenden der Kommission). Der Parteitag legte die Geschäftsordnung der Mandatsprüfungskommission fest und nahm eine Resolution Lenins an, durch welche die Kommission verpflichtet wurde, dem Parteitag schriftliche Berichte zu erstatten. Die Arbeit der Mandatsprüfungskommission und die Debatten über ihre Berichte in den Plenarsitzungen des Parteitags verliefen in einer Atmosphäre scharfer Auseinandersetzungen zwischen Bolschewiki und Menschewiki. Besonders gespannt wurden die Beziehungen in der 6. Parteitagssitzung, als die Kommission vorschlug, das Mandat des bolschewistischen Delegierten Artamonow (F. A. Sergejew – Artjom) von der Charkower Organisation für ungültig zu erklären. Die Bolschewiki traten aus der Kommission aus, worauf der Parteitag eine neue Mandatsprüfungskommission wählte. *324*

103 Der *Protest von Tifliser Arbeitern gegen die Vollmachten der Tifliser menschewistischen Delegation*, der 200 Unterschriften trug, wurde in der 20. Parteitagssitzung verlesen. Die Arbeiter teilten mit, daß die Tifliser Menschewiki bei der Registrierung der Parteimitglieder die Vorschriften des Parteistatuts der SDAPR mißachtet und außenstehende Personen auf die Mitgliederliste gesetzt hatten. Die Menschewiki hatten derart in Tiflis mehr als 3000 Parteimitglieder „errechnet". Die Tifliser sozialdemokratischen Arbeiter stellten fest, daß Tiflis auf dem Parteitag nicht durch 11 Delegierte vertreten sein könne. *325*

104 Die Protokolle des IV. (Vereinigungs-) Parteitags der SDAPR, die 1907 erschienen, hatten wesentliche Mängel: es fehlten darin Niederschriften von Referaten und Reden, die auf dem Parteitag gehalten worden waren, vor allem von einigen Referaten und Reden Lenins. *326*

105 *Schmidt* – P. P. Rumjanzew, der auf dem IV. (Vereinigungs-) Parteitag der SDAPR den Bolschewiki nahestand. *329*

[106] *Demjan* – I. A. Theodorowitsch. *333*

[107] *Kostrow* – N. N. Shordanija, Führer der kaukasischen Menschewiki. *337*

[108] *Woinow* – der Bolschewik A. W. Lunatscharski. *341*

[109] Siehe Anmerkung 81. *346*

[110] *Boris Nikolajewitsch* – der Menschewik B. I. Solowejtschik. *353*

[111] *„Newskaja Gaseta"* (Newa-Zeitung) – legales Organ der Menschewiki, erschien im Mai 1906 in Petersburg. *362*

[112] An der Schipowschen Losung „Rechte und ein machtbefugtes Semstwo", die von Struve in seinem Vorwort zur Denkschrift des Finanzministers Witte „Selbstherrschaft und Semstwo" unterstützt wurde, übte Lenin Kritik in dem Artikel „Die Verfolger des Semstwos und die Hannibale des Liberalismus". (Siehe Werke, Bd. 5, S. 21–73.) *363*

[113] *Nasar* – der Bolschewik N. N. Nakorjakow. *364*

[114] Die vom Vereinigungsparteitag angenommene Instruktion an das ZK über die Parlamentsgruppe siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 137, russ. *365*

[115] Der *Amsterdamer Kongreß der II. Internationale* fand vom 14. bis 20. August 1904 statt. Er brachte seine Stellung zu den bürgerlichen Parteien in der Resolution „Internationale Regeln der sozialistischen Taktik" zum Ausdruck. Die Resolution untersagte den Sozialisten die Teilnahme an bürgerlichen Regierungen und verwarf die Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien mit bürgerlichen Parteien. *377*

[116] Die legalen bolschewistischen Zeitungen „Wolna", „Wperjod" und „Echo", die im Frühjahr und Sommer 1906 erschienen, enthielten eine Spalte „Aus Zeitungen und Zeitschriften". Lenin arbeitete an dieser Spalte unmittelbar mit und schrieb dafür eine Reihe von Artikeln.

In der vorliegenden Notiz kritisiert Lenin einen Artikel von L. Martow. *404*

[117] Diese Zeilen schrieb Lenin als Nachwort zur Resolution „Über die Reichsduma", die von ihm auf dem Vereinigungsparteitag der SDAPR (siehe den vorliegenden Band, S. 293/294) eingebracht und in Nr. 12 der „Wolna" vom 9. (22.) Mai 1906 veröffentlicht wurde. *405*

[118] *Gruppe des Grafen Heyden* – „linker" Flügel der Fraktion der Oktobristen in der I. Reichsduma, zu dem auch einige rechte Kadetten stießen. Bei der Behandlung der von den Kadetten verfaßten Antwortadresse der Duma auf die Thronrede am 5. (18.) Mai 1906 wollte die Gruppe nicht für den endgültigen Text der Adresse stimmen, da sie dies Dokument für zu radikal hielt, und verließ den Sitzungssaal. Nach der Auflösung der I. Duma bildete die Gruppe die den Oktobristen nahestehende „Partei der friedlichen Erneuerung". Eine politische Charakteristik Heydens und seiner Gruppe gab Lenin in dem Artikel „Graf Heyden zum Gedächtnis". (Siehe Werke, Bd. 13, S. 38–46.) *408*

[119] Die in Anführungszeichen gesetzten Worte sind eine freie Wiedergabe der letzten Zeilen des Lermontowschen Gedichts „Betrachtung". (Siehe M. J. Lermontow, Werke, Moskau 1934, S. 7, russ.) *408*

[120] Die Notiz „*Zur Organisationsfrage*" schrieb Lenin als Nachwort der Redaktion zu einem gleichnamigen Artikel, der die Beziehungen von Menschewiki und Bolschewiki in den lokalen Parteiorganisationen behandelt. *410*

[121] Die *Volksversammlung* wurde vom Sozialpolitischen Klub in Petersburg im Hause der Gräfin Panina am 9. (22.) Mai 1906 veranstaltet und befaßte sich mit der Antwortadresse der Duma auf die Thronrede. An der Versammlung nahmen etwa 3000 Personen teil, davon waren mehr als die Hälfte Arbeiter. Lenin trat unter dem Namen Karpow zum erstenmal in Rußland öffentlich in einer Massenversammlung auf. Lenins Rede war eine Antwort auf die Vorredner, den „Volkssozialisten" Mjakotin und den Menschewik Dan (Bartenjew), die für einen Block mit den Kadetten agitierten. Zum Schluß brachte Lenin eine Resolution ein, die von der Versammlung fast einstimmig angenommen wurde. *411*

[122] Die ersten telegrafischen Berichte über die Wahlen im Kaukasus waren ungenau. Vom Gouvernement Kutaïs kamen drei (nicht vier, wie gemeldet worden war) Abgeordnete in die Duma, alles Menschewiki. *427*

[123] Lenin hat folgenden Beschluß des Vereinigungsparteitags im Auge: „Überall, wo die Wahlen noch bevorstehen und wo die SDAPR eigene Kandidaten aufstellen kann, ohne Blocks mit anderen Parteien zu bilden, soll sie danach trachten, ihre Kandidaten in die Duma durchzubringen." („Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 128, russ.) *427*

[124] Es handelt sich um die Haltung des menschewistischen Komitees der SDAPR in Armawir, das den Beschluß des Vereinigungsparteitags über das Verbot

von Blocks mit bürgerlichen Parteien mißachtete. Während der Dumawahlen erließ das Komitee von Armawir einen Aufruf, Sozialdemokraten oder äußerstenfalls Kandidaten zu wählen, die „nicht weiter rechts stehen als die Kadetten". *427*

[125] Diesen Artikel schrieb Lenin als „Nachwort der Redaktion" zu dem Aufruf der Arbeiterabgeordneten der Duma – „An alle Arbeiter Rußlands". Der Aufruf wurde zusammen mit Lenins Nachwort in Nr. 21 der „Wolna" vom 19. Mai (1. Juni) 1906 veröffentlicht. *438*

[126] Lenin meint den „Entwurf eines Grundgesetzes über den Boden", der in einer internen Sitzung von Abgeordneten der Trudowikigruppe ausgearbeitet worden war. Unterzeichnet von 33 Abgeordneten (hauptsächlich Trudowiki) wurde dieser Entwurf am 6. (19.) Juni 1906 in der Duma eingebracht, jedoch am 8. (21.) Juni von ihr abgelehnt. Der „Entwurf der 33" forderte die unverzügliche und vollständige Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden und ergänzte den Agrarentwurf der Trudowiki, der am 23. Mai (5. Juni) 1906 in der Duma eingebracht worden war („Entwurf der 104") und die ausgleichende Bodennutzung nach dem Prinzip der Arbeitsnorm, d. h. entsprechend den eigenen Arbeitskräften jeder Bauernfamilie, forderte. *441*

[127] *Goremykinianer* – Vertreter reaktionär-bürokratischer Regierungskreise im zaristischen Rußland unter Führung des damaligen Vorsitzenden des Ministerrats I. L. Goremykin. Das Organ dieser Kreise war die Schwarzhunderterzeitung „Nowoje Wremja". *444*

[128] Am 11. (24.) Mai 1906 fand im Moskauer Stadtbezirk von Petersburg eine Versammlung von 300 Mitgliedern der SDAPR statt, die sich mit den Ergebnissen des Vereinigungsparteitags befaßte. Bericht erstatteten Lenin (sein Bericht ist nicht erhalten geblieben) und der Menschewik Dan. Gegen Schluß der Versammlung entbrannte zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki ein Streit um die Frage, ob eine Kritik an den Beschlüssen des Vereinigungsparteitags in der Presse und in öffentlichen Versammlungen zulässig sei. Die Menschewiki, die den ideologischen Kampf um die Parteitagsbeschlüsse möglichst einschränken wollten, hielten eine Kritik nur in Parteiversammlungen für zulässig und schlugen eine Resolution in diesem Sinne vor. Lenin brachte einen Abänderungsantrag zu der Resolution ein, der besagte, daß alle Parteitagsbeschlüsse nicht nur in Parteiversammlungen, sondern auch in den sozialdemokratischen Zeitungen und in Volksversammlungen erörtert werden müssen. Die Resolution wurde mit dem Abänderungsantrag Lenins gegen 39 Stimmen angenommen („Wolna"

Nr. 15 vom 12. [25.] Mai 1906). Als Antwort darauf nahm das Zentralkomitee, das in der Mehrzahl aus Menschewiki bestand, gleichfalls eine Resolution an, eben jene, an der Lenin in dem Artikel Kritik übt. *446*

129 *„Kurjer"* (Kurier) – legale menschewistische Tageszeitung, die im Mai und Juni 1906 in Petersburg erschien. *449*

130 *„Delo Naroda"* (Die Sache des Volkes) – legale Tageszeitung der Partei der Sozialrevolutionäre; erschien im Mai 1906 in Petersburg. *449*

131 Lenin meint den kadettischen „Entwurf eines Pressegesetzes", der in der „Retsch", dem Zentralorgan der Kadetten, am 17. und 18. (30. und 31.) Mai 1906 veröffentlicht wurde. Bei einem Verstoß gegen die Vorschriften der zaristischen Zensur sah der Gesetzentwurf bis zu acht Jahren Verbannung mit Zwangsarbeit vor. 452

132 Der Artikel *„Kautsky über die Reichsduma"* wurde in Nr. 6 des „Westnik Shisni" veröffentlicht.

„Westnik Shisni" (Bote des Lebens) – Wochenschrift für Wissenschaft, Literatur und Politik, legales bolschewistisches Presseorgan; erschien unregelmäßig vom 30. März (12. April) 1906 bis September 1907 in Petersburg; bis zum 19. November (2. Dezember) 1906 kamen 13 Nummern heraus. Im Januar 1907 wurde der „Westnik Shisni" in eine Monatsschrift umgewandelt, von der 7 Nummern erschienen. Mitarbeiter der Zeitschrift waren W. I. Lenin, M. S. Olminski, W. W. Worowski, A. W. Lunatscharski, Maxim Gorki und andere. In Nr. 12 der Zeitschrift veröffentlichte Lenin den Artikel „Der afterkluge russische Radikale". (Siehe Werke, Bd. 11, S. 226–230.) *457*

133 *„Kolokol"* (Die Glocke) – legale sozialdemokratische Tageszeitung, die vom 18. (31.) Januar bis 8. (21.) Juni 1906 in Poltawa erschien. Mitarbeiter der Zeitung waren hauptsächlich Menschewiki. *465*

134 Siehe den Artikel von Karl Marx „Der Kommunismus des ‚Rheinischen Beobachters'", in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 4, S. 191–203. *472*

135 Siehe Anmerkung 71. *472*

136 *„Prisyw"* (Der Ruf) – populäre Zeitung, die vom 15. (28.) Januar bis 15. (28.) Juni 1906 in Petersburg erschien. Von Ende März an arbeiteten an der Zeitung Bolschewiki mit. *481*

137 Die *„Resolution (II) des Petersburger Komitees der SDAPR"* und der anschließende Artikel *„Über die Losung eines Dumaministeriums"*, den Lenin

als Nachwort der Redaktion des „Wperjod" schrieb, spiegeln den Kampf zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki in der Frage der Reichsduma wider, der zu einem Konflikt zwischen dem Zentralkomitee und dem Petersburger Komitee der SDAPR führte.

Am 13. (26.) Mai 1906 lehnte die Regierung die von der kadettischen Duma in deren Adresse dargelegten Forderungen ab. Als Antwort darauf nahm die Duma eine Resolution an, in der sie dem Kabinett ihr „Mißtrauen" aussprach und seine Abdankung forderte. Das menschewistische ZK der SDAPR versandte an die Parteiorganisationen eine Resolution, in der es vorschlug, die Forderung der kadettischen Duma nach Schaffung eines Duma-, d. h. eines kadettischen Ministeriums zu unterstützen. Gegen diese Resolution trat das von Lenin geleitete Petersburger Komitee auf. In einer Sitzung am 23. und 24. Mai (5. und 6. Juni) 1906 lehnte das Petersburger Komitee die menschewistische Resolution des ZK ab und nahm Lenins Resolution an. Die neun menschewistischen Mitglieder des Petersburger Komitees forderten, daß die Verwirklichung der bolschewistischen Resolution aufgeschoben werde, bis diese Frage vom ZK oder einer von allen Bezirken beschickten Stadtkonferenz entschieden sei. Diese Forderung der Menschewiki wurde vom Petersburger Komitee ebenfalls abgelehnt. Gleichzeitig beschloß das Komitee, eine Konferenz aller Bezirke einzuberufen, die Protokolle und Dokumente der Sitzung den Bezirken zur Kenntnis zu bringen und die angenommene Resolution Lenins sowie die Erklärung der neun menschewistischen Mitglieder des Petersburger Komitees als Diskussionsmaterial zur bevorstehenden Konferenz in der Presse zu veröffentlichen. *487*

138 Am 24. Mai (6. Juni) 1906 brachten die Trudowiki in der 14. Sitzung der Reichsduma einen von 35 Abgeordneten unterzeichneten Antrag ein, unverzüglich örtliche Bodenkomitees ins Leben zu rufen. Die Kadetten übten sowohl in der Duma als auch in der Presse scharfe Kritik an diesem Antrag. *491*

139 Die Worte „Thron und Altar" in dem von Lenin zitierten „Vorwärts"-Artikel wurden in der Zeitung „Wperjod" aus Zensurgründen weggelassen. *500*

140 *„Wperjod"* (Vorwärts) – legale bolschewistische Tageszeitung, die in Petersburg ab 26. Mai (8. Juni) 1906 an Stelle der von der Regierung verbotenen Zeitung „Wolna" erschien. Lenin arbeitete führend an dieser Zeitung mit. Weitere Mitarbeiter waren M. S. Olminski, W. W. Worowski und A. W. Lunatscharski. Die Zeitung wurde von der Polizei ständig ver-

folgt und nach Erscheinen der Nr. 17 vom 14. (27.) Juni 1906 verboten. An Stelle des „Wperjod" erschien nunmehr die bolschewistische Zeitung „Echo".

Die „Resolution (II) des Petersburger Komitees der SDAPR" wurde im „Wperjod" gekürzt veröffentlicht. *505*

141 *Wlassow* – A. I. Rykow. *509*

142 Die vorliegende Resolution hängt zusammen mit dem Konflikt zwischen dem ZK und dem Petersburger Komitee der SDAPR wegen der Stellung zur Reichsduma. Zusammen mit der Resolution (II) des Petersburger Komitees der SDAPR (siehe den vorliegenden Band, S. 487/488) stellte sie die taktische Plattform der Bolschewiki dar, auf deren Grundlage die Diskussion und die Wahlen zur Konferenz aller Bezirke der Petersburger Organisation durchgeführt wurden (die Konferenz fand am 11. und 12. [24. und 25.] Juni 1906 in Terijoki in Finnland unter der Leitung Lenins statt).

In der Zeitung „Wperjod" wurde die Resolution mit folgender Bemerkung der Redaktion veröffentlicht: „Die Redaktion des ‚Wperjod' ist mit den grundlegenden Punkten dieser Resolution voll und ganz einverstanden und empfiehlt den Genossen, sie in Versammlungen und Kundgebungen der Arbeiter zur Abstimmung zu bringen." *520*

DATEN AUS DEM LEBEN UND WIRKEN W. I. LENINS

(November 1905 bis Juni 1906)

1905

Ende Oktober bis Anfang November — Lenin hält sich bis zur Einhändigung der Papiere, die er für die Rückkehr vom Ausland nach Rußland benötigt, in Stockholm auf.

2.–4. (15.–17.) November — Lenin schreibt in Stockholm den Artikel „Unsere Aufgaben und der Sowjet der Arbeiterdeputierten (Brief an die Redaktion)".

5. (18.) November — Lenin reist von Stockholm nach Helsingfors.

8. (21.) November — Lenin trifft in Petersburg ein.

9. (22.) November — Lenin leitet eine Sitzung des bolschewistischen Teils der Redaktion der „Nowaja Shisn", in welcher die Zusammensetzung der Redaktion bestimmt und das weitere Programm der Zeitung ausgearbeitet wird.

Lenin nimmt an einer Sitzung des Zentralkomitees teil, in welcher der Aufruf „An alle Parteiorganisationen und an alle sozialdemokratischen Arbeiter" über die Einberufung des IV. Parteitags der SDAPR einstimmig angenommen wird.

10. (23.) November — In Nr. 9 der „Nowaja Shisn" erscheint der Anfang von Lenins Artikel „Über die Reorganisation der Partei", des ersten Artikels, den Lenin nach der Rückkehr aus der Emigration nach Rußland schrieb.

12. (25.) November — In Nr. 11 der „Nowaja Shisn" begrüßt Lenin in dem Leitartikel „Proletariat und Bauernschaft" den Kongreß des Gesamtrussischen Bauernbundes.

13. (26.) November

In Nr. 12 der „Nowaja Shisn" erscheint Lenins Artikel „Parteiorganisation und Parteiliteratur".

In einer Sitzung des Petersburger Sowjets der Arbeiterdeputierten spricht Lenin über Kampfmaßnahmen gegen die Aussperrung, die von den Kapitalisten als Antwort auf den von den Arbeitern auf revolutionärem Wege eingeführten Achtstundentag beschlossen worden ist. Die von Lenin vorgeschlagene Resolution wird angenommen.

15. (28.) November

In Nr. 13 der „Nowaja Shisn" wird Lenins Artikel „Eine mißglückte Provokation" als Leitartikel veröffentlicht. In derselben Nummer wird der Artikel „Über die Reorganisation der Partei" fortgesetzt.

Lenin schreibt den Artikel „Heer und Revolution". Der Artikel erscheint in Nr. 14 der „Nowaja Shisn" vom 16. (29.) November.

16. (29.) November

Lenin spricht in einer Versammlung der Parteiarbeiter Petersburgs in den Räumen der Freien Ökonomischen Gesellschaft über das Thema „Kritik am Agrarprogramm der Partei der Sozialrevolutionäre".

In Nr. 14 der „Nowaja Shisn" wird der Schluß von Lenins Artikel „Über die Reorganisation der Partei" veröffentlicht.

18. November (1. Dezember)

Lenins Artikel „Die Waage schwankt" und „Lernt von den Feinden!" werden in Nr. 16 der „Nowaja Shisn" veröffentlicht.

20. November (3. Dezember)

Lenins Artikel „Revolutionärer Formelkram und revolutionäre Tat", der von der konstituierenden Versammlung handelt, wird in Nr. 18 der „Nowaja Shisn" veröffentlicht.

23. November (6. Dezember)

Lenins Artikel „Die sterbende Selbstherrschaft und die neuen Organe der Volksmacht" wird in Nr. 19 der „Nowaja Shisn" als Leitartikel veröffentlicht.

24. November (7. Dezember)

Lenin schreibt den Artikel „Sozialismus und Anarchismus". Der Artikel erscheint in Nr. 21 der „Nowaja Shisn" vom 25. November (8. Dezember).

26. November und 2. Dezember (9. und 15. Dezember)

In den Nummern 22 und 27 der „Nowaja Shisn" wird Lenins Artikel „Sozialistische Partei und parteiloser Revolutionismus" veröffentlicht.

27. November (10. Dezember) Lenin nimmt an einer Sitzung des ZK der SDAPR teil, auf deren Tagesordnung die Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand, der Wechsel im Redaktionskollegium der „Nowaja Shisn" und die Herausgabe der bolschewistischen Zeitung „Borba" (Der Kampf) in Moskau stehen.

November Lenin spricht in einer erweiterten Sitzung des Petersburger Komitees der SDAPR über das Verhältnis der Partei zu den Sowjets der Arbeiterdeputierten.

3. (16.) Dezember W. I. Lenin und N. K. Krupskaja beziehen eine legale Wohnung in Petersburg am Gretscheski Prospekt Nr. 15/8. Verstärkte Bespitzelung durch die Geheimpolizei zwingt Lenin nach wenigen Tagen wieder zur Illegalität.

Lenins Artikel „Sozialismus und Religion" wird in Nr. 28 der „Nowaja Shisn" veröffentlicht.

Lenin nimmt an einer gemeinsamen Beratung des ZK der SDAPR, des Petersburger Parteikomitees und des Exekutivkomitees des Petersburger Sowjets der Arbeiterdeputierten teil, die wegen des Verbots der „Nowaja Shisn" dringlich einberufen worden ist. Auf der Beratung wird auch die Frage des bewaffneten Aufstands erörtert.

12.–17. (25.–30.) Dezember Lenin leitet die Erste Konferenz der Bolschewiki in Tammerfors (Finnland). Er hält Referate über die politische Lage und über die Agrarfrage. Die Konferenz nimmt die von Lenin vorgeschlagenen Resolutionen zur Agrarfrage und über die Einberufung des Vereinigungsparteitags an.

Lenin gehört der Kommission zur Ausarbeitung einer Resolution über die Stellung zur Reichsduma an, die von der Konferenz gebilligt wird.

22. Dezember (4. Januar 1906) Lenin nimmt in Petersburg an einer Beratung mit Mitgliedern des ZK und Delegierten der Tammerforser Konferenz der Bolschewiki teil; er hält ein Referat über die taktische Linie der Bolschewiki gegenüber der Reichsduma.

Ende 1905 oder Anfang 1906 Lenin entwirft einen Artikel über Etappen, Richtung und Perspektiven der Revolution.

1906

Anfang des Jahres bis Mitte März — Lenin arbeitet in der Agrarkommission mit, die vom Vereinigten ZK der SDAPR für die Vorbereitung des Agrarprogramms zum IV. Parteitag eingesetzt worden ist.

4. (17.) Januar — In Nr. 1 der „Molodaja Rossija" wird Lenins Artikel „Die Arbeiterpartei und ihre Aufgaben in der gegenwärtigen Lage" als Leitartikel veröffentlicht.

Januar — Um die bolschewistische Taktik des aktiven Boykotts der ersten Duma zu begründen, schreibt Lenin den Artikel „Soll man die Reichsduma boykottieren? Die Plattform der ‚Mehrheit'". Der Artikel wird im Januar vom ZK und vom Vereinigten ZK der SDAPR als Flugblatt herausgegeben.

Lenin schreibt den Artikel „Die Reichsduma und die sozialdemokratische Taktik". Der Artikel wird im Februar in der Broschüre „Die Reichsduma und die Sozialdemokratie" veröffentlicht.

Vor dem 4. (17.) Februar — Lenin hält in Petersburg auf einer Versammlung der sozialdemokratischen Organisationen des Stadtbezirks Moskowskaja Sastawa einen Vortrag „Über die Wahlen zur Reichsduma".

7. (20.) Februar — Lenins Artikel „Die gegenwärtige Lage Rußlands und die Taktik der Arbeiterpartei" wird in Nr. 1 der „Partinyje Iswestija" veröffentlicht.

Vor dem 11. (24.) Februar — Lenin hält auf einer Versammlung bolschewistischer Parteifunktionäre in Petersburg ein Referat über die Taktik des aktiven Boykotts der Reichsduma.

11. (24.) Februar — Lenin leitet die Petersburger Stadtkonferenz; er hält ein Referat über die Stellung zur Reichsduma und bringt einen von ihm verfaßten Resolutionsentwurf über die Taktik des Dumaboykotts ein. Die Konferenz spricht sich mit Stimmenmehrheit für den Boykott aus.

Nach dem 11. (24.) Februar — Lenin schreibt den Aufruf „An alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Stadt Petersburg und Umgebung". Der Aufruf wird vom Vereinigten Petersburger Komitee der SDAPR als Flugblatt herausgegeben.

Ende Februar (Anfang März)

Lenin leitet die zweite Petersburger Stadtkonferenz der SDAPR; er begründet seine Resolution „Über die Taktik des Boykotts". Die Konferenz nimmt Lenins Resolution an.

Lenin arbeitet in Kuokkala (Finnland) die taktische Plattform – die Resolutionsentwürfe – der Bolschewiki zum Vereinigungsparteitag der SDAPR aus.

Erste Märzhälfte

Lenin kommt nach Moskau, um die Erörterung der Resolutionsentwürfe zum Vereinigungsparteitag der SDAPR in die Wege zu leiten; er nimmt an einer Beratung der führenden Gruppe der Moskauer Bolschewiki teil.

Lenin nimmt an einer Sitzung des Samoskworetschje-Stadtbezirkskomitees der SDAPR in Moskau teil und ergreift bei der Erörterung der Resolution über das Verhältnis zu den Sowjets der Arbeiterdeputierten das Wort.

Lenin wohnt einer Sitzung des Moskauer Landbezirkskomitees der SDAPR bei, in welcher die Beteiligung der Moskauer Organisation an der Wahlkampagne anläßlich der Dumawahlen erörtert wird.

Mitte (Ende) März

Lenin leitet in Petersburg Beratungen einer Gruppe von Bolschewiki, in denen die taktische Plattform behandelt wird.

20. März (2. April)

In Nr. 2 der „Partinyje Iswestija" werden Lenins Artikel „Die russische Revolution und die Aufgaben des Proletariats" (Leitartikel) und die von Lenin ausgearbeitete „Taktische Plattform zum Vereinigungsparteitag der SDAPR. Resolutionsentwürfe zum Vereinigungsparteitag der SDAPR" veröffentlicht.

Zweite Märzhälfte

Lenin schreibt die Broschüre „Die Revision des Agrarprogramms der Arbeiterpartei". Die Broschüre erscheint Anfang April in Petersburg.

24.–28. März (6.–10. April)

Lenin schreibt die Broschüre „Der Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei". Die Broschüre erscheint im April in Petersburg.

26. März (8. April)

Lenin wird von der Petersburger Organisation als Delegierter zum IV. (Vereinigungs-) Parteitag der SDAPR gewählt.

März

Lenin schreibt das Vorwort zur russischen Ausgabe der Broschüre: K. Kautsky, „Die Vernichtung der Sozialdemokratie".

Ende März (Anfang April)	Lenin leitet in Petersburg eine Beratung der bolschewistischen Delegierten zum IV. Parteitag.
Vor dem 10. (23.) April	Lenin kommt nach Stockholm, um am IV. Parteitag teilzunehmen; er wendet sich in einer internen Besprechung der Bolschewiki gegen den Vorschlag, den Parteitag zu sprengen, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Menschewiki das Übergewicht haben.
10.–25. April (23. April bis 8. Mai)	Der IV. (Vereinigungs-) Parteitag der SDAPR in Stockholm. Lenin wird in das Präsidium des Parteitags gewählt; er nimmt an den Arbeiten des Parteitags teil, u. a. als Mitglied der Kommission, die den Entwurf des Statuts der SDAPR ausarbeitet.
Erste Sitzung	Lenin legt bei der Erörterung der Geschäftsordnung für die Mandatsprüfungskommission eine Resolution vor. Die Resolution wird vom Parteitag angenommen.
Dritte Sitzung	Lenin führt den Vorsitz. Er gibt die Tagesordnung des Parteitags bekannt, spricht in der Diskussion über die Tagesordnung und schlägt vor, sie durch Punkte „Über die Beurteilung der gegenwärtigen Lage" und über die nationalen Organisationen der SDAPR zu erweitern. Lenins Vorschlag wird vom Parteitag angenommen.
Vierte Sitzung	Lenin führt den Vorsitz. Er beantragt, der Agrarkommission den Auftrag zu erteilen, Referate vorzubereiten und Referenten zu benennen.
Fünfte Sitzung	Lenin hält sein Referat zur Agrarfrage.
Siebente Sitzung	Lenin führt den Vorsitz. Er wird in die Kommission gewählt, die sich mit der Stellung zur Reichsduma zu befassen hat.
Achte Sitzung	Lenin führt während der Fortsetzung der Diskussion über die Agrarfrage den Vorsitz.
Neunte Sitzung	Lenin führt den Vorsitz. Er hält das Schlußwort zur Agrarfrage.
Zehnte Sitzung	Lenin führt den Vorsitz. Er beantragt, daß alle Protokolle vom Parteitag bestätigt werden müssen.
Elfte Sitzung	Lenin führt den Vorsitz. Er spricht aus Anlaß der Abstimmung über die taktische Resolution zur Agrarfrage.

Dreizehnte Sitzung — Lenin referiert „Über die gegenwärtige Lage und die Klassenaufgaben des Proletariats".

Sechzehnte Sitzung — Lenin hält das Schlußwort „Über die gegenwärtige Lage und die Klassenaufgaben des Proletariats".

Siebzehnte Sitzung — Lenin wird in die Kommission zur Ausarbeitung der Resolution „Über die Einstellung zum bewaffneten Aufstand" gewählt; er hält das Korreferat über die Stellung zur Reichsduma und gibt den Resolutionsentwurf bekannt.

Achtzehnte Sitzung — Lenin führt den Vorsitz. Er spricht sich dafür aus, daß den Vertretern der nationalen sozialdemokratischen Organisationen zugestanden wird, in der Diskussion über die Stellung zur Reichsduma das Wort zu ergreifen.

Neunzehnte Sitzung — Lenin hält das Schlußwort zum Punkt über die Stellung zur Reichsduma.

Einundzwanzigste Sitzung — Lenin führt den Vorsitz. Er verteidigt den Antrag, die Bildung einer sozialdemokratischen Parlamentsfraktion zurückzustellen, bis geklärt ist, welche Sozialdemokraten in die Duma gewählt worden sind.

Zweiundzwanzigste Sitzung — Lenin hält eine Rede über den bewaffneten Aufstand.

Vierundzwanzigste Sitzung — Lenin führt den Vorsitz. Er begrüßt im Namen des Parteitags die der SDAPR beigetretene Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens.

Sechsundzwanzigste Sitzung — Lenin führt den Vorsitz. Er gibt eine schriftliche Erklärung (eine besondere Meinung) über die sozialdemokratische Parlamentsfraktion zu Protokoll und beantragt einen Zusatz zum Statut der Vereinigung mit dem „Bund".

Siebenundzwanzigste Sitzung — Paragraph 1 des Statuts über die Mitgliedschaft in der Partei wird in Lenins Fassung vom Parteitag angenommen.

25. und 26. April (8. und 9. Mai) — Lenin schreibt den „Appell an die Partei von den Delegierten des Vereinigungsparteitags, die der ehemaligen Fraktion der ‚Bolschewiki' angehört haben". Den Appell unterzeichnen die bolschewistischen Delegierten von 26 Parteiorganisationen.

Ende April (Anfang Mai) Lenin kehrt nach dem IV. (Vereinigungs-) Parteitag der SDAPR über Åbo (Finnland) nach Petersburg zurück.

5. (18.) Mai Lenins Artikel „Der Kampf für die Freiheit und der Kampf um die Macht" wird in Nr. 9 der „Wolna" als Leitartikel veröffentlicht.

6. (19.) Mai Lenins Artikel „Ein neuer Aufschwung" wird in Nr. 10 der „Wolna" als Leitartikel veröffentlicht.

Lenin berichtet auf einer Parteiversammlung in Petersburg über die Ergebnisse des IV. (Vereinigungs-) Parteitags der SDAPR.

9. (22.) Mai In Nr. 12 der „Wolna" werden Lenins Artikel „Duma und Volk" (Leitartikel), „Aus Zeitungen und Zeitschriften" und „Zur Resolution der Bolschewiki über die Reichsduma" veröffentlicht.

Lenin spricht unter dem Namen Karpow auf einer Volksversammlung im Hause der Gräfin Panina über die Taktik der SDAPR gegenüber der Reichsduma. Die Versammlung nimmt die von Lenin vorgeschlagene Resolution an.

10. (23.) Mai Lenin berichtet auf einer Versammlung der sozialdemokratischen Organisationen des Französisch-Russischen Unterbezirks (so genannt nach dem Französisch-Russischen Werk) von Petersburg über die Ergebnisse des IV. (Vereinigungs-) Parteitags der SDAPR.

In Nr. 13 der „Wolna" werden Lenins Artikel „Die Arbeitergruppe in der Reichsduma" (Leitartikel) und „Zur Organisationsfrage" veröffentlicht.

11. (24.) Mai Lenin berichtet auf einer Versammlung der sozialdemokratischen Organisationen des Moskauer Stadtbezirks von Petersburg über den IV. (Vereinigungs-) Parteitag der SDAPR und bringt einen Abänderungsantrag zu der in der Versammlung vorgeschlagenen Resolution ein. Lenins Antrag wird von der Versammlung angenommen.

Lenins Artikel „Die Bauern- oder ‚Trudowiki'gruppe und die SDAPR" wird in Nr. 14 der „Wolna" als Leitartikel veröffentlicht.

12. (25.) Mai Lenins Artikel „Die Bodenfrage in der Duma" wird in Nr. 15 der „Wolna" als Leitartikel veröffentlicht.

13. (26.) Mai Lenins Artikel „Resolution und Revolution" wird in Nr. 16 der „Wolna" veröffentlicht.

14. (27.) Mai In Nr. 17 der „Wolna" werden Lenins Artikel „Weder Land noch Freiheit" (Leitartikel) und „Der Wahlsieg der Sozialdemokratie in Tiflis" veröffentlicht.

18. (31.) Mai Lenins Artikel „Regierung, Duma und Volk" wird in Nr. 20 der „Wolna" als Leitartikel veröffentlicht.

Lenin schreibt den Artikel „Die Kadetten hindern die Duma, sich an das Volk zu wenden". Der Artikel erscheint in Nr. 21 der „Wolna" vom 19. Mai (1. Juni).

19. Mai (1. Juni) In Nr. 21 der „Wolna" werden Lenins Artikel „Nicht einmal schachern wollen sie!" und „Zu dem Aufruf der Arbeiterabgeordneten der Reichsduma" veröffentlicht.

Lenin schreibt die Artikel „Die Bodenfrage und der Kampf für die Freiheit" und „Goremykinianer, Oktobristen und Kadetten". Die Artikel erscheinen in Nr. 22 der „Wolna" vom 20. Mai (2. Juni).

20. Mai (2. Juni) Lenins Artikel „Freiheit der Kritik und Einheit der Aktionen" wird in Nr. 22 der „Wolna" veröffentlicht.

21. Mai (3. Juni) In Nr. 23 der „Wolna" werden Lenins Artikel „Schlechte Ratschläge" (Leitartikel) mit einer Kritik an Plechanows Auftreten im „Kurjer" und „Gerüchte über eine Auflösung der Reichsduma" veröffentlicht.

Lenin berichtet auf einer Versammlung der sozialdemokratischen Organisationen des Narwaer Stadtbezirks von Petersburg über den IV. (Vereinigungs-) Parteitag der SDAPR.

23. Mai (5. Juni) Lenins Artikel „Kautsky über die Reichsduma" wird in Nr. 6 der Wochenschrift „Westnik Shisni" veröffentlicht.

Lenin hält auf einer Versammlung von Arbeitern des San-Galli-Unterbezirks (so genannt nach dem San-Galli-Werk) von Petersburg einen Vortrag über die Agrarfrage; auf derselben Versammlung spricht er auf Ersuchen der Arbeiter über die Stellung der Bolschewiki und der Menschewiki zur Reichsduma.

24. Mai (6. Juni) Lenins Artikel „Kadetten, Trudowiki und Arbeiterpartei" wird in Nr. 25 der „Wolna" als Leitartikel veröffentlicht.

26. Mai (8. Juni) Lenins Artikel „Wie urteilt Genosse Plechanow über die Taktik der Sozialdemokratie?" wird in Nr. 1 des „Wperjod" veröffentlicht. Der Artikel erscheint 1906 als Broschüre im Buchverlag „Wperjod" in Petersburg.

27. Mai (9. Juni) In Nr. 2 des „Wperjod" werden die von Lenin verfaßte „Resolution (II) des Petersburger Komitees der SDAPR über die Stellung zur Reichsduma" (die außerdem im Mai 1906 als Flugblatt des Petersburger Komitees der SDAPR erschien) und sein Artikel „Über die Losung eines Dumaministeriums" veröffentlicht.

Lenin schreibt den Artikel „Über die gegenwärtige politische Lage". Der Artikel wird in Nr. 3 des „Wperjod" vom 28. Mai (10. Juni) als Leitartikel veröffentlicht.

30. Mai (12. Juni) Lenins Artikel „Die Taktik des Proletariats und die gegenwärtigen Aufgaben" wird in Nr. 4 des „Wperjod" veröffentlicht.

31. Mai (13. Juni) Lenins Artikel „Die deutsche Sozialdemokratie über die Kadetten" und „Aus Zeitungen und Zeitschriften" werden in Nr. 5 des „Wperjod" veröffentlicht.

Mai Lenin schreibt die Broschüre „Bericht über den Vereinigungsparteitag der SDAPR (Brief an die Petersburger Arbeiter)". Die Broschüre wird im Juni 1906 veröffentlicht.

1. (14.) Juni Lenins Artikel „Die Arbeiter sollen entscheiden" wird in Nr. 6 des „Wperjod veröffentlicht.

Lenin schreibt den Artikel „‚Nicht nach oben soll man blicken, sondern nach unten'". Der Artikel wird in Nr. 7 des „Wperjod" vom 2. (15.) Juni als Leitartikel veröffentlicht.

3. (16.) Juni Lenin schreibt den Artikel „Die Reaktion beginnt den bewaffneten Kampf". Der Artikel wird in Nr. 9 des „Wperjod" vom 4. (17.) Juni als Leitartikel veröffentlicht.

6. (19.) Juni In Nr. 10 des „Wperjod" erscheint die von Lenin verfaßte „Resolution (III) des Petersburger Komitees der SDAPR zur Frage eines Dumaministeriums".

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort .. .. VII–VIII

1905

Unsere Aufgaben und der Sowjet der Arbeiterdeputierten (Brief an die Redaktion) 1–12

Über die Reorganisation der Partei 13–23

I 13

II 17

III 21

Proletariat und Bauernschaft 24–28

Parteiorganisation und Parteiliteratur 29–34

Beschluß des Exekutivkomitees des Petersburger Sowjets der Arbeiterdeputierten vom 14. (27.) November 1905 über Maßnahmen zum Kampf gegen die Aussperrung 35–36

Eine mißglückte Provokation 37–38

Heer und Revolution 39–42

Die Waage schwankt 43–44

Lernt von den Feinden! 45–46

Revolutionärer Formelkram und revolutionäre Tat 47–51

Die sterbende Selbstherrschaft und die neuen Organe der Volksmacht 52–56

Sozialismus und Anarchismus 57–60

Sozialistische Partei und parteiloser Revolutionismus 61–69

I *61*

II 65

Sozialismus und Religion 70–75

Resolution der Konferenz der „Mehrheit" in Tammerfors über die Agrarfrage, 12.–17. (25.–30.) Dezember 1905 76

Etappen, Richtung und Perspektiven der Revolution 79–80

1906

Die Arbeiterpartei und ihre Aufgaben in der gegenwärtigen Lage 81–84

Soll man die Reichsduma boykottieren? Die Plattform der „Mehrheit" 85–88

Die Reichsduma und die sozialdemokratische Taktik 89–100

Die gegenwärtige Lage Rußlands und die Taktik der Arbeiterpartei 101–108

Die Petersburger Stadtkonferenz der SDAPR, 11. (24.) Februar 1906 109–112

Reden über die Rechtmäßigkeit der Vertretung der Landbezirks- und der Wiborger Stadtbezirksorganisation auf der Konferenz .. 109

Resolution gegen Martows Antrag, den Bericht des Petersburger Komitees abzusetzen 110

Begründung der Resolution 111

Antrag zum Bericht des Petersburger Komitees 111

Verteidigung des Antrags 111

Bemerkung zur Resolution über die Taktik des Boykotts 111

Die Petersburger Stadtkonferenz der SDAPR (II), Ende Februar (Anfang März) 1906 113–117

Reden zur Verteidigung der Resolution über die Taktik des Boykotts 113

Einwendungen gegen Abänderungsanträge zu den Punkten 3 und 6 des Resolutionsentwurfs 114

Reden in der Debatte über Punkt 7 und 8 des Resolutionsentwurfs 115

Schriftliche Erklärung an das Büro der Konferenz 116
Resolution zur Begründung der Boykottaktik 116

An alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Stadt Petersburg und Umgebung 118–121

Resolution der Petersburger Organisation der SDAPR über die Taktik des Boykotts 122–125

Die russische Revolution und die Aufgaben des Proletariats 126–137
I 126
II 129
III 134

Taktische Plattform zum Vereinigungsparteitag der SDAPR. Resolutionsentwürfe zum Vereinigungsparteitag der SDAPR 139–156
Der gegenwärtige Abschnitt der demokratischen Revolution 142
Der bewaffnete Aufstand 144
Partisanenkampfaktionen 146
Die provisorische revolutionäre Regierung und die örtlichen Organe der revolutionären Staatsmacht 147
Die Sowjets der Arbeiterdeputierten 148
Die Stellung zu den bürgerlichen Parteien 150
Das Verhältnis zu den sozialdemokratischen Parteien anderer Nationalitäten 152
Die Gewerkschaften 153
Die Stellung zur Reichsduma 154
Die Grundlagen der Organisation der Partei 156

Die Revision des Agrarprogramms der Arbeiterpartei 157–189
I. Flüchtiger Abriß der historischen Entwicklung der Ansichten der russischen Sozialdemokratie über die Agrarfrage 161
II. Vier Strömungen in der Sozialdemokratie hinsichtlich des Agrarprogramms 166
III. Der Hauptfehler des Genossen Maslow 177
IV. Die Aufgaben unseres Agrarprogramms 183
V. Entwurf des Agrarprogramms 188

Vorwort zur russischen Ausgabe der Broschüre: K. Kautsky, „Die Vernichtung der Sozialdemokratie" 190–191

Der Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei 193–276
I. Welche objektive Bedeutung hatte unsere Beteiligung an den Dumawahlen? 195

II. Die soziale und politische Bedeutung der ersten Wahlen 205
III. Was stellt die Partei der Volksfreiheit dar? 209
IV. Rolle und Bedeutung einer kadettischen Duma 217
V. Ein Muster kadettischer Selbstzufriedenheit 235
Abschweifung. Gemeinverständliches Gespräch mit den kadettischen Publizisten und gelehrten Professoren 240
VI. Schluß 269

Vereinigungsparteitag der SDAPR, 10. (23.) April – 25. April (8. Mai) 1906 277–310
1. Schlußwort zur Agrarfrage 279
2. Schlußwort zum Punkt über die gegenwärtige Lage und die Klassenaufgaben des Proletariats 290
3. Entwurf einer Resolution über die Reichsduma, eingebracht auf dem Vereinigungsparteitag 293
4. Korreferat über die Stellung zur Reichsduma 295
5. Rede über den bewaffneten Aufstand 300
6. Rede zur Unterstützung des Abänderungsantrags Muratows (Morosows) über eine sozialdemokratische Parlamentsfraktion 303
7. Besondere Meinung über die Zusammensetzung der Parlamentsfraktion der SDAPR 304
8. Resolution über die Berichterstattung der Mandatsprüfungskommission an den Parteitag 306
9. Erklärung über die Notwendigkeit einer Bestätigung der Protokolle durch den Parteitag 307
10. Schriftliche Erklärung in der 17. Sitzung des Parteitags 308
11. Schriftliche Erklärung in der 21. Sitzung des Parteitags 309
12. Schriftliche Erklärungen in der 26. Sitzung des Parteitags .. 310

Appell an die Partei von den Delegierten des Vereinigungsparteitags, die der ehemaligen Fraktion der „Bolschewiki" angehört haben 311–316

Bericht über den Vereinigungsparteitag der SDAPR (Brief an die Petersburger Arbeiter) 317–386
I. Die Zusammensetzung des Parteitags 322
II. Die Wahl des Büros. Die Tagesordnung des Parteitags 326
III. Die Agrarfrage 328
IV. Die Beurteilung der revolutionären Situation und der Klassenaufgaben des Proletariats 350
V. Die Stellung zur Reichsduma 357

VI. Der bewaffnete Aufstand 367
VII. Das Ende des Parteitags 373
VIII. Die Ergebnisse des Parteitags 379
Anhang. Material zur Beurteilung der Arbeiten des Vereinigungsparteitags der SDAPR 385

Der Kampf für die Freiheit und der Kampf um die Macht 387–389

Ein neuer Aufschwung 390–395

Zu den Ergebnissen des Parteitags 396–399

Duma und Volk 400–403

Aus Zeitungen und Zeitschriften 404

Zur Resolution der Bolschewiki über die Reichsduma 405

Die Arbeitergruppe in der Reichsduma 406–409

Zur Organisationsfrage 410

Rede auf einer Volksversammlung im Hause der Gräfin Panina am 9. (22.) Mai 1906 411–412

I. Kurzer Bericht der „Newskaja Gaseta" 411
II. Kurzer Bericht der Zeitung „Wolna" 412

Resolution, angenommen auf der Volksversammlung im Hause der Gräfin Panina am 9. (22.) Mai 1906 413

Die Bauern- oder „Trudowiki"gruppe und die SDAPR 414–417

Die Bodenfrage in der Duma 418–421

Resolution und Revolution 422–424

Weder Land noch Freiheit 425–426

Der Wahlsieg der Sozialdemokratie in Tiflis 427–429

Regierung, Duma und Volk 430–433

Die Kadetten hindern die Duma, sich an das Volk zu wenden 434–435

Nicht einmal schachern wollen sie! 436–437

Zu dem Aufruf der Arbeiterabgeordneten der Reichsduma 438–439

Die Bodenfrage und der Kampf für die Freiheit 440–443

Goremykinianer, Oktobristen und Kadetten 444–445

Freiheit der Kritik und Einheit der Aktionen 446–448
Schlechte Ratschläge 449–454
Gerüchte über eine Auflösung der Reichsduma 455–456
Kautsky über die Reichsduma 457–459
Kadetten, Trudowiki und Arbeiterpartei 460–464
Wie urteilt Genosse Plechanow über die Taktik der Sozialdemokratie? 465–486
Resolution (II) des Petersburger Komitees der SDAPR über die Stellung zur Reichsduma 487–488
Über die Losung eines Dumaministeriums 489
Über die gegenwärtige politische Lage 490–494
Die Taktik des Proletariats und die gegenwärtigen Aufgaben 495–498
Die deutsche Sozialdemokratie über die Kadetten 499–503
Aus Zeitungen und Zeitschriften 504
Die Arbeiter sollen entscheiden 505–509
„Nicht nach oben soll man blicken, sondern nach unten" 510–513
Die Reaktion beginnt den bewaffneten Kampf 514–519
Resolution (III) des Petersburger Komitees der SDAPR zur Frage eines Dumaministeriums 520–521
Anmerkungen 523–549
Daten aus dem Leben und Wirken W. I. Lenins 551–562

ILLUSTRATIONEN

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Unsere Aufgaben und der Sowjet der Arbeiterdeputierten" – November 1905 2–3
Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Etappen, Richtung und Perspektiven der Revolution" – 1905 77
Umschlag von W. I. Lenins Broschüre „Die Revision des Agrarprogramms der Arbeiterpartei" – 1906 159
Umschlag von W. I. Lenins Broschüre „Bericht über den Vereinigungsparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands" – 1906 319